

**SILVIO GESELL ■ GESAMMELTE WERKE ■ BAND 9**



# SILVIO GESELL

---

**GESAMMELTE  
WERKE**

**Band 9 · 1916**

VERLAG FÜR  
SOZIAL  
ÖKONOMIE

## SILVIO GESELL | GESAMMELTE WERKE

© 1988 - 2009 Gauke GmbH | Verlag für Sozialökonomie  
Hofholzallee 67, 24109 Kiel | Deutschland  
Telefax: [49]0431-6793651 | [www.gauke.net](http://www.gauke.net) | eMail: [mail@gauke.net](mailto:mail@gauke.net)

Internet: [www.silvio-gesell.de](http://www.silvio-gesell.de)  
[www.sozialoekonomie.info](http://www.sozialoekonomie.info) | [www.sozialoekonomie.de](http://www.sozialoekonomie.de) [Shop]

Herausgegeben von der "Stiftung für Reform der Geld- und Bodenordnung",  
Hamburg [[www.stiftung-geld-boden.de](http://www.stiftung-geld-boden.de)]

Lektorat: Werner Onken

ISBN-GESAMTÜBERSICHT der Printausgabe:

ISBN 3-87998-410-7 (Gesamtausgabe)

ISBN 3-87998-411-5 (Band 1)

ISBN 3-87998-412-3 (Band 2)

ISBN 3-87998-413-1 (Band 3)

ISBN 3-87998-414-X (Band 4)

ISBN 3-87998-415-8 (Band 5)

ISBN 3-87998-416-6 (Band 6)

ISBN 3-87998-417-4 (Band 7)

ISBN 3-87998-418-2 (Band 8)

**ISBN 3-87998-419-0 (Band 9)**

ISBN 3-87998-420-4 (Band 10)

ISBN 3-87998-421-2 (Band 11)

ISBN 3-87998-422-0 (Band 12)

ISBN 3-87998-423-9 (Band 13)

ISBN 3-87998-424-7 (Band 14)

ISBN 3-87998-425-5 (Band 15)

ISBN 3-87998-426-3 (Band 16)

ISBN 3-87998-427-1 (Band 17)

ISBN 3-87998-428-X (Band 18)

ISBN 3-87998-429-8 (Register)

## Übersicht

VII\_ Zum Geleit

X\_ Vorwort zur 1. Auflage der Natürlichen Wirtschaftsordnung  
*Berlin: Physiokratischer Verlag, 1916*

XII\_ Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld  
*Les Hauts Geneveys: Selbstverlag, 2. Auflage 1916*

423\_ Anhang

424\_ Fragmente aus den Vorarbeiten zur 1. Auflage der Natürlichen  
Wirtschaftsordnung

431\_ Willy Hess, Veränderungen der 2. Auflage der Natürlichen  
Wirtschaftsordnung gegenüber der 1. Auflage und ihren Vorläufern



## Zum Geleit

Seit längerem war Silvio Gesell bereits damit beschäftigt, seine beiden Bücher "Die Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag" (1906) und "Die neue Lehre vom Geld und Zins" (1911) zu überarbeiten. Dabei stand ihm Paulus Klüpfel hilfreich zur Seite. [Werner Schmid wies in seiner Gesell-Biographie darauf hin, daß Klüpfel bei der Durchsicht und Ordnung von Manuskripten sowie bei den Korrekturen mithalf. (Lebensgeschichte eines Pioniers, Bern 1954, S. 117)] Auf Anregung von Klüpfel ersetzte Gesell auch den bis dahin verwendeten Ausdruck "Reformgeld" durch "Freigeld" und verband den neuen Begriff mit dem von Theodor Hertzka und Michael Flürscheim übernommenen Begriff "Freiland" zu der Kurzformel "Freiland und Freigeld", die sich in der Folgezeit ebenso durchsetzte wie der auch von Klüpfel geprägte Ausdruck "Freiwirtschaft", der das Wort "Physiokratie" nach und nach verdrängte. [Über die Entstehung dieser Begriffe machte Gesell Angaben in einem Brief an Peter Bender vom 16.5.1929. Während der Inflationszeit nach dem 1. Weltkrieg kam die Abkürzung "FFF" auf: "Freiland – Freigeld – Festwährung". Von dem dritten F, der Festwährung, hat sich Gesell jedoch distanziert: "Ich habe das dritte F nie im Sinne von 'Festwährung' gebraucht. Scheut man aber die Kosten einer Firmenänderung und will aus diesem Grund bei den 3 F bleiben, so würde ich vorschlagen, das dritte F in 'Freihandel' umzudeuten." (ebenda)]

Nachdem Gesell die Überarbeitung in der Schweiz zum Abschluß gebracht hatte, erschienen die beiden nunmehr zu seinem Hauptwerk vereinigten früheren Bücher mit dem einprägsamen Titel "Die Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld" in vier Teilen im "Physiokratischen Verlag" in Berlin. Die "Natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld", für die sich bald die Abkürzung NWO einbürgerte, trug den Vermerk "2. Auflage von 'Die Verwirklichung des Rechts auf den vollen Arbeitsertrag' und 'Die neue Lehre vom Geld und Zins'", vermutlich um den Charakter der beiden Werke als Vorläufer der NWO zu unterstreichen. Wegen der zahlreichen Änderungen, die beide Werke bei ihrer Überarbeitung erfuhren, handelt es sich jedoch nicht im eigentlichen Sinne des Wortes um eine Neuauflage, sondern um ein neues Werk.

Im Laufe des Jahres 1916 nahm Silvio Gesell weitere Änderungen an seinem Hauptwerk vor und ließ zum Jahresende eine zweite Auflage in Les Hauts Geneveys im Selbstverlag erscheinen. Gemäß einer Empfehlung von Willy Hess wurde diese zweite Auflage in die "Gesammelten Werke" aufgenommen. In einem Anhang sind die Hinweise von Hess auf die Änderungen der ersten Auflage gegenüber den beiden Vorläufern und der zweiten gegenüber der ersten Auflage ergänzt. [Willy Hess, Die Werke von Silvio Gesell, Bern 1975, S. 79-85 und 94.]

Zur zweiten Auflage der NWO verfaßte Paulus Klüpfel ein denkwürdiges Vorwort. Gesell nahm es im Gegensatz zu dem von dem Schweizer Arzt und Mathematiker Theophil Christen verfaßten Anhang "Sparland, Sparhand, Grundrente und Lohn" auch in weitere Auflagen der NWO auf. Was Klüpfel hier über

das Verhältnis der "Natürlichen Wirtschaftsordnung" zu den Lehren der alten Physiokraten und der liberalen Klassiker sowie zu den Verfechtern staatlicher Reglementierungen der Wirtschaft ausgesprochen hat, gehört zum Besten, was jemals über das Wesen der wirtschaftlichen Selbststeuerung und ihrer Voraussetzungen, über eine aktive Ordnungspolitik bei gleichzeitigem "tiefen Vertrauen auf die Weltgesetzlichkeit" gesagt wurde. Paulus Klüpfel verstand die "Natürliche Wirtschaftsordnung" als einen autonomen Teilbereich der gesamten Schöpfungsordnung. Bei der Ordnung der Wirtschaft solle von dem allen großen Weisheitslehren der Welt gemeinsamen "... gewaltigen Gedanken der Allgesetzlichkeit" ausgegangen werden. Damit schuf Klüpfel eine Brücke, über die Menschen aus den verschiedensten Kulturkreisen Zugang zu Silvio Gesells Modell einer sich selbst ordnenden und zugleich vom Menschen partnerschaftlich mitgeordneten Wirtschaft finden können, auf daß sie in gemeinsamer "Weltarbeit" den großen, erdumspannenden "Gesamtkulturbau" vollenden.

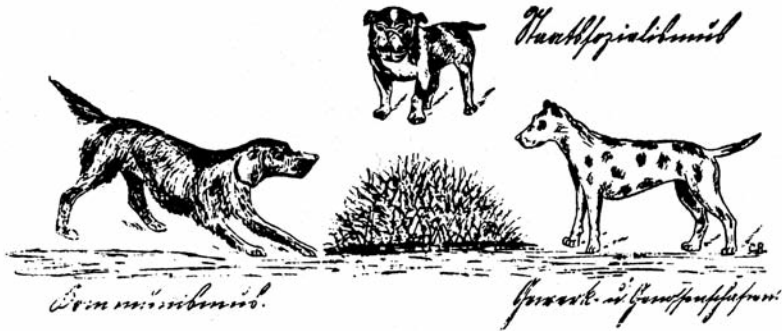
Paulus Klüpfel war theologisch und philosophisch ebenso wie literarisch und künstlerisch gebildet und von daher eine ideale Ergänzung zu dem mehr praktisch veranlagten Kaufmann Gesell. Er steckte voller Hoffnungen und Pläne für die Zeit nach dem Krieg, in der er seine Zusammenarbeit mit Gesell fortsetzen wollte. Doch wurde Gesell dieser wertvolle Mitarbeiter allzu früh genommen. Im Juli 1918 starb Klüpfel in einem Berliner Lazarett an den Folgen einer schweren Tuberkuloseerkrankung. Sein Wirken geriet alsbald in Vergessenheit. Als das "Freiwirtschaftliche Archiv" 1928 seine Korrespondenz mit Walter Rathenau veröffentlichte, hieß es in einem redaktionellen Nachwort, Klüpfel werde wohl "... den meisten Lesern ein Unbekannter sein." [Otto Maaß im "Freiwirtschaftlichen Archiv" 4. Jg (1928), Nr. 9-12, S. 139.] Erst nach dem zweiten Weltkrieg lebte Klüpfels Geisteshaltung unter den Nachfolgern Silvio Gesells wieder auf. Es war Karl Walker, der daran erinnerte, daß es die "... Vorstellung von der großen Ordnung des Daseins (sei), welche Gesells ganzes Werk durchströmte." Dieses dem 20. Jahrhundert fremde elementare Vertrauen in die auch für das soziale Leben geltenden Ordnungsprinzipien des ganzen Universums sei es vor allem gewesen, was die vielfach vom materialistischen Weltbild beeinflussten Zeitgenossen Gesells daran gehindert habe, sich in Gesells Denkungsart hineinzufühlen und seine Theorien zu verstehen. [Karl Walker, *Werk und Weltanschauung*, in: *Die Gefährten – Monatsschrift für Erkenntnis und Tat* 4. Jg (1949), Nr. 28, S. 363-370 sowie ders., *Geist und Weltgestaltung*, Lauf bei Nürnberg 1960.]

Jegliches Wissen über Paulus Klüpfels persönlichen Werdegang und seine Lebensumstände wäre unwiederbringlich verloren gegangen, wenn nicht Hans Vogt in den 60er Jahren einige Briefe, Manuskriptfragmente und Gedichte aus Klüpfels Nachlaß in einem Privatdruck herausgegeben hätte. [Hans Vogt, *Innen ist der unendliche Wille der Welt – Die Aufzeichnungen des Paulus Klüpfel 1876-1918*, Erlau bei Passau 1967.] Auf der Grundlage dieser Dokumente hat Günter Bartsch ein Portrait von Paulus Klüpfel verfaßt, das eine eindrucksvolle Vorstellung dieses neben Georg



Blumenthal bedeutendsten Mitarbeiters von Silvio Gesell vermittelt. [Günter Bartsch, *Freiwirtschaft als innere und äußere Weltaufgabe – Versuch eines Portraits von Paulus Klüpfel*, in: *Zeitschrift für Sozialökonomie* 27. Jg. (1990), 87. Folge, S. 3-12.] –

Pierre Joseph Proudhon, dem die zweite Auflage der NWO gewidmet war, hat vor mehr als einem Jahrhundert einmal gesagt, das 20. Jahrhundert werde die Ära der Föderation eröffnen oder die Menschheit müsse durch ein 100jähriges Fegefeuer gehen. Und Paulus Klüpfel war sich gewiß: „Unser Jahrhundert gehört der wirtschaftlichen Befreiung der Menschen, der Überwindung aller Ausbeutung, dem Ende des Kapitalismus, des Krieges, der Krisen und der Armut. In der aufpeitschenden Not hinter diesen grauenvollen Jahren des entfesselten Wahnsinns wird“ – so hoffte es Klüpfel am Ende seines Vorwortes zur NWO – „allen noch Unzerbrochenen der Mut zu den letzten Entschlüssen kommen.“ Doch die Geschichte des 20. Jahrhunderts verlief anders. Weder begann die Ära der Föderation, noch fanden Ausbeutung, Krisen und Kriege ihr erhofftes Ende. So ist zum Ausgang dieses Jahrhunderts erneut mit Paulus Klüpfel zu fragen: Wann werden die entrechteten Menschen merken, „daß dieses Buch ihnen gehört“?



## Vorwort zur 1. Auflage der Natürlichen Wirtschaftsordnung

Die Beseitigung des arbeitslosen Einkommens, des sogen. Mehrwertes, auch Zins und Rente genannt, ist das unmittelbare wirtschaftliche Ziel aller sozialistischen Bestrebungen. Zur Erreichung dieses Zieles wird allgemein die Verstaatlichung der gesamten Produktion mit allen ihren Folgerungen verlangt und als unerlässlich erklärt. Mit dieser Forderung, deren Erfüllung den völligen Verzicht auf die persönliche Freiheit und Selbstbestimmung, die Unterordnung unter die allmächtigen Behörden bedeutet, scheinen sich auch die Mehrzahl der Sozialisten unter dem Drucke der wirtschaftlichen Not abgefunden zu haben. Wenige nur folgen hier eigenen, kommunistischen Trieben. Sie sagen einfach, schlimmer als jetzt kann es auch schlimmsten Falles im kommunistischen Staate nicht gehen.

Diese allgemeine proletarische Forderung wird durch die theoretischen Untersuchungen gestützt, die Marx über die Natur des Kapitals angestellt hat, wonach der Mehrwert als eine untrennbare Begleiterscheinung der Privatindustrie und des Privateigentums an den Produktionsmitteln anzusehen ist.

Hier wird nun gezeigt werden, daß diese Theorie von falschen Voraussetzungen ausgeht und daß die Richtigstellung derselben zu vollkommen entgegengesetzten Ergebnissen führt. Diese Ergebnisse lehren uns, daß wir im Kapital kein Sachgut zu erblicken haben, sondern ein von Nachfrage und Angebot absolut beherrschtes Marktverhältnis – wie das der Sozialist Proudhon, der Gegner Marxs, übrigens schon vor 50 Jahren den Arbeitern gesagt und bewiesen hatte.

In völliger Übereinstimmung mit dieser Richtigstellung der Kapitaltheorie zeigt sich dann, daß, wenn wir gewisse künstliche Hemmungen beseitigen, die von unserem verkehrten Bodenrecht und unserem ebenso verkehrten Geldwesen rühren, und dadurch erst unserer heutigen Wirtschaftsordnung zur vollen Entfaltung ihres urgesunden Grundgedankens verhelfen, die Arbeiter es dann ganz in der Hand haben, durch ihre Arbeit die Marktverhältnisse in kürzester Zeit (10-20 Jahre) für das Kapital so zu gestalten, daß der Mehrwert restlos verschwindet und die Produktionsmittel den Kapitalcharakter einbüßen. Das Privateigentum an den Produktionsmitteln bietet

dann keinen anderen Vorteil mehr als den, den etwa der Besitzer einer Vorratskammer von seinem Eigentum hat. Diese wirft ihm auch keinen Mehrwert oder Zins ab, doch kann er den Inhalt nach und nach aufzehren. Die dann in den Produktionsmitteln angelegten Ersparnisse oder sonstigen Gelder würden den Eigentümern in Gestalt der mit dem natürlichen Zerfall oder Verbrauch des Produktionsmittels (Haus, Schiff, Fabrik) schritthaltenden jährlichen Abschreibung zum persönlichen Verbrauch zur Verfügung stehen. Durch weiter nichts als durch ungehemmte, fleißige, von den modernen Produktionsmitteln unterstützte Arbeit, würde der große Wau-Wau, das angestaunte und gefürchtete Kapital, zur harmlosen Rolle verurteilt werden, die die tönernen Sparbüchse heute bei den Kindern spielt, die auch noch nie Mehrwert abgeworfen hat und zu deren Inhalt man gelangt, indem man sie zerschlägt.

In diesem 1. Teil, der vom Boden handelt, wird gesagt, wie man ohne Kommunismus mehrwertfreie Landwirtschaft und ebensolche Bau- und Bergwerksindustrie betreiben kann. Im 2. Teil, der die neue Theorie des Kapitals enthält, wird das Rätsel gelöst, wie man ohne Verstaatlichung der übrigen Produktionsmittel den Mehrwert vollends aus unserer Wirtschaftsordnung beseitigt.

Der Ausdruck neue Theorie gilt hier übrigens mir für die kapitalistischen und sozialdemokratischen Kreise, deren Presse sich bisher beharrlich um die Kritik dieser Theorie herumgedrückt hat. Daß die kapitalistische Presse diese unbequeme Theorie möglichst totzuschweigen sucht, kann man verstehen, welchen Nutzen aber solche Praxis der sozialistischen Bewegung bringen kann, frage ich mich bisher umsonst. Indem ich hier dieselbe Frage an die sozialdemokratische Presse richte und um etwas mehr Beachtung dieser ehrlich in den Dienst des arbeitenden Volkes gestellten Arbeit bitte, bemerke ich, daß die neue physiokratische Kapitaltheorie von einer großen Zahl von Arbeitern aller Berufe, Stände, Bildungsgrade und Konfessionen gewissenhaft durchforscht worden ist und daß noch jeder, ausnahmslos jeder, der den Wagemut zeigte, sie kritisch anzugreifen, heulend sich zurückziehen mußte.

„Ihr standet vor dem Kapital, wie eine nach Blut dürstende Meute vor einem Igel, und wußtet nicht, wie ihr es packen solltet,“ so sagte P. J. Proudhon.

Die physiokratische Kapitaltheorie hat dem Kapital den Igelpelz ausgezogen und sich selbst damit bekleidet. Nun sitzt sie da in ihrem Panzer und wartet mit Seelenruhe auf die Marxisten, die es wagen mögen.

Arbeiter – wollt Ihr ein lustiges Schauspiel? Billig könnt ihr es haben; hetzt eure Presse auf den Igel.

Les Hauts Geneveys, Mai 1916. (Schweiz).



Silvio Gesell

# Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld

---

2. Auflage von:  
„Die Verwirklichung des Rechtes  
auf den vollen Arbeitsertrag“  
und von  
„Die Neue Lehre vom Geld und Zins“

1916.

Verlag von Silvio Gesell in Les Hauts Geneveys (Schweiz).  
Durch den Buchhandel: Bernhard Hermann, Leipzig.

Dem Andenken  
P. J. Proudhon's

## Vorwort.

Die Physiokraten um Quesnay lehrten eine Wirtschaftsauffassung von innerer Wahrheit und wesenhafter Schönheit, die auf alle ideal Gesinnten hinreißend wirken mußte. Aber die geschichtliche Entwicklung des Wirtschaftslebens ging ihren Weg jenseits davon weiter. Mit dem Weltwirtschaftskrieg stehen wir am unausweichlichen Ende dieses Ablaufes.

Jenes ideale Wirtschaftssystem galt allein über den Wolken. Hier unten aber gilt nur, was verwirklicht ist. Die „natürliche Wirtschaftsordnung“ blieb unwirklich gewiß nicht aus Schwäche und innerem Widerspruch, sondern es fehlten innerhalb der gegebenen Lage die Vorbedingungen zu ihrer Verwirklichung. Das Ideal schauen ist viel, aber nicht alles. Same allein ist nichts, Boden allein ist nichts. Daß Same seinen besten Boden finde, das entscheidet. Und Boden zu bereiten, Möglichkeiten zu schaffen, das ist unsere eigentliche Aufgabe und Arbeit. Daß die Physiokraten ihr Ideal zu rasch mit dem gegebenen Wirtschaftsgetriebe zusammenfallen ließen, das gibt ihnen das Passive ihrer Haltung. Mit Silvio Gesell beginnt die große Wendung zum Aktiven.

Mit seinem bestimmten Namen setzt sich dieses Buch das Ziel, die Verwirklichung der natürlichen Wirtschaftsordnung einzuleiten. Gesell erörtert den Gedanken Quesnay's nicht, er setzt ihn überall voraus; es gibt für ihn keinen andern. Mit der ersten Seite macht er sich entschlossen an die „Bodenbereitung“. Die Kritik der gegebenen Wirtschaftslage und die Methode der Umgestaltung des geschichtlich Gewordenen, das ist eine vielverschlungene technische Aufgabe, die Umsicht, Richtsinn und viel Mut verlangt. Was liegt nun in diesem einfachen und gradlinigen Gedanken der natürlichen Wirtschaftsordnung?

Die Fassung: „natürliche Wirtschaftsordnung“ ist nicht ganz unverfänglich. Seinem Sinn nach ist das Wirtschaftswesen ein Teilbetrieb der Gesamtkultur. Dabei ist hier von der objektiven Kultur die Rede, jenem Gefüge aus Automatismen, die

alle aus dem Willen des Menschen sind und doch ihm gegenüber eine überindividuelle Selbständigkeit gewinnen mit automatischem Ablauf: das Schulwesen, Bankwesen, Staatswesen, Bücherwesen – Wesen! Da die Naturvorgänge ohne unsern Willen sind und ablaufen, die Kulturbetriebe, die „Wesen“, ebenfalls dem Einzelwillen gegenüber selbständig bleiben und ihn mitzwingen (obwohl sie doch ohne Willen nicht sind), leuchtet eine Ähnlichkeit heraus, die dem Worte „natürlich“ zu seiner Vieldeutigkeit verhilft. Jedes „Wesen“ hat seine eigne Aufgabe und seine Eigengesetzlichkeit bei aller Einordnung in das Gesamtkulturwesen. Das Wirtschaftswesen ist die organisierte Selbsterhaltung. Aus sich heraus hat es sich auszugestalten, nach seiner inneren Notwendigkeit – immer durch das Tun des Menschen. Daß wir nicht irgendwie wirtschaftlich verfahren: nach religiösen oder ästhetischen Richtlinien, sondern Wirtschaftliches wirtschaftlich betreiben, sachgemäß, das gibt der Wirtschaft ihre „Natürlichkeit“ –. Besser ist: Wirtschaft hat, wie jeder Betrieb, ihre Eigengesetzlichkeit. Was immer wir tun, wir müssen diese Eigengesetzlichkeit sich frei entfalten lassen. Wirtschaft ist in sich frei. Freiwirtschaft.

Deckt sich das mit dem geschichtlichen Wirtschaftsliberalismus? Nein. So wahr die Freiwirtschaft im Ewigkeitssinn ist, so falsch wird sie im Zeitsinn. Die Physiokraten haben eine Vorfrage übersehen und das, was von der reinen Wirtschaft wahr ist, zu rasch von dem gegebenen Wirtschaften ausgesagt. Die Wirtschaft muß frei sein. Aber es gab „die“ Wirtschaft noch gar nicht. Wem gab man da seine Freiheit? Wem gestand man seine Eigengesetzlichkeit zu? Wirtschaft ist heute nicht nur Wirtschaft, d. h., organisierte Arbeit zur Selbsterhaltung. Es ist in sie sehr viel wirtschaftlich maskierte Gewalt, Ausbeutung fremder Arbeit, mit verflochten. Dessen Freiheit aber ist die Freiheit des Tieres. Alle Gewaltelemente im Wirtschaften haben die Wirkung, den freien, gleichen Wettbewerb auszuschalten. Die freie Konkurrenz aber ist die innere Selbststeuerung des Wirtschaftsbetriebes. Nur mit dieser Selbststeuerung laufen und kreisen Arbeit und Tausch mit ständig ausgewogenem Gleichgewicht sicher und störungsfrei weiter. Erst muß also diese Selbststeuerung gesichert sein. Erst müssen also alle Elemente von Gewalt, alles Nichtwirtschaftliche aus der Wirtschaft entfernt werden, dann darf und muß diese reine Wirtschaft ihrer eigenen Rhythmik überlassen werden. Freiheit ist gut, aber was immer wir zu sich befreien, muß erst bei sich sein, muß



erst freiheitsfähig werden. Nicht durch moralische Beeinflussung oder polizeiliche Maßnahme, sondern durch Umbau des wirtschaftlichen Räderwerkes selbst schaltet Gesell allen Mehrwert aus. Ausbeutung ist nicht „verboten“, sondern unmöglich. Darum kann man Gesell nicht widerlegen, nur ablehnen, wenn man gewaltfreie reine Arbeitsverfassung eben nicht will. Die Welt kann ja weiterwirbeln, endlos, sinnlos. Aber sie kann nicht bleiben, wie sie ist *und* mit dem Ideal in Berührung treten. Gott ist stolz und nicht kompromißfähig. „Man muß sich verändern oder sterben.“ (Dostojewski.)

Um diese stets von nichtwirtschaftlichen Gewalten durchkreuzte Wirtschaft aufrecht zu erhalten, mußte sie dauernd von außen her gestützt und gesteuert werden. Die Kirchen reglementierten religiös, die Staaten rechtlich, und daneben gingen die vielen Versuche der Selbsthilfe der wirtschaftenden Menschen. Die Furchtsamen und Unfreien hatten es leicht, die Freiheit zu widerlegen, da die Freiheit dieses unreinen Wirtschaftsgetriebes sich täglich mehr widerlegte. Sie sagten: Freiheit taugt nicht für die Menschen. Aber vielmehr diese Menschen taugten noch nicht für die Freiheit. Die Freiwirtschaft war schon richtig gewesen, aber nur dieses unreine Getriebe ergab keinen Betrieb. So wurde denn der Weg zu Ende versucht, mit allen Hilfen dieses Wirtschaften von außen zu ordnen, bis zu der Zuspitzung, grundsätzlich alle Wirtschaftsfreiheit abzulehnen. Der Sozialismus aller Schattierungen, das ist die Zwangswirtschaft. In ihr steht die Wirtschaft absolut unter Gesetzen, aber unter von außen herangebrachten Gesetzen. Damit kann wohl ein totes Geordnetsein, eine Statik erreicht werden, aber keine Funktion, kein lebendiger Rhythmus, keine Dynamik. Das kreisende Leben lebt einzig durch seine Funktion. Es an einem Punkt festnageln, heißt es töten. Es gibt nichts anderes, in der Tat: entweder durchaus Freiheit und Leben, oder durchaus Zwang und Tod.

Die Lehre von der natürlichen Wirtschaftsordnung ist also die Lehre von der *Eigengesetzlichkeit des Wirtschaftswesens*. Frei heißt nicht gesetzlos. Diese Freiheit hat nichts und niemand. Frei heißt: nur seinem Gesetz gehorsam. Es sind nicht Naturgesetze, chemische, biologische, oder logische, moralische Gesetze über die Kulturbetriebe, die „Wesen“ gesetzt. Auch der „Kampf ums Dasein“ als Bekämpfung anderer Menschen ist nicht Wirtschaftsprinzip. Auch die Selbstsucht nicht, wie Gesell fast zugestehen möchte. Selbstsucht ist Selbsterhaltung auf Kosten fremder Arbeit – aber das ist Unwirtschaft. Selbsterhaltung –

durch Arbeit allein – erhöht durch optimale Arbeitsteilung und geschmeidigsten Tausch – das ist Wirtschaft. Und wenn der Rhythmus der Arbeit in Differenzierung und Integrierung am reinsten aus sich sich ausschwingen kann, dann ist die „natürliche“ Wirtschaftsordnung, die der Wirtschaft natürliche Ordnung, gesichert.

Es liegt dem, auf einen Bezirk des Kulturlebens angewendet und in ihm durchgeführt, der gewaltige Gedanke der Allgesetzlichkeit zugrunde. Nichts ist gesetzlos – aber es ist nicht ein monotones Gesetz über allem, sondern Gesetzlichkeit: alles hat *sein* Gesetz. Es überrascht, daß diese Einsicht Asien zuerst gehört, nicht Europa. Buddha „ist erlöst, denn er hat *das Gesetz* erkannt.“ „Das Gesetz“ gibt nicht ganz das große „Dharma“ wieder. Es ist nicht irgend ein Gesetz, sondern die Gesetzlichkeit. Das Tao des fernen Ostens (Laotse) ist dasselbe. In China haben wir geradezu den klassischen Kampf zwischen den Freunden der Eigengesetzlichkeit und der Gesetzgebung. Laotse und seine Schüler stellen überall die Frage: *Soll man die Welt ordnen?* Die Antwort ist, allem beflissenen, engen Konfutseismus entgegen: Nein. Man solle das Leben zu seiner Ordnung kommen lassen, alles tun, wie es will, nicht wie unsre Willkür möchte. Daß im Grunde des Christentums Christi und aller echten Mystik dieselbe Erkenntnis ruht, ist sicher.

Nun lag begreiflicherweise dem Osten die Gefahr nahe, sich ganz auf die immanente Weltgesetzlichkeit zu verlassen und passiv zu bleiben. Aber das innere Gefüge der Welt arbeitet sich nicht selbst heraus. Es fordert durchaus unser tiefgehorsames Mittun: die Weltarbeit. Der Westen hat das Arbeiten entwickelt, aber die europäische Arbeit ist überall chaotisch, sinnlos, unbeherrscht. Dort fehlt mehr die Arbeit, hier mehr die Gesetzlichkeit. Asien vergaß über der ewig befriedigenden Herrlichkeit des Weltplanes den Weltbaustoff und die Weltarbeit. Europa vergaß die ewige Vorlage über dem Rohmaterial des Lehms und über allem Mühen und Kneten und Formen in ihm. Aber die Gesetzlichkeit ist sowenig ein Problem wie das Chaos. Das Problem liegt darin, beides in eins zu bringen. Das Problem heißt Kosmos: Gestaltung alles Chaotischen aus seiner Notwendigkeit zu seiner Form. Alle unsere Probleme verlaufen nach Satz, Gegensatz und Synthese, wie es am Beispiel des Wirtschaftsproblems anschaulich wird: die Wirtschaft verträgt die Freiheit nicht – die Wirtschaft verträgt die Unfreiheit nicht.

Was also? Einige Zeit mag man an die Möglichkeit einer peinlich beachteten „mittleren Linie“, die Scheinsynthese, glauben, die Verhältnisse treiben doch immer darüber hinaus zu mehr Zwang oder zu mehr Freiheit: je stärker aber eines dieser Prinzipien zum Herrschen kommt, desto sicherer versagt es – der vielersehnte Staatssozialismus führt in die Erstarrung, wie der erledigte Wirtschaftsliberalismus zum Chaos führte. Also ist die Aufgabe unlösbar? Antwort: die Lösung liegt immer *in einer erst zu schaffenden neuen Situation, in welcher die Forderung* (hier der Freiheit) *möglich ist*. Dieser Grundgedanke einer Problematik muß das Leitmotiv aller werden, die am Kulturbau mitschaffen. Alles andre Tun ist vertan und führt im Kreise stets wieder vor das Problem zurück. Die Soziologie von heute ist ja wieder ein tieferes Besinnen. Die Arbeit von Ferdinand Tönnies, Leopold von Wiese, F. Müller-Lyer, Alfred Vierkandt ist unter anderem hier zu nennen. Asien und Europa – der Lahme und der Blinde – sind dabei, sich zu finden.

Überall in dem Buche Silvio Gesells leuchtet das tiefe, frohe Vertrauen auf die Weltgesetzlichkeit durch. Das gibt ihm seine starke Sicherheit und manchmal ironische Überlegenheit gegenüber der heutigen Lage und gegenüber der ungeheuren Unwahrscheinlichkeit seines Unternehmens, das doch das selbstverständlichste ist. Alles hat er gegen sich, aber er hat die Notwendigkeit der Sache für sich – und den Glauben an sie. Und seinen Mut hat er für sich und seine unermüdete Arbeit seit fünfundzwanzig Jahren. Er meißelt die ungefügten und ungefügten Blöcke des kommenden Wirtschaftsbaues mit kritischem Meißel zurecht. Sind sie nur erst tatsächlich gefügt, so fügen sie sich auch in den Gesamtkulturbau ein. Denn zuletzt ist alles auf einander abgepaßt, der tiefe Plan schimmert ferne durch, „und deine kommenden Konturen dämmern.“ (Rilke.)

Immer mehr, doch nur durch unsere Weltarbeit, wird die Welt Ausdruck ihrer Idee. Dies Buch, bei aller oft ungeschlachten Schönheit, ist Ausdruckskultur in einem sehr vertieften aktiven Sinn. Es ist „aktiver Idealismus“ (Eucken), dem die Ideale nicht eine Insel jenseits des Lebens sind, dem aber auch das Leben, wie es ist, nicht genügt. Und dies Buch zeigt, daß Religion und Mystik nicht tiefer sind als Arbeitsteilung und Fabrik und Geschäft und Geld. Formen wir nur alles aus seiner Tiefe heraus: alles hat seine Tiefe, und Gott ist allem gegenwärtig.

Unser Jahrhundert gehört der wirtschaftlichen Befreiung der Menschen, der Überwindung aller Ausbeutung, dem Ende des

Kapitalismus, des Krieges, der Krisen und der Armut. In der aufpeitschenden Not hinter diesen grauenvollen Jahren des entfesselten Wahnsinns wird allen noch Unzerbrochenen der Mut zu den letzten Entschlüssen kommen. Das bittere Muß treibt uns von außen zu dem, was wir von innen immer schon sollen. Die seit Jahrtausenden seufzen und hoffen: die Arbeit mit geschundenen Händen, das Weib mit geschändetem Blut, der Geist mit schuldiggewordenem Herzen – sie werden eines Tages wissen, daß dieses Buch ihnen gehört.

*Berlin, 1. November 1916.*

*Paulus Klüpfel.*

# Inhaltsverzeichnis

## I. Teil: Freiland.

### Vorwort.

1. **Was ist der volle Arbeitsertrag?** Unterscheidung zwischen Arbeitsprodukt, Arbeitserlös und Arbeitsertrag. Der Nachweis, daß der Arbeitsertrag voll ist, läßt sich nur für den kollektiven Arbeitsertrag bringen. Der volle kollektive Arbeitsertrag = dem vollen kollektiven Arbeitsprodukt. Die Beseitigung des arbeitslosen Einkommens Bedingung für den vollen Arbeitsertrag. 1
2. **Der Abzug am Arbeitsertrag durch die Grundrente.** Das Gesetz des ehernen Lohnes verlangt ein absolutes Bodenmonopol. Dieses existiert heute nicht. Freizügigkeit, Freiland. Der Arbeitsertrag auf Freiland maßgeblich für den Minimallohn. Arbeitsprodukt abzüglich Lohn = Grundrente. 4
3. **Abhängigkeit des Lohnes und der Grundrente von den Frachtsätzen.** Arbeitsertrag des Freiländers = den für sein Arbeitsprodukt eingetauschten Waren. Jede Veränderung In den Frachtsätzen beeinflußt unmittelbar den Arbeitsertrag des Freiländers und wirkt zurück auf Lohn und Rente. 8
4. **Einfluß des Kulturzustandes auf Lohn und Rente.** Alles, was das Leben und die Zufriedenheit des Freiländers beeinflußt, wirkt zurück auf den Lohn und die Rente. 12
5. **Genau Bestimmung des Begriffes Freiland.** Einteilung in Freiland 1., 2. und 3. Grades. 14
6. **Der Begriff Freiland 3. Grades.** Für die Bodenerträge, die die Sparlandkultur über die Sparhandkultur hinaus einträgt, ist jeder Kulturboden noch als Freiland 3. Grades zu betrachten. Wo das Freiland 1. und 2. Grades fehlt, springt dieses Freiland 3. Grades als Lohnregulator ein. 15
7. **Einfluß des Freilandes 3. Grades auf Grundrente und Lohn.** Rechnungsmäßige Verteilung des Produktes unter die Grundbesitzer, Pächter und Lohnarbeiter. 17
8. **Einfluß der Technik auf Lohn und Rente.** Dieser Einfluß ist sehr verschieden, je nachdem die Technik die Sparland- oder Sparhandkultur begünstigt. 21
9. **Einfluß der Wissenschaft auf Lohn und Rente.** 24

<b>10. Gesetzliche Eingriffe in Lohn und Rente.</b> Erledigung der alten Streitfragen, wie die Zölle auf Lohn und Rente wirken. Beantwortung der Frage, ob die Grundsteuern abwälzbar sind.	25
<b>11. Zölle, Lohn und Rente.</b> Wie es kommt, daß die Rentenschutzzölle ihre Wirksamkeit verlieren müssen.	30
<b>12. Der Ausgangspunkt für die ganze Lohnskala.</b>	35
<b>13. Einfluß des Kapitalzinses auf Lohn und Rente.</b> Die Grundrente steht im Schutze des Kapitalzinses. Sie würde zusammen mit dem Zinsfuß sinken, würde aber nicht verschwinden, wenn der Zins auf 0 sinkt.	38
<b>14. Übersicht über die bisherigen Ergebnisse der Untersuchung.</b>	40
<b>15. Die Rohstoff- und Baugrundrente.</b> Der Verbraucher bezahlt als Preis aller Rohstoffe das, was auf der schlechtesten, darum freien Fundstätte an Löhnen verausgabt wird.	41
<b>16. Erster allgemeiner Umriß des Lohngesetzes.</b>	46
<b>17. Die Freilandbewegung.</b>	48
<b>18. Die Finanzen der Bodenverstaatlichung.</b>	49
<b>19. Der Zweck der Bodenverstaatlichung.</b>	52
<b>20. Die Bodenverstaatlichung in der Praxis.</b>	53
<b>21. Die Wirkungen der Bodenverstaatlichung.</b>	67
<b>22. Begründung der Bodenverstaatlichung.</b>	74
<b>23. Was die Bodenverstaatlichung nicht kann.</b>	88

## II. Teil: Das Geld, wie es sein soll.

<b>Vorwort.</b>	92
<b>1. Geldreform und Reformgeld.</b> Das Geld soll den Austausch der Produkte sichern, beschleunigen und verbilligen. Das Gold kein vollkommenes Äquivalent der Waren. Das Angebot der Waren erfolgt bedingungslos; das Angebot des Geldes Willensäußerung seiner Besitzer. Die Äquivalenz fordert die Ausschaltung dieses Willens. Das geschieht durch das Freigeld. Muster solchen Freigeldes. Erklärungen.	93
<b>2. Wie der Staat das Freigeld in Umlauf setzt.</b> Der Staat löst das Metallgeld mit dem Freigeld ein. Wer das nicht tun will, mag das Metall behalten.	105
<b>3. Wie das Freigeld verwaltet wird.</b> Der Staat führt eine Warenpreisstatistik. Er zieht Geld ein, wenn die Preise steigen, er setzt neues Geld aus, wenn die Preise fallen, und erreicht damit eine absolute Währung. Gründung eines Reichswährungsamtes.	108
<b>4. Das Freigeld und der Außenhandel.</b> Die Goldwährung als Störenfried des Außenhandels. Goldwährung als Ursache der Schutzzollpolitik. Papierwährung und absolute Währung Voraussetzungen des Freihandels. Im Außenhandel werden Waren mit Waren bezahlt. Der Wechselkurs reguliert die Warenbilanz. Entbehrlichkeit der Gold- und sonstigen Metallreserven. Die heutigen Schwankungen in der Handelsbilanz. Wirkungen internationaler Währungspuschereien.	

Die Beseitigung der Wechselkursschwankungen nicht Sache einer einseitig nationalen Währungspolitik. Internationales Währungsbüro.	110
<b>5. Das Gesetzmäßige im Umlauf des Freigeldes.</b> Übertragung des natürlichen Angebotszwanges, dem die Waren unterworfen sind, auf das Geld. Zwangsumlauf des Geldes. Unabhängigkeit des Geldangebots von Profit, und Zinsbedingungen. Auflösung der Privatgeldreserven und des Spekulationskapitals. Absolute Abhängigkeit der Währung von den Maßnahmen des Reichswährungsamtes. Das Geld wird zur Nachfrage. Die Nachfrage (schlechthin) wird zum Staatsmonopol erhoben und ist Substanz geworden. Das Geld nicht mehr besser als Ware, auch in den Händen der Sparer nicht. Vorratsbildung an Stelle der Geldreserven. Vereinfachung und Sicherung des Handels und damit Hand in Hand gehend Herabsetzung der Handelsprofitrate. Keine Spekulation, keine Krisen. Automatischer Arbeitsnachweis, organische Versicherung gegen Arbeitslosigkeit	118
<b>6. Wie das Freigeld beurteilt wird.</b> Der Kaufmann	131
Der Krämer	133
Der Kassenbeamte	141
Der Ausfuhrhändler	144
Der Unternehmer	148
Der Wucherer	153
Der Spekulant	155
Der Einbrecher	159
Der Sparer	160
Der Genossenschaftler	164
Der Soldat	166
Der Gläubiger	169
Der Agrarier	173
Die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit	175
Der Mutualist	180
Der Zinstheoretiker	183
Der Krisentheoretiker	191
Der Werttheoretiker	200
Der Lohntheoretiker	207
Der Bankier	209

### III. Teil: Das Geld, wie es ist.

<b>Vorwort.</b>	219
<b>Die Unterscheidung zwischen Geld und Geldstoff.</b> Das Gesetz vereint und trennt beides. Das Geld als Fabrikat des Staates. Das Papiergeld nicht als Schuldschein des Staates zu betrachten.	223
<b>Die Unentbehrlichkeit den Geldes.</b> Allgemeine Gleichgültigkeit gegenüber dem Geldstoff.	227
<b>Der sogenannte Wert den Geldes.</b>	230

<b>Warum man aus Papier Geld machen kann.</b> Weil niemand eine Sache umsonst hergibt, die ein anderer sucht. Der Wucher beherrscht die Gesetze des Tausches. Die Warenverfertiger sind, auf das Geld als Tauschmittel angewiesen und Geld ist nur als Staatsgeld denkbar. Das Papiergeld hat alle Eigenschaften der Waren. Das Papiergeld die einzige Ware, die uns als Ware nützlich ist. In der Geldsubstanz sucht man nur negative Eigenschaften – darum ist das Papiergeld möglich.	237
<b>Die Sicherheit und Deckung des Papiergeldes.</b> Das Geld wird durch die Arbeitsteilung gedeckt und kennt als Sicherheit nur die Sicherheit des Staates.	257
<b>Welchen Preis soll das Geld erzielen.</b> Ein fester Durchschnittspreis der Waren als Ziel einer geordneten Geldverwaltung.	268
<b>Wie der Preis des Geldes mit Genauigkeit ermittelt werden kann.</b>	270
<b>Wie kommt der Preis des Papiergeldes zustande.</b> Die Nachfrage nach Geld vertritt die Ware, das Angebot von Geld vertreten Menge und Umlaufgeschwindigkeit des Geldes und beides, Nachfrage und Angebot, bestimmen das Verhältnis, in dem Geld und Waren ausgetauscht werden.	282
<b>Einflüsse, denen Angebot und Nachfrage unterliegen.</b>	289
<b>Das Angebot des Geldes.</b>	297
<b>Das Gesetzmäßige im Umlauf des heutigen Geldes.</b> Das Geld stellt den Zins als Bedingung für seine Dienstleistungen. Durch Unterbrechung des Austausches der Produkte, also durch erzwungene Krisen, bereitet es den Markt für die Erhebung dieses Zinses vor.	304
<b>Die Wirtschaftskrise und ihre Verhütung.</b>	320
<b>Die Emissionsreform.</b> Ohne Reform im Sinne des Freigeldes lassen sich die Wirtschaftskrisen nicht vermeiden.	321
<b>Der Maßstab für die Qualität des Geldes.</b> Nur mit dem Bruttohandelsprofit läßt sich die Qualität des Geldes messen.	332
<b>Warum die Quantitätstheorie dem Gelde gegenüber versagt.</b>	336

#### IV. Teil: Die neue Lehre vom Zins.

<b>Vorwort.</b>	344
<b>Der Urzins.</b> Ware plus Zins als Äquivalent des Geldes.	350
<b>Die Grenzen des Urzinses.</b>	356
<b>Die Erhebung den Urzinses von der Ware.</b>	367
<b>Die Übertragung des Urzinses auf das Realkapital.</b>	368
<b>Vervollständigung der Theorie.</b>	373
<b>Wie man den Kapitalzins bisher erklärte.</b>	397
<b>Bestandteile des Brutto-Zinses.</b>	407
<b>Der reine Kapitalzins eine eherne Größe.</b>	411
<b>Parallelismus zwischen Zinsfuß und Preisbewegung.</b>	416
<b>Sparland, Sparhand, Grundrente und Lohn.</b>	420



## Einleitung.

*Wenn den Unternehmern das Geldkapital zur Hälfte des jetzigen Zinses angeboten würde, so müßte auch bald der Zinsertrag aller übrigen Kapitalien um die Hälfte heruntergehen. Wenn z. B. ein Haus mehr Miete abwirft, als dem Unternehmer das Baugeld an Zins kostet, wenn der Zins des für das Roden eines Waldes ausgegebenen Geldes weniger ausmacht, als die Pacht eines gleich guten Kulturbodens, so wird der Wettbewerb unfehlbar eine Herabsetzung der Mieten und Pachten auf die Höhe des herabgesetzten Geldzinses herbeiführen (also den Mehrwert schmälern), denn das sicherste Mittel, um ein aktives Kapital (Haus, Acker) zu entwerten (also um den Mehrwert zu Gunsten der Löhne zu beschneiden), besteht doch darin, neben ihm andere, neue Kapitalien zu schaffen und in Betrieb zu setzen. Nach allen wirtschaftlichen Gesetzen vermehrt eine größere Produktion auch die Masse des den Arbeitern angebotenen Kapitals, hebt die Löhne und muß schließlich den Zins (Mehrwert) auf Null bringen.*

Übersetzt aus Proudhon: Qu'est ce que la propriété?  
Paris, E. Flamarion nouvelle éd., p. 235.

Die Beseitigung des arbeitslosen Einkommens, des sogen. Mehrwertes, auch Zins und Rente genannt, ist das unmittelbare wirtschaftliche Ziel aller sozialistischen Bestrebungen. Zur Erreichung dieses Zieles wird allgemein der Kommunismus, die Verstaatlichung der Produktion mit all ihren Konsequenzen verlangt, und mir ist nur ein einziger Sozialist bekannt – P. J. Proudhon – dessen Untersuchungen über die Natur des Kapitals ihm auch eine andere Lösung des Problems möglich erscheinen ließen. Die Forderung einer allgemeinen Verstaatlichung sämtlicher Produktion wird mit der Natur der Produktionsmittel, mit Eigenschaften, also mit der Physis dieser Mittel, begründet. Man sagt es harmlos, wie man Selbstverständlichkeiten auszusprechen pflegt, daß der Besitz der Produktionsmittel dem Kapitalisten bei den Lohnverhandlungen den Arbeitern gegenüber unter allen Umständen ein Übergewicht verschaffen muß, dessen Ausdruck eben der Mehrwert oder Kapitalzins ist und immer sein wird. Man kann es sich einfach nicht vorstellen, daß das heute auf Seite des Besitzes liegende Über-

gewicht einfach *dadurch auf die Besitzlosen (Arbeiter) übergehen kann, daß man den Besitzenden neben jedes Haus, jede Fabrik noch ein Haus, noch eine Fabrik baut.*

Der den Sozialisten von P. J. Proudhon bereits vor fünfzig Jahren gezeigte Weg, das Kapital mit unverdrossener, fleißiger, intelligenter und ungehemmter Arbeit bewußt anzugreifen und zur Strecke zu bringen, ist ihnen heute unverständlicher noch als damals.

Man hat Proudhon zwar nicht ganz vergessen, aber niemand hat ihn recht verstanden. Sonst gäbe es heute kein Kapital mehr. Weil Proudhon sich im Wege (Tauschbanken) irrte, glaubte man überhaupt seiner Lehre nicht mehr – wohl der beste Beweis, daß man sie nie wirklich begriffen hatte. Man läßt eine Sache nicht fahren, die man einmal als richtig erkannt hat; man läßt sich von Fehlschlägen nicht entmutigen.

Warum es der Marx'schen Lehre vom Kapital gelang, die Proudhon'sche Lehre zu verdrängen und die sozialistische Bewegung zu monopolisieren? Warum spricht man in allen Zeitungen der Welt von Marx und seiner Theorie? Einer meinte, das läge an der Hoffnungslosigkeit und entsprechenden Harmlosigkeit der Marx'schen Lehre. Kein Kapitalist fürchte diese Lehre, wie auch kein Kapitalist die christliche Doktrin fürchtet. Es läge geradezu im Interesse des Kapitals, möglichst viel und breit von Marx und Christus zu reden. Marx würde ja dem Kapital niemals etwas anhaben können, weil er die Natur des Kapitals falsch beurteilt. Bei Proudhon dagegen, da heißt es aufpassen. Besser ist es, ihn totzuschweigen. Er ist ein gefährlicher Bursch, denn es ist einfach unbestreitbar, was er sagt, daß, wenn die Arbeiter ungestört, ungehemmt, ununterbrochen arbeiten dürften, das Kapital bald in einer Kapitalüberproduktion (nicht mit Warenüberproduktion zu verwechseln) ersticken würde. Das, was Proudhon zur Bekämpfung des Kapitals empfiehlt, kann heute unmittelbar in Angriff genommen werden, ist also gefährlich. Spricht doch das Marx'sche Programm selber von der gewaltigen Produktionskraft des mit den neuzeitlichen Werkzeugen ausgerüsteten, modernen, geschulten Arbeiters. *Marx kann mit dieser gewaltigen Produktionskraft absolut nichts anfangen; in den Händen Proudhons wird sie zu einer Waffe allererster Ordnung gegen das Kapital.* Darum redet viel und breit von Marx, so wird man Proudhon vielleicht ganz vergessen!

Mir scheint, daß der Mann, der so redete, Recht hat. Erging es nicht auch so mit Henry George und der deutschen sogen. Bodenreformbewegung, mit Damaschke's großer „Wahrheit“? Weil die Grundbesitzer bald herausfanden, daß es sich um ein Schaf in Wolfskleidern [*Ernst Frankfurth: Das arbeitslose Einkommen. Verlag Junginger, Arosa.*] handelte, daß eine Besteuerung

der Grundrente praktisch undurchführbar ist, so brauchte man den Mann und die Reform nicht zu fürchten. Also durfte die Presse frei von Henry Georges Utopie reden. — Die Bodenreformer waren in den Salons überall gern gesehen. Jeder Agrarier, jeder Kornzollspekulant wurde Bodenreformer. Der Löwe hatte ja doch keine Zähne, also durfte man damit spielen – wie so viele in den Salons mit dem Christentum spielen. Georges Buch erlebte die größte Auflage, die ein Buch je erlebt hat. Alle Zeitungen brachten Besprechungen.

Marx's Untersuchung des Kapitals schlägt von Anbeginn an den verkehrten Weg ein. Wie es der erste beste Bauer macht, so betrachtet auch Marx das Kapital als ein Sachgut. Für Proudhon dagegen ist der Mehrwert nicht Produkt eines Sachgutes, sondern eines wirtschaftlichen Zustandes, *eines Marktverhältnisses*. Marx sieht im Mehrwert einen Raub, das Produkt des Mißbrauches einer Macht, die der Besitz gibt. Für Proudhon unterliegt der Mehrwert dem Gesetz von Angebot und Nachfrage. Für Marx ist der *positive* Mehrwert selbstverständlich, für Proudhon mußte auch die Möglichkeit eines *negativen* Mehrwertes in den Kreis der Betrachtung gezogen werden (positiv = der Mehrwert auf Seiten des Angebots, d. i. der Kapitalisten, negativ = Mehrwert auf Seiten der Nachfrage, d. i. der Arbeiter). Marx's Ausweg ist die durch Organisation zu schaffende politische Übermacht der Besitzlosen; Proudhons Ausweg ist die Beseitigung des Hindernisses, das uns von der vollen Entfaltung unserer Produktionskraft abhält. Für Marx sind Streik, Krisen willkommene Ereignisse und die schließliche gewaltsame Expropriation der Expropriateure das Mittel zum Zweck. Proudhon dagegen sagt: Last euch unter keiner Bedingung von der Arbeit abhalten, nichts stärkt das Kapital mehr, als der Streik, die Krise, die Arbeitslosigkeit, nichts kann das Kapital schlechter vertragen als eine unverdrossene Arbeit. Marx sagt: Der Streik, die Krise nähern euch dem Ziele, durch den großen Kladderadatsch werdet ihr ins Paradies eingeführt. Nein, sagt Proudhon, es ist nicht wahr, es ist Schwindel alle diese Mittel *entfernen euch vom Ziel*. Nie wird dem Zins dadurch auch nur 1% abgeluchst werden. Marx sieht im Privateigentum eine Kraft und Übermacht. Proudhon erkennt, daß diese Übermacht im Geld ihren Stützpunkt hat, und daß unter anderen Verhältnissen die Kraft des Eigentums sich sogar in eine Schwäche verwandeln kann.

Ist, wie Marx sagt, das Kapital ein Sachgut, auf dessen Besitz die Übermacht der Kapitalisten beruht, so müßte mit jeder Vermehrung dieser Sachgüter das Kapital proportional gestärkt werden. Wiegt ein Bündel Stroh, eine Schubkarre voll Wertliteratur 2 Zentner, so wiegen zwei Bündel, zwei Schubkarren überall, zu allen Zeiten, genau 4 Zentner. Und wirft ein Haus 1000 Mark Mehrwert ab im Jahr, so müssen zehn Häuser, die daneben erbaut werden, immer und selbstverständlich-

lich 10 x 1000 Mark abwerfen – vorausgesetzt es sei richtig, daß das Kapital als Sachgut zu betrachten sei.

Wir wissen aber, daß man das Kapital nicht wie die Sachgüter addieren kann, daß im Gegenteil sehr oft das neu hinzukommende Kapital vom bereits bestehenden Kapital subtrahiert werden muß. Das kann man alle Tage beobachten. Unter Umständen gelten 10 Zentner Fische auf dem Markt mehr als 1000 Zentner. Wie teuer wäre die Luft, wenn sie nicht so massenhaft vertreten wäre. Jetzt erhält sie jeder umsonst.

Als nicht lange vor Ausbruch des Krieges die verzweifelten Hausbesitzer in den Vororten Berlins auf den Niedergang der Mieten – also des Mehrwertes – hingen und in den bürgerlichen Zeitungen allen Ernstes von der

*Bauwut* [Ausdruck aus dem „Generalanzeiger von Groß-Lichterfelde.“] der Arbeiter und Unternehmer, von der

*Baupest* [Ausdruck aus dem „Generalanzeiger von Groß-Lichterfelde.“], die im Häuserkapital grassierte, gesprochen wurde, da konnte jeder die wahre Natur des Kapitals in ihrer ganzen Erbärmlichkeit sehen. *Das von den Marxisten so gefürchtete Kapital krepirt an der Baupest, reißt vor der Bauwut der Arbeiter aus!* Wenn Proudhon und Marx damals gelebt hätten! Hört auf zu bauen, hätte Marx gesagt, klagt, bettelt, jammert über Arbeitslosigkeit, streikt obendrein, denn jedes Haus, das ihr baut, mehrt die Macht der Kapitalisten, wie  $2 + 2 = 4$  ist. Die Macht des Kapitals hat im Mehrwert, und dieser im Zinsfuß, seinen Maßstab. *Je höher der Mehrwert, der Zins des Hauses, um so mächtiger ist zweifellos das Kapital.* Darum empfehle ich euch, laßt ab von dieser ungefesselten Bauwut, verlangt den acht-, den sechsständigen Arbeitstag, denn je mehr ihr Häuser baut, desto größer ist selbstverständlich der Mehrwert, und Wohnungsmiete ist – Mehrwert?! Also Schluß mit der Baupest, je *weniger* ihr baut, um so *billigere* Wohnungen werdet ihr vorfinden.

Vielleicht hätte Marx sich gehütet, solchen Unsinn auszusprechen, aber so denken und handeln die Arbeiter doch heute auf Grund der Marx'schen Theorie, die das Kapital als Sachgut behandelt.

Dagegen Proudhon. Immer feste druff! Her mit der Bauwut, her mit der Baupest! hätte Er gesagt. Arbeiter, Unternehmer, laßt euch unter keiner Bedingung die Maurerkelle aus der Hand winden. Schlagt sie tot, die die euch von der Arbeit abhalten. Das sind eure Erbfeinde. Man bringe die vor meine Augen, die von Baupest, von Wohnungsüberproduktion reden, so lange die Wohnungsmieten noch Spuren von Mehrwert, von Kapitalzins zeigen! Das Kapital soll an der Baupest krepieren! Seit etwa 5 Jahren hat man euch ohne Aufsicht eurer Bauwut überlassen und schon spüren es die Kapitalisten,

schon schreien sie über den Niedergang des Mehrwertes; schon ist der Hauszins von 4 auf 3% gefallen – also um ein volles Viertel. Noch 3 x 5 Jahre ungestörter Arbeit, und ihr werdet in mehrwertfreien Häusern euch breit machen, wirklich einmal „*wohnen*“ können. Das Kapital stirbt, ihr seid dabei und auf dem Wege, es mit eurer Arbeit zu *vernichten*!

Die Wahrheit ist faul wie ein Krokodil im Schlamm des ewigen Nil. Die Zeit gilt für sie nicht; es kommt ihr auf ein Menschenalter nicht an; sie ist ja ewig.

Aber die Wahrheit hat einen Impresario, der, sterblich wie der Mensch, es immer eilig hat. Ihm ist Zeit Geld, immer ist er rühlig und aufgereggt. Dieser Impresario heißt „Irrtum“.

Der Irrtum kann nicht faul im Grab die Ewigkeiten an sich vorbeiziehen lassen. Er stößt überall an und wird überall gestoßen. Allen liegt er überall im Wege. Niemand läßt ihn ruhen. Er ist der wahre Stein des Anstoßes.

Darum kommt es gar nicht darauf an, daß man Proudhon totschweigt. Sein Gegner selbst, Marx, sorgt mit seinen Irrtümern schon dafür, daß die Wahrheit zutage gefördert wird. Und in diesem Sinne kann man sagen. Marx ist zum Impresario Proudhons geworden. Proudhon hat sich noch nie im Grabe umgedreht; er ruht. Seine Worte haben ewigen Wert. Aber Marx hat es eilig. Er hat keine Ruhe, bis daß Proudhon erwacht und ihm die ewige Ruhe im Museum menschlicher Irrungen gibt.

Und wäre Proudhon wirklich totgeschwiegen worden, die Natur des Kapitals ändert sich doch nicht. Ein anderer findet die Wahrheit. Auf den Namen der Finder kommt es ihr nicht an.

Der Verfasser dieses Buches ist auf die gleichen Wege geraten, die Proudhon wandelte und kam auch zu denselben Schlüssen. Vielleicht war es sogar ein Glück, daß er nichts von der Proudhon'schen Kapitaltheorie wußte, denn so konnte er unbefangen an die Arbeit gehen. Und die Unbefangenheit ist die beste Vorbereitung für die Forschung.

Der Verfasser hat mehr Glück als Proudhon gehabt. Er fand nicht nur das, was Proudhon bereits vor fünfzig Jahren entdeckte, d. i. die wahre Natur des Kapitals, er fand oder erfand darüber hinaus noch den gangbaren Weg zu dem Proudhon'schen Ziele. Und auf diesen kommt es schließlich an.

Proudhon frug: warum haben wir zu wenig Häuser, Maschinen und Schiffe? Er gab darauf auch die richtige Antwort. Weil das Geld den Bau nicht gestattet! Oder um seine eigenen Worte zu gebrauchen: „weil das Geld eine Schildwache ist, die an den Eingängen der Märkte aufgestellt, die Parole hat, niemand durchzulassen. Das Geld, so meint ihr, sei ein Schlüssel des Marktes (worunter hier der Austausch der Produkte zu verstehen ist) – es ist nicht wahr – das Geld ist ein Riegel.“ [Gustav Landauer, Hermsdorf bei Berlin: der Sozialist.]

Das Geld läßt es einfach nicht zu, daß neben jedem Hause noch ein zweites gebaut werde. Sobald das Kapital den herkömmlichen Zins nicht mehr abwirft, streikt das Geld und unterbricht die Arbeit. Das Geld wirkt also tatsächlich wie ein Serum gegen die Baupest und Arbeitswut. *Es nimmt das Kapital (Häuser, Fabriken, Schiffe) in seinen Schutz gegen jede Kapitalvermehrung.*

Als Proudhon diese Riegel- oder Spermnatur des Geldes erkannt hatte, stellte er die Forderung: *Bekämpfen wir dies Vorrecht des Geldes, indem wir die Ware und Arbeit zu barem Gelde erheben!* Denn zwei Vorrechte heben sich gegenseitig auf, wenn sie einander gegenüber treten. Hängen wir dasselbe Übergewicht des Geldes auch der Ware an, so heben sich beide Übergewichte gegenseitig auf!

Das war Proudhon's Gedanke und Vorschlag, und um diesen auszuführen, gründete er die Tauschbanken. Sie schlugen bekanntlich fehl.

Und doch ist die Lösung des Problems, die Proudhon nicht glücken wollte, einfach genug. Man braucht dazu nur einmal den gewohnten Standpunkt des Geldbesitzers zu verlassen und sich das Problem vom Standpunkt der Arbeit und des Warenbesitzers anzusehen. Dann findet man die Lösung sofort. Die Ware ist das wahre Fundament der Volkswirtschaft, nicht das Geld. Aus Waren und ihren Zusammensetzungen bestehen 99% unseres Reichtums, nur 1% aus Geld. Betrachten und behandeln wir also die Ware, wie man Fundamente betrachtet, d. h., rühren wir nicht daran; lassen wir die Waren, so wie sie auf dem Markte erscheinen. Wir können ja doch nichts daran ändern. Fault, bricht, vergeht die Ware, gut, so lassen wir sie vergehen. Es ist ja ihre Natur. Wir können es nicht verhindern und mögen wir Proudhon's Tauschbanken noch so verbessern, daß die Zeitung, die morgens um 6 Uhr von Schnellläufern ausgeschrieen wird, zwei Stunden danach schon zur Makulatur geworfen werden muß, wenn sie keinen Käufer fand. Auch müssen wir beachten, daß das Geld allgemein als Sparmittel gebraucht wird; daß alles Geld, das als Tauschmittel dem Handel dient, in den Sparkassen mündet und dort liegen bleibt, bis es vom Zins herausgelockt wird. Wie wollen wir aber auch für die Sparer die Waren auf die Rangstufe des baren Geldes (Gold) erheben? Wie wollen wir es machen, daß die Sparer, statt Geld zu sparen, ihre Sparbüchsen oder Sparkammern mit Stroh, Büchern, Speck, Tran, Häuten, Guano, Dynamit, Porzellan usw. füllen? Und das ist es doch, was Proudhon eigentlich erstrebte, wenn er Waren und Geld auf gleiche Rangstufe setzen, zu vollkommenen Äquivalenten machen wollte. Proudhon hatte übersehen, daß das Geld nicht nur Tauschmittel, sondern auch Sparmittel ist, und daß für die Vorratskammern der Sparer Geld und Kartoffeln, Geld und Kalk, Geld und Tuch niemals und *in keiner Proportion* als Äquivalente angesehen werden. Ein Jüngling,

der für seine alten Tage spart, wird eine einzige Goldmünze dem Inhalte des größten Warenhauses vorziehen.

Also lassen wir die Waren in Ruhe. Sie sind das Gegebene, die Welt, der sich der Rest zu fügen hat. Sehen wir uns dafür einmal das Geld näher an. Hier können wir schon eher Änderungen vornehmen. Muß das Geld so sein, wie es ist? Muß das Geld als Ware besser sein als die Waren, denen es als Tauschmittel dienen soll? Muß bei einer Feuersbrunst im Warenhaus, bei einer Überschwemmung, bei einer Krise, einem Modenwechsel, einem Krieg usw. das Geld allein vor Schaden bewahrt bleiben? Warum müßte das Geld besser sein als die Waren, denen es als Tauschmittel *dienen* soll? Und ist dieses „Besserein“ nicht eben das Vorrecht, dessen Bestehen wir als die Ursache des Mehrwertes erklären, dessen Beseitigung Proudhon erstrebte? Also weg mit den Vorrechten des Geldes! Das Geld soll als Ware für niemand, auch für den Sparer, Spekulanten und Kapitalisten nicht besser sein als der Inhalt der Märkte, Läden, Eisenbahnschuppen. Das Geld soll also, wenn es den Waren gegenüber keine Vorrechte haben darf, wie die Waren verrotten, verschimmeln, verfaulen; es soll fressen, erkranken, davonlaufen, und wenn es krepirt, soll der Besitzer noch den Lohn des Abdeckers bezahlen. Dann erst werden wir sagen können, Geld und Ware ständen auf gleicher Rangstufe und wären vollkommene Äquivalente – so wie es Proudhon haben wollte.

Geben wir dieser Forderung eine kaufmännische Formel. Wir sagen: die Besitzer der Waren erleiden durchweg während der Lagerzeit einen Verlust an der Menge und Güte der Waren. Daneben sind die Lagerkosten (Miete, Versicherungen, Wartung und so weiter) zu zahlen. Wie viel macht das aufs Jahr berechnet und im Durchschnitt? Sagen wir einmal 5% – was eher zu niedrig als zu hoch gegriffen ist.

Wieviel hat aber ein Bankier, ein Kapitalist, ein Sparer von seinem Gelde abzuschreiben, das er zu Hause oder in der Sparkasse aufbewahrt? Um wieviel war der Kriegsschatz im Juliusturm zu Spandau in den 44 Jahren, die er dort lagerte, weniger geworden? Um keinen Pfennig war der Schatz kleiner geworden!

Ist das aber so, so haben wir auch schon die Antwort auf unsere Frage: wir hängen dem Geld den gleichen Verlust an, den die Waren auf Lager erleiden! *Dann ist das Geld nicht mehr besser als die Ware, dann ist es für jeden einerlei, ob er Geld oder Waren besitzt oder spart, dann sind Geld und Ware vollkommen Äquivalente*, dann ist Proudhon's Problem gelöst, seine Seele aus dem Fegefeuer befreit, die Fesseln sind zerschnitten, die die Menschheit seit jeher an der Entfaltung ihrer Kräfte hinderten.

Die Ausgestaltung dieser Untersuchung zu einem sozialpolitischen Programm (die natürliche Wirtschaftsordnung) brachte es mit sich, daß ich die Lösung des in Rede stehenden Problems erst im 2. Kapitel bringe und das Kapitel „Freiland“ vorausschicke. Durch diese Anordnung wurde die Übersichtlichkeit gehoben, das Ziel, die natürliche Wirtschaftsordnung, besser enthüllt. Wem es aber darauf ankommt, vor allem zu erfahren, wie Proudhons Problem nun gelöst worden ist, der beginne mit dem Teil II, fahre dann mit den Teilen III und IV fort und lese zum Schlusse Teil I.



I. Teil.

# Freiland.



## 1. Was ist der volle Arbeitsertrag?

Als Arbeiter im Sinne dieser Abhandlung gilt jeder, der vom Ertrag seiner Arbeit lebt. Bauern, Handwerker, Lohnarbeiter, Künstler, Geistliche, Soldaten, Offiziere, autokratische Könige sind Arbeiter in unserem Sinne. Einen Gegensatz zu all diesen Arbeitern bilden in unserer Volkswirtschaft einzig und allein die *Rentner*, denn ihr Einkommen fließt ihnen vollkommen unabhängig von jeder Arbeit zu.

Wir unterscheiden: Arbeitsprodukt, Arbeitserlös und Arbeitsertrag. Das *Arbeitsprodukt* ist das, was aus der Arbeit hervorgeht. Der *Arbeitserlös* ist das Geld, das der Verkauf des Arbeitsproduktes oder der Lohnvertrag, einbringt. Der *Arbeitsertrag* ist das, was man mit dem Arbeitserlös kaufen und an den Ort des Verbrauchs schaffen kann.

Die Bezeichnungen: Lohn, Honorar, Gehalt an Stelle von Arbeitserlös wendet man an, wenn das Arbeitsprodukt nicht gegenständlicher Natur ist, wie etwa das Straßenkehren, das Dichten und Regieren. Ist das Arbeitsprodukt greifbar wie ein Stuhl und zugleich Eigentum des Arbeiters, so spricht man nicht mehr von Lohn und Honorar, sondern vom Preis des verkauften Stuhles. Bei all diesen Bezeichnungen handelt es sich immer um dasselbe Ding, um den Gelderlös der verrichteten Arbeit.

Der Unternehmergewinn und der Handelsprofit sind, sofern man die in ihnen meistens enthaltenen Kapitalzinsen oder Grundrenten in Abzug bringt, ebenfalls als Arbeitserlös anzusprechen. Der Direktor einer Bergwerks-Aktiengesellschaft bezieht sein Gehalt ausschließlich für die von ihm geleistete Arbeit. Ist der Direktor gleichzeitig Aktionär, so erhöhen sich seine Einnahmen um den Betrag der Dividenden. Er ist dann Arbeiter und Rentner in Personalunion. Meistens besteht das Einkommen der Bauern Kaufleute und Unternehmer aus Arbeitserlös und Renten (resp. Zinsen). Ein Bauer, der mit *geliehenem Kapital* auf gepachtetem *Boden* arbeitet, lebt ausschließlich vom Ertrag seiner Arbeit. Was nach Zahlung von Pachten und Zinsen vom Arbeitsprodukt übrig bleibt, ist auf seine Tätigkeit zurückzuführen und unterliegt den allgemeinen Gesetzen, die den Lohn bestimmen.

Zwischen dem *Arbeitsprodukt* (oder der Leistung) und dem *Arbeitsertrag* liegen die verschiedenen Handelsverträge, die wir täglich beim Einkauf der Waren abschließen. Von diesen Verträgen wird der Arbeitsertrag stark beeinflusst. Täglich kommt es vor, daß Leute, die die gleichen Arbeitsprodukte zu Markt führen, dennoch ungleich große Arbeitserträge heimbringen. Das liegt daran, daß diese Leute als Arbeiter wohl gleichwertig

sind, nicht aber als Händler. Die einen verstehen es besser, ihre Produkte zu guten Preisen zu verkaufen und beim Einkauf der Bedarfsgegenstände die Spreu von den Körnern zu sondern. Bei den für den Markt verfertigten Waren gehören der Tausch, der Handel und die hierfür nötigen Kenntnisse genau so zum Erfolg der Arbeit (Arbeitsertrag) wie die technischen Kunstgriffe. Der Tausch des Erzeugnisses ist als Schlußakt der Arbeit zu betrachten. Insofern ist jeder Arbeiter auch Händler.

Hätten die Gegenstände des Arbeitsproduktes und des Arbeitsertrages eine gemeinsame Eigenschaft, mit der sie sich vergleichen und messen ließen, so könnte der Handel, der das Arbeitsprodukt in Arbeitsertrag verwandeln soll, weggelassen werden. Sofern man dann nur richtig messen, zählen oder wägen würde, müßte der Arbeitsertrag immer ohne weiteres gleich dem Arbeitsprodukt sein (minus Zins oder Rente) und den Beweis, daß eine Übervorteilung nicht stattgefunden hat, könnte man unmittelbar an den Gegenständen des Arbeitsertrages liefern. Genau wie man zu Hause auf der Waage nachwiegen kann, ob die Waage des Apothekers richtig wiegt oder nicht. Solche gemeinsame Eigenschaft geht den Waren jedoch ab. Stets wird der Tausch durch den Handel bewerkstelligt, niemals durch den Gebrauch irgend eines Maßes. Auch der Gebrauch des Geldes enthebt uns nicht der Notwendigkeit, den Tausch durch den Handel zu vollziehen. Der Ausdruck „Wertmesser“, den man noch manchmal in rückständigen volkswirtschaftlichen Schriften auf das Geld anwendet, ist irreführend. Keine einzige Eigenschaft eines Kanarienvogels, einer Pille, eines Apfels läßt sich mit einem Geldstück messen.

Darum müssen wir es aber als eine Unmöglichkeit bezeichnen, mit einem unmittelbaren Vergleich zwischen Arbeitsprodukt und Arbeitsertrag eine Klage juristisch auf Grund des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag begründen zu können. Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag, sofern darunter das Recht des *einzelnen* auf seinen vollen Arbeitsertrag gemeint ist, müssen wir sogar direkt als Hirngespinnst bezeichnen.

*Ganz anders verhalten sich jedoch die Dinge in Bezug auf den gemeinsamen vollen Arbeitsertrag. Das Recht auf den gemeinsamen vollen Arbeitsertrag verlangt nur, daß die Arbeitsprodukte restlos unter die Arbeiter verteilt werden. Es dürfen keine Arbeitsprodukte an Rentner für Zinsen und Renten abgegeben werden. Das ist die einzige Bedingung, die die Verwirklichung des Rechtes auf den gemeinsamen, vollen Arbeitsertrag stellt.*

Das Recht auf den gemeinsamen, vollen Arbeitsertrag verlangt von uns nicht, daß wir uns noch um den Arbeitsertrag des einzelnen Arbeiters kümmern. Was der eine Arbeiter heute weniger erhält, empfängt der andere mehr. Die Verteilung unter die Arbeiter geschieht nach wie vor nach den Gesetzen des Wett-

bewerbs, in der Regel so, daß der Wettbewerb um so schärfer, der persönliche Arbeitsertrag um so geringer ist, je leichter und einfacher die Arbeit ist. Diejenigen Arbeiter, die die höchste Intelligenz bei der Arbeit brauchen, sind dem Wettbewerb der Massen am wirksamsten entzogen und können darum für ihre Produkte die höchsten Preise erzielen. Manchmal ersetzt auch einfach körperliche Veranlagung (bei Sängern z. B.) die Intelligenz bei der Ausschaltung des Massenwettbewerbs. Wohl dem, der bei seinen Leistungen den Wettbewerb der anderen nicht zu fürchten braucht.

Die Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag kommt allen Einzelarbeitserträgen in einem gleichmäßigen *prozentualen* Aufschlag der heutigen Arbeitserträge zu statten. Die Arbeitserträge werden vielleicht verdoppelt, aber nicht nivelliert. Das Nivellieren der Arbeitserträge ist Sache der Kommunisten. Hier aber handelt es sich um das Recht auf den vollen, durch den Wettbewerb, den Wettkampf zugemessenen Arbeitsertrag. Zwar werden als Nebenwirkung der Reformen, die das Recht auf den gemeinsamen vollen Arbeitsertrag verwirklichen sollen, die heutigen, oft kolossalen Unterschiede in den Einzelarbeitserträgen, namentlich im Handel, auf ein vernünftiges Maß zurückgeführt werden, doch handelt es sich hier nur um eine Nebenwirkung. Zu dem Rechte, das wir verwirklichen wollen, gehört aber solche Nivellierung, wie gesagt, nicht. Dennoch werden fleißige, tüchtige, intelligente Arbeiter einen ihrem größeren Arbeitsprodukt genau entsprechend größeren Arbeitsertrag heimbringen. Dazu die allgemeine Hebung des Lohnniveaus durch den Fortfall des arbeitslosen Einkommens.

#### *Übersicht über das bisher Gesagte:*

1. Das Arbeitsprodukt, der Arbeitserlös und der Arbeitsertrag sind nicht unmittelbar vergleichbar. Es gibt für diese drei Größen keinen gemeinsamen Maßstab. Die Überführung des einen in den anderen geschieht nicht durch Messen, sondern durch Vertrag, durch Handelsvertrag.
2. Der Nachweis, ob der Arbeitsertrag des *einzelnen* Arbeiters voll oder nicht voll ist, läßt sich nicht erbringen.
3. Der volle Arbeitsertrag läßt sich nur als gemeinsamer (kollektiver) Arbeitsertrag begreifen und nachmessen.
4. Der volle gemeinsame Arbeitsertrag stellt die restlose Ausmerzung allen arbeitslosen Einkommens, also des Kapitalzinses und der Grundrente zur Bedingung.
5. Sind Zins und Rente restlos aus der Volkswirtschaft ausgemerzt, so ist der Beweis erbracht, daß das Recht auf den vollen Arbeitsertrag verwirklicht ist, daß der gemeinsame Arbeitsertrag gleich dem gemeinsamen Arbeitsprodukt ist.
6. Die Beseitigung des arbeitslosen Einkommens hebt, verdoppelt oder verdreifacht die Einzelarbeitserträge. Eine Ni-

vellierung findet *nicht* oder nur *partiell* statt. Die Unterschiede im Einzelarbeitsprodukt kommen im Einzelarbeitsertrag voll zur Geltung.

7. Dieselben allgemeinen Gesetze des Wettbewerbes, die die relative Höhe des Einzelarbeitsertrages bestimmen, bleiben bestehen: Dem Tüchtigsten der höchste Arbeitsertrag, worüber er frei verfügen kann.

Wie im vorigen Kapitel gesagt wurde, erleidet der Arbeitsertrag in Gestalt von Grundrenten und Kapitalzinsen Abzüge. Diese werden natürlich nicht willkürlich bemessen, sondern von den Marktverhältnissen. Jeder nimmt so viel, wie ihm die Marktverhältnisse zu nehmen gestatten.

Wie diese Marktverhältnisse zustandekommen, wollen wir jetzt untersuchen. Zunächst in bezug auf die Grundrente.

## 2. Der Abzug am Arbeitsertrag durch die Grundrente.

Der Grundbesitzer hat es in der Hand, seinen Boden bebauen zu lassen oder es nicht zu tun. Die Erhaltung seines Besitzes ist von der Bebauung unabhängig. Der Boden verdirbt nicht unter der Brache, im Gegenteil, er wird dadurch besser: bot doch die Brache unter der Dreifelderwirtschaft die einzige Möglichkeit, den erschöpften Boden wieder fruchtbar zu machen.

Ein Grundbesitzer hat also gar keine Ursache, seinen Besitz (Acker, Bauplatz, Erz und Kohlenlager, Wasserkraft, Wald usw.) anderen zur Benutzung zu überlassen ohne Entgelt. Wird dem Grundbesitzer für solche Benutzung keine Vergütung (Pachtzins) angeboten, so läßt er den Boden brach. Er ist vollständig Herr über seinen Besitz.

Darum wird auch jeder, der Boden braucht und sich an die Grundbesitzer wendet, sich regelmäßig und selbstverständlich zu einer Leistung (Pachtzins) bequemen müssen. Und wenn wir die Erdoberfläche und ihre Fruchtbarkeit vervielfältigen –, es würde doch keinem Grundbesitzer einfallen, ohne Entgelt den Boden anderen zu überlassen. Im äußersten Fall kann er seine Besetzung in Jagdgründe verwandeln, oder als Park benutzen. Der Zins ist eine selbstverständliche Voraussetzung jeder Pachtung, weil der Druck des Wettbewerbs im Angebot von Pachtland niemals bis zur Unentgeltlichkeit des Bodens reichen kann.

Wieviel wird nun der Grundbesitzer fordern können? Wenn die ganze Erdoberfläche für die Ernährung der Menschen nötig wäre, wenn in der Nähe und Ferne überhaupt kein freies Land mehr zu finden, die gesamte Erde in Kultur und Besitz genommen, und auch durch Anstellung von mehr Arbeitern, durch sogenannte intensive Kultur kein Mehr an Produkten zu erzielen wäre, dann würde die Abhängigkeit der Besitzlosen von ihren Grundherren eine ebenso unbedingte sein, wie zur Zeit der Leibeigenschaft, und dementsprechend würden auch die

Grundbesitzer ihre Forderungen bis zur Grenze des überhaupt Erreichbaren heraufschrauben, d. h., sie würden das volle Arbeitsprodukt, die volle Ernte, für sich beanspruchen und davon dem Arbeiter, wie einem gemeinen Sklaven, so viel abtreten, wie zu seiner Erhaltung und Fortpflanzung nötig ist. In diesem Falle wäre die Voraussetzung erfüllt für das unbedingte Walten des sogenannten „ehernen Lohngesetzes“. Der Bauer wäre auf Gnade und Ungnade den Grundbesitzern ausgeliefert, und der Pachtzins wäre gleich dem Ertrag des Ackers, abzüglich der Futterkosten für Bauer und die Zugtiere und abzüglich des Kapitalzinses.

Diese unentbehrliche Voraussetzung für den ehernen Lohn trifft jedoch nicht zu, denn die Erde ist größer, sogar sehr viel größer und fruchtbarer, als zur Erhaltung ihrer heutigen Bewohner nötig ist. Sogar bei der jetzigen Sparhand-Bewirtschaftung [Sparhandkultur: sogen. extensive Kultur, wo man mit der Arbeit spart.] ist sicherlich kaum ein Drittel der Fläche ausgenutzt, das übrige ist brach und vielfach herrenlos. Ginge man überall zur Sparland-Kultur [Sparlandkultur: sogen. intensive Kultur, wo man mit dem Boden spart.] über, so würde vielleicht ein Zehntel der Erdoberfläche schon genügen, um die Menschheit mit dem Maß von Lebensmitteln zu versorgen, das den Arbeitern heute durchschnittlich zur Verfügung steht. Neun Zehntel der Erdoberfläche könnten in diesem Falle brachliegen. (Was allerdings nicht bedeuten soll, daß man sich damit begnügen würde. Wenn jeder Arbeiter sich satt essen will, und sich nicht mit Kartoffeln begnügt, wenn jeder Arbeiter ein Reitpferd halten will, einen Hof mit Pfauen, Tauben, wenn er einen Rosengarten, einen Teich zum Baden haben will, dann könnte unter Umständen die Erde noch zu klein sein.)

Die Sparland-Kultur [Die Sparhandkultur braucht viel Boden, die Sparlandkultur viele Arbeiter.] umfaßt: Entsumpfung, Berieselung, Bodenmischung, Rigolen, Sprengung von Felsen, Mergelung, Anwendung künstlicher Düngemittel, Wahl der Kulturpflanzen, Veredelung der Pflanzen und Tiere, Vernichtung von Schädlingen bei Obstbäumen, Weinbergen; Verfolgung der Wanderheuschrecken, Ersparnis an Arbeitstieren durch Eisenbahnen, Kanäle, Automobile, bessere Ausnutzung der Futterstoffe durch Austausch; Einschränkung der Schafzucht durch die Baumwollkultur, Vegetarismus usw. usw.

Durch absoluten Mangel an Boden ist also heute niemand gezwungen, sich an die Grundbesitzer zu wenden, und weil dieser Zwang fehlt (aber nur darum), ist auch die Abhängigkeit der *Grundbesitzlosen* vom Grundbesitzer begrenzt. Nur haben die Grundbesitzer das Beste des Bodens in Besitz, und in der Nähe wenigstens sind nur solche Striche noch herrenlos, deren Urbarmachung sehr viel Arbeit kostet. Auch fordert die Sparland-Kultur beträchtlich mehr Mühe, und nicht jedermanns Sache ist es, auszuwandern, um die herrenlosen

Länder in der Wildnis zu besiedeln; ganz abgesehen davon, daß die Auswanderung Geld kostet und daß die Produkte jener Ländereien nur mit großen Unkosten an Fracht und Zoll auf den Markt gebracht werden können.

Das alles weiß der Bauer, das alles weiß aber auch der Grundherr. Ehe also der Bauer sich zur Auswanderung entschließt, oder ehe er das in der Nähe liegende Moor entsumpft und urbar macht, ehe er zur Gartenwirtschaft übergeht, fragt er den Grundherrn, was er an Pachtzins für seinen Acker fordern würde. Und ehe der Grundherr diese Frage beantwortet, überlegt er und berechnet den Unterschied zwischen dem Ertrag der Arbeit auf seinem Acker und dem *Ertrag* [Man beachte hier wohl den Unterschied zwischen Arbeitsprodukt und Arbeitsertrag. Oft kommt es vor, daß das Arbeitsprodukt des Auswanderers zehn mal größer ist, ohne daß sein Arbeitsertrag sich bessert.] der Arbeit auf Ödland, Gartenland und herrenlosem Lande in Afrika, Amerika, Asien und Australien. *Denn diesen Unterschied will er für sich haben, den kann er als Pacht für seinen Acker fordern.* Aller Regel nach wird jedoch nicht viel gerechnet. Man geht hier vielmehr erfahrungsmäßig vor. Irgendein übermütiger Bursche wandert aus, und wenn er günstig berichtet, folgen andere. Dadurch geht in der Heimat das Angebot von Arbeitskräften zurück und die Folge ist eine allgemeine Erhöhung der Lohnsätze. Dauert die Abwanderung an, so steigt der Lohn bis zu einem Punkte, wo der Auswanderer wieder im Zweifel ist, ob er bleiben oder ziehen soll. Dieser Punkt bedeutet den Ausgleich in den Arbeitserträgen hier und drüben. Manchmal aber kommt es auch vor, daß der Auswanderer über sein Tun sich Rechenschaft geben will und es mag darum von Interesse sein, sich einmal eine solche Rechnung anzusehen:

#### 1. Rechnung des Auswanderers:

Reisegeld für sich und seine Familie	1000	M.
Unfall- und Lebensversicherung während der Reise	200	"
Krankenversicherung für die Eingewöhnung, das heißt, die Summe, welche die Krankenversicherung für die besondere Gefahr des Klimawechsels berechnen würde	200	"
Besitznahme, Abgrenzung	600	"
An Betriebskapital wird die gleiche Summe vorausgesetzt, die der Bauer in Deutschland bracht; es ist also nicht nötig, diese hier anzuführen	—	"
	<hr/>	
Kosten der Ansiedlung	2000	M.

Diese Kosten des Auswanderers, die der Pächter in Deutschland spart, werden dem Betriebskapital zugerechnet, dessen Zinsen als Betriebsunkosten verrechnet werden:



5% von 2000 M. =

100 M.

Nehmen wir nun an, daß der Ansiedler mit gleicher Arbeit dieselben Produkte erzeugt, wie auf dem heimischen Boden, dessen Wettbewerb hier in Betracht steht, so muß berücksichtigt werden, daß es der Bauer, wie jeder Arbeiter, gar nicht direkt auf die Produkte abgesehen hat, sondern auf das, was er mit seinen Produkten an Gebrauchsgütern eintauschen kann, also auf den Arbeitsertrag. Dieser interessiert ihn allein; um sich diesen zu beschaffen, arbeitet er. Der Ansiedler muß also seine Produkte auf den Markt bringen, und den Gelderlös muß er wieder in Waren umsetzen und diese nach Hause bringen.

Der Markt für diesen Austausch der Produkte ist in der Regel weit ab; nehmen wir an, es wäre Deutschland, wo ja große Massen landwirtschaftlicher Produkte eingeführt werden müssen, so hat der Auswanderer zu zahlen: Fracht für Fuhrwerk, Bahn, Seeschiff und Kahn

200 "

Einfuhrzoll in Deutschland

400 "

Fracht für Kahn, Seeschiff, Bahn und Fuhrwerk auf die eingetauschten Gebrauchsgüter

200 "

Zoll darauf bei der Einfuhr in seiner neuen Heimat

100 "

Insgesamt

---

1000 M.

Das heißt, für die Produkte seiner Arbeit auf dem herrenlosen Lande in Amerika wird er 1000 M. weniger an Tauschgütern einheimen, als ein Acker bei gleicher Arbeit in Deutschland abwirft. Wenn ich also, so rechnet der Bauer, für diesen Acker 1000 M. an Pacht zahle, so stehe ich wirtschaftlich nicht schlechter, als wenn ich auswandere.

Der gleiche wirtschaftliche Unterschied zugunsten des obigen im Wettbewerb stehenden Ackers ergibt sich, wenn Ödland in Deutschland urbar gemacht werden soll, nur treten hier an Stelle der Fracht- und Zollkosten die Zinsen für das in der Urbarmachung aufgewendete Kapital (Entwässerung des Moores, Mischung der verschiedenen Bodenschichten, Entsäuerung mit Kalk und Düngung). Bei der Sparland-Kultur treten an die Stelle von Zinsen und Frachten höhere Kulturkosten.

Der Pachtzins wirkt also in der Richtung, den Arbeitsertrag (nicht das Arbeitsprodukt) überall auf die gleiche Höhe herabzusetzen. Das, was der heimische Kulturboden landwirtschaftlich vor der Lüneburger Heide und der Marktlage nach vor dem herrenlosen Land in Kanada voraus hat, das beansprucht der Grundherr restlos für sich, als Grundrente, oder beim Verkauf des Bodens in kapitalisierter Form als Preis. Alle Unterschiede des Bodens in bezug auf Fruchtbarkeit, Klima, Marktnähe, Zölle, Frachten usw. werden durch die Grundrente aus-

geglichen. (Man beachte, daß ich die Arbeitslöhne hier nicht anführe; es geschieht mit Bedacht.)

Die Grundrente verwandelt in wirtschaftlicher Beziehung den Erdball in eine für den Pächter, Unternehmer, Kapitalisten (soweit er nicht Bodenbesitzer ist) durchaus gleichartige, eintönige Masse. So sagt Flürscheim: „Wie alle Unebenheiten des Meeresbodens durch das Wasser zu einer glatten Fläche umgewandelt werden, so ebnet die Rente den Boden.“ Und zwar setzt sie (und das ist das Interessante) den Ertrag der Arbeit für alle Bebauer des Bodens gleichmäßig auf den Ertrag herab, den man vom Ödland in der Heimat oder vom herrenlosen Boden in der fernen Wildnis erwarten kann. Die Begriffe fruchtbar, unfruchtbar, lehmig, sandig, sumpfig, mager, fett, gut und schlecht gelegen, werden durch die Grundrente in wirtschaftlicher Beziehung wesenlos. Die Grundrente macht es für alle Arbeiter völlig gleichgültig ob sie Schiffelland in der Eifel, Gartenboden in Berlin, Weinberge am Rhein bearbeiten.

### **3. Abhängigkeit des Lohnes und der Grundrente von den Frachtsätzen.**

Vom Arbeitsertrag auf Frei-, Öd-, Sumpf- und Heideland hängt es ab, wieviel der Grundbesitzer an Lohn zahlen muß, wieviel er an Pacht erheben kann. So viel, wie der Arbeitsertrag auf Freiland beträgt, so viel verlangt selbstverständlich der Knecht als Lohn, da es ihm ja frei steht, Freiland (diesen Begriff werden wir noch näher bestimmen) in Besitz und Arbeit zu nehmen. Dabei ist es durchaus nicht nötig, daß jeder Knecht bei den Lohnverhandlungen mit der Auswanderung droht. Familienvätern z. B., die mit Kindern gesegnet sind, würde eine solche Drohung nicht viel einbringen, insofern, als der Grundbesitzer ja weiß, daß der Drohung die Tat nicht folgen wird. Für die genannte Wirkung genügt es vollkommen, daß durch die Auswanderung der Jugend ein allgemeiner Mangel an Arbeitskräften entsteht. Der durch die Auswanderung hervorgerufene Arbeitermangel steift dem durch Familienrücksichten oder sonstwie festgehaltenen Arbeiter bei den Lohnverhandlungen ebenso den Rücken, wie es eine bereits gelöste Schiffskarte tun könnte.

So viel aber, wie der Arbeitsertrag der Freiländer und des Lohnarbeiters beträgt, muß auch dem Pächter nach Abzug der Pacht und des Zinses des von ihm benötigten Kapitals übrigbleiben. So wird also auch die Pacht vom Arbeitsertrag auf Freiland bestimmt. Mehr als diesen Freilandarbeitsertrag braucht der Grundbesitzer bei der Pachtbemessung nicht übrig zu lassen, mit weniger braucht sich der Pächter nicht zu begnügen.

Schwankt der Arbeitsertrag auf Freiland, so überträgt sich, die Schwankung auch auf den Lohn und die Pacht.

Zu den Umständen, die den Arbeitsertrag auf Freiland beeinflussen, müssen wir in erster Linie die Entfernung rechnen zwischen dem herrenlosen Boden und dem Orte, wo die Produkte verbraucht, die eingetauschten Gebrauchsgegenstände erzeugt oder von allen Teilen der Welt zusammengebracht werden. Wie wichtig die Entfernung ist, sehen wir am besten am Preisunterschied zwischen einem Acker in der Nähe der Stadt und einem gleich guten weit ab vom Markte. Worin liegt der Preisunterschied begründet? In der Entfernung.

Handelt es sich z. B. um die kanadische Weizengegend, wo noch heute gutes Heimstättenland zur freien Verfügung steht, so muß das Getreide zuerst vom Felde mittels Fuhrwerks auf grundlosen Straßen nach der mehr oder weniger entfernten Bahn gebracht werden, die es nach *Duluth* befördert, wo die Umladung auf Binnenschiffe stattfindet. Diese bringen das Getreide nach Montreal, wo eine neue Umladung auf Seeschiffe stattfindet. Von hier geht die Reise nach Europa, etwa nach Rotterdam, wo wieder eine Umladung auf Rheinschiffe nach Mannheim, und von hier auf Bahnwagen nötig wird, um den Markt (Stuttgart, Straßburg, Zürich usw.) zu erreichen, wo es nach der Verzollung zu denselben Preisen verkauft werden muß, wie die an Ort und Stelle gewachsene Frucht. Es ist eine lange Reise und sie kostet viel Geld, aber das, was nun von dem Marktpreis nach Abzug von Zöllen, Fracht, Versicherung, Maklergebühren, Stempel, Zinsen des Geldvorschusses, Säcken usw. übrig bleibt, das ist erst der Arbeiterlös, mit dem den Ansiedlern in der Einöde von Sascachevan nur wenig gedient wäre. Dieser Gelderlös muß nun in Gebrauchsgegenstände umgesetzt werden – Salz, Zucker, Tuch, Waffen, Maschinen, Bücher, Kaffee, Möbel usw. usw., und erst, nachdem alle diese Gegenstände glücklich im Hause des Ansiedlers eingetroffen sind und die Fracht darauf bezahlt ist, kann der Arbeiter sagen, das ist mein Arbeitsertrag plus Zins meines Kapitals. (Hat sich der Arbeiter das nötige Geld zur Auswanderung und Ansiedlung geborgt, so muß er vom Arbeitsprodukt auch noch den Zins dieses Geldes abziehen.)

Wie sehr nun dieser Arbeitsertrag von den Frachtsätzen abhängig sein muß, geht aus obiger Darstellung klar hervor.

Diese Frachtsätze sind andauernd herabgegangen, wie folgende Tabelle zeigt:

Frachtkosten für 1000 kg Getreide von Chicago nach Liverpool:

1873 = 67,– M.

1880 = 41,– M.

1884 = 24,– M. [Mulhall, Dictionary of Statistics.]

Das sind also schon von Chicago bis Liverpool 43 M. Frachtersparnis für jede Tonne Weizen,  $\frac{1}{6}$  des damaligen,  $\frac{1}{4}$  des jetzigen Preises. Aber die Strecke Chicago–Liverpool ist nur

eine Teilstrecke der Reise Sascachevan–Mannheim, also sind obige 43 M auch nur ein Teil der wirklichen Frachtersparnis.

Diese Ersparnis kommt aber auch der Rückfracht zustatten. Das Getreide war das *Arbeitsprodukt*, die 240 M. für die Weizentonne waren der *Arbeitserlös*, und die Rückfracht umfaßt die Gegenstände des *Arbeitsertrages*, auf den es dem Ansiedler bei der Weizenproduktion eigentlich ankommt. Man muß sich nämlich klar sein, daß die Arbeiter in Deutschland, die kanadischen Weizen essen, diesen immer mit ihren Produkten zahlen müssen, die sie direkt oder indirekt nach Kanada schicken, für die darum ebenfalls Fracht zu zahlen ist. So verdoppelt sich also die Ersparnis an der Frachtverbilligung und hebt sich der Arbeitsertrag des Ansiedlers auf Freiland, der den allgemeinen Arbeitslohn in Deutschland unmittelbar bestimmt.

Nun wäre es aber dennoch falsch, wenn man annehmen wollte, daß eine Frachtersparnis von etwa 200 M. sich für den Ansiedler in einen dieser Summe genau entsprechenden höheren Arbeitsertrag umsetzen muß. In Wirklichkeit wird der Arbeitsertrag nur um etwa die Hälfte der Frachtersparnis steigen und das verhält sich so: der steigende Arbeitsertrag des Freiländers hebt den Lohn der landwirtschaftlichen Arbeiter in Deutschland. Warum, ist gesagt. Der steigende Lohn des Landarbeiters und des Freiländers lockt diesem Erwerbszweig Arbeiter aus der Industrie zu. Das bestehende Verhältnis in der Produktion landwirtschaftlicher und industrieller Produkte und damit auch ihr Tauschverhältnis wird gestört. Der Ansiedler muß für die Gegenstände seines *Arbeitsertrages* (Industrieprodukte) höhere Preise zahlen. Das Quantum dieser Industrieprodukte (Arbeitsertrag) wächst also nicht im Verhältnis zu seinem um die Frachtersparnis erhöhten Arbeitserlös. Den Unterschied nehmen nach den Gesetzen des freien Wettbewerbs die Industriearbeiter vorweg. Es geht also hier zu wie dort, wo eine neue Technik die Produktionskosten der Waren vermindert. (Dampfmaschine z. B.) Produzenten und Konsumenten teilen sich in den Gewinn.

Auch hier wieder wird es sich lohnen, einmal zahlenmäßig den Einfluß zu erfassen, den eine Frachtkostenveränderung auf den Arbeitsertrag des Freiländers, auf die Grundrente und auf den allgemeinen Arbeitslohn ausübt:

I. *Der Arbeitsertrag eines Freilandbauers in Kanada bei einem Frachtsatz von 67 M. (v. Jahre 1873).*

Arbeitserzeugnis: 10 t Weizen nach Mannheim verladen und dort zu 250 M. verkauft	2500	M.
ab 10 mal 67 an Fracht	670	"
Arbeitserlös	1830	M.

Dieser Arbeitserlös (Geld) wird in Deutschland zum Ankauf von Gebrauchsgütern benutzt, die, nach Kanada verschifft, die gleichen Unkosten an

Verpackung, Fracht, Zöllen, Bruch usw. verursachen mögen, wie der Weizen auf der Heimreise	670 M.
Arbeitsertrag im Hause des Ansiedlers	1160 M.

II. *Derselbe im Jahre 1884 bei einem Frachtsatz von 24 M.*

Arbeitserzeugnis: 10 t Weizen	2500 M.
ab 10 mal 24 an Fracht	240 M.
Arbeitserlös	2260 M.

Dieser *Arbeitserlös*, der um 430 M. größer ist als bei I, soll nun Arbeitsertrag umgewandelt werden, d. h. in gewerbliche Erzeugnisse, deren Tauschverhältnis zu den landwirtschaftlichen Erzeugnissen sich (aus den angegebenen Gründen) gehoben hat und zwar (immer schematisch) um die Hälfte des Mehrerlöses von 430 M., also um 215 M. Daher bleibt der *Arbeitsertrag*, nach den Preisen von I gemessen, um 215 M. gegen den *Arbeitserlös* zurück

	215 M.
	2045 M.

Hiervon geht nun noch die Rückfracht ab, die wir höher bemessen müssen, weil die Frachtgüter um den Betrag der Frachtersparnis angewachsen sind, statt 240 M.

	245 M.
Arbeitsertrag	1800 M.

Ist nun infolge der Frachtkostenermäßigung der Arbeitsertrag des Freilandbauers von 1160 M. auf 1800 M. gestiegen, so steigen damit auch automatisch die Lohnforderungen der deutschen Landarbeiter, so verlangen auch die Pächter vom Produkt ihrer Arbeit einen größeren Anteil für sich. Und in demselben Verhältnis gehen auch die Grundrenten zurück.

War in Deutschland der Preis von 10 t Weizen	2500 M.
und betragen die Lohnausgaben	1160 M.
so warfen 10 t Land [Dänisches Ackermaß. Bedeutet so viel Land, wie nötig, um eine Tonne Getreide zu ernten. Eine Tonne Land bedeutet also je nach Güte des Bodens eine größere oder kleinere Fläche Land.] an Pachtzins oder Grundrente ab	1340 M.

Steigen die Lohnforderungen auf 1800 M., so fällt die Grundrente auf 700 M., nämlich 1340 ab 640 Lohnerhöhung.

Also das, was der Freilandbauer an Frachten zahlen muß, das geht von seinem Arbeitsertrag ab, das geht auch vom Arbeitsprodukt des Tagelöhners ab, das kann in Deutschland der

Grundbesitzer als Pachtzins fordern, den Arbeitern vom Arbeitsprodukt als Grundrente in Abzug bringen. *Die Fracht-Ausgaben des Freilandbauers sind die Einnahmen des Grundbesitzers.*

#### **4. Einfluß des Kulturzustandes auf Lohn und Rente.**

Die Kosten der Bahn- und Seeverladung sind natürlich nicht die einzigen Einflüsse, denen der Arbeitsertrag des Freiländers, und der von diesem abhängige Lohn des deutschen Landarbeiters unterworfen ist. Zunächst müssen wir bemerken, daß der Mensch nicht allein von und für seinen Arbeitsertrag lebt, daß dieser nicht allein entscheidend bei der Frage der Auswanderung ist. Die politischen und sozialen Verhältnisse des Landes, das der Auswanderer verläßt, und des Landes, das er aufsucht, greifen oft stark und bestimmend ein, und mancher Mann begnügt sich zu Hause mit einem geringeren Arbeitsertrag und erblickt den Ausgleich im Besitz des Lorbeerkranzes, den er als Kaninchenzüchter davongetragen oder im Gesang der Buchfinken, der nach seiner Meinung nirgendwo so schön sein kann, wie in seiner Heimat. Aber gerade diese (und viele andere) anziehenden oder auch abstoßenden Kräfte unterliegen einem ständigen Wandel, fördern oder hemmen die Auswanderung. Von Rußland z. B. wandern viele deutsche Bauern wieder aus, nicht in der Hoffnung eines höheren Arbeitsertrages, sondern weil ihnen die Zustände nicht mehr ganz zusagen. Das alles hemmt den Ausgleich zwischen dem Arbeitsertrag des Auswanderers und dem des zurückbleibenden Landarbeiters. Nehmen wir z. B. an, wir beschlössen, in Deutschland den Arbeitern das Leben freundlicher zu gestalten, wozu uns z. B. das Alkoholverbot die Mittel liefern würde. Abgesehen davon, daß das Alkoholverbot an sich schon das Leben der Arbeiter und namentlich das ihrer Frauen verschönern würde, könnten wir die Milliarden, die der Alkohol dem Volke direkt und namentlich indirekt kostet, für einen kräftigen Mutterschutz in Form einer monatlichen Reichszulage zu den Aufzuchtkosten jedes Kindes verwenden. Oder auch für bessere Schulen, zahlreiche öffentliche Lesehallen, Theatersubventionen, Kirchenbauten, staatliche Freikonditoreien, Volksfeste, Versammlungshallen usw. Dann würde bei der Frage der Auswanderung nicht mehr allein der stoffliche Arbeitsertrag in Vergleich gezogen werden, und viele Frauen würden ihre Männer zum Bleiben veranlassen, viele der bereits Ausgewanderten würden zurückkehren. Welche Folgen das aber wieder auf den Lohn und auf die Grundrente haben würde, ist klar. Der Grundbesitz würde seine Forderungen soweit erhöhen, bis daß die aus dem Alkoholverbot erwachsenden Auswanderungshemmungen ausgeglichen wären. Der Kuchen, den der Staat den Frauen in den

Freikonditoreien spendiert, würde von der Grundrente den Männern am Lohne abgezogen werden.

Die Grundrente nimmt eben alle Vorteile, die Deutschland für die Arbeit, für das geistige und gesellige Leben bietet, für sich in Anspruch, sie ist die in Kapital verwandelte Dichtung, Kunst, Religion und Wissenschaft. Sie macht alles zu barem Gelde, den Kölner Dom, die Bächlein der Eifel, das Gezwitscher der Vögel im Laube der Buchen. Die Grundrente erhebt von Thomas a Kempis, von den Reliquien Kevelaars, von Goethe, Schiller und Schultze, von der Unbestechlichkeit unserer Beamten, von dem Sicherheitsgefühl, das uns Mackensen und Hindenburg einflößen, von unseren Zukunftsträumen, kurz, von allem und jedem eine Steuer, die sie regelmäßig bis auf den Punkt hinaufschraubt, wo sich der Arbeiter fragt, soll ich bleiben und zahlen – oder soll ich auswandern und alles preisgeben. Geschenkt wird niemandem etwas. Stets befindet sich das arbeitende Volk auf dem Goldpunkt. (Im Außenhandel derjenige Zustand in der Zahlungsbilanz, wo man nicht weiß, ob man noch mit Wechseln oder mit barem Gold zahlen soll. Die Kosten des Goldexportes sind die „Grundrenten“ des Wechselmaklers.) Je mehr Freude der Bürger am Staat und Volk hat, um so höheren Preis fordert die Grundrente für diese Freude. Die Abschiedstränen des Auswanderers verwandeln sich in Gold für die Grundrente. Und so sehen wir auch oft die Grundbesitzer in den Städten damit beschäftigt, durch Verschönerungsvereine und sonstige Veranstaltungen das Leben in der Stadt zu erheitern, um erstens den Abschied schwerer, zweitens den Zuzug leichter zu machen. So können sie von den Bauplätzen höhere Grundrenten erheben.

Lebt der deutsche Landarbeiter nicht allein von Brot, so natürlich auch der Freiländer nicht. Der stoffliche Arbeitsertrag ist nur ein Teil von dem, was der Mensch zur Lebensfreude braucht. Mußte der Auswanderer lange kämpfen, ehe er die heimatlichen Anziehungskräfte überwunden hatte, so findet er nun in seiner neuen Heimat manches neue, was ihn anzieht und auch abstößt. Das Anziehende mehrt die Gründe, die ihm den Arbeitsertrag als genügend erscheinen lassen (ähnlich wie man auch bereit ist, eine angenehmere Arbeit für geringeren Lohn zu verrichten), das Abstoßende mindert sie. Überwiegen die abstoßenden Umstände (Klima, Unsicherheit des Lebens und des Eigentums, Ungeziefer usw.) die anziehenden, so muß der Saldo durch einen entsprechend größeren Arbeitsertrag ausgeglichen werden, falls er bleiben und seine zurückgebliebenen Brüder zur Nachahmung seines Beispiels aufmuntern soll. Darum wird alles, was das Leben, die Zufriedenheit des Freiländers beeinflusst, auch unmittelbar die Zufriedenheit der deutschen Arbeiter beeinflussen und auf ihre Lohnforderungen einwirken. Dieser Einfluß beginnt schon mit der Reisebeschreibung. Verließ die Reise ohne Seekrankheit, war das Leben, die Kost an Bord erträglich, so wirkt das schon sehr aufmunternd auf die Zurück-

gebliebenen. Berichtet der Freiländer von der großen Freiheit, die er genießt, von der Jagd, von seinem Reitpferd, von den großen Lachszügen und Büffelherden, von dem Verfügungsrecht über alles, was die Natur bietet, wie er auch überall nicht mehr als Knecht und Proletarier, sondern als ebenbürtiger, freier Bürger angesehen und behandelt wird, so wird der Knecht zu Hause ganz selbstverständlich bei den Lohnverhandlungen den Kopf höher halten, als wenn sein Bruder nur von Indianereinfällen, von Klapperschlangen, von Ungeziefer und harter Arbeit zu erzählen weiß.

Das wissen auch die Grundherren, und läuft einmal solch ein Jammerbrief ein, so wird er natürlich nach allen Regeln der Kunst ausgeschlachtet. In allen Zeitungen wird er veröffentlicht, während der Presse unter Androhung von Repressalien Auftrag gegeben wird, erfreuliche, aufmunternde Berichte der Ausgewanderten mit größtem Fleiß totzuschweigen. Derselbe Verein, der die Heimat verschönern, ihre Anziehungskraft stärken soll, hat auch die Aufgabe, das Freiland nach Möglichkeit herabzusetzen. Jeder Schlangenbiß, Indianerskalp, Heuschreckenschwarm, jedes Schiffsunglück verwandelt sich auf dem Wege bescheidenerer Arbeiter in Grundrente, in bar Geld für die Grundherren. Und umgekehrt natürlich.

## 5. Genauere Bestimmung des Begriffes Freiland.

Wenn von Freiland die Rede ist, so denkt man in erster Linie wohl an die weiten Flächen un bebauten Landes in Nord- und Südamerika. Dieses Freiland ist bequem und mit verhältnismäßig geringen Kosten zu erreichen. Das Klima ist zuträglich für den Europäer, die sozialen Verhältnisse vielen sympathisch, die Sicherheit für Leben und Geld nicht schlecht. Der Ankömmling wird im Einwanderer-Hotel auf Kosten des Staates 8-14 Tage bewirtet und in einigen Staaten erhält er auf der Eisenbahn freie Fahrt bis an die äußerste Grenze der Zivilisation. Hier steht es ihm frei, sich gleich anzusiedeln. Er kann sich das ihm zusagende Land aussuchen. Viehweide, Ackerland, Wald. Die Heimstätte, auf die er rechtlichen Anspruch hat, ist für die volle Ausnutzung der Arbeitskraft selbst der größten Familie reichlich bemessen. Hat der Ansiedler seine vier Grenzpfosten eingeschlagen und das Landamt benachrichtigt, so kann er schon mit der Arbeit beginnen. Niemand verwehrt es ihm, niemand fragt ihn, wer ihm eigentlich erlaubt habe, die Erde zu bearbeiten und die Früchte seines Fleißes einzuheimsen. Er ist Herr auf dem Boden zwischen seinen vier Pfählen.

Land dieser Art nennen wir *Freiland ersten Grades*. Solches Freiland findet man allerdings nicht mehr in besiedelten Distrikten, sondern nur dort, wo nur wenig Menschen sind. In den bereits besiedelten Strichen findet man aber noch weite,



oft riesige Flächen, die nicht bebaut sind, die aber durch irgend einen Mißbrauch der Machtmittel des Staates in das Privateigentum irgend eines an irgend einem Orte der Welt wohnenden Menschen gelangt sind. Ich wette, in Europa gibt es viele Tausende von Männern, die zusammen hunderte von Millionen Hektar solchen Landes ihr Eigentum nennen in Amerika, Afrika, Australien und Asien. Wer eine Parzelle dieses Bodens haben will, muß sich mit den Eigentümern verständigen. In der Regel kann man das Gewünschte für eine kaum nennenswerte Summe erhalten oder pachten. Ob man für den Acker, den man zu bearbeiten gedenkt, 10 Pf. Pacht im Jahr bezahlt für das Hektar, kann dem Arbeitsertrag so gut wie nichts abtragen. Solches bedingt freie Land nennen wir *Freiland zweiten Grades*.

Freiland ersten und zweiten Grades gibt es in allen Weltteilen noch in gewaltigen Strecken. Nicht immer ist es Boden erster Güte. Vieles ist mit Wald schwer bedeckt, bedarf langwieriger Ausrodungsarbeiten. Große Strecken leiden unter Wassermangel und können nur durch kostspielige Bewässerungsarbeiten fruchtbar gemacht werden. Anderes Land wieder, vielfach gerade der an sich beste Boden, muß entsumpft werden, noch andere Strecken oder Täler bedürfen der Zufahrtsstraßen, ohne die der Austausch der Produkte unmöglich wäre. Freiland dieser Art kommt nur für kapital- oder kreditkräftige Auswanderer in Betracht. Für die Theorie der Grundrente und des Lohnes ist es jedoch gleichgültig, ob eine kapitalistische Gesellschaft oder die Auswanderer direkt das Freiland in Anbau nehmen. Interessant ist das nur für das Kapital und seinen Zins. Nimmt der Freiländer solches durch Be- und Entwässerungsbauten, also durch Kapitalanlage erschlossene Land in Arbeit, so muß er für die Benutzung dieser Bauten den regelrechten Kapitalzins zahlen und den seinen Produktionskosten zuzählen.

Für diejenigen aber, Einzelpersonen und Gesellschaften, die selber die für größere Aufschließungsarbeiten nötigen Mittel haben, ist heute sozusagen noch die halbe Welt Freiland. Das beste Land in Kalifornien und entlang dem Felsengebirge war bis vor kurzem noch Wüste. Jetzt ist es ein Garten von gewaltigem Umfang. Die Engländer haben Ägypten durch die Nilsperrre wieder bewohnbar gemacht für Millionen und Abermillionen Menschen. Die Zuidersee, Mesopotamien und viele andere Wüsten wird man ebenso der Kultur erschließen. So kann man sagen, daß solches Freiland zweiten Grades noch für unabherrschbare Zeiten zur Verfügung der Menschen steht.

## **6. Der Begriff Freiland 3. Grades.**

Das wichtigste Freiland aber, das auch für die Theorie höchste Bedeutung zur Erklärung der Lohn- und Grundrentenbegrenzung besitzt und das wir überall in unserer nächsten Nähe zu unserer Verfügung finden, ist das *Freiland dritten*

*Grades.* Der Begriff dieses Freilandes ist jedoch nicht so einfacher Natur, wie das bisher beschriebene Freiland und erfordert einige Überlegung.

Einige Beispiele werden es jedoch jedem sichtbar machen.

Beispiel 1. In Berlin erlaubt die Bauordnung, daß nur bis zu vier Stockwerken hoch gebaut wird. Wären es nur zwei Stockwerke, so würde die Stadt die doppelte Bodenfläche bedecken müssen, um dieselbe Einwohnerzahl zu beherbergen. *Das Land, das durch den dritten und vierten Stock gespart wurde, ist also heute noch unbebautes, freies Bauland.* Würde man in Berlin die amerikanische Bauart zulassen, – also 40 Stockwerke an Stelle von 4 –, so würde der zehnte Teil der heutigen Grundfläche Berlins genügen. Der Rest wäre überschüssig und würde jedem Bauunternehmer zu wenig mehr als dem Ertragswert eines Kartoffelackers angeboten werden. Das Freiland für Bauzwecke ist also vom vierten Stockwerk ab nach den Wolken hin überall, selbst im Zentrum jeder deutschen Großstadt in unbegrenzter Menge vorhanden.

Beispiel 2. In der Republik „Agraria“ wird durch Gesetz jeder Gebrauch jeglichen künstlichen Düngers verboten, angeblich, weil er gesundheitsschädlich sein soll, in Wirklichkeit aber, um die Produktion von Getreide knapp, die Getreidepreise hochzuhalten. Die Agrarianischen Grundherren glauben, daß wenig und teuer für sie besser sei, als viel und billig. Infolge dieses Verbotes und der geringen Ernten sowie der teuren Preise, und weil außerdem die Auswanderung verboten ist, hat man in Agraria alles Öd-, Sumpf- und Heideland in Kultur genommen und es erreicht, daß die Ernten den Bedarf des Volkes decken. Trotzdem aber ist das Volk sehr unzufrieden und verlangt die sofortige gänzliche Aufhebung des Verbotes, und man erwartet dort allgemein, daß ähnlich wie in Deutschland die Bodenerträge durch den Gebrauch des künstlichen Düngers sich verdreifachen werden.

Was wird die Folge für die Grundrente und den Lohn sein? Wird da nicht in bezug auf die Äcker dasselbe eintreten, was in der Stadt geschieht, wenn eine neue Bauordnung jedem erlaubt, die bisherige Zahl der Stockwerke zu verdreifachen? Mit den künstlichen Düngern wird der Boden der Republik plötzlich dreimal größere Ernten geben, als wie die jetzt lebende Bevölkerung braucht. *Das wird zur Folge haben, daß man von je drei Hektaren zwei brach liegen lassen wird zur Verfügung künftiger Generationen.* In derselben Republik, wo man jede Ecke Land, jeden Sumpf in Kultur genommen hatte, wird man infolge der Freigabe der künstlichen Dünger plötzlich von gewaltigen Strecken Freiland sprechen. Und dieses Freiland wird man vorläufig als Jagdgründe benutzen und es zum Jagdpachtertrag jedem anbieten, der es in Arbeit nehmen will.

Diese Beispiele aus dem Baugewerbe und der Landwirtschaft zeigen uns, wie Neuland, Freiland dritten Grades entstehen kann und als Folge der täglich sich häufenden Entdeckungen, ständig neu entsteht. Der Nomade braucht 100 Hektar Land, um seine Familie zu ernähren, der Landwirt braucht 10, und der Gärtner einen und weniger.

Nun wird aber die gesamte Ackerfläche Europas noch sehr oberflächlich bebaut und die Bevölkerung, selbst in Deutschland, ist noch so spärlich, daß, wenn man allgemein zur Gartenwirtschaft überginge, die Hälfte der Ackerfläche brach gelassen werden müßte, erstens, weil für solche Mengen von Lebensmitteln die Käufer, zweitens, für so intensive Bearbeitung des Bodens die Arbeiter fehlen würden.

Wir können also Deutschland durchweg noch als solches Freiland dritten Grades betrachten. *Für die Bodenerträge, die der intensiv arbeitende Landwirt über die Erträge des Jägers, des Nomaden, der extensiv arbeitenden Landwirte hinaus einheimst, kann man den Ackerboden ebenso als Freiland betrachten, wie der Amerikaner den Raum über den bereits stehenden Stockwerken bis zu den Wolken hinaus als freien Baugrund ansieht.*

Wenden wir das Gesagte auf die Grundrenten und Lohntheorie an. Deutschland ist in dem oben beschränkten Sinne noch Freiland. *Der Landarbeiter kann zu jeder Zeit auf dieses Freiland flüchten, wenn er nicht mit seinem Lohne einverstanden ist.* Unter den Ertrag, den die Arbeit auf solchem Freiland dritten Grades abwirft, kann der Lohn des Landarbeiters dauernd ebenso wenig fallen, wie unter den Ertrag der Arbeit auf Freiland ersten Grades. Hier hat der Landarbeiter einen Rückhalt bei den Lohnverhandlungen, der nie versagt. Wie viel wird nun der Arbeiter als Lohn, der Grundherr als Pacht verlangen können?

## **7. Einfluß des Freilandes 3. Grades auf Grundrente und Lohn.**

Nehmen wir an, daß zur landläufigen, der Sparhandkultur [sogen. extensive Kultur.] von 100 Hektaren 12 Mann nötig seien und daß das Produkt 600 Tonnen betrage, also 50 Tonnen auf jeden Mann oder 6 auf den Hektar.

Wir nehmen weiter an, daß für die Sparlandkultur, die sog. intensive Bebauung derselben Bodenfläche 50 Mann nötig seien und daß das Produkt dann 2000 Tonnen betrage. Es entfallen

dann auf den Kopf jetzt 40 Tonnen statt 50, und auf den Hektar 20 statt 6 Tonnen.

Das Produkt der Sparlandkultur steigt also nach Hektaren gemessen, geht jedoch nach Arbeit gemessen zurück. Bei Sparhandkultur lieferten unsere 12 Männer je 50, also 600 Tonnen, und in Landsparkultur je 40, also nur 180 Tonnen.

Der Unterschied von 120 Tonnen ist also auf die große Landfläche von 100 Hektaren, die den 12 Mann diese handspär, geringere Arbeit heischende Kultur gestattet, zurückzuführen. Steht ihnen die Landfläche zur Sparhandkultur nicht zur Verfügung, so müssen sie zur Sparlandkultur übergehen und sich dann mit einem geringeren Arbeitsprodukt begnügen. Stellt ihnen jemand aber die zur Sparhandkultur nötige Ackerfläche zur Verfügung, so sind sie selbstverständlich bereit für den Vorteil, der ihnen daraus erwächst, zu bezahlen, d. h., *der Besitzer dieser Ackerfläche wird eine Rente erheben können, die dem Unterschied entspricht, der zwischen dem Arbeitsprodukt bei Sparhand- und Sparland-Kultur erfahrungsgemäß zu Gunsten ersterer besteht*. In unserem Beispiel also eine Rente im Betrage von 120 Tonnen von 100 Hektaren,

Die Landwirtschaft gravitiert in bezug auf Arbeitersparnis nach der Sparhand- und in bezug auf Bodenersparnis nach der Sparlandkultur. Aus der Spannung, die sich hieraus ergibt, entspringt die Grundrente und aus dem Grade dieser Spannung (Erfahrungssache) ergibt sich die Verteilung der Ackerprodukte nach Grundrente und Lohn.

Warum die Sparhandkultur höhere Arbeitserträge und geringere Bodenerträge gibt, brauchen wir hier nicht zu erklären. Das ist Sache der landwirtschaftlichen Technik. Uns genügt die Tatsache, daß es sich so in der Landwirtschaft verhält, daß es in der Natur der Sache begründet liegt. Lägen die Sachen umgekehrt, etwa so, daß die Sparhandarbeit 40 Tonnen, die Sparlandarbeit aber 50 Tonnen eintrüge, so würde die gesamte Landwirtschaft nach der Sparlandkultur gravitieren. Man würde allen Boden, für den die vorhandenen Arbeiter nicht aufzutreiben wären, einfach brach liegen lassen, weil, wie gesagt, die etwa noch vorhandenen Arbeiter durch noch intensivere Bearbeitung des Kulturbodens größere Arbeitsprodukte ernten würden, als durch Urbarmachung von Brachland.

Die Bevölkerungslehre, die uns sagt, daß die Volkszahl den Subsistenzmitteln entspricht, steht mit obigem Satz nicht in Widerspruch. Die Bevölkerung vermehrt sich mit der Vermehrung der Subsistenzmittel. Sie läuft der Sparlandkultur nach, nicht voraus.

Aber durch ein Beispiel wollen wir die rechnerische Verteilung des Ackerprodukts zwischen Lohn und Grundrente noch schärfer beleuchten

[siehe auch Anhang 2 S. 420 / Anm. d. Korr.]:

A. 12 Genossen bewirtschaften in landläufiger Sparhandkultur 100 Hektar eigenen Bodens und ernten 480 Tonnen, also 40 Tonnen pro Mann.

B. 60 Genossen bewirtschaften in Sparlandkultur ebenfalls 100 Hektar eigenen Bodens gleicher Güte und ernten 900 Tonnen, also 15 Tonnen pro Mann.

1. Gegenüber den 12 Genossen haben die 60 pro Kopf einen Minderertrag von 25 Tonnen, nämlich  $40 - 15 = 25$ .

2. Dieser Minderertrag ist allein darauf zurückzuführen, daß die Sparhandkultur, die A. betreiben können, mehr Produkt gibt nach der Kopfzahl der Arbeiter berechnet.

3. Will darum einer der 60 B. mit einem der 12 A. tauschen, so muß er ihn für den Unterschied im Arbeitsprodukt – also 25 Tonnen – entschädigen. Wollen die 12 Mann tauschen, so erhalten diese 12 auch 12 mal 25 Tonnen, zusammen also 300 Tonnen.

4. Diese 300 Tonnen, da sie auf die größere [je Genosse bearbeitete] Landfläche zurückzuführen sind, sind Grundrente. Jedoch nur ein Teil der wirklichen Grundrente.

5. Würden nämlich von den 60 B, 48 abziehen, so hätten die übrigbleibenden 12 B. ebenfalls dasselbe Arbeitsprodukt der 12 Genossen A. [(480), (das sind) also] 300 Tonnen für die 12 B. [oder (25 Tonnen pro Mann)] mehr. [Die 12 B. hätten dann pro Mann 40 statt 15 Tonnen.] - Anm. d. Korr.]

6. Den Austritt aus der Genossenschaft dieser 48 B. können die Zurückbleibenden durch eine Abfindung von  $300 : 48 = 6,25$  pro Kopf und Jahr erlangen.

7. Wollen die Zurückbleibenden 12 B. die Ausgetretenen 48 Genossen durch andere Genossen ersetzen, so muß jeder von diesen seinen Eintritt mit 6,25 Tonnen erkaufen. Wollen [(bis zu 12) Neue anstelle der Alten sie] als Lohnarbeiter mitwirken, so werden ihnen [je] die 6,25 Tonnen vom Arbeitsprodukt (15) abgezogen. Dann bleiben als Lohn 8,75 Tonnen.

8. Die volle Rente der 100 Hektaren ist also 60 mal 6,25 oder 375 Tonnen. Lohn und Rente verteilen sich somit wie folgt:

60 mal 6,25 = 375 für Renten-Abzug vom Produkt der Sparland-Arbeit;

60 mal 8,75 = 525 Lohn der übrigbleibt nach Abzug der Grundrente;

60 mal 15 = 900 Produkt der Sparland-Kultur

12 mal 8,75 = 105 Lohn – wie oben.

375 Rente – wie oben.

480 Produkt der Handspar-Kultur.

Die Verteilung des Produkts unter die Rentner und Arbeiter ermittelt man also:

1. durch Feststellung des Unterschieds im Arbeitsprodukt bei Landspar- und Handspar-Wirtschaft ( $40 - 15 = 25$ ) und durch Multiplikation dieser Differenz mit der Zahl der Handsparwirtschaftenden.  $12 \text{ mal } 25 = 300$ . (Das Resultat dürfte man passend mit Rentendifferenz bezeichnen.)

2. durch Subtraktion der Handspar-Wirtschaftenden ( $60 - 12 = 48$ ) und Division der Rentendifferenz (300) durch diese Zahl ( $300 : 48 = 6,25$ ).

3. diese so gewonnene Zahl mit der Gesamtzahl der Landsparwirtschaftenden multipliziert, gibt die *Rente* des Bodens, auf den die benutzten Zahlen Bezug haben. ( $60 \text{ mal } 6,25 = 375$ ).

4. zieht man die auf den Kopf der Arbeiter entfallende Rente (6,25) vom Arbeitsprodukt (15) ab, so hat man den *Lohn* ( $15 - 6,25 = 8,75$ ).

Unter Handspar-Wirtschaft verstehen wir diejenige Bodenkultur, bei der sämtliche sich anbietenden Arbeitskräfte herangezogen werden müssen, um die ganze verfügbare Bodenfläche zu bewirtschaften, ganz einerlei, welchen Charakter diese Wirtschaft sonst haben mag – Jagd, Viehzucht, Dreifelderwirtschaft, Schiffelland, oder auch die heute gebräuchliche relativ hoch entwickelte Landwirtschaft.

Unter Landspar-Wirtschaft verstehen wir diejenige Bodenkultur, bei der, wenn sie größeren Umfang annimmt, sich ein allgemeiner Arbeitermangel einstellen muß.

Handspar- und Landspar-Wirtschaft sind also Begriffe einer Relation. Der Nomade ist dem Jäger gegenüber der Landsparwirtschaftende. Der Nomade wird darum auch aller Regel nach Rente für die Überlassung des Bodens (Jagdgebiet) anbieten müssen und auch anbieten können.

Die Sparhand-Kultur gibt das höchste Arbeitsprodukt (Lohn und Rente), die Sparland-Kultur das höchste Ackerprodukt. Der Grundeigentümer möchte beides vereinigen und sucht natürlich Sparland-Kultur zu betreiben. Das kann er aber nicht ohne den Sparhandwirtschaftenden die Arbeiter zu nehmen und dadurch Land brach zu legen. (Freiland 3). Daß die Eigentümer ihren Boden aber wieder nicht ohne weiteres brach liegen lassen wollen und darum die Arbeiter durch Lohnaufbesserung an ihren Boden zu fesseln suchen werden, ist auch wieder selbstverständlich, auch daß sie mit der Lohnaufbesserung bis hart an die Grenze der Rentabilität (Auflösung der Rente in Lohnerhöhungen) gehen werden, ist klar. Ein Grundbesitzer wird für den Hektar Land als Pacht immer noch lieber 1 Mark nehmen als gar nichts.

Freiland 3 wirkt somit als Lohn- und Renten-Regulator. Freiland 3 schließt jede Willkür bei der Bemessung des Lohnes aus. Der Grundbesitzer zahlt nicht so viel, wie ihm behagt, und der Arbeiter fordert nicht, so viel er Appetit hat, sondern beide „nehmen nie mehr, als sie kriegen können.“

## 8. Einfluß der Technik auf Rente und Lohn.

1. *Technik.* Die Verbesserung der Technik erhöht das Arbeitsprodukt. Unter der Bedingung, daß die Verbesserung gleichmäßig das Arbeitsprodukt wie bei der Sparland-, so auch bei der Sparhandkultur erhöht, steigen Lohn und Rente auch gleichmäßig.

Wir wollen das hier nachrechnen:

A. 12 Genossen ernten auf 100 ha 480 t, pro Mann 40 t.

B. 60 Genossen ernten auf 100 ha 900 t, pro Mann 15 t, nach den Berechnungen S. 19 beträgt die Rente der 100 Hektar 375 Tonnen und der Lohn 8,75 Tonnen.

Durch eine technische Verbesserung wird das Arbeitsprodukt gleichmäßig um  $\frac{1}{4}$  gehoben. Bei A. von 480 Tonnen auf 600 Tonnen oder von 40 auf 50 pro Kopf und bei B. von 900 auf 1125 Tonnen, pro Kopf von 15 auf 18,75 Tonnen.

Nach Anweisung S. 20 gelangen wir zu folgendem Resultat:

Rente:  $50 - 18,75 = 31,25$  mal 12 = 375 : 48 = 7,81 mal 60 = 468,60.

Lohn:  $18,75 - 7,81 = 10,94$ .

<p>A. 12 mal 10,94 = <u>131,34 Lohn</u>            468,66 Rente  <u>600,00 Produkt</u></p>	<p>B. 60 mal 10,94 = <u>656,40 Lohn</u>            468,60 Rente  <u>1125,00 Produkt</u></p>
--	---

Demnach ist die Rente von 375 auf 468,60 = 25% gestiegen und der Lohn ebenfalls von 9,75 auf 10,94 = 25% gestiegen.

Das Verteilungsverhältnis ist also unbeeinflusst geblieben. Der Rentner zieht aus der Verbesserung der Produktionsmittel in diesem angenommenen Fall denselben Vorteil wie der Arbeiter.

Jedoch die Verbesserungen der Technik kommen nur selten beiden Kulturarten, der Sparhand und Sparland zu statten, und noch seltener kommen sie beiden Kulturarten gleichmäßig zu statten. Was macht der Sparlandbauer z. B. mit einem 10scharigen Motorpflug und mit einem Sähflugzeug? Eine solche Maschine kann nur bei großen Flächen in Anwendung, kommen. Für die Sparland-Kultur ist sie vollkommen nutzlos, so etwa wie der Löwe für die Mausejagd nutzlos ist.

Für Freiland 3 kommt der Motorpflug nicht in Frage, um so mehr aber für Freiland 1 und 2, in den weiten Ebenen Amerikas. Dort wendet ein einziger Motorpflug die Äcker von 50 und mehr Bauern, und zwar wendet er sie gut und billig. Natürlich vergrößert sich das Arbeitsprodukt dieser Freiländer dadurch außerordentlich. Und vom Arbeitsprodukt hängt der Arbeitsertrag ab und dieser Arbeitsertrag des Freiländers bestimmt den Lohn der Arbeiter auf dem Rentenland überall.

Wenn nun alle Umstände, die bei der Umwandlung des Arbeitsprodukts in Arbeitsertrag mitspielen, unverändert bleiben, so müßte der Lohn allgemein in

demselben Verhältnis steigen, wie durch den Motorpflug das Arbeitsprodukt gestiegen ist. Jedoch bleiben diese Umstände nicht unverändert und hier zeigt es sich wieder, wie nötig unsere zu Anfang gemachte Unterscheidung zwischen Arbeitsprodukt und Arbeitsertrag war. Denn dieser, nicht das Arbeitsprodukt bestimmt die Löhne allgemein.

Wenn der Arbeitsertrag des Freiländers nun wächst, so steigt automatisch auch der Arbeitsertrag der Industriearbeiter. Wenn das nicht wäre, so würden die Industriearbeiter zur Landwirtschaft, zum Freiland 1, 2 und 3 zurückfluten. Dieses Steigen der Industriearbeitslöhne geschieht durch eine Verschiebung im Tauschverhältnis zwischen den Produkten des Freiländers und der Industrie. Statt 10 Sack Weizen muß der Freiländer jetzt 12 Sack hergeben für einen Phonographen, eine Büchse, eine Hausapotheke. So verliert der Freiländer bei der Umwandlung des Arbeitsproduktes in Arbeitsertrag einen Teil des Mehrprodukts an den Industriearbeiter. Der Motorpflug treibt also den Lohn auf der ganzen Linie aufwärts.

Jedoch ist das, was die Lohnarbeiter durch den Motorpflug gewinnen, größer, als das, was der Motorpflug an Produkten mehr schafft. Der Motorpflug mag 100 Millionen Tonnen mehr schaffen, aber auf alle Arbeiter verteilt, wäre das eine sehr geringe Summe, die in gar keinem Verhältnis steht zur Arbeitsertragssteigerung der Freiländer. Und das verhält sich so:

Geht der Arbeitsertrag der Freiländer 1 und 2 in die Höhe, so steigt auch der Lohn der Arbeiter auf europäischem Rentenboden, und zwar ohne, daß das Arbeitsprodukt wächst (weil ja hier der Motorpflug keine Anwendung finden kann, oder doch nur eine sehr beschränkte). *Die Lohnsteigerung vollzieht sich hier also auf Kosten der Grundrente.* Die Mittel für die Lohnerhöhung kommen also nur zum kleinsten Teil aus dem Mehrprodukt der Freiländer. Suchen wir dies ebenfalls rechnungsmäßig zu erfassen.

Das Arbeitsprodukt des Freiländers 1 und 2 wächst infolge Erfindung leistungsfähiger Maschinen, und zwar nach Abzug der Zinsen und Unterhaltungskosten dieser Maschinen um 20%. Der Arbeitsertrag wächst nur um 10% weil, wie wir gezeigt haben, der Industriearbeiter für seine Produkte mehr fordert und auch mehr fordern kann. Das Tauschverhältnis der industriellen zu den landwirtschaftlichen Erzeugnissen verschiebt sich um 10% zu Gunsten der ersteren. Bleiben also von den 20 nur 10% übrig, die sich auf den allgemeinen Arbeitslohn übertragen.

So müssen unsere Grundherren in die Grundrente greifen, um die erhöhten Forderungen der Arbeiter zu befriedigen, da das Produkt ihres Ackers nicht gestiegen ist. Betrug also die Rente von 100 Hektar 375 Tonnen, die Zahl der Arbeiter 12,



der Lohn 8,75, so werden die Lohnausgaben jetzt  $8,75 + 10\% = 9,62$  mal  $12 = 115,44$  statt  $12 \text{ mal } 8,75 = 105$  Tonnen betragen. Von der Rente gehen 10,44 Tonnen ab, sie beträgt jetzt 364,55 Tonnen. Doch beschränkt sich der Verlust des Grundherren nicht auf den in Tonnen ausgedrückten Rückgang seiner Rente. Mit der Rente in Gestalt von Tonnen landwirtschaftlicher Produkte ist ihm ebenso wenig gedient, wie dem Freiländer mit dem Arbeitsprodukt. Beim Tausch aber der 364,56 Tonnen gegen industrielle Erzeugnisse, verliert – er infolge der beschriebenen Verschiebung im Tauschverhältnis wieder 10% so daß die Rente jetzt  $364,56 - 10\% = 328,10$  beträgt. In Prozent ausgedrückt beträgt der Gesamtverlust  $12\frac{1}{2}\%$ . Je kleiner die Rente im Verhältnis zu den Lohnausgaben ist, um so fühlbarer wird die Lohnsteigerung für den Rentner sein. Da es aber wieder nicht angeht, daß dem Grundherrn aus der Anstellung von Arbeitern ein Verlust erwachsen soll, daß also der handspär wirtschaftende Grundherr mehr Rente aus dem Boden schlägt, als der landspär wirtschaftende Grundherr, so findet eine rückwärtige Bewegung von der Landspar- zur Handspär-Kultur statt. Es werden Arbeiter frei, die auf den Lohn drücken und ihn unter sein normales Niveau (d. i. der um 10% gehobene Arbeitsertrag des Freiländers 1 und 2) herabsetzen. Dann wächst die Auswanderung, bis daß das Gleichgewicht der Löhne hier und des Arbeitsertrages dort wieder hergestellt ist.

Nun haben wir noch die Teilung des Produkts in Lohn und Rente für den Fall zu berechnen, daß die verbesserte Technik der Sparhand-Kultur zugute kommt, der Sparland-Kultur jedoch nicht.

Das Arbeitsprodukt der 12 Genossen A. steigt von 480 auf 600 Tonnen, das der 60 Genossen B. bleibt auf 900 stehen. Auf den einzelnen Mann berechnet, entfallen auf die Genossen A. jetzt 50 Tonnen und auf die Genossen B. immer noch 15 Tonnen. Der Unterschied steigt von 25 auf 35 Tonnen.

Nach unserer Anweisung S. 19 berechnet, beträgt nun die Rente 525 statt 375 und der Lohn 6,25 statt 8,75.

$35 \text{ mal } 12 = 420 : 48 = 8,75 \text{ mal } 60 = 525$  Tonnen, das ist die Rente.

$15 - 8,75 = 6,25$ , das ist der Lohn.

$12 \text{ mal } 6,25 = 75$  Lohnausgaben

525 Rente

600 Produkt

$60 \text{ mal } 6,35 = 375$  Lohn

525 Rente

900 Produkt

Wir erkennen aus diesen Beispielen, daß der Einfluß verbesserter Technik sich sehr ungleich bei der Verteilung der Bodenprodukte fühlbar macht, daß es sehr darauf ankommt, wem die neue Technik in erster Linie dient, ob dem Freiland 1 und 2 oder dem Freiland 3, oder gar der Sparhand-Kultur.

Wir erkennen aber auch, daß die Arbeiter in früherer Zeit nicht immer fehlgingen, als sie in Verfolgung ihrer Interessen

die Zerstörung der Maschinen forderten. Es kann ja vorkommen, wie das in dem

zuletzt berechneten Falle geschieht, daß die Rente bei einer verbesserten Technik nicht nur das Mehr an Produkten für sich beansprucht, sondern noch darüber hinaus den Lohn herabsetzt. So stieg, in dem zuletzt angenommenen Fall das Produkt der Sparhandkultur von 480 auf 600 Tonnen = 25% die Rente aber stieg von 375 auf 525 Tonnen = 40%. Und trotz des vermehrten Arbeitsprodukts (50 statt 40) ging der Lohn herunter von 8,75 auf 6,25 Tonnen.

## **9. Einfluß wissenschaftlicher Entdeckungen auf Rente und Lohn.**

Mehr noch als den Maschinen ist es wissenschaftlichen Entdeckungen zu verdanken, daß die deutschen Äcker in den letzten Jahrzehnten ihren Ertrag verdreifacht haben. Ich erwähne hier nur kurz die Entdeckung der Dungkraft der Kalisalze und der Thomasschlacke, die Stickstoff sammelnden Pflanzen, die künstliche Herstellung von Stickstoffdünger (Kalkstickstoff), die Bekämpfung der Pflanzen- und Tierseuchen usw.

Diese Entdeckungen haben jedoch nicht gleichmäßig den Boden befruchtet. Weitaus den größten Vorteil aus diesen Entdeckungen haben die bisher als vollkommen unfruchtbar gehenden Heide-, Moor- und Sandböden gezogen. Hier kann man nicht mehr von einer Verdreifachung des Ertrages reden, sondern von einer Schöpfung neuen Bodens, da der Sand und die Heide ja bis dahin überhaupt nicht bebaut werden konnten. Ein kleiner Teil dieser Ödländereien wurde als Schiffelland bearbeitet und gab dann alle 15 Jahre eine dürrtige Ernte dem, der diese gewaltige Arbeit besorgte. Jetzt geben diese Ländereien regelmäßig alle Jahre reiche Ernten. Die an sich, von Natur aus fruchtbaren Äcker können selbstverständlich ihre sowieso schon reichen Erträge nicht noch einmal verdreifachen. Sie liefern selbst die zur ewigen Verjüngung nötigen Düngestoffe, wenn, wie das die Regel ist, Ackerbau und Viehzucht Hand in Hand gehen. Darum spielen hier die künstlichen Düngestoffe eine bedeutend geringere Rolle als auf den von Natur aus unfruchtbaren Heiden. Noch weniger Einfluß haben die künstlichen Düngestoffe auf die Erträge des Freilands 1 und 2. Diese jungfräulichen Äcker brauchen in der Regel überhaupt noch keine Düngung, und dann sind die künstlichen Düngestoffe nur mit hohen Frachtkosten dorthin zu schaffen.

So wirken also die wissenschaftlichen Entdeckungen, je nach dem Boden, auf dem sie Anwendung finden, verschieden auf Lohn und Rente, und es ist darum genau wie bei den Maschinen, unmöglich, generell von ihnen zu sagen, daß sie den Lohn oder die Rente heben oder senken. Um im Einzelfall klar

zu sehen, gehört eine umfassende, mit Vor- und Umsicht geführte Untersuchung aller Faktoren, die hier eingreifen. Hat man sie alle in die Rechnung eingestellt, so kann man nach unserer Anweisung S. 19 verfahren. Hat man nichts vergessen, alles richtig eingeschätzt, so kommt man zu sicheren Ergebnissen. Darum können wir auch hier darauf verzichten, die Sache, ähnlich wie im vorigen Kapitel, durch Rechenexempel zu erklären.

## 10. Gesetzliche Eingriffe in Lohn und Rente.

Der Einfluß der Gesetzgebung auf die Verteilung des Arbeitsprodukts unter die Rentner und Arbeiter ist ein mannigfacher und weitreichender. Oft hört man sogar sagen, daß die Politik, der Hauptsache nach, in nichts anderem besteht, als in Angriffen auf Lohn und Rente und in ihren Abwehrmaßregeln. In der Regel geht man hier gefühlsmäßig vor. Man durchschaut die Zusammenhänge nicht völlig, oder wenn man sie durchschaut, so gebietet die Klugheit, sie nicht aufzudecken. Um den wissenschaftlichen Nachweis, daß die Mittel, die man mit Eifer und Leidenschaft verteidigt, auch das gesteckte Ziel treffen werden, müht man sich nicht viel ab. Politik und Wissenschaft passen nicht zu einander, oft besteht das Ziel der Politik gerade darin, den Durchbruch einer wissenschaftlichen Erkenntnis zu verhindern, oder wenigstens zu verzögern. Was hat man nicht alles von den Zöllen behauptet? Sie schützen und fördern die Landwirtschaft, sagen die, die den unmittelbaren Vorteil in die Tasche stecken; Brotwucher und Raub nennen sie die, die den Zoll an der Größe der Brote wahrnehmen. Den Zoll bezahlen die Ausländer, sagen die einen, und ihnen antworten die anderen, es wäre nicht wahr, der Zoll würde auf die Konsumenten abgewälzt. So streitet man über einen rein menschlichen Vorgang, der sich vor unseren Augen abspielt seit fünfzig Jahren und noch sind sie alle so klug wie zuvor. Es wird sich darum wohl lohnen, den Einfluß des Gesetzes auf die Verteilung der Produkte rechnermäßig darzulegen.

Wenn ein Kaufmann eine Ladung Tabak bestellt und weiß, daß er an der Grenze 100 Mark Zoll für den Ballen zu zahlen haben wird, so wird jedermann zugeben, daß der Kaufmann überzeugt sein muß, den Zoll mit Zins und Profit belastet, auf den Preis des Tabaks schlagen zu können. Der Zoll ist für den Kaufmann ein integrierender Bestandteil der Waren; die Zollrechnungen bucht der Kaufmann bei der Inventur genau wie die Kisten, Säcke und Ballen als Aktiva.

100 Tonnen Java-Tabak	200.000	M.
Fracht und Zoll	<u>50.000</u>	„
	250.000	M.
10% erwarteter Gewinn	<u>25.000</u>	<u>M.</u>
Kapital	<u>275.000</u>	<u>M.</u>

So macht's der Kaufmann mit den Zöllen. Warum könnte es nun unser Grundbesitzer nicht auch mit dem Gelde so machen, das der Staat von ihm als Grundsteuer erhebt? Das wird ja auch vielfach behauptet. *Grundbesitzer* selbst sind es, die sagen, sie würden jede Steuer einfach mit Zins und Profit belastet auf die Pächter und Mieter abwälzen, und daß letzten Endes die Grundsteuer im kargen Lohn des Arbeiters seine letzte Ruhestatt findet. Wenn das aber der Fall ist, so folgern diese Grundbesitzer, so ist es doch viel besser, die Grundsteuer in eine Kopfsteuer, in eine Lohnsteuer oder Einkommensteuer zu verwandeln. Die Arbeiter sparen dann wenigstens den Profit und Zins, den der Grundherr auf die Steuern schlägt!

Um nun diesen Fall näher untersuchen zu können, ist es unerlässlich, eine Frage zu beantworten, die Ernst-Frankfurth in seiner lichtvollen kleinen Schrift „Das arbeitslose Einkommen“ [Physiokratischer Verlag – Berlin-Lichterfelde.] stellt: Was geschieht mit dem Ertrag der Grundsteuer? Es kann doch für das weitere Geschick der Grundsteuer nicht einerlei sein, ob der Staat die Steuereingänge dazu verwendet, um dem Grundherrn neue Straßen durch seine Ländereien zu bauen, um das Schulgeld für die Kinder seiner Pächter zu ermäßigen, oder etwa um *Importprämien* für ausländisches Getreide zu bezahlen. Ehe wir das nicht wissen, können wir auch die Frage nicht beantworten, wer die Grundsteuer letzten Endes bezahlt. So sagt Ernst-Frankfurth.

Es gibt Grundbesitzer, die nicht warten, daß der Staat sie besteuert, um ihnen mit dem Geld eine Straße zu bauen, die für die Bewirtschaftung ihrer Ländereien nötig geworden ist. Sie bauen sie selber. Die Kosten bilden eine Kapitalanlage, wie das Ausroden, die Entwässerung usw. Der Grundbesitzer erwartet von der Straße Vorteile, die den Zins des dazu aufzuwendenden Geldes aufwiegen. Wenn trotzdem in der Regel der Staat die Straßen baut und die Grundherren dafür besteuert, so liegt das einfach daran, daß zum Bau von Straßen, die der Regel nach das Gebiet mehrerer Grundbesitzer mit entgegengesetzten Interessen durchschneiden müssen, Enteignungsrechte nötig sind, die nur dem Staate zustehen. Aber auch, wenn der Staat die Straße baut, ist die hierfür erhobene Grundsteuer eine Kapitalanlage, deren Zins der Grundherr restlos wieder einzuholen hofft. Und diesen Charakter tragen die Steuern fast allgemein. Wenn der Staat eine Grundsteuer erhebt, um die Grenze gegen den Einfall der Wilden zu schützen, so spart der Grundherr den Betrag dieser Steuer an der Feuer- und Kosaken-Versicherung.

Wenn also der Staat die Erträge der Grundsteuer im Interesse der Grundherren verwendet, so sind diese Steuern einfach als Kapitalanlagen zu betrachten. Sie bedeuten die Entlohnung des Staates für Dienste, die er geleistet. Der Grundherr kann

diese Steuern dort buchen, wo er den Lohn seiner Arbeiter bucht. Verpachtet er den Boden, so schlägt er die Steuer auf den Pachtzins, restlos, wenn der Staat billig und gut arbeitet, mit Profit, wenn der Staat bei seiner Arbeit den Witz eines tüchtigen Bauunternehmers entwickelt.

Wie verhalten sich aber die Dinge, wenn der Staat den Grundherrn besteuert, um mit dem Ertrag den Pächter oder die Arbeiter etwa vom Schulgeld zu befreien? Kann der Grundherr dann auch noch die Grundsteuer als produktive Auslagen betrachten? Nehmen wir an, es wäre nicht so, der Grundherr könne weder dem Pächter den Pachtzins um den Betrag des von diesem gesparten Schulgeldes erhöhen, noch könne er den Lohn der Arbeiter herabsetzen. Pächter und Lohnarbeiter hätten also einen um den Betrag des beseitigten Schulgeldes erhöhten Arbeitsertrag. Warum soll aber der Grundherr den Arbeitsertrag der Pächter und Arbeiter erhöhen? Weil er selbst besteuert wird? Das ist aber kein Grund, da der Arbeitsertrag des Pächters und Lohnarbeiters ja vom Arbeitsertrag auf Freiland 1, 2 und 3 bestimmt wird. Käme die Verwendung der Grundsteuererträge auch den Freiländern 3 zustatten, etwa ebenfalls in Form einer Schulgeldermäßigung, dann allerdings, wäre das Gleichgewicht zwischen dem Arbeitsertrage des Lohnarbeiters und Pächters und dem der Freiländer ungestört und dem Grundherrn wäre es unmöglich, die Grundsteuer auf Pacht und Lohn abzuwälzen. Im anderen Falle aber sagt er dem Pächter: zu den sonstigen Vorteilen, den mein Acker dir bietet, kommt auch die freie Schule für deine Kinder. Fetter Lehmboden, gesundes Klima, freie Schulen, schöne Aussicht auf den See, die Nähe des Marktes – summa summarum – du hast mir 100 M. Pacht für den Hektar zu zahlen. Und dem Lohnarbeiter sagt der Grundherr: du kannst ja wegziehen, wenn du mit dem Lohnabzug nicht einverstanden bist. Rechne nach, ob du mit dem Lohn, den ich dir zahle, bei der freien Schule für deine Kinder und den sonstigen sozialen Einrichtungen, dich nicht ebenso gut stehst, wie, wenn du Freiland 1, 2 und 3 bebaust. Rechne nach, ehe du wegziehst!

Man sieht, daß die Grundsteuer restlos abgewälzt wird, sobald ihr Ertrag nicht auch dem Freiländer, namentlich dem Freiländer 3 zugute kommt. Wird der Ertrag der Grundsteuer dagegen in irgend einer Form der Sparland-Kultur zugeführt, so überträgt sich die Erhöhung des Arbeitsertrages der Freiländer 3 auf den Lohn der in der Sparhandkultur beschäftigten Arbeiter und die Grundsteuer ist in diesem Falle nicht nur nicht abwälzbar, *sondern sie belastet sogar die Grundrente zweifach, einmal, um den vollen Betrag der Steuer, das andere Mal in Gestalt der erhöhten Forderungen der Arbeiter.*

Diese interessante Erscheinung wollen wir auch rechnermäßig zu schildern suchen: Grundrentner A. hat von seiner Rente

von 525 Tonnen die Hälfte an Steuern zu entrichten. Der Ertrag der Grundsteuern wird den Freiländern 3, also der Sparland-Kultur, in irgend einer Form zugeführt. Das Produkt der Freiländer 3 steigt von 900 Tonnen auf etwa 1200 Tonnen.

Wir wenden hier unsere Lohn- und Rentenberechnungsformel an und erhalten folgende Rechnung:

Bisher:

Sparhand-Kultur A. 100 ha, 12 Arbeiter 480 t, pro Mann 40 t,  
Sparland-Kultur B. 100 ha, 60 Arbeiter 900 t, pro Mann 15 t,  
laut Rechnung S. 19 ist die Rente 375 Tonnen, der Lohn 8,75

Jetzt:

Sparhand-Kultur A. 100 ha, 12 Arb., Produkt 480 t, pro Mann 40 t,  
Sparland-Kultur B. 100 ha, 60 Arb., Produkt 1200 t, pro Mann 20 t.  
Unterschied 20 t.

*Ausrechnung:*

20 mal 12 = 240 : 48 = 5 mal 60 = 300 Tonnen Rente (bisher 375), 20 – 5 = 15 Tonnen *Lohn* (bisher 8,75).

<p>A. 12 mal 15 t Lohn = 180</p> <table style="margin-left: 40px; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="text-align: right;">Rente</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 0 10px;">300</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">Produkt</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 0 10px;">480</td> </tr> </table>	Rente	300	Produkt	480	<p>B. 60 mal 15 t Lohn = 900</p> <table style="margin-left: 40px; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="text-align: right;">Rente</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 0 10px;">300</td> </tr> <tr> <td style="text-align: right;">Produkt</td> <td style="border-bottom: 1px solid black; padding: 0 10px;">1200</td> </tr> </table>	Rente	300	Produkt	1200
Rente	300								
Produkt	480								
Rente	300								
Produkt	1200								

Durch die Art der Steuerverwendung geht also die Rente von 375 auf 300 zurück, wovon dann der Betrag der Steuer 50% von 375 = 187,50 abzuziehen wäre, so daß von der ursprünglichen Rente von 375 nur mehr 112,50 Tonnen übrigbleiben. *Der Steuersatz von 50% verwandelt sich also durch die lohn-treibende Verwendung des Steuerertrages in einen Rentenrückgang von 70%.*

$375 - 112,50 = 262,50 : 375 = 70\%$ .

Man sieht also, wie sehr recht Frankfurth hatte, als er frug, was mit dem Ertrag der Grundsteuer gemacht wird und wie unvernünftig es ist, an die Beantwortung der Frage, ob die Grundsteuer abwälzbar sei oder nicht, heranzutreten, ohne die dazu nötigen Vorarbeiten vollendet zu haben. Auch mag man jetzt schon ahnen, wie oft die von den Sozialpolitikern empfohlenen Mittel ihr Ziel verfehlen, wie oft sie auch das Gegenteil von dem Erstrebten bewirken mögen. Man sieht aber auch, welche Macht der Staat bei der Verteilung der Arbeitsprodukte ausüben kann.

Nur um uns etwas Übung in der Beurteilung sozialpolitischer Vorschläge zu verschaffen, wollen wir auch noch den Fall untersuchen, daß der Staat zur Abwechslung statt der Kornzölle eine Korneinfuhrprämie einführt und daß er sich die dazu nötigen Mittel durch eine Grundrentensteuer verschafft. Der Staat nimmt

also den Grundbesitzern einen Teil ihres Getreides und gibt es denen, die Getreide einführen, mittelbar oder unmittelbar, also den Freiländern 1 und 2, aber nicht den Freiländern 3.

Wir gehen von den Verhältnissen aus, die wir S. 19 zur Grundlage unserer Rechnungen nahmen. Dem in Deutschland geltenden Lohnsatz von 8,75 Tonnen entspricht der Ertrag der Arbeit auf Freiland 1 und 2. Das heißt, das Arbeitsprodukt des Freiländers, das 30 Tonnen betragen mag, schrumpft durch Transportkosten und Zölle auf 15 Tonnen zusammen und erfährt bei der Umwandlung des Erlöses dieser 15 Tonnen in die Gegenstände des Arbeitsertrages (Gebrauchsgüter des Freiländers) durch die Transportkosten, die diese Rückfracht belasten, einen neuen Rückgang, so daß zuletzt bei der Ankunft im Hause des Freiländers auch nur 8,75 Tonnen als Arbeitsertrag übrigbleiben.

Nun sollen in Deutschland die Kornzölle in Korneinfuhrprämien umgewandelt werden, nach dem Grundsatz, waren die Kornzölle den Rentnern recht, so sind jetzt den Arbeitern die Einfuhrprämien billig. Infolgedessen braucht der Freiländer nicht nur keinen Zoll mehr zu bezahlen, sondern erhält noch aus den Renten der deutschen Grundbesitzer für je 10 Tonnen, die er ins Reich einführt, noch etwa 3 Tonnen als Prämie ausgeliefert. So daß er jetzt 18 statt 15 Tonnen zum Verkauf bringt, und sein Arbeitsertrag mag jetzt betragen  $8,75 \text{ mal } 18 : 15 = 10,50$ .

Geht der Arbeitsertrag der Freiländer aufwärts, so steigt auch der Lohn der deutschen Arbeiter. Das Resultat ist dasselbe wie im vorangehenden Fall; der Grundherr muß Steuern zahlen, deren Ertrag dem Lohn zukommt, so daß die Steuer nicht nur nicht abwälzbar ist, sondern über die eigene Größe hinaus auf die Grundrente drückt. Doch das gestörte Gleichgewicht ist mit diesem Rentenrückgang noch nicht wieder hergestellt. Die Erhöhung der Löhne im Landbau auf Freiland 1, 2 und 3 führt dahin, daß Industriearbeiter zur Landwirtschaft zurückkehren, daß mehr landwirtschaftliche, weniger industrielle Produkte auf den Markt geworfen werden, daß das Tauschverhältnis sich zu Gunsten der Industrieprodukte und sonstigen Leistungen verschiebt, und daß der Rentner nun noch für sein schon stark geschwächtes Rentenprodukt (Weizen) noch außerdem einen geringeren Rentenertrag (alles, was der Rentner zum Leben braucht) eintauscht.

Selbstverständlich wirkt diese Verschiebung im Tauschverhältnis der landwirtschaftlichen und industriellen Produkte auch zurück auf den erhöhten Arbeitsertrag der Freiländer 1, 2 und 3, sowie auf den Lohn der Landarbeiter, bis daß auch dort das Gleichgewicht im Arbeitsertrag aller gefunden ist.

## 11. Zölle, Lohn und Rente.

Mancher wird nun geneigt sein, ohne weiteres anzunehmen, daß, da der Einfuhrzoll das Gegenteil der Einfuhrprämie ist, mit den Zöllen die Dinge einfach umgekehrt verlaufen müssen. Der Zoll müsse also die Grundrenten in doppelter Weise heben, einmal unmittelbar durch die dem Zoll entsprechende spezifische Preiserhöhung der Landprodukte, das andere Mal durch den Druck auf den Lohn, der von dem um die Zolllasten verminderten Arbeitsertrag der Freiländer 1 und 2 ausgeht.

Untersuchen wir, ob das stimmt.

Zunächst sei hier bemerkt, daß der Schutzzoll sich grundsätzlich von anderen Zöllen und Steuern dadurch unterscheidet, daß das Interesse der Grundbesitzer am Zoll viel größer ist, als das des Staates, der den Zoll einkassiert. Auf 100 Millionen, die der Staat von der Getreideeinfuhr erheben mag, kommen 1000 Millionen, die die Grundbesitzer durch erhöhte Brotpreise von den Brotverbrauchern erheben. Darum nennt man das Ding auch Schutzzoll, denn es soll die Renten der Grundbesitzer schützen und mehren, den Pfandbriefen und Hypotheken neue Sicherheiten gewähren. Wenn es sich rein um fiskalische Zölle handelt, so wird, wie es z. B. beim Tabak der Fall ist, nicht nur die eingeführte Ware, sondern auch die im eigenen Lande gewachsene Ware versteuert. Wer z. B. in Deutschland mehr als eine Tabakpflanze im Garten hat, muß dies der Steuerbehörde melden, und in Spanien ist oder war aus fiskalischen Gründen der Tabakbau direkt verboten. Spielt aber der Zoll beim Getreide fiskalisch eine solche Nebenrolle, so ist für das, was wir zeigen wollen, auch die Frankfurthsche Frage nach der Verwendung der Zollerträge in diesem Falle auch nur von untergeordneter Bedeutung. Die gezahlten Kornzölle wollen wir ganz außer Betracht lassen und unsere Aufmerksamkeit den in den Schutz der Zölle gestellten Grundrenten zuwenden.

Bei der Teilung der Produkte zwischen Grundrentnern und Arbeitern geht es nicht willkürlich zu, sondern nach den in den Dingen liegenden Gesetzen. Künstliche Eingriffe in diese Verteilung müssen unter Benutzung dieser Gesetze, nicht aber gegen sie erfolgen, da sie sonst scheitern müssen. Jedoch, wenn auch der Versuch scheitert, so dauert es doch gewöhnlich eine geraume Zeit, bis daß das gestörte Gleichgewicht der Kräfte wieder hergestellt ist und in der Zwischenzeit mag es oft zugehen, wie bei einem Pendel, der durch einen Stoß aus der Ruhelage gebracht wird. Der Teilungspunkt im Arbeitsprodukt pendelt dann zwischen Rente und Lohn, bis er seine alte Stellung wieder einnimmt.

Wenn nun der Gedanke des Schutzzolles den wirtschaftlichen Gesetzen, die die Verteilung des Produktes zwischen Lohn und Rente beherrschen, widersprechen sollte, so müßte der Zoll auch an seinem Ziel vorbei schießen und das, was man mit ihm



beabsichtigt, die Hebung der Rente auf Kosten der Löhne dürfte allenfalls nur vorübergehend eintreten, nämlich bis zur automatischen Wiederherstellung des durch gesetzlichen Eingriff gestörten Gleichgewichts der Kräfte.

Wir wollen diesen Dingen nur so weit nachspüren, wie nötig, um ein ganz allgemeines Bild von den wirtschaftlichen Vorgängen zu gewinnen, die durch den Zoll ausgelöst werden. Wenn wir uns ein für die Praxis der Privatwirtschaft und für alle möglichen Einzelfälle nutzbares Urteil bilden wollten, z. B. über die Frage, um wie viel ein Zollsatz von 20 Mark den Verkaufspreis eines bestimmten Rittergutes hinauftreiben würde, so müßten wir diese Untersuchung weit über den Rahmen dieser Schrift treiben.

Was uns am Zoll zunächst interessiert, ist sein Einfluß auf den Arbeitsertrag der Freiländer, und zwar der Freiländer 1 und 2, von dem der Lohn auf den zollgeschützten Böden abhängig ist. Vom Arbeitsertrag der Freiländer 3, deren Arbeitsprodukt durch den Zoll ebenfalls „geschützt“ wird, reden wir nachher.

Der Freiländer 1 und 2 betrachtet mit Recht den Zoll als eine Last, wie jede andere Last, die den Austausch seines Arbeitsproduktes gegen die Gegenstände seines Arbeitsertrages verteuert. Ob diese Verteuerung von erhöhten Frachtsätzen, von erhöhten Sackpreisen, von der Piraterie oder Baratterie, oder von Zöllen herrührt, ist für ihn soweit ganz einerlei. Das, was der Konsument für sein Arbeitsprodukt (Weizen) bezahlt, das betrachtet der Freiländer als seinen Arbeitserlös, und diesen Erlös schmälern Zoll und Fracht. Sein Arbeitsertrag ist um so kleiner. Büßte er bisher von seinem Arbeitserlös etwa 30% an Frachtausgaben ein, so mag dieser Satz durch den Zoll aufsteigen.

Die Fracht von den argentinischen Seehäfen nach Hamburg dreht sich gewöhnlich um 15 Mark für die Tonne von 1000 Kilo. Hierzu kommen Eisenbahnkosten von der Produktionsstätte bis zum Hafen, die das Mehrfache betragen, im ganzen also etwa 50 Mark. Der Zoll in Deutschland beträgt 55 Mark für 1000 Kilo. Zusammen also 105 Mark bei einem Preise von etwa 240 Mark.

Als unmittelbare Wirkung der Zölle geht also der Arbeitsertrag der Freiländer 1 und 2 herab, und da von diesem Arbeitsertrag der Lohn der Arbeiter auf dem zollgeschützten Boden abhängig ist, so geht auch hier der Lohn zurück, wenn auch zunächst vielleicht nur in der Realform (also in Form höherer Lebensmittelpreise bei gleichen Geldlöhnen). Der Zoll gestattet also dem Grundbesitzer, höhere Preise für die Produkte zu fordern, ohne daß er das Mehr seiner Einnahmen in höheren Löhnen auszugeben braucht, und ohne auch höhere Preise für die von ihm persönlich benötigten Industrieprodukte zahlen zu müssen – da ja infolge des Rückganges des Arbeitsertrages der Freiländer 1 und 2 eine Lohnerhöhung oder Abwälzung

der Zolllasten auch von den Industriearbeitern nicht durchzusetzen ist, deren Lohnkämpfe ja ebenfalls auf dem Boden des Arbeitsertrages der Freiländer ausgefochten werden. Für die Industriearbeiter ist somit die Zolllast ebenso unabwählbar, wie für die Landarbeiter und die Freiländer 1 und 2. Der Zoll ist, so lange sich die noch zu besprechenden, langsam einsetzenden Rückwirkungen nicht fühlbar machen, in seiner vollen Höhe ein glattes Geschenk an die Grundrentner – wobei hier unter Zoll nicht das gemeint ist, was an der Grenze in die Reichskasse fließt, sondern das, was auf allen Märkten des Landes für die heimischen Produkte wegen der Zollsperrung in erhöhten Preisen von jedem Brot, jedem Ei, jedem Schinken, jeder Kartoffel von dem Konsumenten erhoben wird und in die Tasche der Grundrentner fließt. (Soll der Boden verpachtet werden, so geht der Zoll direkt in das Pachtgeld über; wird der Boden verkauft, so wird der Zoll kapitalisiert, also mit 20 oder 25 multipliziert und dem gewöhnlichen Bodenpreis zugeschlagen.)

Der Zoll, sagen die Politiker, wird vom Ausland bezahlt. Und es stimmt, es stimmt vollkommen. Das, was an der Grenze in die Kasse des Reiches an Zollabgaben fließt, das Häufchen Geld wird allerdings von dem im Auslande angesiedelten Freiländer (vielfach deutsche Auswanderer) bezahlt. Das geht von seinem Arbeitsertrag ab. Aber kann man denn im Ernste dem deutschen Arbeiter die Zölle schmackhafter machen, daß man sagt: der Freiländer zahlt das, was an Zöllen an der Grenze eingeht. Ein netter Trost, wenn der Arbeitsertrag des Freiländers maßgebend ist für den Lohn des deutschen Arbeiters!

Ein netter Trost für den Arbeiter, der die von den deutschen Grundbesitzern um die volle Höhe der Zollsätze erhöhten Preise der Lebensmittel aus seiner Tasche zahlen muß!

Der Glaube, die Hoffnung und die frische Behauptung, daß der Kapitalzins einen Teil der Zolllasten tragen wird, ist, wie wir das noch zeigen werden, irrig. Den Zins kann man nicht besteuern, namentlich das neue, anlagesuchende Kapital nicht. Es ist frei und unabhängig von jeder Zollpolitik.

Jedoch der Zoll bleibt nicht ohne Rückwirkungen. Langsam aber ebenso sicher machen sie sich fühlbar. Es geht folgendermaßen zu: Der Freiländer in Manitoba, in der Mandchurei, in Argentinien schreibt seinem Freunde in Berlin: von dem, was du in Berlin für mein Getreide bezahlst, geht mehr als die Hälfte für Fracht und Zoll für mich verloren und von dem, was ich für deine Produkte (Werkzeuge, Bücher, Medikamente usw.) hier zahlen muß, büßest du ebenfalls die Hälfte und mehr an Fracht und Zoll ein. Wären wir Nachbarn, so würden wir diese Unkosten sparen und du und ich sähen unseren Arbeitsertrag verdoppelt. Ich kann meine Äcker nicht zu dir bringen, aber du kannst deine Werkstätte, deine Fabrik hierher verlegen. Komm her und ich liefere dir an Lebensmitteln das, was du

brauchst, um die Hälfte des Preises, den du jetzt zahlst, und du lieferst mir deine Produkte um die Hälfte des Preises, den ich zahlen muß.

Diese Rechnung stimmt, wenn auch der Ausführung des Vorschlages mancherlei Hemmungen entgegenstehen. Die Industrie kann in der Regel nur dort gut bestehen, wo möglichst alle Industrien vertreten sind, weil fast alle Industriezweige mehr oder weniger in gegenseitiger Abhängigkeit stehen. Die Auswanderung der Industrie kann darum nur ganz allmählich vor sich gehen und beginnt mit den ihrer Natur noch selbständigsten Betrieben: Ziegeleien, Holzschneidereien, Müllereien, Druckereien, Möbel- und Glasfabriken usw., namentlich auch mit solchen Waren, die besonders viel Fracht- und Zolllasten verursachen. Doch ist die Übersiedlung der einzelnen Industriezweige immer nur von einer Rechnung abhängig und da ist [es] der Zoll, der neben den Frachtsätzen sehr oft den Ausschlag zugunsten der Industrieauswanderung gibt. Je höher der Getreidezoll, um so öfter wird es sich lohnen, die Geräte einzupacken, um die Werkstatt in der Nähe des Freiländers aufzuschlagen. Und mit jeder neuen Industrie, die sich in der Nähe des Freiländers ansiedelt, *steigt sein Arbeitsertrag und sein steigender Arbeitsertrag wirkt zurück auf den Lohn im zollgeschützten Lande!*

Die Vorteile des Zolles lösen sich also für den Grundbesitzer früh oder spät wieder in Lohnerhöhungen auf. Die, die das wissen, treffen denn auch rechtzeitig ihre Vorkehrungen; sie verkaufen den Acker, ehe die Rückwirkungen sich fühlbar machen und überlassen es ihrem Nachfolger, bei der unfehlbar [Der Rückgang der Grundrente infolge Steigerung der Löhne tritt unfehlbar ein, obschon dies zahlenmäßig nicht immer in Erscheinung tritt. Denn es ist möglich, daß parallel mit der gekennzeichneten Entwicklung eine der häufigen durch Goldfunde oder Papiergeld verursachte Währungsverwässerungen stattfindet, die, wie z. B. in der Zeit von 1890–1916, dem Grundbesitzer das wiedererstattet, was er an Renten einbüßt. Das gilt allerdings nur für den verschuldeten Grundbesitzer. Dieser muß freilich auch mit der umgekehrten Möglichkeit rechnen, (mit dem Niedergang der Preise, wie in den Jahren 1873–1890).] wiederkehrenden neuen „Not der Landwirtschaft“ sich um Hilfe an den Reichstag zu wenden.

Die Rückwirkungen des Zollschutzes beschränken sich jedoch nicht auf das Benehmen der Freiländer 1 und 2. Wir müssen auch beachten, wie es unserem Freiländer 3 mit dem Zoll ergeht. Hier verhält es sich gerade umgekehrt wie bei den Freiländern 1 und 2. Zahlen diese den Zoll aus ihrer Tasche, so beteiligt sich der Freiländer 3 unter dem Schutze des Zolles und nach Maßgabe dessen, was er an Produkten über seinen persönlichen Bedarf hinaus auf den Markt bringen kann, an dem Segen des Schutzzolles, an der „Plünderung“ der Konsumenten. Statt 6 Mark bekommt er der Zölle wegen jetzt 8 Mark für das Kaninchen, den Honig verkauft er für 1,35 Mark statt für 1,10 Mark, kurz, für alles bekommt er

höhere Preise, ohne daß er selbst höhere Preise zu zahlen braucht für alles, was er kauft. – Der Arbeitsertrag des Freiländers 3 steigt also, während sich gleichzeitig die Lohnarbeiter über den Rückgang ihres Arbeitsertrages zu beklagen haben. Der Arbeitsertrag des Freiländers 3 steigt somit in doppeltem Sinne – einmal absolut wegen der höheren Preise, ein andermal relativ zu den weichenden Löhnen. *Dabei ist aber wieder der Arbeitsertrag der Freiländer 3 auch maßgebend für die Höhe des allgemeinen Arbeitslohnes!* Das Mißverhältnis kann dann auch nicht lange bestehen bleiben. Sobald es sich herumgesprochen hat, daß das Kaninchen für 8 Mark und der Honig für 1,35 Mark, die Kartoffeln für 5 Mark und die Ziegenmilch für 20 Pf. verkauft werden, bekommen die Lohnarbeiter auch schon den Mut zu neuen Lohnforderungen. Unter Berufung auf den erhöhten Arbeitsertrag des Freiländers 3 fordern sie auch höheren Lohn und drohen damit, in die Heide, in das Moor, aufs Ödland zu ziehen, wenn ihren Forderungen nicht entsprochen wird.

Die Lohnerhöhung geht also nicht nur vom Freiland 1 und 2 aus, sondern auch vom Freiland 3 und kommt zum Stillstand erst beim völligen Ausgleich der Zölle.

Weiter ist auch noch zu beachten, daß die durch die Zölle herbeigeführte spezielle Erhöhung der Preise aller landwirtschaftlichen Produkte und die damit gestiegenen Grundrenten zu neuen Anstrengungen auf dem Gebiete der Landsparr-Kultur ermuntern müssen und daß, wenn der Zoll den Arbeitsertrag der Landsparrbauern erhöht, dies weiter auf die Löhne und dadurch auf die Grundrenten zurückwirkt.

Um die ausgleichenden Rückwirkungen der Schutzzölle auch von dieser Seite kennen zu lernen, wollen wir uns eines Rechenexempels bedienen.

Vor Einführung des Zolles sei der Pachtpreis von 100 Morgen Land 2000 Mark gewesen, und der Preis der Bodenprodukte 50 Mark den Zentner. Das Produkt der 100 Morgen betrüge bei Handsparr-Kultur (die für die Pacht maßgebende sogen. extensive Kultur) 300 Zentner, und bei Landsparr-Kultur (intensive Kultur) das doppelte – also 600 Zentner à 50 = 30.000 Mark.

Durch den Zoll ist der Preis des Produkts von 50 auf 70 gestiegen, für die 300 Zentner der Landsparr-Kultur von 15.000 auf 21.000. Nehmen wir an, daß die Differenz (6000) ganz auf die Rente übergeht (daß sich also noch keine ausgleichenden Kräfte bemerkbar gemacht haben) und daß somit für die 100 Morgen statt 2000 jetzt 8000 an Rente gefordert werden. (2000 + 6000.)

Für die Landsparrbauern ergibt sich dann folgendes: Sie ernten nach wie vor 600 Zentner und verkaufen diese infolge der Zölle zu 70 (statt 50), also für 42.000. Davon geht an Pacht statt 2000 jetzt 8000 ab. Somit bleiben 42.000 weniger 8000 = 34.000 statt 30.000.

Als Wirkung des Zolles ist also der Arbeitserlös dieser Landsparbauern gestiegen, und da vorerst die Zölle noch keine Wirkung auf die Industrieprodukte ausüben konnten, so ist auch der Arbeitsertrag der Landsparbauern infolge der Zölle gestiegen.

Steigt aber der Arbeitsertrag der Landsparbauern, so muß auch der Lohn steigen – denn der Arbeitsertrag der Landsparbauern ist maßgebend für den Lohn.

Wir können also, soweit wir hier die Untersuchung getrieben haben, ganz allgemein folgern, daß der Grundrenten-Schutzzoll infolge seiner direkten Einwirkung auf den Arbeitsertrag der Freiländer früher oder später sich selbst wieder auflöst: daß es sich also immer nur um einen vorübergehenden Schutz handelt.

Für die, die die Zollasten „vorübergehend“ zu zahlen haben, mag das ein Trost sein, wie auch die, die die Vorteile der Zölle genießen, ihre Vergänglichkeit als Sorge empfinden mögen. Ganz schlimm ist es aber, wenn die vorübergehende Rentensteigerung beim Kauf des Bodens oder bei der Erbschaftsteilung dem dummen Bauern als dauernder Faktor der Kaufsummenberechnung erscheint. Was weiß der Bauer von der Grundrenten- und Lohntheorie? Er läßt sich ganz von der Erfahrung leiten. Er sieht die Ernte, kennt die Preise der Produkte, weiß auch, wie viel man den Arbeitern an Löhnen heute zahlt und schon ist seine Rechnung fertig. Der Kauf wird abgeschlossen. Man zahlt die übliche Summe in bar und den Rest in Form einer Hypothek. Diese Hypothek ist aber keine „vorübergehende“ Erscheinung. sie überdauert ganz gewiß die Rückwirkungen der Zölle auf die Löhne, sie wankt nicht, wenn die Arbeiter ohne Rücksicht auf die gleichbleibenden Verkaufspreise der Produkte mit neuen Lohnforderungen an den Bauer herantreten. Dann jammert der Bauer wieder über die „Not der Landwirtschaft“.

## **12. Der Ausgangspunkt für die ganze Lohnskala bis herauf zu den höchsten Gehältern ist der Arbeitsertrag der Freiländer.**

Wenn der Grundrentner 1000 Mark an Pacht aus seinem Boden heraus schlagen kann, so wird er sich mit weniger sicher nicht begnügen wollen, falls er den Boden mit Hilfe von Lohnarbeitern selbst bewirtschaften will. Wenn der Acker nach Abzug der Lohnausgaben nicht mindestens 1000 Mark Ertrag lieferte, so würde der Grundbesitzer die Arbeiter entlassen, um den Boden für 1000 Mark zu verpachten.

Dem Lohnarbeiter wird also unter keinen Umständen die Arbeit einen höheren Ertrag liefern, als dem Pächter oder dem Ansiedler auf herrenlosem Boden, auch schon darum nicht, weil der Pächter (oder Ansiedler) sonst lieber als Tagelöhner arbeiten würde.

Andererseits aber wird der Lohnarbeiter nicht um geringeren Lohn oder Ertrag arbeiten, als der ist, den er als Pächter oder Ansiedler verdienen könnte, denn sonst würde er sich ein Stück Boden pachten oder auswandern. Zwar fehlt es ihm wohl oft an eigenem Kapital zur Bewirtschaftung oder Auswanderung, aber dieses Kapital, ob es sein eigenes oder geborgtes ist, muß er auf alle Fälle mit 4 oder 5% verzinsen und diesen Zins sorgfältig vom Ertrag seiner Arbeit abziehen. Denn das, was dem Ansiedler nach Verzinsung seines Kapitals noch übrig bleibt, das allein gehört ihm, als Arbeiter. Es ist durchaus nicht nötig, daß jeder Arbeiter in der Lage sei, mit der Auswanderung in Freiland 1 und 2 oder mit der Abwanderung auf Freiland 3 drohen zu können, um für sich den allgemeinen Lohnsatz zu erobern. Es genügt, wenn der Überschuß auswandern kann, um alle zurückbleibenden Arbeiter in den Genuß dieses Lohnsatzes zu bringen.

Ist der Bruttoertrag der Arbeit des Ansiedlers auf Freiland 1, 2 oder 3 = 1000 Mark, der Zins des Wirtschaftskapitals 200 Mark, so ist der Reinertrag 800 Mark, und um diesen Punkt herum wird sich also der allgemeine Lohnsatz drehen. Höher kann der Lohn des Tagelöhners nicht steigen, denn sonst verwandeln sich die Ansiedler in Tagelöhner, niedriger kann er nicht sinken, sonst findet die umgekehrte Bewegung statt.

*Und daß der Lohn der Industriearbeiter von diesem allgemeinen Lohnsatz beherrscht wird*, liegt auf der Hand. Denn wäre der Arbeitsertrag in der Industrie größer, als der Ertrag der Arbeit auf herrenlosem Boden, so würden sich die Landarbeiter der Industrie zuwenden, die Produkte der Landwirtschaft würden mangeln und im Preise steigen, während die Produkte der Industrie, im Übermaß angeboten, im Preise fallen würden. Die Preissteigerung dort und der Preisfall hier würden zu Lohnverschiebungen führen, bis sich der Ausgleich gebildet hätte. Und dieser Ausgleich müßte bei der großen Anzahl von Wanderarbeitern, denen es gleich ist, ob sie Zuckerrüben bauen oder Kohlen schaufeln, sehr bald eintreten.

*Es ist also unbestreitbar, daß, wenn der Arbeitsertrag des Arbeiters auf Freiland den Arbeitsertrag des Landarbeiters bestimmt, auch der Arbeitslohn im allgemeinen vom Arbeitsertrag auf Freiland bestimmt wird.*

Darüber hinaus kann der Lohn nicht steigen, denn das Freiland ist ja die einzige Stütze, der letzte Rückhalt, die der Landarbeiter oder Pächter bei den Lohn- und Pachtverhandlungen mit dem Grundherrschaft hat. Nimmt man ihm diese Stütze (etwa durch die Aufhebung der Freizügigkeit), so verliert er den Boden unter den Füßen und er muß sich auf Gnade und Ungnade ergeben. Weil aber das Freiland die einzige Stütze ist, so können andere Umstände den Lohnsatz auch nicht unter diesen Ertrag drücken.

Der Ertrag der Arbeit auf Freiland ist darum gleichzeitig das Maximum und Minimum des allgemeinen Arbeitslohnes.

Dabei widerspricht die bestehende starke Differenzierung in den Arbeitserträgen dieser allgemeinen Regel in keiner Weise. Ist einmal die Verteilung des Arbeitsproduktes zwischen Grundrentnern und Arbeitern erledigt, so ist das, was dem Arbeiter übrig bleibt auf vollkommen natürliche, der Willkür entrückte, feste Grundlagen gestellt. Und so läßt dann auch die Differenzierung der Löhne keinerlei Willkür zu. Sie erfolgt restlos nach den Gesetzen des Wettbewerbes, nach Angebot und Nachfrage. Je schwieriger oder unangenehmer eine Arbeit, um so höher der Lohn. Wie kann man den Menschen veranlassen, die schwierigere oder unangenehmere von zwei Arbeiten zu wählen? Nur durch die Aussicht auf einen höheren Arbeitsertrag (der aber durchaus nicht immer in barem Gelde, sondern auch in anderen Vorteilen und Vorrechten bestehen kann). Brauchen somit die Arbeiter einen Lehrer, einen Seelsorger, einen Förster, und finden sie diesen nicht, so bleibt ihnen nichts anderes übrig, als in die Tasche zu greifen und Löhne für diese Ämter zu bewilligen, die ihren eigenen Arbeitsertrag oft weit überragen. Nur so können sie den einen oder den anderen veranlassen, seine Söhne für solchen Beruf vorzubereiten und die Kosten zu bezahlen. Genügt dann das Angebot von Lehrern usw. noch nicht, so erhöhen sie nochmals den Lohn. Haben sie über das Ziel hinweggeschossen, übersteigt das Angebot von Lehrkräften die Nachfrage, so setzen sie den Lohn wieder herab. Und so geht es durchweg mit allen Berufen, die eine besondere Ausbildung erfordern. Umgekehrt, wenn die Arbeiter einen Schäfer, eine Gänsehirtin, einen Feldhüter brauchen. Würden sie diesen idyllischen Arbeiten ihren eigenen, mit harter Arbeit erworbenen Arbeitsertrag bewilligen, so würden sich alle Bürger, Lehrer, Pastöre, Bauern für diese Stelle melden. Für das Gänsehüten wird also ein Minimum angesetzt und man erhöht dieses Minimum so weit, bis sich jemand für diese Arbeit meldet. Die Arbeiter brauchen auch einen Kaufmann, der ihre Produkte kauft und ihnen das verkauft, was sie selber brauchen. Auch diesem Arbeiter (Kaufmann) müssen sie in Form von Handelsprofiten einen Lohn bewilligen, der irgend einen veranlaßt, sich diesem sorgenreichen Erwerbszweig zu widmen.

Der Ausgangspunkt für die Differenzierung aller Arbeitslöhne ist also immer der *Arbeitsertrag auf Freiland*. Er ist das Fundament, auf dem das ganze Gebäude feinsten Differenzierung der Arbeitserträge bis hinauf zu den höchsten Spitzen errichtet ist. Alle Schwankungen dieses Fundaments übertragen sich auf alle Äste und Zweige, wie ein Erdbeben sich bis zum Hahn des Kirchturmes fühlbar macht.

Zwar ist hier die Erklärung noch nicht vollständig, warum die Theorie des „ehernen Lohngesetzes“ nicht richtig sein kann, denn es ist noch nicht gezeigt, daß die Rolle, die der Grundbesitz für ein solches Lohngesetz nicht durchführen konnte, nicht

vielleicht vom *Kapital* zu Ende gespielt werden kann. Daß jedoch das Kapital diese Macht auch nicht besitzt, beweisen die öfters eintretenden Lohnschwankungen, und warum es diese Macht nicht hat, werden wir später zeigen (s. Kapital-Zinstheorie). Hätte das Kapital die Macht, den Arbeitsertrag des Arbeiters auf Freiland auf das den „ehernen Lohnsatz“ ausmachende Minimum herabzusetzen, so müßte der im Zinsfuß sich ausdrückende Kapitalertrag die Schwankungen mitmachen, die das Produkt der Arbeit auf Freiland aufweist. Und das ist nicht der Fall, denn wie wir später zeigen werden (s. Zinstheorie), ist der hier in Frage kommende reine Zins (s. d.) eine außerordentlich unbewegliche Größe, und zwar so auffallend unbeweglich, daß man durchaus von einer ehernen Rentabilität des Kapitals sprechen kann. Wäre also neben der ehernen Größe des Kapitalzinses auch noch der Lohn eine ehernen Größe, wo wäre dann, wenn die Grundrente ihre eigenen Wege geht, das Reservoir, um die Differenzen des Arbeitsproduktes aufzunehmen?

### **13. Einfluß des Kapitalzinses auf Lohn und Rente.**

Der Ansiedler auf Freiland muß, wenn er sich Rechenschaft gibt, sein Betriebskapital verzinsen. Einerlei, ob dieses Kapital sein Eigentum ist, oder ob er es vom Kapitalisten geborgt hat; den Zins muß er vom Ertrag seiner Arbeit trennen – er hat mit der Arbeit nichts zu tun, er unterliegt ganz anderen Gesetzen.

Diese Trennung des Kapitalzinses vom Ertrag seiner Arbeit und von der Grundrente muß aber auch der grundbesitzende Landwirt vornehmen – wie wir das übrigens in den beiden Rechnungen im vorigen Kapitel getan haben.

Wenn nun sowohl die Ansiedler auf Freiland, wie auch die Pachtlandbauern den gleichen Zinsfuß für das benötigte Kapital zu zahlen haben, so könnte man annehmen, daß die Grundrente in keinem Zusammenhänge mit dem Zinsfuß stehe. Doch ist das ein Irrtum. Mit Arbeit und was dazu gehört, kann man beliebig viel neues Land schaffen, oft sogar in der nächsten Nähe der Städte. Und je niedriger der Zinsfuß, um so leichter wird es sein, wüste Strecken urbar zu machen. Der Unternehmer verlangt von dem urbar gemachten Boden nur soviel Zins, wie ein mit gleichem Kapitalaufwand gekaufter Acker an Rente abwirft. Wenn beim Freiland 1 und 2 die Frachtausgaben zuweilen den größten Teil des Arbeitsprodukts verschlingen, so wird bei Urbarmachung von Ödland der Zins die erwartete Rente des Bodens beanspruchen. Handelt es sich z. B. um die Trockenlegung des Zuider-Sees, um die Entsumpfung der Moore, um das Ausroden von Urwäldern, um die Berieselung von Wüsten, um das Abtragen und Sprengen von Felsen, so wird man zuerst fragen, wieviel Zins die Kapitalaufwendung verschlingen



wird, und dann wird man diese Summe vergleichen mit dem, was man für gleichen Boden an Pacht zahlen muß. Steht nun der Zinsfuß hoch, so wird der Vergleich ungünstig ausfallen, und man wird das Moor unberührt lassen; steht der Zinsfuß dagegen niedrig, so wird das Unternehmen rentabel. Fiele nun der Zinsfuß von 4 auf 1% z. B., so würden gleich eine Menge von Bodenverbesserungen rentabel, die man heute nicht unternehmen kann.

Zu 1% Zins würde es sich lohnen, das Nilwasser nach Arabien abzulenken, die Ostsee abzudeichen und auszupumpen, die Lüneburger Heide für Kakao und Pfeffer unter Glas zu legen. Zu 1% kann der Bauer auch daran denken, Obstgärten anzulegen. Heute kann er es nicht, denn dazu müßte er in Erwartung künftiger Ernten das nicht unbedeutende Anlagekapital 5 – 10 Jahre mit 5% verzinsen. Kurz zu 1% Zins, würde alles Ödland, würden die großen Wasserflächen rentabel in Kulturboden verwandelt werden können. (Diese Einzelheiten sind selbstredend nicht wörtlich aufzufassen.)

Ein Sinken des Zinsfußes würde aber nicht allein die Anbaufläche vergrößern, sondern es auch ermöglichen, von der bereits vorhandenen Ackerfläche durch ausgedehnteren Gebrauch der Maschinen, durch Anlage von Wegen, Ersatz der Hecken durch Zäune, Anlage von Pumpstationen für Bewässerung trockener Wiesen, Rigolen des Bodens, Anlage von Obstgärten, Frostschutzvorrichtungen und tausend andere Verbesserungen, dem Boden doppelte und dreifache Erträge abzugewinnen, wodurch wiederum eine entsprechende Verringerung der Anbaufläche notwendig würde und das für die Rente so gefährliche Freiland auf Schußweite herangerückt käme.

Die Herabsetzung des Zinses hätte auch zur Folge, daß die für den Transport des Weizens aus dem Auslande nötigen Anlagen (Häfen, Kanäle, Seeschiffe, Eisenbahnen, Silos) entsprechend niedrigere Tarife einführen könnten und daß auch dann wieder die Frachtkosten für die Produkte des Freilandes sinken würden. Und jeder Schilling, der hier gespart wird, reißt eine gleich große Lücke in die Grundrente. Die Zinsen des Transportkapitals bilden aber einen sehr bedeutenden Teil der Transportkosten, und zwar verhielten sich bei den europäischen Eisenbahnen, bei einer durchschnittlichen Verzinsung von 3,8% die eigentlichen Transportkosten im Jahre 1888 (Unterhaltung der Bahn, Beamten, Kohlen usw.) zu den Zinsen wie 135 zu 115. Die Zinsen (115) erreichen also fast die Höhe der Betriebskosten (135), so daß eine Herabsetzung des Zinsfußes von 4 auf 3% eine Herabsetzung des Frachttarifes um fast  $\frac{1}{8}$  gestatten würde.

Betriebskosten	gleich	4,	die	Kapitalzinsen	gleich	4	=	Tarif	=	8
"	"	"	4,	"	"	"	=	"	=	7
"	"	"	4,	"	"	"	=	"	=	6
"	"	"	4,	"	"	"	=	"	=	5
"	"	"	4,	"	"	"	=	"	=	4

d. h., bei 0 Zins würden die Eisenbahnfrachten um die Hälfte herabgesetzt werden können. Bei den Seefrachten ist das Verhältnis der Betriebskosten zu den Kapitalzinsen nicht das gleiche, immerhin spielt auch hier der Kapitalzins eine bedeutende Rolle. Die Schiffe, das Betriebskapital, die Hafenanlagen, die Kanäle (Panama, Suez), die Kohlenbahnen und Grubeneinrichtungen usw., alles verlangt den regelrechten Zins und dieser Zins belastet die Frachten, belastet den Arbeitsertrag des Freiländers 1 und 2, der für den Lohn und die Rente von ausschlaggebender Bedeutung ist.

Eine Herabsetzung oder gar eine völlige Beseitigung des Zinses würde also die Frachtkosten um die Hälfte herabsetzen, und dadurch wieder würde die Grenze des Freilandes wirtschaftlich um 50% näher gerückt, die Konkurrenz des ausländischen Getreides entsprechend verschärft werden.

Wo bliebe aber dann wieder die Grundrente, wenn auf diese Weise die Ackerfläche über den Bedarf hinaus ganz in der Nähe vervielfältigt würde; wenn das den Lohn bestimmende Freiland beliebig vermehrt werden könnte, und zwar ganz in der Nähe, wo also die Spannung zwischen Arbeitsprodukt des Freiländers und seinem Arbeitsertrag infolge der gesparten Transportkosten immer geringer wird? Warum dann noch weit nach Kanada, nach Manitoba ziehen, warum von dort mit großen Frachtkosten das Getreide nach Holland verfrachten, wenn man Getreide auf dem Boden der heutigen Zuidersee bauen kann? Wenn der Zinsfuß auf 3, 2, 1 und 0% sinkt, können alle Länder ihre heutige Bevölkerung mit Brot versehen. Die Landsparkultur findet nur im Zins eine Grenze. Die Kultur wird um so intensiver betrieben werden können, je mehr der Zins fällt.

Man sieht hier die innige Freundschaft, die zwischen Zins und Rente besteht. So lange Ödland, Wasserflächen, Wüsten vorhanden sind, die urbar gemacht werden können, so lang, überhaupt der Boden technisch verbessert werden kann, ist hoher Zins nicht nur das Ideal des Kapitalisten, sondern auch das Bollwerk der Grundrentner. Fällt der Zins ganz, so verschwindet zwar die Grundrente nicht ganz, aber es wäre der härteste Schlag, der sie treffen könnte.

## **14. Übersicht über das bisherige Ergebnis dieser Untersuchung.**

1. Der Arbeitslohn des normalen Arbeiters ist gleich dem Arbeitsertrag des normalen Freiländers und ist diesem durchaus unterworfen. Jede Veränderung im Arbeitsertrag des Freiländers überträgt sich auf den Arbeitslohn, einerlei, ob diese Veränderungen durch technische Erfindungen, durch wissenschaftliche Entdeckungen oder durch Gesetze herbeigeführt werden.

2. Das sogen. Gesetz des ehernen Lohnes kann hiernach nicht mehr sein, als eine Redensart. Im Einzelfall pendelt der Lohn um den unter 1 genannten Schwerpunkt. Er kann je nach der Tüchtigkeit sowohl über diesen Schwerpunkt steigen, wie er auch darunter bleiben und auch oft die Grenzen des Existenzminimums unterschreiten.

3. Die ganze Lohnskala für sogen. qualifizierte Arbeit bis in die höchsten Höhen hat den Arbeitsertrag der Freiländer als Ausgangspunkt.

4. Die Grundrente ist das, was vom Produkt des Bodens nach Abzug des Lohnes (und des Kapitalzinses) übrigbleibt. Da die Größe dieses Abzuges (Lohn) vom Arbeitsertrag auf Freiland bestimmt wird, so wird die Grundrente auch vom Arbeitsertrag des Freiländers mitbestimmt.

5. Der Kapitalzins unterstützt die Grundrente.

6. Man kann nicht schlichtweg behaupten, daß alle Fortschritte der Technik der Grundrente zugute kommen. Oft tritt das Gegenteil ein. Fortschritt und Armut sind nur bedingungsweise verkuppelt. Fortschritt und wachsender allgemeiner Wohlstand laufen ebenso oft parallel.

7. Man kann auch nicht schlichtweg sagen, daß die Grundsteuern abwälzbar oder nicht abwälzbar seien. Diese Frage kann erst dann restlos beantwortet werden, wenn gesagt ist, was in jedem Fall mit dem Grundsteuerertrag geschieht. Die Grundsteuer kann die Rente sowohl doppelt treffen (Steuer und Lohnerhöhung), wie sie auch oft der Rente über die eigene Größe hinaus zugute kommen kann.

8. Benutzt man die Ergebnisse der Grundrentensteuer zum Wohle der Freiländer, etwa zur Zahlung von Getreideeinfuhrprämien, als Zuschuß für die Urbarmachung von Ödland usw., so kann man, so man es will, auf diesem Wege die Grundrenten restlos konfiszieren. So verwendet, sind die Grundrentensteuern unabwälzbar.

## **15. Die Rohstoff- und Baugrundrente und ihre Beziehung zum allgemeinen Lohngesetz.**

Ob der Weizen aus Kanada, aus Argentinien, aus Sibirien oder vom Felde des Nachbarn kommt, ob es zollbelasteter Weizen der geplagten deutschen Auswanderer ist oder zollgeschützter Weizen des behäbigen pommerschen Gutsbesitzers; was fragt der Müller danach? Ist die Qualität die gleiche, so ist auch der Preis der gleiche.

Ebenso verhält es sich mit allen übrigen Dingen. Niemand erkundigt sich nach den Kosten der Waren, jedem ist es einerlei, woher die konkurrierenden Waren stammen. Ob der eine dabei

reich geworden, der andere zugrunde gegangen ist – ist die Qualität die gleiche, so ist der Preis der gleiche. Am klarsten sieht man das an den Münzen. Wer erkundigt sich danach, wo, wie und wann das Gold gewonnen wurde, aus dem die einzelnen Münzen gemacht sind. An den einen klebt das Blut der erschlagenen und beraubten Feinde, an den anderen der Schweiß des Prospektors, jedoch alle kursieren unterschiedslos.

So ungleich auch die Kosten sein mögen, die auf den einzelnen konkurrierenden Waren lasten, der Preis ist immer der gleiche.

Das weiß jeder, der Rohstoffe braucht, das weiß auch wieder der Besitzer des Bodens, auf dem die Rohstoffe gefunden oder gewonnen werden können.

Wenn also z. B. die Stadt Pflastersteine für eine neue Straße braucht, so berechnet gleich der Besitzer des zunächst liegenden Steinbruchs, wie weit es von der neuen Straße bis zur nächsten freien Fundstätte dieses Materials ist. Dann berechnet er die Fuhrkosten, die von dort zur Verbrauchsstätte erwachsen würden, und der Preis ist fertig. Und diesen Preis wird die Stadt bezahlen müssen, denn erst von diesem Preise ab kann der Wettbewerb einsetzen, und der Wettbewerb bestimmt doch den Preis. (Der Arbeitslohn im Steinbruch, da er als gleich für beide Steinbrüche angenommen wird, kann hier ganz weggelassen werden.)

Fehlt jedoch der Wettbewerb ganz, d. h., fehlt eine freie Fundstätte in erreichbarer Entfernung und verlangt indessen der Steinbruchbesitzer Phantasiepreise für seine Pflastersteine, dann springen entweder die Surrogate (Ersatzmittel) ein, in diesem Falle also Holzpflaster, Makadam, Kies, Asphalt, Eisenbahn usw., *oder man unterläßt den Bau der Straße.*

In letzterem Falle wäre also der Nutzen, den die Stadt von dem Bau der neuen Straße erwartet, der erste und letzte Konkurrent des Steinbruchbesitzers.

Und wie es sich hier mit den Pflastersteinen verhält, so auch mit allen anderen Rohstoffen ohne Ausnahme. Braucht ein Unternehmer Ton für eine Zementfabrik, Lehm für eine Ziegelei, Lohe für die Gerberei, Kohlen, Eisenerze, Holz, Wasser, Bausteine, Kalk, Sand, Erdöl, Mineralwasser, Luft für seine Windmühle, Sonne für sein Sanatorium, Schatten für sein Sommerhaus, Wärme für seine Reben, Kälte für seine Eisbahn, so wird sich der in dieser Beziehung bevorzugte Grundbesitzer diese Gaben der Natur ebenso bezahlen lassen, wie der Besitzer obigen Steinbruches, und zwar immer nach genau den gleichen Grundsätzen.

Die Umstände mögen in jedem einzelnen Falle andere sein, der Wettbewerb der Ersatzstoffe mag der Gewinnsucht des Grundbesitzers hier eine engere Grenze setzen als dort, aber schließlich bricht immer und überall das nämliche Gesetz durch, wonach der Grundbesitzer alle Vorteile, die die Produkte, die

Lage, die Natur seines Besitzes bieten, so ausbeutet, daß der Käufer für seine eigene Arbeit nur so viel anrechnen kann, wie wenn er die Stoffe vom Wüst-, Öd- und Freiland herbeischaffen müßte.

Es ergibt sich aus dieser Betrachtung der für das allgemeine Lohngesetz sehr wichtige Satz:

Das Produkt der schlechtesten, entferntesten und darum oft herrenlosen Fundstätte von Rohstoffen, belastet mit allen Frachtkosten und mit denselben Löhnen, die die anderen Fundstätten zahlen müssen, gibt den Ton an in der Preisbildung dieser Stoffe. Was die Besitzer der bevorzugten Fundstätten an Produktionskosten sparen, ist Rente.

Der Konsument muß alle Produkte der Erde, alle Rohstoffe immer so bezahlen, wie wenn sie mit schweren Unkosten auf Ödland erzeugt, vom herrenlosen Lande herangeschleppt worden wären.

Wenn das Produkt der schlechtesten Erde übereinstimmte mit dem Minimum dessen, was der Mensch zum Lebensunterhalt braucht, so wären mit dem Privatgrundbesitz alle Voraussetzungen für das Walten des „ehernen“ Lohngesetzes erfüllt, aber wie schon gesagt, ist das nicht der Fall. Deshalb, aber auch nur darum allein, kann sich der Lohn von diesem Minimum entfernen.

Genau demselben Grundsätze folgend, wenn auch von anderen Umständen bestimmt, gestaltet sich die *städtische Grundrente*, die in den modernen Industriestaaten fast an die ländliche Grundrente heranreicht.

So ist z. B. der Boden, auf dem Berlin gebaut ist, im Jahre 1901 auf 2911 Millionen geschätzt worden (s. Deutsche Volksstimme 12, 1904), was zu 4% einer Grundrente von 116 Millionen entspricht. Diese Summe auf die 4 Millionen Hektar der Provinz Brandenburg verteilt, gibt für sich allein schon zirka 30 M. Rente für den Hektar. Rechnet man noch die Grundrente der übrigen Städte der Provinz hinzu, so erreicht man vielleicht 40 M. pro Hektar, eine Summe, die bei der dürftigen Qualität des Bodens und den großen Wasser-, Sumpf- und Waldflächen der Provinz das Mittel der ländlichen Grundrente vielleicht schon übersteigt. Freilich nimmt die Provinz Brandenburg mit ihrem mageren Boden einerseits und der Hauptstadt des Reiches andererseits eine Ausnahmestellung ein, aber diese Zahlen zeigen doch, welche Bedeutung die städtische Grundrente heute erlangt hat.

Diese Zahlen werden manchen gewiß überraschen, und wie irgend jemand ganz richtig bemerkte, ist es heute zweifelhaft, ob der nach Renten gemessene Großgrundbesitz noch in Schlesien und nicht etwa in Berlin zu suchen sei.

Wie erklärt sich diese eigentümliche Erscheinung; wodurch wird die Höhe der Baugrundrente bestimmt; wie verhält sich diese zum allgemeinen Lohngesetz?

Zunächst ist hier die Frage zu beantworten, was die Menschen veranlaßt, sich trotz der hohen Grundrente in den Städten zusammenzurotten, warum sie sich nicht auf das Land verteilen? Nach obigen Angaben berechnet, beträgt die Grundrente für die Bewohner Berlins 58 M. auf den Kopf der Bevölkerung, für Familien von 5 Personen im Durchschnitt also 290 M. jährlich, eine Ausgabe, die auf dem Lande so gut wie ganz wegfällt, denn die ländliche Grundrente, die für die Wohnung hier in Anrechnung kommt, ist allein mit den Düngestoffen der Familie reichlich bezahlt. Ganz abgesehen von den gesundheitlichen Vorteilen des Landlebens und den trotz hoher Kosten dennoch erbärmlichen Wohnungsverhältnissen in der Stadt. Es müssen also gewichtige Gründe sein, die der Stadt den Vorzug geben.

Wenn wir die gesellschaftlichen „Vorzüge“ der Stadt durch ihre Nachteile (schlechte Luft, Staub, Lärm und die sonstigen endlosen Beleidigungen unserer Sinne) als ausgeglichen und bezahlt erachten, so bleiben nur noch die mit der Stadt verbundenen wirtschaftlichen Vorteile übrig, um Deckung für das Mehr der Ausgaben einer Berliner Familie zu liefern. Das Ineinandergreifen der einzelnen Industrien, die gegenseitige Unterstützung, die ein Teil dem anderen gewährt, muß dem isolierten Industriellen auf dem Lande gegenüber Vorteile aufweisen, die die 116 Millionen an Grundrente aufwiegen. Wenn das nicht so wäre, bliebe die Ausdehnung unerklärlich, die die Städte erfahren haben.

Auf dem Lande kann sich keine Industrie entwickeln, die, für die „Saison“ arbeitend, heute viele, morgen wenige oder gar keine Arbeiter beschäftigt – denn der Arbeiter muß das ganze Jahr arbeiten. In der Stadt gleicht sich der wechselnde Bedarf an Arbeitern der einzelnen Industrien mehr oder weniger aus, so daß, wenn die eine Fabrik Arbeiter entläßt, die andere solche wieder anwirbt. Dadurch hat der Arbeiter in der Stadt eine größere Sicherheit gegen Arbeitslosigkeit als auf dem Lande.

Auf dem Lande fehlt dem Industriellen der Gedankenaustausch, die Anregung, welche der Verkehr mit den anderen Gewerbetreibenden mit sich bringt; auch die Arbeiter selber, die in den verschiedenen Fabriken die verschiedensten Arbeitsverfahren kennen lernen und deren Vorteile ausbeuten, gewähren dem Unternehmer einen bedeutenden Vorsprung seinem Wettbewerber vom Lande gegenüber. Dieser, der ganz auf sich selbst angewiesen ist, und dessen Arbeiter den Verkehr anderer Arbeiter, aus anderen Industrien, aus anderen Ländern entbehren müssen, verfällt also leicht in die „Routine“ großväterlicher Vorschriften. Auch fehlt ihm nur zu oft die Absatzgelegenheit, die die Stadt dem Unternehmer in ungleich höherem Maße bietet, weil die Käufer hierher aus allen Teilen des Reiches und der Welt zusammenströmen, weil sie hier auf gedrängtem Raume alles finden, was sie brauchen. Der Unternehmer in der Stadt erhält den Besuch der Käufer aus allen Ländern; diese machen ihn auf

die Wünsche der Konsumenten aufmerksam, geben ihm wertvolle Auskünfte über die Marktverhältnisse, Preise usw. Dies alles entbehrt der Wettbewerber auf dem Lande. Statt den Besuch der Käufer zu erhalten, muß er sich selbst auf Reisen begeben, und Zeit und Geld opfern, um die Kundschaft zu besuchen; auf Umwegen, die oft viel an Zuverlässigkeit zu wünschen übrig lassen, zieht er die Erkundigungen ein über den Preisstand der Rohstoffe, über die Marktverhältnisse im Auslande, über die Zahlungsfähigkeit der Kundschaft usw..

Dann muß er von allen Materialien, die er verarbeitet, bedeutend größere Posten auf Lager nehmen, als sein Wettbewerber in der Stadt, der hier alles nach Bedarf kaufen kann, und wenn dem Landbewohner aus Unachtsamkeit ein Stoff, manchmal nur eine Schraube, ausgeht, so ruht der ganze Betrieb, bis daß aus der „Stadt“ das Fehlende angekommen ist. Ist etwas an der Maschine in Unordnung, so muß aus der „Stadt“ wieder ein Mann mit Werkzeugen bestellt werden, und bis dieser ankommt, ruht wieder der Betrieb.

Kurz, der Nachteile gibt es so viele beim Betriebe, bei der Arbeiterschaft, beim Einkauf der Rohstoffe, beim Absatz der Fabrikate, daß der Unternehmer vom Lande, der doch mit der Stadt konkurrieren muß, unmöglich dieselben Löhne wie diese bezahlen kann, so daß alles das, was er und seine Arbeiter an der Grundrente sparen, am Arbeitsertrag wieder zugesetzt werden muß.

Und so sehen wir denn auch auf dem Lande sich nur solche Industrien entwickeln, bei denen der Raumbedarf so groß ist, daß die erwähnten Nachteile durch die Grundrentenersparnis ausgeglichen werden, oder die ihrer Natur nach überhaupt nicht in der Stadt betrieben werden dürfen (Sägereien, Ziegeleien, Walzwerke), oder die dort aus Gesundheitsrücksichten polizeilich verboten wurden (Kalköfen, Pulvermühlen, Gerbereien usw.), oder deren technischer Betrieb so einfach ist, daß dieser die Anwesenheit des Besitzers nicht erfordert, der die kaufmännische Leitung nach der Stadt verlegt. Sonst aber dominiert die Stadt allgemein.

Woher also die Mittel kommen, um die 116 Millionen Grundrenten der Stadt Berlin zu bezahlen, wissen wir, und wo die Grenze für die Entwicklung der Städte ist, wissen wir auch. *Die Vorteile der Gesellschaftsarbeit sind hier in Geld umgerechnet und von den Grundrentnern einkassiert worden.*

Wächst die Stadt, so wachsen ihre wirtschaftlichen Vorteile, und so wächst auch die Grundrente; steigt die Grundrente im Mißverhältnis zu den Vorteilen der Stadt, so wird das Wachstum der Stadt unterbrochen.

Willst du die Vorteile genießen, die die Stadt für dein Gewerbe bietet, so bezahle diese Vorteile den Grundrentnern; sonst, wenn du diese Kosten sparen willst, so kannst du deine Werkstelle, deinen Laden, dein Tanzlokal draußen im Walde, auf

dem Felde errichten. Rechne nach, was dir vorteilhafter ist, und handle danach. Niemand hindert dich daran, draußen vor den Toren dich niederzulassen. Kannst du es erreichen, daß deine Kundschaft den langen Weg zu dir durch Schnee, Staub, Morast, und Regen zurücklegt, um dort draußen denselben Preis zu bezahlen wie im Zentrum der Stadt, um so besser für dich. Hältst du das für unwahrscheinlich, so zahle die Grundrente und siedle dich in der Stadt an. Du kannst es aber auch anders versuchen – verkaufe deine Waren draußen billiger. Es werden dann immer noch etliche Leute zu dir kommen der billigen Preise wegen, aber wo bleibt der Vorteil der Rentenersparnis, wenn du diese an den billigeren Preisen zusetzest?

Also immer das gleiche Gesetz. Genau wie bei der landwirtschaftlichen und Rohstoffgrundrente. Alle Vorteile der Stadt (worunter die Arbeitsteilung noch zu erwähnen ist), der gesellschaftlichen Arbeit, werden vom Grundbesitz eingezogen. Wie der deutsche Weizen zu Preisen verkauft wird, als ob er in Sibirien gewachsen und an der Grenze verzollt worden wäre, so müssen die in der Stadt erzeugten Güter wieder zu Preisen ausgetauscht werden, wie wenn sie mit all den in Geld umgerechneten Nachteilen einer über das ganze Land verzettelten Produktion belastet wären.

Die ländliche Grundrente nimmt alle Vorteile der Lage und der Natur vorweg, sie läßt dem Bebauer Wüst- und Ödland zurück; die städtische Grundrente nimmt alle Vorteile der Gesellschaft, der Organisation, der Zivilisation, des Staates in Anspruch, sie setzt die Leistungsfähigkeit der städtischen Industrie und des Handels auf die Rangstufe des isolierten Gewerbes auf dem Lande herab.

## **16. Erster allgemeiner Umriss des Lohngesetzes.**

Das, was nach Abzug der Rente und des Kapitalzinses an Produkten übrig bleibt, bildet den Lohnschatz, in den sich alle Arbeiter (Tagelöhner, Geistliche, Kaufleute, Ärzte, Knechte, Könige, Handwerker, Künstler usw. usw.) zu teilen haben. Die Verteilung geschieht bei freier Berufswahl nach Maßgabe der persönlichen Fähigkeiten durch Nachfrage und Angebot. Wäre die Berufswahl vollkommen frei, (sie ist es nicht, könnte es aber sein), so würde bei der Verteilung tatsächlich jeder das „größte“ Stück erhalten. Denn jeder sucht doch das größte Stück zu erwischen, und über die Größe der Stücke entscheiden „Nachfrage und Angebot“, in letzter Linie also die Berufswahl.

Die relative Größe des Lohnes hängt also von der Berufswahl, von der Person ab; die absolute Größe des Lohnes ist dagegen hiervon unabhängig und wird von der Größe des Lohnschatzes bestimmt. Je größer die Beiträge der einzelnen Arbeiter zum



Lohnschatz sind, um so größer wird auch der Anteil eines jeden ausfallen. Die Anzahl der Arbeiter ist dabei gleichgültig. Denn mit der Anzahl wächst zwar die absolute Größe des Lohnschatzes, aber gleichzeitig auch die Zahl der Anteilberechtigten.

Wie groß nun heute die Beiträge der einzelnen Arbeiterkategorien zum Lohnschatz sind, wissen wir:

1. Der Beitrag der Landwirte ist gleich der Summe von Produkten, die diese auf Ödland bauen, vom Freiland in Sibirien auf den Markt schaffen können. Abzüglich Fracht, Zins und Zoll, die wir hier direkt in Produkte umgerechnet uns vorzustellen haben.

2. Der Beitrag der sonstigen Rohstoffproduzenten ist gleich der Summe von Produkten, die diese von den schlechtesten, entlegensten und darum herrenlosen Fundstätten dem Markte zuführen können. Abzüglich Zins.

3. Der Beitrag der Industriearbeiter, der Kaufleute, der Ärzte, Künstler usw. ist gleich der Summe von Produkten, die diese ohne die Vorteile des städtischen Gesellschaftsbetriebes in isolierten, zerstreuten und verstreuten Betrieben erzeugen könnten. Abzüglich Zins.

Werfen wir alle diese Produkte zusammen und verteilen diese nach der heutigen Lohnskala, so erhält jeder genau das, was er heute tatsächlich mit dem Betrage seines Lohnes auf den Märkten und in den Läden an Produkten erlangen kann.

Der volle Unterschied zwischen diesem Betrag und dem wirklichen Produkte der Gesamtarbeit bildet die Grundrente und den Kapitalzins.

Was können nun die Arbeiter (immer im weitesten Sinne zu verstehen) tun, um den Lohnschatz zu vergrößern, um eine absolute Lohnerhöhung, eine Lohnerhöhung auf der ganzen Linie, die auch nicht durch Preiserhöhungen zunichte gemacht werden kann, zu erreichen?

Die Antwort ist leicht zu geben. Sie sollen ihren Lohnschatz besser als bisher abdichten, besser vor Schmarotzern schützen. Die Arbeiter sollen ihren Lohnschatz verteidigen, wie die Bienen und Hamster den ihrigen verteidigen. Das ganze Arbeitsprodukt ohne irgend welchen Abzug für Grundrenten und Kapitalzins soll in den Lohnschatz ausgeschüttet und restlos unter die Schaffenden verteilt werden. Wer zum allgemeinen Lohnschatz nichts beigetragen, also nicht gearbeitet hat, soll auch die Hände vom Lohnschatz weglassen. Kann er nicht arbeiten, so wird man ihm helfen; will er nicht arbeiten, so mag er sich den Dieben und Räubern zugesellen, und deren Schicksal teilen.

## 17. Die Freilandbewegung.

### *Die Umwandlung der Privatgrundrente in Volkseinkommen.*

Unter Freiland ist die Rückführung des Privatgrundbesitzes in den Gemeinbesitz (Staat) unter Aufrechterhaltung der privaten Bewirtschaftung zu verstehen. Es handelt sich also nicht um Verstaatlichung der Landwirtschaft, sondern nur um Verstaatlichung des Bodens, der Grundrente.

Die Grundbesitzer sollen auch entschädigt werden. Auf dem Wege des gewöhnlichen Enteignungsverfahrens soll der gesamte Privatgrundbesitz einschließlich der Bauplätze, Bergwerke, Wasserkräfte, Wälder usw. aufgehoben und sollen die Besitzer bezahlt werden. Es handelt sich also auch nicht um eine Beraubung der Grundbesitzer zugunsten der anderen Bürger.

## 18. Die Finanzen der Bodenverstaatlichung.

Also der Staat kauft den gesamten Privatgrundbesitz auf und zwar Ackerboden, Wald, Bauplätze, Bergwerke, Wasserkräfte, Kiesgruben, kurz alles. Der Staat bezahlt auch das Gekaufte, er entschädigt die Grundbesitzer, er beraubt niemand.

Der zu bezahlende Preis richtet sich nach dem Pachtzins, den das Grundstück bisher einbrachte oder einbringen würde. Der ermittelte Pachtzins wird dann zum Zinsfuß der Pfandbriefe kapitalisiert und der *Betrag den Grundbesitzern in verzinslichen Titeln der Reichsanleihe ausbezahlt*. Kein Pfennig mehr noch weniger.

Wie kann aber der Staat solche gewaltigen Summen verzinsen? Antwort: Mit dem Pachtzins des Bodens, der ja nunmehr in die Staatskasse fließt. Dieser Ertrag entspricht der Summe der zu zahlenden Zinsen, kein Pfennig mehr, kein Pfennig weniger, da ja die Schulden die kapitalisierte Grundrente des Bodens darstellen.

Angenommen, der Boden bringt jährlich 5 Milliarden an Pacht ein, dann hat der Staat als Entschädigung bezahlt bei einem Zinsfuß von 4%  $5.000.000.000 \times 100 : 4 = 125$  Milliarden. Diese Summe zum gleichen Fuß verzinst gibt aber auch 5 Milliarden. Also Soll = Haben.

Vor der Größe dieser Zahlen braucht niemand zu erschrecken. Die Größe des „Soll“ mißt man mit dem „Haben“. An sich ist nichts groß noch klein. Die Franzosen, die schon mit 35 Milliarden Staatsschulden und ebensoviel Hypothekenzinsen belastet sind, häufen noch immer Milliarden auf Milliarden an Titeln fremder Staatsschulden auf. (Vor dem Krieg.) Das Becken ist eben groß und faßt viel. Ebenso wäre es mit der Schuld der Bodenverstaatlichung. Dem großen „Soll“ wird ein gleich großes „Haben“ entsprechen. Es wäre darum auch

völlig überflüssig, eine Berechnung dieser Summe im voraus vorzunehmen; diese Frage interessiert höchstens den Papierfabrikanten, der die Titel der Schulden zu liefern hat. Sind es 100 Milliarden, gut; sind es 500 Milliarden, auch gut. Es ist für die Finanzen des Reichs nichts als ein Durchgangsposten. Diese Milliarden werden durch die Staatskassen pilgern, ohne Spur zu hinterlassen. Erschrickt denn ein Bankier, dem man ein Vermögen in Verwahrung gibt? Erschrickt der Präsident der Reichsbank vor den Riesensummen, die durch sein – Tintenfaß – gehen? Ich wette, der Präsident der Reichsbank schläft ebenso gut, wie der Direktor der Bank von Helgoland. Sind denn etwa die Schulden des preußischen Staates drückender geworden, seitdem dort mit Schuldscheinen die Eisenbahnen gekauft wurden?

Gewiß, die Einwendung ist berechtigt, daß mit der Übernahme der Bodenverstaatlichungsschuld ein Risiko verbunden ist, insofern, als die Höhe der Grundpachten von schwankenden Elementen der Volkswirtschaft (Zölle, Eisenbahntarif, Löhne, Währung) bestimmt wird, während die Zinsen der Schulden, wie auch die Schuld an sich, auf dem Papier festgesetzt sind.

Das ist wahr, aber betrachten wir uns doch einmal diese schwankenden Elemente der Grundpacht vom Standpunkt derjenigen, die obige Einwendung machen, also vom Standpunkt der Grundbesitzer selber. Wie haben sich denn die Grundbesitzer bisher gegen einen Rückgang der Grundrenten gewehrt? Haben sie sich nicht immer in solchen Fällen um Hilfe an den Staat gewandt, und *die ganze Last ihrer Not auf denselben Staat abgewälzt*, den sie jetzt gegen genanntes Risiko in Schutz nehmen wollen – wobei sie natürlich zu erwähnen unterlassen, daß, wo ein Risiko ist, in der Regel auch eine entsprechende Gewinnmöglichkeit ist und daß sie selbst zwar das Risiko auf den Staat abzuwälzen pflegen, die Gewinne aber immer restlos für sich beanspruchen. Die Rolle, die der Staat dem Privatgrundbesitz gegenüber gespielt hat, ist bislang immer die eines Nietenziehers bei Lotterien gewesen. Dem Staate die Nieten – dem Grundbesitzer die Gewinne. Tatsache ist, daß, so oft auch die Grundrenten in die Höhe gingen, die Rentner doch nie den Vorschlag gemacht haben, dem Staat zurückzuerstatten, was sie in Zeiten der Not von ihm erhielten. Ursprünglich halfen sich die Grundrentner in der Regel selber. Sie verschärften die Sklaverei, die Leibeigenschaft. Als diese nicht mehr aufrechterhalten werden konnte, mußte ihnen der Staat durch Beschränkung der Freizügigkeit helfen, wodurch der Lohn unter seine, durch die Freizügigkeit nivellierte, natürliche Höhe gedrückt wurde. Als solche Mittel zu gefährlich wurden, sollte der Staat mit dem bimetallistischen Schwindel helfen, das heißt, der Staat sollte die Währung preisgeben, um durch eine unübersehbare Preistreiberei die Klasse der Grundrentner (der verschuldeten Grundbesitzer) auf Kosten anderer Bürger von der Last der Schulden zu befreien. (Dieser Satz wird denen, die in

den Währungsfragen noch vollkommene Neulinge sind, später besser verständlich sein.) Als der Versuch am Widerstand der anderer Rentnerklasse, der Zinsrentner, scheiterte, und mit der brutalen Macht das Ziel nicht erreicht werden konnte, da verlegten sich die Grundrentner aufs Betteln, Klagen, Winseln, da begründeten sie ihre Forderung nach Sperrzöllen für die landwirtschaftlichen Produkte mit der sogen. Not der Landwirtschaft. Um die Grundrenten zu retten und zu erhöhen, sollten die Volksmassen höhere Brotpreise zahlen. Immer ist es also der Staat, das Volk gewesen, das das mit dem Grundbesitz verbundene Risiko gutwillig oder zwangsweise auf sich nahm. Das Risiko, das von einer so breiten und ausschlaggebenden Volksklasse, wie die der Grundbesitzer, getragen wird, ist praktisch gleichbedeutend mit einem fiskalischen Risiko. Mit der Bodenverstaatlichung würden sich diese Verhältnisse nur insofern ändern, als nun dem Staate als Entgelt für das Risiko auch die Gewinnmöglichkeiten zufallen würden.

Übrigens liegt, volkswirtschaftlich betrachtet, im Rückgang der Grundrenten überhaupt kein Risiko; selbst der vollkommene Wegfall der Grundrenten wäre volkswirtschaftlich betrachtet kein Verlust. Dem Steuerzahler, der mit seiner Arbeit neben den Steuern heute noch die Grundrenten aufzubringen hat, kann, wenn die Grundrenten wegfielen, der Staat entsprechend mehr Steuern aufbürden. Die Steuerkraft des Volkes steht immer im umgekehrten Verhältnis zur Kraft der Rentner.

Die Unterlage für die Berechnung des Enteignungspreises des Bodens soll der erzielte oder erzielbare Pachtzins, zusammen mit dem Zinsfuß für Pfandbriefe, abgeben. Es sei der erzielte Pachtzins 1000, der Zinsfuß 4, so ist der dem Grundbesitzer zu zahlende Preis  $1000 \times 100 : 4 = 25.000$ , denn  $25.000$  zu  $4\% = 1000$ . Diese Summe, hier also  $25.000$ , erhält der Grundbesitzer in verzinslichen Staatspapieren.

Unmittelbar gewinnt und verliert also niemand durch den Rückkauf des Grundbesitzes. Der Grundbesitzer zieht aus den Staatspapieren an Zins, was er früher an Rente aus dem Grundbesitz zog, und der Staat zieht an Grundrente aus dem Grundbesitz das, was er an Zins für die Staatspapiere zahlen muß.

Der bare Gewinn für den Staat erwächst erst aus der allmählichen Tilgung der Schuld mit Hilfe der später zu besprechenden Steuern und Einnahmen aus der Geldreform.

Mit dieser Reform wird der Zinsfuß in kürzester Zeit auf den international niedrigsten Stand sinken und zwar ganz allgemein für das Geld- und Industriekapital, und bei internationaler Annahme der grundlegenden Gedanken der Geldreform wird der Zins des Kapitals allgemein bis auf Null zurückgehen.

Darum wird man auch guttun, den Inhabern der Bodenverstaatlichungsanleihen als Zins nur soviel zu versprechen, als nötig sein wird, um den Kurs dieser Papiere dauernd auf 100 (pari) zu erhalten. Denn der Kurs festverzinslicher Papiere

muß alle Schwankungen mitmachen, die der Kapitalzins erleidet. Soll daher der Kurs der Staatspapiere fest bleiben, so muß ihre Verzinsung frei bleiben. Diese muß mit dem allgemeinen Kapitalzins auf- und abgehen – nur so kann die Spekulation (Wucherspiel) von den Staatspapieren ferngehalten werden. Es wird aber im öffentlichen Interesse liegen, ein Kapital von 2–300 Milliarden vor den Raubzügen der Börsenspekulanten absolut zu sichern, zumal die Titel der Bodenverstaatlichungsanleihen vielfach in die Hände völlig unerfahrener Leute gelangen werden. (Vielleicht wird es sich zu noch besserem Schutze empfehlen, für diese Papiere eine Börsenumsatzsteuer in der Höhe der jetzigen Grundbesitzumsatzsteuern zu erheben.)

Geht also als Wirkung der mit der Bodenverstaatlichung einzuführenden Geldreform der allgemeine Kapitalzins abwärts, so wird damit auch automatisch der Zinsfuß der Bodenverstaatlichungsanleihen zurückgehen von 5 auf 4–3–2–1 und 0%

Dann werden die Finanzen der Bodenverstaatlichung folgendes Bild zeigen:

Betragen die Grundrenten jährlich	10 Milliarden,
so hat der Staat [Da es Bodenverstaatlichung heißt, so spreche ich auch hier vom Staat, worunter in Deutschland nicht ein Bundesstaat, sondern das Reich gemeint ist. Eigentlich müßte es also Bodenverreichlichung heißen, ein Ausdruck, der mißverstanden werden könnte.] bei einem Zinsfuß von 5% an Entschädigung an die Grundbesitzer	200 ”
zu bezahlen gehabt, und bei einem Zinsfuß von 4%	250 ”
Zur Verzinsung von 200 Milliarden zu 5% gehören	10 Milliarden.
Geht nun der allgemeine Kapitalzins auf 4% herab, so genügen zur Pariverzinsung der 200 Milliarden jährlich	8 ”
während die Grundrenten <i>zunächst</i> auf dem gleichen Stand bleiben von	10 ”
So kommt es im Soll und Haben der Bodenverstaatlichungsfinanzen zu einem Überschuß von jährlich	2 ”

der zur Schuldentilgung herangezogen wird und nun nicht mehr verzinst zu werden braucht, während die Grundrenten weiter in den Staatssäckel fließen. Dieser jährliche Überschuß wächst in demselben Verhältnis wie der allgemeine Kapitalzins zurückgeht und erreicht bei Null schließlich den vollen Betrag der Grundrenten, die allerdings mit dem Rückgang des Zinses ebenfalls sinken werden. (S. Abschnitt 13.)

In diesem Falle wäre die ganze, gewaltige, aus der Bodenverstaatlichung entstandene Reichsschuld restlos in weniger als 20 Jahren getilgt.

Erwähnt sei noch, daß der jetzige, außergewöhnlich hohe Zinsfuß der Kriegsanleihen, den man als Kapitalisierungsrate benutzen würde, ganz besonders günstig für die Bodenverstaatlichung wäre – denn je höher der Zinsfuß – um so kleiner das als Entschädigung an die Grundbesitzer zu zahlende Kapital.

Für je 1000 Mark Grundrente müssen an Entschädigung den Grundbesitzern gezahlt werden

bei 5% = 20.000 Mark Kapital,

bei 4% = 25.000 Mark Kapital,

bei 3% = 33.333 Mark Kapital.

Ob es wünschenswert ist, die Übergangs- oder Akklimatisationsperiode, die nach obigem Tilgungsschema den Rentnern bewilligt wird, noch mehr zu verkürzen, das mögen andere entscheiden. An Mitteln dazu wird es nicht fehlen. Die Reform unseres Geldwesens, wie sie im 2. Teil dieser Schrift vorgeschlagen wird, ist von erstaunlicher Leistungsfähigkeit. *Die Geldreform entfesselt die Volkswirtschaft, räumt mit allen Hemmungen auf, bringt die durch die modernen Produktionsmittel ins Ungeheuerliche angewachsene Produktionskraft des geschulten modernen Arbeiters zur vollen Entfaltung, ohne daß es noch zu Krisen und Arbeitseinstellungen kommen kann. Die Einnahmen des Staates, die Steuerkraft des Volkes werden ins Ungeahnte steigen. Will man also diese Kräfte zur schnelleren Tilgung der Staatsschulden heranziehen, so kann der oben angegebene Zeitraum noch sehr verkürzt werden.* (Daß mit der Geldreform 5% des gesamten Geldumlaufes (jährlich etwa 200 Millionen) dem Staate zufallen, daß außerdem der gesamte Goldbestand überflüssig wird und liquidiert werden kann, woraus dem Staate eine einmalige Einnahme von 3–4 Milliarden erwächst, sei hier auch noch nebenbei erwähnt zur Freude derjenigen, die auch den Pfennig achten.)

## 19. Der Zweck der Bodenverstaatlichung.

Der Zweck der Bodenverstaatlichung ist ebenso schwerwiegend wie vielseitig:

1. soll das Recht auf den vollen Arbeitsertrag durch die Verstaatlichung der Grundrente seiner Verwirklichung um ein gutes Stück näher gebracht werden;
2. soll die Grundrente den Privatinteressen entrückt und dadurch die Ursache beseitigt werden, warum die Verhandlungen in den Volksvertretungen überall immer mehr in Gesetzlosigkeit ausarten, dem Bürgerkrieg entgegenreiben müssen (s. die Ge-

treidezollverhandlungen im Reichstage; die Geschichte der Kanalvorlage im preußischen Landtage);

3. sollen durch die Verstaatlichung der Grundrente alle Bürger ein gleiches, persönliches Interesse an dem wirtschaftlichen Gedeihen des Landes erhalten; dem jetzigen tatsächlich vaterlandslosen Proletariat soll ein wirkliches greifbares Vaterland beschafft, der allgemeinen Wehrpflicht eine vernünftige Begründung gegeben, der Meuterei vorgebeugt werden;

4. soll jedem durch die Möglichkeit, seinen Lebensunterhalt nötigenfalls auch als Bauer durch Pachtung einer Landparzelle zu bestreiten, der Rücken gesteuert werden, sowohl bei den Verhandlungen um den Lohn oder Preis seiner Produkte, wie auch sonst in jeder Lebenslage, so daß dann kein Bürger mehr in völlige Abhängigkeit von einem anderen geraten kann. Der trotzige Stolz der freien Bauern soll dadurch zu einer allgemeinen Bürgertugend, und der jetzige widerliche Mischmasch von Fürsten, Herren und Knechten beseitigt werden.

## **20. Die Bodenverstaatlichung in der Praxis.**

Nach der Enteignung wird der Boden, entsprechend den Zwecken der Landwirtschaft, der Bauordnung und der Industrie, parzelliert und öffentlich meistbietend verpachtet, und zwar auf 1–5–10jährige oder lebenslängliche Frist, je nach dem Höchstgebot. Dabei sollen dem Pächter auch gewisse allgemeine Bürgschaften gegeben werden für die Beständigkeit der wirtschaftlichen Grundlagen der Pachtberechnung, so daß der Pächter nicht von seinem Pachtvertrag erdrückt werden kann, und zwar läßt sich das in der Weise erreichen, daß dem Pächter Mindestpreise für seine Produkte gewährleistet werden, indem die Währung einfach diesen Preisen angepaßt wird, oder daß bei einer allgemeinen Lohnerhöhung die Pacht entsprechend ermäßigt wird. Kurz, da es sich nicht darum handelt, die Bauern zu plagen, sondern eine blühende Landwirtschaft mit einem gesunden Bauernstand zu erhalten, so wird man alles tun, was nötig ist, um Bodenertrag und Pachtzins dauernd in Übereinstimmung zu bringen.

Soweit es sich um landwirtschaftliche Zwecke handelt, ist die Ausführbarkeit der Bodenverstaatlichung durch die Erfahrung nach allen Seiten schon bewiesen. Die Bodenverstaatlichung verwandelt den gesamten Grundbesitz in Staatsdomänen oder Pachthöfe, und Pachthöfe gibt es in allen Teilen des Reiches, sowohl private wie staatliche. Durch die Bodenverstaatlichung wird eine Sache verallgemeinert, die bereits „ist“, und alles, was „ist“, muß auch möglich sein.

Man hat gegen die Pachtgüter eingewendet, daß ihre Bewirtschafter eher zum Raubbau neigen, als die heutigen grund-

besitzenden Bauern, die ein persönliches Interesse an der qualitativen Erhaltung des Bodens haben. Man sagt, der Pächter sauge den Boden aus, um ihn dann aufzugeben und weiterzuziehen.

Das ist ungefähr die einzige Einwendung, die man gegen die Pächter erhebt; in allen anderen Beziehungen ist kein Unterschied zu finden zwischen Pächter und Grundbesitzer, wenigstens so weit es sich um die Interessen des Landbaues handelt. Denn beide verfolgen dasselbe Ziel: mit der geringsten Mühe die höchsten Barerträge zu erzielen.

Daß übrigens der Raubbau keine Eigentümlichkeit des Pächters ist, kann man in Amerika sehen, wo die Weizenfarmer den eigenen Boden bis zur Erschöpfung aussaugen. Durch ihre Besitzer ausgesaugten Weizenfarmen kann man zu hunderterten für geringes Geld kaufen. In Preußen sollen sogar die Staatsdomänen als Musterwirtschaften betrieben werden. Und es sind doch auch nur Pächter.

Jedoch auch den Raubbau durch die Pächter kann man sehr leicht verhindern, indem man:

1. dem Pächter den Hof lebenslänglich durch den Pachtvertrag sichert;
2. durch gewisse Vertragsbestimmungen den Raubbau unmöglich macht.

Wenn der Raubbau eine Eigentümlichkeit der Pachthöfe ist, so trifft die Schuld regelmäßig den Besitzer, der dem Pächter den Raubbau gestattet, um sich selbst für einige Jahre wenigstens in den Genuß eines entsprechend höheren Pachtzinses zu setzen. In diesem Falle treibt nicht der Pächter, sondern der Grundbesitzer den Raubbau. Oft auch wünscht der Grundbesitzer nicht durch langjährige Kontrakte sich die Gelegenheit für einen günstigen Verkauf zu nehmen, und läßt sich darum nur auf kurzfristige Pachtverträge ein. Für solche findet er aber naturgemäß keinen Pächter, der eine auf Verbesserung gerichtete Bodenbehandlung im Auge hat. Die Schuld am Raubbau trifft darum auch in diesem Falle nicht das System der Landpachtung, sondern das des Grundbesitzes.

Wünscht der Grundbesitzer den Raubbau nicht, so braucht er das im Pachtvertrag nur zu bemerken. Ist der Pächter kontraktlich verpflichtet, die geernteten Futterstoffe selbst zu verfüttern und entsprechend viel Vieh zu halten, kann der Pächter Heu, Stroh und Mist nicht verkaufen, so ist der Boden allein dadurch schon vor Raubbau geschützt.

Wenn man zudem dem Pächter durch den Pachtvertrag die volle Sicherheit gibt, daß er den Hof, wenn er es wünscht, auf Lebenszeit bewirtschaften kann, hat man dem Pächter ein Vorpachtsrecht für seine Witwe oder Kinder eingeräumt, so ist Raubbau nicht mehr zu befürchten es sei denn, daß der Pachtzins zu hoch bemessen ist, und daß der Bauer kein Interesse an der Fortdauer seines Vertrages hat. Für diesen Fall wäre aber



obige Pachtklausel zur Verhinderung des Raubbaues genügend. Diese läßt sich auch allen Kulturen in der Weise anpassen daß dem Pächter, dessen Boden sich nicht für die Viehhaltung, aber wohl für Getreidebau eignet, die Verpflichtung auferlegt wird, dem Boden in Form künstlicher Dünger die Nährsalze wieder zuzuführen, die er durch den Verkauf von Getreide dem Boden entzieht.

Und im übrigen mag noch hier erwähnt werden, daß seit Entdeckung der künstlichen Dünger der Raubbau nicht mehr die Bedeutung hat, wie damals, als man nur die Brache kannte, als Mittel, um den ausgeraubten Boden wieder allmählich fruchtbar zu machen. Damals gehörte ein ganzes Menschenalter dazu, um ein erschöpftes Feld wieder instand zu setzen. Heute erreicht man dasselbe mit künstlichen Düngern im Handumdrehen.

Wenn man als abschreckendes Beispiel auf die Pächterwirtschaft in Irland hinweist, so muß hier an die grundverschiedenen Verhältnisse erinnert werden, die die Bodenverstaatlichung dadurch schafft, daß die Grundrenten unter der Bodenverstaatlichung nicht mehr in die Privattaschen wandern, sondern in die Staatskasse, um von dort zurück in irgendeiner Form (Steuererlaß, Mutterschutz, Witwenpensionen usw.) dem Volke wieder zugute zu kommen. Wenn all das Geld, welches die englischen Landlords jahraus, jahrein seit 300 Jahren in Form von Pacht Irland entzogen haben, um es zu verprassen, dem irischen Volke erhalten geblieben wäre, so sähe es sicher anders aus in Irland.

Andere Beispiele, wie das russische „Mir“ und die deutschen Gemeindewiesen, werden angeführt als abschreckende Beispiele der Pachtung, aber hier bestehen der Bodenverstaatlichung gegenüber ebenso wesentliche Unterschiede, wie beim irischen Beispiel. Beim „Mir“ wird regelmäßig alle paar Jahre, so wie durch Tod und Geburt die Zahl der Gemeindeglieder sich verändert hat, das Land neu verteilt, so daß niemand längere Zeit im Besitze desselben Grundstückes bleibt. Alles, was daher der Bauer tun würde, um den Boden zu verbessern, käme wohl dem „Mir“, aber nicht dem Bauer ausschließlich zugute. Dieses System führt also notwendigerweise zum Raubbau, zur Verwahrlosung, zur Verarmung von Boden und Volk. – Der „Mir“ ist eben weder Kommunismus noch Individualismus, er hat die Nachteile beider Systeme ohne ihre Vorteile. Wenn die russischen Bauern den Boden kommunistisch nach dem Vorbilde der Mennoniten bebauten, so würde das gemeinsame Interesse sie alles tun lehren, was der Grundbesitzer sonst für die Verbesserung des Bodens zu tun pflegt. Lehnen sie jedoch solchen Kommunismus ab, so müssen sie auch die Folgerungen ziehen und alle Vorbedingungen für die volle Entfaltung des Individualismus erfüllen.

Ganz das gleiche haben wir in vielen deutschen Gemeindewiesen, und wenn diese allgemein wegen ihres schlechten Zustandes verschrien sind, so liegt das immer nur an der Kurz-

fristigkeit der Pachtverträge, die nur Raubbau zuläßt. [Gemeng von Thommen, wu di heischisch Lüt (Bettler) herkommen. Diese Gemeinde in der Eifel hat besonders viel Gemeindegeland.] Es sieht hier fast so aus, als ob die Gemeinderäte absichtlich das Gemeindegelände in Mißkredit bringen wollten, um so eine Aufteilung herbeizuführen, wie sie das ja schon früher mit dem gleichen Mittel erreicht haben. Wäre dieser Verdacht begründet, so müßte man den schlechten Zustand der Gemeindegelände wieder auf das System des Privatgrundbesitzes zurückführen, denn nur die Hoffnung, den Gemeindegelände aufzuteilen, hätte dessen Vernachlässigung verursacht. Wenn man den Vorschlag einer Aufteilung der Gemeindegelände als Hochverrat ahndete und die Wiesen als unveräußerliches Eigentum der Gemeinden erklärte, so würde diesem Übelstand gleich abgeholfen sein.

Der Pächter muß vor allen Dingen die Sicherheit haben, daß alles, was er an Geld und Arbeit für die Verbesserung des Bodens aufwendet, auch ihm, unmittelbar ihm selbst, zugute kommt, und auf diese Sicherheit muß darum der Pachtvertrag zugespißt sein. Das ist sehr leicht durchzuführen.

Übrigens lassen sich die wichtigsten Arbeiten, die zur Verbesserung des Bodens verrichtet werden, gar nicht vom Einzelbesitzer und unter Aufrechterhaltung des Prinzips des Privatgrundbesitzes durchführen. Wie will z. B. ein Privatmann eine Straße querfeldein durch das Besitztum seines ihm vielleicht feindlich gesinnten Nachbarn nach seinem Acker bauen? Wie soll man quer durch das Eigentum von 1000 Privatleuten eine Eisenbahn, einen Kanal bauen? Hier versagt der Grundsatz der Teilung und des Privatgrundbesitzes so vollständig, daß man ihn jedesmal gesetzlich durch Enteignung aufheben muß. Die Deiche zum Schutze gegen Hochwasser entlang der Küste und den Flüssen, die kann kein Privatmann bauen. Dasselbe ist der Fall bei Entwässerung sumpfigen Bodens, wo man meistens keine Rücksicht auf Marksteine nehmen kann, sondern die Anlage dem Gelände und nicht den Eigentumsverhältnissen anpassen muß. In der Schweiz hat man durch Ablenkung der Aar in den Bieler See 30.000 ha Land trocken gelegt, und an dieser Arbeit waren vier Kantone beteiligt. Der Privatgrundbesitzer hätte hier schlechthin nichts tun können. Sogar der Kantonalbesitz versagte in diesem Falle. Bei der Korrektur des Oberrheins versagte auch noch der Bundesbesitz. Die Sache konnte nur international mit Österreich getan werden. Wie will der Privatgrundbesitzer am Nil sich das Bewässerungswasser verschaffen? Will man das Prinzip des Privatgrundbesitzes auf Waldungen ausdehnen, von denen das Klima, die Wasserverhältnisse, die Schifffahrt, die Gesundheit des ganzen Volkes abhängen? Selbst die Sorge um die Verproviantierung des Volkes kann man dem Privatgrundbesitzer nicht in Ruhe überlassen. In Schottland z. B. haben unter dem Schutz der Grundbesitzerrechte einige Lords eine ganze Provinz entvölkert, die Dörfer mitsamt den Kirchen niedergebrannt, um das

Ganze in einen Jagdpark zu verwandeln. Dasselbe können auch in Deutschland Großgrundbesitzer tun, dieselben, die angeblich die Sorge um die Ernährung des Volkes veranlaßt hat, Zölle für die Verteuerung des Brotes zu fordern. Die Interessen der Jagd, der Fischerei, des Vogelschutzes, sind mit den reinen Grundsätzen des Privatgrundbesitzes unverträglich. Und was bei Bekämpfung von Landplagen, wie z. B. Maikäfer oder Heuschrecken der Privatgrundbesitz leistet, das hat man am besten in Argentinien gesehen. Dort begnügte sich jeder Grundbesitzer damit, die Heuschrecken von seinem Felde auf das des lieben Nachbarn zu treiben – mit dem Erfolg, daß sich die Tiere ins Unendliche vermehrten und drei Jahre hintereinander die Weizenernte völlig vernichteten. Erst als der Staat unter Nichtachtung des Privatgrundbesitzes eingriff und die Heuschrecken vernichten ließ, wo man sie traf, da verschwanden die Heuschrecken. Ähnlich verhält es sich in Deutschland mit allen Landplagen. Was will der einzelne Weinbergsbesitzer z. B. gegenüber der Reblausplage?

Der Privatgrundbesitz versagt eben überall dort, wo der Privatmann, der Eigennutz versagt, und das trifft in den weitaus meisten Fällen zu, wo es sich um Verbesserungen oder den Schutz des Bodens handelt. Ja, wenn man den Aussagen der Agrarier Glauben schenken wollte, müßte man den Privatgrundbesitz überhaupt und allgemein als bankrott erklären, denn die sogen. Not der Landwirtschaft (sprich: Not der Grundrentner) läßt sich ja angeblich nicht anders als durch den gewaltsamen Eingriff des Staates, durch Zölle beseitigen. Was könnte nun der Privatmann, als solcher, zur Hebung solcher Not tun?

Der Privatgrundbesitz führt durch das Erbrecht mit Notwendigkeit zur Parzellierung oder zur hypothekarischen Verschuldung. Ausnahmen kommen nur beim „fils unique“ vor.

Die Parzellierung führt zu den Zwergwirtschaften, die die allgemeine Bettelei zur Folge haben, und die hypothekarische Belastung bringt den Grundbesitzer in so enge Berührung mit der Währung, dem Zins, dem Lohne, den Frachttarifen, den Zöllen, daß wahrhaftig heute schon kaum vom Privatgrundbesitz noch mehr als der Name übrigbleibt. Nicht mehr Privatgrundbesitz, sondern Grundbesitzpolitik haben wir heute. –

Nehmen wir an, die Preise der Produkte gingen infolge einer der herkömmlichen Puschereien im Währungswesen stark abwärts, wie das schon einmal durch die Einführung der Goldwährung erreicht worden ist. Wie will da der Bauer den Zins für seine Hypothek auftreiben? Und wenn er den Zins nicht bezahlt, wo bleibt sein Eigentum? Wie will er sich schützen anders als durch seinen Einfluß auf die Gesetzgebung, die ihm gestattet, die Währung und dadurch auch die Last seiner Hypothek nach Wunsch zu gestalten? Und wenn der Zinsfuß steigt, wie will er sich auch da wieder des Hammerschlags des Auktionators erwehren?

*Der Grundbesitzer muß sich eben an die Gesetzgebung klammern; er muß Politik treiben, die Zölle, die Währung, die Bahntarife beherrschen, sonst ist er verloren.* Ja, was wäre der Grundbesitzer ohne das Heer? Der Proletarier wirft, falls ihm die Fremdherrschaft der Gelben noch unangenehmer als die der Blauen ist, sein Handwerkszeug in die Ecke und wandert mit Frau, Kindern und einem Bündel Windeln aus. Das kann auch der Grundbesitzer – wenn er den Grundbesitz im Stiche läßt.

Also der Privatgrundbesitz bedarf zu seiner Existenz der Politik, schon weil er an sich bereits ein Produkt der Politik ist. Man kann sagen, daß der Privatgrundbesitz die Politik verkörpert; daß Politik und Privatgrundbesitz eins sind. Ohne Politik kein Privatgrundbesitz und ohne Privatgrundbesitz keine Politik. Mit der Bodenverstaatlichung ist die Politik im wesentlichen erschöpft und erledigt.

Mit der Bodenverstaatlichung verliert die Landwirtschaft jede Beziehung zur Politik. Wie heute schon die Pächter als solche kein unmittelbares Interesse haben an der Währung, an den Zöllen, an den Löhnen, dem Zins, an den Tarifen, an den Landplagen, an den Kanalbauten, kurz, an der hohen, gar so niedrigen Politik, weil in den Pachtbedingungen der Einfluß all dieser Umstände schon verrechnet wird; so wird auch mit der Bodenverstaatlichung der Bauer kühl bis ans Herz hinan den Unterhandlungen im Reichstage folgen. Er weiß, daß jede politische Maßnahme, die die Grundrente beeinflusst, in den Pachtbedingungen sich widerspiegeln wird. Erhebt man Zölle, um die „Landwirtschaft“ zu schützen, so weiß auch der Bauer, daß man ihm diesen Schutz in einem erhöhten Pachtzins ankreiden wird – folglich ist ihm der Zoll gleichgültig.

Unter der Bodenverstaatlichung kann man, ohne Privatinteressen zu berühren, die Preise der Feldfrüchte so hoch treiben, daß es sich noch lohnen wird, jede Sanddüne, Geröllhalde usw. zu bebauen, ja selbst den Kornbau in Blumentöpfen könnte man rechnerisch möglich machen, ohne daß die Bebauer fruchtbaren Landes einen Privatvorteil aus den hohen Preisen ziehen würden. Denn der Pachtzins würde der steigenden Grundrente auf dem Fuße folgen. Den Patrioten, die in Sorge sind um die Verproviantierung des Landes im Kriegsfall, empfehle ich das Studium dieser hochinteressanten Begleiterscheinung der Bodenverstaatlichung. – Mit einem Zehntel von dem Geld, das den Grundrentnern durch die Kornzölle geschenkt wurde, hätte man alles in Deutschland vorhandene Moor-, Heide- und Ödland in Kulturboden verwandeln können.

Die Höhe der Eisenbahntarife, überhaupt die Frachtkosten, die Kanal- und Eisenbahnpolitik, berühren den Pächter nicht unmittelbarer als jeden anderen Bürger; würde ihm die Politik besondere Vorteile auf der einen Seite einbringen, so würde die Erhöhung der Grundpacht ihm von der anderen Seite diese Vorteile wieder in eitel Dunst verwandeln.

Kurz, die Politik ist mit der Bodenverstaatlichung dem Landwirt persönlich gleichgültig geworden; das Gemeinwohl allein interessiert ihn noch an der Gesetzgebung; er betreibt objektive statt subjektiver Politik. Objektive Politik ist aber angewandte Wissenschaft, keine Politik mehr.

Man könnte hier einwenden, daß, wenn die Pächter sich langjährige oder lebenslängliche Pachtverträge sichern können, das Privatinteresse an der Politik doch noch lebhaft genug bleibe, um wie bisher das Gemeinwohl in der Gesetzgebung erst in zweiter Linie zur Sprache kommen zu lassen.

Der Einwand ist richtig, aber wenn dies als Übelstand empfunden wird, um wieviel mehr trifft dieser Vorwurf den heutigen Privatgrundbesitz, der es gestattet, den Profit aus den Gesetzen im Verkaufspreis des Bodens gleich in bar einzukassieren, wie man das an den durch Zölle hochgetriebenen Bodenpreisen sehen kann. Jedoch läßt sich mit der Bodenverstaatlichung auch diesem letzten Rückhalt der Politik der Boden entziehen, und zwar in der Weise, daß der Staat bei lebenslänglichen Verträgen sich das Recht vorbehält, die Pacht von Zeit zu Zeit neu von staatswegen einschätzen zu lassen, wie das ja auch mit der Grundsteuer geschieht. (Bei befristeten Pachtverträgen soll das Pachtgeld vom Pächter selber auf dem Wege der öffentlichen Pachtauktion eingeschätzt werden.) Weiß dann der Pächter, daß alle Vorteile, die er von der Politik erwartet, vom Steueramte wieder konfisziert werden, so macht er gar nicht mehr den Versuch, die Grundrente durch Gesetze zu beeinflussen.

Wenn wir alle die hier besprochenen Umstände berücksichtigen, so würde für einen Pachtvertrag unter der Bodenverstaatlichung ungefähr folgendes Schema zustande kommen:

### *Anzeige!*

Die hier unter dem Namen „Lindenhof“ bekannte Bauernwirtschaft wird zur öffentlichen Pachtauktion ausgeschrieben. Die Verpachtung erfolgt am Martinstag öffentlich und meistbietend.

Der Hof ist auf die Arbeitskraft eines Mannes berechnet; Haus und Stallungen sind in gutem Zustand. Bisherige Pacht 500 Mark. Der Boden ist 5. Güte; das Klima nur für ganz gesunde Naturen.

### *Bedingungen.*

Der *Pächter* hat sich kontraktlich für die Erfüllung folgender Bedingungen zu verpflichten:

1. Der Pächter darf keine Futterstoffe verkaufen; er muß so viel Vieh halten, wie nötig, um die gesamte Ernte in Heu und Stroh selber zu verfüttern. Der Verkauf des Stallmistes ist untersagt.

2. Der Pächter ist verpflichtet, die durch den Getreideverkauf dem Boden entzogenen Nährsalze diesem in Form künstlicher Düngemittel wieder zuzuführen, und zwar für jede Tonne Getreide 100 kg Thomasschlacke oder deren Äquivalent.

3. Die Baulichkeiten in gutem Zustande zu erhalten.

4. Die Pachtsumme im voraus zu entrichten oder einen Bürgen zu stellen.

Die *Staatsverwaltung* verpflichtet sich ihrerseits dem Pächter gegenüber:

1. Dem Pächter, so lange er seine Verpflichtungen erfüllt, den Hof nicht zu kündigen.

Der Witwe und direkten Erben des Pächters ein Pachtvorrecht in Form eines Nachlasses von 10% auf das in der Pachtauktion erzielte Höchstgebot einzuräumen.

3. Den Kontrakt auf Verlangen des Pächters jederzeit gegen eine von diesem zu zahlende Entschädigung von einem Drittel der jährlichen Pachtsumme zu lösen.

5. Die Eisenbahntarife für Getreide während der Dauer des Pachtvertrages nicht zu verändern.

6. Eine genaue Lohnstatistik zu führen und bei steigenden Löhnen die Pachtsumme entsprechend zu ermäßigen, dafür aber bei fallenden Löhnen den Pachtzins zu erhöhen. (Bei lebenslänglichen Pachtverträgen.)

7. Etwa notwendig werdende Neubauten gegen eine den Zins des Kapitals ausgleichende Pachterhöhung herrichten zu lassen.

8. Den Pächter ohne weitere Zahlung von Prämien gegen Unfall und Krankheit, gegen Hagel, Überschwemmung, Viehseuchen, Feuer, Rebläuse und sonstige Landplagen zu versichern.

Die für den Nachweis der Ausführbarkeit der Bodenverstaatlichung entscheidende Frage ist nun die: Wird man zu obigen Bedingungen überhaupt Pächter finden? Nehmen wir an, es meldeten sich nur wenige, und der Wettbewerb der Interessenten wäre dementsprechend bei der Pachtauktion nur schwach – was wäre die Folge? Der Pachtzins wäre niedrig, er entspräche nicht der zu erwartenden Grundrente, und die Pächter würden entsprechend größere Gewinne erzielen! Ganz recht, aber muß dieser größere Gewinn nicht anspornend auf alle diejenigen zurückwirken, die sich gerne dem Ackerbau widmen möchten, aber zaghaft zurückhielten, weil sie die neuen Verhältnisse nicht zu übersehen vermochten und darum erst die Erfahrung sprechen lassen wollten?

Es unterliegt darum keinem Zweifel, daß der Zudrang zu den Pachtauktionen schon nach kurzer Erfahrungszeit den Pachtzins auf die Höhe der wirklich erzielbaren Grundrente hinauftreiben würde, und dies um so sicherer, als das Risiko der Pacht unter den neuen Verhältnissen gleich Null wäre, der Reinertrag der Pachtung nie unter den Durchschnittslohn fallen könnte. Dem Bauer wäre der Durchschnittslohn für seine persönliche Arbeit unter allen Umständen gesichert, und er hätte

obendrein den Vorteil der Freiheit, Unabhängigkeit und Freizügigkeit.

Es sei nur noch bemerkt, daß nach Einführung der Bodenverstaatlichung in jeder Ortschaft ein Bauer wird angestellt werden müssen, der für die Erfüllung der Pachtkontrakte zu sorgen hat. Dann wird man jährlich in jeder Provinz (Kreis, Regierungsbezirk) einen illustrierten Katalog über die zur Pachtauktion gelangenden Höfe ausarbeiten, der alles enthalten wird, was gewöhnlich die Pächter wissen müssen über Umfang und Lage des Hofes, Kulturen, Produktpreise, Gebäude, bisherigen Pachtzins, Schulverhältnisse, Klima, Jagd, Gesellschaft usw. Kurz, da es nicht Zweck der Bodenverstaatlichung ist, die Bauern zu über-vorteilen und zu plagen, so wird man nichts unterlassen, um die Pächter sowohl über alle Vorteile, wie auch über alle Nachteile des Hofes zu unterrichten – was seitens der Privatgrundeigentümer heute niemals geschieht. Diese zählen immer nur alle Vorteile auf; über die oft versteckten Mängel, wie z. B. Feuchtigkeit der Wohnung, Nachtfrost usw., muß sich der Pächter, so gut es geht, unter der Hand zu erkundigen suchen.

Mit dem Gesagten glaube ich, das Verhältnis der Bodenverstaatlichung zur Landwirtschaft genügend klargelegt zu haben, um jeden instand zu setzen, sich in die neuen Verhältnisse, die die Bodenverstaatlichung auf dem Lande schafft, hinein zu finden. Summarisch aufgezählt, würde die Bodenverstaatlichung auf dem Lande folgende Wirkungen haben: Keine Privatgrundrenten, folglich auch keine „Not der Landwirtschaft“, keine Zölle und keine Politik mehr. Kein Privatgrundbesitz, daher auch keine Hypotheken, keine Teilung, Erbschaft, Abfindungen. Keine Grundherren, keine Knechte. Allgemeine Ebenbürtigkeit. Kein Grundbesitz – folglich absolute Freizügigkeit mit ihren wohlthätigen Folgen für Gesundheit, Charakter, Religion und Bildung, Glück und Lebensfreude.

Beim Bergbau läßt sich die Bodenverstaatlichung womöglich noch leichter durchführen als im Ackerbau, da man hier von der Pachtung absehen und die Förderung der Bergprodukte einfach in Verding (Akkord, Submission) geben kann. Der Staat gibt den Abbau an einen Unternehmer oder an Arbeitergenossenschaften in Akkord; er bezahlt für jede Tonne einen nach dem System der Mindestforderung vereinbarten Lohn oder Preis und verkauft seinerseits die Produkte meistbietend in Auktion. Der Unterschied zwischen beiden Preisen fließt als Grundrente in die Staatskasse.

Dieses höchst einfache System kann ohne weiteres angewendet werden, überall, wo keine maschinellen Einrichtungen dauernder Art nötig sind – also z. B. in den Torflagern, Braunkohlengruben, Kies-, Lehm- und Sandgruben, Steinbrüchen, Petrolfeldern usw. Es ist dasselbe System, das heute schon ganz allgemein in den Staatsforsten eingeführt ist und sich dort in jahrhundertelanger Praxis bewährt hat. Die Forstverwaltung akkordiert mit den Arbeitern in öffentlichem Verding den zu

zahlenden Lohn für den Festmeter und zwar erhält der Mindestfordernde den Zuschlag; dann wird das von den Arbeitern gefällte und in Haufen bestimmter Größe geschichtete Holz öffentlich meistbietend verkauft. Betrug ist so gut wie ausgeschlossen, da, sobald das Maß nicht richtig ist, die Käufer Klage erheben. So wäre es auch im Bergbau. Die Käufer würden selbst die Arbeit in der Grube kontrollieren. Für die Arbeiter wäre es ein Leichtes, sich zu gemeinsamer Arbeit ohne Unternehmer zu vereinigen (was sie allerdings heute noch lernen müßten), da kein nennenswertes Kapital hier nötig ist. Die Grube gehört dem Staat; die Arbeiter brauchen also nur ihr Handwerkszeug.

In den Kohlengruben, wie überall im Tiefbau, wird die Sache durch die Maschinenanlage kompliziert, doch es lassen sich verschiedene Wege einschlagen, die alle gangbar sind:

1. Der Staat liefert die Maschinenanlage; er versichert die Arbeiter gegen Tod und Invalidität und verfährt im übrigen wie oben, d. h., er gibt die Förderung an einzelne Arbeiter in Verding (Akkord). Dieses System ist bei den Privat- und Staatsbergwerken heute allgemein im Gebrauch.

2. Der Staat liefert wie oben die Maschinenanlage und gibt den ganzen Betrieb in Akkord an Arbeitergenossenschaften. Dieses System ist, so viel ich weiß, nicht in Anwendung. Seine Anwendung hätte für kommunistisch gesinnte Arbeiter Vorteile, weil die Arbeiter so lernen würden, sich selbst zu regieren.

3. Der Staat überläßt den Arbeitergenossenschaften den ganzen Bergbau mit- samt der Maschinenanlage. Er bezahlt der Arbeitergenossenschaft einen in öffentlichem Verding akkordierten Preis für die geförderten Produkte und verkauft wie bei 1 und 2 die Produkte wieder meistbietend in öffentlicher Auktion.

Ein viertes System, wonach den Arbeitern auch noch der Verkauf überlassen wird, würde sich nicht empfehlen, weil der Verkaufspreis von zu vielen Umständen beeinflußt wird.

Für ganz große Bergwerke mit Tausenden von Arbeitern würde sich System 1 wohl am besten eignen, für mittlere Betriebe System 2 und für ganz kleine Betriebe System 3.

Der Unterschied zwischen Erlös und Förderkosten würde wieder als Grundrente in die Staatskasse wandern.

Für den Verkauf der Produkte sind zwei Systeme zu verfolgen:

1. Fester Preis, jahraus, jahrein, für alle Produkte, bei denen die Natur der Verhältnisse eine unbeschränkte Förderung zuläßt, so daß man die Gewißheit hat, daß auch die Nachfrage, die sich zu dem festen Preis einstellt, stets befriedigt werden kann. Gleichmäßige Qualität der Produkte ist für dieses System Voraussetzung.

2. Öffentliche Auktion; überall dort, wo die Produkte von ungleichmäßiger Beschaffenheit sind und wo die Produktion sich nicht jeder beliebigen oder möglichen Nachfrage anpassen läßt.



Würde man die Produkte zu festen Preisen verkaufen, und wäre man dabei nicht in der Lage, jedes gewünschte Quantum zu liefern, so würden sich Spekulant $\ddot{u}$ n die Sache zunutze machen. Ist die Qualit $\ddot{a}$ t verschieden, so kann nur die  $\ddot{o}$ ffentliche Auktion Beschwerden vermeiden.

Ein Bodenprodukt eigent $\ddot{u}$ mlicher Art bilden die Wasserkr $\ddot{a}$ fte, die in vielen Gegenden schon jetzt eine gro $\ddot{u}$ ße Rolle spielen und deren Bedeutung mit den Fortschritten der Technik nur wachsen kann. F $\ddot{u}$ r gr $\ddot{o}$ ßere Kraftwerke, die der Stadt Licht und Kraft f $\ddot{u}$ r die Stra $\ddot{u}$ ßenbahnen liefern, w $\ddot{a}$ re die Verstaatlichung wohl das Einfachste, besonders, weil der ganze Betrieb solcher Werke seiner Einfachheit wegen sich dazu eignet. Bei kleinen Wasserkr $\ddot{a}$ ften, die unmittelbar an Industrien angeschlossen sind, wie M $\ddot{u}$ hlen und S $\ddot{a}$ gereien, w $\ddot{a}$ re der Verkauf der Kraft zu einem einheitlichen, mit den Kohlenpreisen parallel laufenden Preise angezeigt.

Etwas mehr Schwierigkeit bietet die Bodenverstaatlichung in der Stadt, vorausgesetzt, da $\ddot{u}$ ß man einerseits keine Willk $\ddot{u}$ r $\ddot{u}$ berschaft betreiben, andererseits dem Staate die volle Rente sichern will. Kommt es nicht genau darauf an, so ist das System der Pacht, wie es f $\ddot{u}$ r den gr $\ddot{o}$ ßeren Teil der Stadt London in Anwendung ist, ausreichend. Nach diesem System ist dem P $\ddot{a}$ chter der Boden zu beliebiger Ausnutzung f $\ddot{u}$ r eine lange Frist (50 bis 70 – in London 99 Jahre) gegen einen j $\ddot{a}$ hrlichen, *im voraus f $\ddot{u}$ r die ganze Pachtzeit bestimmten Zins* gesichert. Die Rechte des P $\ddot{a}$ chters sind ver $\ddot{a}$ ußerlich und erblich, so da $\ddot{u}$ ß auch die auf dem Boden errichteten H $\ddot{a}$ user verk $\ddot{a}$ uflich sind. Geht nun im Laufe der Zeit (und in 100 Jahren kann sich manches  $\ddot{a}$ ndern) die Grundrente herauf, so hat der P $\ddot{a}$ chter den Gewinn (der, wie das in London der Fall ist, sehr gro $\ddot{u}$ ß sein kann); geht die Grundrente herunter, so hat der P $\ddot{a}$ chter den Verlust zu tragen (der ebenfalls sehr gro $\ddot{u}$ ß sein kann). Da die auf dem Boden errichteten H $\ddot{a}$ user gleichzeitig als Pfandobjekt f $\ddot{u}$ r die richtige Bezahlung des Pachtzinses dienen, so kann der P $\ddot{a}$ chter dem Verluste nicht entinnen; der volle Mietertrag der H $\ddot{a}$ user dient dem Grundbesitzer als Sicherheit.

Wie wir aber an der Geschichte Babylons, Roms, Venedigs ersehen, ist die Geschichte der St $\ddot{a}$ dte sehr wechselvoll, und es geh $\ddot{o}$ rt oft nicht viel dazu, um einer Stadt den Lebensnerv abzuschneiden. Die Entdeckung des Seeweges nach Indien brachte Venedig, Genua, N $\ddot{u}$ rnberg zu Fall, und lenkte den Verkehr nach Lissabon; mit der Er $\ddot{o}$ ffnung des Suezkanals ist Genua wieder neu erstanden.  $\dd{A}$ hnlich wird es wohl auch Konstantinopel mit der Er $\ddot{o}$ ffnung der Bagdadbahn ergehen.

Auch das mu $\ddot{u}$ ß hier wieder ber $\ddot{u}$ cksichtigt werden, da $\ddot{u}$ ß unsere heutigen W $\ddot{a}$ hrungsgesetze niemandem eine Gew $\ddot{a}$ hr daf $\ddot{u}$ r geben, da $\ddot{u}$ ß nicht morgen auf Betreiben der Interessenten eine *à la baisse* gerichtete W $\ddot{a}$ hrungspolitik getrieben wird, wie das ja schon einmal 1871 geschehen ist, wo man dem Silber das Pr $\ddot{a}$ gerecht

entzog. Die Möglichkeit ist also heute gesetzlich nicht ausgeschlossen, daß morgen auf Wunsch derselben Leute wie damals, auch dem Golde das freie Prägerecht entzogen wird und dann das Angebot von Gold so beschränkt wird, daß alle Preise um 50% fallen und das Vermögen der Privat- und Staatsgläubiger um 100% auf Kosten der Schuldner vermehrt wird. In Österreich hat man das mit dem Papiergeld, in Indien mit dem Silbergeld getan, warum sollte man dasselbe Kunststück nicht auch wieder einmal mit dem Golde versuchen?

Also irgend eine Gewähr dafür, daß die Grundrenten die der Pachtung zugrunde gelegte Höhe während der ganzen Pachtzeit beibehalten werden, ist nicht vorhanden. Durch den Einfluß der Politik und tausendfältiger wirtschaftlicher Umstände, wozu noch die Wahrscheinlichkeit tritt, daß die jetzige Landflucht mit der Bodenverstaatlichung sich in eine Stadtfucht verwandelt, wird in jede langfristige Pachtung ein erhebliches Risiko getragen, und dieses Risiko muß der Verpachtete, hier also der Staat, in Form eines erheblich reduzierten Pachtzinses bezahlen.

Dann ist auch die Frage zu beantworten, was nach Ablauf der Pacht aus den Gebäuden wird. Fallen dem Staate vertragsmäßig die Gebäude unentgeltlich zu, dann wird vom Pächter der Bau von vornherein auf eine die Pachtzeit nicht übersteigende Dauerhaftigkeit berechnet, so daß der Staat in den meisten Fällen die Gebäude auf Abbruch verkaufen müssen. Es hat ja auch Vorteile, wenn die Häuser nicht für die Ewigkeit gebaut werden, denn bei jedem Umbau können die Fortschritte der Bautechnik berücksichtigt werden, aber die Nachteile überwiegen doch stark, wie das bei den französischen Eisenbahnen der Fall ist. Dort ist auch das Eisenbahngelände vom Staate an Privatgesellschaften auf 99 Jahre verpachtet worden mit der Bedingung, daß nach Ablauf des Vertrages das ganze kostenlos an den Staat zurückfallen soll. Aber auf diesen Umstand sind nun alle Bahnbauten, wie auch die Reparaturen, zugespielt. Man will dem Staate nicht mehr als gerade nötig überlassen, sozusagen einen Greis in den letzten Zügen, altes, verbrauchtes, ausgeleiertes Gerümpel, eine Ruine. Und so kommt es, daß infolge dieses leichtsinnigen Vertrages die französischen Eisenbahnen allgemein einen verwahrlosten Eindruck machen – und das jetzt schon, lange vor Ablauf des Vertragstermins. Ähnlich würde es sicherlich auch ergehen, wenn die Baustellen unter der Bedingung verpachtet würden, daß nach Ablauf des Vertrages die Gebäude dem Staate zufallen.

Besser schon wäre die Bedingung, daß die Gebäude abgeschätzt und vom Staate bezahlt würden. Aber wie soll die Abschätzung erfolgen? Diese kann von zwei Gesichtspunkten aus geschehen:

1. nach der wirtschaftlichen Brauchbarkeit (Bauplan, Anlage);
2. nach den Baukosten.

Will man ohne Rücksicht auf Brauchbarkeit die Entschädigung einfach nach den Baukosten und dem baulichen Zustand berechnen, so würde der Staat manches nutzlose, verpfuschte Gebäude teuer bezahlen müssen, um dasselbe abreißen zu lassen. Die Baumeister würden unüberlegte, leichtsinnige Pläne entwerfen, wohl wissend, daß, wie auch der Bau sich bewährt, der Staat die Kosten zahlen wird. Jedoch, wenn man von den Baukosten absieht, und andere Elemente bei der Abschätzung zuläßt, so müßten auch die Baupläne dem Staate zur Genehmigung vorgelegt werden. Das führt jedoch wieder zum Bürokratismus, zur Bevormundung, zur Schablone. Darum scheint mir das System am vorteilhaftesten, wonach die Baustellen auf *unbeschränkte Zeit* in Pacht gegeben werden, und zwar nicht zu einer für alle Ewigkeit im voraus berechneten Pacht, sondern zu einer in regelmäßigen Abständen von 3–5–10 Jahren von Staatswegen vorgenommenen Grundrentenschätzung. So wäre das Risiko der Bauunternehmer in bezug auf den Pachtertrag gleich Null, und der Staat würde die volle Rente einheimsen, ohne sich um die Gebäude weiter kümmern zu müssen. Die ganze Sorge um die beste Ausnutzung des Baugeländes würde auf denen ruhen, die es angeht, auf den Bauunternehmern. Auf mathematische Genauigkeit bei der Schätzung der Grundrente und des Pachtzinses kann man natürlich nicht rechnen. Man würde jedoch den Pachtzins immer so berechnen können, daß der Unternehmer das Interesse an der Sache nicht verliert und der Staat auch nicht zu kurz kommt.

Für die Ermittlung der Grundrente in den verschiedenen Stadtteilen wäre es angezeigt, wenn der Staat in jedem Stadtviertel ein Mietshaus für eigene Rechnung errichtete, nach einem auf den höchsten Mietsbetrag berechneten Bauplan. Von den eingehenden Mietsbeträgen würde man den Zins der Baukosten, (so lange Zins bezahlt wird), die Reparaturen, die nötigen Abschreibungen, die Feuerversicherung usw. abrechnen und den Rest als Normalgrundrente von allen anderen Grundstücken derselben Straße (oder gleicher Lage) als Pachtzins erheben.

Mathematisch genau wäre natürlich auch so die Grundrente nicht zu ermitteln, da manches hier auf den Bauplan des Normalmietshauses ankäme. Dieser Bauplan müßte darum als Normalplan immer besonders sorgfältig angelegt werden; aber wie er auch ausfallen würde, Grund zur Klage von seiten der Bauunternehmer könnte er nicht geben, da etwaige Mängel dieses Planes nur einen Minderertrag der Miete zur Folge haben könnten. Dieser Minderertrag würde aber direkt auf die Grundrente des Normalhauses drücken und so in einem entsprechend niedrigeren Pachtzins für sämtliche Grundstücke wieder zum Vorschein kommen.

Durch dieses System würde das persönliche Interesse der Bauunternehmer immer aufs Engste mit dem guten baulichen Zu-

stand ihrer Häuser, mit wohlüberlegten Bauplänen verknüpft sein – denn jeder Vorzug ihrer Häuser gegenüber dem Normalmietshause würde ihnen persönlich zugute kommen.

Zu erwähnen ist noch, daß der Zinsfuß des Baukapitals, der der Berechnung des Anteils der Grundrente an dem Mietzins zugrunde gelegt wird, das Wichtigste an der ganzen Sache ist, und daß man sich im voraus, d. h. vor Unterzeichnung der Pachtverträge, wird darüber einigen müssen, nach welcher Methode dieser Zinsfuß jedesmal ermittelt werden soll. Ob man das Baukapital mit 4, 3 $\frac{1}{2}$  oder 3% verzinst, ist doch für die Berechnung der Grundrente von wesentlicher Bedeutung.

Ist z. B. das Baukapital 200.000 M., der Mietertrag	20.000 M.
und der Zinsfuß 4% so ist der Kapitalzins	<u>8.000 M.</u>
und die Grundrente, d. h. die zu zahlende Pacht	12.000 M.

Bei 3% würden nur 6000 M. vom Mietertrag abgehen, was den Pachtzins bis auf 14.000 M. erhöhen würde, eine Differenz, die, wenn sie nicht auf eine unanfechtbare, vertragsmäßige Grundlage sich stützt, ein Mordsgeschrei verursachen würde. Für die Stadt Berlin z. B. würde die Anwendung eines Zinsfußes von 3% statt eines solchen von 4% schon einen Unterschied in der Pachtberechnung von 20 Millionen wenigstens ausmachen. Es ist also klar, daß man in dieser Beziehung nichts der Willkür überlassen, kann.

Im 2. Teil dieser Schrift, der über die Geldreform handelt, werde ich die Methode für die Ermittlung des reinen Kapitalzinses eingehend besprechen, und ich verweise hier darauf. Unabhängig davon möchte ich aber hier den Vorschlag zur Diskussion stellen, als Zinsfuß für das Gebäudekapital, die *Durchschnittsdividende* aller an der Börse verhandelten einheimischen Industripapiere zu nehmen. Dadurch würde dem Baukapital der Durchschnittsertrag des Industriekapitals gesichert was die Bauindustrie von jedem Risiko befreien und diesem Zweige der Industrie zum Wohle der Mieter große Kapitalien zuführen würde. Denn jeder, der eine sichere Anlage vorzieht, würde sein Kapital in Häusern anlegen, die ihm immer die Durchschnittsdividende eintragen würden.

Dieser Zinsfuß käme natürlich nur bei der Berechnung der Grundrente des Normalmietshauses zur Anwendung.

Das Normalmietshaus von 500 Quadratmeter Grundfläche hat an Miete eingebracht	20.000 M.
Das Baukapital beträgt nach den üblichen Abschreibungen	200.000 M.
Der Durchschnittszinsfuß der Börsenpapiere war	3,25 %
	<hr/>
Von der Miete gehen also als Kapitalzins ab	6.500 M.
	<hr/>
somit bleibt als Grundrente 20.000 – 6.500 =	13.500 M.
oder 13.500 : 500 = 27 M. für den Quadratmeter.	

In groben Umrissen und ohne auf die Klauseln einzugehen, die nur die Erfahrung vorschreiben kann, erhalten wir als Muster

eines Pachtkontraktes zwischen Staat und Bauunternehmer folgendes:

1. Der Staat übergibt dem Bauunternehmer das Grundstück Nr. 12 der Claudiusstraße in Erbpacht.

2. Die Pacht wird berechnet nach der für das in der gleichen Straße befindliche Normalmietshaus ermittelten Grundrente.

3. Als Grundrente für dieses Normalmietshaus wird angesehen: der in öffentlicher Pachtauktion erzielte Mietzins, abzüglich X Prozent Abschreibungen, Reparaturen und Versicherungen und abzüglich Kapitalzins.

4. Als Zinsfuß für das Baukapital wird die jährliche Durchschnittsdividende der an der Berliner Börse verhandelten Industriepapiere angenommen werden.

## **21. Die Wirkung der Bodenverstaatlichung.**

Nicht erst dann, wenn der letzte Titel der Bodenverstaatlichungsanleihe eingelöst und verbrannt sein wird, werden sich die Wirkungen der Bodenverstaatlichung zeigen, sondern gleich vom Tage an, wo die Enteignung gesetzlich beschlossen wird. Und zwar in erster Linie in der Volksvertretung, in der Politik.

Ähnlich wie es beim Turmbau in Babel der Fall war, werden sich die Volksvertreter nicht mehr verstehen, ja sie werden sich selbst nicht mehr wiedererkennen, sie werden als ganz andere Menschen, mit ganz neuen Idealen, nach Hause zurückkehren. Das, was sie bisher vertraten, was sie verteidigten oder angriffen, wofür sie tausend neue gewichtige oder auch frevelhaft leichtsinnige Gründe zusammengetragen hatten, existiert nicht mehr. Wie durch Zauberschlag hat sich die Gesetzjobberei, das wüste Schlachtfeld, in einen Friedhof verwandelt. Die Privatgrundrente existiert nicht mehr, und was war das Parlament anderes als eine Börse, wo à la hausse und à la baisse der Grundrente gejobbert, spekuliert und agitiert wurde. Eine Animierkneipe für höhere Zölle nannte es jemand, der dabei war! Es ist Tatsache, daß in den Parlamentsverhandlungen der letzten Jahre sich alles fast ausschließlich direkt und indirekt um die Grundrente drehte.

Die Grundrente bildet den Standpunkt, von dem aus sich die Regierung auf dem Gebiete der Gesetzgebung zu orientieren sucht; die Grundrente ist der Pol, um welchen alle Gedanken der Regierungsmänner sich drehen, sowohl hier, wie überall in der Welt. Ob bewußt oder unbewußt, bleibt sich gleich. Ist die Grundrente in Sicherheit, dann ist alles in Ordnung.

Die langen und wüsten Verhandlungen bei Beratung der Kornzölle drehten sich um die Grundrenten. Bei den Handelsverträgen waren es die Interessen der Grundrentner, die allein

Schwierigkeiten bereitet. Bei den langwierigen Verhandlungen um den Mittellandkanal war wieder allein der Widerstand der Grundrentner zu überwinden. Alle die kleinen, so selbstverständlichen Freiheiten, deren man sich heute erfreut, wie z. B. die Freizügigkeit, die Abschaffung der Leibeigenschaft und Sklaverei, mußten gegen die Grundrentner erkämpft werden, und zwar mit den Waffen. Denn zu Kartätschen griffen die Grundrentner, um ihre Interessen zu verteidigen. In Nordamerika war der lange mörderische Bürgerkrieg nur ein Kampf gegen die Grundrentner. Die Reaktion auf allen Gebieten geht zielbewußt von den Grundrentnern aus; ja, wenn es von den Grundrentnern abhinge, so wären die Freizügigkeit, das allgemeine Wahlrecht, der Volksschulunterricht und die Universitäten schon längst den Interessen der Grundrente geopfert worden.

Das alles hört nun mit einem Schlage auf. Wie Schnee wird die Politik der Agrarier an der Sonne der Bodenbefreiung vergehen, verdampfen, versinken. Mit der Privatgrundrente verschwindet jedes private, klingende Interesse an der Politik; im Parlament wird sich niemand mehr die Taschen füllen können. Politik aber, die nicht mehr von Privatinteressen geleitet wird, sondern von der höheren Warte des öffentlichen Wohls, ist keine Politik mehr, sondern Wissenschaft, angewandte Wissenschaft. Die Volksvertreter werden sich also in alle Staatsangelegenheiten wissenschaftlich vertiefen und eine Arbeitsweise sich aneignen müssen, bei der alle Leidenschaften schweigen, und wo man mit nüchternem Sinne die nüchterne Materie mit Hilfe der Statistik und Mathematik prüfen wird.

Doch nicht allein die Politik der Agrarier ist erschöpft, sondern auch die ihrer Gegner. Wozu sandte man denn die Sozialisten die Freisinnigen und die Demokraten in den Reichstag? Damit sie die Interessen des Volkes gegen die räuberischen Gelüste der Grundrentner schützen sollten. Die Verteidiger werden aber überflüssig, sowie die Angreifer verschwinden. Das ganze liberale Parteiprogramm ist mit der Bodenbefreiung als etwas völlig Selbstverständliches erledigt. Es denkt niemand mehr daran, dieses Programm anzutasten, überhaupt noch zu prüfen und zu kritisieren. Jedermann ist und denkt selbstverständlich liberal. Welchen Profit könnte der einzelne auch noch von der Politik erwarten? Was war Reaktion, was war das konservative Parteiprogramm? Grundrente, weiter nichts als Grundrente war es.

Selbst die reaktionären Agrarier von gestern denken nun liberal, fortschrittlich. Es waren doch Menschen wie alle anderen, weder besser noch schlechter; sie waren auf ihren Vorteil erpicht, wie jeder anständige Mensch es ist. Es waren keine besonderen Rassen. Einig waren sie nur durch das gleiche materielle Interesse. Allerdings ein starker Kitt. Mit der Bodenverstaatlichung geht die ganze Klasse im großen Mischmasch unter. Ja, die Junker von gestern sind sogar demokratisch gesinnt, denn was ist ein Graf ohne Land? Grundbesitz und

Aristokratie (was man heute so nennt) sind ein und dasselbe. Jedem Aristokraten kann man an den Gesichtszügen ablesen, wieviel Hektar Land er besitzt, wieviel Rente sein Land abwirft.

Also, was sollen die Politiker noch im Reichstag? Es ist ja alles so einfach, so selbstverständlich geworden, seitdem die Grundrente nicht mehr jeder Neuerung im Wege steht. Der Entwicklung die Bahn frei! Das war der Ruf des Freisinns. Und jetzt ist sie frei. Nirgendwo kollidiert die Gesetzgebung noch mit Privatinteressen. Zwar besteht das mobile Kapital weiter, und dieses hat mit der Umwandlung des Grundkapitals in Mobilkapital (Staatsschulden) sogar um mehrere hundert Milliarden zugenommen. Aber das mobile Kapital unterliegt, weil exportfähig, und international, ganz anderen Gesetzen, als das Grundkapital. Politik ist dem Mobilkapital nutzlos. (Dieser Satz wird im 2. Teil weitere Begründung erhalten.) Außerdem muß das mobile Kapital, schon um dem Wettbewerb des Auslandes Stand zu halten, den Fortschritt nach jeder Richtung fördern, und dies zwingt es, mag es wollen oder nicht, in die Bahn der Freiheit.

Mit der Beseitigung der Privatgrundrente werden Land und Stadt politisch nicht mehr getrennte Wege gehen, sondern vereint den gleichen Zielen zustreben. Würde z. B. die Landwirtschaft durch irgendeine Entwicklung einseitig begünstigt, so würden die Arbeiter von der Industrie zur Landwirtschaft übergehen und bei den öffentlichen Verpachtungen den Pachtzins jenen Vorteilen entsprechend in die Höhe treiben, wodurch das Gleichgewicht zwischen dem Ertrag der Arbeit in der Industrie und Landwirtschaft wiederhergestellt würde. Und umgekehrt natürlich. Der Boden stände eben jedermann zu völlig gleichen Bedingungen zur Verfügung. Es ist darum vollkommen ausgeschlossen, daß mit der Bodenverstaatlichung die Landwirtschaft noch in Interessengegensatz zur Industrie treten kann. Die Landwirtschaft und die Industrie werden durch die Bodenverstaatlichung erst zu einer homogenen wirtschaftlichen und politischen Masse verschmolzen werden. Eine überwältigende Majorität, *mit der alles, gegen die nichts* erreicht werden kann.

Es würde zu weit führen, hier die Wirkung der Bodenverstaatlichung auf politischem Gebiete bis in die äußersten Folgerungen zu verfolgen. Ich muß mich hier auf diese groben Umriss beschränken. Sie genügen übrigens, um zu zeigen, daß mit der Bodenverstaatlichung die heutige Parteipolitik wesenlos, ja, daß die Politik überhaupt nach heutigen Begriffen erledigt wird. Politik und Grundrente ist eins. Zwar wird damit das Parlament nicht überflüssig, aber es wird von jetzt ab ganz andere Aufgaben zu lösen haben – Aufgaben, bei denen das Privatinteresse völlig ausgeschlossen sein wird. Es werden wissenschaftliche Kongresse abgehalten werden, und statt daß man Vertreter in das Parlament schickt, die über alles und jedes zu urteilen haben, und sich auch ein Urteil über alles erlauben, wird man Fachmänner für jede einzelne Frage entsenden. Auf

diese Weise erhalten dann alle Fragen eine fachgemäße, wissenschaftliche Behandlung. Was wird nicht heute alles vom Parlamentsvertreter verlangt? Er soll über Militär und Marine, über Schule, Religion, Kunst und Wissenschaft, über Heilkunde (Impfzwang), Handel, Eisenbahnen, Post, Jagd, Landwirtschaft usw. usw., kurz, über alles und jedes rechtsprechen. Sogar über die Währungsfrage, wahrhaftig über die Währungsfrage, haben diese Universalgenies entscheiden müssen (Goldwährung), obschon mehr als 99% unter ihnen keine blasse Ahnung davon haben, was das Geld ist, was es sein soll und sein könnte.

Kann man da diesen geplagten Wesen einen Vorwurf daraus machen, daß sie schließlich in keiner Frage zu vertiefter Erkenntnis gelangen? [Den Staat könnte man mit Vorteil vollkommen von der Last der Staatsschulen, Staatskirchen, Staatsuniversitäten und noch vielem andern Ballast befreien. Dem Staate sind diese Dinge von den Grundrentnern aufgebürdet worden Sie sollen ihnen dazu dienen, die Aufmerksamkeit vom eigentlichen Zankapfel abzulenken.]

Diese seltsamen Figuren werden nun mit der Bodenverstaatlichung verschwinden. Mädchen für alles wird das Volk zu den Beratungen nicht mehr entsenden, sondern Fachmänner, deren gesetzgeberische Vollmachten auf ihr Fach und die besondere, zur Verhandlung stehende Frage beschränkt bleiben. Mit der Frage ist auch das Mandat erledigt.

Ebenso tiefgreifend wie in politischer Beziehung, wird die Bodenverstaatlichung die allgemeinen sozialen Verhältnisse beeinflussen, und zwar auch gleich vom Tage der Enteignung an.

Das Bewußtsein, daß nun jeder dem vaterländischen Boden gegenüber völlig gleichberechtigt ist, wird jeden mit Stolz erfüllen und schon in seinem Äußeren einen Ausdruck finden. Jeder wird den Nacken steifhalten, selbst den Staatsbeamten wird der Mut zur Opposition nicht fehlen; wissen sie doch alle, daß sie im Boden einen Rückhalt haben, eine treue Mutter, die allen, die da draußen Schiffbruch leiden, eine Zuflucht gewährt. Denn der Boden wird *allen*, *allen*, ohne Ausnahme, immer unter völlig gleichen Bedingungen zur Verfügung stehen, dem Armen wie dem Reichen, Männern wie Frauen, jedem, der den Boden bearbeiten kann.

Man wird hier wohl einwenden, daß auch heute die Gelegenheit nicht fehlt, Boden zu pachten und zu bebauen, jedoch darf man nicht vergessen, daß die Grundrenten heute in die Privattaschen fließen, und daß dadurch jeder unmenschlich viel und schwer arbeiten muß, nur um sein Brot zu verdienen. Mit der Bodenverstaatlichung wandert die Grundrente in die Staatskasse und kommt so direkt jedem in den Staatsleistungen zugute. Dadurch wird aber die Arbeit weniger, die jeder für seinen Lebensunterhalt leisten muß. Statt 10 Hektar zu bebauen, werden 6 oder 7 genügen, so daß mancher in der Stadtluft geschwächte Beamte als Bauer sein Brot verdienen können. Dies wird natürlich noch viel mehr der Fall sein, wenn wir mit der Geld-



reform auch noch den Kapitalzins beseitigt haben werden. Dann werden 4 Hektar genügen, wo jetzt 10 bebaut werden müssen, nur um das Leben zu fristen.

Diese wirtschaftliche Kraft und Selbständigkeit werden natürlich den gesamten Verkehr der Menschen ummodellern, die Sitten, Gebräuche, Redewendungen, die Gesinnung werden edler, freier werden.

Nach Beseitigung der Privatgrundrente, und noch mehr nach Beseitigung des Zinses wird jede normal gebaute Frau imstande sein, ihr Brot und das ihrer Kinder in der Landwirtschaft zu verdienen. Wenn zu dem Zwecke 3 Hektar statt 10 genügen, dann genügt auch die Kraft einer Frau, wo man heute nur eine volle Manneskraft gebrauchen kann. Ob die Rückkehr der Frau zur Landwirtschaft nicht der „Frauenfrage“ die glücklichste Lösung geben würde?

Die deutsche physiokratische Bewegung sucht dem Gedanken in den sozialistischen Kreisen Eingang zu verschaffen, den Müttern für die Mehrbelastung, die ihr durch die Aufzucht der Kinder zufällt, eine Staatsrente auszurichten, die dem entspricht, was die Bodennutzungen dem Naturweib sind. Für diese Mutterrenten sollen die Grundrenten herangezogen werden, statt daß man diese, wie von Henry George vorgeschlagen wurde, für die Beseitigung der Steuern benutzt.

Vieles spricht für diesen Vorschlag. Zunächst der Umstand, daß die Grundrenten letzten Endes ja überhaupt als Produkt der Mütter zu betrachten sind, insofern als die Mütter die für die Grundrente nötige Volksdichtigkeit überhaupt erst schaffen. Soll jeder das Seine erhalten (*suum cuique*) so unterliegt es keinem Zweifel, daß die Mütter das meiste Anrecht auf die Grundrente haben. Zu demselben Ergebnis kommt man wenn man das Naturweib, das wie ein König über die Natur ringsum verfügt, mit unseren armseligen Proletarierinnen vergleicht. Dann sieht man, daß den Müttern die Grundrenten heute direkt gestohlen werden. Es gibt wahrhaftig unter den Naturvölkern Asiens, Afrikas, Kameruns und Angra Pequenas keine Mutter, die wirtschaftlich so aller Hilfsmittel entblößt ist, wie die Proletarierinnen Europas. Dem Naturweib gehört die ganze Umgebung. Das Holz für ihr Haus nimmt sie, wo sie es findet: den Bauplatz wählt sie einfach. Ihre Hühner, Gänse, Ziegen, Rinder weiden um die Hütte herum. Der Hund bewacht das Nesthäkchen. Aus dem Bache zieht der Bub die tägliche Forelle. Im Garten säen und ernten die größeren Kinder, andere kommen mit Holz und Beerenobst beladen aus dem Walde, die Älteste bringt aus dem Gebirge den erlegten Bock. Und an die Stelle all dieser Naturgeschenke haben wir den Rentner, ein dickes, faules, unästhetisches Geschöpf, gesetzt. Man braucht sich also nur in die Lage einer schwangeren Proletarierin zu versetzen, die von der ganzen Natur ringsum nichts hat, wo sie ihr Kind hinlegen kann, um zu erkennen, daß, wenn es schon einmal in der modernen Volkswirtschaft nicht ohne Abgrenzungen

und Grundrenten geht, – diese Grundrenten dann unverkürzt den Müttern zustehen.

Nach Berechnungen, die allerdings auf unsicherem Material beruhen, würden etwa 40 M. monatlich für jedes Kind unter 15 Jahren aus den Grundrenten zur Verteilung kommen können. Mit dieser Unterstützung einerseits und mit der Entlastung vom heutigen Kapitalzintribut andererseits, wird jede Frau imstande sein, auf dem Lande ihre Kinder groß zu ziehen, ohne unbedingt auf die finanzielle Mithilfe des Mannes angewiesen zu sein. Wirtschaftliche Rücksichten könnten die Frauen nicht mehr brechen. In allen gesellschaftlichen Fragen würden ihre Neigungen, Wünsche und Kapriren entscheiden. Bei der Gattenwahl würden die geistigen, körperlichen, die vererbungsfähigen Vorzüge statt des Geldsackes den Ausschlag geben.

Mit der Bodenverstaatlichung wird jeder über das gesamte deutsche Reich, und, mit der Verallgemeinerung der Bodenverstaatlichung, über die ganze Welt verfügen. Verglichen damit sind die jetzigen Könige die reinen Bettler. Jedes neugeborene Kind, ob ehelich oder unehelich, wird 540.932 Quadratkilometer, 54 Millionen Hektar Land zu seiner Verfügung haben. Und jeder wird freizügig, keiner mehr wie die Pflanze an die Scholle gebunden sein. Jeder, dem das Klima nicht zusagt, dem die Gesellschaft nicht gefällt, der aus irgend einem Grunde einen Platzwechsel wünscht, löst seinen Pachtvertrag und zieht fort. Dadurch werden die verschiedenen deutschen Stämme, die, wie zur Zeit der Leibeigenschaft, an der Scholle kleben und von der schönen Welt nie etwas anderes als ihren Kirchturm gesehen, in Bewegung geraten, nette Sitten, neue Arbeitsmethoden, neue Gedanken kennen lernen. Die verschiedenen Stämme werden sich kennen lernen und auch einsehen, daß keiner besser als der andere ist, daß wir allesamt nur eine schmutzige, lasterhafte Gesellschaft gebildet haben. Und da, wie bekannt, man sich des Lasters in der Regel vor Fremden mehr schämt als in der Heimat vor Bekannten und Verwandten, so ist anzunehmen, daß der Verkehr mit Fremden die Sitten strenger und reiner machen wird.

Aber die Bodenverstaatlichung dringt umgestaltend in das innerste Wesen des Menschen: den gemeinen Knechtssinn, der aus der Zeit der Leibeigenschaft noch dem Menschen anhaftet (dem Herrn nicht weniger als dem Knechte), solange der Privatgrundbesitz, diese Grundlage der Leibeigenschaft, fortbesteht, diesen knechtischen Sinn wird der Mensch mit dem Privatgrundbesitz endgültig abschütteln; er wird sich wieder aufrichten wie eine junge Tanne, die, vom niederzwingenden Gewichte des Schnees befreit, kerzengerade wieder empor-schnellt. „Der Mensch ist frei, und wär' er in Ketten geboren.“ Allen Einflüssen paßt sich der Mensch an, und jeder Schritt auf der Bahn der Anpassung kommt durch Vererbung dem kommenden Geschlechte zugute. Nur in bezug auf die Knechtschaft findet keine Vererbung

statt. Nicht einmal Narben wird darum auch der Privatgrundbesitz im Charakter der Knechte zurücklassen.

Von dieser wurzelechten, weil wirtschaftlich begründeten Freiheit, die uns die Bodenverstaatlichung bringt, dürfen wir daher mit Recht alle die Kulturfrüchte erwarten, die wir bisher umsonst einzuheimsen hofften. Muß der politische Friede im Innern nicht auch nach außen sich bemerkbar machen, wie die Zufriedenheit im Innern Menschen sich in seinen Gesichtszügen widerspiegelt? Der herrische, gemeine, rohe Ton, der sich als natürliche Frucht der gemeinen Gesinnung, die die Grundrente groß zieht, in den politischen Verhandlungen einbürgert, muß auch unsere auswärtige Politik beeinflussen. Wir sind durch den ewigen Widerstreit der Interessen, den der Privatgrundbesitz mit sich bringt, gewöhnt worden, in jedem Nachbarn, in jedem Nachbarvolk nur Feinde zu sehen, die uns Böses wollen und gegen die wir uns wappnen müssen, wenn es nicht angeht, augenblicklich über sie herzufallen und sie zu erschlagen. Denn nicht als Menschen und Brüder stehen sich die Völker gegenüber, sondern als Grundbesitzer. Schafft man hüben und drüben den Privatgrundbesitz ab, so wird damit der Zankapfel beseitigt. Es bleiben dann anstelle der Grundrentner nur Menschen, die vom gegenseitigen Verkehr nur Befruchtung ihrer Industrie, ihrer Religion, ihrer Kunst, Moral, Gesetzgebung, niemals aber Schaden erwarten können. Mit der Bodenverstaatlichung wird jedes Privatinteresse an der Höhe der Grundrenten beseitigt, und, wenn das in allen Nachbarländern der Fall ist, wer würde dann noch ein Interesse haben an den Grenzzöllen, die den Verkehr der Völker verpesten, Zwietracht stiften, zu Repressalien führen und alle Interessen so verwirren, bis sich die Völker nicht anders als durch Pulver und Blei wieder Luft machen können. Mit der Bodenverstaatlichung und noch mehr durch die im 2. Teil d. B. dargestellte Geldreform bürgert sich der Freihandel von selbst ein. Nun lassen wir den vollen Freihandel nur einige Jahrzehnte sich frei entwickeln und entfalten, und wir werden bald sehen, wie innig das Interesse der Völker mit der Förderung und Aufrechterhaltung dieses Handels verknüpft ist, mit welcher Liebe gute Beziehungen zu den Nachbarvölkern vom ganzen Volke gepflegt werden, wie die Familien hüben und drüben durch Bande der Blutsverwandtschaft fest aneinander gekettet werden, wie die Freundschaft zwischen Künstlern, Gelehrten, Arbeitern, Kaufleuten, Geistlichen alle Völker der Welt zu einer einzigen, großen Gesellschaft verkettet wird, zu einem Völkerbund, den die Zeit und die Privatinteressen immer nur inniger und fester schnüren, bis zum Verschmelzen der Teile zusammenschweißen können.

Ohne Privatgrundrenten gibt es keinen Krieg mehr, weil es keine Zölle mehr gibt. Die Bodenverstaatlichung ist daher gleichzeitig Weltfreihandel und Weltfriede.

In bezug auf das allgemeine Lohngesetz ist nur zu sagen, daß mit der Bodenverstaatlichung und nach Tilgung der Schuld  
*die gesamten Grundrenten in den Lohnschatz*  
 ausgeschüttet werden und daß dann der allgemeine Arbeitsertrag gleich sein wird dem gesamten Arbeitsprodukt, abzüglich Kapitalzins.

## **22. Wie läßt sich die Forderung der Bodenverstaatlichung begründen.**

Der normale Mensch beansprucht die ganze Erdkugel, er betrachtet sie als ein Glied des Menschen, als ein untrennbares, anatomisches Hauptorgan, und zwar die *ganze* Erdkugel, nicht einen Teil derselben; und die Frage, die er zu beantworten hat, ist die, wie jeder in den Vollgebrauch dieses Hauptorgans gelangen kann.

Teilung der Erde ist ausgeschlossen, denn durch die Teilung erhält jeder nur einen Teil, während er doch das ganze braucht. Kann man die Ansprüche der einzelnen Familienglieder auf die Suppenschüssel damit befriedigen, daß man diese zerschlägt und jedem eine Scherbe hinwirft? Außerdem müßte bei jedem Begräbnis, bei jeder Geburt die Teilung von neuem beginnen, ganz abgesehen, daß die Teile durch Lage, Qualität, Klima sämtlich verschieden sind, und darum niemand zufrieden gestellt werden kann. Denn während der eine seinen Teil auf sonniger Höhe haben möchte, sucht der andere die Nähe einer Bierbrauerei auf. Die Teilung (heute in der Regel durch Erbschaft) nimmt jedoch keine Rücksicht auf solche Wünsche, und so muß der Bierphilister täglich von der sonnigen Höhe herunter, um unten im Tale sein Bäuchlein zu füllen während der andere nach der sonnigen Höhe lechzt und in der Talluft geistig und körperlich verkümmert.

Durch die Teilung wird niemand befriedigt; die Teilung kettet den Menschen an die Scholle, besonders wenn, wie das in der Regel der Fall ist, der Austausch der Teile (Umsatz) durch Umsatzsteuern erschwert wird. So möchte mancher wohl aus Gesundheitsrücksichten wegziehen, mancher, der mit der Nachbarschaft verfeindet ist, täte aus Sicherheitsrücksichten wohl eine andere Gegend aufzusuchen, aber sein Grundbesitz läßt ihn nicht los.

Die Umsatzsteuer beträgt vielerorts in Deutschland 1–2–3 Prozent, im Elsaß gar 5%. Bedenkt man, daß in der Regel die Grundstücke zu  $\frac{3}{4}$  hypothekiert sind, so bilden die 5% Umsatzsteuer schon 20% der Anzahlung oder des Kapitals des Käufers. Wenn also jemand nur fünfmal seinen Platz wechselt – was für die gute Entwicklung des Menschen durchaus nicht zu viel

ist – so löst sich sein ganzes Bodenkapital in Steuern auf. Mit der Wertzuwachssteuer der Bodenreformer, die nur beim Umsatz erhoben wird, verschlimmert man noch die Sache.

Für junge Landwirte ist der hohe Norden vortrefflich; mit dem Alter, wenn der Stoffwechsel träger wird, ist ein gemäßigtes Klima manchmal vorzuziehen, während ganz alte Leute in warmen Ländern sich am wohlsten fühlen. – Wie soll man nun mittels Teilung all diesen und tausend anderen Wünschen gerecht werden? Soll jeder seinen Acker im Koffer herumschleppen? Sollen sie ihren Teil hier verkaufen, um ihn dort wieder zu kaufen? Was das bedeuten würde, weiß jeder, der dem Grundstückshandel nicht unausgesetzte Aufmerksamkeit schenken kann, aber durch die Verhältnisse gezwungen wird, seinen Platz mehrmals zu veräußern. Es geht ihm, wie dem Bauern, der eine Kuh zu Markte führte und nach einer Reihe von Tauschgeschäften schließlich einen Kanarienvogel heimbrachte. Darum muß gewöhnlich der Grundbesitzer für den Verkauf „die Gelegenheit abwarten“. Aber während er hier die Gelegenheit für den Verkauf, und dann dort wieder die Gelegenheit für den Kauf abwartet, vergeht die Zeit, so daß er gewöhnlich auf die Vorteile, die er vom Ortswechsel erwartet, verzichten muß. Wie mancher Bauer möchte gern in die Nähe der Stadt ziehen, um seinen begabten Kindern den Besuch der Schulen zu ermöglichen, wie mancher möchte die Nähe der Stadt fliehen, um seine Kinder in jungfräulicher Natur großzuziehen! Wie mancher gute Katholik, den sein Erbteil unter die Protestanten verpflanzt hat, sehnt sich zurück in die katholische Gemeinde. Der Grundbesitz beraubt sie all dieser Genüsse; der Grundbesitz macht aus ihnen Kettenhunde, Leibeigene, Sklaven des Bodens.

Und wie mancher, der gern bis an sein Lebensende die Scholle bebauen möchte, auf der schon seit Urzeiten seine Väter den Pflug führten, wird von einem Gläubiger, einem Wucherer, vom Steuerexekutor vertrieben. Die Eigentumsgesetze verjagen ihn von seinem Eigentum.

Und wie mancher, der von seinem Vater sein „Teil“ geerbt und seine 9 Geschwister nur durch Übernahme einer Hypothek von 90% hat auszahlen können, wird jetzt durch die Hypothek erdrosselt. Eine geringe Lohnsteigerung, ein schwacher Rückgang der Grundrente (der allein schon durch eine Herabsetzung der Schiffsfrachten herbeigeführt werden kann) genügt, um ihm die Möglichkeit zu nehmen, den Hypothekenzins zu zahlen, genügt, um die ganze Wirtschaft unter den Hammer zu bringen. Die sogen. Not der Landwirtschaft, in die sämtliche deutsche Grundbesitzer geraten waren, war ein Produkt der mit dem Privatgrundbesitz untrennbar verbundenen Erbschaftsverschuldung des Bodens.

Der glückliche Erbe der Privatgrundbesitzung rackert sich ab, er rechnet, schwitzt und politisiert – sein Eigentum zieht ihn unnachsichtlich in die Tiefe.

Viel schlimmere Folgen noch für die „Teilhhaber“ hat die Teilung der Erde in Form von Kollektivbesitz, so wie ihn der Gemeindebesitz darstellt und die Genossenschaften erstreben. Ein Verkauf seines Anteils ist dem einzelnen nicht möglich, und das Verlassen der Gemeinde ist mit dem Verluste des Anteils verknüpft. Die Umsatzsteuer verwandelt sich hier in eine Umzugssteuer von 100%. Es gibt Gemeinden, die nicht nur keine Steuern erheben, sondern noch bares Geld verteilen. Um nun diese Einnahmen nicht zu verlieren, bleibt mancher in der Gemeinde, trotzdem ihm die klimatischen, politischen, kirchlichen, geselligen Umstände, die Bier- und Lohnverhältnisse nicht zusagen. Und ich bin überzeugt, daß es nirgends mehr Prozesse, Zank und Mordtaten gibt, daß nirgends unglücklichere Leute leben müssen, als gerade in solchen reichen Gemeinden. Auch bin ich überzeugt, daß die Lohnverhältnisse in solchen Gemeinden schlechter als anderswo sein müssen, weil die für den Erfolg der Industrie so nötige und von den persönlichen Fähigkeiten bestimmte, freie Berufswahl durch die hier aufgehobene Freizügigkeit ganz außerordentlich beschränkt wird. Jeder ist hier auf die Industrie angewiesen, die sich am Orte hat entwickeln können, und während der eine vielleicht als Astronom oder Tanzlehrer in der Welt sein Glück gemacht hätte, muß er hier, weil er seine Gemeinderechte nicht verlieren will, als Holzhacker sein Leben fristen.

Auf die gleichen Nachteile der „Teilung der Erde“, nur noch im Verhältnis wachsend, stoßen wir, wenn wir die Erde unter die einzelnen Völker verteilen. Keinem Volke genügt der ihm angewiesene Teil, keinem Volke kann dieser Teil genügen, muß doch zu seiner gedeihlichen Entwicklung jedes Volk wie jeder einzelne Mensch die ganze Erdkugel besitzen. Da nun der Teil nicht genügt, so sucht man durch Eroberung den Besitz zu vergrößern. Aber zur Eroberung gehört militärische Kraft, und es ist ein durch die Geschichte der Jahrtausende bestätigtes Gesetz, daß diese Kraft mit der Größe des Gebietes, auf das sie sich verteilt, abnimmt, wodurch die Möglichkeit ausgeschlossen wird, daß sich alle Völker der Erde auf dem Wege der Eroberung einigen können. Die Eroberung beschränkt sich darum gewöhnlich auf kleine Happen, die dann bei einer passenden Gelegenheit wieder verloren gehen. Und was der eine durch die Eroberung gewinnt, verliert der andere; und da dieser andere das gleiche Bedürfnis nach Ausdehnung empfindet, so bereitet er sich auf Rückerobertung vor und lauert auf Gelegenheit, über den Nachbarn herzufallen.

So hat nun schon so ziemlich jedes Volk versucht, sich durch Eroberung in den ersehnten Besitz der Erdkugel zu setzen, immer mit dem gleichen Mißerfolg. Das Schwert wird, wie jedes Handwerkszeug, stumpf durch den Gebrauch. Und welche Opfer werden diesen kindischen Versuchen immer und immer wieder gebracht. Ströme von Blut, Berge von Leichen, Meere von Geld und Schweiß. Dabei keine Spur eines Erfolges. Die politische Weltkarte sieht heute aus wie ein Bettlerrock, geflickt

und zerfetzt; neue Grenzzäune erheben sich alle Tage, und eifersüchtiger denn je bewacht jeder seinen Knochen, seine von den Vätern geerbte Bettelsuppe. Kann man heute noch mit vernünftigen Gründen hoffen, daß einmal ein Eroberer erstehen wird, der uns alle vereint? Unsinnig wäre eine solche Hoffnung. Die Teilung führt zu Krieg, und der Krieg kann nur zusammenflicken. Die Nähte reißen immer wieder auf. Der Mensch braucht die *ganze* Erde, die *ganze* Kugel, keinen zusammengeflickten Fetzen. Und zwar jeder einzelne Mensch, jedes einzelne Volk; und so lange diesem Elementarbedürfnis des Menschen nicht genügt wird, gibt es Krieg. Mann gegen Mann, Volk gegen Volk, Kontinent gegen Kontinent. Wobei noch zu beachten ist, daß der aus solchen Ursachen entbrannte Krieg stets und regelmäßig das Gegenteil dessen erzeugen muß, was die Kriegführenden bezwecken. Trennung statt der Einigung; Verkleinerung statt Vergrößerung, Abgründe statt Brücken.

Es ist ja wahr, daß mancher Philister sich am „gemütlichsten“ in einer ver-räucherten Bierkneipe fühlt, daß mancher Spießbürger sich unsicher, unbehaglich fühlt oben auf dem Gipfel des Berges. Auch von den Altpreußen erzählt man, daß sie der Vereinigung mit dem deutschen Reiche mit Widerwillen zugestimmt haben; der neue Glanz blendete sie: die Bettlerinstitution der Erdteilung erzeugte eben ein Bettlergeschlecht. Borussia, der immer nur Kupferstücke zugeworfen wurden, erschrak, als ihr aus Versehen ein Nickel in den Schoß fiel.

Darum: weg mit diesen veralteten, stumpfen Werkzeugen, weg mit den Kanonen, weg mit dem Puppenspiel. Weg mit den Zaunpfählen, mit den Zollgrenzen, ins Feuer mit den Grundbüchern. Keine Teilung und Zertrümmerung der Erdkugel, keine Scherbe. *Suum cuique* – jedem das Ganze.

Wie kann man nun dieser Forderung ohne Kommunismus, ohne internationale Verbrüderung und ohne Aufhebung der staatlichen Selbständigkeit der einzelnen Volkshaufen genügen?

Sehen wir zu, wie die Bodenverstaatlichung diese Fragen beantwortet, wie sie das scheinbar Unmögliche mit einfachen Mitteln erzielt.

*Das Privatgrundeigentum wird aufgehoben, der Boden als Staatseigentum erklärt. Dann wird der Boden für die Zwecke der Arbeit parzelliert, und die Parzellen öffentlich meistbietend verpachtet. Das Pachtgeld wandert in eine gemeinsame Kasse, um von hier wieder auf alle gleichmäßig verteilt zu werden.*

Das ist in großen Zügen die Forderung.

Wird nun mit der Verwirklichung dieser Forderung nicht schon jedem das ganze, innerhalb der Staatsgrenze gelegene Land zugänglich gemacht und als sein Eigentum erklärt? Erhält nach diesem System nicht jeder das Land zugewiesen, wonach er sich sehnt, wird nicht hierdurch jeder Wunsch, ja, jede Laune

und Grille berücksichtigt? Wird das Umzugsgut durch dieses System nicht um den ganzen Ballast des Grundeigentums erleichtert und die Freizügigkeit nicht nur gesetzlich, sondern auch materiell eingeführt?

Sehen wir näher zu. – Ein Bauer bewirtschaftet in der norddeutschen Tiefebene einen großen Hof mit seinen Buben. Jedoch, da diese nichts von der Landwirtschaft wissen wollen und in die Stadt ziehen, um ein Gewerbe zu betreiben, so wird der Hof zu groß für den Bauern, dessen Leistungsfähigkeit überdies durch Alter und Gebrechlichkeit abgenommen hat. Er möchte also einen kleineren Hof bewirtschaften und dies mit der Erfüllung eines Jugendtraumes verbinden, nämlich auf Bergen zu wohnen, die ihm wohl oft geschildert wurden, die er aber nie gesehen hat. Auch möchte er nicht weit von Frankfurt wohnen, weil sich seine Söhne dort niederließen.

Das wäre nun heute eine ziemlich schwierige, für einen Bauern fast unausführbare Sache. Erstens muß er seinen Hof in Norddeutschland verkaufen und die Gelegenheit dazu abwarten. Dann weiß er nicht, ob er auch gleich dort in der Gegend von Frankfurt einen Hof käuflich finden wird. Und zwar einen Hof, der seinen Bedürfnissen und Wünschen entspricht. Er wünscht, wie gesagt, entsprechend seiner verminderten Leistungsfähigkeit einen kleinen Hof, entsprechend seinem Alter einen warmen sonnigen Platz, entsprechend seinen Jugendträumen eine waldige, bergige Gegend.

Nach Einführung der Bodenverstaatlichung ist die Sache anders. Grundeigentum hat er nicht, er ist also frei, freizügig, wie ein Zugvogel. Selbst den Ablauf seines Pachtkontraktes braucht er nicht abzuwarten, da er gegen Zahlung einer Buße den Vertrag alle Tage lösen kann. Er bestellt sich also den illustrierten Katalog, den die einzelnen Provinzen regelmäßig über die zur Pacht stehenden Höfe ausgeben und merkt sich diejenigen Höfe, die seinen Verhältnissen am besten entsprechen. An Auswahl wird es nicht fehlen, denn rechnen wir mit einer durchschnittlichen Pachtdauer von 20 Jahren, so würde von je 20 Höfen jährlich einer frei, oder jährlich etwa 150.000 Höfe in Durchschnittsgröße von 10 Hektaren – und zwar große und kleine, für alle Verhältnisse, im Gebirge, in der Ebene, am Rhein, an der Elbe, an der Weichsel, in katholischen und protestantischen Gegenden, in konservativen, liberalen, sozialistischen Kreisen, im Morast, im Sande, am Meer, für Viehzüchter oder Zuckerrübenbauer, im Walde, im Nebel, an frischen Bächen, in verräucherten Industriegegenden, in der Nähe der Stadt, der Brauerei, der Garnison, des Bischofs, der Schule, im französischen und polnischen Sprachgebiet, für Lungenkranke, für Herzleidende, für starke und schwache, alte und junge – kurz gesagt eine Auswahl von jährlich 150.000 Höfen, die zu seiner Verfügung stehen, die sein Eigentum darstellen, die er nur zu bearbeiten braucht. Wird da nicht jeder sagen können, daß er das ganze Reich besitzt? Was fehlt ihm denn noch zum Besitze des Reiches?



Mehr als einen Hof kann er doch nicht gleichzeitig bewohnen und besitzen. Denn besitzen heißt darauf sitzen. Auch wenn er ganz allein die Erde bewohnte, müßte er sich doch für einen Platz entschließen.

Aber die Pacht, der Pachtzins? Gewiß, man wird ihm eine Pacht abfordern, aber diese Pacht ist die Gegenleistung der Grundrente, die kein Produkt des Bodens, sondern ein Produkt der Gesellschaft bildet. Vom Baugrund der Stadt Berlin werden jährlich 120 Millionen an Renten erhoben; ohne die Stadt würde man von demselben Boden als Kartoffelfeld vielleicht nur ebenso viele Hunderte erheben können. Es ist also die Stadt, nicht der Boden, der die 120 Millionen erzeugt. Und der Mensch hat ein Recht auf die Erde, nicht auf die Menschen. Wenn also der Bauer die Rente, die er in den Preisen seiner Feldfrüchte von der Gesellschaft erhebt, wieder in Form von Pacht an die gleiche Gesellschaft abträgt, so wirkt er einfach als Rendant, als Rentenerheber, als Steuerempfänger; sein Recht auf den Boden wird dadurch nicht verkümmert. Er gibt der Gesellschaft zurück, was ihm diese im Preise der Bodenprodukte über seine Arbeit hinaus bezahlt hatte. Da nun aber der Pächter auch wieder Mitglied der Gesellschaft ist, so kommt auf ihn auch wieder sein Anteil an den Pachtsummen. Er bezahlt also tatsächlich auch nicht einmal Pacht; er liefert nur die von ihm einkassierten Renten zur genauen Verrechnung mit der Gesellschaft an diese ab.

Wir müssen also zugeben, daß mit der Bodenverstaatlichung das Recht jedes Einzelnen auf das ganze deutsche Gebiet in absoluter Form geschützt und verwirklicht wird.

Aber mit der deutschen Scherbe ist dem zivilisierten Menschen nicht genügt. Er reklamiert das Ganze, die Erdkugel, als sein Eigentum, als ein anatomisches Glied seiner Persönlichkeit.

Auch diese Schwierigkeit löst die Bodenverstaatlichung. Denken wir uns die Bodenverstaatlichung auf alle Länder ausgedehnt; ein Gedanke, der alles Absonderliche verliert, wenn wir überlegen daß so manche nationale Einrichtung, sobald sie sich als gesund erweist, die Grenzen des Landes überschreitet und sich die ganze Welt erobert. Ich brauche hier nur an die allgemeine Wehrpflicht, den obligatorischen Schulunterricht, den Parlamentarismus, den Weltpostverein usw. usw. zu erinnern! Also angenommen, die Bodenverstaatlichung sei international eingeführt und durch Verträge dahin ergänzt worden, daß einwandernde Bürger anderer Staaten als gleichberechtigt angesehen werden, was ja schon heute in bezug auf die Gesetze so ziemlich allgemein der Fall ist. Was fehlt dann noch für die Verwirklichung des Rechtes jedes einzelnen Menschen auf den Besitz der ganzen Erdkugel? Die ganze Welt bildet von nun an sein uneingeschränktes Eigentum: er kann überall, wo es ihm gefällt, sich ansiedeln, und zwar völlig umsonst, denn die Pacht, die er bezahlt, wird, wie gesagt, nicht vom Boden erhoben, sondern als

Gegenleistung der Rente, die er in den Preisen der Produkte von der Gesellschaft erhebt und die ihm in den Staatsleistungen zurückgegeben wird.

Also durch die Bodenverstaatlichung, sobald sie international durchgeführt wird, kommt jeder einzelne Mensch in den Besitz der ganzen Erdkugel. Sie gehört ihm, sie ist, wie sein Kopf, sein absolutes Eigentum. Sie ist mit ihm verwachsen. Sie kann ihm nicht auf Grund eines protestierten Wechsels, einer Hypothek, einer Gutschrift für einen verkrachten Freund, abgenommen, amputiert werden. Er kann machen, was er will, trinken, spielen, spekulieren, sein Eigentum ist unantastbar. Ob er das Erbe seiner Väter mit 12 Geschwistern teilen muß, oder ob er fils unique ist; für das Grundeigentum ist das gleichgültig geworden. Ganz unabhängig von seiner Person und seinen Handlungen bleibt die Erde sein Eigentum. Liefert er die im Preise der Ackererzeugnisse ein-kassierte Rente nicht an die Gesellschaft ab, so wird man ihn unter Vormund-schaft stellen, aber die Erde bleibt darum nicht weniger sein Eigentum.

Durch die Bodenverstaatlichung kommt jedes Kind als Grundeigentümer zur Welt, und zwar hält jedes Kind, ob ehelich oder unehelich geboren, wie das Christuskind zu Prag die Erdkugel in der Hand. Den Schwarzen, den Roten, den Gelben, den Weißen, allen ohne Ausnahme, gehört die Erde ungeteilt.

Staub bist du, und in Staub wirst du zerfallen. Das scheint wenig, aber man unterschätze die wirtschaftliche Bedeutung dieses Staubes ja nicht. Denn dieser Staub ist ein Bestandteil der Erde, die den Grundbesitzern gehört. Um zu werden und zu wachsen, brauchst du Bestandteile der Erde; schon ein geringer Fehlbetrag an Eisen in deinem Blut bringt dich um deine Gesundheit. Ohne die Erde und (falls diese den Grundbesitzern gehört) ohne Erlaubnis der Grundbesitzer darf niemand geboren werden. Das ist durchaus keine Über-treibung. Die Analyse deiner Asche ergibt einen gewissen Prozentsatz erdiger Bestandteile, die niemand aus der Luft gewinnen kann. Diese erdigen Bestandteile gehörten einmal der Erde oder ihren Eigentümern, sie sind von diesen gekauft oder gestohlen worden. Eins von beiden.

In Bayern wird die Erlaubnis zum Heiraten von einem gewissen Einkommen abhängig gemacht. Die Erlaubnis zur Geburt wird gesetzlich allen denen versagt, die den Staub nicht bezahlen können, der für den Aufbau ihres Knochengerüstes nötig ist.

Ohne Erlaubnis der Grundbesitzer darf aber auch niemand sterben, denn in Staub wirst du zerfallen, und dieser Staub beansprucht Platz auf der Erde, und was nun, wenn der Grundbesitzer dir diesen Platz versagt? Wer daher ohne Erlaubnis auf dem Boden eines Grundbesitzers stirbt, der bestiehlt den Grundbesitzer. Und der Diebstahl wird doch unter die himmel-

schreienden Sünden klassifiziert. Den Mammon darf jeder heute anbeten, aber Diebstahl? Wer darum seine Begräbnisstelle nicht bezahlen kann, fährt geradeswegs in die Hölle, wo Heulen und Zähneknirschen das Knistern des ewigen Feuers begleiten. Darum sagt auch das spanische Sprichwort: Er hat nicht, wo er zum Sterben hinfallen darf. Und die Bibel: Des Menschen Sohn hat nicht, wo er sein Haupt hinlegen kann.

Aber zwischen Wiege und Sarg liegt das ganze lange Leben, und das Leben ist ja bekanntlich ein Verbrennungsprozeß. Der Körper ist ein Ofen, worin eine konstante Hitze erhalten werden muß, wenn der Lebensfunken nicht sofort erlöschen soll. Diese Wärme sucht man innerlich durch Nahrungszufuhr, äußerlich durch Kleidung und Wohnung als Schutz gegen Wärmeausstrahlung zu erhalten.

Nun gehören aber wieder die Nahrungsmittel, wie auch die Kleiderstoffe und das Wohnungsmaterial zu den Produkten der Erde, und was nun, wenn die Eigentümer dieser Erde dir diese Stoffe verweigern?

Ohne die Erlaubnis der Erdbesitzer wird also niemand essen, sich kleiden, überhaupt leben dürfen.

Das ist auch durchaus keine Übertreibung. Die Amerikaner versagen den Chinesen die Einwanderung, die Australier weisen von ihren Küsten alle ab, deren Haut nicht hellweiß ist; selbst schiffbrüchige Malayen, die an der australischen Küste Schutz suchten, wurden mitleidslos wieder ausgewiesen [Land Values, 1905 S. 138.]. – Und wie verfährt bei uns die Polizei mit allen, die nicht über die Mittel verfügen, sich die Produkte der Erde zu kaufen? Du hast nichts, du lebst aber, folglich stiehlt du. Deine Körperwärme, die nur die Frucht eines mit Bodenprodukten unterhaltenen Feuers sein kann, verrät deine Missetat, verrät, daß du stiehlt! Marsch ins Gefängnis! Darum pflegen ja auch die Handwerksburschen sich einen unantastbaren eisernen Geldfonds zuzulegen, darum stellen sie sich, im Vollbewußtsein ihrer Schuld, mit den Worten vor: Entschuldigen Sie, ein armer Reisender.

Häufig hört man die Redensart: Der Mensch habe ein natürliches Recht auf die Erde. Das ist aber Unsinn, denn dann könnte man auch sagen, der Mensch habe ein Recht auf seine Glieder. Von „Rechten“ wollen wir hier nicht reden, sonst könnte man ja auch sagen, die Tanne habe ein Recht, ihre Wurzeln in die Erde zu senken. Kann der Mensch im Luftballon sein Leben verbringen? *Die Erde gehört zum Menschen, sie bildet einen organischen Teil des Menschen*, wir können uns den Menschen ohne die Erde ebensowenig denken, wie ohne Kopf und Magen. Wie der Kopf, so ist auch die Erde ein Teil, ein Glied des Menschen. Wo beginnt der Verdauungsapparat des Menschen und wo hört er auf? Dieser Apparat fängt nirgendwo an und hat auch kein Ende, er bildet einen

geschlossenen Kreis ohne Anfang und Ende. Die Stoffe, die der Mensch braucht, sind im Rohzustand unverdaulich – sie müssen vorher bearbeitet werden, eine Verdauung durchmachen. Und diese Vorarbeit verrichtet nicht der Mund, sondern die Pflanze. Diese sammelt und verwandelt die Stoffe, so daß sie auf ihrem weiteren Weg durch den Verdauungskanal assimiliert werden können. Die Pflanzen mit ihrem Standort in der Erde gehören also ebenso zum Menschen, wie der Mund, die Zähne, der Magen.

Jedoch ist dem Menschen nicht wie der Pflanze mit einem Teile der Erde gedient, der Mensch braucht die ganze Erde, und zwar braucht jeder einzelne Mensch die ganze Erde ungeteilt. In Tälern und Inseln wohnende oder durch Mauern und Zölle abgeschlossene Völker verkümmern, sterben aus. Handelsvölker dagegen, die mit allen Produkten der Erde ihr Blut würzen, bleiben frisch, vermehren sich und erobern die Welt. Die leiblichen und geistigen Bedürfnisse der Menschen senken ihre Wurzeln in jedes Krümelchen der ganzen Erdrinde; sie umfassen die Erde wie mit Polypenarmen. Alles braucht der Mensch, nicht einen Teil. Er braucht die Produkte der Tropen, der gemäßigten Zone und des hohen Nordens, er braucht für seine Gesundheit die Gebirgs-, See- und Wüstenluft. Zur Geistesauffrischung braucht er den Verkehr und die Erfahrung aller Völker der Erde. Er braucht alles, selbst die Götter der verschiedenen Völker braucht er als Vergleichsobjekte für seine Religion. *Die ganze Erdkugel, so wie sie da im prächtigen Flug um die Sonne kreist, ist ein Teil, ein Organ des Menschen, jedes einzelnen Menschen.*

Dürfen wir nun gestatten, daß einzelne Menschen Teile dieser Erde, Teile von uns selbst, als ausschließliches und ausschließendes Eigentum in Beschlag nehmen, Zäune errichten und mit Hunden und dressierten Sklaven uns von Teilen der Erde abhalten, uns ganze Glieder vom Leibe reißen? Bedeutet ein solches Vorgehen nicht dasselbe, wie eine Amputation an uns selbst?

Man wird vielleicht diesen Vergleich nicht gelten lassen wollen, weil das Abschneiden eines Grundstückes nicht mit Blutverlust verbunden ist! Blutverlust! Wäre es doch nur gemeiner Blutverlust! Eine gewöhnliche Wunde heilt; man schneidet ein Ohr, eine Hand ab, der Blutstrom versiegt, die Wunde vernarbt. Aber die Wunde, die uns die Amputation eines Grundstückes am Leibe hinterläßt, eitert ewig, vernarbt nie. An jedem Zinstermin, am Martinstag, springt die Wunde immer wieder auf, und das rote goldene Blut fließt in Strömen ab. Bis aufs Weiße wird da der Mensch geschröpft, blutleer wankt er einher. Die Amputation eines Grundstückes von unserem Leibe ist die blutigste aller Operationen, sie hinterläßt eine jauchige, klaffende Wunde, die nur unter der Bedingung heilen kann, daß das geraubte Glied wieder angesetzt wird.

Aber wie? Ist nicht die Erde schon zerstückelt, in Scherben zerschlagen, zerteilt und verteilt? Und hat man darüber keine Urkunden ausgestellt, die geachtet werden müssen? Unsinn, nichts als Unsinn!

Wer hat die Urkunden ausgestellt, wer hat sie unterschrieben? Ich selbst habe in meinem Namen niemals in die Teilung der Erde, meiner Glieder, eingewilligt; und was andere für mich ohne meine Zustimmung getan haben, was geht das mich an? Für mich sind alle diese Urkunden Makulatur. Ich habe die Einwilligung zu der Amputation nicht gegeben, die aus mir einen Krüppel macht. Darum fordere ich meine geraubten Glieder zurück und erkläre jedem den Krieg, der mir einen Teil der Erde vorenthält.

Aber hier auf diesen vergilbten Pergamenten steht die Unterschrift deiner Vorfahren! Ganz recht, ich lese dort meinen Namen – aber ob der Name gefälscht wurde, wer weiß es? Und wenn auch die Unterschrift echt wäre, wofür sogar die Möglichkeit eines Beweises fehlt, so sehe ich neben der Unterschrift ein Loch, das vom Dolch herrührt, mit dem die Unterschrift erpreßt wurde, da doch niemand ohne unmittelbare Lebensgefahr einzelne seiner Glieder opfert. Der Fuchs beißt sich auch wohl ein Bein ab, aber nur, wenn er in der Falle sitzt. Und schließlich ist denn heute jemand verpflichtet, die Schulden seiner Vorfahren anzuerkennen, sind die Kinder für die Sünden ihrer Vorfahren haftbar? Dürfen die Eltern ihre Kinder verstümmeln, darf der Vater seine Tochter verkaufen? Unsinn, alles Unsinn.

Den Kindern der Säufer wird ein Vormund bestellt: und wer sagt, daß nicht alle diese Grundbuchurkunden im Rausche unterschrieben wurden? Nach dem statistisch ermittelten durchschnittlichen Alkoholkonsum mußten ja unsere Vorfahren in einem ewigen Rausche gelebt haben. Es waren Säufer, die die Erde verjubelt haben, Säufer, wie die alten Germanen, die im Rausche Weib und Kind aufs Spiel setzten. Nur versoffenes Gesindel verkauft sich oder seine Glieder, nur versoffenes Gesindel kann die Grundbuchurkunden freiwillig unterschrieben haben. Denke man sich doch nur, es käme vom Monde herunter ein Mann mit einer Schnapsflasche, um hier Land für den Mond zu kaufen! Würde man ihm erlauben, Teile dieser Erde, große und kleine, fortzuschleppen? Und doch ist es völlig gleich, ob die Erde auf den Mond getragen wird, oder ob ein Grundeigentümer sie in Beschlag nimmt. Der Grundeigentümer läßt nach Einziehung der Grundrente ja doch nur Öd- und Wüstland zurück. Wenn unsere Grundeigentümer die gesamte Ackerkrume Deutschlands aufrollten und nach dem Monde schleppten, – für den Rest des Volkes wäre das gleichgültig. Trotz der Hungersnot führten die in Paris prassenden russischen Grundbesitzer riesige Mengen Getreide aus Rußland aus, so daß selbst die Kosaken in Not gerieten, und man im Interesse der Ordnung ein Ausfuhrverbot erließ.

Kann man also anders annehmen, als daß die Unterschriften im Grundbuch mit dem Dolche erpreßt, mit der Schnapsflasche erschwindelt wurden? Das Grundbuch, das ist das Verbrecheralbum Sodoms und Gomorrhass, und wenn irgendein Grundbesitzer die Verantwortung für die Handlungen seiner Vorfahren übernehmen möchte, so müßte man ihn gleich wegen Betrugs und Erpressung einsperren.

Jakob erpreßte von seinem Bruder für einen Teller Linsen dessen ganze Viehweide, als dieser, dem Verhungern nahe, von der Wolfsjagd heimkehrte. Sollen wir nun diesem Wucher die sittliche Weihe geben, dadurch, daß wir die Nachkommen Esaus mit der Polizei von der Benutzung jener Weide abhalten?

Jedoch, wir brauchen nicht bis auf Esau zurückzugreifen, um die Urgeschichte unserer Urkunden aufzudecken. „Die Besiedelung der meisten Länder hat ursprünglich auf dem Wege der Okkupation, der Eroberung, stattgefunden, und auch später hat oft genug das Schwert die bestehende Teilung wieder verändert“ [Anton Menger: Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag. 4. Aufl. S. 2].

Und wie wird heute unter unseren Augen die Okkupation betrieben? Für eine Flasche Schnaps für sich, und eine alte Krinoline für seine Gemahlin, veräußerte der schwarze Hererokönig das von ihm den Hottentotten entrissene Land. Millionen von Hektaren, die ganze Weide ihrer Herden. Wußte er, was er tat, als er mit dem Schnapsee im Kopfe das verräterische + unter das Schriftstück setzte? Wußte er, daß dieses Schriftstück nunmehr als wertvolles Dokument wie ein Heiligtum in eiserner Schranke aufbewahrt, von einer Schildwache Tag und Nacht behütet würde? Wußte er, daß nunmehr er und sein ganzes Volk auf jenes unbeholfene Kreuz genagelt würden, daß er von da ab für jede seiner Kühe eine Rente würde zahlen müssen – er, seine Kinder, seine Enkel, heute, morgen, ewig? Das wußte er nicht, als er das von den Missionaren erlernte Zeichen des Kreuzes auf das Schriftstück malte. Wie kann man auch mit dem Christuszeichen betrogen und bestohlen werden? Und wenn er die Bedeutung des Schriftstückes kannte, warum hat man den Lumpen als Volksverräter nicht an den ersten besten Baum geknüpft? Aber er wußte es nicht, das geht ganz klar daraus hervor, daß, als er an der Praxis den Inhalt des Dokumentes verstehen lernte, er sich erhob, um das „betrügerische Gesindel“ (in den deutschen Zeitungen nennt man die unglücklichen Eingeborenen, die ihren „Freiheitskrieg“ mit den ihnen zur Verfügung stehenden Waffen führen, in der Regel Mordbrenner, Diebe, Gesindel usw.) zu vertreiben. Freilich nutzlos, denn nun wurde eine Hetz- und Treibjagd veranstaltet, und die wenigen, die nicht zur Strecke gebracht wurden, hat man in die Wüste gedrängt, wo sie verhungern werden (s. die Proklamation des Generals Trotha.)

Das auf diese Weise okkupierte Land hat man nun, laut offizieller Auskunft, wie folgt, verteilt: [s. Deutsche Volksstimme. 20. Dezember 1904.]

1. Deutsche Kolonialgesellschaft für Südwestafrika	135.000 qkm
2. Siedlungsgesellschaft	20.000 "
3. Hanseatische Land-, Minen- u. Handelsgesellschaft	10.000 "
4. Kaoko Land- und Minengesellschaft	105.000 "
5. Southwestafrika Co. Ltd	13.000 "
6. South Afrika Territories Ltd	12.000 "
	<hr/>
	Sa. 295.000 qkm

gleich 900 Millionen, Morgen Land.

Was haben diese 6 Personen wohl für die 900 Millionen Morgen Land gegeben? Einen Schnaps, ein Linsengericht. So ging es und geht es in Afrika, in Asien, in Australien.

In Amerika hat man es noch bedeutend einfacher gemacht, da hat man das Schriftstück mit dem + als Unterschrift gespart: Man schickte den General Roca, den nachherigen Präsidenten, mit einer Bande Soldaten gegen die Indianer aus, um diese von den fruchtbaren Weideplätzen der Pampa zu vertreiben. Man knallte die Mehrzahl nieder, schleppte die Weiber und Kinder nach der Hauptstadt als billige Arbeitskräfte, und trieb den Rest über den Rio Negro. Das Land wurde dann unter die Soldaten verteilt und verschrieben, die dann in der Regel nichts Eiligeres zu tun hatten, als ihre Rechte zu verkaufen – für Schnaps und bunte Tücher [ Im Hamburger Fremdenblatt vom 22. Dez. 1904 finde ich folgende Notiz: „Latifundien in Argentinien. Hamburg, 22. Dez. Wie der hiesige Generalkonsul mitteilt, haben kürzlich Verkäufe von großen Ländereien in Argentinien stattgefunden, die deutlich zeigen, wie sehr der Wert von Grund und Boden auch in diesem Lande steigt. Antonio Devoto kaufte in dem Territorium der Pampa von der englischen Gesellschaft South American Land Company ein Areal von 116 Leguas mit 12.000 Stück Hornvieh, 300.000 Schafen usw. für 6 $\frac{1}{2}$ Millionen Dollars = etwa 50.000 Dollars per Legua von 2.500 ha. – José Guazzone, der Weizenkönig genannt, kaufte im Bezirk Navarra in der Provinz Buenos Aires 5 Leguas á 200.000 Dollars. – Die Jewish Colonisation Society kaufte 40 Leguas, teils in Piqué, teils in der Pampa Central zum Preise von 80.000 Dollars per Legua, die der Verkäufer Herr Federico Leloir im Jahre 1879 für 400 Dollars per Legua erstand. – Alle diese Ländereien der Pampa, die im Jahre 1878 von den Indianerhorden befreit wurden, sind 1879/80 von der Regierung zu 400 Dollars die Legua von 2.500 ha öffentlich verkauft worden; sie eignen sich besonders für Viehzucht, und ihr Wert hat sich seitdem um das 150 – 200fache gesteigert, ein gutes Zeichen für das Gedeihen und die Zukunft des Landes.“

Hierzu ist noch zu bemerken. daß die berechnete 200fache Preissteigerung nur nominell zu verstehen, materiell aber bedeutend größer ist. Die 400 Dollars die Legua von 2.500 Hektaren waren in moneda corriente zahlbar, wovon 30 auf einen heutigen Peso gingen. Die Preissteigerung ist also  $30 \times 200 = 6.000$ fach. Es wird erzählt, daß die Soldaten ihre Landanteile für Streichhölzchen (Cajas de fósforos) verkauften.].

So, nicht anders entstanden die heiligen, unantastbaren Rechte der heutigen Besitzer des besten, fruchtbarsten Bodens, den es vielleicht in der Welt gibt. Der Tummelplatz von Millionen von Schafen, Pferden und Kühen, der Boden für eine schon im Ent-

stehen begriffene, große Nation, befindet sich heute im Privatbesitz einer Handvoll Leute, die nichts weiter dafür gegeben haben, als eine Flasche – Schnaps.

In Nordamerika waren die in jüngster Zeit besiedelten Ländereien meistens unbewohnt. Da konnte sich jeder einfach nehmen, so viel er brauchte. Jeder Erwachsene, Mann oder Frau, hatte da das Recht auf 160 Acker Land, so daß Familien mit 6 erwachsenen Kindern 1000 Acker gleich 400 Hektar beanspruchen konnten. Mit der Verpflichtung, einige Bäume zu pflanzen und zu pflegen, durfte jeder die doppelte Anzahl Acker (also 320) in Besitz nehmen. Nach einer Reihe von Jahren (6) wurden Besitztitel ausgeschrieben, und das Land war dann verkäuflich. Durch Ankauf solcher „Heimstätten“ für billiges Geld (für eine Sache, die man so ohne weiteres überall in Besitz nehmen kann, konnte nicht viel gefordert werden) sind dann die Riesenfarmen von Tausenden von Hektaren entstanden. Preis: eine Flasche Schnaps, ein protestierter Wechsel, ein Linsengericht. So besitzen zwei Luxemburger Bauern, die Herren Müller & Lux in Kalifornien heute einen Landsitz so groß, daß das Königreich Preußen und das Fürstentum Lippe bequem darin Platz finden würden. Preis: eine Flasche Schnaps, ein Linsengericht.

Die Northern-Pacific-Eisenbahn erhielt von der Regierung die Konzession für den Bau der Eisenbahn umsonst, dazu noch die Hälfte des Landes, das sich rechts und links der Bahn hinzieht, und zwar 40 Meilen landeinwärts. Man denke: 40 Meilen rechts und links der ganzen 2000 Meilen langen Bahn! Preis? Ein Schnaps? Nein, weniger als ein Schnaps – umsonst!

Bei der Kanada-Pacific-Bahn verhält es sich ähnlich. In der von dieser Bahngesellschaft ausgegebenen Broschüre „Die neue Weltstraße nach dem Orient“ heißt es S. 5: „Die Gesellschaft übernahm den Bau der 1920 Meilen, wofür sie von der Regierung eine Anzahl wertvoller Vorrechte und Freiheiten, ferner 25 Millionen Dollars in Geld, 25 (sage und schreibe fünfundzwanzig) Millionen Morgen Ackerland und 638 Meilen schon fertiger Eisenbahn erhalten hat.“

Wer nun etwa glaubt, daß als Preis dieser Leistungen die zu bauende Eisenbahn anzusehen wäre, der irrt sich gewaltig. Die erwähnte Broschüre sagt: die ganze Bahn sollte Eigentum der Gesellschaft sein. Aber wo, so wird man fragen, ist denn die Gegenleistung der geschenkten 25 Millionen Acker Land, der 25 Millionen Dollars in Geld, der 638 Meilen fertiger Eisenbahn und der wertvollen Freiheiten? Antwort: ein Schnaps, ein Linsengericht, das Risiko für die Verzinsung des Kapitals.

So gingen hier durch einen Federstrich 25 Millionen Morgen Ackerland in den Privatbesitz über in einem der fruchtbarsten, schönsten und gesündesten Länder. Man hatte sich nicht einmal die Mühe gegeben, sich das Land anzusehen, das da verschenkt werden sollte. Erst während des Bahnbaues „entdeckte“ man die außerordentliche Fruchtbarkeit des Bodens, den der Kohlenlager, die Schönheit der Landschaft, die Erze der



Berge. Und das war nicht in Afrika, sondern in dem sonst durch seine treffliche Verwaltung rühmlichst bekannten Kanada.

So entsteht heute der Privatgrundbesitz in Ländern, von denen Europa so abhängig ist, wie von den eigenen Äckern.

Sollen wir nun, nachdem wir wissen, wie der Privatgrundbesitz heute entsteht, noch weiter danach forschen, wie er gestern entstand? Peor es menearlo, schlimmer wird es, je mehr man darin herumrührt. Sollen wir die Kirche fragen, auf wieviel Grad die Hölle geheizt worden war, als die Sterbende ihren Landsitz der Kirche vermachte? Sollen wir die Grafen, Fürsten, Freiherren fragen, durch welche hochverräterischen Mittel sie vom schwächlichen, kranken Kaiser die Umwandlung des mit der Heeresfolge belasteten Lehens in lastenfreies Besitztum erwirkten; wie sie den Einfall räuberischer Nachbarn als hochwillkommene Gelegenheit benutzten, um vom Kaiser Vorrechte und Grundbesitz zu erpressen? Peor es menearlo. Es stinkt, wenn man darin herumrührt. Sollen wir die englischen Landlords fragen, wie sie eigentlich zum Grundbesitz in Irland gelangten? Raub, Mord, Hochverrat und Erbschleicherei, das wären die Antworten auf diese Fragen. Und wer mit diesen Antworten etwa nicht zufrieden gestellt ist, dem werden die alten Mären und Trinklieder, der jämmerliche, körperliche und geistige Zerfall der Rasse die gewünschte, volle Auskunft über die Herkunft des Privatgrundbesitzes geben. Er wird sich überzeugen, daß unsere Ahnen eine Bande von Säufern waren, die das Erbe ihrer Nachkommen verjubelt haben und die sich den Teufel um das Schicksal der folgenden Geschlechter kümmerten. Nach uns die Sündflut, das war ihre Devise.

Sollen wir nun die „althehrwürdigen“ Zustände, die diese lustigen Brüder geschaffen haben, aufrecht erhalten, aus Pietät für die Flaschen, die dabei geleert wurden, aus Dankbarkeit für das verseuchte Blut, für die verkrüppelten Glieder, die sie uns hinterlassen?

Die Werke der Toten sind für uns nicht maßgebend; jedes Zeitalter hat seine eigenen Aufgaben zu erfüllen, übrigens auch gerade genug damit zu tun. Das tote Laub der Bäume fegt der Herbststurm fort, den toten Maulwurf auf dem Wege vernichten die Insekten, und den Mist der weidenden Herden verscharren die Käfer; kurz, die Natur sorgt dafür, daß das Abgestorbene vernichtet werde, damit die Erde immer jung und frisch bleibe. Die Natur haßt alles, was an den Tod erinnert. Ich habe noch niemals beobachtet, daß das bleiche Gerippe einer dünnen Fichte dem aufstrebenden jungen Geschlechte als Stütze und Leiter gedient hätte. Ehe noch das Samenkorn keimt, hat den dünnen Baum der Sturm schon gestürzt. Im Schatten der alten Bäume kann das junge Geschlecht nicht gedeihen; kaum aber sind die alten gefällt, so wächst und gedeiht die junge Generation.

So laßt uns also mit dem Toten auch seine Werke und Gesetze begraben. Errichtet aus den alten Urkunden und Grundbüchern einen Scheiterhaufen und legt den Toten darauf. Der

Sarg ist ein schlechtes, allzu enges Bett, und was sind die Gesetze und Grundbücher für uns anderes als Särge, worin die geistige Hülle unserer Vorfahren gebettet liegt?

Fort also ins Feuer mit dem vermoderten Plunder. Der Asche, nicht der Leiche entsteigt der Phönix.

### **23. Was die Bodenverstaatlichung nicht kann!**

So schwere Folgen auch die Bodenverstaatlichung nach sich ziehen wird, so kann man ihre Wirkung doch übertreiben.

Ein Universalmittel ist die Bodenverstaatlichung, wie manche meinen, nun freilich nicht. Henry George war der Meinung, daß mit der Bodenreform auch *der Zins, die Wirtschaftskrisen, die chronische Arbeitslosigkeit*

verschwinden würden. Zwar vertrat er diese Meinung nicht mit der Entschlossenheit und dem Gedankenreichtum, mit denen er seine Hauptforderung stützte, und in dieser Lauheit müssen wir den Beweis erblicken, daß er selbst noch schwere Zweifel hegte und einen völlig klaren Einblick in diese Verhältnisse vermißte. Aber seine Jünger haben diese Zweifel nicht.

Bei Henry George waren es nicht viel mehr als Meinungen oder Glaubenssätze, bei seinen Jüngern aber sind es Axiome geworden. Nur Michael Flürscheim macht hier eine Ausnahme, wodurch er aber wieder allen anderen Bodenreformern entfremdet wurde, trotzdem er es gewesen war, der den Gedanken der Bodenreform in Deutschland wieder neu zu beleben wußte. Sicher der beste Beweis, daß die Ansichten Georges über Zins und Krisen bei seinen Jüngern als unantastbare Wahrheit gelten, *mit* denen man wohl denkt, *über* die zu denken aber als eine Art Apostasie angesehen wird.

Die Bodenverstaatlichung beeinflußt die Verteilung der Produkte, aber die Arbeitslosigkeit, die Wirtschaftskrisen sind keine Probleme der Verteilung, sondern solche des Tausches (oder Handels), und auch der Zins ist, obschon er viel stärker noch als die Grundrente die Verteilung der Produkte beeinflußt, doch nur ein Tauschproblem, denn die Handlung, die die Höhe des Zinses bestimmt, nämlich das Angebot von greifbaren vorrätigen Produkten gegen solche künftiger Produktion ist ein Tausch, nichts als ein Tausch. Bei der Grundrente dagegen findet kein Tausch statt; der Grundrentner steckt einfach die Rente ein, ohne irgend etwas in Tausch zu geben. Die Rente ist ein Teil der Ernte, kein Tausch, darum kann auch das Studium der Grundrente keinen Anhaltspunkt für die Lösung des Zinsproblems geben.

Die Fragen der Arbeitslosigkeit, der Wirtschaftskrisen und des Zinses lassen sich nur beantworten, wenn man die Bedingungen untersucht, unter denen der Tausch überhaupt stattfinden kann. Diese Untersuchung hat George, haben auch die

deutschen Bodenreformer nicht angestellt. Darum ist es ihnen ganz unmöglich, für

*den Zins, die Krisen und die Arbeitslosigkeit*

stichhaltige Erklärungen zu geben. Die Zinstheorie Georges, die noch heute die Köpfe der deutschen Bodenreformer verwirrt, ist eine unglaublich grobe, sogenannte Fruktifikationstheorie, und vermag so wenig wie seine ebenso oberflächliche Krisentheorie (Mißverhältnis zwischen Konsum und Einnahmen der Reichen) nicht eine einzige Erscheinung zu erklären, die den Zins, die Arbeitslosigkeit und die Krisen begleiten.

Und das ist bisher der schwache Punkt der Bodenreform gewesen. Auf der einen Seite die Behauptung, die Bodenreform löse für sich allein die ganze „soziale Frage“, auf der anderen Seite die Unfähigkeit, für die schwersten Schäden unserer Volkswirtschaft eine befriedigende, der Kritik standhaltende Erklärung zu bringen. Und nicht allein eine Erklärung hätten die Bodenreformer bringen müssen, sondern auch das Mittel, um die genannten Schäden unserer Volkswirtschaft zu beseitigen. Den Arbeitern aber, denen die Bodenverstaatlichung die Erlösung aus ihrer schrecklichen Lage bringen soll, ist mit der Verstaatlichung der Grundrente allein wenig geholfen. Sie wollen den *vollen* Arbeitsertrag d. h. die Beseitigung der Grundrente *und* des Kapitalzinses; dazu eine Volkswirtschaft, die Wirtschaftskrisen und Arbeitslosigkeit unmöglich macht.

Diese Übertreibung der Wirksamkeit der Bodenverstaatlichung hat der ganzen Bewegung unberechenbaren Schaden verursacht,

Wir werden jetzt die Verhältnisse untersuchen, unter denen der Zins, die Krisen und die Arbeitslosigkeit zustande kommen und die Mittel prüfen, die für die Beseitigung dieser Übelstände zu ergreifen sind. Es handelt sich hier um Fragen, die in dem üblen Rufe stehen, zu den verwickeltesten aller volkswirtschaftlichen Fragen zu gehören. Die Sache ist jedoch nicht so schlimm. Die Fragen sind nur wissenschaftlich verwickelt worden; in Wirklichkeit liegen die Tatsachen schön *nebeneinander*, und wir brauchen nur beim richtigen Ende anzufangen, um sie *aneinander* zu reihen.



# Die neue Lehre vom Geld und Zins

## I. Teil.

### Das Geld, wie es sein soll und sein kann.

„Gebt dem sozialen Körper eine vollkommene Zirkulation, d. h. einen exakten und regelmäßigen Tausch der Produkte, erhebt die Ware und Arbeit auf die Rangstufe des baren Geldes, und die menschliche Solidarität ist eingeführt, die Arbeit organisiert.“

*Proudhon.*

## Vorwort.

Vor dem Abstrakt steht der menschliche Geist wie der Ochs vor dem Berg. Und ein vollkommenes Abstrakt war das Geld bisher. *Es war absolut nichts da, womit wir es hätten vergleichen können.* Zwar gab es verschiedene Geldvarietäten, Metall- und Papiergeld, aber diese Varietäten waren in bezug auf die Hauptsache am Gelde, das sind die Kräfte, die seinen Umlauf regeln, vollkommen gleich, was beim Geldtheoretiker darum auch zur Entropie der Geisteskräfte führen *mußte*. Das Gleiche ist unvergleichbar und begrifflich tot. Die Geldtheorie stand immer noch vor dem Berg, er war ihr einfach unüberwindlich. In keinem Staate der Welt gab es und gibt es eine gesetzlich anerkannte Theorie des Geldes, nach der sich die Geldverwaltung zu richten hätte. Überall „wurstelt“ die Geldverwaltung mit Erfahrungssätzen, die ihr zugleich als Blankovollmacht dienen. Dabei handelt es sich um die Grundlage der Finanzen und der Volkswirtschaft, um einen Gegenstand, der sich seit Jahrtausenden von Hand zu Hand wälzt, dessen praktische Bedeutung die Phantasie anregt, wie kaum ein zweiter und den wir selbst obendrein seit 3000 Jahren künstlich herstellen! Man bedenke, was das heißt. Seit 3000 Jahren in einer der wichtigsten Staats- und Privatangelegenheit unbewußt, blindlings, erkenntnislos vorgehen! Wenn man noch eines Beweises bedürfte für die Hoffnungslosigkeit des sogen. abstrakten Denkens, so haben wir ihn hier.

Mit der hier dargestellten Geldreform ändert sich diese Sachlage vollständig. Das Geld hat nun aufgehört, ein Abstrakt zu sein. Das Reformgeld bringt zum erstenmal einen Vergleichspunkt für die Betrachtung des Geldes. Das Geld hat einen Hintergrund bekommen, es ist durch Farbenabtönung und Flächenbegrenzung der menschlichen Betrachtung erschlossen. Gebt mir nur einen Stützpunkt, ruft Archimedes, so hebe ich die Erde aus ihren Angeln. Mit einem Vergleichspunkt löst Mensch jedes Problem.

*Das Reformgeld schafft das Lot zum Bau der Geldtheorie, an dem alle Abweichungen von der Senkrechten unmittelbar wahrnehmbar sind.*

Diese Rolle, die das Reformgeld in der Geldtheorie spielt, veranlaßte mich, auch die herkömmliche und auch sonst natürliche und angebrachte Reihenfolge bei der Darstellung der Geldtheorie umzuwerfen. Sonst gibt uns die Darstellung von dem, was ist, die Richtpunkte für das, was zu reformieren ist. Hier wird nun umgekehrt *die Reform* für das Studium von dem, was ist, benutzt und an die Spitze der Untersuchung, gestellt.

## 1. Geldreform und Reformgeld.

Das Geld ist Tauschmittel, nichts anderes. Es soll den Austausch der Produkte erleichtern, die Schwierigkeiten des Tauschhandels umgehen. Der Tauschhandel war unsicher, schwerfällig, kostspielig und versagte wohl auch oft, und das Geld, das den Tauschhandel ablösen soll, muß darum den Austausch der Produkte *sichern, beschleunigen, verbilligen*.

Das ist es, was wir vom Geld fordern. Der Grad der Sicherheit, Schnelligkeit und Billigkeit, womit die Waren ausgetauscht werden, *bildet den Prüfstein für die Qualität des Geldes*.

Wenn wir noch nebenbei fordern, daß uns das Geld durch körperliche Eigenschaften möglichst wenig belästige, so ist das eine Forderung, die entschieden erst dann in Betracht kommt, wenn sie die Erreichung des Geldzweckes nicht hindert.

Läßt sich die *Sicherung, Beschleunigung und Verbilligung* des Warenaustausches mit einem Geld erzielen, das die Motten nicht zerfressen und das sich obendrein trefflich sparen läßt – gut, so mag man solches Geld einführen. Leidet aber die Sicherheit, Schnelligkeit und Billigkeit des Warenaustausches darunter, so sagen wir – weg damit.

Und in der Erkenntnis, daß hier die Arbeitsteilung, die wahre Grundlage unserer Existenz, in Frage kommt, werden wir das Geld genau so herstellen, wie es die Arbeitsteilung verlangt, und zwar ohne irgendwelche Rücksicht auf private Wünsche und Vorurteile.

Um die Güte des Geldes zu prüfen, werden wir keine Waage, keinen Schmelztiegel, keine Chemikalien gebrauchen; wir werden uns auch nicht in die Betrachtung eines Geldstückes versenken, auch niemand fragen. Wir werden die *Arbeit* betrachten, die das Geld verrichtet. Sehen wir, daß das Geld die Waren aufspürt und auf dem kürzesten Weg von der Arbeitsstätte zum Konsumenten führt, beobachten wir, daß die Märkte und Warenlager sich lichten, daß die Zahl der Kaufleute abnimmt, daß die Profitsätze zusammenschmelzen, daß keine Absatzstockungen eintreten, daß den Produzenten der Absatz für die Produkte ihrer vollen Arbeitskraft gesichert ist, so werden wir ausrufen: Ein vortreffliches Geld! Und *[wir]* werden auch bei dieser Meinung verharren, wenn wir bei näherer Betrachtung sehen, daß das Geld wenig körperliche Reize hat. Wir werden das Geld betrachten, wie man etwa eine Maschine betrachtet, und unser Urteil ganz nach den Leistungen, nicht nach der Gestalt und Farbe richten.

Von einem guten Geld, einem zweckentsprechenden Tauschmittel, werden wir also verlangen:

1. Daß es den Austausch der Produkte *sichere*, was wir daran erkennen werden, daß der Tausch ohne Absatzstockungen, Krisen und Arbeitslosigkeit vor sich geht.

2. Daß es den Austausch *beschleunige*, was wir an den geringen Warenbeständen, der geringen Zahl von Kaufleuten und Läden und an den entsprechend gefüllten Vorratsräumen der Verbraucher ermessen werden.

3. Daß es den Austausch *verbillige*, was wir an dem geringen Unterschied zwischen dem Preis, den der Produzent erhält und dem Preis, den der Konsument bezahlt, ermessen werden (Zu den Produzenten gehören in diesem Falle auch alle, die am Transport der Produkte beteiligt sind.)

Wie schlecht das herkömmliche Geld sich als Tauschmittel bewährt, das wird die Untersuchung im III. Teil zeigen. Ein Geld, das gesetzmäßig in der Weise arbeitet, daß es sich zurückzieht, wenn es zu fehlen beginnt, und das mit all seinen Reserven und Trabanten den Markt betritt, wenn es dort schon übermäßig vertreten ist, kann nur dem Schwindel und Wucher dienen, und muß als unbrauchbar bezeichnet werden, ob es auch, rein körperlich betrachtet, manche angenehme Eigenschaften hat. Wie schön machte sich doch der König von Bayern auf den deutschen Doppelkronen, ruft manche alte Jungfer aus und knüpft daran das Urteil: Welch vortreffliches Geld hat uns doch die Monarchie und die Goldwährung beschert. Aber das ist ein ganz naiver Standpunkt, obschon er der Standpunkt der großen Mehrheit des Volkes ist.

Was waren das für grauenvolle Zustände, ruft der *Kenner* aus, die uns die Goldwährung brachte. Zuerst die durch den Milliardenplunder gespeiste Gründerzeit, dann der unausbleibliche, gesetzmäßig eintretende Krach!

Wir führten die Goldwährung ein, weil wir davon einen Vorteil erwarteten, und welchen anderen Vorteil können wir von einer Änderung im Geldwesen erwarten, als eine größere *Sicherung*, *Verbilligung* und *Beschleunigung* des Austausches der Produkte?

Und wenn das der Zweck der Sache war, wie erklärte man den Zusammenhang zwischen der Einführung der Goldwährung und jenem Zweck? Es wäre das sehr interessant zu erfahren. So weit und tief ich auch meine Fühlhörner ausgestreckt habe, niemals bin ich auf diesen Zusammenhang gestoßen. Das naive Urteil der eben genannten alten Jungfer scheint mir bei der Besprechung der Goldwährung den Ausschlag gegeben zu haben. Man wollte Gold, schönes, glänzendes Gold, niedliche runde Dingelchen haben, um den Austausch von Stroh, Eisen, Kalk, Häuten, Petroleum, Weizen, Kohle usw. *zu erleichtern*, zu sichern, zu beschleunigen und zu verbilligen. Wie das geschehen sollte, wußte sicherlich niemand zu sagen, man glaubte es ein-



fach. Und im Übrigen verließ man sich ganz (selbst Bismarck tat es) auf das Urteil der „Sachverständigen“.

Der Warenaustausch frißt nach wie vor der Münzreform 30, 40, vielleicht auch 50% der gesamten Produktion. Die Krisen brechen noch ebenso oft aus und sind ebenso verheerend wie zur Zeit der Taler und Gulden, und an der Zahl der Kaufleute kann man unmittelbar ermessen, wie gering die Verschleißkraft des Goldes ist. Es ist ein stumpfes, an die Steinzeit erinnerndes Handwerkszeug, womit die Goldwährung den Handel versehen hat. [Dabei ist die Goldwährung noch außerordentlich durch den Zufall begünstigt worden. Ohne die gewaltigen Goldfunde der letzten Jahrzehnte sähe es wüst aus in der Welt.]

Woran liegt es, daß die Verschleißkraft [Verschleißkraft: so viel wie die Kraft, die Waren vom Produzenten dem Konsumenten zuzuführen.] des Goldes so gering ist? Es liegt daran, daß man das Geld zu sehr *verbessert* hat, nämlich verbessert vom einseitigen Standpunkt des Inhabers. Man hat bei der Wahl des Geldstoffes ganz allein an den Käufer gedacht, an die Nachfrage. Die Ware, das Angebot, den Verkäufer, den Verfertiger der Ware hat man ganz und gar vergessen. Man hat für die Herstellung des Geldes den schönsten Stoff ausgesucht, den die Erde birgt, ein Edelmetall – weil es für die Inhaber Annehmlichkeiten bot. Und man hat dabei vergessen, daß die Warenbesitzer beim Verkauf ihrer Produkte diese Annehmlichkeiten bezahlen müssen. Man hat durch die Wahl des Geldstoffes dem Käufer Zeit gegeben, den für ihn günstigsten Augenblick für den Kauf von Waren auszuwählen und hat dabei vergessen, daß diese Freiheit den Verkäufer zwingt, auf dem Markt geduldig zu warten, bis es dem Käufer beliebt, zu erscheinen. Man hat durch die Wahl des Geldstoffes aus der Nachfrage einen Willensakt der Geldbesitzer gemacht, man hat die Nachfrage der Laune überantwortet, der Profitsucht, der Spekulation und dem Zufall, und dabei hat man völlig außer Acht gelassen, daß das Angebot wegen der Natur seiner Substanz diesem Willen gegenüber ganz schutzlos ist. So entstand die Macht des Geldes, die, in Geldmacht umgewandelt, einen unerträglichen Druck auf alle Produzenten ausübt.

Kurz, unsere biedereren Sachverständigen haben die Währungsfragen beantwortet, wie ein eigenpänziger deutscher Bauer sie in dem Augenblick beantworten würde, wo er das Geld für ein verkauftes Stück Vieh in der Hand hält, also ganz einseitig, vom Standpunkt des Geldbesitzers. Sie haben diese Geldmacht so gestärkt, das Geld vom *einseitigen Standpunkt des Inhabers* so verbessert, daß es als Tauschmittel unbrauchbar wurde. Nach dem Zwecke des Geldes haben sie augenscheinlich nie gefragt, und so haben sie, wie *Proudhon* sich ausdrückt, einen „Riegel an Stelle eines Schlüssels für den Markt“ geschmiedet. Das Geld stößt die Ware ab, statt sie anzuziehen.

Man kauft Ware, ja, aber nur, wenn man hungrig ist, oder wenn man einen Profit dabei macht. Als Konsument kauft jeder das Minimum. Irgend welchen Vorrat will niemand haben; in den Bauplänen sind Vorratskammern niemals vorgesehen. Würde man allen Bürgern heute eine gefüllte Vorratskammer schenken – morgen schon fände man alle diese Vorräte auf den Märkten wieder. Nur Geld wollen die Bürger haben, obschon alle wissen, daß dieser Wunsch nicht erfüllt werden kann, insofern, als das Geld aller sich gegenseitig nullifiziert. Der Besitz einer goldenen Münze ist ja unbestreitbar viel angenehmer. Die Waren mögen die „Anderen“ haben. Die Anderen. Aber wer sind denn diese „Anderen“? Wir selbst sind diese Anderen; wir alle, die Waren erzeugen. Indem wir also als Käufer die Produkte der Anderen zurückweisen, stoßen wir uns alle gegenseitig unsere Produkte zurück. Wenn wir das Geld nicht den Produkten unserer Mitbürger vorzögen, wenn wir an Stelle einer angestrebten und doch unerreichbaren Geldreserve eine Vorratskammer anlegten und diese mit den Produkten unserer Mitbürger füllten, so brauchten wir unsere eigenen Produkte nicht in kostspieligen Läden feilhalten zu lassen, wo sie durch die Handelsspesen zum großen Teil aufgezehrt werden. Wir hätten dann einen schnellen und billigen Absatz der Produkte.

Das Gold paßt nicht zum Charakter unserer Produkte. Gold und Stroh, Gold und Petroleum, Gold und Guano, Gold und Ziegelsteine, Gold und Eisen, Gold und Häute!! Nur eine Fiktion, ein ungeheurer Wahngedanke, nur der Gegenstand der Wertlehre kann diesen Widerspruch überbrücken. Die Waren im allgemeinen, Stroh, Petroleum, Guano können nur dann sicher gegenseitig ausgetauscht werden, wenn es allen Bürgern völlig gleichgültig ist, ob sie Geld oder Ware besitzen, und das kann nur dann der Fall sein, wenn das Geld mit dem Extrakt all der üblen Eigenschaften belastet wird, die unseren Produkten „eigen“ sind. Es ist das ganz klar. Unsere Produkte faulen, vergehen, brechen, explodieren, und nur wenn das Geld körperliche Eigenschaften besitzt, die jene unangenehmen, verlustbringenden Eigenschaften der Waren aufwiegen, kann es den Austausch schnell, sicher und billig vermitteln, weil eben solches Geld von niemand, in keiner Lage und zu keiner Zeit den Waren vorgezogen wird.

Geld, das wie eine Zeitung veraltet, wie Kartoffeln fault, wie Eisen rostet, wie Äther sich verflüchtigt, das allein kann sich als Tauschmittel von Kartoffeln, Zeitungen, Eisen und Äther bewähren. Denn solches Geld wird weder vom Käufer noch vom Verkäufer den Waren vorgezogen. Man gibt dann noch das eigene Produkt gegen Geld her, weil man das Geld als Tauschmittel braucht, nicht, weil man vom *Besitz* des Geldes einen Vorteil erwartet.

Wir müssen also das Geld als Ware verschlechtern, wenn wir es als Tauschmittel verbessern wollen.

Die Besitzer der Waren haben es mit dem Tausch stets eilig; so will es die Gerechtigkeit, daß auch die Besitzer des Tauschmittels es eilig haben sollten. Das Angebot steht unter unmittelbarem, materiellem Zwang, so soll auch die Nachfrage unter gleichen Zwang gestellt werden.

*Das Angebot ist eine vom Willen der Warenbesitzer losgelöste Substanz; so soll auch die Nachfrage eine vom Willen seiner Besitzer befreite Substanz sein.*

Wenn wir uns dazu verstehen können, die Vorrechte der Geldbesitzer zu beseitigen und die Nachfrage zur einfachen Substanz zu machen, so lösen wir alle Widersprüche des herkömmlichen Geldwesens restlos auf und erreichen damit, daß die Nachfrage völlig unabhängig von allen politischen, wirtschaftlichen oder natürlichen Ereignissen unentwegt auf dem Markte erscheint. Namentlich werden auch die Machinationen der Spekulanten, die Ansichten oder Launen der Rentner und Bankiers ohne irgend welchen Einfluß auf die Nachfrage sein. Ja, das, was wir „Börsenstimmung“ nennen, wird überhaupt nicht mehr existieren. Wie etwa das Fallgesetz keine Stimmungen kennt, so wird es sich auch mit der Nachfrage verhalten. Keine Furcht vor Verlusten, keine Erwartung eines Profites wird die Nachfrage vom Markte abhalten können.

*So wird die Nachfrage unter allen denkbaren Verhältnissen immer der von den gegebenen Handelseinrichtungen gestatteten Umlaufgeschwindigkeit der vom Staate kontrollierten Geldmassen entsprechen.*

Alle Privatgeldreserven lösen sich durch den Umlaufzwang selbsttätig auf. Die gesamte, ausgegebene Geldmasse ist in ununterbrochener, gleichmäßiger, schneller Rotation. Niemand kann noch dem Staate in der Verwaltung des Geldes durch Ausgeben von Privatreserven, oder durch Einzug solcher Reserven ins „Handwerk“ pfuschen, und dann kann der Staat durch Einzug oder Ausgabe geringfügiger Geldmassen die Nachfrage jederzeit dem Angebot haarscharf anpassen.

Mehr als das ist aber nicht nötig, um den Austausch unserer Produkte vor jeder denkbaren Störung zu sichern, um Wirtschaftskrisen, Arbeitslosigkeit unmöglich zu machen, um den Handelsprofit auf die Rangstufe der Tagelöhnerarbeit und des Lohnes herabzusetzen und um in kurzer Zeit den Zins in einem Meer von Kapital zu ersäufen.

Und was kosten uns Produzenten, die wir durch die Arbeitsteilung das Geld schaffen, diese reichen Gaben eines Geldumlaufzwanges? Nichts, als den Verzicht auf das Vorrecht, in die Nachfrage den Willen und damit die Laune, die Profitsucht, Hoffnung, Furcht und Panik tragen zu dürfen. Wir brauchen nur die Wahnvorstellung fallen zu lassen, daß man seine eigenen Produkte verkaufen kann, ohne daß sie ein anderer kauft. Wir



### **Gebrauchsanweisung.** (Bildet die Rückseite des Reformgeldes.)

1. Den Kursverlust von Woche zu Woche trägt der jeweilige Inhaber. Wochenschluß sonabends 4 Uhr.

2. Mit Schluß des Jahres wird dieser Geldbrief außer Gebrauch erklärt; unter Nachzahlung des Fehlbetrages von 51 Pfg. kann er gegen einen neuen Geldbrief von 10 Mark an den Staatskassen umgetauscht werden.

3. Eine Einlösung oder ein Tausch dieses Geldes gegen Gold oder sonstige Waren findet an den Staatskassen **n i c h t** statt.

4. Der Staat übernimmt die Verantwortung, daß die Geldausgabe immer so den Bedürfnissen des Marktes angepaßt wird, daß die Warenpreise im Durchschnitt fest bleiben werden.

5. Anderes Geld als dieses nimmt keine Staatskasse an; den bisherigen Goldmünzen usw. wird die staatliche Gewähr für Gewicht und Feingehalt entzogen.

6. Zahlungen im Auslande werden in bisheriger Weise durch die Wechselmakler, die Börse und die Privatbanken durch Ausstellen von Wechseln vermittelt. Für kleinere Beträge sind Postanweisungen zu benutzen.

**B. Dieser Zettel gilt mit den unten verzeichneten Zuschlägen im Handel, an den Staatskassen und vor Gericht:  
Mk. 1.00 D. R. W.**

Januar	} 1 Pfg.	April	} 2 Pfg.	Juli	3 Pfg.	Oktober	} 5 Pfg.
Februar		Mai		August	4 Pfg.	November	
März	2 Pfg.	Juni	3 Pfg.	September	4 Pfg.	Dezember	

**C. Dieser Zettel gilt mit den unten verzeichneten Zuschlägen im Handel, an den Staatskassen und vor Gericht:  
Mk. 100.00 D. R. W.**

Januar	pro Mille	Februar	pro Mille	März	pro Mille	April	pro Mille	Mai	pro Mille	Juni	pro Mille
1—7	—	1—4	4	1—4	8	1	12	1—6	17	1—4	21
8—14	1	5—11	5	5—11	9	2—8	13	7—13	18	5—11	22
15—21	2	12—18	6	12—18	10	9—15	14	14—20	19	12—18	23
22—28	3	19—25	7	19—25	11	16—22	15	21—27	20	19—25	24
29—31	4	26—28	8	26—31	12	23—30	16	28—31	21	26—30	25
Juli	pro Mille	August	pro Mille	September	pro Mille	Oktober	pro Mille	November	pro Mille	Dezember	pro Mille
1—2	25	1—5	30	1—2	34	1—7	39	1—4	43	1—2	47
3—8	26	6—12	31	3—9	35	8—14	40	5—11	44	3—9	48
9—15	27	13—19	32	10—16	36	15—21	41	12—18	45	10—16	49
16—22	28	20—26	33	17—23	37	22—28	42	19—25	46	17—23	50
23—29	29	27—31	34	24—30	38	29—31	43	26—30	47	24—31	51
30—31	30										

Gebrauchsanweisung wie bei Zettel A.

**Kleingeld** (evtl. auch durch das heutige Nickelgeld ersetzbar).

1	2	21	22	41	46	61	66	81	86
3	4	23	24	42	47	62	67	82	87
5	6	25	26	43	48	63	68	83	88
7	8	27	28	44	49	64	69	84	89
9	10	29	30	45	50	65	70	85	90
<hr/>									
11	12	31	32	51	56	71	76	91	96
13	14	33	34	52	57	72	77	92	97
15	16	35	36	53	58	73	78	93	98
17	18	37	38	54	59	74	79	94	99
19	20	39	40	55	60	75	80	95	100

Wird in Heftchen von 10 oder 50 Zetteln ausgegeben. Die Rückseite trägt den Aufdruck der Zettel B. von 1 Mark. Diese Zettel können also, so lange sie nicht angebrochen sind, als 1 Markzettel dienen. Dieser Zettel vereinigt in sich 1 Münze von 1 Mark, 2 Münzen von 50 Pfg., 5 Münzen von 20 Pfg., 4 von 25 Pfg., 10 á 10 Pfg., 20 Münzen von 5 Pfg., 50 von 2 Pfg. und 100 von 1 Pfg., im Ganzen 192 Münzen.

**Gebrauchsanweisung.** (Bildet die Rückseite des Reformgeldes.)

1. Man reiße nach Bedarf ab, und zwar von der letzten Reihe anfangend von unten nach oben. Jedes Feld gilt 1 Pfg.; die großen Felder 10 Pfg.
2. Niemand ist verpflichtet, für mehr als 1 Mark von diesem Kleingeld in Zahlung zu nehmen.
3. Kaufleute, bei denen sich größere Mengen Abschnitte sammeln, erhalten an den Staatskassen, unentgeltlich, gummierte mit Datum versehene Unterlagen, auf die sie die Abschnitte aufkleben und zu 1-Mark-Zetteln wieder vereinigen können.
4. Solche aufgeklebten Zettel dürfen jedoch nicht mehr in Umlauf gesetzt werden; alle Staatskassen tauschen sie jederzeit nach Abzug des dem Datum entsprechenden Kursverlustes gegen neue um.
5. Mit Schluß des Jahres ist dieser Zettel nicht mehr kursfähig; unter Nachzahlung von 5 Pfg. wird er gegen einen neuen an allen Staatskassen umgetauscht.

Das Reichsgeldamt.

## Erklärungen.

Wie ersichtlich, gilt dieser Zettel am 1. Januar 100 Mark (resp. 10 oder 1 Mark) und fällt dann von Woche zu Woche um 1 ‰ (eins vom Tausend) so, daß er am Ende des Jahres nur noch 94,80 M. gilt. Wer dann etwa am 1. Juni 100 M. zu zahlen hat, der muß zu dem Hunderter noch 2,10 M. zulegen, um die Summe voll zu machen. Und wer am gleichen Tag 100 zu fordern hat, der hat ein Recht, zu dem Hunderter noch die Zulage von 2,10 M. zu fordern. Nur für die jeweiligen Inhaber verliert also das Reformgeld ständig an Zahlkraft. Das Verhältnis der Gläubiger zu ihren Schuldnern bleibt unberührt.

Wer daher obigen Zettel am 1. Juni mit 97,90 M. in Zahlung nimmt und bezahlt damit noch in der gleichen Woche eine Schuld, der verliert nichts; wartet er damit bis Ende des Monats, so verliert er 40 Pf. Würde er den Zettel vom 1. Juni bis Ende des Jahres behalten, so betrüge der Verlust 3,10 M., nämlich 97,90 M., wofür er ihn erhalten, abzüglich 94,80 M., wofür er ihn hergibt.

Ende des Jahres wird alles Geld durch neues ersetzt. Unter Nachzahlung von 5,20 M. erhält man an jedem beliebigen Tag des folgenden Jahres an allen Staatskassen einen neuen Zettel, der am 1. Januar 100 M. galt, für jeden alten Zettel von 100 M. Diese Nachzahlung schlägt der Staat zu den allgemeinen Staatseinnahmen.

Der Verlust am Kurs des Geldes ist mit dem Besitze des Geldes (des Bargeldes) untrennbar verbunden. Man kann ihm nur dadurch entgehen, daß man das Geld so verwendet, wie es seinem Zwecke entspricht, indem man es weitergibt. Wer Ware kauft, seine Schulden bezahlt, das Geld verleiht, wälzt damit auch den Verlust auf andere ab. (Für alle, die mit ihren Produkten im Schnee draußen auf den Käufer lauern, für alle, die sorgenvoll auf den Eingang kreditierter Gelder harren, eine gar süße Last.)

Wenn dieser Zettel, wie es in der Regel der Fall sein wird, während des ganzen Jahres von Hand zu Hand geht, so verteilt sich der Gesamtverlust von 52 ‰ auf alle die, durch deren Hände das Geld im Laufe des ganzen Jahres gegangen ist.

Wer persönlich für das Geld keine Verwendung hat, es aber sofort an andere verleiht, der hat keinen Verlust. Wer obigen Zettel etwa am 1. Juli für 97,50 M. in Zahlung genommen hat und bringt ihn in der gleichen Woche zur Sparkasse oder Depositenbank, oder verleiht ihn direkt, dem wird der Zettel mit 97,50 M. gutgeschrieben. Ob überhaupt, und wie viel Zins ihm der Schuldner zahlen wird, wird genau so, wie heute, von den Verhältnissen auf dem Anleihemarkt abhängen.

Für die Erleichterung der Zahlungstechnik wird der Staat Multiplikationstabellen, ähnlich wie diese hier, für jede der 52 Wochen ausarbeiten und in Form der Abreißkalender unentgeltlich abgeben. Solche Tabellen hängen an allen Kassen und an jedem Ladentisch.

### Zuschlagsätze für die Tage vom 9.–15. Juli – 27 ‰ .

*Bemerkung:* Da für größere Beträge der Zuschlag vom Zuschlag (ähnlich wie der Zinseszins) in Betracht kommt, so ist dieser hier gleich mit eingezogen worden. So wären 27 ‰ von 1000 nur 27. Aber 27 ‰ von 27 sind wieder 0,75, darum sind in dieser Tabelle auch für 1000 Mk. 27,75 Zuschlag angegeben. [Anmerkung des Herausgebers: Der Ansatz, 27 ‰ von 27 zu berechnen, führt zu einem Ergebnis, das um ein Geringes zu groß ist. Das exakte Ergebnis lautet bezüglich des Entwertungsfaktors, der während der 28. Kalenderwoche anzuwenden ist:  $1,001^{27} = 1,027354$ , d. h. bezüglich des Zuschlags 27,35 ‰.]

Mk. Zuschlag	Mk. Zuschlag	Mk. Zuschlag	Mk. Zuschlag	Mk. Zuschlag
1 Pfg. 3	11 Pfg. 30	21 Pfg. 59	31 Pfg. 86	41 Mk. 1,14
2 " 6	12 " 33	22 " 62	32 " 89	42 " 1,16
3 " 9	13 " 36	23 " 65	33 " 92	43 " 1,19
4 " 11	14 " 39	24 " 67	34 " 95	44 " 1,22
5 " 14	15 " 42	25 " 70	35 " 98	45 " 1,25
6 " 17	16 " 45	26 " 73	36 Mk. 1,01	46 " 1,27
7 " 20	17 " 47	27 " 75	37 " 1,03	47 " 1,31
8 " 23	18 " 50	28 " 78	38 " 1,06	48 " 1,34
9 " 26	19 " 53	29 " 81	39 " 1,09	49 " 1,37
10 " 28	20 " 56	30 " 83	40 " 1,12	50 " 1,39
51 Mk. 1,42	61 Mk. 1,70	71 Mk. 1,99	81 Mk. 2,25	91 Mk. 2,53
52 " 1,45	62 " 1,73	72 " 2,01	82 " 2,28	92 " 2,56
53 " 1,48	63 " 1,76	73 " 2,03	83 " 2,31	93 " 2,59
54 " 1,51	64 " 1,78	74 " 2,06	84 " 2,34	94 " 2,62
55 " 1,54	65 " 1,81	75 " 2,09	85 " 2,36	95 " 2,65
56 " 1,57	66 " 1,83	76 " 2,11	86 " 2,39	96 " 2,67
57 " 1,60	67 " 1,85	77 " 2,14	87 " 2,42	97 " 2,69
58 " 1,62	68 " 1,88	78 " 2,16	88 " 2,44	98 " 2,73
59 " 1,65	69 " 1,91	79 " 2,19	89 " 2,47	99 " 2,75
60 " 1,67	70 " 1,94	80 " 2,22	90 " 2,50	100 " 2,78
100 Mk. 2,78	600 Mk. 16,65	2000 Mk. 55,50	7000 Mk. 194,26	1–20 Pf. 0 Pf.
200 " 5,55	700 " 19,43	3000 " 83,25	8000 " 222,00	21–40 " 1 "
300 " 8,32	800 " 22,21	4000 " 111,01	9000 " 249,79	41–80 " 2 "
400 " 11,10	900 " 24,98	5000 " 138,75	10000 " 277,46	81–100 " 2 "
500 " 13,88	1000 " 27,75	6000 " 166,51		

Die Zahlung einer beliebigen Summe an einem beliebigen Tag wickelt sich dann wie folgt ab:

10. Juli: Wechsel von				Mk.	3.744,37
Zuschlag 27 ‰	Mk.	3000,—	=	Mk.	83,25
	Mk.	700,—	=	Mk.	19,43
	Mk.	44,—	=	Mk.	1,22
	Mk.	0,37	=	Mk.	0,01
	Mk.	3744,37		Mk.	103,91
				Mk.	3848,28

Das sind dann 3 Zettel à 1000, 8 à 100, 4 à 10, 8 à 1 und 28 Pfennig abgerissen von 1 Zettel Kleingeld. [Anmerkung d. Hrsg.: Da heutzutage leistungsfähige elektronische Rechner zur Verfügung stehen, könnte heute die folgende Tabelle entfallen und in jedem Anwendungsfall die Rechnung auf einfache Art durchgeführt werden. Für das dargestellte Beispiel ergibt sich:  $1,001^{27} \times 3.744,37 = 3846,79$ .]

Bei Barverkäufen würden die Kaufleute den Zuschlag gleich mit in Rechnung stellen, so daß bei der Zahlung jeder Zettel für seinen vollen Nenner gilt.



10. Juli:	1 Hut	Mk. 9,00	
	1 Topf	Mk. 1,70	
	1 Stuhl	<u>Mk. 4,35</u>	
		Mk. 15,05	
	Zuschlag	<u>Mk. 0,42</u>	laut Tabelle
		<u>Mk. 15,47</u>	

das sind 1 Zehner, 5 Einer, 47 Pf.

Für die Kassenbeamten gelten folgende Regeln. Sie rechnen sonnabends zu einer ihnen bestimmten Stunde den Bestand zusammen, rechnen davon eins vom Tausend ab und übertragen den Saldo auf die nächste Woche. Der Abzug von 1 ‰ wird als Ausgabe gebucht.

Daß die Geldzettel jetzt nicht mehr auf runde Zahlen lauten, ist kein Fehler des Reformgeldes. Lauten denn etwa die Warenpreise auf runde Zahlen? Sogar  $\frac{1}{2}$  Pfennigmünzen verlangten die süddeutschen Pfennigkrämer. Ein auf runde Zahlen abgerundetes Geld wäre von Vorteil, wenn auch alle Warenpreise so abgerundet werden könnten. Und wo man heute die Preise derart abrundet, merkt man sofort auch die gewaltsame Anpassung der Preise an die Zahlungsmittel. Oder muß etwa das Theaterbillet genau ausgerechnet 10 Mark kosten? Kann sich der Unternehmer am 1. Dezember nicht auch mit 9,53 M. begnügen? Wo man also heute Rücksicht auf die Bequemlichkeit des Zahlers nimmt und den Kanarienvogel für 15 M. verkauft, obschon er nach den letzten Börsenberichten 15,10 M. oder 14,60 M. kosten müßte, da wird man auch noch nach der Geldreform jene Rücksicht walten lassen und für den Hut am 1. Juni nicht 10 M., sondern einen Zehner fordern. Überall aber, wo scharf gerechnet werden muß, lohnt es sich auch, scharf zu rechnen, und da scheut man eine kleine Unbequemlichkeit nicht. Wenn jemand 1000 M. einzukassieren hat, wird es ihm einerlei sein, ob es sich um eine runde Stimme handelt oder nicht.

Es erübrigt sich, die sonstigen Fragen, die die Zahlungs- und Kassentechnik aufwirft, hier zu beantworten. Wer mit Interesse dem Werden des Gedankens gefolgt ist, dem das Reformgeld entsprungen ist, der findet für diese einfachen Buchhaltereifragen auch sofort die Antwort.

Jeder, der sich mit der Geldreform vertraut gemacht hat, findet immer nach kurzer Überlegung, daß das neue Geld einer bürokratischen Kassenführung keine Schwierigkeiten bereitet. Er hat sogar in dieser Beziehung kleine Vorteile voraus, wie man das an folgendem Beispiel ermessen kann.

Liegt heute in einer Kasse die Summe von etwa 14.551,13 M., so werden aller Wahrscheinlichkeit nach darin alle die heute vorkommenden Stücke vertreten sein. Die Zusammensetzung mag also folgende sein:

in Papier	{	2 × 1000,—	Mk. =	Mk. 2000,—	
		7 500,—	" =	" 3500,—	
		30 100,—	" =	" 3000,—	
		12 50,—	" =	" 600,—	
		7 20,—	" =	" 140,—	
		8 10,—	" =	" 80,—	
		2 5,—	" =	" 10,—	Mk. 9330,—
in Gold	{	200 × 20,—	Mk. =	Mk. 4000,—	
		110 10,—	" =	" 1100,—	Mk. 5100,—
in Silber	{	12 × 5,—	Mk. =	Mk. 60,—	
		7 3,—	" =	" 21,—	
		10 2,—	" =	" 20,—	
		17 1,—	" =	" 17,—	
		4 0,50	" =	" 2,—	Mk. 120,—
in Nickel	{	12 × 0,25	Mk. =	Mk. 3,—	
		7 0,10	" =	" 0,70	
		4 0,05	" =	" 0,20	Mk. 3,90
in Kupfer	{	8 × 0,02	Mk. =	Mk. 0,16	
		7 0,01	" =	" 0,07	Mk. 0,23
					<u>Mk. 14551,13</u>

Die gleiche Summe bei entsprechender Stückelung in Reformgeld würde dagegen sich wie folgt zusammenstellen:

2 Zettel à 1000	2000,—
65 „ à 100	6500,—
600 „ à 10	6000,—
51 „ à 1	51,—
1 Abriß	0,13
<u>719 Zettel</u>	<u>Mk. 14551,13</u>

Statt eines mineralogischen Kabinetts (Gold, Silber, Nickel, Kupfer, Papier) nur Papier. Und nur 5 Stückelungen statt 19.

Aber diese kleinen Vorteile sind nicht das, was wir suchen. Wir wollen den Austausch der Produkte sichern, beschleunigen und verbilligen. Wir wollen der Beerensammlerin in Schweden helfen, ihr einfaches Produkt gegen ein Paar Schweizer Schuhe einzutauschen und sind uns bewußt, wie viele kaufmännische Schwierigkeiten bei dieser scheinbar einfachen Handlung zu überwinden sind, daß schier unzählige kaufmännische Handlungen nötig waren, um den Schuh zustande zu bringen. An diesem so einfachen Produkt ist die ganze Welt beteiligt – russisches Oberleder, chilenisches Sohlleder, argentinischer Gerbstoff, indischer Flachs, ägyptische Baumwolle, spanisches Eisen, amerikanische Maschinen, isländischer Walfischtran usw., und dem Handel, der diese Stoffe zum Schuh vereinigte, wollen wir eine sichere Grundlage geben. Was gehen uns da die kleinen Freuden und Sorgen der Kassierer an? Kümmerte sich Napoleon in der Schlacht bei Leipzig um die Hasen, die der Geschütz-

donner aus dem Schlafe rüttelte? Mag der Kassierer sich dem Reformgeld unterordnen, so gut er es versteht. Vom Standpunkt der Arbeitsteilung, der Grundlage der Kultur und der Vorbedingung unseres Lebens sind die kleinen Sorgen der Kassenbeamten nur Bagatellfragen. Das Geld soll unsere Produkte verschleifen; alles übrige sind bedeutungslose Nebensachen. Zufälligerweise wird die Geldreform die Kassenführung erleichtern, wie sie ebenso zufälligerweise die Staatskassen füllen wird. Würde sie das aber nicht tun, würde sie die Kassenführung zum gefährlichsten Berufe machen, und dem Staate nebenbei ebenso viele Millionen kosten, wie sie ihm einbringen wird (nämlich jährlich 5% des Geldumlaufs [Das Reformgeld nimmt an Masse (*Kaufkraft, d. Hg.*) durch den Kursverlust jährlich um 5% ab. Der Staat ersetzt diesen Ausfall jährlich durch Neuausgabe von 5% der gesamten umlaufenden Geldmasse und schlägt diese Millionen zu seinen Einnahmen (jährlich 2-300 Millionen Mark).], so würde ich dennoch auf der Reform bestehen, vorausgesetzt, daß dabei ein Vorteil für die Arbeitsteilung und den Austausch der Produkte erwüchse. Denn der winzigste Vorteil auf diesem Gebiete, eine geringe *Beschleunigung*, *Sicherung* und *Verbilligung* im Austausch der Produkte erspart uns jährlich Riesensummen.

Ob es nötig sein wird, an Stelle des Nickelgeldes das S. 100 beschriebene Kleingeld einzuführen? Die Erfahrung wird diese Frage beantworten. Möglich wäre es, daß nach Einführung der Geldreform die Sparer sich des Nickelgeldes bemächtigen würden, daß der Weg aus den Münzstätten für die Nickelmünzen auch der Weg zu den Sparsbüchsen sein würde und daß dann niemals genug Nickelgeld geprägt werden könnte.

Auf alle Fälle handelt es sich hier um eine untergeordnete Frage, im wesentlichen um eine Frage der Portemonnaie-technik; deren Beantwortung wir der Portemonnaie-technik überlassen können. Im allgemeinen läßt sich Papiergeld mit Metallgeld schlecht in einer Geldtasche vereinigen, und gehen wir zur Papierwährung über, so ist es besser, das Metallgeld ganz auszuscheiden. Zumal wir damit die so nötige Teilbarkeit des Geldes in fast idealer Weise erreichen und das Wechseln und wieder Zurückgeben bei diesem Geld ganz wegfällt.

## 2. Wie der Staat das Reformgeld in Umlauf setzt.

Mit der Geldreform wird der Reichsbank natürlich das Notenprivileg entzogen werden, und an die Stelle der Reichsbank tritt das

*Reichswährungsamt,*

dem die Aufgabe zufällt, die tägliche Nachfrage nach Geld zu decken.

Das Reichswährungsamt betreibt keine Bankgeschäfte. Es diskontiert keine Wechsel, es klassifiziert die Bürger nicht in

Firmen 1., 2. und 3. Kategorie. Es tritt in keinerlei Beziehungen zu Privatpersonen.

Das Reichswährungsamt gibt Geld aus, wenn solches im Lande fehlt, und es zieht Geld ein, wenn im Lande sich ein Überschuß zeigt. Das ist alles.

Um das Reformgeld in Umlauf zu setzen, werden alle Staatskassen angewiesen, das bisherige Metallgeld und die Reichskassenscheine zum freiwilligen Umtausch anzunehmen, und zwar *pari*, für eine Mark in Gold eine Mark in Reformgeld.

Wer in diesen Tausch nicht einwilligt, mag das Gold behalten. Niemand drängt ihn zum Tausch. Irgend ein gesetzlicher Druck wird nicht auf ihn geübt. Keinerlei Gewalt wird da gebraucht. Es wird nur jedem gesagt, daß nach Ablauf einer bestimmten Frist (1–2 oder 3 Monate) das Metallgeld nur mehr Metall, aber kein Geld mehr sein wird. Wer dann noch Metallgeld hat, kann es dann nur noch beim Goldschmied gegen Reformgeld verkaufen. Der Staat anerkennt dann nur noch Reformgeld als Geld an allen seinen Kassen an. Das Gold ist dann dem Staate gegenüber nur noch Ware, wie Holz, Kupfer, Silber, Papier, Tran usw. Und wie man heute die Steuern nicht mit Holz, Silber oder Stroh bezahlen kann, so wird man auch nach Verlauf der Umtauschfrist kein Gold mehr zu diesem Zwecke verwenden können.

Im übrigen aber braucht der Staat seine wirtschaftliche Macht als größter Produzent nicht, um das Reformgeld auch dem Privatverkehr aufzuzwingen. Der Staat duldet ohne Neid die Verwendung des Goldes im Privatverkehr; er duldet es aber auch ohne Neid, daß jetzt Privatmünzstätten errichtet werden, in denen Münzen von jedem beliebigen Feingehalt und Gewicht geprägt werden. Für den Staat gibt es jetzt keine Münzen, folglich auch keine Falschmünzer mehr. Das Prägen von Münzen gibt der Staat frei; jeder, der sich damit amüsieren will, darf es tun. Der Staat entzieht allen Münzen, auch den von ihm früher geprägten, die Gewähr für Gewicht und Feingehalt. Mehr tut der Staat nicht, um das Gold kursunfähig zu machen; es genügt. Der Staat weiß, daß es ja nur staatliches Geld geben kann und daß es darum gar keiner besonderen Anstrengungen bedarf, um sein Geld in den Privatverkehr einzuführen. Das besorgt allein die Unentbehrlichkeit des Geldes einerseits und die Unentbehrlichkeit einer staatlichen Kontrolle des Geldes andererseits.

Wenn also jemand dem Reformgeld feindlich gesinnt sein sollte und das Reformgeld als Zahlung für seine Produkte zurückweist, so läßt man ihn gewähren. Er kann ja fernerhin Gold für seine Produkte verlangen. Aber dieses Gold muß er dann auf die Waage legen und den Feingehalt mit Säuren und Prüfstein feststellen, und zwar Münze für Münze. Dann muß er sich erkundigen, ob ihm jemand das Gold auch wieder abnehmen wird und zu welchem Preis, und er muß hierbei auf große Überraschungen gefaßt sein. Findet er dann, daß das alles kost-

spiegelig und langweilig ist, so kann er ja als reuiger Sünder in den Schoß des allein seligmachenden Staatsgeldes zurückkehren – wie das ja die grimmigen Feinde der Goldwährung, die Agrarier, auch getan haben. Auch sie waren dem Staatsgeld (Gold) feindlich gesinnt und nahmen es doch an.

Was der Staat mit dem in Umtausch für das Reformgeld erhaltenen Gold machen wird? Der Staat schmilzt es ein, läßt es zu Ketten, Armbändern, Uhrgehäusen verarbeiten und schenkt diese allen Bräuten im Deutschen Reich bei ihrer Verheiratung. Was könnte der Staat Vernünftigeres mit dem Gold, mit dem Hunnenschatz, machen?

Der Staat braucht das Gold nicht, und verkauft er es in Auktionen, so drückt er den Preis und bereitet anderen Völkern Verlegenheiten, wie Deutschland das schon einmal mit den unüberlegten Silberverkäufen getan. Wenn der Staat damals die eingezogenen Taler dazu benutzt hätte, um vor jedem Pfandhaus und jeder Hypothekenbank den Vormännern der Goldwährung ein massiv silbernes Standbild in Zyklopengröße zu errichten – es wäre für die allgemeine Volks- und Weltwirtschaft und auch für den Fiskus besser gewesen. Diese elenden Millionen, wahre Miseräbelchen vom Standpunkt der deutschen Volkswirtschaft aus betrachtet, die der Staat aus jenen Talerverkäufen löste, haben nicht wenig dazu beigetragen, den Silberpreis zu drücken, und die Schwierigkeiten, die den deutschen Grundrentnern durch die billigen Getreidepreise erwachsen, waren zum Teil auf diese Silberverkäufe zurückzuführen. Wahrlich, wenn man damals nach obigem Vorschlag gehandelt, die Silbertaler zu Tafelgeschirr eingeschmolzen und zu Hochzeitsgeschenken von Staats wegen verwendet hätte – das, was der Staat hier verloren – er hätte es an der größeren Steuerkraft der Bürger und an den damaligen Staatsdefizits zehnfach gespart.

Die Sache verhält sich so: durch die deutsche Münzreform wurde dem Silber der deutsche Münzmarkt entzogen und auf das Gold übertragen. Die Nachfrage nach Silber fiel, die nach Gold stieg, und so verschob sich das bestehende Tauschverhältnis vom Silber zum Gold. Dieses Verhältnis wurde noch mehr und gewaltsam dadurch beeinflußt, daß nun das Deutsche Reich auch noch das Angebot von Silber (neben der gedrückten Nachfrage) durch die Silberverkäufe vermehrte.

Diese Verschiebung in dem damaligen Tauschverhältnis zwischen Gold und Silber (1 zu 16) drückte sich in einer starken allgemeinen Hausse in den Silberwährungsländern und in einer entsprechenden Baisse in den Goldwährungsländern aus. Diese Hausse in den Silberwährungsländern (Rußland, Österreich, Indien, Vereinigte Staaten) begünstigte dort die verschuldeten Landwirte ganz außerordentlich, indem sie für die Zahlung der Zinsen und Amortisationen (die Landwirte als Grundbesitzer sind immer und müssen gesetzmäßig immer verschuldet sein) ihrer Hypotheken einen bedeutend geringeren Teil ihrer Produkte ver-

kaufen mußten als früher. Der für sie verbleibende Rest war größer, und sie konnten ihre Betriebe ausdehnen. Sie konnten besser als früher in Deutschland konkurrieren, denn wenn auch hier der Getreidepreis in Gold fiel, so erhielten sie für das Gold doch mehr Silber (zuletzt das doppelte Quantum), und dieses Silber war in ihren Ländern Geld, Geld, womit sie ihre Schulden zahlen konnten.

In Deutschland war dagegen den Grundbesitzern die in Silber eingegangene Hypothekenschuld mir nichts dir nichts in Gold umgewandelt worden; d. h., sie konnten Zinsen und Amortisationen nicht mehr mit Silber bezahlen, sondern nur mit Gold. Und für ihre Produkte erhielten sie nun weniger Geld. Sie mußten somit für Zins und Amortisationen ihrer Schulden einen ganz erheblich größeren Teil ihrer Ernten opfern. Neben der Landwirtschaft litt aber auch die Industrie in noch stärkerem Maße durch den Preisrückgang der Waren, der die Goldwährung begleitete. Die Verluste, die das Volk in den Jahren 1873 bis 1885 durch die chronische Krise erlitt, sind ganz unberechenbar. Es handelt sich um viele Milliarden.

### 3. Wie das Reformgeld verwaltet wird.

Nachdem das Reformgeld in Umlauf gesetzt und das Metallgeld außer Gebrauch erklärt worden, wird es sich für das Reichswährungsamt nur mehr darum handeln, das Tauschverhältnis des Geldes zu den Waren (allgemeiner Preisstand der Waren) zu beobachten und durch Vermehrung und Verminderung des Geldumlaufes den Kurs des Geldes fest auf ein genau bestimmtes Ziel – Festigkeit des allgemeinen Preisstandes der Waren – zu lenken. Als Kompaß dient dem Reichsgeldamt die im 3. Teil d. B. zu besprechende Statistik für die Ermittlung des Durchschnittspreises aller Waren. Je nach den Ergebnissen dieser Statistik, je nachdem der Durchschnittspreis Neigung nach oben oder nach unten zeigt, wird der Geldumlauf eingeschränkt oder erweitert.

Da mit der Geldreform jede im Umlauf befindliche Mark auch fortlaufend, nie rastend, angeboten wird, so braucht sich das Reichswährungsamt weiter nicht um das ausgegebene Geld zu kümmern. *Das Angebot des ausgegebenen Geldes wird unter allen Umständen stets seiner Masse und der durch die gegebenen Handelseinrichtungen gestatteten Maximalumlaufsgeschwindigkeit entsprechen.* Der Umlauf des Reformgeldes sucht unter allen denkbaren Verhältnissen, in Kriegs- wie in Friedenszeiten, die Grenzen dieser Maximalgeschwindigkeit zu durchbrechen, ähnlich wie ein im Zimmer umherirrender Käfer immer mit dem Kopfe gegen die Decke stößt. Alle Privatgeldreserven sind aufgelöst, und im Verkehr befindet sich nie mehr und nie

weniger als das genaue Quantum an Tauschmitteln, das der Verkehr unmittelbar beansprucht. Nicht zu wenig und nicht zu viel. Das Minimum an Geldumlauf ist gleichzeitig auch das Maximum. Wäre weniger als dieses Minimum vorhanden, so würde die Nachfrage nach Waren die normale Höhe sofort überschreiten, und die Preise würden anziehen. In beiden Fällen aber würde das Reichswährungsamt einschreiten und durch Einziehung oder Ausgabe von Geld (Nachfrage) die Ordnung wieder herstellen. *Mit dem Reformgeld läuft die Nachfrage nicht mehr getrennt vom Geld als selbständiger Wille einher. Das Reformgeld ist nicht mehr ein einfaches Mittel zur Nachfrage, sondern das Reformgeld ist an und für sich die Nachfrage. Die verkörperte Nachfrage, und eine andere Nachfrage (Wille, Spekulation, Laune, Furcht, Panik usw.) gibt es nicht mehr auf dem Markte. Die Masse des ausgegebenen Geldes, zusammen mit der Maximalumlaufgeschwindigkeit, die die Handelseinrichtungen dieser Geldmasse gestatten, ist dann auch die Grenze, das sich deckende Maximum und Minimum der Nachfrage.*

Da das Geld an und für sich die Nachfrage darstellt, so genügt es, die Geldausgabe zu vermehren oder zu vermindern, um die Nachfrage scharf und dauernd dem Warenangebot auf den Leib zuzuschneiden.

Um die Geldausgabe zu vergrößern, übergibt das Reichswährungsamt dem Finanzminister neues Geld, der es durch einen entsprechenden Abschlag von allen Steuern verausgabt. Betragen die einzuziehenden Steuern 1000 Millionen, und sind 100 Millionen neues Geld in Umlauf zu setzen, so wird von allen Steuerzetteln ein Abzug von 10% gemacht.

Das ist eine einfache Sache, aber noch einfacher wird die Verminderung des Geldumlaufes sein. Denn da die Gesamtmasse des Geldes durch den Kursverlust um 5% jährlich abnimmt, so braucht man, um den Geldbestand zu vermindern, überhaupt nichts zu tun. Der etwaige Überschuß verbraucht sich selbsttätig. Genügt das aber nicht, so kann durch Steuerzuschlag nachgeholfen werden.

Da, wie gesagt, alle Privatreserven verschwinden und die gesamte ausgegebene Geldmasse sich in ununterbrochener und gleichmäßig schneller Rotation befindet, so wird es sich niemals um große Summen handeln können, die eingezogen oder ausgegeben werden müssen. Wie ein Fluß mit gleichmäßigem Gefälle auch ein gleichmäßiges Bett hat, so wird das Reformgeld, weil es gleichmäßig umläuft, den Markt auch gleichmäßig mit Geld versehen.

*Das Reichswährungsamt beherrscht also mit dem Reformgeld das Angebot von Tauschmitteln in absoluter Weise. Es ist Alleinherrscher, so-*

*wohl über die Geldfabrikation, wie über das Geldangebot.*

Unter dem Reichswährungsamt brauchen wir uns nicht ein großartiges Gebäude mit Hunderten von Beamten vorzustellen, wie etwa die Reichsbank. Das Reichswährungsamt betreibt keinerlei Bankgeschäfte. Es hat keine Schalter, nicht einmal einen Geldschrank. Der Druck des Geldes findet in der Reichsdruckerei statt; die Ausgabe und der Umtausch durch die Staatskassen, die Preisermittlungen finden im Statistischen Amt statt. Es ist also nur ein Mann nötig, der das Geld von der Reichsdruckerei den Staatskassen übergibt, und der das für währungstechnische Zwecke von den Steuerämtern eingezogene Geld verbrennt. Das ist der ganze Apparat. Eine Presse und ein Ofen. Einfach, billig, wirksam.

Und mit diesem einfachen Apparat wollen wir die schwere Arbeit der Goldgräber, die kunstvollen Maschinen der Münzstätten, das Kapital der Banken, die nervöse Tätigkeit der Reichsbank ersetzen und zwar so ersetzen, daß niemals ein Pfennig zu viel, niemals zu wenig in Umlauf sein wird. Und das heute, morgen, ewig, beim Schall der Fanfaren wie beim Schlagen der Schamade. Und mehr als ersetzen. Wir wollen mustergültige, bedächtige, für alle Welt vorbildliche Arbeit liefern.

#### **4. Das Reformgeld und der Außenhandel.**

Der Außenhandel braucht zu seiner gedeihlichen Entwicklung feste Wechselkurse als Unterlage für alle Berechnungen, zu denen die Waren und Finanzgeschäfte Anlaß geben. Der Deutsche, der Waren nach Japan, Feuerland, Alaska einführt oder dorthin schickt, muß wissen, daß die Mark deutscher Reichswährung in einem dauernd festen Verhältnis steht zu dem Geld jener Länder, so daß er mit dem Landesgeld über Rubel, Yens, Dollars, Rupien usw. sicher verfügen kann. Wie nötig das ist, geht aus folgendem Beispiel hervor: ein Kaufmann in Feuerland bietet seinem Geschäftsfreund in Danzig Schafsfelle an, das Tausend für 655 Pesos. Ein Peso mag heute 1,82 M. sein, und dem Manne in Danzig paßt dieser Preis. Er bestellt also telegraphisch eine Ladung dieses Stoffes, die nach zwei Monaten eintrifft. Er verkauft die Felle und hat nun deutsches Geld, während er chilenisches Geld schuldet, und wenn sich inzwischen das damalige Verhältnis von 1,82 zu 1 nicht verschoben hat, so ist das Geschäft gelungen. Aber wie, wenn der Peso jetzt 1,90 M. oder 2 M. kostet? Dann verwandelt sich der ausgerechnete Gewinn in Verlust, wie natürlich auch das Umgekehrte eintreten kann. Man könnte nun sagen, der Feuerländer solle sein Angebot in Mark machen, dann hätte sein Geschäftsfreund in Danzig keine Sorgen. Ganz recht, aber dann



ist es der Feuerländer, der das Risiko solcher Kursdifferenzen trägt.

Ebenso verhält es sich mit den Finanzgeschäften. Macht die türkische, indische, russische, brasilianische Regierung in Europa eine Anleihe in Mark, und ändert sich in der Folge das Tauschverhältnis der Mark zu dem Geld des Schuldners so trägt der Schuldner das Risiko. Und wird die Anleihe im Gelde der Schuldner abgeschlossen, so trägt der Gläubiger das Risiko.

Eine allgemeine, gleiche Währung würde nun solches Risiko, beseitigen, und weil man mit Recht von *der allgemeinen Einführung der Goldwährung* diesen Vorteil erwarten kann, entschloß man sich seiner Zeit in Deutschland für die Goldwährung, in der Meinung, daß alle Handelsvölker dem Beispiel folgen würden. Aber nicht alle Völker hatten die kindlich naiven Ansichten, die damals noch in Deutschland über das Geldwesen verbreitet waren. Man wußte im Ausland, was man in Deutschland vollkommen übersehen hatte, nämlich, daß der Übergang von der Doppelwährung zur einfachen Währung notwendigerweise auf die Warenpreise drücken würde und daß durch einen solchen Übergang die Schuldner auf ganz unerhörte Weise geprellt werden würden. Man denke doch, wohin es geführt hätte, wenn alle Völker das Beispiel Deutschlands befolgt hätten; wenn man überall das Silber eingeschmolzen und durch Gold zu ersetzen versucht hätte! Wo hätte man diese Goldmassen herholen können? Das Gold wird doch gefunden! Und wenn sich die Völker das Gold gegenseitig durch Schutzzölle und sonstigen Schwindel abzuluchsen gesucht hätten, bis wohin wären da die Preise gefallen?

Es war also eine unvernünftige Hoffnung, der man sich in Deutschland hingegeben hatte, nämlich die, daß sich die Goldwährung universell einführen ließe [Das hat mit der Frage nichts zu tun, daß – *wenn* die Goldwährung allgemein eingeführt worden wäre, der Wechselkurs zwischen allen Ländern festgeblieben wäre. Diese Bedingung des festen Wechselkurses ist eben eine Unmöglichkeit.]. Aber ohne die Allgemeinheit der Goldwährung hat die Goldwährung keinen vernünftigen Sinn. *Sie bewirkt dann das Gegenteil von dem, was sie erstrebt. Sie trennt, statt zu vereinigen.* Sie führt dahin, daß die Länder, die durch die Doppelwährung bis dahin verbunden waren, dadurch getrennt werden, daß das eine die Goldwährung, das andere die Silberwährung hat. Welchen Sinn hatte die deutsche Goldwährung für den Handel mit Indien, Rußland, China, ganz Südamerika usw.?

Aber wenn auch die allgemeine Goldwährung ein Traum blieb, so gelang es doch durch künstliche Eingriffe, durch nationale Verwaltung, des Geldwesens, den Zweck der Goldwährung zu erreichen. Statt die Gulden, Rubel, Rupien, die Yens, Pesos, Dollars, Liras, Pesetas, Franken nach dem Vor-

schlag und Vorbild Deutschlands einzuschmelzen, und durch Gold zu ersetzen, ließ man diese Münzen einfach im Verkehr und begnügte sich damit, die Münzstätten dem Silber zu sperren und aus der Geldfabrikation ein Staatsmonopol zu machen. Und indem man nun die Fabrikation von Silbermünzen und Papiergeld dem Wechselkurs anpaßte, indem man Geld einzog und verbrannte, wenn der Wechselkurs fiel, und Geld prägte oder druckte, wenn der Wechselkurs stieg, erreichte man den Zweck der Goldwährung, die Festigkeit des Wechselkurses, wie wenn man Gold in Umlauf gesetzt hätte.

Man hatte den Vorteil der allgemeinen Weltgoldwährung erreicht, ohne eine goldene Münze zu prägen, ja, ohne ein Goldkörnchen zu besitzen. Das Interessanteste aber ist, daß selbst die Länder, die weder Gold noch Silber in Umlauf hatten, sondern gemeines, ungedecktes Papiergeld, mit den gleichen einfachen Mitteln sich die Vorteile fester Wechselkurse sicherten. Man gab Papiergeld aus und zog Papiergeld ein, und mit diesem einfachen Mittel blieben die Wechselkurse fest. Das heißt, man ahmte das, was bei der Goldwährung automatisch eintritt, auf künstliche Weise nach. Wenn diese Möglichkeit gefehlt hätte, wenn Indien, Rußland, Südamerika, Nordamerika und so viele andere Staaten ihre nationale Papier-, Silber- und Mischwährung nicht dem Wechselkurs auf die Goldwährungsländer künstlich, durch gewaltsamen, staatlichen Eingriff angepaßt hätten, welchen Sinn hätte dann noch die Goldwährung in Deutschland gehabt? Indien, Rußland, die Vereinigten Staaten u. a. haben den Wechselkurs auf die Goldwährungsländer zum Maßstab für das Quantum des auszugebenden Geldes genommen und haben den Zweck (die Festigkeit des Wechselkurses) damit erreicht. Wenn sie das nun nicht getan hätten? Dann wäre trotz der deutschen Goldwährung der Wechselkurs auf alle obigen Länder schwankend geblieben, und den Vorteil fester Wechselkurse hätte die Goldwährung Deutschlands nicht gebracht. Dann wäre man vielleicht auch in Deutschland dahinter gekommen, daß man die festen Wechselkurse ja gar nicht durch einseitiges Vorgehen erreichen kann, daß die Goldwährung, da sie ja doch nicht universell durchführbar ist, zwecklos und störend ist, und daß man sich mit der Welt auf anderer Grundlage zu verständigen hat, wenn der Handel den Vorteil fester internationaler Wechselkurse genießen will.

Aber nun wird hier ein Einwand gemacht und gegen die Möglichkeit einer allgemeinen Einführung der Papierwährung ohne Metallunterlage erhoben. Man sagt: Indien, Rußland, Argentinien usw. passen ihre Währungspolitik dem Gold an. Nimmt man das Gold fort, so bleibt für die Währungspolitik dieser Länder kein Anhaltspunkt übrig. Indien z. B. zieht Silbergeld ein und prägt Silbergeld aus, wenn sich das Tauschverhältnis der Rupie zum Gold verändert. Nimmt man nun das Gold weg, geht England zur Papierwährung über – wo bleibt dann noch der Maßstab für die Währungspolitik Indiens, und

wie kann dann überhaupt noch ein fester Wechselkurs zwischen Indien und England aufrecht erhalten werden? Und nach welchen Grundsätzen wird nun England selbst sein Papiergeld verwalten? Es scheint dann alles in der Luft zu schweben.

Die Antwort auf diese Fragen ist nun leicht zu finden, wenn man sich auf den wertleugnenden Standpunkt stellt und das Geld als Tauschmittel betrachtet.

Mit der Rupie in Indien kann man Ware kaufen, die man in England verkaufen kann. Und mit dem Schilling in England kann man Ware kaufen, die in Indien Absatz findet. Wenn also auch die Rupie und der Schilling keine Freizügigkeit haben, so ist doch manches von dem, was man mit der Rupie und dem Schilling kaufen kann, internationales Gut. Diese Waren stellen die Brücke her für die Verbindung zwischen dem Papierschilling und der Papier- oder Silberrupie. Wenn wir nun weiter sagen: in Indien wird das Geld derart verwaltet werden, daß die Warenpreise im Durchschnitt fest bleiben, und wenn das Gleiche auch in England geschieht, so erreichen wir ja damit, was wir noch eben für unmöglich erklärten, nämlich, daß das Tauschverhältnis zwischen der Indischen Rupie und dem englischen Schilling unverändert bleibt — nach dem Grundsatz:

Wenn  $A = B$  und  $B = C$ , so ist auch  $A = C$ .

Allerdings, um diesen Satz auf unser Verhältnis anwenden zu können, muß das Tauschverhältnis der indischen und englischen exportfähigen Waren, die hier durch die beiden B dargestellt sind, im Durchschnitt auch unverändert bleiben.

Bedingung ist, daß das Quantum Waren, das man in Indien regelmäßig für eine bestimmte Summe Geld kaufen kann, auf dem englischen Markt verkauft, regelmäßig eine Summe Schillinge liefert, die in englischen Waren umgesetzt und auf den indischen Markt gebracht, nach Abzug aller Kosten wieder die ursprüngliche Summe von Rupien gibt. Und das läßt sich erreichen, wenn, wie gesagt, in beiden Ländern die Geldausgabe so verwaltet wird, daß der Durchschnittswarenpreis unverändert bleibt.

Aber was wir hier sagen, läßt sich noch auf eine viel einfachere Formel reduzieren.

Nehmen wir an, in Indien und England und in beliebig viel anderen Ländern würde zur Kontrolle der mehrfach erwähnten, allgemeinen Warenpreisstatistik noch der Wechselkurs hinzugenommen und zwar in der Weise, daß in jedem Lande der Geldumlauf erweitert würde, wenn der Wechselkurs steigt, und er umgekehrt eingeschränkt würde, wenn der Wechselkurs fällt. Die eigentliche Grundlage für die Geldausgabe liefert dann immer noch die Warenpreisstatistik, aber als Oberkontrolleur ernannt man den Wechselkurs. Wird in allen Ländern richtig, mit der Geldausgabe nach der richtig geführten Warenpreisstatistik verfahren, so dürfen keine erheblichen Differenzen im Wechselkurs eintreten.

Statt daß also, wie bisher, die Länder mit Papier- und Silberwährung ihre Geldausgabe einseitig dem Gold (oder dem Wechselkurs auf England) unterwerfen, würde durch *allseitiges Entgegenkommen* der erstrebte, feste, gegenseitige Wechselkurs erreicht werden. Indien würde also, wenn der Wechselkurs auf England fällt (was in England einen steigenden Wechselkurs auf Indien bedeutet), nicht mehr *einseitig* Rupien einschmelzen und verbrennen, sondern England würde durch gleichzeitige Ausgabe von Schillingen an der Wiederherstellung des Gleichgewichtes mitwirken, und durch solche ineinandergreifende Maßregeln wird das Ziel um so leichter und schneller erreicht. Wenn A dem B nachläuft, so mag es lange dauern, ehe er ihn erreicht. Läuft aber B dem A entgegen, so treffen sie sich gleich.

Diesen einfachen und naheliegenden Gedanken weiterspinnend, kommt man ohne Schwierigkeit zur Gründung eines

*Internationalen Währungsbüros.*

In diesem Büro werden die Bewegungen des Wechselkurses zwischen den einzelner Ländern studiert, die Methoden, die in den einzelnen Ländern angewendet werden, um die Geldausgabe dem Stand der Warenpreise anzupassen, gründlich verglichen, um festzustellen, ob die etwaigen Abweichungen der Wechselkurse darauf zurückzuführen sind, daß im Lande A die Preise zu hoch, oder im Lande B die Preise zu niedrig sind, worauf dann die Einladung ergeht an das Land A, die Preise durch Einziehung von Geld um X% zu ermäßigen, und an das Land B, die Preise durch Geldausgabe um X% zu heben. Irgendein Zwang wird natürlich hier nicht geübt, wird auch nicht nötig sein, da ja alle Länder ein Interesse an festen Wechselkursen haben und die Erfahrung zeigt, daß alle Länder zu den größten Opfern an Geld und Würde bereit sind, wenn es sich darum handelt, das nationale Geld mit dem des Auslandes in ein festes Verhältnis zu bringen.

Übrigens würde es für den Anfang völlig ausreichen, wenn in dem Internationalen Währungsbüro die Haupthandelsstaaten vertreten wären. Ist zwischen diesen Staaten der Wechselkurs fest, so gliedern sich die kleineren Staaten einfach und zwanglos dadurch an, daß sie, wie sie es heute sowieso schon tun, den Wechselkurs auf jene Hauptstaaten als Richtmaß für die eigene Geldverwaltung erheben und auf eine selbständige Statistik verzichten.

Die Ansicht, daß Deutschland seinerzeit des Goldes wegen zur Goldwährung überging, ist falsch. Eingestandenermaßen suchte Deutschland eine Anlehnung an die englische Währung (übrigens ein sehr vernünftiger Gedanke, wenn diese Anlehnung *gegenseitig gesucht wird*). England hatte zufälligerweise die Goldwährung, und darum suchte D. auch die Goldwährung einzuführen. Was also D. einführte, war nicht die Goldwährung, sondern die englische Währung. Hätte England seinerzeit die Silber-, Doppel- oder Papierwährung gehabt, so hätte Deutsch-

land mit den gleichen Gründen eine dieser Währungen angenommen. Seitdem das Silber in den Hauptstaaten abgetan ist, fällt es keinem Staate mehr ein – die Währung auf das Silber zuzuschneiden, und dasselbe wäre der Fall mit dem Gold – wenn England und Deutschland keine Goldwährung hätten. Somit liefert also heute schon nicht das Gold, sondern der Wechselkurs auf England und Deutschland das Richtmaß für die Geldverwaltung der meisten Länder.

Zur glatten Abwicklung der Geschäfte, zum Ausgleich etwaiger aus der Zahlungsbilanz entstehender Defizite gehört natürlich ein angemessener Fonds oder ein entsprechender Kredit im Ausland, um damit in die Lücken einspringen zu können, die durch natürliche Vorgänge (z. B. Ernteergebnisse) in der Zahlungsbilanz eintreten. Aber dieser Fonds würde nicht mehr in Goldbarren bestehen, sondern in ausländischen Wechseln, Aktien, Staatspapieren, ähnlich wie z. B. heute schon die Zahlungsbilanz zwischen Europa und den Vereinigten Staaten mit dem Hin- und Hersenden von Pfandbriefen, Aktien, Konsols, Wechseln usw. ausgeglichen wird. Hierbei ist auch zu bedenken, daß die großen Schwankungen in dieser Zahlungsbilanz in der Hauptsache Wirkung der Währungspolitik sind, die überall ohne anderes Richtmaß als die Routine getrieben wird. Würde man hier wie drüben das Geldwesen nach gleichen Grundsätzen verwalten, so würden auch die Schwankungen in der Zahlungsbilanz stark zusammenschrumpfen.

Man wird dann auch – mit der Zeit –, wenn sich das Vertrauen in die Papiergeldwährung befestigt hat, dazu übergehen, mit den durch den Handel besonders stark verbundenen Staaten internationale Währungsvereine zu gründen, ähnlich wie der lateinische Münzbund, aber auf gesünderer Grundlage. Solche Vereine beginnen damit, daß sie der Festigkeit des Wechselkurses zwischen den Vereinsländern durch gegenseitiges schnelles Entgegenkommen eine ganz besonders sorgsame Behandlung angedeihen lassen. Dann wird für größere Zahlungen an den Banken dem Geld der Vereinsländer gesetzliche Zahlkraft eingeräumt, späterhin wird für die Vereinsländer eine Einheit vereinbart und zuletzt wird das Geld der Vereinsländer von einer einzigen Stelle aus verwaltet. Materielle Hindernisse irgend welcher Art stehen solchem Geschehen nicht im Wege. Würden sich die Hauptstaaten Europas in dieser Weise einigen, dann würde solches „Vereinsgeld“ ein derartiges Übergewicht in der Welt gewinnen, daß sich alle anderen Länder angliedern würden, sei es, daß sie den Wechselkurs auf die Vereinsländer zum Richtmaß der eigenen Geldverwaltung erheben würden, sei es, daß sie um Beitritt zum Verein nachsuchen würden.

Es läßt sich also tatsächlich und ohne große Anstrengungen und ohne Kosten irgend welcher Art der internationale feste Wechselkurs mittels der nackten Papierwährung erreichen und zwar in Verbindung (was die Goldwährung nicht kann) mit

einem festen Durchschnittspreis der Waren und ohne von den einzelnen Staaten die Aufgabe ihrer nationalen Währung zu verlangen. *Es gehört dazu nur eine, von international anerkannten, allgemeinen Grundsätzen geleitete Handlung.*

Nicht durch Anpassung der Geldverwaltung an ein fremdes Geld, nicht dadurch, daß wir das nationale Geld der Geldverwaltung einer fremden Macht unterordnen (nichts anderes bedeutete die Einführung der Goldwährung in Deutschland), sondern durch ein allgemeines, *gegenseitiges* Entgegenkommen würde man dieses schöne Ziel internationaler Kultur erreichen. Wir brauchen dafür nicht mehr um die „zu kurze Decke“ zu kämpfen; wir brauchen keine Anleihen zu machen (wie Italien, Rußland, Österreich); wir brauchen nicht mehr durch Schutzzölle die Goldwährung vor dem Zusammenbruch zu retten. Wir brauchen nur zu wollen; ein materielles Hindernis besteht nirgendwo. Wir können sofort einen festen internationalen Wechselkurs zwischen allen Handelsvölkern der Welt haben, sofern wir es nur wollen.

Und dieser Wille ist da; er kann als Tatsache von jedem diskontiert werden, der sich mit dem Problem des festen Weltwechselkurses befaßt. In der Einführung der Goldwährung, mit allen ihren schmerzlichen Begleiterscheinungen, in der Anpassung der nationalen Papier- und Silberwährung an die Goldwährung, mit der damit verbundenen Ansteckungsgefahr für alle Krankheiten der Goldwährung, haben die Nationen es unzweideutig bekundet, daß sie vom Wunsche beseelt sind, das nationale Geld mit dem Gelde des Auslandes in ein festes Verhältnis zu bringen.

Jedoch, wir wollen auch noch den Fall untersuchen, daß Deutschland mit der Geldreform zur reinen Papierwährung überginge, und daß die anderen Nationen beim Alten geblieben.

In solchem Falle wären natürlich feste Warenpreise und fester Wechselkurs nicht vereinbar und Deutschland müßte für eines dieser beiden wirtschaftlichen Ideale optieren.

Nehmen wir nun an, daß Deutschland aus Rücksicht auf die Interessen des Welthandels feste Wechselkurse als Ziel seiner Geldverwaltung aufstellen würde und daß damit auf feste Warenpreise verzichtet würde. Dann wäre die Lage außerordentlich einfach. Man würde dann Geld ausgeben, wenn der Durchschnitt der Wechselkurse steigt und Geld einziehen, wenn die Wechselkurse fallen, und für den Ausgleich der Schwankungen in der Zahlungsbilanz würde man fremde Wechsel in Reserve halten, die der Staat verkauft, wenn der Wechselkurs unter den Goldpunkt fällt und die er wieder einkauft, wenn der Kurs diesen Punkt überschreitet.

Wir hätten dann in bezug auf den Wechselkurs das gleiche System, welches in Argentinien seit 10 Jahren die bekannten, für alle Metallisten so verblüffenden, für die Wertapostaten aber ganz selbstverständlichen Erfolge gegeben hat. Das System wäre nur

etwas weiter ausgebildet auf dem Wege der vollkommenen Ausschaltung des Goldes insofern, als an Stelle der argentinischen Goldbarren Auslandswechsel treten würden, bei denen die beiden Goldpunkte naturgemäß näher aneinander liegen. Der Wechselkurs in Argentinien schwankt im Maximum zwischen den Kosten der Ein- und Ausfuhr des Goldes, die bei einem Zinsfuß von 6% und einer Seereise von 1 Monat nicht unerheblich sind. Hätte man statt Gold Wechsel auf London, Paris, Berlin und New York auf Lager, so würden diese Kursschwankungen fast auf 0 fallen, da der Wechsel keine Zinsen und nur eine Bagatelle an Frachtspesen kostet.

In Wirklichkeit erreichen die Wechselkursschwankungen niemals obiges Maximum, da die Kosten für die Ein- und Ausfuhr des Zahlungssaldos sich auf die Gesamtmasse der verhandelten Wechsel verteilt.

Freilich, mit diesem System würden wir viele Begleiterscheinungen der Goldwährung auf Deutschland übertragen und sogar übertragen müssen. Wir müßten Hausse und Baisse, die Echternacher Springprozeßion getreulich mitmachen. Nur die Krisen, die Arbeitslosigkeit würden wir nicht mitzumachen brauchen und zwar darum nicht, weil das Reformgeld, wie wir das noch zeigen werden, kräftig genug ist, um die Hindernisse, die die Baisse seinem Umlauf errichtet, unter allen denkbaren Umständen zu überwinden. Während also im Auslande die Baisse immer Krise und Arbeitslosigkeit zur unausbleiblichen Folge hat, würde man in Deutschland ruhig weiter arbeiten – als ob nichts geschehen sei. Das Reformgeld läuft nämlich auch dann noch um – wenn der Umsatz des Geldes unmittelbaren, vorausgesehenen, ja erwarteten und berechneten Verlust abwirft.

*Ein ganz unerhörtes Ereignis in der Geschichte des Geldes. Bei den Waren kommt es alle Tage vor, daß der Besitzer sie anbietet, trotzdem er nur Verluste erwartet.*

Wäre nun bei einer solchen Verwaltung des deutschen Geldes die Führung einer Warenpreisstatistik ohne direktes Interesse, da ja der Wechselkurs den Maßstab für die Geldausgabe allein liefern soll, so wäre sie dennoch nicht überflüssig. Man könnte sie als Agitationsmittel für die internationale Einführung der Geldreform (die uns allein feste Wechselkurse zusammen mit festen Preisen bringen kann) ganz ausgezeichnet gebrauchen. Diese Statistik wäre der Spiegel, mit dem man den Völkern die wahre Natur der Goldwährung vor Augen führen könnte. Seht, würde man sagen, wie unter der Herrschaft der Goldwährung Baisse auf Hausse folgt. Hier könnt ihr die Sprünge unmittelbar messen. Hier, ist der Maßstab dafür. Dieses Jahr sind die Preise durchschnittlich um 10% gestiegen, voriges Jahr waren sie um 20% gefallen. Es handelt sich nun darum, ob ihr noch weiter mit Hausse und Baisse rechnen wollt. Habt ihr es satt, wollt ihr Krisen, Arbeitslosigkeit, Revolten verhüten, so

handelt wie wir. Vermehrt die Nachfrage durch Ausgabe von Geld – wenn die Preise fallen; drückt, mäßigt die Nachfrage durch Einzug von Geld – wenn die Preise steigen. So bleiben die Preise fest, die Krise wird verhütet und die Spekulanten wandern aus. Habt ihr aber nicht den genügenden Geldstoff, um solche Währungspolitik zu betreiben, so macht es wie wir: Trennt das Geld vom Gold, und verfertigt Geld, wenn die Preise fallen und zieht Geld ein, wenn die Preise steigen. Und wenn euch auch das nicht gelingen mag, weil niemand das von euch verfertigte Geld in Umlauf setzen will, das ihr zur Bekämpfung der Baisse in Umlauf setzen wollt, so ahmt unser Reformgeld nach. Denn seht, wir brauchen uns um sein Angebot nicht zu kümmern – es zirkuliert auch dann noch, wenn die Preise fallen – und weil es unter allen Umständen zirkuliert, so sind wir frei von Krisen und Arbeitslosigkeit.

So manche nationale Einrichtung, sofern sie sich bewährt, geht über die Grenze und erobert die Welt. Wir haben schon so viele internationale Verträge. Warum könnte man diesen nicht noch einen Vertrag angliedern, in dem es heißt:

1. Die zu einem internationalen Währungsbund sich zusammenschließenden Staaten verpflichten sich, ihre nationale Währung, ob Gold-, Silber- oder Papierwährung, derart zu verwalten, daß der Durchschnitt der Warenpreise innerhalb ihrer Landesgrenzen fest bleibt, d. h., sie verpflichten sich, so lange und so oft neues Geld in Umlauf zu setzen, als wie die Warenpreise abwärts neigen, und Geld einzuziehen, so lange und so oft die Preise nach oben streben.

2. Sie verpflichten sich ferner, die Wechselkursschwankungen, die trotz solcher Währungspolitik noch eintreten mögen, *durch gegenseitiges Entgegenkommen dadurch zu unterdrücken, daß sie nach den Anordnungen des zu errichtenden nationalen Währungsbüros dort, wo der Wechselkurs steigt, Geld ausgeben, während sie gleichzeitig dort, wo der Wechselkurs fällt, Geld einziehen.*

## **5. Das Gesetzmäßige im Umlauf des neuen Geldes.**

Betrachten wir das Reformgeld genauer. Was kann sein Besitzer oder Inhaber damit anfangen? Am 1. Januar gilt es auf den Märkten, in den Läden, an der Lohnkasse, an allen Staatskassen und vor Gericht 100 Mark und am 31. Dezember nur noch 95 Mark; d. h., will der Inhaber den Zettel am Ende des Jahres dazu benützen, um 100 Mark in Wechseln, Rechnungen, Steuerzetteln usw. zu bezahlen, *so muß er auf den Zettel noch 5 Mark zulegen!*

Was ist geschehen? Nichts, als was mit den Waren geschieht. Ähnlich wie ein bestimmtes Ei sich von dem wirt-



schaftlichen Begriff Ei ständig und schnell entfernt, und mit dem Faulwerden überhaupt nicht mehr damit verglichen werden kann, *so entfernt sich das individuelle Markstück ständig von dem, was die Mark in der Währung bedeutet. Die Mark als Währung ist das Unveränderliche, das Währende, die Grundlage aller Berechnungen; die Mark als Geld hat nur den Ausgangspunkt mit jener gemein.* Es ist also weiter nichts geschehen, als was mit allen Dingen rings um uns her geschieht. Die Gattung, der Begriff ist unveränderlich, das Exemplar, der Vertreter ist sterblich und treibt ständig seinem Ende entgegen. Nichts mehr ist geschehen, als daß wir das Tauschobjekt von der Währung, das Exemplar von der Gattung getrennt und das Geld dem allgemeinen Gesetz des Werdens und Vergehens unterworfen haben.

Der Inhaber dieses vergänglichen Geldes wird sich also ebenso hüten, das Geld zu behalten, wie der Eierhändler sich hütet, die Eier länger als absolut nötig zu behalten. *Der Inhaber des neuen Geldes wird gesetzmäßig danach trachten, das Geld und den mit seinem Besitze untrennbaren Verlust auf andere – abzuwälzen.*

Aber wie kann er das? Durch den Verkauf seiner Produkte ist er in den Besitz dieses Geldes gekommen. Er mußte das Geld annehmen, obschon er den Schaden kannte, den der Besitz des Geldes ihm verursachen würde. Er wußte es ganz genau, daß der Besitz des Geldes mit Verlusten verknüpft war. Trotzdem verkaufte er seine Produkte gegen dieses wirklich schnöde Geld. Seine Produkte waren von vornherein für den Markt bestimmt. Er mußte seine Produkte tauschen und den Tausch konnte nach der ganzen Lage der Dinge nur das Geld vermitteln, und anderes Geld als dieses verfertigt nun einmal der Staat nicht mehr. *Also mußte er das gehaßte Reformgeld im Tausch für seine Produkte annehmen, falls er seine Produkte absetzen, den Zweck seiner Arbeit erreichen wollte.* Er hätte vielleicht mit dem Verkauf seiner Produkte warten können, etwa bis zum unmittelbaren Bedarf an anderen Waren, aber dann wären ja seine eigenen Produkte in der Zwischenzeit schlechter, billiger geworden; er hätte an den eigenen Produkten durch Quantitäts- und Qualitätsverluste, durch Wartung und Lagerung so viel und vielleicht mehr verloren, als wie er jetzt am Besitz des Geldes verliert. Er war also in einer Zwangslage, als er das neue Geld in Empfang nahm, *und dieser Zwang rührte von der Beschaffenheit seiner eigenen Produkte her.* Jetzt ist er im Besitz des Geldes, das dauernd im Kurs fällt. Wird er nun einen Käufer dafür finden, wird er jemand finden, der es duldet, daß der Verlust, der aus dem Besitze des Geldes entspringt, auf ihn abgewälzt wird? Nur jemand, der, wie er, in einer Zwangslage ist, wird ihm dieses wirklich „schlechte“ Geld abnehmen; nur jemand, der, wie er, Ware erzeugt hat und diese nun aus

Rücksicht auf die täglichen Qualitäts- und Quantitätsverluste möglichst schnell absetzen möchte, wird bereit sein, das „schlechte“ moderne Geld in Empfang zu nehmen.

So haben wir also hier gleich zu Anfang eine sehr bemerkenswerte Tatsache zu verzeichnen: Der *Käufer* hat ein ebenso dringendes, persönliches, unmittelbares mit dem Besitze des Geldes verknüpftes Interesse, das Geld auf den Warenbesitzer abzuwälzen, wie der *Verkäufer* ein unmittelbares Interesse hat, die Waren auf den Käufer abzuwälzen. *Das Interesse an dem unmittelbaren Zustandekommen des Tausches ist beiderseitig gleich groß, was natürlich zur Folge hat, daß bei den Preisverhandlungen der Käufer nicht mehr auf seine Unverletzlichkeit (Gold) hinweisen und damit drohen kann; daß er die Verhandlungen abrechnen wird, falls sich der Verkäufer nicht seinen Bedingungen unterwerfen will.* Käufer und Verkäufer sind nun gleich schlecht gerüstet; beide haben ein gleiches, unmittelbares, dringendes Interesse am Zustandekommen des Handels. Brauchen wir da noch zu erwähnen, daß darum auch die Tauschbedingungen gerecht sein werden, und daß der Handel schneller von statten gehen wird?

Aber nehmen wir nun an, der Geldzettel, den wir eben betrachteten, wäre in die Hände eines Sparers, Kaufmannes oder Kapitalisten geraten. Was werden diese damit anfangen? Auch in ihren Händen schrumpft das Geld ständig zusammen. Sie sind in den Besitz des Reformgeldes durch Tausch gegen die früheren Goldmünzen gelangt. Sie waren durch kein Gesetz zu dem Tausch gezwungen worden; sie hätten das Gold behalten können. Aber der Staat hat bekannt gemacht, daß er den Umtausch nach einer bestimmten Frist verweigern würde, und was hätten sie dann noch mit dem Gold anfangen können? Sie hätten wohl goldene Ketten damit machen können, aber wer hätte ihnen diese in solchen Massen abgekauft und zu welchem Preis, und womit hätte man diese goldenen Ketten bezahlt? Mit Reformgeld.

Also fanden sie es ratsam, den Umtauschtermin nicht verstreichen zu lassen, und jetzt betrachten sie das neue Geld, ihr Eigentum. Die Nutzlosigkeit des entmünzten Goldes zwang sie, in den Tausch gegen Reformgeld einzuwilligen, und der Verlust, der mit dem Besitze des neuen Geldes verknüpft ist, zwingt sie, sich dieses Geldes zu entledigen, um den Verlust so schnell wie möglich auf andere *abzuwälzen.*

Und da sie nun in ihrer Eigenschaft als Sparer und Kapitalisten keinen persönlichen Bedarf an Waren haben, so suchen sie Abnehmer für das Geld bei Leuten, die Ware kaufen möchten, aber das Geld dazu erst in einer späteren Zeit liefern können. Sie bieten also das Geld als Darlehen an, – wie sie das früher

übrigens auch mit dem Gold taten. Aber es ist doch ein Unterschied gegen früher. *Früher konnten sie das Geld ausleihen und sie taten es, so lange ihnen die Bedingungen gefielen; jetzt müssen sie es tun, ob ihnen die Bedingungen der Verleihung zusagen oder nicht.* Sie stehen jetzt unter Zwang. Wie sie durch die Natur ihres Eigentums (Waren) gezwungen waren, Reformgeld anzunehmen, so sind sie jetzt durch die Natur des Geldes wieder gezwungen, das Geld abzugeben. Wenn der Zins, den man bietet, ihnen nicht gefällt so mögen sie das Gold zurückkaufen, sie mögen Waren kaufen, sie mögen Wein kaufen, von dem es heißt, daß er mit der Zeit immer besser und teurer wird, sie mögen Aktien, Konsols kaufen, sie mögen selbst als Unternehmer Häuser bauen, Handel treiben, sie können alles machen, was man mit Geld machen kann, nur eins können sie nicht mehr, *sie können die Weitergabe des Geldes von keiner Bedingung mehr abhängig machen.*

Ob ihnen der Zins, den der Schuldner bietet, gefällt, ob der Zins, den das zu bauende Haus abzuwerfen verspricht, ihnen genügt, ob der Kurs der Aktien günstig ist, ob der Preis des Weines und der Diamanten, die sie auf Lager nehmen wollen, durch die große Zahl der Käufer, die auf denselben geistreichen Gedanken verfielen, nicht zu hoch getrieben wurde, ob der Verkaufspreis des auf Lager immer besser gewordenen Weines die Auslagen für Wartung, Lagerung usw. decken wird – einerlei, das Geld muß weitergegeben werden. Und zwar gleich, sofort, heute, nicht morgen. Je mehr sie überlegen, um so größer der Verlust. Angenommen aber, sie finden jemand, dem sie das Geld verleihen können – so kann dieser nur eine Absicht haben – er will seinerseits das Geld sofort anlegen, in Waren, in Unternehmungen oder sonstwie. Um das Geld in den Kasten zu legen, wo es verdirbt, wird doch niemand Geld borgen. Durch Weitergabe wird er den Verlust, der mit dem Besitze des Geldes verknüpft ist, auf andere „abzuwälzen“ suchen. Wie also auch das Geld „angelegt“ werden mag, es wird immer sofort Nachfrage erzeugen. Unmittelbar als Käufer oder mittelbar als Verleiher, wird der Geldbesitzer immer sofort Nachfrage nach Waren halten müssen, und zwar im genauen Verhältnis zur Menge seines Geldbesitzes.

Daraus ergibt sich, daß die Nachfrage überhaupt kein Willensakt der Geldinhaber mehr sein wird, daß bei der Preisbestimmung durch Nachfrage und Angebot der Wunsch nach Profit und Differenz ohne Einfluß bleiben muß, daß die Nachfrage unabhängig von den Konjunkturen, vom Glauben an Hausse und Baisse sein wird, unabhängig auch von allen politischen Gerüchten, von den Ernteaussichten, unabhängig von der Qualität der Monarchen, von Furcht und Panik.

Die Nachfrage wird dann unter allen denkbaren Verhältnissen, bei Fanfaren wie bei Schamaden immer haarscharf gleich sein:

1. der vom Staate kontrollierten Geldmasse;
2. der von den gegebenen Handelseinrichtungen gestatteten Maximalumlaufgeschwindigkeit dieser Geldmassen.

*Die Nachfrage wird genau, wie das Angebot der Kartoffeln, des Heues, des Kalkes, der Kohlen usw. zu einer wäg- und meßbaren, unorganischen, willenlosen Substanz. Das Geld wird durch eine ihm anhaftende Naturgewalt immer nach den Grenzen der zur Zeit möglichen Umlaufgeschwindigkeit gravitieren und diese unter allen denkbaren Verhältnissen stets zu durchbrechen suchen. Wie der Mond still und unberührt durch das, was hier auf Erden vorgeht, seine Kreise beschreibt, genau so wird das Reformgeld, losgelöst vom Willen seiner Inhaber, seine Bahnen durch die Märkte vollziehen.*

Was bedeutet das für die Volkswirtschaft? Es bedeutet, daß wir nun Herr der sogenannten Konjunkturen sind, daß der Staat durch Ausgabe und Einziehung von Geld die Nachfrage ganz nach den Bedürfnissen des Marktes abstimmen kann, daß nicht mehr die Geldinhaber, die ängstlichen Spießbürger, die Spekulanten, die Börsenstimmung, die Laune usw. die Nachfrage hervorbringen, sondern daß der Staat absolut darüber zu bestimmen hat, wie groß die Nachfrage sein soll. Der Staat fabriziert jetzt die Nachfrage, genau, wie er Briefmarken fabriziert, genau auch wie die Arbeiter das Angebot fabrizieren. *Die Nachfrage wird zum Staatsmonopol erhoben.*

Fallen die Preise, so fabriziert der Staat Geld und bringt dieses Geld in den Verkehr. Und dieses Geld ist Nachfrage, Nachfrage in Substanz. Und wenn die Preise anziehen, so verbrennt der Staat Geld, und was er verbrennt, ist Nachfrage.

So ist der Staat Beherrscher der Konjunkturen, und das bedeutet wieder nichts weniger, als daß der Staat nun auch Herr der Wirtschaftskrisen, Herr der Arbeitslosigkeit ist. Ohne den Willen des Staates können die Preise weder steigen noch fallen. Jede Hausse- und Baissebewegung wird so zu einer Willensäußerung des Staates, für die er verantwortlich ist.

Die Nachfrage als Willensakt der Geldinhaber mußte gesetzmäßig Differenzen, Krisen, Arbeitslosigkeit und Schwindel zeugen. Mit der Geldreform wird dieser Wille in die Hände des Staates gelegt, der nun, dem Geldzweck entsprechend, seine Macht dazu benutzt, um die Differenzen zu unterdrücken,

Wer das neue Geld betrachtet, wird sich sagen, daß er die Praxis der verflochtenen Jahrtausende aufgeben und keine Geldreserven mehr halten kann, da ihm ja das Geld in der Kasse ständig Verluste bringt. Das neue Geld löst also alle Geldreserven selbsttätig auf, sowohl die des fürsorglichen Spieß-

bürgers, wie die des Kaufmanns und des zum Sprung bereiten Spekulanten.

Und was bedeutet das für die Volkswirtschaft? Es bedeutet, daß jetzt immer nur genau so viel Tauschmittel im Besitze der Bürger sein werden, als wie der Handel unmittelbar beansprucht, und zwar so bemessen, daß die Preise wegen zu großer oder zu geringer Geldfülle keine Schwankungen mehr durchmachen können. Es bedeutet, daß niemand mehr dem Staate bei der Verwaltung des Geldes „ins Handwerk pfuschen“ kann. Es bedeutet, daß aus Privatreserven dem Markt kein Geld mehr zufließen kann, wenn der Staat eine Drainage des Geldmarktes für nötig hält, und daß kein Geld mehr in die Privatreserven abfließen kann, wenn der Staat eine Berieselung des Geldmarktes vornehmen will. Es bedeutet, daß darum auch der Staat nur ganz geringe Geldbeträge einzuziehen oder auszugeben braucht, um das Ziel seiner Währungs politik zu erreichen.

Es bedeutet aber auch, daß niemand mehr Privatreserven anzulegen braucht, weil die Regelmäßigkeit, mit der das Geld jetzt umläuft, die Reserven überflüssig macht. War die Reserve eine Zisterne, so wird die Regelmäßigkeit des Geldumlaufes zur ewig sprudelnden Geldquelle.

Wer das Reformgeld näher betrachtet, wird sich sagen, daß es nicht besser ist als Ware und Vorräte, und daß Geld und Ware nunmehr gleich schlecht sind. Und was bedeutet das für die Volkswirtschaft? Nichts weniger, als daß  $\frac{2}{3}$  der Kaufleute überflüssig werden, und daß die Handelsspesen (die Spesen, die den Austausch der Produkte belasten), die manche auf 30 bis 40% der Produkte und mehr einschätzen, um  $\frac{2}{3}$  ermäßigt werden, es bedeutet, daß alle Produzenten zu einer Mehreinnahme von

$$\frac{(2 \times 40)}{(3 \times 100)} \text{ gelangen werden.}$$

Und das erklärt sich so: wenn mir die auf Vorrat gekaufte Ware im allgemeinen ebenso lieb ist, wie vorrätiges Geld, so kaufe ich Vorräte, wenn sich die Gelegenheit dazu bietet und warte nicht mehr, wie heute, bis zum unmittelbaren Bedarf. Mit dem Inhalte meiner Geldkassette lege ich mir eine Vorratskammer an und fülle sie.

Man wende hier nicht ein, daß das Volk gar nicht die Mittel hat, um eine Vorratskammer anzulegen, – denn die bettelhafte heutige Armut des Volkes ist ja gerade die gesetzmäßig eintretende Folge der bisherigen Gewohnheit, das Gold den Waren und Vorräten vorzuziehen. Niemand wollte Vorräte haben, darum existieren sie nicht, daher auch die Armut.

Ich warte also nicht mehr bis zum Weihnachtsabend, um die Puppe für den Weihnachtsbaum zu kaufen. Ich bestelle auch den Winterrock nicht erst beim ersten Schneefall. Ich kaufe die Puppe, wenn ich zufällig beim Puppenhändler vorbeigehe, im Herbst, im Sommer, vielleicht schon zu Ostern. Und der Puppenhändler wird nicht mehr mit einer Weihnachtswoche,

mit einer „Saison“ rechnen, sondern das ganze Jahr wird er auf Absatz rechnen können. Darum wird er auch keinen großen Laden und viel Personal halten (das den größten Teil des Jahres nur wenig zu tun hat) für den Empfang des Weihnachtsgedränges. Ein Zimmerchen und ein lahmes Weib werden als Handelseinrichtung genügen.

Jedoch dem Puppenmacher ist der Besitz des jetzt während des ganzen Jahres einlaufenden Geldes nicht lieber, als allen anderen. Auch er wird mit dem Kauf nicht bis zum unmittelbaren Bedürfnis warten; auch er leert seine Taschen und füllt die Vorratskammern. Jeder wälzt den Verlust, der mit dem Besitze des Geldes verknüpft ist, auf andere, immer wieder auf andere ab, und dieses immerwährende Abwälzen des Geldes auf die Schultern anderer ist immer begleitet von einem ständigen Abwälzen der Produkte von den Schultern der Arbeiter auf die der Konsumenten. Wie an uns im Eisenbahnzug die Telegraphenstangen in entgegengesetzter Richtung vorbeizueilen scheinen, so fließt ein Strom von Waren dem von Hand zu Hand eilenden Geld entgegen.

Die Waren werden schneller und sicherer als bisher die Reise von der Produktionsstätte zur Konsumstätte zurücklegen, und diese Schnelligkeit wird natürlich die Reisekosten entsprechend verbilligen. Die Läden leeren sich; die Mehrzahl wird einfach überflüssig. Die Verschleißkraft des einzelnen Kaufmannes wird sich verzehnfachen. Das Publikum wird die Waren postenweise kaufen, in der Originalpackung, ein Faß, eine Kiste, einen Ballen. Und was sollen die Kaufleute machen, wenn ihnen das Publikum die Waren wegnimmt, auf denen sie bis jetzt saßen? Von 10 Läden werden 9 eingegeben, und die Städte werden den Jahrmarktscharakter verlieren. Aus den schönen, sonnigen Läden werden Kinderstuben gemacht, und an Stelle der im Winde flatternden Konfektionsstücke werden in den Fenstern Blumenstöcke ausgestellt. Für die geringe Anzahl von Läden, die jetzt noch übrigbleibt, gibt es dann Platz die Menge, und der Preis dieses Platzes, die Ladenmiete, wird auf den Preis fallen, den der Laden als Wohnraum erzielen kann.

Und noch eins ist in dieser Verbindung zu erwähnen. Die Kreditverkäufe fallen aus, es wird nur mehr gegen bar verkauft und zwar auf Verlangen der Käufer, die es alle immer eilig mit dem Bezahlen haben, die das Geld immer gleich auf andere *abwälzen* wollen. Wer zufälligerweise vergaß, Geld für seine Einkäufe einzustecken, der läßt beim Kaufmann die Sachen nicht einfach anschreiben, sondern kehrt nach Hause zurück, holt das Geld und bezahlt bar. Und der Kaufmann, der auf diese Weise bar bezahlt wird, bezahlt seinerseits auch wieder bar, erstens, weil er jetzt zahlen kann, zweitens, weil auch ihn das Geld zur Barzahlung drängt. Auf diese Weise werden eine schier unendliche Reihe von Buchungen und Stundungen darum überflüssig, weil der eine, durch Eigenschaften seines Geldes

gedrängt, die Mühe überwand, das vergessene Geld von Hause abzuholen. Auch das ist eine Sache von Bedeutung.

Das schnelle Abwandern der Produkte von der Arbeitsstätte zur Konsumstätte, die damit Hand in Hand gehende Einschränkung der Läden, wo man bisher jeden Bedarf zu jeder Zeit decken konnte, wird zur Folge haben, daß man nicht mehr selbstverständlich mit dieser Möglichkeit rechnen wird. Man wird daher überlegen, was man in Zukunft an Produkten brauchen wird, um diese dann dem Kaufmann im voraus zu bestellen. Der Handel wird dadurch zum großen Teil zum reinen Kommissionsgeschäft, wo man per mille rechnet. Der Kaufmann wird nicht mehr zu überlegen brauchen, was und wie viel seine Kundschaft in 6 oder 12 Monaten wird kaufen wollen. Es wird dadurch aus der Volkswirtschaft eine Fehlerquelle entfernt, die große Verwirrung anrichtet und schon manchem Kaufmann das Genick brach.

Fassen wir das hier Gesagte zusammen: die Waren werden nur wenig mehr im Preise schwanken. Die Preisschwankungen werden auf die Differenzen beschränkt bleiben, die die Warenpreise untereinander aus natürlichen Gründen erleiden [Ein allgemeines Steigen und Fallen des Preisstandes der Waren bringt auch Verschiebungen der Warenpreise untereinander mit sich, und zwar verhält sich das so: steigen die Preise allgemein, so werden die Schuldner auf Kosten der Gläubiger begünstigt und umgekehrt. Die Schuldner haben aber vielfach andere Bedürfnisse als die Rentner, und so muß auch eine Begünstigung der Schuldner auf Kosten der Rentner die Nachfrage nach den einzelnen Waren verändern.].

Die großen Schwankungen aber des Geldes zur Gesamtmasse der Waren fallen fortan aus. Der Kaufmann wird also diesem Teil seines Geschäftes viel weniger Aufmerksamkeit zu widmen brauchen. Auch die Krisen braucht der Kaufmann nicht mehr als Elemente seiner Wahrscheinlichkeitsrechnung einzu-beziehen. Dabei wird der Absatz schnell, erstaunlich schnell von statten gehen; mit Ballen, Kisten, Fässern ziehen die Käufer ab, Meter, Liter und Gewichte werden überflüssig. Die Käufer zahlen bar, manche im voraus. Verluste durch schlechte Zahler kommen nur wenig oder gar nicht vor. Viele Käufer nehmen die Waren überhaupt nicht mehr aus den Läden, sondern bestellen sie im voraus und lassen sie unmittelbar von der Bahn ins Haus bringen.

Das alles bedeutet aber, daß man künftig für die Ausübung des Handelsberufes nicht mehr wie heute die Elite des Volkes an Regsamkeit und Tüchtigkeit brauchen wird, daß für den kaufmännischen Beruf die große Masse von Spießbürgern ebenso befähigt sein wird, wie sie jetzt schon befähigt ist, Kartoffeln zu bauen, Staatsämter zu bekleiden, Hüte zu fabrizieren usw. *Das alles bedeutet, daß nach den Gesetzen des Wettbewerbes der Handelsgewinn auf die Rangstufe des allgemeinen Lohnes fallen wird.*

Im vorigen Kapitel, wo wir vom Außenhandel sprachen, wurde der Vorschlag gemacht, im Interesse fester Wechselkurse auf feste Warenpreise so lange zu verzichten, bis daß die anderen Handelsnationen zur Anerkennung unserer Grundsätze in ihrer nationalen Verwaltung des Geldmonopols gelangt sind, denn nur so lassen sich feste Warenpreise im Inlande mit festen Wechselkursen vereinigen. Wenn wir nun nach diesem Vorschlag die festen Wechselkurse damit bezahlen, daß wir alle Hausse- und Baissebewegungen, die sich im Ausland zeigen, zielbewußt und mit Absicht auf unser eigenes Land übertragen, indem wir Geld verbrennen, wenn die Baisse schon einen Geldmangel anzeigt, und Geld ausgeben, wenn die Hausse schon einen Überfluß verkündet, so sind doch die Folgen, die von solchem Vorgehen zu gewärtigen sind, bei weitem nicht so schlimm beim Reformgeld, wie beim herkömmlichen Geldwesen.

Bei jeder Baisse wird in den Goldwährungsländern der Umschlag des Geldes, weil er keinen Gewinn verspricht, automatisch gesperrt, und nur aus diesem Grunde ist auch jede Baisse von einer Krise (Absatzstockung, Arbeitslosigkeit) begleitet.

Anders mit dem Reformgeld. Das Reformgeld wandert unausgesetzt, ohne Rücksicht auf Profit, Differenz, Handelsgewinn, Zins usw. von Hand zu Hand. Es wird ständig, ohne Möglichkeit einer Unterbrechung, gegen Waren angeboten. Es unterhält den Verkehr, fördert die Arbeit und träufelt Öl auf die Maschinen, wirft sich ins Geschirr ohne jemals auszusetzen, und zwar selbst dann geschieht das – und das ist die Paradeleistung des Reformgeldes – wenn an Stelle eines Gewinnes der Geldumlauf einen vorausgesehenen, abgeschätzten, ja sogar genau berechneten Verlust einbringt und dieser Verlust vom Staate im Interesse fester Wechselkurse im voraus angekündigt und erzwungen wird. Der Staat macht bekannt, daß wieder einmal in den Goldwährungsländern eine allgemeine Baisse im Anzug oder schon eingetreten ist, und daß er sich veranlaßt sieht, im Interesse der Festigkeit der Wechselkurse diese ausländische Baisse durch Einziehung und Vernichtung entsprechender Geldmassen auf den heimischen Markt zu übertragen, daß also alle Preise durch gewaltsam eingeschränkte Nachfrage auf ein niedrigeres Niveau herabgesetzt werden. Jeder weiß nun, daß morgen alles billiger als heute sein wird, und trotzdem fällt es niemand ein, das Geld zu verscharren, die Fabrik zu schließen und den schon ausgefüllten Bestellungsbrief wieder zu vernichten.

Geschähe dies trotzdem, so braucht man nur den Kursverlust des Geldes, den wir mit 1 % wöchentlich für den Zweck des Zwangsumlaufes für genügend erachteten, entsprechend zu erhöhen.

Das Reformgeld erzwingt den Umlauf, den Warenaustausch, die Fortführung der Arbeit in allen Industrien. Die Ware (mit den sie erzeugenden Arbeitern) ist unter allen Umständen immer



zum Tausch bereit; sie stellt keine Bedingung, und diese nie versagende Bereitwilligkeit überträgt die Geldreform auf das Geld.

Wenn heute ein Kapitalist ausrechnet, daß der Umschlag einer Million Mark ihm einen Pfennig Verlust einbringt, so unterläßt er selbstverständlich den Umschlag seines Geldes. Er vergräbt das Geld in den Kellern der Bankhäuser. Als Folge davon wird eine Million an Waren weniger abgesetzt, und da niemand Ware erzeugt, die nicht abgesetzt wird, so wird der Betrieb eingestellt, die Arbeiter werden entlassen. Es werden für eine Million Mark weniger Löhne gezahlt. So daß der Verlust von einem Pfennig, den der Kapitalist erwartete, die Ursache eines unmittelbaren Verlustes von einer Million Mark für die Volkswirtschaft wird. Und dieser Verlust von einer Million zieht immer größere Kreise, wie die Wellen beim Steinwurf im Teiche – bis daß der Verlust des Pfennigs auf irgend eine Weise aus der Rennbahn des Geldes entfernt worden ist.

Mit der Reform des Geldes wird das nicht mehr möglich sein; das Geld wird unabhängig von jeder Bedingung umlaufen, es wird den Waren Absatz, den Arbeitern Beschäftigung verschaffen – einerlei, ob der Staat eine Hausse oder Baisse ankündigt.

Und was bedeutet das für die Volkswirtschaft, in diesem Falle für die deutsche Volkswirtschaft?

Wir drücken nach unserer Annahme die Warenpreise mit Absicht und in Erkenntnis der Folgen auf ein tieferes Niveau, um den Wechselkurs, das Verhältnis des deutschen Geldes zu dem des Auslandes, unverändert zu lassen. Aber während im Ausland dabei Handel und Wandel darniederliegen, wird diesseits der Grenzen unentwegt weiter gearbeitet – als ob nichts geschehen wäre. Das Geld geht weiter von Hand zu Hand, kein Arbeiter irrt beschäftigungslos umher. Und wenn dann wie gewöhnlich im Auslande nach einiger Zeit der Umschwung, erfolgt und die Baisse wieder in Hausse umschlägt, dann sind die heimischen Unternehmer in der Lage, mit guten Vorräten und einer in Vollbetrieb befindlichen Fabrik die günstigen „Konjunkturen“ auszunützen, während die ausländischen Unternehmer mit ihrer verrosteten und veralteten Maschinerie und ihren in alle Winde zerstreuten Arbeitern die günstigste Zeit verstreichen lassen müssen. So könnte das Reformgeld, so lange es auf Deutschland beschränkt bleibt, zu einer „deutschen Gefahr“ für die ganze Welt werden.

Wer das Reformgeld näher betrachtet, gelangt schnell zur Erkenntnis daß mit dem Reformgeld die Ware ebensogut wie Geld ist. Und was bedeutet das? Nichts weiter, als daß wir das Ideal Proudhons erreicht haben. „Erhebt die Ware und Arbeit auf die Rangstufe baren Geldes, sagte er, und alle Widersprüche unserer Volkswirtschaft verschwinden; Arbeitslosigkeit wird unmöglich, der Zins der Produktionsmittel wird durch ein

wachsendes Angebot von Produktionsmitteln beseitigt, und mit der Beseitigung des Zinses schenke ich euch das Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln. Dies Recht ist dann ebenso leer wie ein Grundstück, das keine Rente abwirft“. [Ich zitiere aus dem Gedächtnis. Diese Sätze findet man zerstreut in Proudhons Schriften in vielen Varianten.]

Zwar haben wir zur Erreichung dieses Ideals des hellsten Kopfes unter den Sozialisten den umgekehrten Weg eingeschlagen, den uns Proudhon zeigte, indem wir die Ware nicht auf die Rangstufe des Goldes erhoben (was übrigens nicht möglich ist), sondern indem wir das Geld vom Gold trennten und dieses Geld auf die Rangstufe der gemeinen Waren herabdrückten. Dadurch wurde der ganze ungeheure Apparat überflüssig, den Proudhon für die Erreichung seines Zieles bauen wollte. Wir brauchen uns mit dem Reformgeld gar nicht mehr um die Waren zu kümmern, wir brauchen keine Warenbanken. Wir stoßen das Gold von seinem Postament und setzen darauf ein Geld, das ebenso schlecht wie die Ware ist, und das Ziel ist erreicht. Weil das Geld jetzt zusammen mit den Waren verdirbt, verrostet, vergeht – darum steht jetzt die Ware auf der Rangstufe baren Geldes, und darum gibt es keine Arbeitslosigkeit mehr. Wer Geld hat, verfügt über Ware, und wer Ware besitzt, verfügt mit gleicher Sicherheit über Geld – eben weil Geld und Ware gleich – schlecht sind.

Wer Ware besitzt, sucht Geld, und wer Geld besitzt, sucht Ware. Und wer mit Geld in der Tasche keine Ware findet, der gibt sich nicht damit zufrieden, sondern folgt der Spur der Ware bis zu ihrer Quelle – die Arbeit. Darum wird nicht allein die fertige Ware, sondern auch gleich die Arbeit auf die Rangstufe baren Geldes erhoben. Kein Arbeiter wird noch nach Arbeit suchen müssen, da sich das Geld ja nicht mehr verbirgt. Die Nachfrage nach Arbeit wird ebenso weithin sichtbar sein, wie das Angebot.

Jeder Taler, den das Reichswährungsamt vom Stapel läßt, verwandelt sich in eine unmittelbare Nachfrage nach Arbeit und Arbeitern; je 1000 solcher Taler ersetzen ein Arbeitsamt, und das gesamte ausgegebene Geld stellt fortan *einen automatischen Arbeitsnachweis, eine organische, ideale Versicherung gegen Arbeitslosigkeit dar.*

## Überschlag.

Was wir bisher von der Geldreform abgeleitet haben, war folgendes:

1. Daß die Nachfrage sich in eine wägbare Substanz verwandelt, erhoben über Willen, Laune, Profitsucht, Spekulationen der Geldbesitzer. Sie wird keine Willensäußerung der Geldbesitzer mehr sein;

2. daß der Geldumlauf unter allen Umständen immer den Rekord der Umlaufgeschwindigkeit, die die Handelseinrichtungen dem Geld gestatten, zu durchbrechen suchen wird, so daß die Nachfrage zu jeder Stunde immer
  - a) der vom Staate in Umlauf gesetzten und kontrollierten Geldmasse,
  - b) der von den Handelseinrichtungen gestatteten Umlaufgeschwindigkeit entsprechen wird;
3. daß sämtliche Privatgeldreserven, die als ebenso viele Privatemissionskassen und Störenfriede anzusehen sind, automatisch aufgelöst werden, wodurch der Staat erst in die Lage versetzt wird, währungstechnische Präzisionsarbeit zu liefern.

Als Folge dieser ersten Wirkungen wird

1. der Absatz der Waren regelmäßig, ohne die Möglichkeit von Stockungen verlaufen;
2. dadurch das Warenangebot immer nur der Warenproduktion entsprechen;
3. werden alle Preisschwankungen, die auf Absatzstockungen zurückzuführen sind, unterdrückt;
4. werden infolge der Regelmäßigkeit, womit fortan Nachfrage und Angebot auf dem Markte erscheinen, die großen allgemeinen Preisschwankungen, die von einer Störung des Verhältnisses der Waren zum Geld herrührten, wegfallen;
5. der Staat nur mehr geringe Geldmassen auszugeben oder einzuziehen brauchen, um die Nachfrage dem Angebot direkt auf den Leib zuschneiden zu können und dadurch eine absolute Beständigkeit im allgemeinen Preisstand der Waren zu erzielen;
6. letzteres auch namentlich darum eintreten, weil durch den schnellen Umlauf die Verschleißkraft des Geldes verdoppelt, vervielfacht wird, und weil darum auch der Einzug oder die Ausgabe einer Geldsumme vervielfachte Wirkung auslösen muß. Statt 10 Milliarden Mark im Verkehr zu erhalten, wird Deutschlands Handel mit 5, vielleicht auch mit 3 Milliarden auskömmlich versorgt sein.

Durch den Geldumlaufzwang, wie er durch die Geldreform erreicht wird, wird ferner:

1. eine reinliche Trennung von Tausch- und Sparmitteln durchgeführt;
2. der Geldbesitzer das Geld bedingungslos unabhängig von Zins und Profit in Umlauf setzen müssen;
3. das Geld selbst dann noch umlaufen, wenn der Zins fällt und verschwindet;
4. das Geld selbst ohne Profit für den Besitzer umlaufen.

Als Folge dieser und zusammenwirkend mit den vorher erwähnten Umständen wird der Geldumlaufzwang:

*die allgemeinen Wirtschaftskrisen mit all ihren Begleiterscheinungen unmöglich machen.*

Durch den mit dem Besitze des Geldes verbundenen direkten, persönlichen Verlust wird folgendes erreicht:

1. Ware, Arbeit, Geld werden für alle, sowohl für die Konsumenten, wie für die Sparer, gleichgültige Dinge sein, Dinge, die ohne Profit, Zins und Tribut gegenseitig auswechselbar sind;
2. das Geld wird zum Arbeitsnachweis und zur automatischen Versicherung gegen Arbeitslosigkeit;
3. sämtliche Vorrechte des Geldes werden ausgeglichen.

Die absolute privatwirtschaftliche Gleichstellung des Geldes mit den Waren bedingt:

1. daß man die unentbehrlichen Reserven mit Vorliebe in Vorräten statt in Geld anlegen wird;
2. daß man die Waren nicht mehr wie bisher in den kleinsten Mengen kaufen wird, sondern faß- und kistenweise, in der Originalpackung;
3. daß dadurch die Läden sich leeren und die Kaufleute in großer Zahl überflüssig werden.

Zugleich wird auch

4. der Kreditverkauf beseitigt, die allgemeine Barzahlung durchgeführt;
5. die Warenspekulation unmöglich gemacht, weil die Warenbestände, in Millionen von Vorratskammern verteilt, der Konzentration entzogen sind.

Durch das Zusammenwirken dieser 5 Umstände wird der Warenaustausch ganz außerordentlich gesichert, beschleunigt und verbilligt werden, zumal auch der Handel durch die Beseitigung der Krisen, durch die Festigkeit der Preise zu einer sehr einfachen Sache wird, für die fortan jeder Biedermann genügend Witz besitzt.

Die schönste, wirklich revolutionäre Leistung der Geldreform wird aber die sein, daß durch die Unterdrückung der Arbeitslosigkeit, durch die vom Zinsertrag unabhängig gewordene Produktion von Produktionsmitteln (Realkapital) der Zins bald in einer Überproduktion an Kapital ersäuft und dadurch das jetzige unwürdige Volksgemisch von Fürsten, Rentnern und Proletariern in den Boden gestampft und der Platz bereitet wird für ein stolzes Geschlecht freier und selbständiger Bürger, für Männer, die man jedem in der Welt, ohne zu erröten, als Landsleute vorstellen kann.

Die Geldreform beseitigt das tausendmal verfluchte Geld nicht, sondern sie gestaltet es um nach den richtig erkannten Bedürfnissen der Volkswirtschaft. Die Geldreform läßt sogar das Grundgesetz unserer Volkswirtschaft, das, wie wir zu Anfang dargetan haben, der Wucher ist, unangetastet, aber sie wird zeigen, daß der Wucher, wie „jene Kraft, die stets das Böse will und das Gute schafft“, wirken muß, sobald wir der Nachfrage den Willen nehmen und sie in gleicher Rüstung wie das Angebot diesem entgegentreten lassen.

## 6. Wie das Freigeld beurteilt wird.

### *1. Der Kaufmann.*

Ich hielt, wie die meisten es taten, das Freigeld für unmöglich, weil es mir allzu unbequem als Zahlungsmittel erschien. An der Praxis merke ich aber, daß es als Zahlungsmittel nicht unbequemer, als das frühere Papiergeld ist. Ich verlangte beim Kaufmann heute einen Hut. „Er kostet Ihnen drei Raben“, sagte er. (So nennt das Volk die 1-Mark-Zettel, wegen der Raben, womit der Zeichner die Zettel verziert hat.) „So nehmen Sie also keine Rücksicht darauf, daß die Zahlungsmittel einem Kursverlust unterliegen“ – frug ich. „Doch, doch“, antwortete der Kaufmann, „wir machen es heute genau so wie früher, wir passen die Preise den Zahlungsmitteln an, so weit es geht, aus Rücksicht auf unser Personal und auf die Käufer. Streng nach den Sätzen meiner Profitgier müßte der Hut 2,94 M. kosten, denn der Hut kostet mir 2,21 M. und mein gewöhnlicher Profitsatz ist 33% – so müßte der Hut 2,94 M. kosten. Diesen Preis hätte ich früher natürlich auf 3 M. abgerundet. Heute tun es drei Raben ohne Anrechnung der Zuschlagsätze, also 2,95 M. auch. An sich gibt es ja gar keine runden Zahlen; sie sind immer nur rund und eckig in bezug auf die Zahlungsmittel. Glauben Sie denn, daß das Theaterbillet gerade darum 1, 3 oder 10 Mark kostet, weil man es nicht auch für 97 Pf. oder 3,03 verkaufen könnte? Muß ein Anzug beim Schneider gerade 90 M. kosten? Geht es nicht auch für 89,93 M.? Man richtete also früher die Preise nach den Zahlungsmitteln, und dasselbe tun wir auch heute. Es hat sich nichts geändert. Und darum kostet Ihr Hut heute 3 Raben und nicht 3 Mark.

Natürlich, bei größeren Beträgen, wo es darauf ankommt, da rechnen wir scharf, da wird die Bequemlichkeit nicht so hoch eingeschätzt, da nehmen wir das Geld zum genauen Tageskurs, da heißt es nicht 357 Raben, sondern 357 Mark deutscher Reichswährung. Die Berechnung des Zuschlagsatzes spielt dann

auch in der Summe von Schwierigkeiten, die der Kaufmann zu überwinden hat, wahrhaftig keine Rolle mehr. Sehen Sie sich einmal diese Rechnung an, die ich eben bezahlte. Die Prüfung der Rechnung erforderte eine halbe Stunde. Ich entdeckte nicht weniger als 5 Rechenfehler. Der Mann hatte mir zweimal den Großpreis als Dutzendpreis angerechnet. Die Verpackung hat er vergessen und als Skonto für Barzahlung  $1\frac{1}{2}\%$  abgezogen, während ich mit dem Reisenden 2% abgemacht hatte. Nun, ich meine, daß jeder, der solche Arbeit kontrollieren kann, wohl auch imstande sein wird, den Zuschlag von der Tabelle abzulesen, der heute auf die Summe von 357 Mark zu zahlen ist. Da hängt die Tabelle, die für diese Woche gültig ist, und die von allen staatlichen Kassen, Post und Banken, unentgeltlich verteilt wird. Da hängt auch schon ein Abreißkalender mit solchen Tabellen, die ein findiger Reklamemann verteilt. Nach dieser Tabelle sind heute auf

	357,00	M.
als Zuschlag zu zahlen	<u>12,75</u>	<u>M.</u>
	369,75	M.

Diese Summe zahle ich mit 369 Raben und 75 Pf. in Kleingeld. Wahrhaftig, man sollte doch von dieser Sache nicht mehr reden; ich empfinde es als eine Beleidigung, wenn man mir von dieser Sache als von einer Erschwernis des Handels redet.

So sprach der Kaufmann. Zum Danke für die Aufklärung kaufte ich ihm noch für 36 Pf. Stiefelwichse ab und bezahlte, indem ich mit einer der an jedem Ladentisch hängenden Scheren von einem Zettel 36 Pf. abschnitt. Ein höchst einfaches Verfahren in der Tat. Früher hätte ich dazu mindestens vier verschiedene Münzen gebraucht; eine von 20 Pf., eine von 10 Pf., eine von 5 Pf. und eine von 1 Pf. In der Regel fehlte mir aber die eine oder die andere Münze, und wenn ich ein Fünzigpfennigstück hingab, so mußte ich auf Rückzahlung warten. Jetzt habe ich in einem Zettel alle Münzen von 1 bis 100 vereinigt; jetzt habe ich wirklich teilbares Geld, wie es der Verkehr braucht. Wirklich, je plumper es aussieht, um so bequemer ist es in Wirklichkeit. Ganz abgesehen davon, daß es nichts wiegt, daß man die größte und kleinste Summe mit gleicher Bequemlichkeit mit sich herumtragen kann, daß man auch jeden beliebigen Betrag einfach in Briefen versenden kann. Früher brauchte man dazu Briefmarken; auch ein Beweis, daß das Metallgeld nicht den Bedürfnissen des Verkehrs in bezug auf Teilbarkeit entsprach.

Fällt mir jetzt Geld aus der Hand, so rollt es nicht fort, verliert sich nicht zwischen den Ritzen der Dielen. Es fällt, und wo es fällt, bleibt es liegen. Auch ist es wegen seiner schärferen Flächenbegrenzung und grelleren Farbenabtönung viel besser sichtbar. Es fällt nicht durch ein Loch in der Hosentasche, und geht wirklich etwas im Wasser, im Feuer, im Wald verloren – nun, so hat der Staat den Gewinn, und der Verlust an Geld verwandelt sich in einen entsprechenden Steuererlaß.

Kurz, von meinem Standpunkt als Käufer und Inhaber von Reformgeld kann ich keine Nachteile entdecken. Dagegen aber eine Reihe kleiner Vorteile.

## II. Der Krämer.

Merkwürdigerweise wurde der Umstand, daß das Reformgeld keine auf 0 und 00 endigende Summe darstellt, allgemein als das Hindernis bezeichnet, woran die ganze Sache scheitern würde. Wenn aber das ein ernstliches Hindernis für den *Kauf* von Waren wäre (also für den Verkauf des Geldes), so bleibt die Frage offen, wie es möglich ist, daß man heute Ware *verkaufen kann*, die doch auch keine auf 0 und 00 endigenden Summen darstellt? Ich verkaufe das Salz zu 17, den Zucker zu 13, den Kaffee zu 29 usw., d. h., meine Preise richten sich nicht, wie im Theater, nach den Zahlungsmitteln, sondern nach dem, was mir der Wettbewerb zu nehmen erlaubt. Und wenn die Preise nicht auf 0 und 00 lauten, welchen Nutzen bieten dann solche auf runde Summen lautenden Zahlungsmittel? Was nützt eine runde Schachtel für einen eckigen Gegenstand, was nützt ein grader, schlanker Meterstab, wenn das, was ich messen muß, krumm ist? Was nützt es dem Verkäufer, von schönen runden Summen zu träumen, wenn das, was er verkauft, zerbrechlich, schmutzig, feuergefährlich ist und stinkt? Wahrlich, es gehört viel Oberflächlichkeit dazu, für den Verkäufer einen Vorteil von der Beschaffenheit der Zahlungsmittel zu erwarten! Ja, wenn mit dem Golde auch die Waren zu Gold würden!

Um den Irrtum zu erkennen, in den wir bei Beurteilung dieser Sache so leicht verfallen, ist es gut, sich klar darüber zu werden, was denn eigentlich eine runde Summe ist.

Zur Zeit, als man noch nach dem System der Zwölftteilung rechnete, waren Dutzend und Gros in der Ein- und Mehrzahl die runde Zahl. Durch das System der Zehnteilung, sind 12–36–144–288 zu *eckigen* Zahlen geworden. Wenn wir im Duodezimalsystem für 1 das Zeichen a, für 10 b, für 11 c und für die übrigen Ziffern die heutigen Zeichen gebrauchen, dann würde man für 12 a0, für 24 20 schreiben. Gros oder 144 würde a00 und 12 Gros oder 1728 a000 geschrieben. Unsere heutige Zahl 100 würde aber 84 (nämlich 8 Dtzd. + 4 Einer), geschrieben.

Absolut runde Zahlen gibt es also nicht, sondern nur mit Bezug auf das Rechensystem sind die Zahlen rund oder eckig.

Mit sich selbst verglichen ist jede Zahl rund, und der Preis einer Ware von 11,33 ist rund, wenn die Summe von 11,33 auf den Ladentisch gelegt wird. Haben wir aber erkannt, daß es absolut runde Zahlen nicht gibt, so müssen wir auch zugeben, daß das *häufige Vorkommen auf mit 0 endigender Preise* (10-Pf- Briefmarken z. B.) nur die

*Folge einer gewaltsamen Anpassung der Preise an die Zahlungsmittel ist.* So z. B. kostet eine Weltpostkarte in Deutschland 10 Pf., in Frankreich 10 Centimen, oder nach unserem Gelde 8 Pf. Die französische Postverwaltung büßt so 20% ihrer Einnahmen ein (im Vergleich zum deutschen Tarife), nur infolge dieser gewaltsamen Anpassung des Tarifes an die Zahlungsmittel des Publikums. Ob dies vernünftig, billig ist, will ich nicht untersuchen. Aber wir Krämer können nicht aus Bequemlichkeit die Preise, wie die Post, auf beliebige Beträge abrunden; uns schauen die Hausfrauen auf die Finger, und wenn der Konkurrent die Wichse für 9 verkauft, so kann ich nicht 10 fordern.

Übrigens ist es eine alte Erkenntnis, daß alle Waren schließlich mit Waren, bezahlt werden. Das eigentliche Zahlungsmittel ist also die Ware selbst. Welchen Vorteil kann es also bieten, zwischen zwei Waren, zwischen zwei holprige Dinge, einen runden Kiesel einzuschieben? Kann man auf Rädern die Treppen leichter ersteigen, als auf spitzen Schuhsohlen?

Und wenn auch das Geld dem Verkäufer wirkliche Schwierigkeiten machte, so müßten diese schon recht groß sein, um die Beachtung des Warenverkäufers zu verdienen. Schwierigkeiten, ernste Schwierigkeiten, bereitet das Geld dem Verkäufer dann, wenn es – als Ware betrachtet – besser als die zu verkaufenden Waren ist, wenn sich der Käufer schwer vom Gelde trennt. Dann muß der Verkäufer seinen Witz gebrauchen, um das Publikum zum Kaufe zu veranlassen! Schwierigkeiten, ernste Schwierigkeiten, Sorgen und Gefahren bereitet das Geld dem Krämer, wenn, wie das unter der Goldwährung die Regel war, durch die Schwankungen im Geldangebot die Warenpreise herauf- und heruntergedrückt werden; einmal eine allgemeine Preissteigerung, dann gleich darauf der Preisfall eintritt, mit seinem Begleiter, der Krise, dem Krach. Befreie man mich von diesen Plagen, dann will ich gern meine Kasse nachrechnen und auf der Multiplikationstabelle nachsehen, wieviel Zuschlag auf 17,30 zu zahlen ist. Ach! könnte ich nur täglich einen Haufen Reformgeld zusammenzählen!

Aber in *einer* Beziehung nimmt mit der Geldreform mein Geschäft eine Entwicklung, die wirklich ernste Beachtung verdient. Einmal zahlen meine Kunden jetzt meistens bar, weil sie ein direktes unmittelbares Interesse daran haben, möglichst schnell zu bezahlen, und weil sie selbst wieder bar bezahlt werden. Auch nimmt das Detaillieren, das Zerstückeln der Waren in kleine und kleinste Teile, der Pfennigverkauf auffällig ab. Die Käufer trennten sich früher ungern vom Geld, einmal, weil ihnen das Geld ja Zeit ließ, dann, weil sie wohl auch Geld auf Zins in der Sparkasse hatten, dann auch wieder, weil es an genehmer war, Geld im Hause zu haben, als Waren, und schließlich, weil niemand sicher war, daß das Geld, das er ausgab von der anderen Seite wieder eingehen würde. Der Geldumlauf war ja so unregelmäßig, die Geldeingänge so unsicher, daß jeder,



der nicht mit festem Einkommen rechnete, gern eine Geldreserve anlegte. *Und diese Reserve suchte er dadurch zu bilden, daß er dort, wo er Kredit genoß, diesen auch benutzte, daß er nur das Nötigste, für den unmittelbaren Konsum Bestimmte kaufte und das Gekaufte anschreiben ließ.* Statt eines Kilos kaufte er ein Gramm, statt eines Sacks ein Kilo. Niemand wäre es eingefallen, sich einige Vorräte zuzulegen, niemand dachte daran, eine Vorratskammer in seinen Bauplan aufzunehmen. Als Vorrat galt allgemein und ausschließlich das Geld.

Jetzt scheint sich das zu ändern. Weil das Geld selbst einen jeden ununterbrochen an seine Pflichten als Zahler erinnert, sucht jeder zu bezahlen, sowie er selbst bezahlt wird. Der Geldumlauf, der jetzt zwangsweise vor sich geht, ist darum auch immer ein geschlossener. Er kann nicht mehr durch Gerüchte in Stocken geraten. Der regelmäßige Geldumlauf hat regelmäßigen Absatz zur Folge, und da jeder auch gern aus Furcht vor Verlusten so schnell wie möglich das Gekaufte bezahlt, so sind die Geldeinnahmen auch regelmäßig geworden. *Man kann jetzt auf die Einnahmen rechnen, und es ist nicht mehr nötig, Geldreserven anzulegen* – ganz abgesehen davon, daß diese Reserven heute in sich selbst zerfallen, also unmöglich sind. Statt der Geldreserven legt man Vorräte an, man zieht den Besitz von Waren dem Besitze des Geldes vor, wie man aus demselben Grunde auch die Barzahlung den Kreditkäufen vorzieht. Statt in mikroskopischen Portionen werden die Waren jetzt in Originalpackung und in Posten gekauft. Statt eines Liters ein Faß, statt eines Meters ein Stück, statt eines Kilos ein Sack.

Man sollte nun meinen, wir Krämer lebten jetzt in Saus und Braus, sozusagen im siebenten Himmel. Aber weit gefehlt. Ich persönlich habe diese Entwicklung glücklicherweise scharf beobachtet und mein Geschäft den veränderten Verhältnissen angepaßt. An Stelle meiner Krämerpreise habe ich Großhandelspreise gesetzt und so meine Kundschaft nicht nur erhalten, sondern gewaltig erweitert. Aber meine Konkurrenten, die im alten Schlendrian weiterwursteln wollten, denen die Einsicht fehlte, haben ihre Läden schließen müssen. Die Kundschaft war plötzlich verschwunden. Wo früher 20 Krämer waren, da ist jetzt nur mehr einer, und dieser eine hat trotz 20fachem Absatz weniger Arbeit als früher. Mir ist die Ladenmiete schon um 90% herabgesetzt worden, weil so viele Läden leer stehen und zu Wohnzwecken umgebaut werden müssen. Wenn ich nun auch so wenig Miete zahle und 20mal mehr verkaufe, so ist mein Verdienst bei weitem nicht im gleichen Verhältnis gewachsen, der Konkurrenz wegen, die infolge des so sehr vereinfachten Geschäftsganges sich mit geringem Verdienst begnügt. So rechne ich jetzt, statt mit 25% durchschnittlichem Profit, mit nur 1% Kommission. Da ich alles in Originalpackung abgebe, und bar bezahlt werde, bei Ablieferung der Ware, so kann ich scharf rechnen. Keine Buchhaltung, keine Rechnungen, keine Verluste. Außerdem ist mein Lager

trotz 20fachem Absatz nicht größer geworden. Mit meinen Kunden habe ich regelmäßige Lieferungen abgemacht, und die Waren liefere ich gleich von der Bahn weg ab. So ist der ganze Kramhandel zum einfachen Kommissionsgeschäft geworden.

Meine Konkurrenten, die ihr Geschäft haben schließen müssen, sind ja zu bedauern, besonders die älteren unter ihnen, die kein Gewerbe mehr erlernen können. Da ihr Ruin unmittelbar durch die Geldreform, also durch einen Eingriff des Staates verursacht wurde, so wäre es meiner Ansicht nach gerecht und billig, wenn man diese Leute durch eine Staatspension entschädigte. Und das kann der Staat auch gut tun, denn durch die Beseitigung dieser Zwischenhändler, durch die Verbilligung der Waren ist ja die Steuerkraft des Volkes ganz außerordentlich gewachsen. Hat es der Staat seinerzeit für billig gehalten, den Grundrentnern durch die Getreidezölle ihre Renten zu erhöhen und zu sichern, trotzdem die Not dieser Grundrentner, die sog. Not der Landwirtschaft, nicht auf staatliche Eingriffe zurückzuführen war, so wäre in diesem Falle eine Pension nicht mehr als gerecht.

Summa summarum muß ich gestehen, daß die Geldreform eine gewaltige Vereinfachung des Krämergeschäftes bedeutet, da sie von 10 Krämern 9 überflüssig gemacht hat. Den 9 Krämern hat ja die Sache böß mitgespielt, aber etwas Ähnliches mußte ja doch einmal kommen. Auf die Dauer konnten der splitterweise erfolgende Verkauf und die damit verbundenen schweren Unkosten, sowie auch der Kreditunfug nicht bestehen bleiben. Ein Preiszuschlag von 25% an Handelsspesen für das Detaillieren der täglichen Bedürfnisse! Das war ja geradezu lächerlich, unhaltbar in einer Zeit, wo die Arbeiter schwere Kämpfe führen, oft um eine Lohnerhöhung von 5% zu erreichen.

Die Schweiz mit 3 Millionen Einwohnern beschäftigte im Jahre 1900 26.837 Geschäftsreisende, die zusammen an Patenttaxen 322.200 Frs. zahlten. Rechnet man nur 5 Frs. per Kopf und Tag, so kosten die Handlungsreisenden der Schweiz jährlich 48.977.525 Frs..

In Deutschland sind ungefähr 45.000 Geschäftsreisende *beständig unterwegs*. (In der Schweiz wird dieses Gewerbe vielfach als Nebengewerbe betrieben, daher die verhältnismäßig große Zahl, daher habe ich auch nur 5 Frs. per Tag gerechnet.) Von sachverständiger Seite hat man berechnet, daß jeder dieser 45.000 Mann 14 M. täglich verbraucht (Gehalt, Reise, Gasthof), was sicherlich nicht zu hoch gegriffen ist. Das macht 600.000 M. täglich und 219 Millionen jährlich. Dazu noch die sonstigen Geschäftsreisen. Man kann sagen, daß  $\frac{2}{3}$  aller Reisen „Geschäftsreisen“ sind, und daß  $\frac{2}{3}$  aller Gasthäuser Geschäftsreisenden dienen.

Wer hätte aber gedacht, daß das Detaillieren und Kreditieren der Waren mit unserem schönen Metallgeld zusammenhing, daß man das Geld erst verschlechtern müßte, um der Ware

allgemeine Achtung zu verschaffen? Man hatte ja schon versucht, mit den Konsumvereinen das Publikum gegen die Plünderung durch die Krämer zu schützen. Der Erfolg war aber ein sehr bescheidener geblieben, besonders, wenn man bedenkt, wieviel guter Wille diesen Vereinen allgemein vom Publikum entgegengebracht wurde, wie viel Arbeit ehrenhalber (!) und unentgeltlich dabei verrichtet wurde. Die Zahl der Läden hat nicht abgenommen, und wenn auch ihr Absatz vielleicht geringer war, so mußte die geringere Masse die Geschäftskosten tragen. Die kleinen Leute, die sich hier verproviantierten, mußten also um so höhere Preise zahlen. Das war für sie der Vorteil, den ihnen die Konsumvereine brachten.

Jetzt bietet jeder Privatladen, die Privatindustrie allen die gleichen Vorteile, die der Konsumverein früher der Elite des Käuferpublikums bot.

Fürwahr, eine ganz eigentümliche Entwicklung!

Ich kaufe Waren, um sie mit Gewinn abzusetzen. Den Verkaufspreis kann ich nicht nach dem berechnen, was mich die Ware gekostet hat, sondern zu dem Preise, den sie am Tage des Verkaufs selbst mich kosten würde, zu dem ich also das Verkaufte ersetzen kann. Denn auf diesem Boden wird der Kampf mit meinen Wettbewerbern ausgefochten. Kaufte ich eine Ware gestern zu 10, die ich heute für 9 kaufen kann, so verliere ich eine Mark, denn ich muß den Verkaufspreis nach letzterem Preise berechnen. Auch für die Inventur kommen die Tagespreise, nicht die Kostenpreise, in Anrechnung, und oft genug kam es vor, daß ich durch einen allgemeinen Preisrückgang einen bedeutenden Teil meines Warenkapitals verlor. Ich habe hier für 100.000 M. Waren; davon ist ein Drittel bezahlt, für den Rest habe ich Wechsel unterschrieben. Muß ich nun infolge eines Preisrückganges von 10% von meinem Warenlager 10.000 M. abschreiben, (und das kam oft genug vor), so verliere ich dadurch ein Drittel meines Kapitals, denn ich muß auch den Verlust auf die mir kreditierten Waren tragen. Wiederholt sich das, dann bin ich mein Kapital los, und das um so sicherer, als mit einem Preisrückgang auch die Zahlungseinstellungen sich vervielfachen und ich auch von meinen Außenständen bedeutende Abschreibungen machen muß. Wie viele Kaufleute sind nicht so ruiniert worden!

Jetzt, mit diesem Reformgeld soll das nicht mehr vorkommen, wenigstens nicht solche allgemeinen Preisstürze für alle Waren. Es mag sein, daß die Stecknadeln, die Seide, die Straußenfedern im Preise fallen, dann steigen aber andere Waren im Preise, und so gleichen sich die Verluste und Gewinne aus. Auf mein Warenkapital haben diese Preisschwankungen geringen oder gar keinen Einfluß. Es leuchtet ja ein, daß das *Reichsgeldamt* die Ausgabe des Geldes so dem Angebot von Waren anpaßt, daß jede allgemeine Vermehrung des Warenangebots von einer Vermehrung des Geldangebots begleitet wird,

daß dann auch die schrecklichen Konjunkturschwankungen vermieden werden müssen.

Wir hatten zwar unsere alte Reichsbank, die ebenfalls, satzungsgemäß „ihre Hauptaufgabe darin zu erblicken hatte, den Geldumlauf den Verkehrsbedürfnissen anzupassen“. Aber niemand war da, der die Arbeit der Reichsbank kontrolliert hätte, niemand war übrigens da, der hätte sagen können, was unter „Verkehrsbedürfnissen“ zu verstehen war. Auch die Reichsbank selbst wußte es sicherlich nicht. Verkehrsbedürfnisse! Ja, was sind Verkehrsbedürfnisse, was ist überhaupt der „Verkehr“? Womit mißt man die Bedürfnisse des Verkehrs? Woran sollen wir erkennen, wann die Reichsbank ihre Aufgabe erfüllt hat oder nicht erfüllt hat?

Blankovollmacht hatte also die Reichsbank; alles, was sie tat, und wäre es auch der größte Unsinn gewesen, war immer gut getan. Niemand konnte ihr am Zeuge flicken. Beweisen Sie uns, daß wir den Geldumlauf (?) nicht den Verkehrsbedürfnissen (?) angepaßt haben! Ja, aber die allgemeine Hausse, die allgemeine Baisse? Was geht uns das an, wir haben, wie die Statuten uns vorschreiben, den Geldumlauf den Verkehrsbedürfnissen angepaßt und unsere Hauptaufgabe damit erfüllt! Die Verkehrsbedürfnisse, das sind für uns einfach die Gesuche um Bewilligung von Lombarddarlehen und Wechseldiskontos. Nehmen diese Gesuche zu, so bedeutet das für uns, daß die Verkehrsbedürfnisse (!) wachsen; nehmen diese Gesuche ab, so gehen die Verkehrsbedürfnisse zurück. Einen anderen Maßstab für die Verkehrsbedürfnisse kennen wir nicht, hat man uns auch nicht gegeben. Steigen die Preise, so liegt das nicht an uns, sondern daran, daß der Bedarf (?) an Waren gestiegen ist; gehen die Preise herab, so ist eben der Bedarf (?) geringer geworden. Das ist alles.

So die Reichsbank. Übrigens hätte die Reichsbank mit ihren Befugnissen nicht viel mehr erreichen können. Hätte man ihr auch die Festigkeit der Warenpreise als den eigentlichen Maßstab für die Verkehrsbedürfnisse gegeben, hätte man ihr vorgeschrieben, alle Gesuche um Darlehen einfach abzuweisen, wenn die Preise stiegen, so hätte sie damit doch nur wenig erreichen können. Sie war ja nicht Herr im Hause, sie mußte ja mit der Konkurrenz der Millionen von kleinen und großen Emissionsbanken, das sind die Privatgeldreserven, und mit dem internationalen Charakter der Goldwährung rechnen.

Stiegen die Preise, eröffnete sich eine Aussicht auf eine neue Hochkonjunktur, gerade dann stürzten sich die Privatgeldreserven auf den Markt, denn heute kaufen, mit der Aussicht, das Gekaufte teurer verkaufen zu können, das ist ja vom Standpunkt der Privatgeldreserve klug, vernünftig gehandelt. Und was hätte es da genützt, wenn die Reichsbank zum Rückzug geblasen hatte.

Fielen aber die Preise, waren die Aussichten trübe und à la baisse, gerade dann zogen sich die Privatreserven zurück,

und was hätte es da auch genützt, wenn die Reichsbank Papiergeld fabriziert hätte? Denn heute für 10 kaufen, was man voraussichtlich morgen für 9 erstehen kann, das tut kein Geschäftsmann. Sie wäre übrigens dabei sofort auf die ihr vom Gesetz gezogene Grenze der Dritteldeckung gestoßen. Sie war ja nicht frei; sie war Sklavin der Goldwährung. Sie erwartete alle Befehle vom Ausland, von der goldenen Internationale. Sie konnte, sie durfte keine nationale Währungspolitik treiben. Morgan, Rockefeller, Lips Tulian schrieben ihr vor, was sie tun sollte. Sie zitterte mehr vor der Verantwortung gegenüber Morgan als gegenüber dem Reichstag. Kam die Hochkonjunktur oder Baisse vom Ausland, so war die Reichsbank einfach wehrlos. Der Ausdruck „Mark deutscher Reichswährung“ war in Verbindung mit der Goldwährung einfach schwachsinnig. Hätte die Reichsbank z. B. eine internationale Baisse durch Ausgabe von mehr Banknoten national zu bekämpfen gesucht, so hätte sie damit die Warenausfuhr erschwert, vielfach unmöglich gemacht, die Wareneinfuhr dagegen erleichtert. Goldausfuhr wäre die Folge gewesen und damit wäre sie wieder vor dem Dritteldeckungsproblem gestanden, wie der Ochs vorm Berge. Zwar versuchte sie in solchen Fällen durch Diskonterhöhung das Gold im Lande zu halten – aber wo blieb dann der Nutzen ihrer Politik für die deutsche Industrie?, den deutschen Handel?

Wir Kaufleute mußten aber die Folgen tragen: wäre es den *Reichsbankaktionären* dabei an den Kragen gegangen, vielleicht hätten ihnen ihre eigenen Interessen die Augen geöffnet, vielleicht hätten sie eingesehen, wie unsäglich stümperhaft die Statuten der Reichsbank abgefaßt waren, wie unwirksam das Notenmonopol, wie schwach die Reichsbank, trotz der Millionen, für den Kampf um die Herrschaft bewaffnet war!

Jetzt soll das anders werden. An die Stelle einer Aktienbank, eben der Reichsbank, ist ein Reichsamt getreten. Dem Reichsgeldamt hat man einen festen Maßstab für die Bemessung der „Verkehrsbedürfnisse“ gegeben, und durch die Auflösung der Privatreserven, sowie durch das Zwangsangebot des umlaufenden Geldes, hat man den Staat zum absoluten Beherrscher des Geldangebots erhoben. Niemand kann mehr dem Geldamt ins Handwerk pfeuschen.

Man prophezeite, daß mit der Geldreform die Käufer weniger herrisch, anspruchsvoll, mäkelig würden, und ich muß gestehen, daß ich in der kurzen Zeit des Bestehens der Geldreform bedeutsame Änderungen im Benehmen der Käufer beobachtet habe. Am neulichen Sonnabend unterhandelte ich seit einer Stunde mit dem Käufer einer Nähmaschine, und der Mann konnte sich nicht entschließen. Immer entdeckte er neue Mängel an meiner guten Maschine. Schließlich machte ich ihn auf den baldigen Wochenschluß für den Geldkurs aufmerksam. Das half; das brachte das Gebäude seiner Bedenken ins Wanken. Er sah nach der Uhr, betrachtete seine Geldbriefe und rechnete aus, daß, wenn er noch länger zögerte, er 10 Pf. einbüßen

würde. Da ließ er alle Bedenken fallen, zahlte und ging. Nun verlor ich zwar die 10 Pf., aber das gewann ich in der Zeit tausendmal wieder!

Ein anderer, ein wohlhabender Mann, kaufte und sagte, er habe vergessen Geld einzustecken; ich möchte es doch anschreiben. Auf meine Bemerkung, daß es sich doch aus Rücksicht auf den Wochenabschluß lohnen würde, nach Hause zu gehen und das Geld zu holen, weil er doch sonst einen Kursverlust erleiden würde, dankte er mir für meine Aufmerksamkeit, ging nach Hause, und zwei Minuten später hatte ich das Geld. Und ich konnte nun meinerseits den Handwerker bezahlen, der zu gleicher Zeit Ware ablieferte. In diesem Falle wäre es also reine Bequemlichkeit von seiten meines Kunden (Käufers) gewesen, wenn er mich nicht bezahlt hätte, und die Folge dieser Bequemlichkeit wäre gewesen, daß ich aus Unvermögen den Handwerker nicht hätte bar bezahlen können. Wieviel Arbeit, Gefahr und Sorge ist doch durch diese Wirkung der Geldreform aus der Welt geschaffen worden! Von meinen drei Buchhaltern habe ich infolge der Barzahlung schon zwei entlassen können. Glücklicherweise hatten beide die Schwindsucht, und sie werden wohl bald sterben. Um sie für die Entlassung zu trösten, versprach ich ihnen ein anständiges Begräbnis auf meine Kosten. Aber es ist doch sonderbar, daß das vielbesprochene Problem der Barzahlung durch die Geldreform, vielleicht als gänzlich unbeabsichtigte Nebenwirkung, gelöst wurde. Es ist ja auch klar, zahlen kann jeder bar, wenn er selbst bar bezahlt wird. Und das ist heute der Fall, weil jeder ein persönliches, unmittelbares Interesse daran hat, bar zu bezahlen, um so den Verlust am Geldkurs möglichst von sich abzuwälzen. Es war also kein Armutproblem, das Problem der Barzahlung, sondern ein Problem des Egoismus. Man brauchte nur ein persönliches Interesse mit der Barzahlung zu verbinden. Es war ja auch bekannt, daß die reichen Leute mit geordneten Finanzen nicht mehr als die armen Teufel die Barzahlung übten.

Übrigens, was diesen Kursverlust anbetrifft, so trage ich ihn gern; mir persönlich als Kaufmann wäre es sogar lieber, wenn der Kursverlust von 5% auf 10% im Jahre gebracht würde, denn dadurch würden die Käufer sicherlich noch bescheidener werden, als sie schon geworden sind, und die Buchungen würden wohl ganz wegfallen, so daß ich auch den letzten Buchhalter entlassen könnte. Ich erkenne jetzt an der Praxis die Wahrheit des Satzes: Je verachteter das Geld, um so geschätzter die Ware und ihr Verfertiger, um so leichter der Handel. Der Arbeiter kann nur dort geachtet werden, wo das Geld nicht besser ist, als er selbst und seine Produkte. Mit 5% ist das noch nicht ganz der Fall, aber wohl mit 10% und vielleicht wird man im Interesse der Arbeiter den Kursverlust von 5 auf 10% erhöhen.

Übrigens, was sind für mich 10% bei einem durchschnittlichen Kassenbestand von 1000 Mark?

Hundert Mark im Jahr! Eine Bagatelle, verglichen mit meinen sonstigen Geschäftskosten. Ich kann ja auch noch einen erheblichen Teil dieser Summe dadurch sparen, daß ich mich selbst immer möglichst schnell des Geldes zu entledigen suche und bar, nötigenfalls auch im voraus bezahle.

Im Voraus bezahlen! Das erscheint ja auf den ersten Blick lächerlich, aber im Grunde genommen ist es nur die Umkehrung des früheren Systems. Da ging die Ware voraus und das Geld folgte nach. Jetzt geht das Geld voraus und die Ware folgt. Die Vorausbezahlung verpflichtet den Schuldner zur Lieferung von Ware und Arbeit – also einer Sache, *über die er unmittelbar verfügt*; die Nachbezahlung verpflichtet den Schuldner zur Lieferung von Geld – also einer Sache, *die er nur auf indirektem Wege erlangen kann*. Es ist also für beide Teile vorteilhafter und sicherer, wenn das Geld vorangeht und die Ware folgt, statt, daß, wie bisher, die Ware die Pionierdienste verrichten mußte.

Die Vorausbezahlung! Braucht man mehr, um die Handwerker glücklich zu machen, *um sie mit allem nötigen Kapital zu versorgen*? Wenn die Handwerker nicht auf Kredit zu liefern gehabt hätten, dann wäre ihnen der Kampf mit dem Großkapital auch leichter geworden!

### **III. Der Kassenbeamte.**

Bei Einführung der Geldreform wurden wir Kassenbeamten allgemein bemitleidet. Man prophezeite uns allgemein eine schreckliche Arbeitslast, regelmäßige, große Fehlbeträge und was sonst noch alles? Und was muß ich sehen? Wegen Arbeitsmangel wurden zuerst die Arbeitsstunden eingeschränkt. Statt 10 Stunden arbeite ich jetzt 6. Dann wurde nach und nach die Beamtenzahl eingeschränkt, die älteren wurden pensioniert, die jüngeren entlassen. Aber auch das genügte nicht. Und so ist die Mehrzahl der Bankgeschäfte und Agenturen einfach aufgelöst worden.

Eigentlich hätte man diese Entwicklung auch vorhersehen können. Die Bankiers waren aber so sehr von ihrer Unentbehrlichkeit überzeugt! Das Wechselgeschäft und der Scheck, diese Brotherren der Kassenbeamten, sind so gut wie verschwunden. Nach Ausweis des Reichsgeldamtes beträgt die gesamte im Umlauf befindliche Geldmasse noch nicht  $\frac{1}{3}$  unseres früheren Geldbestandes. *Und zwar, weil das jetzige Geld 3 mal schneller die Zirkulationsbahn durchläuft*. Trotz der Verminderung des Geldbestandes um  $\frac{2}{3}$  ist es, als ob man ihn verhundertfacht hätte. Kaum 1% der früheren Beträge gehen jetzt noch durch die Hände der Banken. Das Geld bleibt eben im Verkehr, auf dem Markte, in den Händen des Publikums, der Kaufleute, des Unternehmers. Es geht von Hand zu Hand,

ununterbrochen, es hat gar keine Zeit, sich in den Banken zu sammeln. Das Geld ist keine Ruhebänk mehr, wo der Produzent von den Strapazen des Verkaufes seiner Produkte aufatmen und in Gemütsruhe abwarten kann, bis seine persönlichen Bedürfnisse ihn an den Umsatz des Geldes erinnern. *Der Ruhepunkt im Warenaustausch ist jetzt die Ware selbst, allerdings nicht die eigene Ware, das eigene Arbeitsprodukt, sondern das Produkt der anderen.* Das Geld hetzt und jagt den Inhaber, genau wie früher der Produzent von seinen Produkten gehetzt und gejagt wurde, bis er sie glücklich an den Mann gebracht hatte. Woher der Name Bank, Bankiers? Von den Bänken, auf denen die Inhaber des Geldes sich's bequem machten, während die Inhaber der Waren umherstanden oder unmutig hin und her liefen. Jetzt, mit dem Reformgeld, laufen die Inhaber des Geldes und die Warenverkäufer sitzen auf Bänken.

Und weil das Geld jetzt so elastisch und beweglich geworden ist, weil jeder sich zu bezahlen beeilt, braucht niemand sich noch mit Wechseln zu behelfen. Das bare Geld hat die Wechsel ersetzt. Und weil das bare Geld so elastisch und mobil geworden, braucht auch niemand mehr Geldreserven; die Regelmäßigkeit des Geldumlaufes ersetzt die Reserve. *Die Quelle ist an die Stelle der Zisterne getreten.*

Diese Reserven aber wieder führten zum größten Humbug des Jahrhunderts, zum Scheck. Ja, wirklich, ich sag's als Kassenbeamter, der Scheck war Humbug, höherer Unsinn! Das Geld ist doch dazu da, um zu bezahlen; das Gold sollte ja das denkbar bequemste Zahlungsmittel sein; warum benutzte man es nicht dazu? Warum den Scheck an die Stelle des baren Geldes treten lassen, wenn das bare Geld so allen Anforderungen genügt, wie man das dem Golde nachrühmte? Verglichen mit dem baren Gelde ist der Scheck doch ein außerordentlich plumpes Zahlungsmittel, wenigstens, wenn man ihn mit Papiergeld vergleicht. Er ist an die Innehaltung verschiedener Förmlichkeiten gebunden; die Einlösung erfolgt an einem bestimmten Ort, und die Sicherheit der Einlösung hängt von der Sicherheit des Ausstellers und der Bank ab. An manchen Orten muß der Scheck auch noch mit einer Stempelmarke geschmückt werden. Und das nannte man Fortschritt? Man hoffte sogar, es bald den Engländern nachmachen zu können, die die Droschke mit einem Scheck bezahlen! Als ob das eine Ehre oder ein Vorteil für den Droschkenkutscher wäre! Der Scheck par excellence, der Idealscheck ist doch, für den Empfänger wenigstens, das bare Geld, denn *dieser* Scheck kann in jedem Laden, in jedem Wirtshaus eingelöst werden, er ist an keine Förmlichkeiten, an keinen Ort gebunden und seine Sicherheit steht außer Zweifel. Wir waren so stolz auf unser so schönes goldenes Geld, wir dachten damit die Vollkommenheit erreicht zu haben, wir waren so verblendet, daß wir überhaupt den Widerspruch nicht bemerkten, der in dem Gebrauch des Schecks liegt. Das Gold war für den gewöhnlichen Gebrauch



zu gut, darum suchten wir ein Ersatzmittel, den Scheck. Das ist wie der Mann, der mit einem alten Rock und einem neuen Regenschirm spazieren geht, und dem es leid tut, den Schirm aufzuspannen, weil dieser naß werden würde. Er versteckt ihn darum unterm Rock.

Und merkwürdig, dieselben enthusiastischen Freunde des Scheckwesens, sie waren die ersten, die den Umstand, daß das Reformgeld nicht auf runde Summen lautet, als größten Übelstand dieser Reform zu verschreien suchten.

Sie scheuten sich nicht, uns Kassenbeamten ganze Bündel von Schecks aufzuhalsen, deren Gesamtbetrag für den Kassenbeamten nur dadurch zu ermitteln ist, daß er sie in langen Reihen einzeln aufzeichnet und addiert. Eine schauerliche Arbeit fürwahr. Dagegen ist das Aufzählen des Reformgeldes reine Spielerei. Die Stücke braucht man nur zu zählen, da sie alle von gleichem Betrage sind.

Dabei mußten die Schecks wieder mit den verschiedenen Banken verrechnet, jeder Scheck auf das Konto des Ausstellers eingetragen werden. Und dazu die Zinsrechnung. Am Ende des Vierteljahrs mußte ein Rechnungsauszug eingesandt werden, worin jeder einzelne Scheck aufgeführt wurde. So wurde jeder Scheck zehnmal gebucht. Und das nannte man Fortschritt. Welche Verblendung! Die Schwerfälligkeit der Goldwährung und die Unregelmäßigkeit des Geldumlaufs machten die Bankdepots nötig und diese den Gebrauch – des Schecks, aber statt diesen Umstand als schweren Übelstand der Goldwährung zu bezeichnen, *bildete man sich noch etwas darauf ein!*

Und neben den Schecks diese schweren Säcke mit Gold, Silber, Kupfer, Nickel, und obendrein das Papiergeld. Elf verschiedene Münzsorten, 1, 2, 5, 10, 20 Mark, 1, 2, 5, 10, 20, 50 Pf.! Allein für das Kleingeld unter 1 Mark 6 verschiedene Münzen von 3 verschiedenen Metallen. Also Schecks zu Hunderten, 11 Münzsorten und 10 verschiedene Banknoten.

Jetzt mit dem Freigeld habe ich 4 Sorten und keine Schecks. Und alles federleicht, sauber, immer neu. Früher brauchte ich für meine Kasse eine Stunde, jetzt nur wenige Minuten.

Man fragt mich, wie ich den Kursverlust an meinem Kassenbestand verrechne. Nun, die Sache ist ja höchst einfach. Am Wochenschluß, Sonnabends 4 Uhr, rechne ich meine Kasse zusammen, berechne den Kursunterschied nach dem, was das Geld die nächste Woche gilt und verrechne diesen Unterschied unter Ausgaben. Bei den Privatbanken geht diese Ausgabe auf Rechnung der Geschäftskosten, für die eine entsprechend niedrigere Verzinsung des Bankdepots Deckung schafft.

Bei den Staatskassen ist der Verlust rein nominell, da der Kursverlust am gesamten Geldumlauf ja dem Staate unmittelbar zugute kommt.

Offen gestanden, vom Standpunkt der Kassentechnik betrachtet, finde ich im Freigeld nichts Nachteiliges, und

den besten Beweis haben wir ja darin, daß neun Zehntel aller Kassenbeamten überflüssig wurden. Eine Maschine, die neun Zehntel der Arbeiter überflüssig macht, muß doch gut arbeiten?

#### **IV. Der Ausfuhrhändler.**

Man hatte die Goldwährung eingeführt, angeblich, um den internationalen Handel zu fördern. Kaum jedoch machte sich die Wirkung der Goldwährung in Übereinstimmung mit der Quantitätstheorie in einem scharfen Rückgang aller Warenpreise fühlbar, da erscholl auch schon der Ruf nach Schutz! Schutz wovor? Vor der Goldwährung? Nein, so weit drang die Einsicht nicht; Schutz vor dem ausländischen Wettbewerb forderte man.

Und man errichtete Grenzmauern in Gestalt von Schutzzöllen, um den Handel mit dem Auslande zu erschweren. D. h., um den internationalen Handel zu fördern, führte man die Goldwährung ein, und da diese ihren Einzug in Begleitung einer Baisse und schweren Krise machte, so ließ man den internationalen Handel fahren und suchte hinter Zollmauern Schutz – vor den Folgen der Goldwährung. Heißt das nicht den Zweck den Mitteln opfern? Es ist das eine höchst merkwürdige Geschichte, würdig des auf den Kopf der Bevölkerung entfallenden Bierverbrauchs von 10 Litern täglich.

Aber selbst dann, wenn sich die Goldwährung ohne Preisrückgang, ohne Krise hätte einführen lassen, wäre sie doch für den Außenhandel von geringem Vorteil geblieben. Man macht auf die Zunahme des Außenhandels seit Einführung der Goldwährung aufmerksam und will die Ursache in der Goldwährung sehen. Aber der Außenhandel ist gestiegen, weil die Bevölkerung gestiegen ist, und er ist nicht einmal im Verhältnis zur Zunahme der Bevölkerung gestiegen. Auch trifft diese Zunahme in erhöhtem Maße die Papierwährungsländer (Rußland, Österreich, Asien, Südamerika), *während der Handel gerade mit den Goldwährungsländern (Frankreich, Nordamerika) sich sehr schwer entwickelt.* (England, als Durchfuhrland, kann man hier nicht klassifizieren).

Die Goldwährung hätte einen Sinn, wenn man sie ohne Zölle, ohne Krise, ohne Baisse international einführen könnte, und die Initiative in dieser Sache hat einen Sinn, wenn sie ein Staat ergreift, der die Macht hat, allen Ländern die Goldwährung aufzubürden. Gibt es eine solche Macht nicht, und ist man auf Hoffnungen angewiesen, dann konnte man doch ebensogut die Initiative für die Einführung einer internationalen Papierwährung ergreifen. Der Deutsche, der jetzt seine Waren mit Gold kauft und der sie gegen Papier-Rubel, Papiergulden, Papier-Pesetas, Papier-Liras, Papier-Pesos, Papier-Reis usw. verkaufen muß, steht er sich besser, als wenn er seine Waren ebenfalls in Papier-Mark kaufen würde? Wenn der *Verkaufspreis* in einer vom Ein-

kaufspreis abweichenden Geldart berechnet werden muß, dann ist es völlig gleichgültig, ob die Geldart beim Einkauf aus Papier, Gold oder Silber bestand.

Übrigens, selbst bei internationaler allgemeiner Einführung der Goldwährung sind ihre Vorteile eigentlich von untergeordneter Bedeutung. Man dachte mit der Goldwährung die kaufmännischen Berechnungen zu erleichtern, man dachte, daß man nur eine Geldsumme zu nennen brauchte, um auch gleich ihre volle Bedeutung für alle Länder ermessen zu können. Kindliche Ansichten! Erstens beseitigt die Goldwährung ja die Schwankungen im Wechselkurs nicht. Der Goldimport wechselt mit dem Goldexport ab in jedem Lande. Es handelt sich vielleicht nur um geringe Beträge, aber sie genügen, um bedeutende Wechselkursdifferenzen nötig zu machen. Denn der Wechselkurs schwankt zwischen den Kosten der Goldeinfuhr und Goldausfuhr; Kosten, die bis zu 3% ausmachen können. Seefracht, Seeversicherung, Zinsverlust und Profit bei der Ausfuhr des Goldes; dieselben Kosten bei der Wiedereinfuhr. Dazu noch die Kosten der Umprägung. Denn der Weg ins Ausland, sagt Bamberger ganz richtig, ist für das Gold der Weg in den Schmelztiegel. Das sind aber Kosten, die selbst bei kleineren Geschäften berücksichtigt werden müssen. Wenn aber der Kaufmann überhaupt schon mit dem Wechselkurs rechnen muß, wo bleibt dann der Vorteil für die kaufmännischen Berechnungen?

Der andere vermeintliche Vorteil der internationalen Goldwährung ist noch viel trüglicherer Natur; denn die Bedeutung einer beliebigen Geldsumme für irgend ein Land kann man doch erst dann ermessen, wenn man die Warenpreise, die Löhne usw. des betreffenden Landes kennt. Erbe ich z. B. von meiner Großmutter Schulden, die ich bezahlen will oder muß, so werde ich nicht in Deutschland bleiben, sondern dorthin ziehen, wo Geld am leichtesten zu verdienen ist. Der Betrag der Schuld nimmt mit meiner Auswanderung nicht nominell, aber wohl tatsächlich ab. Ein Mann mit 1000 Taler Schulden ist ein armer Tropf in Deutschland; in Amerika bedeutet diese Schuld gar wenig. Umgekehrt natürlich liegt die Sache, wenn ich statt Schulden ein Vermögen erbe. Also was bedeutet die Goldwährung hier? So fragt z. B. der Auswanderer, dem man Haufen von Gold verspricht, sofort *nach den Preisen der von ihm gefertigten und verbrauchten Sachen*. Erst dann, wenn er diese kennt, kann er sich einen Begriff von der genannten Geldsumme machen. Vom Gold springen seine Gedanken gleich auf die Warenpreise; diese, nicht das Gold, liefern die Bank, auf der er ausruhen kann. Muß man aber erst Tausende von Warenpreisen kennen, um die Bedeutung einer Geldsumme zu ermessen, dann ist es gleichgültig, ob die Geldsumme auf Gold oder Papier lautet. Und tatsächlich weiß man heute nicht einmal ungefähr, um was es sich bei Nennung einer Geldsumme

handelt; einerlei, ob vom goldenen Dollar oder vom papiernen Rubel gesprochen wird.

Aber all' diese Geschichten haben für den Kaufmann herzlich wenig Bedeutung. Was gelten diese kleinen arithmetischen Schulexempel gegenüber den tausend unwägbareren Umständen, auf denen die Wahrscheinlichkeitsrechnung des Kaufmanns sich aufbaut? Die Abschätzung des Bedarfs an einer Ware, die Bestimmung ihrer Qualität, ihre Konkurrenzfähigkeit mit hundert anderen Artikeln, die Schwankungen der Mode, die Aussichten in der Zollpolitik, die Tragfähigkeit des einzelnen Artikels in Bezug auf den Profitsatz usw., das sind die Elemente, mit denen der Kaufmann *rechnet*; das Ausrechnen der Preise, die Umrechnung in fremde Münze usw., das überläßt der Kaufmann den Lehrlingen.

Viel wichtiger als die Münzsorten der verschiedenen Länder, mit denen der Kaufmann in Verkehr steht, sind die Zolltarife und deren Abänderungen, und wenn die einzelnen Länder, um die *Goldwährung* zu schützen, vom Freihandel abgegangen sind, so muß ich sagen, daß mir jede Art der Währung, selbst die Muschelwährung der Kaffern, sobald daneben Freihandel besteht, lieber wäre als Goldwährung in Verbindung mit Schutzzöllen. Und es ist doch Tatsache, daß überall, wo die Goldwährung hinkam, die Schutzzölle nachfolgten.

Es ist eine altbekannte Tatsache, daß im internationalen Handel Ware mit Ware bezahlt wird, und daß etwaige Saldos nur in verschwindend kleinem Maßstab mit Barmitteln bezahlt werden können.

Stundungen, Wechsel, Anleihen, Aktien vermitteln hier den Zahlungsausgleich. Viel wichtiger für die Zahlungsbilanz als das Vorhandensein exportfähiger Barmittel ist die Politik der Emissionsbanken. Auch hier, wie überall, sollte es heißen: der Krankheit vorbeugen ist besser, als Arzneien anzuwenden. Die Emissionsbank muß an den Bewegungen des Wechselkurses ersehen, ob sie zuviel Geld ausgegeben, dadurch die Preise gehoben, den Export erschwert, den Import erleichtert hat. Sie muß in diesem Falle rechtzeitig auf eine Herabsetzung der Preise durch Beschränkung des Geldangebots hinarbeiten. Und im entgegengesetzten Falle muß sie die umgekehrte Politik betreiben. Tut sie das, und sind ihre Manöver *wirksam*, so muß sich die Zahlungsbilanz immer ausgleichen, und die Bildung eines Saldos wird vermieden. Somit ist die „Exportfähigkeit“ der nationalen Tauschmittel zum mindesten überflüssig. Zum mindesten sage ich, denn die Export- und Importfähigkeit des Geldes kann zu schweren Schäden Anlaß geben. Diese Exportfähigkeit entzieht ja den Emissionsbanken das Monopol der Geldversorgung. Es unterwirft den nationalen Markt der Herrschaft fremder, manchmal feindlicher Gewalten. [Französische, in deutschen Bankgeschäften angelegte Gelder wurden in der Marokkokrise gekündigt, mit der Absicht, Deutschland zu schädigen. Der Zweck wurde auch erreicht.] Jede Währungspfusche-

rei des Auslandes wirkt zurück auf das Inland, und unmöglich ist es, sich dagegen zu wehren – anders als mit Zöllen. Führen fremde Staaten die Papierwährung ein und vertreiben dadurch das Gold, so kommt dieses Gold, Beschäftigung suchend, hierher geströmt und treibt die Preise hoch zu einer Zeit, wo sie sowieso schon zu hoch stehen. Schaffen fremde Länder die Papier- oder Silberwährung ab, um die Goldwährung einzuführen, so strömt das Gold ab, zu einer Zeit, wo es sowieso schon daran fehlt. Welche Schwierigkeiten sind durch solche Puschereien nicht den verschuldeten deutschen Landwirten entstanden?

Das war übrigens in der Theorie alles längst kargestellt [*Silvio Gesell*: „Die Anpassung des Geldes und seiner Verwaltung an die Bedürfnisse des modernen Verkehrs.“ Buenos Aires 1897. — *Frankfurth-Gesell*: „Aktive Währungspolitik.“ Berlin 1909.], die Geldreform hat aber erst die praktische Bestätigung geliefert. Wir haben doch jetzt die reine Papierwährung; Papiergeld, das vom Gold völlig losgelöst ist. Nicht einmal das Versprechen der Goldeinlösung enthält das Reformgeld. Trotzdem ist der Wechselkurs aufs Ausland fest wie nie zuvor. Zuerst richtete das Geldamt seine ganze Politik auf die Befestigung der durchschnittlichen Warenpreise. Es zeigte sich dabei, daß, während die Warenpreise festblieben, der Wechselkurs aufs Ausland stieg und fiel. Das kam daher, daß die Preise im Auslande, wo noch die Goldwährung herrscht, nach alter Weise auf- und abgingen. Im Auslande wollte man diese Erklärung nicht gelten lassen und man behauptete, unsere Papierwährung wäre daran schuld. Nun hat das Geldamt dem Auslande den Beweis geben wollen, daß die Schwankungen vom Golde herrühren und das Geldamt hat die festen Preise im Inlande fahren lassen, um dafür seine Politik auf die Befestigung des Wechselkurses zu richten. Zog der Wechselkurs an, so ließ das Geldamt den Geldstand vermindern, ging der Wechselkurs zurück, dann wurde der Geldstand vergrößert. Und da mit dem Reformgeld das Geld selbst die Nachfrage nach Waren darstellt, so folgten die Preise der Waren und ebenso der Wechselkurs am Schnürchen. So hat man nun dem Auslande gezeigt, daß ein fester Wechselkurs zusammen mit stabilen Warenpreisen von der Goldwährung unmöglich erwartet werden können und daß beides sich nur vereinigen läßt, wenn in *allen* Ländern die Warenpreise festbleiben. Also auf die Befestigung der Inlandwarenpreise muß man überall hinarbeiten, um einen festen Wechselkurs aufs Ausland zu erzielen. *Eine nach gleichen, international gültigen Grundsätzen geleitete Inlandwährung kann allein den festen internationalen Wechselkurs und zugleich eine nationale Währung bringen.* Das scheint man jetzt endlich auch im Auslande begriffen zu haben, und es heißt, daß eine internationale Papierwährungskonferenz einberufen und ein internationales Geldamt gegründet werden soll.

Irgend etwas muß geschehen. Wir wollen Freihandel, festen Wechselkurs aufs Ausland und feste Warenpreise fürs Inland. Durch einseitig nationale Einrichtungen lassen sich diese Wünsche vereint nicht erfüllen; wir müssen uns international verständigen. Und die Geldreform scheint mir berufen zu sein, den Boden für eine solche Verständigung zu liefern. Denn das Freigeld ist gehorsam, plastisch, willig. Man kann damit machen, was man will; irgend einem Ziele zustreben.

## **V. Der Unternehmer.**

Absatz, Absatz, das ist es, was wir Unternehmer brauchen, regelmäßigen, gesicherten Absatz, Aufträge auf lange Zeit im voraus, denn auf Regelmäßigkeit des Absatzes der Produkte ist die Industrie angewiesen. Wir können doch nicht jeden Augenblick unsere eingearbeiteten Leute entlassen, jedesmal, wenn der Absatz stockt, um kurze Zeit darauf neue, ungeschulte Leute einzustellen. Auch können wir nicht aufs Geratewohl fürs Lager arbeiten, wenn die festen Bestellungen fehlen. Absatz, gesicherten Absatz!

Wenn wir dazu noch durch die Barzahlung und durch feste Preise für Rohstoffe und Fabrikate vor Verlusten geschützt sind, dann haben wir alles, was wir brauchen und nicht durch unsere eigene Tätigkeit erreichen können. Verschaffe man uns nur regelmäßigen Absatz, passende öffentliche Einrichtungen für den Tausch unserer Produkte – mit den Schwierigkeiten der *Technik* werden wir dann schon fertig werden. Absatz, Barzahlung, feste Preise – das übrige können wir selbst schaffen.

Das waren unsere Wünsche, als von der Einführung der Geldreform die Rede war. Und diese Wünsche sind erfüllt worden.

Was ist Absatz? Verkauf. Was ist Verkauf? Tausch der Waren gegen Geld. Woher das Geld? Vom Verkauf der Waren. Also ein Kreislauf!

Wenn nun, wie das mit dem Freigeld der Fall ist, das Geld den Inhaber sozusagen zum Kaufe zwingt und ihn durch den Verlust, den er durch jede Verzögerung des Kaufes erleidet, *unausgesetzt an seine Pflichten als Käufer erinnert* – so folgt der Kauf dem Verkauf auf dem Fuße, und zwar zu allen Zeiten, unter allen denkbaren Verhältnissen. Wenn jeder so viel kaufen muß, wie er selbst verkauft hat – wie könnte da der Absatz noch stocken? Das Freigeld schließt also den Kreislauf des Geldes.

Wie die Ware das Angebot darstellt, so stellt jetzt das Geld die Nachfrage dar. Die Nachfrage schwebt nicht mehr in der Luft, sie wird nicht mehr wie ein Rohr in der Wüste von jedem politischen Lufthauch hin- und herbewegt. *Die Nachfrage ist keine Willensäußerung der Käufer, der Bankiers, der Spekulanten*; sondern das Geld ist jetzt die stoff- und

fleischgewordene Nachfrage. Jetzt laufen die Geldbesitzer neben der Nachfrage einher; das Geld führt den Geldbesitzer wie einen Hund an der Leine.

Und es ist nur gerecht und billig, daß es so ist. Denn geht es uns Warenproduzenten oder Warenbesitzern etwa besser? Beherrschen wir das Angebot unserer Produkte oder werden wir umgekehrt durch die Natur unserer Produkte zum Angebot gezwungen? Befiehlt uns nicht die Natur unserer Produkte, der Gestank, der ihnen entströmt der Raum, den sie beanspruchen, die Feuersgefahr, die ihnen anhaftet, die Fäulnis, der sie unterworfen sind, der Modewechsel, die Zerbrechlichkeit und tausend andere Umstände, daß wir diese Produkte verkaufen, und zwar immer sofort nach ihrem Entstehen? *Wenn also das Angebot von Waren so unter einem natürlichen, materiellen Zwang steht, fordert es da nicht die Billigkeit, daß auch die Nachfrage nach Waren, das Angebot von Geld unter Zwang gestellt werde?*

Eine heroische Tat war es, als man mit dem Freigeld diese Frage bejahte. Bis dahin hatte man immer nur an die Käufer gedacht, jetzt hat man sich besonnen, daß die Verkäufer auch Wünsche haben, und daß alle Wünsche des Käufers nur auf Kosten der Verkäufer erfüllt werden können. *Lang genug hat es gedauert, bis man zu dieser so einfachen Erkenntnis gelangte.*

Fehlt es jetzt an Absatz, und neigen die Preise nach unten, so sagt man nicht mehr, es ist zu viel gearbeitet worden, wir haben Überproduktion, sondern man sagt, es fehlt an Geld, an Nachfrage. Dann setzt das Reichsgeldamt mehr Geld in Umlauf, und da das Geld jetzt nicht mehr und nicht weniger als die zu einem Körper gewordene Nachfrage ist, so gehen die Preise herauf auf ihren normalen Stand. *Man fabriziert also heute die Nachfrage, genau wie wir das Angebot fabrizieren.* Wir arbeiten und werfen unsere Produkte auf den Markt – das Angebot –; das Reichsgeldamt betrachtet das Angebot und wirft ein entsprechendes Quantum Geld auf den Markt – die Nachfrage. Nachfrage und Angebot sind jetzt Arbeitsprodukte. Von privater Handlung, von Wünschen, Hoffnungen, Konjunkturen und Spekulationen ist bei der Nachfrage keine Spur mehr. So groß wir die Nachfrage haben wollen, genau so groß wird sie bestellt und gemacht. *Unser Produkt, das Warenangebot ist die Bestellung für die Nachfrage, und das Reichsgeldamt führt die Bestellung aus.*

Und der Teufel holt den Präsidenten des Reichsgeldamtes, wenn er schläft, wenn er seine Pflichten versäumt. Er kann sich nicht mehr, wie unsere Reichsbankverwaltung, hinter der eine Blankovollmacht darstellenden, hohlen Satzungsphrase der „Verkehrsbedürfnisse“ verbergen. Haarscharf sind dem Reichsgeldamt die Pflichten vorgeschrieben worden, haarscharf sind

auch die Waffen, womit wir das Amt ausgerüstet haben. Die Mark deutscher Reichswährung war bisher ein unbestimmbares, breiartiges Ding. Jetzt ist die Mark deutscher Reichswährung zur Tat geworden und für diese Tat sind die Reichsbeamten verantwortlich.

Wir sind nicht mehr ein Spielball in den Händen der Kapitalisten, der Bankiers, der Spekulanten; wir brauchen nicht mehr in fatalistischer Gottergebenheit zu warten, bis daß – wie man zu sagen pflegte –, die Konjunkturen sich besserten. Wir beherrschen jetzt die Nachfrage, denn das Geld, dessen Produktion und Angebot wir in absoluter Weise in unserer Macht haben, ist an sich die Nachfrage. Das kann nicht oft genug wiederholt, nicht schwer genug betont werden. Wir sehen jetzt die Nachfrage, wir können sie greifen und messen – wie wir auch das Angebot sehen, greifen und messen können. Gute Ernte, viele Kartoffeln, großes Angebot von Kartoffeln. Wir sehen das *Angebot* dort vor uns auf dem Markte.

Jetzt sagt uns das Geldamt, so viel Geld ist in Umlauf, verglichen mit gestern ein Mehr von so und so viel, und nun wissen wir, daß auch die Nachfrage heute größer als gestern sein wird. Wir sehen, greifen und messen heute die Nachfrage, genau wie wir das Angebot messen. Viel Ware – viel Geld, das ist die Politik des Reichsgeldamtes.

Eine ganz erstaunlich einfache Sache.

Das war doch früher mit unserem zwar schönen, aber trägen Gold nicht der Fall. Geld war keine Nachfrage, sondern nur ein Werkzeug zur Nachfrage. Im Julisturm in Spandau lagen 120 Millionen, die in 35 Jahren nicht einmal angeboten wurden. Nicht ein einziges Mal. Die Nachfrage war vom Gelde getrennt, ein Willensakt, eine launische Handlung des Zufalls, der Raubsucht, optimistischer Hoffnungen, pessimistischer Befürchtungen. Sie war bald groß, bald klein, je nach den Wünschen der Geldinhaber, die obendrein oft ein persönliches Interesse daran hatten, daß entweder die Nachfrage klein blieb, um ihnen billigen Einkauf zu ermöglichen, oder daß die Nachfrage sich vergrößerte, damit sie teuer verkaufen konnten. Die Spekulation, der Wucher, der Schwindel waren nur allzuoft die Nachfrage, und das Geld war nur das willenlose Werkzeug solcher Nachfrage. Zuweilen waren die Banken mit Geld überfüllt, während draußen die Waren verschleudert werden mußten, wegen – Mangel an Geldangebot.

Frage man nach der Ursache der Erscheinung, so hieß es „Überproduktion“. Daß diese Überproduktion nur auf einer Unterproduktion oder einem Unterangebot von Geld beruhte – für diese Erkenntnis war in unserem biergefüllten Schädel kein Raum mehr. Wie hätten wir mit unserem chronischen Dusel auch auf diesen Gedanken kommen können? Hatte unser Geld damals nicht einen „festen inneren Wert“ (!) und mußte man „darum“ nicht notgedrungen die Ursache aller Preisschwan-



kungen bei den *Waren* suchen? Zwar wußte niemand, worin dieser geheimnisvolle innere Wert des Goldes bestand, aber man dachte, die anderen wüßten es, und nun gab man sich damit zufrieden.

Stiegen also die Preise, so wurde die Schuld daran, die Ursache in einer ungenügenden Warenproduktion gesucht; fielen umgekehrt die Preise, so trugen die Produzenten die Schuld, die blindlings, in unersättlicher Geldgier darauflos gearbeitet hatten. Natürlich, denn am Gelde mit „festem inneren Wert“, am Golde konnte das unmöglich liegen.

Eigentlich stiert ja der höhere Blödsinn dieser Theorie aus den Augen, aber trotzdem sind wir Unternehmer mit dieser Theorie an der Nase herumgeführt worden, wie Bullen. Aber verdienten wir Bierphilister eine bessere Behandlung? Jedes Volk hat die Einrichtungen, die es sich gibt. Ein Biervolk, eine Bierwährung. Doch das gehört nun glücklicherweise der Geschichte an.

Woher es kommt, daß mit der Geldreform auch die festen Bestellungen so reichlich einlaufen, daß der Betrieb auf Monate im voraus gesichert ist? Der Kaufmann sagte, das Publikum zöge jetzt den Besitz von Waren dem des Geldes vor. Man warte jetzt mit dem Kauf nicht mehr bis zum unmittelbaren Bedarf, sondern man schaffe sich jetzt die Sachen an, wenn man gerade das Geld dazu hat. In jedem Hause befindet sich eine besondere Vorratskammer, und wer zu Weihnachten z. B. Geschenke zu machen hat, der wartet nicht mehr mit dem Kauf bis zum Weihnachtsabend, sondern er kauft dann, wann er gerade die Gelegenheit hat. Darum werden die Weihnachtssachen jetzt während des ganzen Jahres gekauft und für meine Puppenfabrik treffen jetzt Bestellungen während des ganzen Jahres ein. Das frühere Hasten und Jagen während der Weihnachtszeit verteilt sich jetzt auf das ganze Jahr. Und so geht es in allen Industrien. Wer einen Winterrock braucht, wartet nicht bis zum ersten Schneefall; er bestellt ihn, wenn er gerade das Geld dazu im Sacke hat, auch wenn das Thermometer an dem Tage 30 Grad im Schatten zeigt. Denn das Geld brennt dem Käufer im Sacke, wie dem Schneider das Tuch auf Lager brennt. Das Geld läßt dem Inhaber keine Ruhe, es schmerzt und juckt und erinnert ihn unausgesetzt daran, daß der Schneider nichts zu tun hat, und daß er froh wäre, wenn man [*bei*] ihm jetzt schon für den kommenden Winter einen Anzug bestellte – selbst wenn man diesen Anzug mit noch schlechterem Gelde, als das Reformgeld ist, bezahlte. Denn kein Geld ist so schlecht, daß es nicht noch besser wäre, als unverkauftes Tuch.

Infolge dieses eigentümlichen Verhaltens des Publikums ist der größere Teil der kaufmännischen Niederlagen überflüssig geworden, denn wenn die Käufer lange Zeit im voraus sich mit allem versehen und nicht mehr auf unmittelbarer sofortiger Lieferung bestehen, so hat der Kaufmann nicht mehr nötig, die Waren auf Lager zu nehmen. Er hält ein Musterlager, und das

Publikum bestellt ihm das Gewünschte. Der Kaufmann sammelt so die Bestellungen, und treffen dann die Waren ein, so liefert er sie gleich von der Bahn aus ab. Natürlich verkauft er sie um so billiger.

Dieser Wegfall der Läden, wo man bisher immer alles vor dem unmittelbaren Bedarf kaufen konnte, hat zur Folge, daß auch die saumseligsten Käufer gezwungen werden, rechtzeitig zu überlegen, was sie an Waren wohl brauchen werden, um sich diese Waren durch Vorausbestellung rechtzeitig zu sichern. Und so haben wir nun durch die Geldreform es endlich erreicht, *daß die Abschätzung des Warenbedarfs nicht mehr von den Kaufleuten, sondern von den Konsumenten selbst vorgenommen wird.* Ein ganz gewaltiger Vorteil für alle Beteiligten. Der Kaufmann mußte bisher merkwürdigerweise im voraus den Bedarf des Publikums abschätzen, um seine Bestellungen zu machen. Daß er sich dabei irren konnte, ist klar. Jetzt schätzt das Publikum selbst seinen Bedarf ab, und da jeder schließlich den persönlichen Bedarf, sowie die Mittel dazu besser kennt als der Kaufmann, so kommen Irrtümer sicherlich seltener vor.

So ist nun der Kaufmann ein bloßer Musterreiter geworden, und der Fabrikant ist sicher, daß die Aufträge, die ihm vom Kaufmann zugehen, nicht die persönliche Ansicht des Kaufmanns über den Warenbedarf widerspiegeln, sondern den unmittelbaren Bedarf der Konsumenten, den wirklichen Warenbedarf, darstellen. Er hat jetzt in den Bestellungen ein untrügliches Bild von den Wandlungen, die im Geschmack, in den Bedürfnissen des Volkes vorgehen, und er kann sich immer rechtzeitig diesen Wandlungen anpassen. *Früher, als die Bestellungen immer nur die persönliche Ansicht der Kaufleute wiedergaben,* da wären plötzliche Umschläge, war der sogenannte Modenwechsel an der Tagesordnung.

Auch dadurch hilft mir das Freigeld über manche Schwierigkeiten hinweg.

Aber schließlich, wenn die Arbeit des Unternehmers so sehr erleichtert wird, wenn der Unternehmer nur mehr Techniker, nicht mehr Kaufmann zu sein braucht, so wird doch der Unternehmergewinn darunter leiden müssen. An tüchtigen Technikern fehlt es ja nicht, und wenn die kaufmännische Leitung eines industriellen Unternehmens so wenig Schwierigkeiten mehr bietet, so wird jeder brauchbare Techniker auch ein brauchbarer Unternehmer. Nach den Gesetzen des Wettbewerbs muß dann aber auch wieder der Unternehmergewinn auf den gleichen Stand des Technikerlohnes herabgehen. Eine unangenehme Nebenerscheinung für so viele Unternehmer, deren Erfolge von ihrem kaufmännischen Genie herrühren. *Mit der Geldreform sind die kaufmännischen Genies überflüssig geworden,* denn die Schwierigkeiten sind verschwunden, für deren Überwindung die vergleichsweise seltene, aber gerade darum so schwer bezahlte kaufmännische Begabung nötig war.

Wem wird nun der Wegfall des hohen Unternehmergewinnes zugute kommen? Irgendwo muß er zum Vorschein kommen. Entweder in herabgesetzten Warenpreisen oder, was schließlich auf eins hinausläuft, in heraufgesetzten Löhnen. Ein anderes gibt es nicht.

### **VI. Der Wucherer.**

Es war und ist auch heute nicht unehrenhaft, sich einen Regenschirm, ein Buch zu borgen; ja selbst wenn man diese Gegenstände zurückzugeben vergaß, so würde es so gar übel nicht genommen, und der Geschädigte suchte selbst nach einer Entschuldigung für den Übeltäter. Eine Buchführung über verborgte Gegenstände bestand in keiner Familie.

Aber wie ganz anders war es früher, wenn jemand *Geld* auf „Pump“ haben wollte, und wenn es auch nur 5 Mark waren! Welch verlegene Gesichter auf beiden Seiten! Wie wenn man dem „Angepumpten“ einen Zahn hätte ausziehen wollen, wie wenn man sich schwerer sittlicher Gebrechen bezichtigen müßte!

Auf der Geldverlegenheit lastete ein Makel, ein sittlicher Makel, und man mußte schon dicker Freundschaft sicher sein, um in einer Geldverlegenheit sich freimütig an einen Bekannten wenden zu dürfen. Geld! Wie kommt der Mann in Geldverlegenheit? Regenschirme, eine Jagdflinte, selbst ein Reitpferd will ich dir leihen, aber Geld! Wie kommst du in Geldverlegenheit? Du lebst wohl liederlich?

Und doch war es so leicht, in Geldverlegenheit zu geraten! Krise, Arbeitslosigkeit, Zahlungseinstellungen und tausend andere Ursachen brachten jeden, dessen Finanzen nicht eben glänzend bestellt waren, einmal in Verlegenheit. Und wer dann bei solchen Gelegenheiten nicht die nötige Dickfelligkeit besaß und sich keiner Absage aussetzen wollte, der kam zu mir, dem Wucherer, und ich machte mein Geschäft.

Und diese schöne Zeit ist jetzt vorbei. Mit dem verdammten Freigeld ist das Geld auf die Rangstufe der Regenschirme herabgesetzt worden, und die Bekannten und Freunde helfen sich jetzt gegenseitig aus, als ob es sich mit dem Gelde um eine ganz gewöhnliche Sache handelte. Zurückgelegte Geldvorräte hat niemand und kann auch niemand haben, da ja das Geld unter Zwangsumlauf steht. Aber gerade, weil man keine Reserven haben kann, braucht man auch keine. Das Geld läuft ja jetzt mit größter Regelmäßigkeit um. Der Kreislauf ist geschlossen.

Tritt jedoch einmal ein unvorhergesehener Geldbedarf ein, so wendet man sich an einen Bekannten, wie man sich an ihn um einen Regenschirm wendet, wenn man von einem Gewitter überrascht wird. Gewitter und Geldverlegenheit stehen moralisch auf gleicher Stufe. Und der Angepumpte entspricht dem Begehren ohne viel Umstände, ohne dabei schmerzlich sein Ge-

sicht zu verziehen. Er tut es sogar gern, weil es erstens auf Gegenseitigkeit beruht, zweitens, weil er unmittelbaren Vorteil davon hat. Denn das Geld schrumpft ja in seinem Besitze zusammen, während ihm sein Freund die Summe ohne Verlust zurückzuzahlen verspricht. Daher das veränderte Benehmen.

Man kann nicht gerade sagen, daß man jetzt leichtsinnig mit dem Gelde umspringt, aber es ist doch lange nicht mehr so spröde wie früher. Man achtet es, ja, hat es doch Arbeit gekostet, es zu verdienen, aber man achtet es doch nicht höher als diese Arbeit, als sich selbst. Ist es doch als Ware nicht besser, als jede andere Ware, ist doch der Besitz des Geldes mit den gleichen Verlusten verknüpft, wie wenn man einen Vorrat an Waren besäße! Die Ware, die Arbeit ist bares Geld und darum ist es aus, für immer aus mit meinem Geschäft.

Ebenso schlecht wie bei mir, geht es auch im Pfandhaus. Jeder, der etwas Geld besitzt, für das er keinen unmittelbaren Gebrauch hat, ist jetzt bereit, Geld auf Pfand herzugeben, und noch obendrein ohne Zins. Ist doch das Geld an sich schlechter geworden als die gewöhnlichen Pfandobjekte. Braucht jemand schnell 10 Mark, so hat er nicht nötig, seine Verlegenheit zu verbergen und durch Seitengassen zum Pfandleiher zu schleichen. Beim Nachbarn kehrt er ein und läßt sich auf sein Pfand das Geld vorstrecken. Und jede Ware, die man bei Geldfülle auf Vorrat kaufte, ist so gut, wenn nicht besser als bares Geld. So ist jetzt Ware Geld und Geld Ware, aus dem ganz einfachen Grunde, weil beide gleich schlecht sind. Ganz gemeine, vergängliche Produkte in diesem vergänglichen irdischen Jammertal. Alle schlechten, üblen Eigenschaften der Waren haben in dem Verlust, dem das Geld unterliegt, ihren natürlichen Ausgleich und niemand zieht noch das Geld den Waren vor.

Aber gerade darum ist auch die Arbeit immer begehrt, und weil sie begehrt ist, hat jeder arbeitsfähige, arbeitswillige Mann in seiner Arbeitskraft bares Geld in der Tasche.

O, es ist aus mit dem Wucher!

Aber ich werde mich nicht so ohne weiteres in mein Schicksal ergeben; ich werde den Staat auf Schadenersatz verklagen. Das Geld war früher, wie auch heute noch, eine staatliche Einrichtung, und ich lebte davon. Ich war also sozusagen ein Staatsbeamter. Nun hat mir der Staat durch Reformierung des Geldes, also durch einen gewaltsamen Eingriff, mein Gewerbe verdorben und mich um mein Brot gebracht. Ich habe also Anspruch auf Schadenersatz.

Man hat den Grundrentnern, als diese – ohne staatlichen Eingriff – in Not gerieten, geholfen, indem man durch die Kornzölle die sogenannte Not der Landwirtschaft beseitigte, die Grundrenten auf Kosten des Volkes erhöhte; warum soll ich mich nicht auch an den Staat wenden in meiner Not? Ist etwa der Brotwucher besser, ehrenhafter als der Geldwucher? Beide, ich der Jud und du der Graf, sind Wucherer – einer so

schmutzig wie der andere. Im Gegenteil, mir scheint es, als ob du noch etwas schmutziger, gieriger wärest als ich. Denn der Brotwucher erzeugt oft erst die Not, die zum Geldwucherer führt. Hat man also die „Not der Brotwucherer“ durch Staatshilfe beseitigt, und damit den Wucher unter Staatsschutz gestellt, so wird man nicht umhin können, auch den Geldwucherer in seiner Not zu schützen. Denn Wucher bleibt Wucher, ob es sich um Land oder Geld handelt. Was vorschlägt es dem Landwirt, ob er bei der Pacht des Bodens, oder aber beim Borgen des Geldes bewuchert wird? Beide Geld- und Bodenwucherer, nehmen genau so viel, wie sie erlangen können –, keiner der beiden schenkt etwas. Haben die Grundrentner ein gesetzliches Recht auf Rente, so haben die Geldrentner ein gesetzliches Recht auf Zins.

Aus diesem Dilemma wird man sich nicht mit der Phrase retten können, daß zwischen Geld und Boden, Zins und Rente, ein Unterschied liegt, denn wer hätte mich daran gehindert, durch Tausch des Geldes gegen Land die Not des Wucherers in eine Not der Landwirtschaft umzukehren?

Ich werde also mich einfach auf die Kornzölle berufen, und der Notschrei des Wucherers wird im Rechtsstaat nicht ungehört verhallen!

### ***VII. Der Spekulant.***

Mit der Bodenverstaatlichung ist uns schon die Spekulation mit Baustellen, Bergwerken und Ackerland unmöglich gemacht worden, und jetzt mit dem Freigeld wird mir das Geschäft mit Börsenpapieren und Waren auch noch entzogen. Wo immer ich auch hier den Fuß hinsetze, sinke ich ein. Und das nennt man Fortschritt, soziale Gerechtigkeit? Biedereren, harmlosen Bürgern die Existenz zu untergraben und noch dazu unter Mitwirkung des Staates, desselben Staates, dem ich so treu gedient habe, wie meine ordengeschmückte Brust, meine Ehrenämter und Ehrentitel es beweisen? Ein Raubstaat, kein Rechtsstaat ist das!

Neulich ließ ich den Zeitungen auf meine Kosten die telegraphische Meldung zugehen, daß zwischen zwei südamerikanischen Republiken (ich entsinne mich der Namen nicht mehr) ernste Reibereien ausgebrochen seien, und daß man Verwicklungen mit fremden Mächten für möglich halte. Glauben Sie vielleicht, daß die Nachricht Eindruck auf die Börse gemacht hat? Keine Spur. Ich sage Ihnen, die Börse ist unglaublich dickfellig geworden. Hat doch selbst die Nachricht von der Eroberung Carthagos durch die Japaner die Börse nicht aufzuregen vermocht! O, ich sage Ihnen, dieses Phlegma ist schrecklich anzusehen! Eigentlich ist ja nichts Wunderbares daran, aber es sticht so sehr gegen das frühere Benehmen der Börse ab, daß es schwer ist, sich damit abzufinden.

Mit dem Freigeld hat das Geld aufgehört, die Hoch- und Zwingburg der Kapitalisten zu sein, wohin sie sich beim geringsten Alarm zu flüchten pflegten. Bei der geringsten Gefahr realisierte man die Papiere, d. h., man verkaufte sie gegen Geld und glaubte, sich so vor jedem Verluste gesichert zu haben.

Diese Verkäufe waren natürlich mit einem Kursverlust verbunden, der um so größer war, je größeren Umfang die Verkäufe annahmen.

Nach einiger Zeit, wenn ich glaubte, daß nichts mehr zu holen war, verbreitete ich beruhigende Nachrichten. Die eingeschüchterten Spießbürger wagten sich wieder aus der Burg hervor, und bald trieben sie mit ihrem eigenen Geld die Kurse der Papiere hoch, die sie in überstürzter Eile zu billigen Preisen an meine Helfershelfer verkauft hatten. Das war dann ein Geschäft!

Und jetzt mit diesem unglückseligen Freigeld? Bevor der Spießbürger seine Papierchen verkauft, muß er sich fragen, was er dann mit dem Erlös, mit dem Gelde anfängt. Denn dieses Geld bietet doch keinen Ruhepunkt mehr, man kann es doch nicht nach Hause nehmen und einfach warten. Zum reinen Transitlager ist das Geld geworden. Also was wird, sagen die Bauern, mit dem Erlös der Papiere, die wir gefährdet glauben, die wir verkaufen wollen? Gewiß, wir glauben Ihnen, die Aussichten sind schlecht für unsere Papiere, aber, sind denn die Aussichten für das Geld, das sie uns in Tausch geben, etwa besser? Sagen Sie uns, was sollen wir mit dem Gelde kaufen? Zuerst müssen wir das wissen, dann wollen wir verkaufen. Staatspapiere wollen wir nicht kaufen, denn andere haben sich schon darauf geworfen und den Kurs hochgetrieben. Sollen wir mit Verlust unsere Papiere verkaufen, um andere Papiere zu übertriebenen Kursen, also auch mit Verlust, zu kaufen? Verlieren wir schon beim Einkauf der Reichsanleihen, so können wir ebenso gut an unseren Papieren verlieren. Besser also, wir warten mit dem Verkauf ein Weilchen.

So spricht jetzt der Spießbürger, und das ist es, was uns das Geschäft verdirbt. Dies verdammte Warten! Denn erstens geht durch das Warten der Eindruck unserer Nachrichten verloren, die Betäubung läßt nach, und zweitens treffen in der Regel von anderer Seite beruhigende Nachrichten ein, durch die unsere Alarmmeldungen als arge Übertreibung entlarvt werden, und dann ist es überhaupt vorbei. Denn den ersten Eindruck muß man ausbeuten. Die Bauernfängerei ist recht schwierig geworden.

Und dann steckt ja unser Spekulationskapital auch in diesem Ludergeld. *Das Geld verfault uns ja in der Kasse.* Ich muß natürlich mein Geld immer verfügbar halten, um im passenden Augenblick meinen Schlag zu machen. Wenn ich es dann nach einiger Zeit nachzähle, ist schon ein erheblicher Teil angefault. Ein regelmäßiger, sicherer Verlust gegenüber einem unsicheren Gewinn.

Ich hatte zu Anfang des Jahres in barem Gelde 10 Mill.. In der Meinung, es wie früher jeden Tag gebrauchen zu können, ließ ich das Kapital (?) in barem Gelde da liegen. Jetzt sind wir schon Ende Juni angelangt, und es war mir nicht möglich, die Börse zu Verkäufen in größerem Maßstabe zu bewegen. Und so liegt das Geld noch da, unberührt. Was sage ich, unberührt? 250.000 Mark fehlen schon daran. Ich habe da unwiederbringlich eine große Summe verloren, und die Aussichten für die Zukunft sind nicht besser geworden. Im Gegenteil, je länger der Zustand anhält, um so phlegmatischer wird die Börse. Schließlich lehrt ja auch die Erfahrung die Spießbürger, daß, *wenn niemand verkauft, auch die Kurse nicht weichen, trotz der trüben Aussichten*, und daß Nachrichten und Aussichten allein nicht genügen, um einen Kursrückgang zu begründen. Tatsachen sind dazu nötig.

Wie prächtig war es dagegen früher! Da liegt, als klassisches Muster für meine Stimmungsberichte, ein Artikel vom Lokalanzeiger vom 9. Februar vor mir:

„Ein schwarzer Dienstag! Panischer Schrecken durchzuckte heute unsere Börse auf die Nachricht, daß der Sultan sich eine Magenstörung zugezogen hatte. Große Verkaufsaufträge aus den Reihen der Provinzkundschaft trafen mit einem bedeutenden Verkaufsandrang unserer Platzspekulation zusammen, und unter der Wucht dieses Druckes eröffnete der Markt in teilweise demoralisierter und deroutierter Haltung. „Sauve qui peut“ war heute in der Eröffnungsstunde die weit verbreitete Losung.“

Und jetzt? Immer diese ewige langweilige Frage: „Was mache ich mit dem Gelde; was soll ich kaufen, wenn ich jetzt meine Papiere verkaufe?“ Dieses Ludergeld! Wie schön war es mit der Goldwährung! Da fragte niemand: „Was fange ich aber mit dem Erlös an?“ Man verkaufte, auf Geheiß der Börsianer, die schönen Papiere ja gegen Geld, das doch noch viel schöner war; man freute sich, das ausgelegte Geld einmal wieder zu sehen, um es nachzuzählen, um mit den Händen darin zu wühlen. Hatte man Gold, dann war man sicher; am Gold konnte man unmöglich verlieren, weder beim Kauf noch beim Verkauf, das hatte ja, wie die Gelehrten sich ausdrückten, seinen „festen inneren Wert“! Dieses famose Gold mit festem, inneren Wert, dem gegenüber alle übrigen Waren und Papiere auf- und niedergingen, wie das Quecksilber an der Skala des Barometers. Famoser „innerer Wert“ des Goldes! Wie gut ließ sich damit spekulieren!

Jetzt sitzen die Kapitalisten auf ihren Papieren, als ob sie darauf angenagelt wären, und ehe sie verkaufen, immer die gleiche Frage: „Bitte, sagen Sie mir zuerst, was ich mit dem Ludergeld, dem Erlös meiner Papiere, anfangen soll?“  
Die alte

Börsenherrlichkeit hat jetzt ein Ende, mit dem Golde ist die Sonne am Himmel der Spekulation untergegangen.

*Ein* Trost bleibt mir jedoch, ich bin im Unglück nicht allein. Auch meinen in Waren arbeitenden Kollegen ist es ähnlich ergangen; auch ihnen hat das Freigeld das Geschäft verdorben. Früher waren die gesamten Warenbestände des Landes bis zum Augenblick des unmittelbaren Konsums immer verkäuflich; sie waren in den Händen der Kaufleute. Kein Mensch dachte daran, über den unmittelbar fühlbaren Hunger hinaus sich Vorräte anzulegen. Man hatte ja Gold mit „festem inneren Wert“, das alle Vorräte ersetzte, an dem man niemals etwas verlieren konnte. Wer Gold in Vorrat hatte, der hatte alles, was er brauchte, zu seiner Verfügung. Also wozu Vorräte anlegen, die die Motten zerfressen?

Aber gerade weil alles, alles immer feilgehalten wurde, konnte man so vortrefflich spekulieren; denn auf der einen Seite, beim Konsumenten, waren nicht für 24 Stunden Vorräte, *auf der anderen Seite lagen alle Vorräte bei den Kaufleuten zum Verkauf ausgelegt*. Die Sache war also einfach, man kaufte, was da war, und ließ dann die Nachfrage an sich herantreten. Der Profit war meistens sicher.

Und jetzt? Die Waren, die früher in den Läden feilgehalten wurden, *sie sind unter Millionen von Vorratskammern verteilt*, und wie könnte man diese wieder in den Handel zurückbringen? Und womit diese Vorräte bezahlen? Mit Freigeld? Aber, um sich des Geldes zu entledigen, haben ja die Privatleute die Vorräte gekauft. Diese Vorräte sind keine Waren mehr, es sind unverkäufliche Güter. Und gelänge es auch dem Spekulantem etwa, die neuerzeugten Waren an sich zu reißen, so würden darum doch die Preise nicht gleich anziehen, denn die Vorräte sind ja da; man lebt nicht mehr wie früher von der Hand in den Mund. Bevor diese Vorräte aufgezehrt sind, hat sich die Nachricht verbreitet, daß die Spekulation sich gewisser Bestände bemächtigt hat. So ist dann jeder auf der Hut, und ehe noch die Spekulanten ihre Waren absetzen konnten, haben die Produzenten den Ausfall gedeckt. Dabei ist noch zu bedenken, daß auch das Kapital der Warenspekulanten immer in der Geldform flüssig gehalten werden muß und durch den Kursverlust des Freigeldes zusammenschrumpft. Zinsverlust, Kursverlust, Lagergelder und kein Profit – wer soll das aushalten?

Wie konnte man doch eine Reform einführen, die den Staat direkt schädigt? Denn ich, Rockefeller, bin doch der Staat, – und mit meinem Freund Morgan vereinigt, bilden wir die Vereinigten Staaten. Wer mich schädigt, schädigt den Staat.

Woher nur der Staat das Geld für die sozialen Wohlfahrtseinrichtungen holen wird, ist mir ganz rätselhaft. Der Staat hat da den Ast abgesägt, der die besten Früchte trug. Das Gold hatte nach Aussage unserer Fachmänner und Gelehrten einen



festen inneren Wert. Das Publikum, das mit Gold Waren eintauschte, konnte niemals etwas verlieren. Denn, nach Aussage der Gelehrten, *heißt tauschen soviel wie messen*, [Wertmaß!!!? Werttransportmittel, Wertspeicher, Wertstoff, Wertbrei und Wertschwindel!] und wie ein Stück Leinwand immer das gleiche Maß ergibt, ob man an dem einen Ende anfängt, oder an dem anderen, so muß beim Kauf und Verkauf der Waren immer das gleiche Goldquantum herauskommen. Denn das Gold hat ja, das kann nie scharf genug betont werden, *einen festen inneren Wert?!?* So lange wir also Gold hatten, war das Publikum durch den inneren festen Wert des Goldes vor jedem Betrug geschützt. Wir Spekulanten, die wir uns bereicherten, konnten das also niemals auf Kosten des Publikums tun! Woher unsere Vermögen kamen, weiß ich nicht, aber kommt nicht alles vom Himmel?

Und solche himmlischen Gaben hat man mit Freigeld zunichte gemacht!

### **VIII. Der Einbrecher.**

Ich habe am Leben keine Freude mehr. Das Freigeld hat mir mein Gewerbe verdorben. Vorräte finde ich wohl in jedem Haus, aber was macht ein Einbrecher mit so gemeinen Dingen. Soll ich mich mit einem Mehlsack herumschleppen? Dann kann ich auch mein Brot als Dienstmann verdienen.

Auch ist es verdächtig, nachts mit schweren Bündeln durch die Straßen zu ziehen. *Geld* braucht der Einbrecher, und Geld finde ich jetzt so wenig. Jeder hat Eile, sich des Geldes zu entledigen. Reserven hat niemand. Geht heute Geld ein, so fragt sich schon der Bezahlte, was er mit dem Gelde anfangen wird. Früher zog jeder das Bezahlen möglichst in die Länge, um sich an dem Anblick des Geldes zu erfreuen. Und wenn ich dann meinen Besuch machte, so fand ich etwas vor. Wem macht aber heute noch der Anblick des Geldes Freude? Fort aus dem Hause damit. „Frau, sieh mal nach, ob wir nicht noch jemand etwas schulden, es hat einer eben seine Rechnung bezahlt!“ So heißt es jetzt überall, in jedem Hause, und die Folge ist, daß man jetzt überall höchstens die Tageseinnahme findet. So ist jetzt nirgendwo eine größere Ansammlung von Geld zu finden. In den Matratzen, den Strümpfen, den Koffern, kein Pfennig mehr! Was soll ich also noch auf dieser Welt! Schon mit dem früheren Scheckwesen hatte man mir große Schwierigkeiten gemacht, weil man die Barbestände bei den Banken aufbewahrte und mit Schecks bezahlte. Man machte das aus Rücksicht auf mich, denn bequem war es für keinen der Beteiligten. Der bequemste Scheck ist doch immer das bare Geld.

Heute ist das Scheckwesen ja wieder eingegangen, weil niemand Geldvorräte, nicht einmal in der Bank, haben will und

übrigens auch keine Geldvorräte braucht. Weil jeder bestrebt ist, so schnell, wie er selber bezahlt wird, seine Schulden zu bezahlen, wird jeder bar bezahlt, und so hat jeder in der Regelmäßigkeit der Geldeinnahmen die unerschöpflichste Reserve. Aber was nützt das mir, dem Einbrecher? Diese Reserve ist wie eine Quelle, sie liefert wohl Wasser, aber sie kann keines fassen. Ich kann in diese Quelle nicht einbrechen.

Und wenn ich durch Glückszufall auch einmal einen guten Griff machen sollte, – so muß ich noch sehr vorsichtig mit dem Raube umgehen. Da niemand vernünftigerweise eine größere Summe lange Zeit aufbewahrt, so ist der einfache Besitz einer solchen Summe schon ein Verdachtsgrund. Da niemand mehr als die täglichen Einnahmen an Geld besitzt, so kann jeder heute über die Herkunft jeder Mark genau wie über die Herkunft der Kühe im Stall genaue Auskunft geben. Und das muß der Einbrecher zu seiner Verteidigung auch tun können. „Wo haben Sie das Geld her“, so fragt man mich auf der Polizei. Früher antwortete ich einfach: „Ich habe es von meiner Urgroßmutter vor 50 Jahren geerbt, und da man nirgendwo vor Einbrechern sicher ist, habe ich es immer bei mir getragen.“ Jetzt aber genügt diese Ausrede nicht.

O, mein Gewerbe ist mühselig und gefährlich, härter als manches Gewerbe. Wenn es nicht so lächerlich und entwürdigend wäre, zu arbeiten, damit die Kapitalisten den Vorteil haben, so würde ich wieder zu meinem Schlosserhandwerk zurückkehren. Es heißt übrigens, daß mit der Geldreform die Löhne, die schon seit der Bodenverstaatlichung sich ständig gebessert hatten, bedeutend gestiegen sind. Wenn das wahr ist, so werde ich muskelschwacher Mensch vielleicht auch noch mein Brot mit Arbeit verdienen können. Eine Unehre ist die Arbeit ja nicht mehr, sobald sie nicht mehr wie Sklavendienste von Kapitalisten ausgebeutet wird.

### ***IX. Der Sparer.***

Das Freigeld wirft alle Prophezeiungen über den Haufen; alles, was man von ihm erwartet hatte, erweist sich als falsch. Man hatte gesagt, niemand könne mehr sparen, und der Zins würde, Gott weiß wie hoch, steigen. Das Gegenteil ist eingetreten.

Wenn ich jetzt eine Summe Geld erübrigt habe, so mache ich es genau wie früher – ich bringe sie zur Sparkasse, und die Sparkasse schreibt mir die Summe in mein Buch ein. In dieser Beziehung hat sich nichts geändert. Man sagte, das Geld würde auch im Sparkassenbuch den Kursverlust mitmachen: aber das ist Unsinn. Die Sparkasse schuldet mir so viel Mark deutscher Reichswährung, nicht aber die Zettel, die ich ihr lieferte. Und die Mark der Reichswährung steht über den Zetteln. Wenn ich jemandem einen Zentner Kartoffeln für ein Jahr borge, so wird

er mir doch nicht dieselben, inzwischen verfaulten Kartoffeln zurückgeben, sondern einen Zentner neuer Kartoffeln. Ebenso ist es mit der Sparkasse. Ich borge ihr 100 Mark und sie verpflichtet sich, mir 100 Mark zurückzuerstatten. Und das kann auch die Sparkasse tun, denn auch sie gibt das Geld zu den gleichen Bedingungen wieder aus, und die Handwerker und Bauern, die sich in der Sparkasse mit Geld für ihr Gewerbe versehen, die behalten das, Geld doch nicht zu Hause. Sie kaufen damit das, was sie brauchen, und der Kursverlust verteilt sich auf diese Weise auf sämtliche Personen, durch deren Hände das Geld im Laufe des Jahres gegangen ist.

Also in bezug auf die zurückzuerstattende Summe ist alles beim alten geblieben. Aber ich sehe, daß ich jetzt bedeutend mehr sparen kann, als früher.

Der Sozialdemokrat erklärte die Erscheinung mit einem allgemeinen Rückgang der Mehrwertrate, der mit dem Rückgang des Zinsfußes parallel laufend, das gesamte Kapital (Mietskasernen, Eisenbahnen, Fabriken usw.) betroffen habe. Der Konsumvereinsbeamte erklärte mir, daß mit der Geldreform die Handelsspesen merkwürdigerweise von durchschnittlich 40 auf knapp 10% gefallen seien, so daß ich dadurch allein bei meinen Einkäufen 30% spare. Der Sozialpolitiker wiederum wollte meine größere Sparkraft mit der Beseitigung der Wirtschaftskrisen erklären. Sie mögen wohl alle drei recht haben. Tatsache ist nun einmal, daß ich statt 100 Mark jetzt 2000 Mark spare und besser lebe als früher. Tatsache ist also, daß das Freigeld das Sparen überhaupt für viele erst möglich gemacht hat.

Wie ging es mir früher mit meinem Sparkassenbuch? Bei jedem politischen Gerüchte stockte der Absatz, fehlte die Arbeit, und dann mußte ich zur Sparkasse gehen und Geld abheben. Das warf mich dann immer weit zurück, und manchmal waren Jahre nötig, um die Lücken auszufüllen, die eine Krise in mein Sparkassenbuch gerissen hatte. Jetzt habe ich regelmäßige Arbeit, es kommen keine Rückschläge mehr vor, die mich zwingen, das sauer ersparte Geld wieder von der Sparkasse abzuholen.

Mit erstaunlicher Regelmäßigkeit bringe ich jetzt monatlich meinen Überschuß zur Kasse. Aber wie es mir ergeht, so scheint es allen zu ergehen, denn es herrscht immer ein ganz ungewöhnliches Gedränge an der Kasse. Die Sparkasse hat schon wiederholt den Zinsfuß herabgesetzt, und sie kündigt eine neue Ermäßigung für nächsten den Monat an. Sie begründet das damit, daß die Eingänge die Abgänge fortgesetzt übersteigen. Von 4% ist der Zinsfuß in dieser kurzen Zeit seit Einführung der Geldreform schon auf 3% gefallen, und es heißt, *daß bei internationaler Einführung unserer Reform der Zins auf Null fallen wird!* – Und es wird wohl so kommen, wenn die jetzigen Verhältnisse andauern.

Denn während die Eingänge an der Sparkasse fortgesetzt zunehmen, gehen die Gesuche um Darlehen zurück, weil die

Handwerker, Bauern, Unternehmer aus denselben Gründen, die mir das Sparen erleichtern, *jetzt mit den eigenen Überschüssen ihren Wirtschaftsbetrieb erweitern können.*

Die Nachfrage nach Leihgeld geht zurück, das Angebot wächst – natürlich muß da der Zins fallen. Denn der Zins gibt uns das Verhältnis an, in welchem bei Darlehen das Angebot zur Nachfrage steht.

Der Rückgang des Zinsfußes ist ja bedauerlich vom Standpunkt der schon beschriebenen Seiten meines Sparkassenbuches, aber um so erfreulicher ist er vom Standpunkt der unbeschriebenen. Und diese sind bei weitem in der Mehrzahl. Denn Zins! Was ist denn Zins? Wer bezahlt den Zins? Was ich heute spare, das ist das, was mir von meinem Lohn übrigbleibt, nachdem ich in meinen persönlichen Ausgaben meinen Teil entrichtet habe von den Zinsen, die der Staat und die Gemeinde ihren Gläubigern zahlen müssen, die von den Kapitalisten gefordert werden für die Benutzung der Häuser, Maschinenanlagen, Vorräte, Rohstoffe, Eisenbahnen, Kanäle, Gas- und Wasseranlagen usw. Fällt der Zins, so wird alles entsprechend billiger, und ich werde entsprechend größere Summen sparen können. Meinen Verlust an Zinsen auf die schon gesparten Summen werde ich also tausendfach wiedergewinnen durch meine größeren Ersparnisse. Meine Wohnungsmiete beträgt 25% meines Lohnes und besteht zu zwei Dritteln aus Zins für das Baukapital. Geht nun der Zinsfuß von 4 auf 3–2–1 oder 0 Prozent zurück, so spare ich dann  $\frac{1}{4} - \frac{1}{2} - \frac{3}{4}$  usw. der Wohnungsmiete, oder 4–16% meines Lohnes – allein am Hauszins! Das Häuserkapital macht aber kaum ein Viertel aller Kapitalien aus, deren Zins ich mit meiner Arbeit aufbringen muß [Industrie-, Handels- und Landwirtschaftliches Kapital, Staatsschuldenkapital, Verkehrsmittelkapital] Durch den Rückgang des Zinses auf 0 würde ich also  $4 \times 16\% = 64\%$  meines Lohnes sparen können. Was geht mich da noch der Zins an? Statt 100 Mark werde ich ja 640 Mark auf meinen Lohn jährlich allein schon dadurch, weil der Zins auf 0 gefallen ist, sparen können.

Bei meinen früheren Ersparnissen von durchschnittlich	100,00 M.
im Jahre hatten sich,	
bei 4% und mit Zinseszins, in 10 Jahren	1.236,72 M.
angesammelt. [Anmerkung des Herausgebers: Anstelle von 1.236,72, welche Zahl Gesell wohl mittels Näherungsrechnungen ermittelt hatte, ergibt die heute leicht durchzuführende genaue Rechnung $100 \times (1,04^{10} + 1,04^9 + 1,04^8 + 1,04^7 + 1,04^6 + 1,04^5 + 1,04^4 + 1,04^3 + 1,04^2 + 1,04^1) = 1.248,64$ M.]	

Fällt der Zins auf Null, so werde ich in zehn Jahren ohne Zins u. Zinseszins in der gleichen Zeit	20.000,00 M.
sparen können.	

[Anmerkung des Herausgebers: Die Rechnung  $640 \times 10$  ergibt 6.400 M.. Wenn Silvio Gesell einen Betrag von 20.000 M. angibt, dann geht er vermutlich davon aus, daß der Sparer noch mehr zurücklegen kann, z. B. die bereits früher gesparten 100 M. und dazu weitere Mittel aus Lohnerhöhungen, die eine gesunde Wirtschaft ermöglichen wird (siehe u. a. Seite 163 Abs. 3).]

Also, weit entfernt, mir zu schaden, würde mir der völlige Wegfall des Zinses das Sparen ganz außerordentlich erleichtern. Zwar werde ich so niemals von meinen Renten leben können, sondern im Ruhestand von meinen Ersparnissen zehren müssen – trotzdem werde ich mich so noch bedeutend besser stehen,

als bei hohen Zinsen. Rechne ich, daß ich 20 Jahre lang arbeite, und spare, um dann in den Ruhestand zu treten, so würde ich mit 4% Zins und Zinseszins

3.024,48 M.

nach Wegfall des Zinses aber

40.000,00 M.

besitzen. Und wenn ich nun von der ersten Summe 4% beziehe, so macht das 120 Mark im Jahre aus. Überschreite ich diese Summe und greife das Kapital an, so ist bei einer jährlichen Ausgabe von 360 Mark in 10 Jahren das Kapital erschöpft, während ich mit den 40.000 Mark 20 Jahre lang 2000 Mark jährlich ausgeben kann, oder 40 Jahre lang 1000 Mark jährlich. *[Anmerkung des Herausgebers: Anstelle der genannten Zahl „3.024,48 M.“ ergibt die genaue Rechnung  $100 \times (1,04^{20} + 1,04^{19} + 1,04^{18} + \dots + 1,04^1) = 3.095,91 \text{ M.}$  Wenn für den Fall des Reformgeldes die Ersparnis von  $20 \times 640 = 12.800 \text{ M.}$  angesetzt werden, reicht bei dem o. g. Bedarf von 360 M./a der Konto-Inhalt  $12.800 : 360 = 35,6 \text{ Jahre lang.}$ ]*

So erweist sich also die alte Theorie, daß das Gold und der Zins das Sparen erleichtern, als Schwindel. *Der Zins macht das Sparen für die große Masse unmöglich.* Fällt der Zins auf Null, so wird jeder sparen können, während jetzt nur besonders befähigte oder entsagungsmutige Personen diese bürgerliche Tugend üben können.

Genau umgekehrt verhält es sich natürlich für die Kapitalisten oder Rentner, wenn der Zins auf Null fällt. Da ihr Eigentum keine Zinsen mehr einträgt, und da sie gleichzeitig von den durch die Beseitigung des Zinses erhöhten Löhnen keinen Vorteil haben, (weil sie ja nicht arbeiten), so müssen sie notgedrungen von ihrem Besitze zehren, bis er eben aufgezehrt ist. Zwischen Sparer und Rentner liegt eben ein großer Unterschied. Der Arbeiter spart, und der Zins muß von der Arbeit aufgebracht werden. Rentner und Sparer sind keine Berufsgenossen sondern Gegner.

Um Zinsen von meinen Ersparnissen von 3.024,48 Mark beziehen zu können, muß ich meinerseits erst 36.976,00 Mark (also 40.000 – 3.024,00) Zinsen an die Rentner bezahlen! *[Anmerkung des Herausgebers: Bei den o. g. Werten ergibt sich:  $12.800 - 3.095,91 = 9.704,09 \text{ M.}$  an gezahlten Zinsen.]*

Die Rentner mögen den Rückgang des Zinses beklagen; wir Sparer oder sparenden Arbeiter müssen dagegen ein solches Ereignis freudig begrüßen. Wir werden niemals von *Renten* leben können, wohl aber von unseren Ersparnissen, und zwar mit Behaglichkeit bis an unser Lebensende. Wir werden unsern Erben auch keine Zinsquelle (Kapital) hinterlassen, aber haben wir für unsere Nachkommen nicht genug gesorgt, wenn wir ihnen wirtschaftliche Einrichtungen hinterlassen, die ihnen den vollen Arbeitsertrag sichern? Allein die Bodenverstaatlichung *verdoppelt* das Einkommen des Arbeiters, und die Geldreform *verdoppelt das Einkommen noch einmal.* Dadurch allein, daß ich für die Einführung dieser beiden Reformen gestimmt habe, erschloß ich meinen Nachkommen eine Quelle, die ihnen so viel einbringt wie ein Kapital, das dreimal meinen früheren Lohn abwirft.

## **X. Der Genossenschaftler.**

Seit Einführung des Freigeldes hat das öffentliche Interesse für unsere Bestrebungen merkwürdig abgenommen, und fast täglich höre ich von neuen Auflösungen von Konsumvereinen. Es ist das wieder eine jener überraschenden Folgen des Freigeldes, an die man wohl ursprünglich gar nicht gedacht hat. Eigentlich ist aber gar nichts Wunderbares an der Sache. Das Publikum kauft bar, legt sich Vorratskammern an, kauft die Waren in Posten, in Originalpackung. Der Kaufmann braucht nichts mehr zu stunden; er führt keine Bücher und hat auch kein Lager, weil die Waren meistens direkt von der Bahn aus abgeliefert werden.

Natürlich hat durch das Zusammenwirken all dieser Umstände der Handel sich ganz außerordentlich vereinfacht, und während früher nur die tüchtigsten unter den Geschäftsleuten den Gefahren des Kreditierens entgingen und die Vorteile des Kredits genossen; während man früher überhaupt nur die wirtschaftlich tüchtigsten Bürger, fleißige, sparsame, ordnungsliebende, rührige Männer für den Handel gebrauchen konnte, kann jetzt eigentlich auch der einfachst begabte Mensch Handel treiben. Kein Lager, keine Waage, keine Irrtümer, keine Buchführung keine Abschätzung des Bedarfs. Dabei Barzahlung, bares Geld bei Ablieferung der Ware, keine Wechsel, keine Schecks, kein Humbug, sondern bares Geld! Nicht einmal eine Rechnung wird verlangt. Hier die Kiste, der Sack, hier das Geld; die Sache ist erledigt, vergessen, und nach neuen Geschäften kann der Kaufmann ausschauen.

Eine solche Arbeit kann schließlich jeder Handlanger verrichten, und nach den Gesetzen des Wettbewerbs muß damit auch der Lohn dieser Arbeit auf den Lohn der Handlangerarbeit fallen!

Was soll also noch der Konsumverein? Sein Zweck, die Verminderung der Handelsspesen, ist mit der Geldreform erledigt. Wen soll noch der Verein vereinen? Unser Verein bestand aus einer Auslese derjenigen Konsumenten, die imstande waren, bar zu bezahlen, und deren Einkäufe gleichzeitig bedeutend genug waren, um den langen Weg zu unserer Niederlage zu rechtfertigen. Durch die Entwicklung, die der Handel genommen hat, ist aber keine solche Auslese mehr möglich, weil *jeder* heute als Konsument diese Eigenschaften besitzt, weil *alle* bar zahlen, weil *alle* ihre Einkäufe postenweise besorgen. Wäre etwa in Afrika ein Verein von Negern, in München ein Verein von Biertrinkern möglich? Aus demselben Grunde hat die Geldreform den Konsumvereinen die Existenzbedingungen entzogen.

Übrigens geht auch nicht viel mit den Konsumvereinen verloren. Als Pflanzstätte sozialer Gedanken haben sie sich nicht bewährt, weil sie schon als Verein sich in Gegensatz mit dem übrigen Volke setzten. Früher oder später wären sie auch mit dem natürlichen Gegengewicht, mit dem Verein der Produzenten

in Kampf geraten, und dabei wären praktische und theoretische Fragen aufgeworfen worden, *die allein mit dem allgemeinen, internationalen Kommunismus*, mit der Abschaffung des Eigentums hätten gelöst werden können. Welchen Preis z. B. wird der Verband deutscher Konsumvereine dem Verbands deutscher Pantoffelfabrikanten bewilligen wollen? Allein die Polizei könnte diese Frage beantworten.

Auch kann man nicht leugnen, daß dem System höchst bedenkliche Elemente der Sittenverderbnis anhaften, denn wo die Verwaltung von öffentlichen bzw. Vereinsgeldern keiner wirksamen Beaufsichtigung unterworfen werden kann, da stellt sich leicht mit der Zeit auch der Dieb ein. Und man kann doch nicht erwarten, daß die Vereinsmitglieder jede Rechnung nachprüfen und die Übereinstimmung der Lieferung mit dem Muster untersuchen. Auch Privatabmachungen können nicht vermieden werden, durch die den Vereinsbeamten zum Schaden des Vereins Vorteile zugewendet werden, und wenn es auch nur in Form eines besonders großen Musters für die Prüfungsanstalt des Vereins, d. h. die Küche der Frau Sekretär wäre. Wenn es sich immer nur um Waren ohne Qualitäten, wie z. B. das Geld, handeln würde, dann wäre die wirksame Beaufsichtigung der Beamten schon leichter, aber wo gibt es neben dem Gelde noch eine Ware, bei der es neben der Menge nicht auch noch auf die Beschaffenheit ankäme?

Also einerseits Kommunismus, Abschaffung des Eigentums, andererseits Korruption der Beamten, das ist es, was wir von einer Verallgemeinerung des Systems zu erwarten haben, und darum begrüße ich es als einen Fortschritt, daß wir den Zweck der Konsumvereine, die Verbilligung der Handelsspesen mit dem Freigeld erreichen können, einfach durch veränderte Handelsgebräuche. Jetzt werden die Waren wieder den Händen ihrer unmittelbaren Eigentümer übergeben. Ware und Eigentum sind unzertrennlich; die Einschlebung von neutralen Personen, die Bestimmung der Preise, der Qualitäten usw. durch Mittelpersonen für Rechnung Dritter führt nicht allein zur Bestechung, sondern ist an sich schon eine Korruption des Begriffs Ware, eine Korruption der Preisbestimmung durch Nachfrage und Angebot.

Und ist es nicht merkwürdig, daß das natürliche Ziel des Konsumvereins, der Verein sämtlicher Vereine, einfach durch die Auflösung der Vereine erreicht wurde? Denn der ideale Konsumentenverein ist immer der *offene Markt*, wo Eigentümer und Eigentümer unterhandeln, wo die Qualität der Waren von den Beteiligten selbst abgeschätzt wird, wo man nicht an einzelne Niederlagen, Dörfer, Städte gebunden ist, wo die Vereinszahlmarken (das Geld) für das ganze Reich Kurs haben und wo jedes Mißtrauen schwindet, jede Bestechung ausgeschlossen, jede öffentliche Aufsicht überflüssig ist, weil keine Privatpersonen mit Sonderinteressen den Tausch für Rechnung Dritter und Abwesender vermitteln. Vorausgesetzt natürlich, daß der offene Markt die Waren nicht stärker verteuert als die Verwaltung des

Konsumvereins! Und diese Voraussetzung ist mit der Geldreform erfüllt worden. Der Handel ist durch die Geldreform derart beschleunigt, gesichert und dadurch verbilligt worden, daß der Handelsgewinn vom gemeinen Arbeitslohn nicht mehr zu unterscheiden ist. Also was wollen jetzt noch die Konsumvereine?

### ***XI. Der Soldat.***

Da ist er, der Juliusturm, vor dem ich mit dem Gewehr so manche Nacht fluchend und frierend auf und ab spaziert bin; der Juliusturm, der den Kriegsschatz enthielt. Hundert Millionen in Gold! [Der Kriegsschatz betrug 120 Millionen; nicht lange vor Kriegsausbruch erhöhte man ihn um 60 auf 180 Millionen. Er reichte also genau aus für einen Feldzug von 1237 Minuten.] Jetzt, mit der Geldreform, hat man ihn geleert, und mit dem Golde hat man Armbänder, Pantoffelschnallen für die Damen gemacht. Und diesen Haufen Nürnberger Tand nannte man einen Kriegsschatz, vor dieser Jahrmarktsbude mußte ich lange Winternächte Wache stehen! Mit diesem Flitterkram hoffte man den Feind zu schlagen? Unsinn, mehr als Unsinn, Blödsinn war das.

Geld, was braucht der Soldat Geld? Geld braucht man zum Tausch der Produkte. Der Soldat aber, der nur zerstört, nichts als Scherben schafft, der hat nichts zu tauschen, der braucht kein Geld. Mit Pulver und Blei erwirbt der Soldat seinen Lebensunterhalt, tauscht er alles ein, was er braucht. Geld in der Rechten, das Gewehr in der Linken, welcher Widerspruch! Welch komische Figur!

„Er wirbt nicht lange, er zeigt nicht Gold,  
Im Sturm erringt er der Minne Sold“.

Und wenn der Soldat so das höchste Gut erwirbt, so wird er wohl auch alles übrige auf gleiche Weise erwerben. Der Soldat ist von Natur aus auf die Produkte der Spießbürger angewiesen, und so lange diese ihn brauchen und bewaffnen, werden sie sich auch seine Brandschatzung gefallen lassen müssen.

Darum pfeife ich auf das Geld, so lange ich noch eine Waffe habe.

Geld braucht man zum freihändigen Erwerb der Güter. Der Bestimmung des Preises geht der Handel voran. Aber wie will man mit einem Manne verhandeln, der bis an die Zähne bewaffnet ist? Kann der Rekrut, den man vom Felde weg für den Kriegsdienst holt, unterhandeln? Und was weiß, was braucht der Soldat zu wissen von Preisen? Soll er seinen Tornister mit Börsenzetteln und Preislisten füllen?

Der Soldat braucht kein Geld, aber auch das Verpflegungsamt: braucht es nicht! Wenn der Staat das Recht hat, die *Männer* zu greifen, wo er sie findet, wenn er so ohne weiteres



den Müttern die Söhne entreißen kann, um sie als Füllungsmaterial für Festungsgräben zu benutzen, so wird wohl derselbe Staat auch die sonst benötigten Sachen nehmen können, wo er sie findet. Hört im Kriege das Eigentum an Leib und Seele auf, so hört das Eigentum an Sachen auch auf. Das wenigstens ist meine Meinung als Soldat und Mensch, der sein Leben wohl dem Vaterland opfern will, es aber doch noch etwas höher schätzt als das Geld. Von dem Augenblick an, wo es ans Leben der Bürger geht, soll es kein Eigentum mehr geben, und wo das Eigentum verschwindet, da hat das Geld keinen Zweck mehr. Bei einem Schiffbruch, wo man ums Leben kämpft, wo im Rettungsboot nicht Platz für alle ist, da würde es dem schlecht gehen, der das Boot mit seinen Geldsäcken füllen wollte. Man würde ihn mit seinen Geldsäcken über Bord werfen. Das Eigentum ist ein Erzeugnis des Friedens; mit der Kriegserklärung verschwindet es, wenn es nicht durch Lüge und Heuchelei geschützt wird. Darum ist ein Geldkriegsschatz auch überflüssig, und der Gedanke, der ihm zugrunde liegt, Heuchelei. Es ist eine Entweihung der Vorstellung vom Vaterland, eine Entwürdigung der allgemeinen Wehrpflicht, eine Entehrung des Soldaten. Zum Teufel, für was ziehe ich in den Krieg, wenn in dem Lande, für das ich kämpfe, das Geld höher gestellt wird, als das Leben? Wenn zur Verteidigung des Vaterlandes Geld nötig ist, so nehme man es einfach dort, wo man es findet, wie man den Mann nimmt, wo man ihn findet. Der Mutter, die einen Sohn hat, nimmt man den Sohn, und der Mutter, die sechs Söhne hat, nimmt man die sechs. So mache man es mit den Sachen auch. Wer eine Million besitzt, dem nehme man die Million, und wer 10 – und 100 Millionen hat, dem nehme man die 100 Millionen. Wenn man sich zu dieser Auffassung nicht aufschwingen kann, so ist es Lüge und Heuchelei, von einem Vaterland zu sprechen, dem man als Soldat sein Leben opfern soll. Dann soll man es der Wahrhaftigkeit zuliebe gleich offen sagen: „Ihr zieht aus, um für den König und das Geld zu kämpfen.“

Dem Soldaten gebe man Requisitionsscheine, die er ausfüllt, und die nach Friedensschluß, mit der Wiederherstellung des Eigentums, geprüft, mit Preisen versehen und bezahlt werden. Dann braucht sich der Soldat nicht mit Geld zu belasten, und man wird ihm entsprechend mehr Proviant mitgeben können. Allein die 100 Millionen im Juliusturm wogen in Gold 40.000 Kilo, und in Silber über eine Million Kilo. Eine Million Kilo Patronen wäre doch entschieden besserer Ballast.

Von der Einwirkung eines solchen Kriegsschatzes auf die Währung wollen wir gar nicht reden. Der Zweck ist ein fiskalischer, und vom Standpunkt der Währung ist jede Vermehrung des Geldangebots, die nicht von der Aufrechterhaltung der Währung verlangt wird, Puscherei und Schwindel. Der Markt, nicht die Geldbedürfnisse des Staates sollen angeben, wieviel Geld angeboten werden darf. Wenn 100 Millionen, also das Geld für einen eintägigen Kriegszug, als Kriegsschatz nützlich sind,

dann müßten die vollen 5 Milliarden aus Paris, also das Geld für einen langen Feldzug, noch besser sein. Wohin würde das aber geführt haben, wenn man den deutschen Markt mit einem solchen Goldberg überschwemmt hätte?

In der Schweiz hat man auch einen Kriegsschatz, aber dieser besteht nicht in Gold und Nürnberger Kram, sondern in Weizen. Das ist ein gesunder, wenn auch ein kostspieliger Gedanke, denn der „Bundesweizen“ muß alle Jahre erneuert, d. h. gegen frischen Weizen neuer Ernte umgetauscht werden, und dieser Umtausch, wie auch die Aufbewahrung, kosten immer einen Haufen Geld. Aber wenn es zum Klappen kommt, dann hat die Heeresverwaltung verdaulichen Weizen, kein unverdauliches Gold. Was würde in Deutschland der Goldschatz genützt haben, wenn die Getreidezufuhren abgeschnitten worden wären? Wie nützlich wäre dagegen in diesem Falle ein Reichskriegsschatz von 100 oder 1000 Millionen in *Weizen* gewesen. Zur Aufbewahrung eines solchen Schatzes würde zwar eine Militärwache nicht ausreichen, es würden zirka 10% an Lagerkosten jährlich draufgehen, aber es wäre Brot, kein Gold.

Übrigens, die Geldreserve im Juliierturm war ja nur das vergrößerte Spiegelbild der kleinen bürgerlichen Privatgeldreserve. Der Staat betrieb im Großen, was der Spießbürger im Kleinen betrieb. Hier 100 Millionen im Juliierturm, dort 100 Mark im Koffer. Ans Geld, als letzten Rettungsanker klammerten sich alle, der Staat und die Bürger. Ein wunderlicher Gedanke! Gold, mein Gott, was ist denn Gold? Material für Armbänder, für Nürnberger Tand, mehr nicht. Warum hängen in den Relingen der Auswandererschiffe Rettungsboote, aber keine Pantoffelschnallen? Warum gibt man auf den Schiffen jedem Passagier als Kopfkissen einen Rettungsgürtel, nicht ein goldenes Armband? Warum bauen wir Kriegsschiffe, warum begnügen wir uns nicht mit einem Kriegsschatz? Wir lachen über den Schwarzen, der sich mit einem Amulett aus der Haut eines Missionars vor feindlichen Kugeln zu schützen sucht; aber war der Schatz im Juliierturm wirklich mehr als ein solches Amulett?

Nun, mit dem Freigeld ist der Glaube an die Zauberkräft des Goldes verschwunden, und der Kriegsschatz ist aufgelöst worden. Aber nicht allein der Reichskriegsschatz ist aufgelöst worden, sondern auch die Millionen kleiner Privatkriegsschätze. An ihre Stelle ist etwas Bestimmteres, Wirksames getreten, nämlich Vorräte. Man zieht seit Einführung der Geldreform Vorräte dem baren Gelde vor, denn, verderben auch diese mit der Zeit, müssen sie vor Mäusen geschützt werden, mit dem Reformgeld steht es nicht besser. Und weil man doch einmal das Geld in Lebensmittel umsetzen muß, so ist es besser, gleich solche anzuschaffen, statt Geld aufzubewahren. Und so haben sich denn nach Auflösung der Millionen kleiner und großer Kriegsschätze ebenso viele kleine und große Vorratskammern gebildet, die, zusammengerechnet, eine ungeheure Masse von Lebensmitteln, wirkliche Kriegsschätze, ausmachen. Diese

Kriegsschätze sind da, wenn man sie braucht; der Staat braucht sich nicht darum zu kümmern, braucht kein Geld dafür auszugeben, nicht für ihre regelmäßige Erneuerung zu sorgen. Nicht 100 armselige Millionen sind hier, sondern 100 x 100 Millionen. Nicht in Gold, das, wenn es darauf ankommt, versagen würde, sondern in wirksamen, verdaulichen Dingen. Kein Flitter, kein Tand, keine Schimäre, keine Steine – sondern Brot.

Dabei wird *ohne* die Staats- und Privatgeldreserven mit dem Reformgeld im Kriegsfall mehr und besseres Geld in Umlauf bleiben, als *mit* den goldenen Staats- und Privatgeldschätzen. Das Geld wird auch in Kriegszeiten umlaufen, und zwar kein Pfennig zu viel, noch zu wenig, sondern genau so viel, wie der Handel braucht, um den allgemeinen Preisstand der Waren auch in Kriegszeiten nicht zu verändern,

*Anmerkung.* Vorstehender Artikel ist wortgetreu meinem 1906 erschienenen Werk „Die Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag“ entnommen. Er ist in den Richtlinien auch bereits in meinen 1891 erschienenen Druckschriften „Die Verstaatlichung des Geldes“ enthalten. – Wie anders sähe es im D. R. jetzt im Kriege aus, wenn wir statt der Goldrüstung die Millionen vollgefüllter Privatvorratskammern besäßen, die mit der Einführung des Freigeldes sich automatisch bilden und füllen!

## **XII. Der Gläubiger.**

Daß ich nicht gut auf die Geldreform zu sprechen bin, wer kann es mir verdenken; hat mir doch diese Reform den Zinsfuß herabgedrückt, droht sie sogar bei internationaler Einführung den Zins ganz zu beseitigen! Aber ich muß gestehen, sie hat auch für mich Gutes geleistet, mir manche Sorge verscheucht. Ich kann wenigstens wieder schlafen.

Was war früher die „Mark deutscher Reichswährung“, die mir der Staat, die Gemeinden, der Privatmann schuldeten in Form von Staatsschuldscheinen, Wechseln, Hypotheken, Obligationen? Niemand wußte darüber Auskunft zu geben, und wenn man mich gefragt hätte, ich hätte es auch nicht sagen können. Was war ein preußischer Taler vor der deutschen Münzreform? Auf dem Taler stand XXX ein Pfund fein; d. h. aus einem Pfund Feinsilber prägte Preußen 30 Taler. War nun ein Taler der 30. Teil von einem Pfund Feinsilber? Mitnichten, denn dann wäre der 30. Teil von einem Pfund Feinsilber auch heute noch ein Taler. Sind 60 Stück ein Schock, dann sind auch, nachdem man zum Dezimalsystem übergegangen ist, ein Schock immer noch 60 Stück. Wenn ein Taler dasselbe war wie eine bestimmte Menge Silber, warum belastete man den Staat mit dem Silber; warum ließ man nicht den Privatmann im Besitz des Silbers? Dieser hatte dann ja alles in der Hand, worauf er gesetzlich Anspruch erheben konnte.

Also was war damals ein Taler, und was ist heute eine Mark d. R.-W.? Auch letztere ist durchaus nicht identisch mit einem

Stäubchen Gold; wenigstens würden die Besitzer des Goldes lange Gesichter machen, wenn man im Entscheidungsfalle so den Begriff „Mark d. R.-W.“ bestimmen wollte! Was würde ich mit dem Golde anfangen, wenn Gold kein Geld wäre, wenn ich für meine Pfandbriefe, Obligationen usw. einfach so und so viel Kilo Gold erhielte? Ich bin doch kein Goldschmied. Ich will Geld, kein Gold.

Der Staat machte aus Gold Geld, solange die Mehrheit im Reichstage damit einverstanden war. Aber er konnte auch eines Tages sagen: wir heben das freie Prägerecht für das Gold auf und erklären das Gold als Geld außer Gebrauch. Wie es übrigens mit dem Silber geschah, und wie man es jetzt mit der Geldreform getan hat. Man hat sich bei beiden Reformen zu der Ansicht bekannt, daß der Taler kein Häufchen Silber und die Mark kein Körnchen Gold war, sondern *Geld*, und daß bei Aufhebung des Prägerechtes der Staat die Inhaber und Gläubiger des Geldes vor Schaden zu bewahren hat. Das war recht artig gehandelt, aber man war durch kein Gesetz, durch keinen vorhergegangenen gleichen Fall gehalten, so zu handeln; im Gegenteil, diese Schadloshaltung der Inhaber der Münzen widersprach der Geldtheorie, die bis dahin allgemeine Anerkennung genoß, nämlich, daß die Münzen weiter nichts sind als Goldbarren, deren Gewicht und Feingehalt durch den Stempel der Münze gewährleistet wird.

Nach dieser Theorie, die öffentlich unwidersprochen blieb hätte der Staat einfach den Münzen die Geldfunktion entziehen und jeden im Besitz seiner „Goldbarren“ lassen können. Einen Anhaltspunkt, um eine Entschädigungsklage anstrengen zu können, boten weder die Gesetze, noch die als Gemeingut geltende allgemeine Begriffsbestimmung des Geldes.

Übrigens, um ein Entschädigungsrecht nachweisen zu können, hätten die Besitzer des Goldes den Begriff „Mark d. R.-W.“ neu bestimmen und dieser neuen Begriffsbestimmung wissenschaftliche Anerkennung verschaffen müssen. Denn, war die Mark d. R.-W. nicht ein Körnchen Gold, sondern etwas anderes, so mußte man doch angeben, genau angeben können, was es war, um danach die Höhe der Entschädigung abmessen zu können. Wie hätte man den Schaden sonst nachweisen können? Gold blieb doch Gold, wie ein Taler der XXX. Teil von einem Pfund fein blieb, auch wenn man dem Silber 100 mal das Prägerecht entzog.

Die Geldreform hat nun die Frage entschieden, was eine Mark d. R.-W. sein soll; und was sie sein soll, das wird sie nun auch in aller Zukunft sein. Und ich muß gestehen, daß man uns Kapitalisten dabei auf höchst anständige, ich möchte fast sagen, freigebige Weise, behandelt hat, indem man uns freistellte, an den Staatskassen die goldenen Münzen gegen Freigeld umzutauschen. Durch kein Gesetz war man dazu verpflichtet, keine Geldtheorie legte dem Staate die Pflicht auf, die vollwertigen goldenen Münzen „einzulösen“. Auf den Banknoten ja, und

ebenso auf den Scheidemünzen, da lastete die Pflicht der Einlösung gegen Gold, aber das Gold selbst brauchte der Staat nicht „einzulösen“. Wenn der Staat auch eine Einlösungspflicht dem *Golde* gegenüber gehabt hätte, so hätte man doch vor allen Dingen bestimmen müssen, *womit der Staat das Gold einzulösen hat*. Daß man das nicht tat, daß man diese Frage überhaupt nicht erörterte, beweist wohl am besten, daß die Gläubiger und Kapitalisten mit der Begriffsbestimmung, wonach die Mark d. R.-W. ein Körnchen Gold von so und so viel Gramm fein war, sich einverstanden erklärten. Es war also mehr als anständig, daß der Staat das Gold übernahm, und die Verluste bei der Veräußerung dieses Metalls auf eigene Rechnung nahm. Man hätte auch anders handeln können, denn der Staat braucht ja das Gold nicht; er übernimmt es nur, um die Münzen einzuschmelzen und dann in Barrenform meistbietend für gewerbliche Zwecke zu verkaufen. Und dieser Verkauf, trotzdem er sehr vorsichtig betrieben wird, bringt dem Staat bedeutend weniger Papiergeld ein, als er selbst dafür gegeben hat. Jedoch nicht hier liegt die Bedeutung der Sache, sondern in der Anerkennung, daß auch unsere Geldforderungen (Staatsanleihen, Hypotheken, Obligationen, Wechsel usw.), die die baren Metallbestände vielleicht 100 mal übersteigen, und von denen manche erst in 100 Jahren fällig sind, auch in Papiergeld bezahlt werden sollen, und zwar auf Heller und Pfennig, eine Mark in Reformgeld für eine Mark in Gold.

Ich bin also in dieser Beziehung völlig sichergestellt. Ich weiß jetzt, was eine Mark d. R.-W. ist, daß ich das, was ich in Waren für eine Mark gegeben, auch immer in Waren dafür erhalten soll, heute, morgen, immer. Ich erhalte weniger Zins als früher, und vielleicht erhalte ich mit der Zeit gar keinen Zins mehr, aber mein Eigentum ist mir wenigstens sichergestellt, Was nützen die Zinsen, wenn das Kapital immer auf dem Spiele steht? Wie gingen doch mit den Preisen der Waren auch die Kurse der Industripapiere auf und ab, und allgemein anerkannt war der Satz, daß es schwerer hielt, ein Vermögen zu erhalten, als ein Vermögen zu erwerben. Die großen Vermögen der Spekulanten setzten sich in der Hauptsache aus den Trümmern der Vermögen anderer zusammen. Und von den Goldfunden, von der Möglichkeit *großer* Goldfunde wollen wir gar nicht reden. Die Wissenschaft konnte jeden Tag der Herkunft des Goldes auf der Erdoberfläche auf die Spur kommen und dann diese Spur verfolgen. Auch wurde von der Einheit der Substanz gesprochen, und man versicherte, daß das Gold nur eine besondere Form dieser Substanz wäre. Man mußte also darauf gefaßt sein, daß man eines schönen Tages jeden beliebigen Stoff in Gold „umformen“ würde. Eine heikle Geschichte! „Neunzig Tage von heute ab zahlen Sie an meine Order die Summe von Tausend Mark d. R.-W.“, so lauteten die Wechsel in meiner Mappe. „Warten Sie“, sagt nun der Schuldner, „hier ist etwas Asche im Ofen, ich will Ihnen die 1000 Mark d. R.-W. gleich fabri-

zieren. Ich brauche hier nur auf den Knopf zu drücken. Hier, sehen Sie, hier sind die 1000 Mark in Gold, es ist sogar etwas mehr geworden.

Und dabei unsere Gesetze, die für ähnliche Fälle nichts vorgesehen hatten, und eine in Zukunft vielleicht notwendig werdende neue Begriffsbestimmung für die „Mark d. R.-W.“ dem Ermessen der Volksvertretung überließe, einer Vertretung, die vielleicht in der Mehrheit aus unseren Schuldnern bestehen könnte. [Diese Verhältnisse finden sich eingehend behandelt in meiner Schrift: Das Monopol der schweiz. Zentralnotenbank.]

Noch gefährlicher erschien mir meine Lage als Gläubiger, wenn ich an die Möglichkeit dachte, daß andere Staaten die Goldwährung abschaffen könnten, während unser Staat die freie Prägung aufrecht erhielt. Denken wir uns nur den Fall, daß die Vereinigten Staaten die widerspruchsvolle Frage – „ob Silber“ oder „ob Gold“ zur Münze nach den Gesetzen zugelassen werden soll, in dem Sinne entschieden hätten, daß, um unparteiisch den Gläubigern und Schuldnern gegenüber zu bleiben, *beide Metalle entmünzt* werden müßten, falls sie beide miteinander sich nicht vertragen konnten. Dies wäre sicherlich das Vernünftigste gewesen, um die Widersprüche in den Währungsgesetzen der Vereinigten Staaten zu beseitigen und um das Gesetz vor dem Vorwurf der Parteilichkeit zu schützen. Aber wohin hätte das geführt? Die in Amerika nutzlos gewordenen Goldmassen hätten sich über Deutschland ergossen und hier alle Preise in die Höhe getrieben, vielleicht um 50%, möglicherweise auch um 100 und 200%. So daß ich an meinem Kapital durch die allgemeine Preissteigerung einen größeren Verlust erlitten hätte, als ich jetzt durch den Rückgang des Zinsfußes erleide.

O, es war eine gefährliche Kapitalanlage, die Anlage in Papieren, die in Mark d. R.-W. zahlbar waren. Doch jetzt ist alle Gefahr vorüber. Ob die Vereinigten Staaten zur Papierwährung oder Doppelwährung übergehen, ob die Bank von England ihre Geldbestände in Umlauf setzt, ob Japan und Rußland die Goldwährung aufrecht erhalten, was ficht uns das an? Ob viel, ob wenig Gold „gefunden“ wird, es wird dafür kein Pfennig mehr, kein Pfennig weniger Geld in Umlauf gesetzt; ob das vorhandene Gold angeboten wird oder nicht, was kann das der deutschen Währung noch verschlagen? Unter allen Umständen erhalte ich für eine Mark d. R.-W. an Waren soviel, wie ich selbst dafür gab, denn so ist der Begriff „Mark d. R.-W.“ jetzt gesetzlich und wissenschaftlich bestimmt worden. Und wenn die Volksvertretung schließlich auch in ihrer Mehrheit aus Schuldnern bestünde, die einen persönlichen Vorteil davon hätten, die Mark zu verkleinern, sie könnten ihren Gelüsten nicht ohne offenen Treubruch und ohne Diebstahl fröhnen. „Hier ist der Durchschnittspreis aller Waren, ein fester unveränderlicher Maß-

stab für das Geld. Nun habt Ihr die Mark verkleinert, jedermann sieht's und kann es nachmessen. Ihr tatet das in Eurem persönlichen Interesse, um weniger zurückzugeben, als Ihr schuldet! Diebe seid Ihr, Diebe, Diebe!"

Aber bei hellichtem Tage, vor jedermanns Auge zu stehlen, das tut man nicht. Im Trüben, heißt es, ist gut fischen! Trüb war die Währung früher, ein Eldorado für Diebe; jetzt ist das Wasser geklärt und für jedermann durchsichtig.

### ***XIII. Der Agrarier.***

Man mußte schon der Familie der Dickhäuter entstammen, wenn man sich nicht beleidigt fühlen sollte durch die Schimpfnamen, womit wir Agrarier im Parlament, in der Presse und im Privatleben betitelt wurden. Brotwucherer, Spitzbuben, Bettler!

Daß die Sozialisten über uns herfielen, weil wir ihnen das Brot verteuerten, läßt sich begreifen. Ihnen gegenüber spielten wir die Rolle der Angreifer; sie hatten uns nichts getan, was unseren Angriff auf ihre an sich schon magere Kasse rechtfertigte. Daß aber auch die anderen Parteien, die uns durch so manches Gesetz schwer geschädigt hatten, um sich selbst zu bereichern, in das Lied der Sozialisten einstimmten, das finde ich einfach lächerlich. Das beweist, daß diese Parteien überhaupt noch nicht wissen, was Politik ist. Politik ist Macht, und wer die Macht hat, macht die Politik und beutet sie aus zu seinem Profit. Früher hatten die liberalen Parteien die Macht und beuteten sie aus; jetzt ist die Reihe an uns. Also wozu die Schimpfnamen; sie fallen ja auf alle zurück, die jemals die Macht gehabt haben und die sie in Zukunft haben werden.

Dabei waren die Liberalen entschieden die Angreifer in diesem Streite. Sie griffen uns mit der Goldwährung an; wir suchten die Doppelwährung wieder herzustellen, um uns zu verteidigen. Als uns das nicht gelang, nahmen wir Zuflucht zu den Zöllen. Warum hatte man uns die Doppelwährung genommen, auf die unsere Hypotheken lauteten; warum zwang man uns, mehr zurückzuzahlen, als wir erhalten hatten? Warum fälschte man den Sinn und Inhalt unserer Schuldurkunden, indem man uns die Wahl zwischen Gold und Silber nahm? Warum beraubte man uns zugunsten unserer Gläubiger, der Möglichkeit, unsere Schulden mit dem billigeren von zwei Metallen zu bezahlen? Ob ich nach freier Wahl meine Schuld mit 1000 Kilo Kartoffeln oder mit 100 Kilo Baumwolle zahlen kann, oder ob ich dagegen nur mit Kartoffeln zahlen muß, ist doch durchaus nicht gleichgültig. Ohne irgendeine Entschädigung hatte man uns die Gewinnmöglichkeiten dieser Kontraktklausel genommen. Nach freier Wahl hätte ich sonst mit 160 Pfd. Silber oder mit 10 Pfund Gold bezahlen können, und mit dem billigsten der beiden Stoffe hätte ich natürlich bezahlt, wie ich ja auch mit dem billigsten der beiden Stoffen bezahlt wurde. Wie viel diese

Gewinnmöglichkeiten bedeuteten, das sahen wir nachher am Preisstand des Silbers im Vergleich zum Gold. Um 50% war das Gold im Vergleich zum Silber teurer geworden: statt 100.000 Mark betrug meine Schulden 200.000 Mark – nicht nominell, sondern, was viel schlimmer ist, effektiv. Doppelt so viel meiner Produkte mußte ich jährlich aufbringen für die Verzinsung meiner Schuld. Statt 50 Tonnen Weizen mußte ich diesem Zwecke jährlich 100 Tonnen widmen. Wären wir bei der Silberwährung, geblieben, so hätte ich die 50 Tonnen, die ich an Zins mehr zahlen mußte, für die Schuldentilgung verwenden können, und ich wäre meine Schulden längst losgewesen.

Ist nun eine solche Behandlung der Schuldner, die die Liberalen guthießen, kein unerhörter Betrug?

Wenn nicht alle Schuldner wie ein Mann dagegen protestierten, wenn der Widerspruch auf die Agrarier und sonstigen Pfandschuldner beschränkt blieb, so ist das damit zu erklären, daß die meisten anderen Schuldner, die mit Personalkredit arbeiteten, in dem bald nach Einführung der Goldwährung eingetretenen großen Krach durch Bankerott sich ihrer Schulden entledigten und darum an der Sache kein Interesse mehr hatten.

Als wir dann, unter Berufung auf den Umstand, daß der Weizenpreis unter der Goldwährung von 265 M. auf 140 M. heruntergegangen war, die Wiedereinführung der Silberwährung forderten, weil wir für unsere Pfandbriefe ja Silber und kein Gold erhalten hatten, da lachte man uns aus und sagte, wir verstünden nichts von der Währung, von den Bedürfnissen des Handels. Die Goldwährung hätte sich vortrefflich bewährt (Beweis der große Krach und der Rückgang der Preise!) und man dürfte nachträglich nichts mehr daran ändern, sonst wäre Gefahr, daß das ganze Wirtschaftsgebäude einstürzen könnte und daß die Eigentumsbegriffe total verwilderten. Wenn es uns wirtschaftlich schlecht ginge, trotz den Segnungen der Goldwährung, so läge das an unseren rückständigen Betriebsmethoden; wir sollten die neuen Maschinen probieren, mit Kunstdünger arbeiten, Handelsgewächse bauen, um so mit geringeren Kosten mehr Erträge zu gewinnen und trotz niedrigeren Preisen bestehen zu können. *Wir* wären im Irrtum; der „Wert“ des Goldes wäre fest, nur der „Wert“ der Waren wäre gefallen infolge verminderter Produktionskosten! Denn das Gold habe einen „festen, inneren Wert“, und alle Preisschwankungen kämen von den Waren her!!

Wir suchten die guten Ratschläge auszuführen und mit geringeren Produktionskosten zu arbeiten. Auch der Staat half uns mit billigen Bahntarifen und niedrigen Fahrpreisen für die polnischen Arbeiter. Und wir erzielten auch tatsächlich mit gleicher Arbeit größere Ernten. Aber was half das, wenn mit den größeren Ernten die Preise fielen, von 265 M. auf 140 M., wenn wir für die größeren Ernten weniger Geld lösten? Geld brauchten wir, Geld forderten unsere Gläubiger; keine Kartoffeln



und Zuckerrüben! Sie bestanden auf ihrem, gesetzlich zu ihren Gunsten gefälschten Schein und forderten Gold!

Geld, mehr Geld, billiges Geld, dazu hätte uns die Silberwährung verholpen, aber da man uns diese versagte, so suchten wir nach anderen Mitteln, um aus unseren Produkten mehr Geld herauszuschlagen. Und so kamen wir auf die Idee der Zölle.

Hätte man uns die Silberwährung gelassen, so wären die Zölle nicht nötig gewesen, und die ganze Verantwortung für die Zölle wälzen wir darum von uns ab auf die, die uns Brotwucherer, Bettler, Diebe nannten; auf die, die uns mit der Goldwährung bestohlen haben.

Diese ganze häßliche und schmutzige Geschichte, die so viel böses Blut geschaffen und volksverhetzend wirkte, wäre – vermieden worden, wenn man sich die Mühe gegeben hätte, bei der Münzreform den Begriff Taler oder Mark gesetzlich zu bestimmen, wenn man die Fälle aufgezeichnet hätte, die den Staat zur Entmünzung des Silbers oder Goldes berechtigen sollten.

Bei der kolossalen Bedeutung der Sache, war es leichtsinnig, liederlich von beiden Seiten, so blindlings den Taler und nachher die Mark als Grundlage ihrer Geschäfte zu benutzen und die Beantwortung der Frage: „Was ist eine Mark d. R.-W.“ zu einer politischen Frage, zu einer Machtfrage zu machen.

#### ***XIV. Im Versicherungsamt gegen Arbeitslosigkeit.***

Seit Einführung des Freigeldes hat die Anmeldung von Arbeitslosen auf einmal aufgehört, und ich und meine Beamten sind überflüssig geworden. Das Geld selbst sucht jetzt die Ware auf, und Ware ist Arbeit. Wer Freigeld hat, sucht es jetzt unter allen Umständen unterzubringen, sei es durch Kauf von Waren, durch neue Unternehmungen oder durch das Verleihen an andere, die es persönlich gebrauchen können. Und zwar (und hierin liegt der Unterschied gegen früher) geschieht dies *unter allen Umständen*, ohne irgendwelche Rücksicht auf persönliche oder politische Verhältnisse; ja selbst der Rückgang im Zinsfuß, der völlige Wegfall des Zinses und des Profites kann das Angebot des Freigeldes nicht verhindern. Selbst den Fall angenommen, daß die kaufmännische Anschaffung von Waren einen Verlust statt Profit brächte, könnte dies das Angebot des Freigeldes nicht verhindern. Es verhält sich mit dem Freigeld jetzt genau wie mit den Waren im allgemeinen; auch diese werden angeboten, selbst wenn der Verkauf Verlust bringt.

Wer in den Besitz von Freigeld gelangt ist, muß es wieder in Umlauf setzen, einerlei, was dabei herauskommt, ob Gewinn, ob Verlust. Einerlei; das Freigeld befiehlt, es duldet kein Gefängnis, es zerbricht die Ketten. Den Spekulanten, den Bankier, der das Geld zum Zwecke des Angriffs, oder auch nur zur eigenen Verteidigung am Umlauf verhindern will, schlägt es

nieder. Mit der Kraft des Dynamits zersprengt es die Geldkasten, die Gewölbe der Banken, wie auch den Koffer des Stallknechts, um die Freiheit zu erlangen und sich auf den Markt zu stürzen. Wer Ware verkauft und Freigeld dafür eingelöst hat, muß dieses Geld wieder in Waren umsetzen. Und Warenumsätze heißt Warenabsatz, und wo Waren abgesetzt werden, da ist Arbeit.

*Das Freigeld ist also zu einem Automaten für Arbeitsnachweis geworden. Das Freigeld ist jetzt materielle Nachfrage, und Nachfrage ist Absatz, Absatz aber ist Arbeit. Die Geldreform hat uns also eine automatische und organische Arbeitsversicherung gebracht. Keine bürokratische, kapitalistische Arbeitsversicherung, sondern die Versicherung, die der Arbeitsteilung von Natur aus anhaftet, weil ja die Arbeit Waren erzeugt und die Waren nur das eine Interesse haben – sich gegenseitig auszutauschen. Durch das Dazwischentreten des Goldes war der Tausch zwei fremden Gewalten, dem Zins und Profit tributpflichtig geworden, anorganischen Elementen, die den Tausch der Produkte störten. Zins und Tribut waren die selbstverständliche Voraussetzung des Tausches der Produkte und der Arbeit; konnte beim Tausch kein Zins oder Profit herausgeschlagen werden, – so stockte der Warenaustausch, weil das Gold die Vermittlung versagte.*

Jetzt, mit dem Freigeld, kann von solchen Bedingungen überhaupt keine Rede sein. Wie ein hungriger Löwe einhergeht, suchend, wen er verschlinge, so stürzt sich das Freigeld ohne *jede Rücksicht* auf die Ware, und Ware ist Arbeit. Denn ob ich Ware kaufe oder einen Arbeiter unmittelbar beschäftige, bleibt sich gleich. Der Kaufmann, dem ich die Ware abkaufte, wird sein Lager zu ergänzen und sich seines Geldes zu entledigen suchen, indem er dem Unternehmer neue Waren bestellt.

Eine lächerlich einfache Arbeitsversicherung; ein lächerlich einfacher Arbeitsnachweis. *Jede Mark, die der Staat in Umlauf setzt, ersetzt ein Arbeitsgesuch; je 1000 solcher Zettel ersetzen ein Arbeitsamt.* Wer Ware verkauft und Geld dafür einlöst, kauft selbst oder durch den, dem er das Geld leiht, sofort wieder Ware, so daß also jeder so viel Ware kauft, wie er verkauft, und jeder so viel Ware verkauft, als wie er kauft. Bleibt dabei ein Überschuß, so sinken die Preise und allgemeiner Preisfall ist für den Staat das Zeichen, die Geldschleusen zu öffnen. Es kann also überhaupt kein Rest verbleiben. So viel Waren erzeugt werden, so viel werden auch verkauft. Wie soll da noch Absatzstockung, Überproduktion, Krise und Arbeitslosigkeit möglich sein? Alle diese Erscheinungen können doch nur da beobachtet werden, wo man zeitweise oder allgemein und regelmäßig weniger Ware kauft als man selbst erzeugt.

Es versteht sich wohl von selbst, daß Freigeld dem *einzelnen* Unternehmer den Absatz der Produkte nicht gewährleisten kann, sondern nur der *Allgemeinheit*. Erzeugt jemand schlechte Waren, fordert jemand zu hohe Preise, arbeitet jemand darauf los, ohne die Marktbedürfnisse zu befragen, so wird ihm auch die Geldreform die Waren nicht absetzen können. Das Wort „unbegrenzter Absatz“, das hier wiederholt gebraucht wird, gilt für die Gesamtheit; weder Zinsforderungen noch Konjunkturen werden nach Einführung des Freigeldes dem Absatz noch im Wege stehen können. Jeder wird *sofort* und *genau* so viel kaufen müssen, wie er selbst verkauft hat, und wenn *jeder* das tun muß, so kann kein Überschuß bleiben. Hat jemand persönlich keinen Warenbedarf, so hört er auf zu arbeiten, oder er verleiht den Geldüberschuß an andere, die mehr Waren kaufen müssen, als sie selbst augenblicklich zu verkaufen haben. Ist der Wettbewerb in einer Ware (Zuckerrüben, Eisen, Tanzunterricht usw.) zu groß, so gehen die Preise derselben herunter, während alle anderen Waren im Preise unverändert bleiben. Lohnt sich die Produktion zu den herabgesetzten Preisen nicht, so wird jeder wissen, was er tun soll.

Wie war es früher? Der Kaufmann mußte für sein Geld Zins zahlen und machte also den Kauf von Waren abhängig von einem Zinsertrag. War es nach Lage der Verhältnisse nicht möglich, den Zins auf den Verkaufspreis der Waren zu schlagen, so ließ er die Produkte der Arbeiter unberührt, und diese feierten dann wegen Mangels an Absatz. Kein Zins – kein Geld; kein Geld – kein Austausch der Produkte; kein Tausch – keine Arbeit.

*Zins war die selbstverständliche Voraussetzung des Geldumlaufes, von dem wiederum die Arbeit abhängig war. Sogar die Reichsbank hätte ohne Zins kein Geld ausgegeben, selbst dann nicht, wenn allgemein anerkannt worden wäre, daß Geld auf dem Markte fehlte – obschon sie statutengemäß ihre Hauptaufgabe darin zu erblicken hatte, den Geldumlauf den Verkehrsbedürfnissen anzupassen. Auch bei der Reichsbank kamen selbstverständlich die Verkehrsbedürfnisse erst dann zur Berücksichtigung, nachdem die Zinsbedürfnisse des Geldes befriedigt waren.* (Ich mache der Reichsbankverwaltung daraus keinen Vorwurf; kein Gott hätte mit den stümpferhaft zugestutzten Vollmachten der Bank Vernünftiges schaffen können.)

Heute stellt der Geldumlauf überhaupt keine Bedingungen mehr. Geld = Absatz; einerlei, was dabei herauskommt. Geld = Warenabsatz = Arbeit = Geld.

Der Kaufmann hatte natürlich den Profit im Sinne, d. h. der Verkaufspreis mußte den Einstandspreis übersteigen. Das war die natürliche, selbstverständliche, übrigens vollberechtigte Voraussetzung jeder kaufmännischen Operation. Dabei war der bezahlte oder gestundete Einstandspreis in jedem Falle eine bekannte, unabänderliche Größe (ausgenommen bei Konsignationsgeschäften), während für den *Verkaufspreis* nur Aussichten, Möglichkeiten, Hoffnungen, kurz, Wahrscheinlichkeitsrechnungen vorlagen. Der Verkaufspreis war immer ein Glücksspiel, der ganze Handel eine Spielbank à la Montecarlo. Denn zwischen

Kauf und Verkauf liegt Zeit, während deren sich manches auf dem Markte ändern konnte.

Der Kaufmann studierte vor jedem Kauf die Marktverhältnisse, die Konjunkturen, die Politik im Innern, die Politik im Ausland. Glaubte er, *daß andere dasselbe glaubten*, was er glaubte, nämlich, daß eine allgemeine Hausse in Aussicht stand, so beeilte er sich, zu kaufen, um mit möglichst großen Lagerbeständen an der erwarteten Preissteigerung beteiligt zu sein. Hatte er sich nicht geirrt, hatte er viele Glaubensgenossen, und kauften darum viele, so mußte schon ganz allein darum und ohne jeden anderen Grund das eintreten, was sie von Gott weiß welchen Umständen erwarteten, nämlich eine allgemeine Preissteigerung. Denn das ist doch klar, wenn jeder an eine kommende Hausse *glaubt*, so kauft jeder, der eine Geldreserve besitzt, und wenn alle Geldreserven zu Käufen verwendet werden, so müssen die Preise steigen.

In diesem Falle hat man den unmittelbaren Beweis, daß der Glaube an und für sich schon selig macht.

Umgekehrt natürlich verhält es sich beim „Glauben“ an eine Baisse. Wenn Müller glaubte, daß die Kaufmannschaft allgemein an eine kommende Baisse glaubte, so suchte er sich seiner Warenbestände zu entledigen, indem er einerseits den Verkauf zu erzwingen suchte, nötigenfalls durch Preisermäßigung (!), andererseits, indem er nichts bestellte und seine Aufträge auf günstigere Zeiten verlegte. Aber, so wie er, handelten auch wieder seine „Glaubensgenossen“, und darum, darum ganz allein traf das ein, was sie befürchteten. Ihr Glaube hatte sie ruiniert. Denn unter der Goldwährung geschah immer alles, was man glaubte. Der Glaube regierte absolut. *Der Glaube an eine Hausse und Baisse genügte vollständig zu seiner materiellen Begründung!*

Vom Glauben, von der Stimmung, vom Wetter hing es ab, ob Geld angeboten wurde oder nicht, ob die Arbeiter feiern mußten oder ob sie mit Nacharbeit und Überstunden arbeiten durften. Vom Glauben! Das Angebot der gesamten Geldreserven hing vom Glauben ab!

Jetzt, mit dem Freigeld, ist das ganz anders geworden. Das Geld fragt den Besitzer nicht nach seinem Glaubensbekenntnis, nicht nach seiner Stimmung. Das Geld befiehlt einfach, es erteilt die Bestellung selbstherrlich.

Aber gerade darum, weil der Glaube aus dem Handel ausgemerzt wurde, weil Glaube, Hoffnung und Liebe zum Profit ganz ohne Einfluß auf den Geldumlauf bleiben, bleibt auch die Nachfrage auf dem Markte stets sich selber gleich und erweisen sich alle kaufmännischen Hoffnungen und Befürchtungen als Privatvergünstigungen ohne irgendeinen Einfluß.

Die Nachfrage nach Ware und die Arbeit gehen nicht mehr neben dem Gelde, als Willensakte einher, sie sind der Botmäßigkeit der Geldbesitzer nicht mehr unterstellt, sondern das Geld ist die Nachfrage selbst.

Es war früher selbstverständlich und natürlich, daß jeder Arbeiter auf „die Suche nach Geld, d. h. nach Arbeit“ ging. Nur ausnahmsweise ging das Geld auf die Suche nach Arbeit. Das Geld ließ die Ware, die Arbeit an sich herankommen. Niemand fand daran Anstoß, niemand verwahrte sich gegen diesen Verstoß gegen die Gesetze der Gleichberechtigung. Jeder gab sich mit diesem Vorrecht des Geldes zufrieden. Wahrscheinlich weil man glaubte, daß dieses Vorrecht mit dem Geldwesen untrennbar verbunden sei. Während der Arbeiter und der Besitzer von Waren durch jeden Aufschub des Verkaufes schweren Schaden erlitten, der mit jedem Tage wuchs, heckte das Geld dem Käufer Zinsen. Also war es natürlich, ganz normal und selbstverständlich, daß, wenn die Käufer säumten, die Verkäufer sich aufmachten, um die Käufer persönlich zum Kauf zu veranlassen!

Heute ist auch diese Anschauung ihrer Selbstverständlichkeit entkleidet worden. Auch in dieser Beziehung ist es anders geworden. Denn dem Geldbesitzer brennt das Geld in der Tasche ebenso sehr, wie den Arbeiter die Vergänglichkeit seiner Arbeitskraft (die sich nicht aufstapeln läßt) an die Notwendigkeit erinnert, diese möglichst bald an den Mann zu bringen. Der Geldbesitzer wartet also nicht mehr so ruhig ab, daß ihn der Warenbesitzer (Arbeiter) aufsucht. Er sieht sich um, steht früher auf, geht der Ware auf halbem Wege entgegen.

Und wenn sich zwei gegenseitig suchen, so treffen sie sich eher und sicherer, als wenn das Suchen nur einseitig betrieben wird. Es stände schlecht um die ganze Tierwelt, wenn sich die Weibchen vor den Männchen zu verbergen suchten, wie würde *der* Unke im Teiche *die* Unke finden, wenn diese nicht auf seinen Ruf aus dem Schlamme hervorkröche?

Dabei hatte aber früher der Besitzer des Geldes ein Interesse, sich vor dem Besitzer der Ware zu verbergen, denn durch langes Suchen wurde dieser noch mürber. Mit dem Schlafrock und in Pantoffeln, um sich den Anschein zu geben, daß ihn der Arbeiter oder Warenverkäufer im Schlafe gestört, daß er gar keine Eile habe, so trat der Käufer dem Verkäufer entgegen.

Also das Geld sucht jetzt die Ware unter allen Umständen. Das Geld ist plötzlich hungrig geworden. Die Entfettungskur hat das Geld flink gemacht, seinen Spürsinn geschärft. Es läuft zwar den Waren nicht nach, denn die Ware verkriecht sich nicht, sie kann sich nicht verbergen, beide treffen sich aber auf halbem Wege.

Sucht die Ware das Geld, so sucht jetzt auch das Geld die Ware. Und findet das Geld keine Ware, so wartet es nicht gemächlich ab, bis der Zufall ihm das Gewünschte in den Weg wirft, sondern es geht den Spuren der Ware nach bis zur Quelle, und das ist die Arbeit.

Und so hat die Geldreform eine organische an die Stelle der bürokratischen Arbeitslosenversicherung gesetzt. Das Freigeld wurde zum automatischen Arbeitsnachweis und ich mit meinen 76.000 Beamten wurde arbeitslos aufs Pflaster geworfen!

## ***XV. Der Mutualist.***

Mit der Geldreform ist unser ganzes Programm erschöpft und erledigt. Das Ziel, wonach wir tastend strebten, ist erreicht. Was wir mittels komplizierter, unklarer Einrichtungen, durch Warenbanken und Genossenschaften zu erwirken hofften, nämlich einen vollkommenen Austausch der Produkte, das bringt uns in der denkbar einfachsten Weise die Geldreform. Wie sagte Proudhon: [Diehl: Proudhon, S. 43 u. 90.]

„In der sozialen Ordnung ist die Gegenseitigkeit die Formel der Gerechtigkeit. Die Gegenseitigkeit ist in der Formel ausgedrückt: Tue anderen, was du willst, daß man dir tue; in der Sprache der politischen Ökonomie ausgedrückt: Tauscht die Produkte gegen andere Produkte, kauft euch eure Produkte gegenseitig ab. Die Organisation der gegenseitigen Beziehungen, das ist die ganze soziale Wissenschaft. Gebt dem sozialen Körper eine vollkommene Zirkulation, d. h. einen exakten und regelmäßigen Tausch der Produkte gegen Produkte, und die menschliche Solidarität ist eingeführt, die Arbeit organisiert.“

Gewiß, so ist es; Meister Proudhon hat recht, wenigstens so weit es sich um Arbeitsprodukte, nicht um den Boden handelt; aber wie hätte man das erreichen können? Das, was Proudhon selbst zur Erreichung dieser vollkommenen Zirkulation vorschlug, war ja ganz unausführbar; sogar im Kleinen hätte eine Warenbank, wie sie Proudhon vorschwebte, kaum bestehen können; wie aber die ganze Volkswirtschaft auf diese Weise organisieren?

Übrigens hätten wir uns fragen müssen, warum eigentlich von Natur aus die Volkswirtschaft der vollkommenen Zirkulation der Produkte im Wege steht, warum wir uns nicht die Produkte gegenseitig so abkaufen, wie es der exakte, regelmäßige Tausch der Produkte verlangt? Diese Fragen hätten wir doch vor allen Dingen beantworten müssen, ehe wir daran gingen, Vorschläge zu machen!

Zwar wußten oder ahnten wir, daß am Metallgeld etwas nicht in Ordnung war; nicht umsonst nannte Proudhon das Gold „einen Riegel des Marktes, eine Schildwache, die die Tore des Marktes besetzt und deren Losung ist, niemand durchzulassen! [Mülberger: Proudhon, seine Werke und sein Leben.]. Aber, warum das so war, was eigentlich am Metallgeld falsch war, das wußten wir nicht, das haben wir nie untersucht. Und doch hätten hier unsere Untersuchungen beginnen müssen, wenn wir festen Boden unter den Füßen behalten wollten. Diese Unterlassung führte uns von vornherein auf Abwege. In der Erhebung der Arbeit, bzw. der Ware auf die Rangstufe baren Geldes (d. h. des Goldes) erblickte Proudhon die Lösung der sozialen Frage. Warum aber mußten die Pro-

dukte im Range „erhöht“ werden, was war denn am Golde (damals Geld), was es über die Rangstufe der Arbeit erhob?

Hier in diesem Gedanken, die Waren auf die Rangstufe des Goldes zu erhöhen, war der Irrtum Proudhons. Er hätte den Satz umkehren und sagen sollen: Wir wollen, daß Geld und Waren auf gleicher Rangstufe zirkulieren sollen, daß das Geld den Waren in keiner Lage und unter keinen Umständen vorgezogen werde, damit so Waren zu Geld und Geld zu Waren werden. Nun gut, so laßt uns

*das Geld doch auf die Rangstufe der Arbeit herabsetzen.*

Wir können doch am Charakter der Waren im allgemeinen nichts ändern, wir können den Waren im allgemeinen nicht die Vorzüge geben, die das Gold als Ware besitzt. Wir können dem Dynamit nicht die Gefährlichkeit nehmen, nicht verhindern, daß das Glas bricht, daß das Eisen rostet, das Pelzwerk von Motten zerfressen wird. Den Waren haften ausnahmslos Mängel an, sie verderben, unterliegen Angriffen der Zerstörungselemente der Natur, nur das Gold ist frei davon. Dabei hat das Gold noch das Vorrecht, Geld zu sein, daß es als Geld überall verkäuflich ist, daß es sich ohne nennenswerte Kosten von einem Orte zum anderen bringen läßt usw. Wie wollen wir nun erreichen, daß die Waren dem Golde gleichgestellt werden?

Aber *umgekehrt* können wir verfahren und sagen: Das Geld ist plastisch, man kann damit machen, was man will, da es ja unentbehrlich ist. *Setzen wir es auf die Rangstufe der Waren herunter, geben wir ihm Eigenschaften, die alle üblen Eigenschaften der Waren im allgemeinen ausgleichen.*

Diesen vernünftigen Gedanken hat nun die Geldreform ausgeführt, und die Folgen zeigen zu unserer Freude und Genugtuung, wie viel Wahrheit und richtige Beobachtung doch in den kernigen Aussprüchen Proudhons steckte, wie nahe er an der Lösung des Problems vorbeirante.

Mit der Geldreform ist das Geld auf die Rangstufe der Ware herabgesetzt worden, und die Folge ist nun auch, daß die Ware dem Gelde in jeder Lage, zu allen Zeiten gleichgestellt wird. Kauft euch euren Kram gegenseitig ab, sagte Proudhon, wenn ihr Absatz und Arbeitsgelegenheit haben wollt. Das geschieht nun. In der Ware ist nun zugleich Nachfrage und Angebot verkörpert, genau wie zur Zeit des Tauschhandels, denn wer damals eine Ware auf den Markt brachte, brachte eine andere Ware heim. Es ging also immer ebensoviel Ware hinaus wie herein. Dadurch nun, daß mit der Geldreform der Gelderlös sich beim Verkauf von Waren sofort wieder in einen Kauf von Waren verwandelt, löst das Angebot einer Ware eine gleich große Nachfrage aus. Der Verkäufer, der froh ist, seinen Plunder los zu sein, sieht sich durch die Beschaffenheit des Geldes gezwungen, den Erlös seiner Ware unter allen Um-

ständen dem Verkehr wiederzugeben, entweder durch persönlichen Kauf von Waren, durch den Bau eines Hauses, durch eine gediegene Erziehung seiner Kinder, durch Veredelung seines Viehstandes usw. usw., oder aber, wenn nichts hiervon ihn reizt, durch Verleihung seines Geldes an andere, die augenblicklichen Bedarf an Waren, aber kein Geld haben. Entweder – oder, ein Drittes, die Aufbewahrung des Geldes, Abhängigkeit des Darlehns vom Zins, die Bedingung eines Profits für den Kauf von Waren, die vorsichtige Verzögerung des Kaufes, das spekulative Abwarten besserer Konjunkturen usw. usw., das alles gibt es jetzt nicht mehr. „Der Bien muß“, so heißt es jetzt. Du warst durch die Natur deiner *Produkte* gezwungen, sie zu verkaufen, nun bist du durch die Natur des *Geldes* gezwungen worden, zu kaufen. Schlag auf Schlag, mit mechanischer Präzision folgt Kauf auf Verkauf, geht das Geld von Hand zu Hand. Regelmäßig, wie die Erde im Weltraum um die Sonne kreist, so zieht das Geld seine Kreise auf dem Markte, in guten wie in schlechten Zeiten, beim Schall der Fanfare, wie beim Schlagen der Schamade. Regelmäßig, wie der Arbeiter seine Kraft, sein Produkt anbietet, wie die Ware nach Absatz ausschaut, ebenso regelmäßig erscheint auch die Nachfrage auf dem Markte.

Der Käufer mag sich wohl anfänglich darüber beklagt haben, daß man ihn jetzt sozusagen zwingt, sich seines Geldes zu entledigen; er nannte diesen Zwang eine Beschränkung seiner Freiheit, ein Attentat auf das Eigentum. Es kommt eben darauf an, für was man das Geld hält. Der Staat erklärt das Geld für eine öffentliche Verkehrseinrichtung, für deren Verwaltung die sachlichen Interessen des Verkehrs maßgebend sein sollen. *Diese Interessen fordern, daß dem Verkauf von Waren ein entsprechender Kauf von Waren auf dem Fuße folge.* Da nun der Wunsch, es möge ein jeder aus eigenem Antriebe und im allgemeinen Interesse das Geld immer gleich wieder in Umlauf setzen, erfahrungsgemäß nicht genügt, um Regelmäßigkeit im Geldumlauf zu erzielen, so hat man den unmittelbar mit dem Gelde verbundenen materiellen Umlaufzwang eingeführt. Das hat geholfen.

Wer übrigens damit nicht einverstanden ist, wer sich die Freiheit nicht nehmen lassen will, mit seinem Eigentum nach Gutdünken und eigenem Ermessen umzuspringen, der kann ja einfach seine eigenen Produkte, sein absolutes Eigentum, bei sich zu Hause aufbewahren, um sie erst im Augenblick zu verkaufen, wo er andere Produkte braucht. Wenn er lieber Heu, Kalk, Hosen, Tabakspfeifen, kurz, was auch sein Arbeitsprodukt sein mag, aufbewahrt, als sie im voraus gegen Freigeld zu verkaufen, so kann er es ja tun, niemand hindert ihn daran, niemand wird sich darüber beklagen. Nur, wenn er durch das Geld von der Last seiner eigenen Produkte befreit wurde, muß er sich der Pflichten erinnern, die er als Verkäufer und Besitzer von Geld übernommen hat, d. h., *er soll auch anderen die*



*Wohltaten des Geldverkehrs zukommen lassen. Der Tausch der Produkte beruht doch auf der Wechselseitigkeit.*

Das Geld soll kein Ruhepunkt im Warenaustausch sein, sondern einfach ein Durchgangsprodukt. Der Staat fabriziert das Geld auf seine Kosten und er übt die Oberaufsicht über dieses Verkehrsmittel nicht, damit es zu anderen, dem Warenaustausch völlig fremden Zwecken mißbraucht werde. Die Unentgeltlichkeit der Benützung des Geldes wäre auch eine Unbilligkeit, weil die Kosten der Instandhaltung von den allgemeinen Staatseinnahmen getragen werden müssen, während viele Bürger nur wenig Gebrauch vom Gelde machen (Urwirtschaftler z. B.). Darum erhebt der Staat für die Benützung des Geldes eine Gebühr von 5% im Jahre. So ist nun der Staat sicher, daß das Geld nicht zum Spiel, zur Spekulation, als Sparmittel mißbraucht wird. *Nur der, der jetzt wirklichen Bedarf an Geld, an Tauschmitteln hat, wer Waren erzeugt und diese gegen andere Waren tauschen will, benutzt noch das Geld. Für alle anderen Zwecke ist es zu kostspielig geworden. Namentlich vom Sparmittel ist das Tauschmittel jetzt scharf getrennt worden.*

Es ist eine billige Forderung, die die Geldreform an den stellt, der seine Produkte verkaufte: kaufe jetzt, damit auch andere ihre Produkte los werden. Aber nicht allein billig ist diese Forderung, sondern auch klug. Damit man andere Produkte kaufen kann, muß man seine eigenen Produkte verkaufen. *Kauft also, so könnt ihr alle eure Produkte verkaufen.* Will ich als Käufer Herr sein, so bin ich natürlich als Verkäufer Sklave. Ohne Kauf kein Verkauf, und ohne Verkauf kein Kauf.

Kauf und Verkauf zusammen bilden den Tausch der Produkte; sie gehören infolgedessen auch unmittelbar zusammen. Durch das Metallgeld waren Kauf und Verkauf oft zeitlich von einander getrennt, durch das Freigeld fallen Sie zeitlich und regelmäßig wieder zusammen. Das Metallgeld trennte die Produkte, indem es zwischen Kauf und Verkauf die Zeit, die Spekulation, den Profit und tausend dem Tausche fremde Elemente schob, das Reformgeld vereinigt dagegen die Produkte, indem es den Kauf dicht auf den Verkauf folgen und fremden Elementen keine Zeit und keinen Raum läßt. *Das Metallgeld war, wie Proudhon sagte, ein Riegel für den Markt, das Freigeld dagegen ist der Schlüssel.*

## **XVI. Der Zinstheoretiker.**

Das Freigeld bringt mich um mein ganzes geistiges Kapital. Meine schönsten Theorien werden durch diese wahrhaft verfluchte Reform zum alten Eisen geworfen. Hat doch der Zins, der sich seit historischen Zeiten immer auf gleicher Höhe erhielt, ohne alle Rücksicht auf meine Theorien den Weg auf Null eingeschlagen. Und die zinsfreien Darlehen, die uns immer als

utopische Träumereien erschienen, werden jetzt als durchaus möglich, ja als wahrscheinlich betrachtet. Zinsfreie Darlehen! Das Ende des Kapitals! Geld, Maschinen, Häuser, Fabriken, Waren, Rohstoffe, kein Kapital mehr! Ich muß gestehen, es flimmert mir vor den Augen.

Die so einleuchtende „Nutzungstheorie“, [Diese Benennungen entlehne ich dem Buche von Boehm-Bawerk: Der Kapitalzins in geschichtlicher Darstellung.] die bestechende „Fruktifikationstheorie“, die aufwieglerische „Ausbeutungstheorie“, die etwas philisterhafte, aber sehr beliebte „Enthaltbarkeitstheorie“, und wie ich sie alle benannt hatte, alle, alle gehen mit der Geldreform in die Brüche.

Es war doch so einleuchtend, so natürlich, so selbstverständlich sogar, daß der Verleiher eines Produktionsmittels sich für diese „Leistung“ einen Zins ausbedingen konnte. Und doch sinkt der Zinsfuß, er sinkt, sinkt bis auf Null. Und die Kapitalisten (wenn man sie so überhaupt noch nennen kann) geben sogar Zeichen der Freude, wenn sie jemanden finden, der ihnen das Geld abnimmt unter der einzigen Bedingung einfacher Wiedererstattung der vollen Summe. Sie sagen, die Konkurrenz wäre gewachsen und es wäre für sie doch vorteilhafter, ihr Geld zu verleihen, statt es zu Hause auf Vorrat für künftigen Bedarf aufzubewahren. Denn zu Hause ginge ja jährlich ein Teil des Geldes durch Kursverlust verloren. Viel besser wäre es, das Geld zu verleihen, wenn auch ohne Zins, gegen Pfand und Wechsel, die man ja gegen Bargeld wieder verkaufen oder diskontieren kann, wenn man Bargeld gebraucht. Man hat auf diese Weise zwar keinen Zins, aber man hat auch keinen Verlust am Kurs des Geldes.

*Zinsfreie Darlehen wären also jetzt nicht allein vorteilhaft für den Nehmer, sondern auch für den Geber! Wer hätte das jemals gedacht? Und doch ist es so. Was soll auch der Sparer machen? Man spart für künftige Zeiten, fürs Alter, für eine Reise nach Jerusalem, für Zeiten der Not, für die Hochzeit, für den Krankheitsfall, für die Kinder usw. usw. Aber was macht man mit dem Gesparten in der Zwischenzeit, bis man es braucht?*

Kauft man Tuch, Lebensmittel, Holz usw. auf Vorrat, so steht man sich nicht besser, als wenn man Freigeld aufbewahrt – denn alles das verfault, verdirbt, verrostet. Man denkt vielleicht hier an Gold und Edelsteine, die sich unbegrenzt und unversehrt aufbewahren lassen, aber wohin würde es führen, wenn solche Verwendung der Ersparnisse allgemein geübt würde? Wohinauf würde der Preis dieser Dinge in guten Jahren steigen, wenn jedermann Ersparnisse macht, wohinab würde dieser Preis sinken, wenn etwa bei Fehlernten und Krieg die Ersparnisse (also Gold und Edelsteine) massenhaft zu Markte getragen würden? Die Edelsteine, sagt man, sind das, was man zuletzt kauft und zuerst verkauft. Das Experiment würde man nicht

oft wiederholen; diese Ersparnisform würde kläglich versagen. (Dasselbe ist der Fall mit dem Wein, von dem gesagt wird, er werde immer besser).

Dann ist es doch wahrhaftig viel besser, man legt seine Ersparnisse in Privat- und Staatsschuldscheinen, Wechseln usw. an, die, wenn sie auch keine Zinsen abwerfen, doch alle Tage und ohne Verlust wieder in Bargeld umgesetzt werden können.

Aber, wird man fragen, warum da nicht lieber Häuser, Industriepapiere kaufen? Aber das ist ja eben das Seltsame, daß man auch Häuser kauft, obschon sie auch keinen Kapitalzins mehr abwerfen, daß man auch Häuser baut, obschon man keinen Zins erwartet. Man kauft und baut Häuser und begnügt sich mit den jährlichen Abschreibungen am Baukonto, die die Mieter als einzigen Mietzins zahlen! Man steht sich so oft noch besser, als wenn man Staatspapiere kauft, denn man hat eine regelmäßige, mit dem Zerfall des Hauses (der Fabrik, Maschinenanlage, Schiffe usw.) Schritt haltende Einnahme und behält dabei noch ein Pfand des Eigentums in Händen. Darum wird, trotzdem der Mietzins kaum mehr als die Deckung für Reparaturen und Abschreibungen liefert, viel gebaut und die Häuser werden als gute Sparanlage betrachtet!

Ich gestehe, der Boden wackelt mir unter den Füßen, mir flimmerts vor den Augen, ich kann es kaum fassen, laß jemand ein Haus zum Vermieten baut, trotzdem er selbst nur Abschreibungen, aber keinen Kapitalzins als Miete erwartet. Es galt doch allgemein als wissenschaftlich erwiesen, daß das Geld nur darum Zins abwarf, weil die Produktionsmittel Zins abwarfen, daß die zinswerbende Kraft des Geldes im Grunde eine übertragene oder erborgte war! Und jetzt scheint es, daß es sich umgekehrt verhielt, *denn wie hätte sonst eine Reform des Geldes überhaupt Einfluß auf den Zins haben können?*

Eigentlich war es ja mehr als leichtfertig, zu sagen: das Geld wirft Zins ab, weil man mit dem Geld Produktionsmittel kaufen kann, die Zins abwerfen; denn hier fehlt ja die Erklärung, warum man Produktionsmittel, die Zins abwerfen, gegen Geld verkauft, das man für steril erklärt? Gibt denn ein Ochse Milch, wenn man ihn gegen eine Kuh tauscht?

Hohle Worte haben hier offenbar die Stelle der Begriffe eingenommen. Es ist offenbar Unsinn, von übertragenen und erborgten Eigenschaften zu sprechen; solche Übertragung von Eigenschaften und Kräften ist ebenso unmöglich in der Volkswirtschaft wie in der Chemie. Wenn das Geld an sich nicht die Kraft hatte, Zinsen zu erheben, woher kamen dann die Einnahmen aus dem Banknotenmonopol?

Wenn das Geld aus eigener Kraft keinen Zins erheben konnte, dann waren zinszeugende Produktionsmittel und unfruchtbares Geld einfach inkommensurable Größen, Dinge, die keinen Vergleich zuließen und also nicht tauschfähig gewesen wären. Es gibt ja manches, was mit Geld nicht zu kaufen ist.

Und welchen Preis zahlte man für einen Acker, der 1000 Mark Rente abwarf? Man rechnete, daß 100 Mark 5 Mark Zins einbringen, und der Preis des Ackers war dann so oft mal 100, wie 5 in 1000 geht. *Woher kam nun der Satz von 5 vom Hundert?* Hier ist der Haken!

Von übertragener Kraft kann also keine Rede sein; die zinszeugende Kraft mußte dem Gelde als Eigenschaft anhaften. Aber wo war diese Eigenschaft des Metallgeldes verborgen? Früher wäre es schwer gewesen, diese Eigenschaft zu entdecken; jetzt mit dem Freigeld als Vergleichsobjekt muß es eine Leichtigkeit sein, denn da mit dem Freigeld das Geld die zinszeugende Eigenschaft offenbar verloren hat, so brauchen wir nur einfach dort zu suchen, wo beide Geldarten voneinander abweichen, um auch die Quelle des Zinses zu lokalisieren. Das Freigeld weicht aber vom früheren Metallgeld darin ab, daß es einem ihm anhaftenden Angebotszwang unterliegt, während das frühere Geld in dieser Beziehung völlig unabhängig war.

Hier also, in der absoluten Freiheit des Metallgeldbesitzers, sein Eigentum nach Belieben und Gutdünken anbieten zu können, in der Willkür der Kapitalisten und Sparer, die das Geldangebot beherrschten, hier müssen wir den Platz finden, wo hinein der Zins seine Wurzeln senkte.

Und, fürwahr, lange brauchen wir nicht zu suchen!

Ist das Geld nötig, unentbehrlich für den Austausch der Produkte der Arbeitsteilung, für den Handel? Ja oder nein?

Wenn ja; was machen die Verfertiger der Waren, wenn sie ihre Produkte nicht gegen Geld verkaufen können? Legt sich der Zimmermann selbst in seine Särge, ißt der Bauer die Kartoffeln etwa alle selbst? Nichts davon; sie suchen durch Preisermäßigung den Verkauf möglich zu machen, das Geld durch Nachgiebigkeit in ihren Forderungen heranzulocken. Jeder Verfertiger oder Besitzer von Waren muß seine Waren verkaufen, und um den Verkauf zu ermöglichen, sind alle ohne Ausnahme bereit, etwas vom Preis ihrer Produkte abzulassen.

Ist das so? Ja oder nein?

Also ja! Gut denn; wenn nun die Kapitalisten und Sparer das Geld dem Verkehr entzogen haben, und es nur dem Handel, dem Warenaustausch gegen Zinszahlung zurückgeben, so finden sie ja in der Bereitwilligkeit der Warenbesitzer, etwas von ihrem Produkte für die Benutzung des Geldes abzutreten, das Terrain für die Erhebung des Zinses vorbereitet. „Ihr braucht Geld, um euren Kram gegenseitig auszutauschen“; hier in unseren eisernen Schränken ist es eingeschlossen. Wollt ihr uns etwas für seine Benutzung zahlen, wollt ihr uns Zins zahlen, so könnt ihr es bekommen, zu 4% im Jahre, sonst schließen wir es ab, und ihr könnt sehen, wie ihr dann auskommt. Zins ist unsere Bedingung. Überlegt euch die Sache – wir können warten, wir sind nicht durch die Natur unseres Geldes gezwungen, es herzugeben.

Die Sache ist klar. Es hängt von den Geldbesitzern ab, ob sich der Handel mit oder ohne Geld behelfen muß; gleichzeitig erklärt man den Gebrauch des Geldes für obligatorisch, weil der Staat die Steuern in Geld erhebt; also können die Geldbesitzer einen Zins jederzeit erpressen. Es verhält sich hier genau wie mit einer Brücke über einen Fluß, der den Markt in der Mitte durchschneidet und die von einem Zöllner bewacht ist. Gestützt darauf, daß die Brücke für die Verbindung der beiden Markthälften unentbehrlich ist, gestützt darauf, daß der Zöllner die Brücke öffnen und schließen kann, ist er in der Lage, von jeder Ware einen Zoll zu erheben.

Der Zins war also ein Zoll, ein Barrieregeld, das die Warenverfertiger für die Benutzung des Tauschmittels an die Besitzer des Geldes zu zahlen hatten. Kein Zins = kein Geld, so hieß es. Kein Geld = kein Tausch der Produkte; kein Tausch = Arbeitslosigkeit; Arbeitslosigkeit = Hunger. Ehe wir aber verhungern, zahlen wir lieber den Zins.

Die zinszeugende Kraft des Metallgeldes war also keine „erborgte“ oder „übertragene“ Kraft; es war eine Eigenschaft des Metallgeldes und beruhte in letzter Linie darauf, daß man für Herstellung des Geldes einen Stoff ausgesucht hatte, der unter allen Produkten der Erde eine Ausnahmestellung einnimmt, insofern, als er sich unversehrt und unbegrenzt ohne Unkosten aufbewahren läßt, während alle anderen Produkte menschlichen Fleißes, alle Waren ohne Ausnahme faulen, veralten, verrosteten, zerbrechen, explodieren, stinken, Raum beanspruchen usw.

Und so wird es auch verständlich, nun habe ich auch die Erklärung, warum man einen Acker gegen eine Summe Geldes vertauschte, denn beide, Acker und Geld, warfen jeder aus eigener Kraft eine Rente ab; man brauchte nur an Geld so viel zu nehmen, wie nötig, um die Rente des Ackers mit dem Zins des Geldes zu decken, dann war das Tauschverhältnis beider Dinge gegeben. Acker und Geld waren also völlig ebenbürtige, kommensurable Größen. Wie beim Acker keine Rede von erborgter oder übertragener Zinskraft sein konnte, so auch nicht beim Gelde.

Die fadenscheinige, hohle Phrase von „übertragener Kraft“ hatte mir also einen bösen Streich gespielt; das leere Wort, das so oft an die Stelle der Begriffe tritt, hatte mich wie einen Bullen an der Nase herumgeführt.

Also das Geld, das Tauschmittel, wäre ein Kapital an sich!

Laßt uns nun einen Augenblick überlegen, wohin wir kommen müssen, wenn wir ein Kapital zum Tauschmittel aller Produkte erheben!

1. Kapital kann das Geld nur auf Kosten der Waren sein, denn von den Waren erhebt ja das Geld den Tribut, der es zu einem Kapital stempelt.

2. Wenn die Waren Zins zahlen müssen, so können sie selbst unmöglich Kapital sein, denn wäre die Ware Kapital,

so gut wie das Geld, so könnte keines der beiden sich dem anderen gegenüber als Kapital aufspielen, und in ihrem gegenseitigen Verhältnis wenigstens würden sie aufhören, Kapital zu sein.

3. Wenn uns daher die Waren im Handel als Kapital erscheinen, weil sie im Verkaufspreis neben dem Kostenpreis und Handelsgewinn noch den Kapitalzins erheben, so muß das so erklärt werden, daß dieser Zins dem Produzenten oder Arbeiter vom Kaufmann im Einstandspreis bereits abgezogen wurde. Die Ware spielt hier nur den Kassenboten des Geldkapitals. Ist der Verkaufspreis gleich 10 Mark, der Handelsgewinn 3, der Zins 1 – so erhält der Arbeiter 6 Mark ausbezahlt.

Hieraus geht hervor, daß, wenn das Tauschmittel, das Geld, an sich kein Kapital wäre, daß dann auch der gesamte Warenaustausch ohne Zinsverrechnung von statten gehen würde! *Somit hätte Proudhon doch recht gehabt, denn er hatte das immer behauptet.*

Betrachten wir nun die Wirkung, die ein Tauschmittel auf die Produktion von Produktionsmitteln haben muß, wenn es selbst Kapital ist.

Wie sind die Produktionsmittel (Maschinen, Schiffe, Rohstoffe usw.) entstanden? Kommt es noch vor, daß ein Mann seine eigenen Produktionsmittel mit eigenen, auf seinem Boden gefundenen Rohstoffen verfertigt? Ausnahmsweise vielleicht noch hier und da, sonst aber ist die Regel, daß für die Beschaffung der eigenen Produktionsmittel eine Summe Geldes ausgelegt werden muß. Das Gründungskapital aller größeren Unternehmungen besteht in einer Summe Geldes, die vorn im Hauptbuch auf dem ersten Blatte eingetragen wird. Wenn nun das Geld, das für diese Produktionsmittel ausgelegt wird, an sich ein Kapital ist, wenn die Besitzer des Geldes durch einfaches Einschließen des Geldes das Zustandekommen irgend eines Unternehmens verhindern können, so werden sie selbstverständlich kein Geld hergeben für Unternehmungen, die keinen Zins abwerfen. Das ist klar und selbstverständlich. Wenn ich aus dem *Handel* mit Waren 5% meines Geldes ziehen kann, so werde ich mich doch nicht mit weniger in der *Fabrikation* begnügen. Kann man das Erz an der Oberfläche sammeln, so wird man doch keinen Stollen bauen.

Es folgt daraus, daß nur gerade so viel Häuser gebaut werden, daß diese Häuser in der Miete Deckung für den allgemeinen Geldzins liefern. Hat man zufällig mehr gebaut, ist das Angebot von Wohnungen größer als die Nachfrage, so gehen natürlich die Mieten herunter und die Häuser bringen den erforderlichen Zins nicht ein. Dann werden sofort alle Bauhandwerker entlassen und die Bautätigkeit wird so lange unterbrochen, bis sich durch Bevölkerungszuwachs die Nachfrage nach Wohnungen so weit wieder gehoben hat, daß die Mieten den vollen Geldzins abwerfen! Dann erst kann die Bautätigkeit wieder einsetzen.

Genau so verhält es sich mit den industriellen Unternehmungen. Sind diese so zahlreich geworden, daß die Nachfrage nach Arbeitern (die sie verkörpern) die Löhne hochgetrieben haben, so daß der Unternehmer den Kapitalzins beim Verkauf der Produkte nicht herausschlagen kann, so wird die Gründung neuer Unternehmungen so lange unterbrochen, bis durch den Nachwuchs an Arbeitern und das dadurch bedingte größere Angebot an Arbeitskräften die Löhne herabgehen und dem Geldzins Platz machen.

Wenn also uns die Arbeitsmittel als Kapital erscheinen, so kommt das daher, daß deren Herstellung, welche das Geldkapital vermittelt, durch denselben Vermittler so weit künstlich beschränkt wird, daß sie immer den Arbeitssuchern gegenüber eine Monopolstellung einnehmen. Es sind regelmäßig weniger Arbeitsmittel als Arbeiter da, so daß schon aus Mangel in Werkstätten eine Arbeiterreserve verbleiben muß, die den Lohn unter den Erlös des Arbeitsproduktes drückt.

Das Bild erscheint noch einfacher und klarer, wenn man den Unternehmer einfach als einen Pfandleiher betrachtet, der dem Arbeiter das nötige Geld vorstreckt für Maschinen und Rohstoffe, und den der Arbeiter mit seinen Produkten bezahlt.

Das Geld beherrschte also absolut den Warenaustausch und die Produktionsmittel. Alles war dem Gelde zinspflichtig. *Es schob sich zwischen Konsument und Produzent, zwischen Arbeiter und Unternehmer, es trennte alle, deren natürliches Interesse es ist, sich zu vereinigen, und die entstandenen Verlegenheiten beutete es aus. Die Beute nannte man Zins.*

Nun wird es mir auch klar, warum mit dem Freigeld der Zinsfuß fortgesetzt fällt und sich Null nähert.

Das Geld kann dem Markte nicht mehr entzogen werden; ohne Rücksicht auf den Zins muß es angeboten werden, sei es direkt gegen Waren, sei es als Darlehen. Es kann sich nicht mehr trennend zwischen die Produzenten einschleichen; gegen den eigenen Wunsch, ohne Rücksicht auf seine lüsterne Raubsucht, muß es seines Amtes walten und den Austausch der Produkte vermitteln. *Es beherrscht den Austausch der Waren nicht mehr als Räuber und Despot, sondern es dient ihm, dient ihm sogar umsonst.*

Nun werden die Waren nicht mehr vom Markte ausgeschlossen, die Arbeiter feiern nicht mehr, sowie der Zinsfuß fällt; ohne Rücksicht auf den Zins geht der Tausch der Produkte vonstatten.

Und wo so regelmäßig gearbeitet wird, da wird gespart. Fabelhafte Summen werden da zurückgelegt, zur Sparkasse gebracht und als Darlehen angeboten. Und wenn das so Jahr für Jahr vorwärts geht, wenn die Arbeiter durch keine Krisis mehr gezwungen werden, von ihren Ersparnissen zu zehren – da kommt mit Notwendigkeit der Zeitpunkt, wo für das von

den Sparkassen angebotene Geld die Abnehmer fehlen und wo es heißt: wir haben genug Häuser gebaut, es fehlen die Mieter; wir haben genug Fabriken, es fehlen die Arbeiter. Wozu noch mehr bauen, wenn wir jetzt schon Mühe haben, den Zins zu zahlen.

Aber, dann wird es von der Sparkasse her heißen: Wir können das Geld nicht brach liegen lassen, wir können es nicht aufbewahren. Das Geld zwingt uns, es auszuleihen. Wir verlangen nicht gerade 5—4—3%; wir sind willig, auf Verhandlungen einzugehen. Wenn wir euch das Geld zu 2% (1 oder 0%) lassen, so könnt ihr die Mieten entsprechend herabsetzen, und dann werden die, die sich mit einer Stube begnügten, zwei Stuben mieten, und die fünf Stuben hatten, werden deren zehn mieten. Und dann werdet ihr wieder Häuser bauen können. Bedarf ist da, es kommt nur auf den Preis an. Also nehmt das Geld zu 2%, wenn ihr es zu 3 nicht mehr gebrauchen könnt, baut lustig drauf los, geht mit den Mieten herunter, ihr könnt nichts verlieren, wir werden euch mit um so billigerem Gelde versehen. Und habt keine Angst, daß euch und uns das Geld ausgehen wird, denn je mehr wir mit dem *Zins*, ihr mit der *Miete* heruntergeht, *um so größere Summen werden auch die Sparer beiseite legen und uns zuführen*. Habt auch keine Angst, daß durch diese großen Geldmassen etwa die Preise hochgetrieben werden. Jeder Pfennig davon ist vorher dem Umlauf entzogen worden – die Masse des Geldes ist unverändert geblieben. Die, die das Geld sparten, haben mehr Ware erzeugt und verkauft als verbraucht – es ist also ein Rest von Waren da, der der Geldmasse entspricht, die wir euch anbieten.

Nehmt also das Geld und fürchtet euch nicht; geht der Zins herunter, den eure Mietskasernen einbringen, wir werden mit unserem Geldzins folgen und sollte der Zins sogar auf Null fallen. Denn auch bei Null Prozent müssen wir das Geld ausleihen. Habt ihr verstanden: *wir müssen*.

Aber nicht wir allein müssen, auch *ihr* müßt. Wenn *ihr* etwa im Interesse der bereits bestehenden Bauten eine Vermehrung nicht wünscht, und darum unser Angebot ablehnt, so machen wir euch darauf aufmerksam, daß andere Unternehmer da sind, die keine Häuser besitzen und keine Rücksichten zu nehmen brauchen. Ihnen werden wir das Geld zum Bauen geben, und die Neubauten werden entstehen, ob ihr es wünscht oder nicht; ob der Hauszins euch gefällt oder nicht.

Auch mit den gewerblichen Unternehmen verhält es sich so. Ist das Geld zu Null Prozent zu haben, so ist auch kein Unternehmer mehr imstande, Zins aus seinem Unternehmen zu schlagen, sei es in Form eines Lohnabzuges, sei es in Form eines Preiszuschlages. Denn so will es das Gesetz der Konkurrenz.

Und so hätten sich die Tatsachen wieder als der beste Lehrmeister bewährt. Alle unsere Spekulationen über die Ursache des Zinses schlugen fehl, weil uns das Vergleichsobjekt



fehlte. Jetzt mit dem Freigeld konnten wir Vergleiche anstellen, und da fand ich auch gleich, was wir bisher umsonst suchten. Zwar ist die Erklärung der Zinerscheinung noch sehr unvollständig; aber wir haben jetzt den Faden erfaßt, der uns aus dem Labyrinth dieser Erscheinungen führen wird. Wir brauchen dem Faden nur zu folgen, es ist eine materielle Arbeit, mehr nicht, die noch da zu bewältigen ist.

*Anmerkung.* Der Leser findet die Theorie des Zinses im letzten Abschnitt des Bandes ausführlich dargestellt.

## ***XVII. Der Krisentheoretiker.***

Ebenso schlecht wie meinem Kollegen, dem Zinstheoretiker, ergeht es *mir* mit dem Freigeld; meine ganze Theoriensammlung wurde durch diese Reform zuschanden gemacht.

Es war doch so natürlich, daß auf die Zeit der Blüte eine Periode des Zerfalles eintreten mußte. So ist es in der Natur, so konnte es nicht anders in der Volkswirtschaft sein, denn der Mensch gehört doch auch zur Natur, so wie alles, was er macht. Ist der Ameisenbau, die Bienenwirtschaft ein Naturprodukt, so gehört auch die Menschen- oder Volkswirtschaft zur Natur. Der Mensch wächst und vergeht, warum sollte die Volkswirtschaft nicht auch wachsen und in einer Krise in Trümmer zerfallen? Das römische Reich ging zugrunde, darum muß auch die Volkswirtschaft regelmäßig alle paar Jahre in einer Krise zugrunde gehen. Auf den Sommer folgt der Winter, ebenso folgt in der Volkswirtschaft auf den Boom die Krise.

Das war doch eine schöne, poetische Theorie! Wie einfach konnte man damit den Biergefüllten Bäuchen am Stammtisch das verwickelte Problem der Arbeitslosigkeit erklären! Und einfach muß eine Theorie sein, das ganze Licht unserer Wissenschaft müssen wir in einem Brennpunkt vereinigen, damit es sich Bahn brechen kann durch den Tabaksqualm und den Bierdunst. Wiegenlieder, keine Theorien braucht man für kleine Kinder.

Dann hier *diese* famose Theorie: Infolge „spekulativer Käufe“ waren die Preise gestiegen, eine „fieberhafte“ Tätigkeit entspann sich auf allen Gebieten; mit Überstunden und Nachtschichten suchte man der steigenden Nachfrage zu begegnen; die Löhne stiegen. „Natürlich“ war das nur ungesunde „Treibhausvegetation“ und mußte früh oder spät mit einem Krach endigen. Und der Krach, die Krise kam. Es fehlte natürlich die Nachfrage für eine so ungeheure Menge von Produkten aller Art, und wenn die Nachfrage fehlt, so gehen die Preise herunter. Alles, ohne nennenswerte Ausnahmen, die Produkte der Industrie, der Landwirtschaft, des Bergbaues, der Forstwirtschaft, alle gingen im Preise herunter. Damit stürzte natürlich das ganze Spekulationsgebäude ein. Die geldgierigen Arbeiter hatten eben mit ihren Überstunden den ganzen „Arbeitsvorrat“ aufgezehrt. Der Lohnfonds (?) war erschöpft. Darum fehlte es jetzt an Arbeit, darum

mußten die Arbeiter neben einem Gebirge von Brot und Kleidern hungern und frieren!

Wie überzeugend klang auch die Malthusianische Krisentheorie; sie hatte nicht umsonst so viele Liebhaber gefunden. Ihr habt die guten Zeiten zu nichts besserem benutzen können als Hochzeiten feiern, und euer elendes Geschlecht habt ihr ins Maßlose vermehrt. Wohin man blickt, Kinderwäsche, Windeln, Wiegen. Es wimmelt in den Straßen, in den Schulen wie in einem Kaninchenstall. Jetzt sind euch in euren eigenen Kindern die Konkurrenten bei der Arbeit entstanden, die euren Lohn herabdrücken. Die niedrigen Löhne drücken aber wieder auf die Preise, wodurch jedes Geschäft mit Verlust abschließen muß, wodurch jede Unternehmungslust im Keime erstickt wird.

Die Fortpflanzung ist an sich eine Sünde, eine verbotene Frucht, sie ist mit dem Makel der Erbsünde behaftet. Aber doppelt sündhaft ist sie bei so armen Teufeln. Übt Enthaltbarkeit, überlaßt die Sache den Heiden, schickt eure Töchter ins Kloster, dann werden nicht mehr Arbeiter vorhanden sein, als zur Bewältigung der Arbeit nötig sind. Dann werden auch mit den höheren Löhnen die Preise steigen, was die Unternehmungslust fördert. Maß in allem, in der Produktion und in der Reproduktion, sonst haben wir eben Überproduktion an Produkten und Konsumenten!

Und diese moderne Theorie, mein eigentliches Paradeferd: durch die Anhäufung des Reichtums in verhältnismäßig wenig Händen, durch das Mißverhältnis zwischen Kauf- und Produktionskraft der breiten Massen steht der Konsum im Mißverhältnis zur Produktion. Daher die Überlastung des Marktes mit unverkäuflichen Produkten, daher die sinkenden Preise, die Arbeitslosigkeit, die Unternehmungsscheu, die Krise. Die reichen Leute können ihr Einkommen nicht verzehren und die Arbeiter haben nichts zu verzehren. Wären die Einkommen nur richtig verteilt, so würde der Konsum mit der Produktion Schritt halten und es könnte darum keine Krise ausbrechen!

Wie einleuchtend doch das klang. Und auf den Klang, den Schall, den Rauch kommt es an. An den *Verstand* dieser mit der Saugflasche, mit Drogen und Bier aufgepäppelten und von Sorgen erdrückten Menge kann man sich doch nicht mehr wenden. Er hält einen herzhaften Stoß ja gar nicht mehr aus.

So hatte ich für jede Gesellschaft, für jeden Geschmack eine Krisentheorie auf Lager. Stieß ich dabei ausnahmsweise auf kritischen Widerstand, so flocht ich meine Reservetheorie ein, durch die ich die Krise mit der Währung in Verbindung brachte. Gewöhnlich genügte dann schon das Wort „Währung“, um jeden Widerspruch niederzuschlagen. Genug, genug hieß es, wir wissen, was Bamberger sagte, daß neben der Liebe die Währungsfrage die meisten Verrückten gemacht hat, und wir wollen, einer Krisentheorie zuliebe, unseren Verstand nicht auf eine vielleicht gefährliche Widerstandsprobe stellen!

Dabei war gerade diese Theorie verhältnismäßig die einfachste und auch die beste: die Waren, so führte ich aus, werden so gut wie ausschließlich kaufmännisch verhandelt, das heißt, sie müssen zum Zwecke des Austausches an Kaufleute verkauft werden. Der Kaufmann kauft aber die Waren nur unter der Bedingung, daß er sie voraussichtlich teurer wird verkaufen können. Der *erwartete* Verkaufspreis muß höher stehen als der vom Arbeiter oder Unternehmer geforderte Einstandspreis. Wenn nun die Warenpreise Neigung zum Sinken zeigten, so wußte der Kaufmann überhaupt nicht mehr, wie viel er bezahlen oder anlegen durfte, während der Unternehmer ohne baren Verlust mit seinen Forderungen nicht unter den Kostenpreis gehen durfte. Beim Konsumenten ist es anders. Er kauft und bezahlt den geforderten Preis. Er freut sich, wenn der Preis fällt; er ärgert sich, wenn er steigt. Eine Grenze für den Preis liefert nur sein eigenes Einkommen. Der Kaufmann dagegen soll einen Preis erzielen, der eine bestimmte Höhe, den Einstandspreis, überragt; und ob er diesen Preis erzielen wird, das weiß er nicht. Der *Verkaufspreis* ist ungewiß, der *Einstandspreis* ist aber mit der Übernahme der Ware eine feste, bestimmte Größe.

Wenn die Warenpreise im allgemeinen fest sind oder gar steigen, dann ist alles gut, dann wird der Erlös wahrscheinlich mit Überschuß den Einstandspreis decken, und der Kaufmann kann getrost seine Bestellungen machen. Wenn aber die Preise sinken, immer weiter sinken, um 1–2–5–10–20–30%, wie wir das schon öfters beobachtet haben, dann verliert der Kaufmann jeden festen Boden unter den Füßen, und das Vernünftigste, was ein vorsichtiger Kaufmann dann machen kann – ist warten. Denn nicht auf Grundlage des Einstandspreises kann der Kaufmann seine Verkaufspreise berechnen, sondern er muß sich dabei nach den Verkaufspreisen richten. Und wenn in der Zeit zwischen Kauf und Verkauf der Waren die Einstandspreise fallen, so muß auch er mit den Verkaufspreisen heruntergehen, und er hat einen Verlust. Also ist das beste in solchen Zeiten niedergehender Preise, mit dem Kauf zu warten. *Die Waren werden also kaufmännisch nicht durch den Bedarf als Triebkraft ausgetauscht, sondern durch den Profit.*

Aber dieses „Warten“, die Verzögerung in den gewohnten Bestellungen des Kaufmannes, bedeutete für den Unternehmer eine Absatzstockung, und da er in der Regel auf regelmäßigen Absatz angewiesen ist, weil er die Produkte, des Raumes und der Fäulnis wegen, nicht auf Lager nehmen kann, so entließ der Unternehmer seine Arbeiter.

Aus Mangel an Arbeit und Geld konnten nun wiederum diese Arbeiter nicht kaufen, wodurch dann die Preise noch weiter sanken. Und so war, durch den Niedergang der Preise ein Circulus vitiosus, ein fehlerhafter Kreis, entstanden.

Darum, so war die Moral, müssen wir verhüten, daß die Preise sinken; wir müssen mehr Geld fabrizieren, damit es nicht an Geld fehlt, um die Waren zu kaufen, damit angesichts der großen Barbestände der Banken, der großen Barreserven der Privatleute, kein Kaufmann sich mehr vor Geldmangel, vor einer Baisse zu fürchten braucht.

Also die Doppelwährung oder Papiergeld!

Im Grunde genommen befriedigte mich selbst ja keine einzige dieser Theorien. Die erste Theorie, die die Krise als eine Art Naturereignis betrachtet, ist eigentlich zu naiv, um eine Widerlegung zu verdienen. Die zweite Theorie, die die Spekulation, das Gründertum, für die Krise verantwortlich machen will, untersucht nicht, ob die Geldreserven der Privatleute und Spekulanten, ohne die ja die Spekulation nicht möglich wäre, nicht eigentlich die Ursache der Spekulation und infolgedessen auch Ursache der Krise sind. Was hat es für einen Sinn, eine Reichsbank zu gründen, ihr das Notenmonopol zu verleihen, damit sie „den Geldumlauf den Bedürfnissen des Verkehrs“ anpassen kann, wenn es einfach von der „Spekulation“ abhängt, trotz Notenmonopol und Reichsbank die Preise hochzutreiben, jedesmal, wenn es ihr beliebt? Und weil diese Theorie an dieser Frage vorübergeht, schlägt sie den falschen Weg ein, Wunsch, statt Forderungen zu formulieren. Man möge doch in Zukunft alle Spekulation sein lassen, das ist alles, was sie als Schutz vor Krisen zu empfehlen weiß.

Diese Theorie untersucht auch nicht, wo der eigentliche Beweggrund der „fiebrhaften Tätigkeit, der Überstunden und Nachtschichten“ ist. Denn ohne diese gesteigerte Arbeit würde alle Spekulation im Sande verlaufen. Was würde es nützen, wenn der Unternehmer dem Arbeiter Überstunden vorschläge und dieser ihm antwortete: Meine jetzige Arbeitszeit genügt, um meine Bedürfnisse zu decken. Wenn also der Arbeiter sich heute zu der „fiebrhaften Tätigkeit“ bereit erklärt, so kommt das nur davon, daß er fiebrhafte Bedürfnisse hat, die er mit dem Produkte der Überstunden befriedigen will. Ist aber die Nachfrage ebenso fiebrhaft wie das Angebot, wie kann es dann zur Krise kommen? Die Spekulation, die die Geldreserven auf den Markt bringt, erklärt nur die allgemeine Preissteigerung, läßt aber die Frage unbeantwortet, warum der Konsum nicht Schritt hält mit der Produktion und warum der Absatz gewöhnlich urplötzlich abfällt.

Diese Nichtbeantwortung der Frage, warum der Konsum nicht regelmäßig der Produktion entspricht, ist ja der gemeinsame wunde Punkt aller meiner Theorien, aber am lautesten schreit diese Frage um Antwort bei der dritten Theorie, der Übervölkerungstheorie. Hier wird als Ursache der Krise die Überproduktion infolge Übervölkerung angegeben, was doch so viel heißt wie: die zu großen Brote kämen von dem zu großen Hunger! Offenbarer Unsinn, besonders, wenn man bedenkt, daß die Waren zum Zwecke des Austausches erzeugt

werden und daß die hungernden Arbeiter fähig und willig sind, andere Produkte für die von ihnen benötigten in Tausch zu geben. Handelt es sich nur um eine einseitige Überproduktion (z. B. Särge), so hätte die Sache überhaupt keine Erklärung nötig, aber von *allem* ist zuviel vorhanden, von landwirtschaftlichen Produkten sowohl, wie von gewerblichen.

Ebenso unbefriedigend ist die Theorie, die den Unterkonsum verantwortlich machte für die Krise; der Unterkonsum infolge ungleicher Verteilung des Einkommens. Sie erklärte nicht, warum der Absatz heute ins Blaue hinein wächst, um nach einer Weile urplötzlich abzufallen, warum einer ständigen, gleichmäßigen Ursache (hier also die ungleiche Verteilung des Einkommens) eine stoßende Wirkung (Boom und Krise) gegenüberstand. Wäre jene Verteilung des Einkommens die Ursache der Krise gewesen, so müßte sich diese als eine ununterbrochene Erscheinung dargeboten haben, eine chronische Krise, eine Arbeiterreserve von unantastbarem ehernem Bestande, also das Gegenteil von dem, was man beobachtete.

Aber auch die Annahme, daß das Einkommen der wohlhabenden Klassen allgemein ihre persönlichen Bedürfnisse überstieg, war unzutreffend, wie ja die hypothekarische Verschuldung der Groß- und Kleingrundbesitzer, die Not der Grundrentner, die agrarische Bettelei um Staatsschutz beweist. Die Bedürfnisse kennen überhaupt keine Grenzen; das geht ins Unendliche. Die Bedürfnisse der Weber im Eulengebirge waren doch mit Kartoffelschalen nicht eigentlich befriedigt, und mit der Herzogswürde, die die amerikanischen Könige für ihre Töchter erwarben und mit Milliarden bezahlten, war deren Würdebedürfnis ungesättigt. Sie strebten nach der deutschen Kaiserkrone und häuften Milliarde auf Milliarde, arbeiteten Tag und Nacht, sparten vielleicht am eigenen und sicher am *Leibe ihrer Arbeiter*, um diese Krone zu erreichen. Und wenn sie diese erreicht hätten, dann wäre ein kleiner, schwarzer Pfaff gekommen und hätte gesagt, das alles wäre vergänglich, sie sollten arbeiten, sparen, Milliarden sammeln und sie der Kirche vermachen, auf daß sie würdig befunden würden, einzutreten in das Reich Gottes. Zwischen Kartoffelschalen und dem Opferstock der Kirche ist ein Meer von Bedürfnissen, das alles verschlingt, was die Menschen erzeugen können.

Auch ist kein Mann so reich, daß er nicht darauf bedacht wäre, noch reicher zu werden; im Gegenteil, die Geldgier wächst mit dem Erfolg im Erwerb.

Wie wären sonst die gewaltigen modernen Vermögen zustande gekommen, wenn ihre Besitzer bei der ersten Million gesagt hätten: Wir haben jetzt genug erworben, wir wollen andere arbeiten lassen! Kein reicher Mann ließ seine Überschüsse brach liegen, solange sich eine Gelegenheit für eine rentable Anlage bot. Der Zins war allerdings die Voraussetzung der Geldausgabe des Kapitalisten, aber in dieser Beziehung handelte der reichste Mann nicht anders als der kleinste Sparer.

Kein Zins, kein Geld, so hieß es auf der ganzen Linie. Alle machten die Wiederausgabe der Geldüberschüsse abhängig vom Zins, und wenn wir alle Bürger in bezug auf ihr Einkommen nivelliert hätten, so würden wir nichts an der Tatsache geändert haben, daß der Sparer, der mehr Waren erzeugte und verkaufte, als er verbrauchte, den Geldüberschuß nicht eher wieder in Umlauf brachte, bis ihm Zins bezahlt wurde. Es mußte sich also durch die Tätigkeit der Sparer jedesmal ein Produktüberschuß mit Absatzstockung und Arbeitslosigkeit zeigen, sobald Handel und Industrie keinen Zins abwarfen. Die Ursache der Krise lag also darin, daß einerseits die Kapitalisten die Geldanlage vom Zins abhängig machten, andererseits darin, daß, wenn der Vorrat an Häusern, Maschinenanlagen und sonstigen Produktionsmitteln eine bestimmte Grenze überschritt, dann auch der Zins fiel, den diese einbringen müssen, um das in ihnen verausgabte Geld zu verzinsen. (Der Wettbewerb der Hausbesitzer den Mietern gegenüber wirkt wie der Wettbewerb der Besitzer gewerblicher Unternehmungen den Arbeitern gegenüber – er drückt auf den Zins. Hier setzt er den Mietzins herunter, dort setzt er den Arbeitslohn herauf.) Traf nun letzteres ein, so konnten die Unternehmer den geforderten Zins nicht zahlen und die Kapitalisten hatten kein Interesse daran, das Geld ohne Zins herzugeben. Sie warteten dann lieber die Krise ab, die die Lage klären und den alten Zinssatz wieder herstellen würde und erfahrungsgemäß auch wieder herstellte. Sie standen sich alle besser, für kurze Zeit ganz auf den Zins zu verzichten, um dadurch in den Genuß eines höheren Zinsfußes zu gelangen, als ihr Kapital zu niedrigem Zinsfuß auf lange Jahre festzulegen. Ein gewisses Zinsminimum ließ sich durch ein einfaches Warten immer erpressen.

Also mit dem Mißverhältnis zwischen Konsum und Einkommen der wohlhabenden Klassen, zwischen Kaufkraft und Produktionskraft der Arbeiter als Ursache der Krise, ist es nichts.

Der wirklichen Ursache der Krise am nächsten kam die zuletzt erwähnte Theorie, die die Krise mit der Währung in ursächlichen Zusammenhang brachte.

Daß, solange die Preise abwärts neigten, und der Verkauf der Waren und Produkte nur Verluste brachte, niemand daran dachte, neue Unternehmungen zu gründen oder bestehende zu erweitern, daß auch kein Kaufmann Waren kaufte, um sie unter dem Einstandspreis losschlagen zu müssen, und daß unter solchen Verhältnissen eine Krise unvermeidlich blieb, ist ja klar und einleuchtend. Aber diese Theorie beantwortet die Frage eigentlich nur mit neuen Fragen. *Sie erklärt richtig die Krise als gleichbedeutend mit einem allgemeinen Preisrückgang, aber sie gibt keine befriedigende Auskunft auf die Frage, woher der Preisrückgang kam. Zwar behauptete sie, die Baisse käme von einem Mangel an Geldvorrat, und darum schlug sie auch eine Vermehrung der Geldproduktion (Bime-*

tallismus, Papiergeld) vor, aber der Nachweis fehlt, daß mit oder nach Vermehrung des Geldvorrats auch das Angebot dieses Geldes sich dem Angebot von Waren anpassen würde, namentlich, ob auch dann Geld angeboten werden würde, wenn der Zins herunterginge. Und darauf käme es doch an.

Dies sah man übrigens auch ein und darum schlug man vor, das Geld völlig von jedem Metall zu trennen (Aufhebung des Prägerechts für Silber und Gold), um dann die *Geldproduktion* (nicht Geldangebot) so zu regeln, daß, wenn die Preise fielen, die Geldproduktion vergrößert und umgekehrt bei steigenden Preisen der Geldvorrat (nicht Geldangebot) verkleinert werden sollte. Man dachte auf so einfache Weise das Geldangebot der Nachfrage jederzeit anpassen zu können.

Man hat diesen Vorschlag nie ausgeführt und es ist gut, daß man es nicht tat, denn man hätte damit nur Fiasko gemacht. Denn die, die diesen Vorschlag machten, verwechseln *Geldvorrat* mit *Geldangebot*, sie glauben, daß, weil einem großen Kartoffelvorrat auch ein gleich großes Kartoffelangebot entspricht, dies auch so mit dem Gelde sein muß. Dies ist aber durchaus nicht der Fall. Das Kartoffelangebot, wie überhaupt das Warenangebot entspricht genau dem Vorrat, weil die Aufbewahrung mit schweren Unkosten verbunden ist. Wäre das frühere Geld von der Beschaffenheit der Waren im allgemeinen gewesen, d. h., hätte man das Metallgeld nicht ohne direkte Unkosten aufbewahren können, dann wäre ein Rückschluß vom Vorrat auf das Angebot ganz am Platze gewesen. Aber das war bekanntlich nicht der Fall. Über das Angebot ihres Geldes verfügten die Inhaber in souveräner Weise. Und es wurde kaufmännisch und kapitalistisch kein Pfennig im Umlauf gesetzt, wenn kein Zins dabei herauskam. Kein Zins, kein Geld, mag der Geldvorrat noch so groß sein, mag man den Geldvorrat ver Hundertfachen.

Nehmen wir nun an, daß mit einer solchen Reform der Emissionsbanken das Ziel (die Beseitigung der chronischen und akuten Krisen) erreicht worden wäre, so würde sehr bald der Augenblick gekommen sein, wo das Land mit Häusern, Maschinenanlagen usw. derart gesättigt gewesen wäre, daß sie den gewohnten Zins nicht mehr einbringen würden. Dann würde das alte Spiel wieder von vorn beginnen: die Sparer und Kapitalisten würden nicht mit dem Zins heruntergehen wollen und die Unternehmer würden den alten Zinsfuß nicht zahlen können. Durch die Erfahrung von 2000 Jahren wissen die Kapitalisten, daß sie je nach der Anlage 3–4–5% für ihr Geld erzielen können und daß sie nur eine Weile zu warten brauchen, um diesen Zinsfuß zu erzielen. Also warten sie.

Während die Kapitalisten nun warten, fehlt natürlich die Nachfrage nach Ware und die Preise sinken. Dieses Sinken der Preise macht nun wieder den Handelsstand stutzig, der nun auch in Erwartung der Dinge, die kommen könnten, mit den Bestellungen zurückhält.

So ist also gleich wieder die Absatzstockung, die Arbeitslosigkeit, die Krise fertig – trotz dem großen Geldvorrat.

Allerdings wurde vorgeschlagen, daß der Staat in solchen Fällen den Unternehmern das Weiterarbeiten ermöglichen sollte, indem er ihnen direkt Geld zu billigerem Zinsfuß, nötigenfalls zinsfrei liefern sollte. So hätte der Staat immer wieder durch Neuemission das Geld ersetzt, welches die Sparer und Kapitalisten dem Verkehr entzogen: aber wo hätte ein solches System hingeführt? Auf der einen Seite bei den Kapitalisten Berge von Papiergeld, für das die Verwendung fehlt, auf der anderen Seite in den Staatskassen entsprechende Berge von Pfandbriefen und Wechseln, und zwar langfristigen Wechseln, und unkündbaren Pfandbriefen, wie es die Unternehmer brauchen!

Die bei den Privaten aufgestapelten Berge von Papiergeld (schließlich hätte das gesamte Privatvermögen diese Form angenommen) konnten jeden Tag durch irgendein Ereignis in Bewegung geraten, und da dieses Geld nur auf dem Markte im freien Verkehr mit Waren einlösbar sein sollte, so hätte sich diese Papiergeldmasse in eine plötzliche *ungeheure Nachfrage* umgewandelt, gegen die der Staat mit den Pfandbriefen und langfristigen Wechseln nicht ankämpfen konnte. So wären denn die Preise gestiegen ins Blaue hinein.

Es ist nun ein Glück, daß wir mit der Geldreform dieser Gefahr entronnen sind, denn das klägliche Fiasko dieser Reform wäre natürlich wieder ausgebeutet worden gegen die Theorie des Papiergeldes, und so wären wir wieder für Jahrhunderte zurückgeworfen worden in die Barbarei des Metallgeldes.

Die Geldreform macht das Angebot des Geldes von jeder Bedingung unabhängig; so viel Geld vom Staate in Umlauf gesetzt wurde, so viel Geld wird angeboten. *Das, was man bisher beim Gelde als selbstverständlich voraussetzte, nämlich daß, wie bei den Kartoffeln, das Angebot dem Vorrat stets entsprechen mußte, das wird mit der Geldreform erst zur Tatsache.* Geldangebot = Geldvorrat. Das Geldangebot geht nicht mehr neben dem Geldvorrat einher, es bedeutet keinen Willensakt mehr; Wille und Wünsche sind einflußlos auf das Geldangebot geworden. *Die Quantitätstheorie ist jetzt absolut richtig, und zwar die einfache, naive, auch rohe genannte Quantitätstheorie.*

Wie könnte es unter solchen Umständen noch zu einer Krise kommen? Geht auch der Zins herunter, fällt der Zins gar auf und unter Null, das Geld wird dennoch angeboten, und gehen die Preise herunter, so hebt sie der Staat einfach wieder durch Vermehrung des Geldvorrats. Die Nachfrage hält also stets und unter allen Umständen dem Angebot die Waage.

Wenn somit die Geldreform die Krisen unmöglich macht, so müssen wir notwendigerweise die Ursachen der Krisen in



dem Punkte suchen, wo das frühere Geldwesen sich vom Freigeld unterscheidet. Und dieser Punkt liegt in der Verschiedenheit der Beweggründe, die das Geldangebot jetzt beherrschen und die es früher beherrschten.

Der Zins war früher selbstverständliche Voraussetzung des gesamten Geldumlaufes – jetzt wird das Geld auch ohne Zins angeboten.

Bei einem eingetretenen allgemeinen Preisrückgang, der schon ein ungenügendes Geldangebot anzeigte, wurden die Privatgeldreserven zurückgezogen (weil niemand bei fallenden Preisen kaufmännisch Waren erwirbt, noch auch ohne Risiko erwerben kann), wodurch der allgemeine Preisrückgang oft in eine panikartige, allgemeine Liquidation mit entsprechendem Preissturz übergehen mußte – jetzt wird das Geld unter allen denkbaren Verhältnissen angeboten.

Bei einer einsetzenden allgemeinen Preissteigerung, die schon ein zu großes Geldangebot anzeigte, wurden alle Privatgeldreserven auf den Markt gebracht, weil jeder an der allgemein erwarteten weiteren Preissteigerung mit möglichst großen Beständen an Waren und Papieren beteiligt sein wollte, wodurch dann das Erwartete auch eintreten mußte und die Preise bis zu der, von dem Angebot sämtlicher Privatgeldreserven gezogenen Maximalgrenze stiegen – jetzt können die Preise überhaupt nicht mehr steigen, *weil es keine Privatgeldreserven mehr gibt*.

Für die Höhe des Geldangebots, für die Beantwortung der Frage, ob der Kapitalist kaufen sollte oder nicht, waren Ansichten, Meinungen, Gerüchte, falsche und echte Nachrichten, oft nur die Grimasse eines Herrschers, maßgebend. Trafen gutes Wetter und gute Verdauung „tonangebender“ Börsenmänner mit irgend einer günstigen Nachricht zusammen, so schlug auch schon die „Stimmung“ um, und die, die noch gestern verkauften, sind heute Käufer geworden. So war das Angebot des Geldvorrats wie ein Rohr in der Wüste, das der Wind hin und her weht. Daneben noch das Zufällige der Geldproduktion selbst. Fand man Gold, gut; fand man keins, so mußte man sich eben bescheiden. Während der ganzen Dauer des Mittelalters, bis zur Entdeckung Amerikas, war der Handel auf die von den Römern geerbten Gold- und Silberbestände angewiesen, weil alle damals bekannten „Fundstätten“ erschöpft waren. Handel und Verkehr gingen auf ein Minimum zurück, weil die Arbeitsteilung sich wegen Mangels an Tauschmitteln nicht entfalten konnte. Seit der Zeit hat man ja viel Gold und Silber „gefunden“, aber wie unregelmäßig sind diese „Funde“. Es sind eben Funde.

Zu diesen Schwankungen in den „Goldfunden“ traten dann noch die Schwankungen in der Währungspolitik der verschiedenen Länder, die bald die Goldwährung mittels auswärtiger Goldanleihen (Italien, Rußland, Japan) einführten und so den

auswärtigen Märkten Riesensummen entzogen, bald aber die Papierwährung einführten, und dann das Gold wieder auf die fremden Märkte abstießen.

So war das Geldangebot Spielball der verschiedensten sich kreuzenden Umstände.

Und hierin besteht der Unterschied zwischen dem früheren Geldwesen und dem Freigeld; in diesem Unterschied müssen wir die Ursache der Wirtschaftskrisen erkennen.

### ***XVIII. Der Werttheoretiker.***

[Manchem Leser werden die tausend Widersprüche, in die sich der Werttheoretiker hier verwickelt, besser auffallen, wenn er vorher die in dem nachfolgenden Abschnitt: „Warum man aus Papier Geld machen kann“ gegebenen Erklärungen liest. Er gewinnt dadurch einen Vergleichspunkt, zugleich auch eine feste theoretische Unterlage und vertiefte Erkenntnis für die selbständige Beantwortung der hier aufgeworfenen Fragen. Auch wird er zur Einsicht gelangen, daß das Papiergeld der beste Widersacher des Wertspukes ist.]

Ich sag's euch, es geht nicht, das Freigeld ist unmöglich und mag es auch Jahre, Jahrhunderte lang eine Scheinexistenz führen, es geht geradeaus dem Bankerott entgegen, denn es widerspricht dem Fundamente der Volkswirtschaft, der Wertlehre; ja, noch schlimmer, es geht sogar stillschweigend darüber hinweg, es ignoriert die Wertlehre vollständig. Das muß zur verrufenen Papiergeldwirtschaft, zur Assignatendébâcle führen. Es kommt mit mathematischer Notwendigkeit die Zeit, wo man wieder 1000 Livres für ein Pfund Talglichter bezahlen wird.

Geld ohne inneren Wert! Das ist ja Wahnsinn! Wenn dies Reformgeld wenigstens noch ein Zahlungsverprechen enthielte wie der Rubel, der Dollar, die Peseta! Aber selbst das nicht. Mit keiner Silbe wird da dem Inhaber etwas versprochen. Welche Verrücktheit!

Geld! steht da oben auf dem Papierwisch. Wie soll das verstanden sein? Wie kann der Fidibus sich selbst für Geld erklären? Ein Fidibus ist doch niemals Geld; ein Fidibus bleibt ein Fidibus, mag man tausendmal das Wort „Geld“ darauf drucken.

Wie sagte doch die Inschrift unserer ehrwürdigen, gediegenen Reichsbanknoten: „Die Reichsbank zahlt dem Inhaber ohne Legitimation 100 Mark d. R.-W.“ Das war eine vernünftige Inschrift, darum konnte sich die Reichsbanknote auch so lange Jahre in Umlauf erhalten, ohne etwas von ihrem Werte einzubüßen. Die Reichsbanknote erklärt sich nicht in verblendeter Eitelkeit für Geld, sondern für einen Lieferschein auf Geld, für einen Sichtwechsel. Und da der Aussteller für durchaus sicher galt, so nahm jeder diese Noten wie bares Geld an. So zirkulierten sie 10–20–30 Jahre lang, ohne daß es jemand eingefallen wäre, sie gegen Gold einzulösen. Aber für Geld an sich konnten sie darum niemals gehalten werden.

Und jetzt auf diesem Reformgeld hat man jedes Zahlungsverprechen einfach gestrichen und das Papier für Geld erklärt. Wenn das Experiment gelingt, so wird man aus Häckerling auch ohne Wenn und Aber Gold machen können.

Das Geld an sich muß ein volles „Äquivalent“ der im Tausche erhaltenen Waren sein, so daß der Inhaber des Geldes mit dem Material, woraus das Geld gemacht ist, sich als bezahlt erachten kann. Das ist unerläßliche Vorbedingung für die Existenz des Geldes, – auf die Substanz des Geldes kommt es an. Das Geld und seine Substanz sind ein und dasselbe. Des Materials wegen, woraus das Geld gemacht ist, verkauft man die Waren gegen Geld, nicht des Stempels der Münze wegen. Dieser Stempel hat dieselbe Bedeutung wie die Gewichtsangabe auf diesem Paket Schnupftabak. Wie sagte doch unsere erste Autorität auf dem Gebiete des Geldwesens, der große Chevalier: Les monnaies sont des lingots, dont le poids et le titre sont certifiés par l'état (die Münzen sind Metallbarren, deren Gewicht und Feingehalt vom Staate gewährleistet wird). Und Otto Arendt: „Unsere Reichsmark ist nichts als die Bezeichnung für  $\frac{1}{1395}$  Pfund Gold.“ Kurz, das Geld muß „vollwertig“ sein oder wenigstens das Versprechen enthalten, gegen vollwertiges Geld eingelöst zu werden. Wie wahr das ist, geht aus dem Umstande hervor, daß dort, wo die Hoffnung auf baldige Einlösung des Papiergeldes mit „vollwertigem“ Gelde verblaßt, sich auch gleich ein Agio einstellt, wo aber diese Hoffnung erstarkt, das Agio abnimmt. Das Geld muß also „vollwertig“ sein.

Zwar weiß niemand unter uns zu sagen, was eigentlich das Wort „vollwertig“, „innerer Wert“, überhaupt der „Wert“ bedeutet. Versuche, den Sinn dieses Wortes zu fassen, sind ja zu Dutzenden gemacht worden, doch bleibt die „Wertfrage“ ungelöst. Der „Wert“ entzieht sich, wie ja so manche Naturerscheinung, der genauen wissenschaftlichen Beobachtung, aber ist nicht gerade das Geheimnis, welches den „Wert“ umgibt, das Köstlichste an diesem Kleinod, wird nicht gerade dadurch unser ganzes Geldwesen in ein geheimnisvolles Dunkel gehüllt, entzieht es sich nicht so am besten der Nachahmung und Fälschung durch die Papiergeldtheoretiker. Geldpapier können diese machen, aber diesem Papier den „Wert“ verleihen, das verstehen sie nicht und werden es hoffentlich auch niemals verstehen, wenigstens so lange nicht, als man nicht weiß, was „Wert“ ist. Wenn man das Geheimnis, welches den Wert umgibt, erst gelüftet hat, dann wird man vielleicht Geld ans Papier machen können, aber das wird dann auch das Ende des Geldes überhaupt sein, denn wenn jeder Geld machen kann, so hört doch das Geld auf. Darum wird es wohl das Beste sein, in Zukunft die Wertforschung ganz zu untersagen, jede öffentliche Besprechung dieser Frage zu bestrafen, denn so wird das Geheimnis, welches unserem Metallgeld schon seit 2–3000 Jahren so kostbare Dienste leistete, erhalten und wir werden um so schneller aus dieser heutigen ungesunden, unwissenschaftlichen

und darum falschen Papiergeldwirtschaft herauskommen. Für alle wissenschaftlichen Untersuchungen genügt es vollauf, wenn wir wissen, daß der Wert „ist“. Wissen wir etwa, was die Elektrizität, die Wärme usw. sind? In das *innerste Wesen* der Dinge zu dringen, ist dem Menschen nicht gegeben; er muß sich mit den *Erscheinungen* begnügen. Ohne zu wissen, was die Wärme ist, heizen wir das Zimmer, schützen wir uns mit Kleidern gegen die Wärmeausstrahlungen usw., d. h. wir folgen den Ergebnissen der Erfahrung. Nebenher geht die wissenschaftliche Wärmelehre. So auch mit dem Wert. Auf ihn bauen wir unsere ganze Volkswirtschaft auf, wir passen alles im Leben dem Werte an. Und das muß uns genügen. Daß wir nun nicht wissen, was der Wert ist, gestattet uns aber ebensowenig, den Wert zu ignorieren, wie wir die Wärme ignorieren können, und darum erscheint mir ein Staat, der unter Verleugnung der Existenz des „Wertes“ Papiergeld fabriziert, ebenso gescheit zu sein, wie ein Mann, der die Wärme leugnet, weil er nicht weiß, was sie ist und darum im Winter nackt herumläuft. O, wir werden schon mit diesem Reformgeld in unserem Leibe erfahren müssen, was der Wert ist. Man kann nicht ungestraft sich über Naturgesetze hinwegsetzen. Die Strafe ist der Handlung nicht auf dem Fuße gefolgt, aber Gottes Mühlen mahlen, wenn auch langsam, um so sicherer.

Dieser Ausdruck „innerer Wert“ verursacht mir zwar einige Verlegenheiten, er steht eigentlich in Widerspruch mit allen Werttheorien. Denn darüber sind wir alle einig, daß der „Wert“ nicht materieller Natur ist, daß wir von allen Körpereigenschaften abstrahieren müssen, aber diesen Widerspruch zu lösen, ist ja Zweck der Wertforschung. Vielleicht ist dieser ewige Widerspruch gerade der beste Beweis für die göttliche Herkunft des Wertes. Auf alle Fälle aber wäre dieser ewige Widerspruch der beste Beweis, daß der Wert ist, denn wie kann jemand widersprechen, der gar nicht existiert?

Sei dem nun, wie ihm sei, Tatsache ist, daß, wenn man es auch nicht direkt nachweisen kann, es jeder Kuhjunge aber sofort merkt, daß dieser Fidibus, dieses Reformgeld nicht vollwertig ist.

Und inneren Wert muß das Geld haben, vollwertig muß es sein, sonst ist seine Existenz eine Scheinexistenz, die früh oder spät zur Katastrophe führt. Darum erkläre ich das Freigeld für unmöglich und wenn mir auch die Tatsachen tausendmal unrecht zu geben scheinen. Die Stunde kommt, wo es offenbar wird, daß dem Freigeld der „innere Wert“ fehlt, daß der Aussteller ein Fälscher, ein Schwindler war.

Man kauft eine Sache des Nutzens wegen, den man von ihr erwartet, man gibt eine Ware her für Geld, des Nutzens wegen, den man vom Gelde erwartet. Und welchen anderen Nutzen könnte man aus dem Gelde ziehen, als den, der uns aus der Verarbeitung seines Materials zu Schmucksachen erwächst? Geld ist Gold, Material für Goldschmiede. Das ist doch so

klar, so einleuchtend, so selbstverständlich, daß jedes Kind es sehen muß. Wer würde denn für Geld seine Arbeitsprodukte hergeben, welcher Bergmann würde jahraus, jahrein die schauerliche Arbeit unter der Erde verrichten, wenn er nicht Aussicht hätte, seinen Lohn einmal zu goldenem Tafelgeschirr verarbeiten zu können? Der dem Pöbel angeborene und unausrottbare Hang zu Putz und Tand, das ist die wahre Grundlage unseres Geldwesens. Man spricht von Geldgier! Das ist falsch, *Goldgier* soll es heißen. Geldgierige, geizige Leute, die in Lumpen einher wandeln, sind im Grunde genommen nur eitle, putzsüchtige Leute. Rief nicht Sokrates seinem Schüler zu, dessen Hemd aus den Löchern seines Mantels hervorlugte: „Freund, aus deinen Lumpen schaut die Eitelkeit hervor.“ So kann man auch jedem Geizhals zurufen: Aus deinen Lumpen, unter der Schmutzkruste starrt deine grenzenlose Putzsucht, deine Vorliebe für goldenen Tand hervor.

Wo ist nun der Nutzen, den man aus dem Papiergeld ziehen kann? Ein Fidibus für die Tabakspfeife, mehr ist beim besten Willen nicht zu entdecken. Und für einen Fidibus wird man doch keinen Arbeitstag, keine Kuh, kein Glas Bier verkaufen! Damit das Geld als Tauschmittel von Waren dienen kann, muß es selbst eine Ware sein, eine nützliche, durch sich selbst nützliche Ware. Kein erborgter, übertragener Nutzen, sondern eigener, innerer Nutzen, ein Nutzen, der dem Gelde als Eigenschaft anhaftet. Und solchen Nutzen hat das Papiergeld nicht, ich wenigstens vermag ihn nicht zu entdecken, trotzdem ich meine gute Brille aufgesetzt habe. Darum wird auch kein vernünftiger Mensch den Papierwisch für Geld ansehen und noch weniger annehmen, und wer es tut, fällt herein. Zu bedauern sind nur die Einfältigen, die auf den Leim gehen.

Der Fidibus nennt sich selbst „Geld“ und zwar obendrein Mark deutscher Reichswährung.

Der Redakteur der Inschrift wollte sich wohl über die deutsche Wissenschaft lustig machen, es soll wohl ein Jux sein? Eine Mark d. R.-W., das ist ein bestimmtes Quantum Gold, Feingold! Ja so, nein, ich irre, eine Mark d. R.-W. ist, ist ein bestimmtes Quantum abgestempeltes, gemünztes Gold! Aber nein, das kann ja auch nicht sein, denn ob gemünzt der nicht, der Stempel ist doch völlig Nebensache. Ein Pfund Schnupftabak ist ein Pfund Schnupftabak, einerlei, ob es die Gewichtsangabe trägt oder nicht. Das Abwägen des Goldes kann doch nichts Wesentliches sein; in den Banken wird ja das Geld nicht gezählt, sondern gewogen. Also eine Mark d. R.-W. ist, ist? Hm! Ich muß doch noch einmal nachlesen, was die Gesetze darüber sagen. Oder einfacher, ich frage meinen Hausknecht, er muß es wissen, denn er arbeitet ja um Lohn, um 10 Mark d. R.-W. arbeitet er den ganzen Monat.

Aber einerlei, eine Mark d. R.-W. wird dieser Fidibus nie und nimmer sein. Die *echte* Mark d. R.-W. hat ihren durch die „Produktionskosten“ bestimmten festen inneren Wert, und da

der „Wert“ aller Waren auf gleiche Weise bestimmt wird, so ergibt sich ein sehr einfaches Verhältnis für den Tausch der Produkte. Mit dem festen inneren Wert des Goldes messen wir einfach, wie mit einem Meterstab, den Wert aller Waren. Zwar wissen wir ja nicht genau, um was es sich da handelt, aber diese Frage geht die *Wissenschaft* an; was braucht der Pöbel: die Praxis; was braucht mein Hausknecht sich darüber den Kopf zu zerbrechen. Man rechnet und denkt mit dem Wert, nicht *über* den Wert. Es genügt, daß wir dem Volke im Werte des Goldes einen festen, unveränderlichen Maßstab für den Tausch aller Waren gegeben haben. Braucht etwa der Schneider etwas von der Theorie des Metermaßes zu wissen? Er gebraucht dieses Maß und das genügt. Mit dem festen inneren Wert des Goldes messen wir und sagen: Dieser Tabak, dieses Bier, dieser Hut kostet oder mißt 5 Mark! Kurz, wie mir die Entfernungen mit dem Metermaß messen, genau so messen wir mit dem genau bestimmten Maß der Mark d. R.-W. alle Dinge. Doch wahrhaftig eine einfache Sache.

Nun kommt da dieses Freigeld, das nichts wiegt, keine Länge, Breite und Höhe hat, überhaupt keine Eigenschaften besitzt, an dem man mit dem besten Willen keine Spur inneren Wertes entdecken kann, dessen Produktionskosten gleich Null sind, dem man obendrein noch ausdrücklich nachrühmt, daß es keine Produktionskosten verursacht hat, und maßt sich die Fähigkeit an, als Maß für alle Waren zu dienen! Ist das nicht dasselbe, wie wenn wir mit Luft die Biergläser eichen wollten, wie wenn wir das Metermaß aus Gummi herstellten?

Wie viel Zentner dieser Wische wird doch der Wirt für meinen Frühschoppen fordern? Die Makulatur ist ja so billig, und mit der Konkurrenz dieses neuen Geldes wird die Überproduktion an Makulatur noch größeren Umfang annehmen.

Mein Gott, es ist ja zum Lachen, ich habe überhaupt noch nie so viel gelacht, wie heute beim Anblick dieses Freigeldes.

Ja, wie soll sich da überhaupt ein Verhältnis zwischen Geld und Ware herausstellen, wenn das Geld überhaupt keine körperlichen Eigenschaften hat? Zwar behaupten wir ja dasselbe vom Wert, der Grundlage des Metallgeldes, aber das ist ja eben einer dieser interessanten Widersprüche, die dem Metallgeld so viel Reiz, so viel Anziehungskraft verleihen. Aber was könnte uns an diesem Fidibus reizen? Größe, Gewicht, Geschmack, Geruch, Farbe – nichts ist da. Wo sind denn hier Beziehungen zu den Waren? Wenn wir auch beim Werte absehen müssen von allen chemischen oder physikalischen Eigenschaften, und wenn wir also eigentlich beim Gelde *auch* ganz vom Werte absehen müssen, so muß doch etwas Greifbares am Gelde verbleiben, um die Waren damit zu vergleichen.

Zwar lese ich hier auf der Rückseite. Der „Preis“ dieses Geldes wird durch Nachfrage und Angebot bestimmt. Der Preis des Geldes! Hat man jemals solch sinnloses Geschwätz gehört! Und dann diese Phrase: Nachfrage und Angebot werden den

Preis dieses Geldes bestimmen! Man glaubt wahrhaftig, Schulbuben hätten hier ihre volkswirtschaftlichen Kenntnisse zum besten gegeben. Nachfrage und Angebot bestimmen bei Marktweibern den Preis des Gemüses, aber beim Gelde handelt es sich um den Wert, nicht um den Preis. Was ist denn überhaupt Nachfrage nach Geld? Natürlich die Bettelei der Krüppel, die Schulden des Staates! Denn andere Nachfrage nach Geld kenne ich nicht. Und diese Nachfrage zusammen mit dem Angebot, das ist nun hier natürlich die Produktionsfähigkeit der Druckerpresse, die soll uns den Preis des Geldes angeben! Was ist denn Preis des Geldes? Unsinn! Nichts als Unsinn! In keinem meiner Bücher habe ich gelehrt, daß Nachfrage und Angebot den Preis des Geldes bestimmen, und so stillschweigend, als ob sie gar nicht existierten, geht diese Geldreform über meine Bücher hinweg. Warum hat man meine Bücher über den „Wert“ nicht zu Rate gezogen, ehe man diese Inschrift redigierte. Deutschland, du blamierst dich ja vor der ganzen Welt!

Aber was ist das? Da hört doch die Weltgeschichte auf! Nicht zufrieden damit, daß dies Freigeld unsere ganze Wissenschaft verhöhnt, indem es den Wert und die Wertlehre ignoriert, nicht zufrieden damit, daß es sich selbst als Geld proklamiert, in Widerspruch mit Theorie und Praxis des bisherigen Papiergeldes, nicht zufrieden damit, daß es dem Staate keine Einlöschungspflicht auferlegt und die alte Marktweiberphrase, wonach Nachfrage und Angebot den Preis bestimmen, auf die deutsche Währung übertragen will, – greift es jetzt auch noch direkt unseren obersten Grund- und Leitsatz an, nämlich, daß das Geld auch Wertbewahrer [Werttransportmittel, Wertspeicher, Wertkonserve. Diese und andere ebenso tolle Ausdrücke findet man heute noch oft in rückständigen Schriften.] sein soll. Man soll diese Papierwische nicht länger als nötig behalten, darum sollen sie täglich im Kurs einbüßen. So lese ich hier. Da hört doch wirklich alles auf! O! die Herrlichkeit wird nicht lange dauern, solche Behandlung läßt sich das Volk doch nicht gefallen. Wie soll man Jetzt noch sparen können, wenn das Geld kein „Wertbewahrer“ mehr ist? Und wohinauf wird der Zins steigen, wenn niemand mehr spart? Das schlägt doch dem Faß den Boden aus. Das Freigeld wird man bald satt haben; man wird das solide Geld mit innerem Werte, den Wertbewahrer zurückfordern. Man wird, sowie der Reiz der Neuheit verschwunden sein wird, sich der kolossalen Vorteile des Metallgeldes als „Wertkonserve“ erinnern und dieses Geld zurückfordern. Wie schön war doch dieser Wertspeicher! Einen ungeheuren „Wert“ konnte man so, jahraus, jahrein in einem vergrabenen Topf aufbewahren und kein Atom ging dabei verloren. Welche Beruhigung bot doch der 100-Millionen-Kriegsschatz in Spandau! Da lag er, immer bereit, uns seinen „Wert“ für die Kriegsführung zu übergeben, denn man darf nie vergessen: *Geld* gehört zum Kriegführen! Leider wußte man diesen kolossalen Vorteil der Wertbewahrung durch das Metall-

geld nicht allgemein genug zu schätzen; ich wette, mit dieser Eigenschaft des Metallgeldes hätte man, wenn sie nach allen Regeln unserer Wissenschaft ausgebeutet worden wäre, die ganze soziale Frage lösen können. Bot doch diese Eigenschaft die Möglichkeit, alle, ohne Ausnahme *alle* Bürger in Rentner zu verwandeln und die Arbeit ganz überflüssig zu machen. – Na endlich, da kommt der Wilhelm, den ich eben nach Bier schickte. Aber das Bier?

„Ich bin in 10 Wirtschaften gewesen. Niemand wollte das Goldstück annehmen; ich müßte zum Goldschmied gehen, sagten sie, und es dort gegen echtes Geld, echtes Papiergeld, verkaufen. Sie könnten nur das neue Geld noch gebrauchen, und der Termin für den Umtausch an den Staatskassen wäre verstrichen. Der Juwelier aber wollte mir für das Goldstück nur 15 Mark geben, nämlich 16 Mark für das Gold, und 1 Mark Tiegelgeld, denn, so sagte er, er wüßte nicht, ob das Goldstück den vollen Goldgehalt habe, der Staat habe das Ausprägen von Gold freigegeben und es würden jetzt Goldstücke mit sehr verschiedenem Goldgehalt angeboten. Also wisse er nicht, wie viel Gold darin enthalten sei und er würde es zuerst untersuchen. Morgen könne ich Bescheid holen kommen. So bin ich jetzt gekommen, um zu fragen, ob ich dem Goldschmied das 20-Mark-Stück für 15 Mark verkaufen soll?“

Was, du fragst mich, ob du für mein gutes 20-Mark-Stück 15 Mark in Makulatur annehmen sollst? Du bist wohl auch toll geworden? Nein, da warten wir, bis wir für das Goldstück 15 Tonnen Freigeld-Makulatur erhalten. Vorläufig aber, bitte, hole mir schnell das Bier, ich habe gewaltigen Durst.

„Gut, ich gehe gleich, aber, bitte, Geld!“ ja so, Geld! Aber ich bin doch kein Dummkopf, der Freigeld annimmt, ich habe nur gutes, echtes Geld, keinen Schwindel. Mein Gott, was mache ich da, wo bekomme ich denn jetzt schnell etwas Makulatur, um diese Bierwirte zu bezahlen, um meinen Durst zu löschen! Ich werde doch meinem Durste zuliebe meinen Theorien, Lehr- und Grundsätzen nicht untreu werden! Wilhelm! suche mal im Papierkorb, dort findest du vielleicht Makulatur für ein Glas Bier!

„Sie spaßen, der Wirt will Geld, *echtes deutsches Papiergeld*, kein Gold, keinen Nürnberger Tand. Sie müssen mir Geld geben, sonst bekomme ich kein Bier! Und Geld, echtes Papiergeld findet man nicht auf der Straße und noch weniger im Papierkorb.“

Die Sache wird wirklich mehr trocken als spaßig und ich muß mich ernstlich nach Geld umsehen, wenn ich nicht hier neben meinem Goldschatz, neben meinem treuen Wertspeicher verdursten soll. Ich glaubte, das Gold wäre als Wertspeicher ein Generalwarenspeicher und jetzt sehe ich, daß mein Wertspeicher nicht einmal das Allernotwendigste, nicht einmal Bier enthält! Aber wie verschaffe ich mir nun dieses Papiergeld? Der Staat allein fabriziert es und er erklärt, nicht mehr zu fabri-



zieren als nötig ist, um die Nachfrage zu decken. So lese ich hier.

Die Nachfrage nach Geld? Ich gestehe, ich fasse den Inhalt dieses Wortes nicht. Früher ja, da war Nachfrage nach Geld einfach Nachfrage nach Gold für Industriezwecke. Aber Nachfrage nach Papiergeld? Ich muß doch mal einen Blick in dieses Heftchen da „Die Theorie des Freigeldes“ werfen. Ich weiß ja im voraus, daß es nur Unsinn enthalten kann, aber was tut man nicht alles, wenn man durstig ist?

### ***XIX. Der Lohntheoretiker.***

Seitdem die Eisenbahn, die Dampfschiffahrt und die Freizügigkeit den Arbeitern weite Strecken des fruchtbarsten Bodens in Amerika, Asien, Afrika, Australien zur freien Verfügung gestellt haben, seitdem auch unter dem Schutze der Handelsgesetze und im Verein mit der größeren Gesittung und Bildung der Personalkredit sich entwickelte und das Kapital dem Arbeiter zugänglich geworden ist – fehlen die wichtigsten Voraussetzungen für das Walten des Gesetzes des ehernen Lohnes.

Der Arbeiter braucht sich dem Grundbesitzer nicht mehr auf Gnade oder Ungnade zu ergeben; er kann die Sklavenketten zerreißen, den vaterländischen Schmutz von seinen Schuhen abschütteln. Das Landmonopol ist gebrochen. Millionen von Arbeitern haben sich durch die Auswanderung frei gemacht, und mit den Zurückbleibenden muß der Grundbesitzer verhandeln wie mit freien Männern. Denn die Möglichkeit der Auswanderung macht sie alle tatsächlich frei.

Die Not der Grundrentner, die sogen. Not der Landwirtschaft ist hauptsächlich durch die Freizügigkeit bedingt; sie läßt sich nur durch die Wiederherstellung der Leibeigenschaft heben.

Ich mußte das Gesetz des ehernen Lohnes aufgeben; die Tatsachen sprachen zu sehr gegen mich. Moleschott und Liebig berechneten, daß die zur Aufzucht und Fortpflanzung eines zwölf Stunden arbeitenden Menschen nötigen Stickstoffmengen und Kohlehydrate in  $\frac{1}{2}$  Liter Fischtran und 4 kg Saubohnen enthalten sind. Diese Stoffe kosten aber zusammen nur 17 Pfennig. Dazu noch 3 Pfennig für Kartoffelschalen, Kleidung, Wohnung und religiöse Bedürfnisse, das macht im ganzen 20 Pfennig. Über diese eherne Grenze dürfte also der Lohn nicht gehen. Trotzdem ist der Lohn darüber hinausgestiegen, folglich ist es nichts mit dem Gesetze des ehernen Lohnes.

Nun suchte ich mir dadurch aus der Verlegenheit zu helfen, daß ich sagte: Das nach dem *Stande der Kultur* des Arbeiters zu seinem Leben und zur Fortpflanzung nötige Minimum (Kultur-Existenzminimum) sei der eherne Lohn. Aber diese Phrase klang doch allzu hohl und ich kam damit nicht weit. Denn wie kam denn der mit Saubohnen gefütterte Arbeiter überhaupt zu einer Kultur? Wie konnte der Schlingel aus dem Stalle

ausbrechen? An Wächtern fehlte es doch nicht. Übrigens, was ist Kultur, was ist das Existenzminimum? Fischtran und Saubohnen bilden das Festgericht der Weber im Eulengebirge am Weihnachtsabend. Mit solchen elastischen Begriffen kann die Wissenschaft nichts anfangen. Nach den Ansichten vieler (Anachoreten, Kyniker usw.) ist die Bedürfnislosigkeit ein Zeichen höchster Kultur, und somit müßte der dem Wechsel der Kultur sich anpassende „eherne Lohn“ mit steigender Kultur, mit steigender Bedürfnislosigkeit herabgehen. Sind denn die Weber im Eulengebirge weniger kultiviert als die Mastbürger, die den Tag mit „Frühschoppen“ beginnen und fetten Schweinen ähnlicher sind als menschlichen Wesen? Außerdem stimmt es nicht, daß der Lohn einfach mit der Anzahl der Schoppen, mit der Qualität des Tabaks steigt. Danach müßte ja der Unternehmer den Lohn nicht nach den Leistungen, sondern nach dem Bauchumfang bemessen!

Der Handelsminister Möller gab im Landtage folgende Durchschnittslohnsätze an, die die Bergarbeiter im Ruhrgebiet bezogen:

1900:	Mk.	4,80
1901:	"	4,07
1902:	"	3,92
1903:	"	3,88
1904:	"	3,91

Die Löhne waren also im Zeitraum von 3 Jahren um 25% gefallen! War nun der Kulturzustand der Arbeiter in so kurzer Zeit auch um 25% gefallen? [Wir nehmen hier an, daß der Reallohn die Schwankungen des Geldlohnes mitgemacht hat. Anderenfalls müßte man ja die sogen. „deutsche Reichswährung“ bankrott erklären.] Oder sind vielleicht die Arbeiter der Barbarei der „Abstinenz“ verfallen? Die Abstinenter kommen ja mit weniger Geld aus, und das wäre ja ein vortrefflicher Grund, um das Lohnminimum auf den niedrigeren Kulturzustand der Abstinenz zu minimisieren. Aber dann fragt es sich, warum die Machthaber so wenig Interesse für die Bestrebungen der Abstinenter zeigen? Könnte man mit Hilfe der Abstinenz und zu Gunsten des arbeitslosen Einkommens den Lohn herabsetzen, wie schnell würde da die Herstellung und der Handel mit alkoholischen Getränken verboten werden! Aber die Machthaber wissen es besser. Hütet euch vor den Abstinentern! Ohne Alkohol läßt sich kein Volk „regieren“.

Kurz, es ist nichts mit dem Kultur-Existenzminimum, nichts mit dem Gesetze des ehernen Lohnes. Die Lohnbewegungen vollziehen sich ohne Rücksicht auf den Kulturzustand. Dieselbe Lohnerhöhung, die die Arbeiter heute „erkämpft“ zu haben glauben, verlieren sie morgen wieder, wenn die Konjunkturen ungünstig sind. Bessern sich die Marktverhältnisse, dann fällt ihnen dagegen die Lohnerhöhung ohne Kampf, ja sogar ohne Forderung von selber zu, wie dem Bauer der erhöhte Weizenpreis ohne Kampf zufällt, sowie aus Amerika böse Ernteaussichten eintreffen.

Lohn! Was ist der Lohn? Lohn, das ist der Preis, den der Käufer (Unternehmer, Kaufmann, Fabrikant) für die ihm vom Produzenten (Arbeiter) gelieferten Produkte zahlt. Dieser Preis richtet sich, wie der Preis aller Waren, nach dem erwarteten Verkaufspreis der Produkte. Verkaufspreis minus Grundrente und Kapitalzins, das ist der sogenannte Lohn. *Das Lohngesetz ist darum* in dem Grundrenten – und Kapitalzinsgesetz bereits enthalten. Produkt minus Rente und Zins = Lohn. Ein besonderes „Lohngesetz“ gibt es also nicht. Das Wort „Lohn“ ist in der Volkswirtschaft überflüssig, denn Lohn und Preis ist eins. Wenn ich weiß, wie der Preis der Ware zustande kommt, so weiß ich auch, was der Arbeiter für seine Produkte erhält.

Im letzten Kapitel „Die Zinstheorie“ werde ich zeigen, wie es übrigens auch schon allgemeiner anerkannt wird, daß die Besitzer der Produktionsmittel (Fabrikanten) einfach Pfandleiher sind.

Und zu dieser Erkenntnis hat mir das Freigeld verholfen. Das Freigeld befreite mich zunächst von allen Werthalluzinationen, indem ja die Existenz dieses Freigeldes eine lebendige und praktische Widerlegung sämtlicher Werttheorien und des Wertglaubens überhaupt darstellt. Nach dem Wertglauben kam die Reihe an den für volkswirtschaftliche Untersuchungen gänzlich unbrauchbaren Begriff „Arbeit“. Denn was ist Arbeit? Die Arbeit kann man nicht an den Armbewegungen, an der Müdigkeit ermessen, sondern nur an dem Produkt. James Watt arbeitet jetzt im Grabe noch mehr als sämtliche Pferde der Welt. Nicht auf die Arbeit, sondern auf das *Produkt* kommt es an; dieses wird gekauft und bezahlt. Wie das ja bei der sogenannten Akkordarbeit klar zutage tritt. Und im Grunde ist alles Akkordarbeit.

Produkte kaufen heißt aber Produkte tauschen, die ganze Volkswirtschaft löst sich so in einzelne Tauschgeschäfte auf, und alle meine Begriffe „der Lohn“, „der Wert“, „die Arbeit“ enthüllen sich als vollkommen zwecklose Umschreibungen der beiden Begriffe „Produkt“ und „Tausch“.

## **XX. Der Bankier.**

Immer wieder werde ich gefragt, wie es denn nun eigentlich mit dem Außenhandel wird, wenn wir zur Papierwährung übergehen. Es ist erstaunlich, in welcher krasser Unwissenheit das Volk in dieser Beziehung geblieben ist. Dabei handelt es sich doch um einfache, übersichtliche Vorgänge.

Sehen Sie dort die Zitronen im Laden der Grünkramhändlerin? Sie kommen aus Malaga. Und die Kisten, die dort dem Bahnhof zugerollt werden, kommen von der Finsterburger Sonnenschirm AG und gehen nach Sevilla. Können nun diese beiden Geschäfte mit Papiergeld, deutschem und spanischem Papiergeld unter Ausschluß von Gold, abgewickelt werden?

Wäre der Händler, der die Zitronen aus Spanien *einführt*, derselbe, der auch die Sonnenschirme nach Spanien ausführt, so würde jedermann sofort einsehen, daß die Abwicklung der beiden Geschäfte durch das Papiergeld nicht gestört wird. Der Mann würde in Sevilla die Sonnenschirme gegen *spanisches Papiergeld* verkaufen, und mit demselben Papiergeld in Malaga Zitronen kaufen und bezahlen. Dann würde er die Zitronen nach Hamburg schicken, sie dort gegen *deutsches Papiergeld* verkaufen und mit dem Erlös die Sonnenschirme bezahlen. Er würde also die *spanische Ware mit deutscher Ware bezahlen*. Und dieses Geschäft würde er unendlich oft wiederholen, ohne daß ihm der Umstand, daß das spanische Papiergeld in Deutschland nichts nützt, bei seiner Geschäften irgendwelche Verlegenheit bereiten könnte. Das spanische Papiergeld, das er für die Sonnenschirme bekommt, gibt er in Spanien für Zitronen aus, und das deutsche Papiergeld, das er für die Zitronen erhält, benutzt er zum Ankauf der Sonnenschirme. Sein Kapital wechselt ständig; heute besteht es aus Zitronen, morgen aus Mark d. R.-W., dann wieder aus Sonnenschirmen und aus Pesetas spanischer Währung. Dem Kaufmann kommt es ganz allein auf den Profit an, auf das, was der ständige Substanzwechsel des Kapitals in Überschuß abwirft. Und dafür, daß ein Profit aller Regel nach übrigbleibt, sorgt nicht die Währung, sondern die Gesetze des Wettbewerbs.

Aber Einfuhr und Ausfuhr liegen nur Ausnahmsweise in einer Hand vereint. In der Regel herrscht auch hier die Arbeitsteilung, und diese macht hier für die Abwicklung der Zahlung eine besondere Handlung nötig. Aber auch dann steht das Papiergeld den Kaufleuten nicht im Wege. Die Dinge wickeln sich dann wie folgt ab: die am gleichen Orte wohnenden Einfuhr- und Ausfuhrhändler treffen sich auf der Börse. Dort verkauft der Sonnenschirmexporteur dem Zitronenimporteur die Forderung, die er in Gestalt eines Wechsels auf Sevilla hat, gegen deutsches Geld. Zu welchem Preise das geschieht (Wechselkurs, Valutaschwankungen), werden wir gleich sehen. Diesen in Pesetas spanischer Währung ausgestellten Wechsel schickt der Zitronenimporteur nach Málaga in Zahlung für die erhaltenen Zitronen.

Dieser Wechsel lautet:

30 Tage nach Sicht zahlen Sie an die Order der Hamburger Zitronen Zentrale die Summe von 1000 Pesetas, Wert meiner Sonnenschirmrechnung vom 1. August.

Finsterburger Sonnenschirm AG.

An Herrn

*Manuel Sanchez* in Sevilla.

Der Verkauf des Wechsels von Seiten des Sonnenschirmexporteurs an die Zitronenzentrale ist durch die Ausstellung an Order der Zitronenzentrale im Text des Wechsels bereits beglaubigt. Der weitere Verkauf des Wechsels an das Zitronenexporthaus in Málaga wird auf der Rückseite des Wechsels vermerkt. Dort steht: Für uns an die Order der Herren Cervantes y Saavedra in Málaga.

Hamburger Zitronenzentrale.

Von Málaga wird der Wechsel durch ein Bankhaus nach Sevilla geschickt und dort dem Sonnenschirmhändler Herrn Manuel Sanchez vorgezeigt.

Damit ist das Sonnenschirm- und Zitronengeschäft nach allen vier Seiten erledigt. Der Sonnenschirmexporteur in Hamburg und der Zitronenexporteur in Malaga haben ihr Geld erhalten, der Zitronenimporteur in Hamburg und der Sonnenschirmimporteur in Sevilla haben ihre Rechnungen bezahlt. Und es war dabei doch nur deutsches und spanisches Papiergeld beteiligt. Trotzdem an dieser Ein- und Ausfuhr vier Personen beteiligt waren, wurde Ware mit Ware, deutsche Ware mit spanischer Ware bezahlt.

Ähnlich verlaufen die Dinge übrigens auch, wenn die Wechsel, statt im direkten Verkehr zwischen den Einfuhr- und Ausfuhrhäusern zu bleiben, den Banken übergeben werden, was in der Regel dann geschieht, wenn die Ein- und Ausfuhrhändler verschiedene Orte bewohnen. Doch würde es zu weit führen, diese Geschäftsabwicklung hier ebenfalls zu erklären. Wesentliche Unterschiede sind nicht da.

Aber eine wichtige Frage ist noch hier zu beantworten: wie kommt der Kurs der Pesetawechsel in Hamburg zustande, d. h., welchen Preis zahlte der Zitronenimporteur in Hamburg in deutschem Gelde für den auf eine fremde Währung lautenden Wechsel?

Auch diese Frage wollen wir beantworten. Der Preis der Wechsel wird wie der Preis der Zitronen und Kartoffeln ausnahmslos durch Nachfrage und Angebot bestimmt. Viele Kartoffeln, viele Wechsel, billige Preise für Kartoffeln und Wechsel. Viele spanische Pesetawechsel werden aber in Deutschland angeboten, wenn viele deutsche Waren nach Spanien ausgeführt werden und wenig Pesetawechsel werden in Hamburg nachgefragt, wenn aus Spanien wenig Waren nachgefragt, wenn aus Spanien wenig Waren eingeführt werden. Dann fällt der Kurs der Peseta, wie er auch wieder steigt, wenn das Umgekehrte eintritt.

Solange in der Ein- und Ausfuhr keine Änderung eintritt, halten sich auch Nachfrage und Angebot von Wechseln die Wage. Die Änderung tritt aber sofort ein, sobald aus irgend einem Grunde die Preise in Spanien (um bei dem Beispiel zu bleiben) oder in Deutschland ihren allgemeinen Stand verlassen. Steigen z. B. in Spanien die Warenpreise, weil man dort verhältnismäßig mehr Papiergeld ausgegeben hat als in Deutschland, so werden durch dieselben hohen Preise ausländische Waren mehr als gewöhnlich angelockt, während zugleich die Ausfuhr spanischer Ware wegen derselben hohen Preise sich als weniger oder überhaupt nicht lohnend erweist. Dann wächst die Einfuhr in Spanien, dann geht die Ausfuhr zurück. Dann wird das Angebot von Pesetawechseln in Hamburg groß, dann wird die

Nachfrage nach Pesetawechseln klein. *Und Angebot und Nachfrage bestimmen den Marktpreis der Peseta.* Dann bezahlt man für die Peseta in Hamburg statt 0,80 nur 0,75, 0,70 und weniger. Dann erhält der Sonnenschirmexporteur für den auf Sevilla gezogenen Wechsel in deutschem Papiergeld nicht mehr dieselbe Summe wie früher, sondern weniger und was er dann an den hohen Preisen, die er in Sevilla für die Sonnenschirme erzielte, mehr als gewöhnlich verdient zu haben glaubte, *das setzt er am sinkenden Pesetakurs beim Verkauf des Wechsels wieder zu.* Umgekehrt wird die Zitronenzentrale das, was sie in Málaga an den hohen Preisen für Zitronen mehr bezahlt hatte, jetzt beim Kauf der Pesetawechsel in Hamburg wieder zurückgewinnen.

Dieses Spiel setzt sich solange fort, bis daß die durch die spanische Papiergeldpolitik hochgetriebenen Warenpreise durch einen entsprechenden Rückgang der Pesetakurse ihren Ausgleich gefunden und damit ihren Anreiz zu erhöhter Einfuhr und verminderter Ausfuhr wieder verlieren. *Das Gleichgewicht zwischen Einfuhr und Ausfuhr stellt sich also durch die Schwankungen des Wechselkurses automatisch her, was so viel heißt, daß besondere Reserven zum Ausgleich einer Unterbilanz bei doppelseitiger Papierwährung nicht nötig sind, weil es zu solchen Unterbilanzen nicht kommen kann.*

Es erübrigt sich, zu sagen, daß, wenn in Deutschland die Preise hochgetrieben werden, während sie in Spanien auf gleicher Höhe bleiben, die Dinge genau umgekehrt verlaufen. Dann lohnt sich die Ausfuhr von Sonnenschirmen nicht, dagegen aber lohnt sich um so mehr die Einfuhr in Deutschland aus all den Ländern, mit denen Deutschland sonst auf dem Weltmarkt konkurriert. Dann werden in Deutschland wenig Auslandswechsel angeboten und viele nachgefragt; dann muß man für ausländische Wechsel erhöhte Preise (in Mark d. Papierwährung) zahlen. Dann stellt der erhöhte Kurs dieser Wechsel das Gleichgewicht in Ein- und Ausfuhr auch wieder automatisch her.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die hier (also unter der doppelseitigen Papierwährung) möglichen Schwankungen des Wechselkurses jede beliebige Höhe erreichen können, und daß solche Schwankungen die Kaufleute sehr ungleich begünstigen oder schädigen und dadurch das Risiko des Handels erhöhen. Aber liegt nicht in der Möglichkeit mittels der Geldpolitik willkürlich unbegrenzt große Kursschwankungen des Wechselkurses herbeizuführen auch schon die Anerkennung ausgedrückt, daß man mit der Papiergeldpolitik auch die Wechselkurse fest auf einem Punkt erhalten kann? Kann man das Gleichgewicht in Ein- und Ausfuhr durch die Geldpolitik stören, so muß es doch auch möglich sein, durch dieselbe Geldpolitik sogar die aus natürlichen Gründen (z. B. gute und schlechte Ernten) entstehen, den Schwankungen in der Ein- und Ausfuhr *auszugleichen.*

Es ist dazu ja weiter nichts nötig, als daß die einzelnen Länder eine in allen Dingen übereinstimmende Geldpolitik, Papiergeldpolitik betreiben. Wenn wir in Deutschland und die Spanier in ihrem Lande das Gleichgewicht der Warenpreise durch eine entsprechende Geldpolitik aufrecht erhalten, dann bleibt auch das Verhältnis der Einfuhr zur Ausfuhr bestehen, dann bleibt auch das Verhältnis der Nachfrage zum Angebot von Wechseln unverändert, dann bleibt der Wechselkurs fest. Es gehört also zur Lösung dieser Aufgabe nichts anderes als eine Verständigung zwischen den einzelnen Ländern und eine entsprechende Tat.

Das, was wir von der hier erwähnten Verwaltung des Geldes erwarten, stellte sich früher mit der internationalen Goldwährung bis zu einem gewissen Grade automatisch ein. War in einem Lande der Geldumlauf (Gold und Banknoten) groß und stiegen als Folge davon die Warenpreise über ihr natürliches, internationales Niveau, so geschah genau dasselbe, was jetzt in einem Lande mit Papiergeld geschieht, wenn der Geldumlauf erhöht wird (s. oben).

Die Wechsel, die auf das Land, in dem die Preise gestiegen waren, gezogen wurden, fielen im Kurs. War es z. B. Spanien, so ging der Pesetakurs in Hamburg von 80 auf 79 oder 78 zurück und fiel schließlich so weit, daß der *Verkäufer* solcher Goldpesetawechsel (das wäre, um bei dem Beispiel zu bleiben, der Sonnenschirmexporteur) seinem Geschäftsfreund in Sevilla schrieb: ich stoße beim Verkauf des auf Sie für die gelieferten Sonnenschirme gezogenen Wechsels auf Schwierigkeiten. Man bietet mir statt 80 nur 78 Pfennig für die Peseta an. Ich ziehe darum den Wechsel zurück und bitte Sie, mir den Betrag meiner Rechnung in dortigen Goldmünzen, gut in einem Beutel verpackt, hierher zu schicken.“ Unser Sonnenschirmexporteur hat nun allerdings die Kosten dieser Goldversendung zu zahlen. Diesen Ausweg wird er darum immer nur dann wählen, wenn der Kursverlust am Wechselverkauf die Kosten des Goldtransportes übersteigen. Die spanischen Goldmünzen bringt der Sonnenschirmexporteur auf die Reichsbank, die sie ihm kostenlos für ihn in Reichsmünzen umprägen läßt, oder sie gegen Banknoten zum festen Preise von 2790 Mark das Kilo Feingold umtauscht.

Was geschieht nun hier und in Spanien als Folge dieser Praxis? In Spanien hatte der Geldumlauf um den Betrag der Sevillaner Goldsendung abgenommen. War das Gold dem spanischen Zentralnoteninstitut entzogen worden, so mußte dieses nach dem Dritteldeckungsverfahren das dreifache der Goldsendung an Banknoten dem Verkehr entziehen. In Deutschland hatte umgekehrt der Geldumlauf um das dreifache der spanischen Goldsendung zugenommen. Die Wirkung war, daß die Warenpreise in Spanien sanken und in Deutschland stiegen. Das dauerte so lange, bis daß das Gleichgewicht wieder hergestellt war.

Wäre die allgemeine Preiserhöhung, die den Anstoß zu diesen Verschiebungen gegeben hatte, statt von Spanien von Deutschland ausgegangen, so würde der Zitronenimporteur in Hamburg (statt des Sonnenschirmexporteurs) einen ähnlichen Brief nach Málaga geschrieben haben, worin er ihm gesagt hätte, daß der hohe Pesetakurs in Hamburg ihn veranlaßte, an Stelle des üblichen Wechsels auf Sevilla deutsche Goldmünzen einzusenden. Er möge sich diese Münzen in spanisches Geld umgießen lassen.

Weil solche Goldsendungen nun tatsächlich oft vorkamen, glaubte man allgemein, *daß gewisse Goldreserven für diesen Zweck nötig waren. Das war eine falsche Ansicht.* Das Gleichgewicht hätte sich auch ohne diese Goldsendungen automatisch wieder hergestellt, und zwar als Folge der Hemmung (resp. Förderung), die die Einfuhr (resp. Ausfuhr) von Waren durch die Wechselkursdifferenzen erfuhr. Die Bedeutung der Goldsendungen und der diese speisenden Goldreserven lag auch gar nicht in der Goldsendung an sich, sondern in dem Einfluß, den diese Goldsendungen auf die Warenpreise ausübten. *Diese, nicht die Goldsendungen stellten das Gleichgewicht her. Hätte man überall dort, wo der Wechselkurs aufs Ausland stieg (wenn man also für Pesetawechsel erhöhte Markpreise zahlen mußte), den Geldumlauf durch Einzug von Banknoten gedrückt, so wäre auch gleich das Gleichgewicht in der Ausfuhr und Einfuhr wiederhergestellt worden, der Wechselkurs wäre auf pari zurückgegangen. Eine ganz einfache Handlung, bestehend in der Wechseldiskontverweigerung von Seiten des Zentralnoteninstituts, hätte Goldsendungen und die dafür bestimmten Goldreserven vollkommen überflüssig gemacht.*

*Eine Tat an Stelle eines toten Goldklumpens, wie denn überhaupt die Währung nicht als Stoff, sondern nur als Tat, als Verwaltungsprodukt begriffen werden kann.*

Aber das hatte man nie begriffene [Näheres in „Aktive Währungspolitik“] und wahrscheinlich begreift man es sogar heute noch nicht ganz.

Unter der Goldwährung konnten die Wechselkursschwankungen nie größer werden, als wie die Kosten des Goldtransportes betragen. Für einen Kulturzustand, unter dem man vom Staate überhaupt nichts Gutes, keine intelligente Arbeit erwarten kann, hat eine solche automatische Währungsregulierung Vorteile. Für unsere modernen Staaten wäre aber die Beibehaltung der Goldwährung aus solchem Grunde direkt als eine Beleidigung der Staatsbeamten zu betrachten.

Bei Maschinen zieht man wohl einen automatischen Regulator der Menschenhand vor. Aber in Währungsangelegenheiten wäre der Vergleich mit einem Maschinenbetrieb nicht angebracht. Außerdem geht die Währungsregulierung unter der Goldwährung nur in sehr beschränktem Sinne automatisch vor sich. Die Gold-



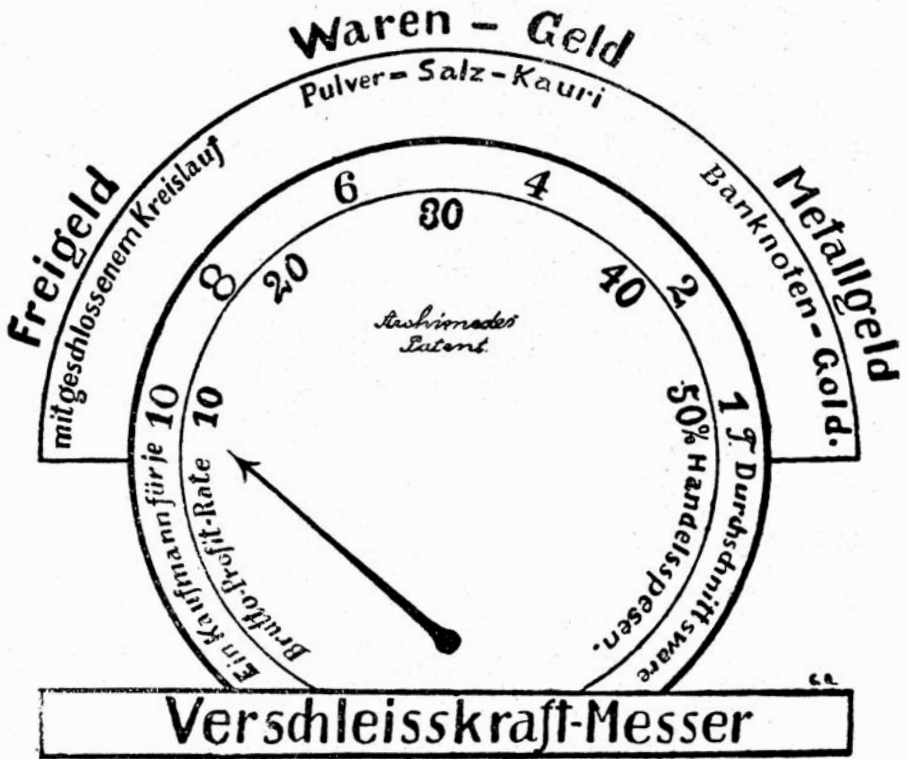
versendungen sind nicht Automatenarbeit. Das Gold muß gezählt, verpackt, verschickt, versichert, umgeprägt werden. Der Einzug einer entsprechenden Summe Geldes als Verwaltungsmaßregel der Notenbank hätte die gleiche Wirkung und würde weniger Arbeit und gar keine Kosten verursachen.

Auch ist zu beachten, daß die Wechselkursschwankungen zwischen weit entfernten Ländern bei normalem Zinsfuß bis zu 4% und darüber betragen können.

Die Kosten einer Goldsendung von Europa nach Australien betragen z. B. reichlich 2%. Sie setzen sich zusammen aus Zinsverlust während der Reise, Fracht, Versicherung gegen Seegefahr und Diebe, Verpackung, Kommissionen. Um diese 2% kann also der Wechselkurs zwischen Europa und Australien über pari steigen und unter pari fallen, so daß hier die Spannung 4% übersteigen kann! Das alles nennt sich aber Währung, Goldwährung!

Der Goldwährungsautomat beugt nicht vor, er tritt immer nur dann in Tätigkeit, wenn die Differenzen das Maximum, den sogenannten Goldpunkt (das sind obige Kosten) erreicht haben, d. h. mit dem Beginn der Goldausfuhr und -Einfuhr. Wenn der ganze Schaden, den die Wechselkursschwankungen überhaupt verrichten können, bereits verrichtet ist, dann erst setzt der Heilungsprozeß ein. Mit der Papierwährung dagegen, wenn alle Wachen und Horchposten der Geldverwaltung ihren Dienst gewissenhaft versehen, setzen die vorbeugenden Maßregeln sofort ein, sobald die ersten Zeichen einer Bilanzstörung beobachtet werden, so daß die Kursschwankungen auf diese Zeichen beschränkt bleiben. Freilich könnte man bei der Goldwährung auch vorbeugen, und die Reichsbank behauptet sogar von sich, daß sie kein bloßer Automat sei, aber wo bleibt dann das Automatische der Goldwährung, wenn man ihr durch Taten nachhelfen muß?

Das, was ich hier sagte, bezog ich auf das gemeine, herkömmliche Papiergeld. *Für das Freigeld, wo alle Maßnahmen der Geldverwaltung, entsprechend ihrer Zwangsläufigkeit, unmittelbar wirksam sind, hat meine Behauptung, daß zur Erhaltung fester Wechsel- oder Valutakurse Reserven irgendwelcher Art überflüssig sind, absolute Geltung.*



Die Zahlen geben an, wie viele Kaufleute von normaler Verschleißkraft (Intelligenz, Bildung, Charakter, Kreditwürdigkeit, Waren- und Sprachkenntnisse, Verbindungen, Ausrüstung usw.), nötig sind, um eine bestimmte Warenmenge an den Mann zu bringen, je nach dem Tauschmittel (Geld), womit der Staat den Handel versorgt. Was der Geldart an merkamotorischer Kraft (Verschleißkraft) abgeht, muß Zahl oder Qualität der Kaufleute ersetzen. Das Geld spielt im Austausch unserer Produkte die gleiche Rolle, die das Brennmaterial in den Feueressen der Maschinerie spielt. 1 Tonne Steinkohle = 5 Tonnen Holz, und 10 Tonnen Torf. 1 Mark Freigeld = 5 Mark Kauri = 10 Mark Gold.

## II. Teil.

# Das Geld, wie es ist.



## Vorwort.

Das heutige Metallgeld ist seinem Wesen nach vollkommen dem Geld gleich, das schon im Altertum den Austausch der Waren vermittelte. Gräbt man aus dem Schutte Athens, Roms oder Carthagos Münzen aus, so hat man international gültiges, pari mit dem Gelde Europas oder Amerikas umlaufendes Geld in Händen. Sieht man ab von der etwaigen Verschiedenheit im Feingehalt der Münzen, so ist ein Kilo Münzen mit dem Stempel römischer Kaiser = einem Kilo Münzen mit dem Stempel deutscher Prägeanstalten. Alle Eigenschaften des Geldes, das Lykurg aus Sparta ächtete, haften in unveränderter Form unserem Gelde an, und vielleicht ist dieses Geld die einzige staatliche Einrichtung, die sich aus dem grauen Altertume unangetastet bis auf uns herübergerettet hat.

Diesem ehrwürdigen Alter unseres Geldes entspricht jedoch in keiner Weise unsere Kenntnis vom *Wesen* des Geldes. Wir wollen an dieser Stelle nicht darüber rechten, ob Lykurg wohl daran tat, als er, in der Erkenntnis, daß das aus Edelmetall hergestellte Geld das Volk in arm und reich trennt und durch solche Zersetzung die Volkskraft bricht, nun das Kind mit dem Bade ausgoß. Aber tiefer als Lykurg ist man auch heute nicht in das Wesen der dem Golde nachgesagten Übel eingedrungen. Immer noch begnügt man sich damit, mit Pythagoras auszurufen: Ehret Lykurg, er ächtete das Gold und Silber, die Ursache aller Verbrechen, immer nur fluchen wir: *Auri sacra fames*, immer nur seufzen wir verzweifelt mit Goethe: Am Golde hängt, nach Golde drängt doch alles – ach wir Armen!

Aber mit diesen Verwünschungen, mit diesem Betteln hat es sein Bewenden. Auf die Frage, was denn eigentlich am Gold verkehrt ist, warum das Gold der Menschheit zum Fluch wird – sind alle still. Sogar die Gelehrten vom Fach werden durch diese Frage so sehr in Verlegenheit gebracht, daß sie es vorziehen, Lykurg und Phytagoras einfach zu verleugnen und die dem Gold nachgesagten Übel auf ungenaue Beobachtung zurückzuführen. So wird der spartanische Moses zum Währungspfuscher und der große Mathematiker zum moralischen Schwärmer gestempelt.

Dieses Versagen der Wissenschaft ist jedoch weniger eine Folge mangelnder Erkenntniskraft des menschlichen Geistes, als ein Produkt der äußeren Verhältnisse, die hier mitspielen und die der wissenschaftlichen Durcharbeitung der Geldtheorie nicht günstig sind.

Zunächst ist es der Gegenstand selber, der die meisten von vornherein abstößt. Es gibt interessantere Studienobjekte als

das Geld, besonders für hochfliegende Geister und vornehme Naturen. Religion, Biologie, Astronomie usw., alles das ist unendlich viel an- und emporziehender als das Studium des Geldes. Nur ein nüchterner Rechenkünstler wird sich zu diesem Pariakind der Wissenschaft hingezogen fühlen, und so ist es verständlich und es gereicht der Menschennatur eigentlich zur Ehre, daß man die Forscher immer noch an den Fingern zählen kann, die tiefer in diesen schwarzen Kontinent gedrungen sind.

Hierzu kommt, daß die unglückliche Art der bisherigen wissenschaftlichen Behandlung des Geldwesens und die Verquickung dieser Behandlung mit dem nun endlich aussterbenden Wertglauben, die natürliche Abneigung gegen diesen Zweig der Wissenschaft nur noch verstärkt haben. Die Währungsfrage ist geradezu verrufen als Typus abstruser Gelehrsamkeit, wobei noch zu bemerken ist, daß die Bedeutung, die der Gegenstand für die Entwicklung der Menschheit hat durch die Währungsliteratur in der öffentlichen Meinung stark herabgesetzt wurde. (Die heute begrabene bimetallistische Literatur macht hier eine lobenswerte Ausnahme.) Für die große Mehrheit des Volkes ist die Mark d. R.-W. heute tatsächlich nicht mehr als der  $\frac{1}{1375}$  Teil von einem Pfund Feingold, und für das Volk ist das Gold als Metall doch ein ziemlich bedeutungsloser Stoff. Diese Herabsetzung, die der Gegenstand der Währungsliteratur in der öffentlichen Meinung erfahren hat, hat aber wieder zur Folge, daß niemand die betreffenden Bücher kauft, und daß kein Verleger die Druckkosten dafür wagen will. So mag es sein, daß Vieles und Gutes über das Geldwesen geschrieben, aber nicht veröffentlicht wurde – weil sich kein Verleger dafür fand. Wieder ein Umstand, der die Forscher vom Geldwesen fernhält. Wer die Mittel nicht besitzt, um das Geschriebene auf eigene Kosten drucken zu lassen, der darf sich nicht mit dem Geldwesen befassen.

Freilich gibt es in letzterer Beziehung Ausnahmen. Unsere Hochschullehrer, deren Veröffentlichungen immer wenigstens von Studenten und staatlichen Bibliotheken gekauft werden, mögen für ihre Literatur auch willige Verleger finden, aber diesen für die Schule bestimmten Schriften steht der Satz im Wege, *daß Hadersachen von der Schule ferngehalten werden müssen*. So dürfen diese Schriften aus Rücksicht auf ihre Bestimmung niemals tiefer in das Wesen des Geldes eindringen. Vom hadrigen Kern der Frage prallt die Sonde der Schulwissenschaft immer zur Oberfläche zurück. Es steht hier mit dem Geld nicht anders, wie mit der Theorie der Grundrente, des Zinses, des Lohnes, und ein Hochschullehrer, der den politischen Kern all dieser Probleme nicht berücksichtigen wollte, würde seinen Hörsaal bald in einen „Campo de Agramonte“ verwandeln, wo alle blindlings auf Freund und Feind einschlagen. Nein, Hadersachen, Politik, die Lehre vom Lohn, von der Grundrente, vom Zins und vom Geld gehören wirklich nicht in die Hochschulen. Notwendigerweise muß aber darum auch

diese Wissenschaft in den Händen unserer Professoren verkümmern; das „ne plus ultra“ starrt dem Professor ja immer gleich nach den ersten Spatenstichen entgegen.

Zu diesen äußeren Schwierigkeiten tritt noch der Umstand, daß die Theorie dieses heiklen Stoffes Kenntnisse voraussetzt, die man eigentlich nur im praktischen Handel erwerben kann, und daß der Handel zumeist solche Naturen anzieht und fesselt, die theoretischen Untersuchungen abhold sind. Männer der Tat fordert der Handel, keine Theoretiker und Ideologen. Wie lange ist es übrigens her, daß der Handel zudem als anrühlich angesehen wurde (Merkur, Gott der Kaufleute und Diebe) und sich ihm vorzugsweise solche Elemente zuwandten, die auf den Schulen nicht mitkamen? Die intelligenten Söhne mußten „studieren“, der Rest war für den Handel bestimmt.

So ist also die Tatsache nicht so befremdlich, daß wir zu unserem 4000 Jahre alten Metallgeld, das sich durch 100 Generationen und durch die Hände von Milliarden und aber Milliarden Menschen gewälzt hat, heute in der Zeit des wissenschaftlichen Vorgehens auf allen Gebieten noch keine stichhaltige Theorie haben und daß noch überall in der Welt die Routine die Richtlinien für die öffentliche Behandlung des Geldes ziehen muß.

Dieser Mangel an einer stichhaltigen Geldtheorie ist aber der Grund, warum wir bis heute auch für die *Zinerscheinung* keine genügende Erklärung zu geben vermochten. Sonderbar, wir bezahlen und erheben seit 4000 Jahren Kapitalzins in ungezählten Milliarden, ohne daß die Wissenschaft die Frage zu beantworten vermöchte, „*woher und warum der Kapitalist den Zins erhält*“ [v. Boehm-Bawerk, *Geschichte und Kritik der Kapitalzinstheorien*].

Zwar an Versuchen hat es nicht gefehlt. Dafür sorgte schon der Gegenstand selbst, der den Charakter eines allgemeinen Störenfrieds ganz öffentlich zur Schau trägt und der darum auch ganz anders als das Geld das öffentliche und wissenschaftliche Interesse auf sich zog. Jeder namhafte Volkswirt hat sich mit dem Zinsproblem befaßt, namentlich die Sozialisten, deren ganzes Streben im Grunde nur gegen den Zins gerichtet ist.

Aber wie viele sich auch redlich abgemüht haben, die Frage nach der Natur des Zinses blieb unbeantwortet.

Der Grund dieses Fehlschlagens liegt nicht in der Schwierigkeit des Stoffes, sondern einfach darin, daß der Kapitalzins (der Zins der Darlehen sowohl wie der Zinsertrag der Realkapitalien) eine Kreatur oder Nebenprodukt des herkömmlichen Geldes ist und darum auch nur mit Hilfe der Geldtheorie wissenschaftlich erklärt werden kann. Wie uns Zins und Geld äußerlich schon als unzertrennliche Freunde begegnen, so innig vereint sind sie auch seelisch, d. h., in der Theorie. *Ohne Geldtheorie ist es unmöglich, den Zins zu er-*

*klären*. Die Lehre vom Zins kann nur von der Lehre vom Geld abgeleitet werden.

Die Zinsforscher haben aber (aus den schon erwähnten Gründen) regelmäßig das Studium des Geldes vernachlässigt. *Marx* z. B. hat der Theorie des Geldes keine 5 Minuten Überlegung gewidmet, dafür zeugen seine 3 dicken Bände, die sich mit dem Zins (Kapital) befassen. *Proudhon* dagegen, der das Geld weniger mißachtete, ist auch der Lösung des Zinsproblems am nächsten gekommen.

In nachfolgender Untersuchung, die durch Zufall angeregt und durch glückliche äußere Verhältnisse geleitet und gefördert wurde, biete ich nun der Wissenschaft, dem Handel und der Politik die so lange gesuchte Theorie des Geldes und des Zinses.

Es war Haderstoff, was ich untersuchte. Konnte ich wissen und vermeiden, daß das, was ich finden sollte, ein revolutionärer Brander sein würde?

Les Hauts Geneveys, 1911.

Canton Neuchâtel.

*Silvio Gesell.*



## Die Unterscheidung zwischen Geld und Geldstoff.

Wenn die Inschriften der Münzen den Zweck haben, uns über das Wesen des Geldes zu unterrichten, so hat man sich diese Arbeit leicht gemacht. Diese Inschriften lauten „10 Mark“ oder 10 Francs, 10 Rubel, und wer aus diesen Worten das Wesen des Geldes nicht zu erkennen vermag, dem werden die Randbemerkungen der Münzen: Mit Gott, oder Egalité, Liberté et Fraternité usw. wenig Aufklärung bringen.

Vergleicht man die Inschrift der heutigen deutschen Münzen mit derjenigen der alten preußischen Taler, so fällt auf, daß die Angabe des Gewichtes an Feinmetall, die die Taler tragen, weggelassen worden ist. Warum? Mit der Streichung dieser Gewichtsangabe hat man doch einen Zweck verfolgen müssen, und dies muß man um so sicherer annehmen, als die Gewichtsangabe in vielen Fällen von wirklichem Nutzen sein kann [Die Gewichtsangabe macht aus jeder Münze ein geeichtes Wägestück, womit jeder die Gewichte der Krämer nachprüfen kann. Außerdem läßt sich durch die Gewichtsangabe der genaue Inhalt eines Geldbeutels durch einfaches Wägen feststellen, sowie auch umgekehrt das Gewicht jeder Geldsumme von jedermann sofort berechnet werden kann.].

Es ist allerdings wahr, daß die Angabe des Gewichtes in der Fassung, wie sie der preußische Taler trug, zu vielen Fragen Anlaß geben konnte, die auf Grund der heute noch vorherrschenden Geldtheorien nicht beantwortet werden können, und daß durch Streichung der Gewichtsangaben in den neuen Münzen man die Gefahr umgangen hat, sich in Widersprüche zu verwickeln.

Wenn „XXX ein Pfund Fein“ [Inschrift der preußischen Taler.], dann ist auch ein Pfund Fein gleich XXX, und der Begriff „Taler“ wird durch solche Inschrift zu einer einfachen, für das Silber vorbehaltenen Gewichtseinheit, wie man ja noch heute in England für gewisse Waren besondere Gewichtseinheiten hat. (Diamanten z. B. wägt man nach Karat. In Neuchâtel enthält eine „Mesure“ Äpfel oder Kartoffeln 20 Liter, eine „Mesure“ Korn aber nur 16 Liter.)

Wenn aber ein Pfund Fein gleich 30 Taler ist, wenn eine Münze mit einem bestimmten Gewicht Silber identisch ist (laut Inschrift und Theorie der Taler), wie kann man dann das Silber entmünzen, wie kann man den 30. Teil von einem Pfund Feinsilber überhaupt vom Taler trennen? Wie kann man aus *einem*

Begriffe zwei machen, Taler und Silber? Vor dem Jahre 1872 waren XXX ein Pfund Fein und nach dieser Zeit nicht mehr. Wenn das letztere möglich ist (und es ist Tatsache), dann ist das Erstere *nie wahr gewesen* und die Inschrift des Talers spiegelte uns etwas als einen Begriff vor, was von jeher zwei Begriffe waren – der Taler und sein Material. Der Taler wog den 30. Teil von einem Pfund Feinsilber, das war alles. Man verbrauchte bei der Herstellung der Taler ein Pfund Silber für je 30 Taler, wie man bei der Herstellung eines Hufeisens ein Kilo Kohle verbraucht. Der Taler war nicht ein Quantum Silber, ebensowenig wie ein Haus mit einem Haufen Ziegelsteine identisch ist, oder wie man ein paar Schuhe als einen Meter Leder betrachten kann. Der Taler war ein vom Silber völlig verschiedenes Produkt, *ein Fabrikat der königlichen Münze*. Und er war das – trotz seiner Inschrift sowohl vor wie nach der deutschen Münzreform.

Die Inschrift des Talers machte aus ihm und seinem Material *einen* Begriff, die Entmünzung des Silbers zeigte uns, daß im Taler zwei Begriffe enthalten waren. Die Aufhebung des freien Prägerechtes für das Silber machte den Taler durchsichtig, so daß wir durch das Silber seinen Kern erblickten. Bis dahin glaubten wir, der Taler wäre nur Silber, jetzt sahen wir zum ersten Male in ihm das Geld. Wir leugneten dem Taler den Besitz einer Seele ab, bis er sie im Tode vor aller Augen aushauchte. Bis zur Aufhebung des freien Prägerechtes hatten die preußischen Untertanen nur Silber gesehen, jetzt sahen sie zum erstenmal Geld, d. h. die Vereinigung des Silbers mit dem Gesetz zum Fabrikat, zum Tauschmittel.

Vor der Aufhebung des freien Prägerechtes für das Silber stieß die Erklärung, die die Metallisten, sowohl die Mono- wie die Bimetallisten vom Geld gaben, auf keinen Widerspruch; die Entmünzung des Silbers zeigte, daß, wenn auch Münzen aus Metallbarren geprägt werden, Metallbarren darum doch noch keine Münzen sind.

*Chevalier*, „La Monnaie“ p. 39. Die Münzen sind Metallbarren, deren Gewicht und Feingehalt durch den Stempel gewährleistet wird.

*Otto Arendt*, Unsere Reichsmark ist nichts als die Bezeichnung für  $\frac{1}{1395}$  Pfund Gold.

Man übersah, daß die freie Silberprägung, die ja in der Praxis die Münzen zu Metallbaren und diese zu Münzen macht, ein Gesetz, ein staatliches, von der Willkür der Parlamente abhängiges Gesetz zur Unterlage hat. Man übersah, daß der Taler ein Fabrikat, ein Produkt der Gesetzgebung ist und daß das Silber nur das Material, nichts als das willkürlich gewählte Rohmaterial des Talers war. Das Gesetz schuf den Taler, das Gesetz zerstörte ihn. Und was hier vom Taler gesagt wird, findet natürlich auch Anwendung auf seinen Nachfolger: die Mark d. R.-W. Das freie Goldprägerecht, das auch heute in der Praxis die Münze mit dem Gold identisch macht, ist das Erzeugnis un-

serer Parlamente. Wie es entstanden ist, so kann es wieder vergehen, kann alle Tage umgestoßen werden, falls es sich nachträglich herausstellen sollte, daß so vieles, was man seiner Zeit ungeprüft bei der Goldwährung voraussetzte, keine Prüfung verträgt.

Wenn aber dieser Fall eintreten sollte – die Aufhebung des freien Prägerechtes – (die Erklärung der Reichsbanknote als gesetzliches Zahlungsmittel ist der erste Schritt auf diesem Wege), welche Beziehungen hat dann noch das Gold zu unserem Gelde? Doch nur mehr die eine, daß es, so wie das Kupfer, das Silber, das Nickel und das Papier, als Material bei der Herstellung des Geldes Verwendung findet – d. h. dieselbe Beziehung, die zwischen Stein und Haus, Leder und Schuhen, Pflug und Eisen besteht. Jeder Schimmer einer Identität des Geldes und seines Materials würde vergehen und der Unterschied zwischen Gold und Mark d. R.-W. ebenso handgreiflich werden, wie der Unterschied zwischen Taler und Silber, Hut und Stroh. [Die Goldwährungstheorie ist heute ganz verwildert und es wäre wohl schwer, sie noch in Worte zu kleiden. Bei Einführung der Goldwährung galt noch die Barrentheorie in ihrem krassesten Ausdruck. Währung ist, was selber währt, sagte Bamberger, und kraft seiner Metalleigenschaften drängt sich das Gold uns als Geld auf.

Wie paßt zu dieser Behauptung die Tatsache, daß wenige Jahre später in Deutschland sich „*ein Verein zum Schutze der deutschen Goldwährung*“ bildete? Währte denn das Gold nicht mehr kraft seiner Metalleigenschaften, und wie kam man dazu, von einer „deutschen“ Goldwährung zu sprechen? Ist die Mark d. R.-W., wie die Theorie behauptet, weiter nichts als ein Quantum Gold, so ist die Mark nicht mehr deutsch als französisch, russisch, japanisch. Oder liefert der Bergbau, der Schmelztiegel etwa deutsches Gold, und wodurch unterscheidet sich dieses chemisch von anderem Gold?

Der Name obigen Vereins enthält ebenso viele Widersprüche wie Worte, und ebenso verhält es sich mit den Traktätchen, die er verbreitet.

Es sei hier zur Kennzeichnung der Art, wie man in Deutschland noch vor 10 Jahren über das Geld schrieb, bemerkt, daß die Aufforderung zum Beitritt in genannten Verein von Leuten unterzeichnet war, die beruflich gar keine Erfahrung in diesen Dingen sammeln konnten. Alte Knaben, wie Mommsen und Virchow gaben ihren Namen her, sicherlich mit derselben Gleichmütigkeit, wie man etwa seinen Namen für die Gründung eines Ziegenbockhaltevereins hergibt. Es handelte sich für die beiden sicherlich nur um eine Bagatelle, eine Streitsache, die jeder a priori entscheiden kann.]

Wir haben demnach scharf zu unterscheiden zwischen Geld und seinem Material, zwischen der Mark d. R.-W. und dem Gold. Beides – Geld und sein Material – können niemals identifiziert werden, denn zwischen beiden liegt das Gesetz, *das beide heute vereint, beide morgen trennen kann.*

Dieser Unterschied zwischen Geld und seinem Material hat von jeher bestanden. Latent bestand er zur Zeit des freien Prägerechtes für das Silber, latent besteht er auch in der Goldwährung. Aber für jeden sichtbar machte den Unterschied die Aufhebung, die gesetzliche, willkürliche Aufhebung des freien

Prägerechts für das Silber. Ebenso erkennbar muß er auch heute für jeden sein, der aus der Geschichte des Silbers zur Erkenntnis kommt, daß die Privilegien des Geldes an keinem Metall haften, sondern durch Gesetz von einem Gegenstand auf den anderen übertragen werden können.

Und was denken unsere Gesetzgeber jetzt, wenn von der Reichswährung die Rede ist, wenn sie eine Mark d. R.-W. in die Hand nehmen und sie betrachten?

Sind sie sich bewußt, daß die Mark d. R.-W. noch immer einer gesetzlichen Begriffserklärung harret; daß keine unserer Schultheorien des Geldes zur deutschen Währung paßt, daß die Erklärung der deutschen Banknote zum gesetzlichen Zahlungsmittel der Goldwährungstheorie den letzten Stützpunkt entzieht, und daß die Inschrift unserer Banknoten zum kompletten Unsinn geworden ist?

Die Reichsbank zahlt dem Inhaber bei Sicht ohne Legitimation 100 Mark d. R.-W., so sagt die Inschrift, und die Theorie der Banknote sagt, daß die Banknoten nur dieses Zahlungsversprechens wegen kursieren und möglich sind. Nun hat man durch obige Inschrift der Banknoten einen dicken Strich gezogen, indem man die Note als gesetzliches Zahlungsmittel erklärte, und trotzdem kursieren die Banknoten. Wie ist das möglich? Wie ist es möglich, daß der deutsche Bauer, der schon seine Kuh gegen 100 Mark in Silber verkaufte, die in den Schmelztiegel geworfen nur [für] 40 Mark Silber liefern würden, jetzt noch sein bestes Pferd gegen eine Banknote hergibt, die er stofflich und theoretisch als Fidibus betrachtet?

So bringe man doch die Inschrift der Banknoten in Übereinstimmung mit den Tatsachen. Schreibe man auf das Papier, wie man es bei den silbernen und goldenen Münzen getan, einfach 10–20–100 Mark und streiche alles andere und namentlich das Wort „zahlen“. Dieses Wort gebraucht man bei Schuldscheinen, Wechseln, Mahnbriefen, und die Banknote ist ja doch kein Schuldschein. Schuldscheine, namentlich staatliche, tragen dem *Inhaber* Zins ein; bei der Banknote aber erhält der *Aussteller*, also der Staat den *Zins*. Der Banknote gegenüber ist der Aussteller, also der Staat, eigentlich der Gläubiger, und der Inhaber ist der Schuldner. Statt zu schreiben: die Reichsbank zahlt dem Inhaber usw. schreibe man einfach „Dies sind 100 Mark.“ Es ist Unsinn, durch die Inschrift die Banknote zu einem Kreditpapier stempeln zu wollen. Kreditpapiere ohne Zins sind heute undenkbar, sie können gar nicht bis zur Existenz gelangen. Von Kreditpapieren aber, die dem Inhaber (Gläubiger) Zins kosten und dem Aussteller (Schuldner) Zins eintragen und dabei den Parikurs mit wirklichen Zinspapieren innehalten, spricht auf dem Erdenrund nur die Inschrift der Banknote. Die deutschen Konsols, die dem Inhaber regelmäßig alle Jahre 3% abwerfen, stehen heute (1911) 84,45; die deutsche Banknote, die dem Inhaber 4–5–6–ja 8½% jährlich kostet,

steht pari! [Die Reichsbank diskontiert mit ihren Noten die Wechsel des Handels und macht dabei keinen Unterschied zwischen Gold und Banknoten. Für beides erhält sie den gleichen Zins. Dabei bezeichnet sie das Gold als ihr Kapital und die Noten als ihre Schulden.], und beide Papiere wirft das Gesetz, wirft die Theorie in denselben Topf, theoretisch wie gesetzlich gelten beide Papiere für Schuldscheine, *Schuldscheine* desselben Ausstellers!

Weg also mit Gesetzen und Theorien, die zu solchen Widersprüchen führen.

Der Zellstoff der Banknoten ist wie das Kupfer, das Nickel, das Silber und das Gold *Rohstoff* für die Fabrikation des Geldes; alle diese verschiedenen Geldexemplare sind den Geldprivilegien gegenüber gleichberechtigt – sie sind gegenseitig auswechselbar. Sie stehen alle unter der gleichen wirksamen Oberaufsicht des Staates. Man kann nicht Papiergeld mit Metallgeld desselben Staates kaufen oder zahlen, man kann nur beides gegeneinander wechseln. Folgerichtig ist darum auch jedes Zahlungsverprechen in der Inschrift der Banknoten zu streichen. *Dies sind* Zehn, Hundert, Tausend Mark d. R.- W. So soll die Inschrift lauten.

Nicht wegen, sondern trotz des Zahlungsverprechens in der Inschrift der Banknote läuft dieselbe pari mit den übrigen Münzen [Sowie das pari gebrochen wird, wandert nach dem Gresham-Gesetz das *Gold* über die Grenze. Das Papier bleibt dann allein zurück.].

Woher kommen die Kräfte, die das Verhältnis des Gläubigers zum Schuldner bei der Banknote auf den Kopf stellen, die den *Aussteller* zum Zins beziehenden Gläubiger, den *Inhaber* zum zinszahlenden Schuldner machen? Das Privileg, Geld zu sein, gibt der Banknote diese Kräfte, hat das Wunder bewirkt. Wir müssen uns also das Wesen dieses Privilegs näher betrachten.

## **Die Unentbehrlichkeit des Geldes und die öffentliche Gleichgültigkeit gegenüber dem Geldstoff.**

Wir verdanken es der Arbeitsteilung, daß wir mehr erzeugen als verbrauchen und so, unabhängig von den unmittelbaren Lebensbedürfnissen, der Vervollkommnung oder Vermehrung unserer Arbeitsmittel Zeit, Vorräte und Arbeit widmen können. Ohne die Arbeitsteilung wären wir nie zu dem heutigen Reichtum an Arbeitsmitteln gelangt, und ohne diese Arbeitsmittel würde die Arbeit nicht den zehnten, hundertsten, ja tausendsten Teil ihrer heutigen Produktion liefern. Der größte Teil der Bevölkerung verdankt also der Arbeitsteilung direkt sein Dasein. Die Arbeitsteilung schenkte 60 Millionen von den 65 Millionen Deutschen das Dasein.

Die Produkte der Arbeitsteilung sind im individualistischen Wirtschaftsbetrieb keine Gebrauchsgüter, Dinge, die der Erzeuger unmittelbar gebrauchen kann, sondern Ware, Dinge, die ihrem Erzeuger nur als Tauschmittel von Nutzen sind. Der Schuster, der Tischler, der General, der Lehrer, der Tagelöhner – keiner kann sein unmittelbares Arbeitsprodukt gebrauchen; selbst der Bauer kann es nur in beschränktem Maße. *Alle müssen das, was sie erzeugen, verkaufen.* Der Schuster, der Schreiner verkaufen ihre Produkte an die Kundschaft, der General, der Lehrer verkauft sie (seine Leistungen) an den Staat, der Tagelöhner an den Unternehmer.

Für den weitaus größten Teil der Arbeitsprodukte ist der Verkaufszwang bedingungslos; für die Industrieprodukte ist dieser Zwang sogar ausnahmslose Regel. Darum stockt ja auch sofort die Arbeit, sowie im Absatz der Produkte eine Störung eintritt. Welcher Schneider wird denn Kleider nähen, die er nicht absetzen kann?

*Und den Absatz, den gegenseitigen Austausch der Arbeitsprodukte vermittelt das Geld. Ohne das Dazwischentreten des Geldes gelangt keine Ware mehr bis zum Konsumenten.*

Es ist zwar nicht ganz unmöglich, die Produkte der Arbeitsteilung auf dem Wege des Tauschhandels an den Mann zubringen, aber der Tauschhandel ist derart umständlich und setzt so viele Einrichtungen voraus, die nicht im Handumdrehen geschaffen werden können, daß man allgemein auf diesen Ausweg verzichtet und lieber die Arbeit einstellt.

Proudhons Warenbank ist ein Versuch, den Tauschhandel wieder einzuführen. Ebenso gut wie solche Banken würden die heutigen Kaufhäuser diesen Zweck erreichen, denn für den Tauschhandel ist es nur nötig, jemand zu finden, der das, was ich produziere, kaufen und zugleich mich mit dem bezahlen kann, was ich wieder brauche. Im Kaufhaus, wo alles zu haben ist, wird natürlich alles gekauft. Die einzige Vorbedingung für den Tauschhandel wäre also hier gegeben, und darum würden im Geschäftsbetrieb eines Kaufhauses eigene Marken das Geld ganz gut ersetzen, vorausgesetzt, daß alle Käufer auch Lieferanten des Kaufhauses wären und umgekehrt.

Die Ware muß also gegen Geld verkauft werden, d. h., es besteht für das Geld eine *Zwangsnachfrage, die genau ebenso groß ist, wie der Vorrat an Waren*, und der Gebrauch des Geldes ist darum für alle genau ebenso unentbehrlich, wie die Arbeitsteilung für alle vorteilhaft ist. Je, vorteilhafter die Arbeitsteilung, um so unentbehrlicher das Geld. Abgesehen von dem Bäuerlein, der fast alles, was er produziert, selber verzehrt, unterliegen alle Bürger bedingungslos *dem wirtschaftlichen Zwang*, ihre Produkte gegen Geld zu verkaufen. Das Geld ist Voraussetzung der Arbeitsteilung, sobald der Umfang, den sie angenommen, den Tauschhandel ausschließt.

Worauf bezieht sich nun dieser Zwang? Muß jeder, der sich an der Arbeitsteilung beteiligen will, seine Produkte gegen Gold (Silber usw.) oder gegen Geld verkaufen? Früher war das Geld aus Silber gemacht, und alle Waren mußten gegen *Taler* verkauft werden. Man schied das Geldwesen vom Silber, und die Arbeitsteilung bestand weiter, der Tausch der Produkte vollzog sich weiter. Es war also kein Silber, was die Arbeitsteilung brauchte. Die Nachfrage, die die Waren nach Tauschmitteln erzeugten, bezog sich nicht auf das Material des Tauschmittels, auf das Silber. Das Geld brauchte nicht notwendigerweise aus Silber gemacht zu sein. Das steht nun einmal erfahrungsgemäß fest.

Muß nun aber das Tauschmittel aus Gold hergestellt sein? Braucht der Bauer, der Kohl gebaut hat und diesen verkaufen will, um mit dem Erlös den Zahnarzt zu bezahlen, Gold? Ist es ihm im Gegenteil für die kurze Weile, während der er in der Regel das Geld behält, nicht vollkommen einerlei, woraus das Geld besteht? Hat er in der Regel überhaupt Zeit, sich das Geld anzusehen? Und kann man diesen Umstand nicht dazu benutzen, Geld aus Zellstoff, aus Papier zu machen? Würde der Zwang, die Produkte der Arbeitsteilung, also die Waren gegen Geld zum Verkauf anzubieten, nicht fortbestehen, wenn wir das Gold durch Zellstoff bei der Geldfabrikation ersetzen? Würde durch einen solchen Übergang die Arbeitsteilung in die Brüche gehen, d. h., würden die Bürger lieber verhungern, als Zellstoffgeld als Tauschmittel anzuerkennen?

Die Theorie behauptet, daß das Geld, um als Tauschmittel dienen zu können, inneren „Wert“ haben muß, indem das Geld immer nur soviel „Wert“ eintauschen kann, als es selbst in sich birgt, etwa wie man Gewichte nur mit Gewichten heben kann. Da nun Zellstoffgeld keinen „inneren Wert“ hat, also leer ist, so sei es ausgeschlossen, daß es Waren eintauschen könne, die Wert besitzen. Null kann nicht mit 1 verglichen werden. Es fehle dem Zellstoffgeld jede Beziehung zur Ware, es fehle ihm der „Wert“ – darum sei es unmöglich.

Und bei diesen Worten (ich hatte hier statt „Worten“ zuerst Anschauung geschrieben. Ich habe „Anschauung“ gestrichen, weil, wie wir sehen werden, in dem Gesagten nur Worte, keine Anschauung liegt) ist die Theorie geblieben, während sich gleichzeitig das Zellstoffgeld in aller Stille die Welt erobert. Freilich leugnet man noch diese Tatsache, indem man noch von „übertragenen Kräften“ spricht. Das heutige Papiergeld, das in keinem Lande mehr fehlt, lebe nur darum, weil es seine Wurzeln im Golde stecken habe. Wäre nirgendwo in der Welt Metallgeld vorhanden, so würde das Zellstoffgeld überall in sich zusammenstürzen, wie ein Spatzennest einstürzt, wenn die Burg abgebrochen wird. Dem Inhaber des Papiergeldes wird Gold versprochen, und dieses Versprechen flößt ihm die Seele ein. Der „Wert“ des Goldes wird durch die Tatsache oder Hoffnung einer Einlösung in Gold auf das Papier übertragen. Das Papier-

geld sei eigentlich wie ein Frachtbrief zu betrachten, den man ja auch verkaufen kann. Nimmt man aber die Ladung weg, so ist der Frachtbrief leer; nimmt man das Gold oder das Einlösungsversprechen fort, so wird alles Papiergeld zu Makulatur. Es sei also nur übertragener „Wert“, der das Papiergeld stützt

Dies ist ungefähr alles, was man gegen die Möglichkeit des Zellstoffgeldes zu sagen hat. Und man hält wohl allgemein das Gesagte für so entscheidend, daß jeder, der an seine Urteilskraft glaubt, die Frage, ob Zellstoffgeld möglich sei, a priori verneint.

Die Frage, die die Praxis stellt, ob das Zellstoffgeld dem Metallgeld gegenüber Vor- oder Nachteile hat, gehört vorläufig nicht hierher. Zuerst soll die Frage beantwortet werden, ob man mit Zellstoff Geld machen kann, das, ohne sich an irgend eine bestimmte Ware, namentlich an Gold und Silber anzulehnen, leben kann, d. h. die Funktionen eines Tauschmittels übernehmen kann.

Das Geld soll also immer nur den Wert einlösen oder eintauschen können, den es selbst besitzt.

Aber was ist dieser sogenannte Wert, der dem Zellstoffgeld den Weg zu unserem Begriff verlegt, der das Papiergeld als Hirngespinnst erklärt? Das Papiergeld existiert doch; es existiert in vielen Ländern, es existiert in manchen Ländern auch ohne Anlehnung an das Metallgeld, und überall, wo es existiert, bringt es den Beweis seiner Existenz in Form von Millionen, die es dem Monopolbesitzer einbringt. Ist das Papiergeld nun ein Hirngespinnst, vom Standpunkt der Wertlehre aus betrachtet, so sind von demselben Standpunkt aus betrachtet auch die Produkte jenes Hirngespinnstes als solche zu betrachten. Sind also die Millionen, die das Reich aus der Notenausgabe zieht, sowie die 7% Dividende der Reichsbankaktionäre nur Hirngespinnste? Oder sind vielleicht die Rollen vertauscht worden? Ist die Wertlehre vielleicht das Hirngespinnst?

### **Der sogenannte Wert.**

„Das deutsche Goldgeld, sagt *Karl Helfferich*, ist *vollwertig*, d. h. sein Goldwert ist durch seinen Stoffwert voll und ganz gedeckt. Feinsilber ist nur halb so viel wert wie der geprägte Taler, und ähnlich steht es mit unserem deutschen Silbergeld; es ist unterwertig, sein Stoffwert ist geringer als sein Geldwert (S. 11)“.

„Von jeher haben gesunde Staaten den größten Wert auf ein Geld gelegt, dessen innerer Wert und dessen Wertbeständigkeit von niemand angezweifelt wird (S. 46)“.

*Karl Helfferich*: Die Währungsfrage.

Gold und Silber erfreuten sich allgemeiner Wertschätzung man sammelte sie demnach, um sich Kaufkraft zu sichern, sie



dienten also als Wertbewahrer. Bald waren die *Münzen* nicht mehr bloß *Tauschwerkzeug*, man gewöhnte sich vielmehr, die Werte aller Erzeugnisse gegen den Geldwert abzuschätzen. Das Geld wurde Wertmesser. Wir schätzen alle Werte in Geld ab. Alle Wertveränderungen nehmen wir als Änderungen gegen den Geldwert wahr. Der Geldwert scheint die feste Elle zu sein, die alles gleichmäßig mißt.

*Otto Arendt*: Leitfaden der Währungsfrage.

In oben genannten beiden Streitschriften zweier Vertreter der Gold- und Doppelwährungstheorien wird also dem sogenannten Wert gleichmäßig grundsätzliche Bedeutung zuerkannt. Man streitet nicht um die Frage: „Was ist der Wert“, auch nicht um die kritische Gottl'sche Wertfrage: deckt das Sprachzeichen Wert ein Singularobjekt, eine Kraft, einen Stoff? Für beide Gegner steht das Dasein einer Realität, die man Wert nennt, ganz außer Frage. In dieser Sache von grundsätzlicher Bedeutung haben beide Gegner nicht die geringste Meinungsverschiedenheit. Beide gebrauchen das Wort „Wert“ und seine verschiedenen Verbindungen vollständig unbefangen, als ob beide überhaupt niemals von einer „Wertfrage“, von einer „Wertforschung“, von einer „Wertlehre“ gehört hätten. Für beide sind die Ausdrücke „Wertstoff, Stoffwert, innerer Wert, Wertbeständigkeit, Wertmaß, Wertbewahrer, Wertkonserve, Wertpetrefakt, Wertspeicher, Werttransportmittel, Wertmus und Wertbrei“ eindeutig. [Im Hamburger Fremdenblatt, Februar 1916, sagt J. A. F. Engel: „Wir müssen zugeben, daß das Gold wohl eine große Bedeutung hat als Wertmesser(?), aber nicht eine ebenso große Bedeutung als Wertspeicher.“] Beide setzen stillschweigend voraus, daß auch die große Masse (die immer viel größer ist als man annimmt und die in vielen Dingen, namentlich aber in den Währungsfragen, auch die gebildeten Kreise umfaßt) den Sinn dieser Worte so scharf verstehen wird, wie es bei der grundsätzlichen Rolle, die sie (dem Anscheine nach) zu spielen haben, für das Verständnis der Schriften erforderlich erscheint.

Wie sieht es nun aber in der Wissenschaft aus in Bezug auf diesen Ausdruck?

Wer darüber sich Klarheit verschaffen will, der lese Golds Schrift: „Der Wertgedanke, ein verhülltes Dogma der Nationalökonomie“ [Fischer, Jena.]. Hier sagt es zwar der Professor aus Höflichkeit gegen seine Kollegen nicht direkt, aber seine Ausführungen zeigen es klar: Ein Hirngespinnst ist der sogenannte Wert, ein jeder Realität bares Phantasieprodukt.

Übrigens sagt es ja auch *Marx*, dessen Betrachtung, der Volkswirtschaft von einer Werttheorie ausgeht – „der Wert ist ein Gespenst“. – Was ihn aber nicht von dem Versuch abhält, das Gespenst in drei dicken Büchern zu bannen. „Man

abstrahiere, so sagt *Marx*, von den bearbeiteten Substanzen [Arbeitsprodukten, sagt *Marx*, doch führt dieser Ausdruck irre. Was nach solcher Abstraktion noch übrigbleibt, das ist keine Eigenschaft, sondern einfach die Geschichte des Gegenstandes; die Kenntnis, daß an jenem Körper ein Mensch gearbeitet hatte.] alle körperlichen Eigenschaften, dann bleibt nur noch eine Eigenschaft, nämlich der Wert.“

Wer diese Worte, die gleich zu Anfang des „Kapitals“ zu lesen sind, hat durchgehen lassen und nichts Verdächtiges in ihnen entdeckt hat, darf ruhig weiterlesen. Er kann nicht mehr verdorben werden. Wer sich aber die Frage vorlegt, was ist eine Eigenschaft getrennt von der Materie? Wer also diesen grundlegenden Satz im „Kapital“ zu begreifen, also materialistisch aufzufassen versucht, der wird entweder irre, oder er wird den Satz für Wahnsinn, seinen Ausgangspunkt für ein Gespenst erklären.

Wie will ein aus Substanz bestehendes Gehirn eine solche absolute Abstraktion in sich aufnehmen, registrieren, klassifizieren und verarbeiten? Wo wären denn noch die zum Begriffe nötigen Anhaltspunkte, Verwandtschaften, Übergänge? Etwas begreifen heißt, sich irgendwo an der Substanz festhalten (Begreifen = greifen), heißt in unserem Gehirn vorrätige Vergleichsobjekte gefunden haben, an die sich der neue Begriff anlehnen kann – aber eine von jeder Substanz und Energie befreite Abstraktion ist ebenso unbegreiflich, wie der Apfel für den Tantalus ungreifbar ist.

Die Abstraktion *Marxs* ist in keinem Schmelztiegel darstellbar. Wie sie sich völlig von unserem Verstande loslöst, so auch von allen Substanzen. Seltsamerweise hat aber diese vollkommene Abstraktion doch noch eine „Eigenschaft“, und zwar ihre *Herkunft*, ihre Herkunft von der menschlichen Arbeit [*Marx*, Kapital, Bd. 1, S. 4. Sieht man vom Gebrauchswert der Warenkörper ab, so bleibt ihnen nur noch eine Eigenschaft, die von Arbeitsprodukten.]. Allerdings eine seltsame „Eigenschaft“, die geeignet ist, die deutsche Sprache in Kauderwelsch zu verwandeln. Demnach hätte auch das deutsche Geld andere Eigenschaften, je nachdem sein Stoff vom Hunnenschatz, von den bluttriefenden Milliarden oder von den ehrlichen Fäusten der Goldgräber herrührt. *Die Herkunft der Waren gehört zur Geschichte, nicht zu den Eigenschaften der Waren*; sonst wäre ja auch die Behauptung, (die man oft zu hören bekommt), die Seltenheit des Goldes gehöre zu den Eigenschaften des Goldes, richtig. Und das ist doch ein kompletter Unsinn.

Ist es aber so, verwechselte *Marx* die Herkunft und Geschichte der Waren mit deren Eigenschaften, so dürfen wir uns nicht wundern, wenn er in der weiteren Behandlung seines Stoffes so Wundersames erblickte und vor dem „Gespenst“ erschrak.

Ich nenne *Marx*, aber bei den anderen Wertforschern steht es um kein Haar besser. Keinem von ihnen ist es gelungen, den „Wertstoff“ zu isolieren, die „Werteigenschaft“ an irgend eine Substanz zu binden und zu demonstrieren, immer schwebt der Wert über der Substanz, unfaßbar, unnahbar, wie Erlkönig zwischen den Weiden.

Alle Forscher sind darin einig, daß, wie *Knies* sich ausdrückt, die Lehre vom Wert für die nationalökonomische Wissenschaft von fundamentaler Bedeutung sei. Wenn aber diese Lehre schon für die Wissenschaft der Nationalökonomie so wichtig ist, so muß sie es für die Praxis erst recht sein. Wie kommt es aber nun, daß man sowohl in der Staatswirtschaft, wie in der Privatwirtschaft diese „Wertlehre“ vollkommen ignoriert? Müßte, wenn diese Lehre wirklich von so fundamentaler Bedeutung ist, nicht in jedem Hauptbuch gleich auf der ersten Seite hinter den Worten „Mit Gott“ auch die „Werttheorie“ angegeben sein, zu der der Unternehmer schwört und die die Richtung für die Geschäftsführung angeben soll?

*Und müßte man da nicht annehmen, daß jedes gescheiterte Unternehmen seinen Sturz einem schlechten Fundament, d. h. einer unvollständigen oder gar falschen Werttheorie verdankt?*

Aber das ist ja gerade das Interessante an der Behauptung, die Wertlehre wäre das Fundament der nationalökonomischen Wissenschaft, daß der Nationalökonomie das Dasein dieses sogenannten Wertes vollkommen unbekannt ist. Sonst geht heute auf allen Gebieten der menschlichen Tätigkeit Theorie und Praxis Hand in Hand; *nur im Handel weiß man nichts von der Haupttheorie seiner Wissenschaft*. Für die Praxis gibt es nur Preise, durch Nachfrage und Angebot bestimmte Preise, und der Kaufmann, der vom *Wert einer Sache spricht, der denkt dabei an den Preis, den der Besitzer unter den obwaltenden zeitlichen und örtlichen Verhältnissen wahrscheinlich würde erhandeln können. Der Wert ist also der ungefähre Preis, der durch den Abschluß des Handels in einer genau abgemessenen Menge Tauschgüter vergegenständlicht wird. Der genaue Wert eines Gutes wird immer in dem dafür erhandelten Preis ausgedrückt. Der Wert wird geschätzt, der Preis wird gemessen*. Das ist der ganze Unterschied, und *die Theorie des Preises muß demnach sowohl auf den Preis wie auf den Wert anwendbar sein*. Eine besondere Theorie des „Wertes“ ist überflüssig.

Die von unseren beiden Währungspublizisten ohne Kommentar gebrauchten, zu Anfang erwähnten Ausdrücke enthalten dem Sprachgebrauch entsprechend ungefähr folgenden Sinn: das Gold hat eine „Eigenschaft“, den sogenannten Wert, die, wie das Gewicht des Goldes, mit der Substanz des Goldes

verwachsen ist, und die wir Wert nennen (Stoffwert). Diese „Eigenschaft“ ist, wie das Gewicht und die chemischen Affinitäten des Goldes, untrennbar vom Gold (innerer Wert), unveränderlich und unzerstörbar (Wertbeständigkeit). Wie man sich das Gold nicht ohne Gewicht, so kann man es sich nicht auch ohne Wert denken; Gewicht und Wert sind einfach Attribute der Substanz. Ein Kilo Gold ist gleich ein Kilo Wert: Stoffwert = Wertstoff. Das Vorhandensein des Wertes wird auf der Wage festgestellt: vollwertig. Ob es noch andere Methoden gibt, den Wert festzustellen, ist noch nicht sicher. Lackmuspapier bleibt dem Wert gegenüber indifferent. Die Magnetnadel wird durch den Wert nicht abgelenkt, er widersteht auch den höchsten, bekannten Temperaturen, und überhaupt sind unsere Kenntnisse vom Wertstoff noch etwas kümmerlich. Wir wissen nur, daß er vorhanden ist, was bei der „fundamentalen Bedeutung“, die der Wert für Theorie und Praxis hat, eigentlich recht zu bedauern ist. Neue Ausblicke in die Natur des Wertes eröffnet die von Prof. Dr. *Helfferich* entdeckte Eigentümlichkeit, daß bei einigen Wertstoffen der Wert nicht immer im Verhältnis zur Substanz steht. Wertstoff > oder < Stoffwert. Er hat entdeckt, daß der Wert des Silbergeldes doppelt so groß ist wie der der Geldsubstanz, d. h. daß das Silbergeld den Wert in *doppelter Konzentration* besitzt – *also schon ein Wertextrakt!* Diese wichtige Entdeckung eröffnet uns ganz neue Ausblicke in die Natur des Wertes, denn ist es gelungen, den Wert zu extrahieren, zu konzentrieren und ihn sozusagen von der Substanz zu trennen, so steht zu hoffen, daß es der Wertwissenschaft noch einmal gelingen wird, den Wert *chemisch rein* darzustellen, was allerdings wieder ein Widerspruch mit der Theorie ist – denn so kämen wir ja auf großen Umwegen zur Theorie der Papierwährung – die den Wert als Eigenschaft von Sachgütern einfach leugnet.

Der Wert ist also ein reines Hirngespinnst. Das gibt auch die Erklärung dafür, was *Zuckerkanndl* sagt: „in der Lehre vom Wert ist noch „beinahe“ alles streitig, von den Benennungen angefangen“ [Es wäre bei der „fundamentalen Bedeutung der Sache“ wohl der Mühe wert gewesen, daß uns *Zuckerkanndl* gesagt hätte, was er eigentlich durch das Wort „beinahe“ ausschließen will. Oder bezieht sich das „beinahe“ auf das A. B. C, womit die Wertlehre niedergeschrieben ist?]. Und auch dafür, was von *Boehm-Bawerk* wie folgt ausdrückt: „Trotz unzähliger Bestrebungen war und bleibt die Lehre vom Werte eine der unklarsten, verworrensten und streitigsten Parteien unserer Wissenschaft.“

Hirngespinnste sind billig. Auf sich selbst gestellt können sie ein geschlossenes, widerspruchsloses Ganzes bilden und sich uns so als etwas durchaus mit unserer Vernunft Verträgliches vorstellen. Sie stehen, wie das Wunder, über der Natur, sie leben, wachsen und gedeihen fröhlich im Hirn des Menschen – doch hart im Raume stoßen sich die Sachen. In der realen Welt haben Hirngespinnste keinen Raum; sie müssen sich in nichts wieder

auflösen. Und es gibt nichts Realeres als die Ökonomie, die private sowohl wie die staatliche. Substanz und Energie. Was sich hiervon entfernt, kann nicht mehr sein als ein billiges Phantasieprodukt. Und das ist der Wert. Die auf dem Wertgespenst aufgebaute Wissenschaft kann nur Gespenster zeitigen und ist zur Unfruchtbarkeit verurteilt. Während sonst überall die Wissenschaft die Praxis befruchtet und ihr als Leitstern dient, muß sich bis heute die praktische Nationalökonomie mit der reinen Empirie behelfen. Ihre Wissenschaft hat es noch nicht einmal bis zu einer Sprache gebracht, da „von den Benennungen angefangen, ja noch alles streitig ist“. Die auf der Wertlehre aufgebaute Wissenschaft besitzt bis heute noch keine Zinstheorie, keine Lohntheorie, keine Rententheorie, keine Krisentheorie und keine Geldtheorie, wengleich es nicht an Versuchen fehlt. Die auf dem Wertgespenst gegründete Wissenschaft vermag bis heute nicht zu den einfachsten tagtäglichen Ereignissen die wissenschaftliche Erklärung zu geben, sie kann kein wirtschaftliches Ereignis voraussehen, die Wirkung irgend einer gesetzlichen Maßnahme im voraus bestimmen (Abwälzbarkeit der Kornzölle, der Grundsteuer z. B.).

Kein Kaufmann, Spekulant, Unternehmer, Bankier, Zeitungsmann, Abgeordneter oder Politiker vermag diese Wissenschaft als Waffe oder Schild zu benutzen; kein einziges deutsches kaufmännisches Unternehmen, *selbst die Reichsbank nicht*, wird von theoretischen Erwägungen geleitet. In den Parlamenten wird die Wissenschaft, die den Wert zum Fundament genommen, einfach ignoriert; keine einzige Theorie dieser Wissenschaft darf sich rühmen, bis zur Gesetzgebung sich Bahn gebrochen zu haben. Keine einzige! *Vollkommene Unfruchtbarkeit ist das Zeichen dieser Wissenschaft.*

Nur bei solchen Männern, die das Schicksal aus der Volkswirtschaft hinausgeworfen, die Handel, Spekulation, Profit usw. nur vom Hörensagen kennen, bei den Lohnarbeitern, hat sich die Wertlehre Jünger geschaffen, die sich von einer Werttheorie in praktischen Dingen, namentlich in ihren politischen Bestrebungen und in der Lohnpolitik leiten lassen. In den Köpfen unserer Sozialdemokraten spukt das Wertgespenst; in den finsternen Kohlengruben, im Lärm und Staub der Fabriksäle, im Rauch und Qualm der Essen hat der Köhlerglaube an die Existenz einer Realität, die man Wert nennt, und mit der sich etwas machen läßt, Platz gegriffen.

Wenn nun diese Unfruchtbarkeit der einzige Übelstand an der Sache wäre, so könnte man sich leicht darüber beruhigen. Haben nicht Tausende und Abertausende unserer besten Köpfe ihre kostbare Zeit mit theologischen Grübeleien verloren? Wenn dazu nun noch einige Dutzend Mann kommen, die über Wertgrübeleien nicht hinauskommen, so ist das vielleicht zu beklagen, aber für ein Volk von Millionen nicht allzu tragisch. Aber der Wertglaube kostet uns mehr als die fruchtbare Mit-

arbeit dieser Männer. Aktiv mit absoluter Sterilität, behaftet, ist die Wertwissenschaft passiv durch ihre einfache Existenz von vielfältiger Wirkung.

Wir haben im Deutschen Reiche Dutzende von klugen, verständigen Kaufleuten, geistig regsame Männer, die Bedürfnis nach theoretischer Aufklärung in allen Wissenszweigen besitzen, die aber gerade jeder theoretischen Erörterung von Berufsfragen (als welche doch für den Kaufmann die volkswirtschaftlichen Fragen zu bezeichnen sind) ängstlich aus dem Wege gehen. Diese Männer, die alle gesetzlichen Mißgriffe immer in erster Linie verspüren und deren Folgen bezahlen (oder deren Kosten wenigstens vorschießen), die als die eigentlichen Puffer zwischen Volkswirtschaft und Gesetzgebung zu betrachten sind, die immer der Gefahr ausgesetzt sind, von irgend einer Krise zermalmt zu werden – lehnen es ängstlich ab, sich an der Diskussion theoretischer Probleme ihres Faches zu beteiligen. Warum? Einfach, weil sie einerseits in guter deutscher Zucht aufgewachsen, den Autoritätsglauben nicht haben abschütteln können und der Ansicht sind, daß die Wissenschaft in den Händen unserer Professoren gut aufgehoben sei [Wie gut sie in Wirklichkeit hier aufgehoben ist, mag der Leser aus folgenden Zitaten ersehen:

Bund der Landwirte 7. 8. 1915: In Ruhland wirkte sich von Anfang an der Gedanke aus, theoretisch das wissenschaftliche Rüstzeug zu liefern, mit dem eine praktische Wirtschaftspolitik die dauernde Grundlage für eine gesunde Agrar-, Industrie- und Handelsentwicklung schaffen könne. Deshalb verwarf er von vornherein die Deutung Roschers über die Aufgaben der Volkswirtschaftslehre, die da sagt: *„Die Volkswirtschaftslehre beschäftigt sich mit dem, was ist und gewesen ist, aber nicht mit dem, was sein soll.“* Ebenso sagt Schmoller: *„Die Wissenschaft hat nicht die Aufgabe, unmittelbar auf die Entscheidung des Tages einzuwirken. Das ist Sache des Staatsmannes.“*

Schmoller und Roscher hatten eben ganz richtig erkannt, daß wir ja überhaupt noch keine Volkswirtschaft, sondern nur eine Klassenstaatswirtschaft haben, und daß das Studium der Anatomie dieses Staates nicht Sache der Schule sein kann. Leider haben sie sich gestraubt, die letzten Folgerungen aus ihrer Erkenntnis zu ziehen, sie hätten sagen müssen, die Lehre der Klassenstaatswirtschaft hat überhaupt nichts auf unseren Hochschulen zu suchen. Heraus aus der Schule mit einem Wissensstoff, der uns seinen Inhalt nicht enthüllen darf. Welch gefährlicher Korruptionspilz die Volkswirtschaftslehre für die Universitäten ist, sagt Professor Lujo Brentano: *„In der Volkswirtschaftslehre gelangt eine richtige Lehre erst dann zur Anerkennung, wenn sie den Interessen einer mächtigen Partei entspricht und nur so lange, als diese mächtig ist; wird eine andere mächtiger, so gelangen auch die irrigsten Lehren wieder zu Ansehen, sobald sie den Interessen der Mächtigen zu dienen geeignet scheinen.“* (Der Unternehmer. S. 6)]; andererseits, weil sie mit ihrem klaren, nüchternen Verstande die von den Professoren verzapfte Wertlehre nicht verstehen, ja den Gegenstand dieser Lehre überhaupt nicht erfassen und sich nun schämen, diesen geistigen Defekt öffentlich einzugestehen. Diese Männer mit den skeptischen Blicken, darunter so mancher jüdische Börsenjobber mit dem scharfen Verstande seiner Rasse, lassen sich mit Phrasen, denen der Wahnsinn fast aus den Augen stiert, abspeisen. Die Furcht, sich zu blamieren, hindert sie daran, es öffentlich ein-

zugestehen, daß sie das Hemd des Königs nicht sehen, daß der Gegenstand der Wertlehre für sie unsichtbar sei.

Und dies ist die einzige positive Leistung der Wertlehre. Unberechenbar ist der Schaden, den diese Fiktion der Volkswirtschaft und ihrer Wissenschaft bereitet hat. Die auf einem Hirngespinnst aufgebaute Wissenschaft hat schließlich das ganze Volk an seinem Verstande zweifeln lassen, das ganze Volk davon abgehalten, die Ergründung der Gesetze der Volkswirtschaft zur Volkswissenschaft zu machen.

Eine Geldverwaltung, die von einer (irgend einer) Werttheorie ausgeht, ist zur Unfruchtbarkeit und Untätigkeit verurteilt. Was könnte man denn am „inneren Wert“ des Goldes verwalten? Die Fiktion des Wertes macht von vornherein jeden Fortschritt im Geldwesen unmöglich. Und so braucht es auch weiter keiner Erklärung, warum wir noch heute genau das gleiche Geldwesen haben, wie vor 4000 Jahren. Theoretisch wenigstens; praktisch ist man zur Papierwährung (Zellstoffwährung) übergegangen. Allerdings still und heimlich. Es darf es niemand wissen; denn erführen das unsere Professoren, so könnte ihr Alarmruf ganz gewaltigen Schaden anrichten. Papiergeld, Geld ohne „inneren Wert“, ist ja nach ihrer Auffassung an sich unmöglich, und Unmögliches muß stürzen.

## **Warum man aus Papier Geld machen kann.**

### ***a) Die Tatsache.***

Das Papiergeld, so sagt man also, sei unmöglich, weil das Geld doch immer nur seinen eigenen, inneren „Wert“, seinen Stoffwert oder Wertstoff eintauschen kann und weil doch das Papiergeld keinen solchen „Wertstoff“ besitzt.

In eigentümlichem Gegensatz zu dieser Behauptung steht aber die Tatsache, daß der gewaltige, moderne Warenaustausch in der Welt fast ausschließlich mit Papiergeld oder nur zum Teil mit Gold gedeckten Banknoten abgewickelt wird. Man kann heute auf irgend einem beliebigen Breitengrad die Reise um die Welt machen, ohne anderes Geld als Papiergeld oder Banknoten auszugeben oder zu erhalten. Deutschland, England und die Türkei sind meines Wissens heute die einzigen Kulturländer mit vorwiegend metallenen Geldumlauf, sonst sieht man die Goldmünzen nur noch ausnahmsweise im Verkehr.

In Norwegen, Schweden, Dänemark, Österreich, Holland, Belgien, Schweiz, Rußland, Italien, Frankreich, Spanien, Griechenland, Vereinigte Staaten von Nordamerika, Kanada, Mexiko, Brasilien, Argentinien, Paraguay, Chile, Australien, Neuseeland, Brit. Indien, Japan, Holl. Indien, also fast in der ganzen Welt, wickelt sich der Handel ganz allgemein mit Papiergeld oder Banknoten, sowie sogenannten Scheidemünzen ab. Wer Gold haben will, muß die Reise zur Hauptstadt antreten und das Gold

von der Emissionsbank fordern – dann erhält er oft auch nur Gold in Barren, nach Abzug einer Prämie. Im Verkehr verlangt in all diesen Ländern niemand die Zahlung in Gold, ja, in manchen dieser Länder gibt es, wie in Argentinien, Uruguay, Mexiko, Indien, überhaupt keine goldenen Münzen, die nominell mit dem Landesgeld übereinstimmen. Kaufen wir in Deutschland mit gemünztem Gold Wechsel auf irgend eines der oben genannten Länder, so werden uns diese Wechsel ganz regelmäßig mit Papier ausgezahlt, oder wenn wir nicht dagegen Einspruch erheben, mit einem Sack voll Silbermünzen, die durch einen einfachen Hammerschlag die Hälfte ihres „Wertstoffes“ verlieren würden (frei nach Helfferich).

Diese Banknoten versprechen zwar laut Inschrift dem Inhaber eine bestimmte Menge Gold, und darauf gründet auch die allgemeine Ansicht, daß es sich hier nicht um Papiergeld handelt, jedoch genügt dieser Umstand nicht für die Erklärung der Tatsache, daß auf je einen Rubel, Rupie oder Dollar in Gold, zwei, drei und mehr Rubel, Rupie oder Dollar in Papiergeld entfallen. Zwei Drittel der umlaufenden Banknoten sind nicht durch Gold gedeckt, zwei Drittel der umlaufenden Banknoten müssen darum auch anderen Umständen als dem Einlösungsversprechen ihr Dasein und ihre Eigenschaften verdanken. Es müssen in der Welt im Handel, auf der Börse, kurz irgendwo Kräfte vorhanden sein, die den Inhaber der Banknoten davon abhalten, die Einlösung in Gold zu verlangen, Kräfte, die die sonst unverständliche Tatsache erklären können, daß die Gläubiger der Emissionsbank (die Inhaber der Banknoten) 10–20 bis 100 Jahre lang auf die Geltendmachung ihrer Forderungen verzichten, wie es ja auch Kräfte geben muß, die es bewirken daß die Münzen Jahrhunderte lang von der Goldschmiede fernbleiben.

Ich werde gleich die Quelle dieser Kräfte aufdecken. Jetzt will ich nur ihr Dasein feststellen, „um den Leser für meine Behauptungen empfänglich zu machen, daß in all den oben genannten Ländern es sich trotz der Inschrift der Banknoten nicht mehr um Metallgeld, sondern um Papiergeld handelt.

Wenn der Staat auf ein Stück Papier schreibt:

„Dies sind 10 Gramm in Gold“,

so glaubt es alle Welt, und es kommt vor, daß ein solcher Papierfetzen ungehindert Jahrzehnte lang pari mit massivem Gold zuweilen sogar mit Aufgeld von Hand zu Hand geht [In Schweden bezahlt man augenblicklich (1916) für 100 Kronen in Papiergeld 105 Kronen Gold.].

Wenn aber derselbe Staat auf einem gleichen Stück Papier die Lieferung einer Milchkuh versprechen würde, so kämen die Inhaber solcher Zettel schon gleich am nächsten Tage alle – mit einem Strick, um die Kuh abzuholen.

Wenn aber ein Papierzettel ein Quantum Gold so vollständig Jahrzehnte lang bei einer unendlichen Reihe von Menschen in



den verschiedensten wirtschaftlichen Lagen so vollständig ersetzen kann, während ein gleicher Zettel eine Kuh oder irgend einen anderen Gebrauchsgegenstand keine 24 Stunden vertreten kann, so beweist das, daß der Papierzettel und die Goldmünze für alle Bürger in allen wesentlichen für sie in Betracht kommenden Eigenschaften vertretbar, d. h. gleichgültig sind, daß Goldblech und Papierzettel allen die gleichen Dienste erweisen. Ferner: wenn das Einlösungsversprechen die Deckung der Banknote wäre, die sie in Umlauf erhält, wenn demnach die Banknote als einfacher Schuldschein zu betrachten wäre, wenn der Aussteller Schuldner, der Inhaber Gläubiger wäre (wie bei einem Wechsel), so müßten doch auch der Regel nach die Emissionsbanken ihren Gläubigern, d. h. den Inhabern der Banknoten Zins zahlen – wie das doch bei allen Schuldscheinen ausnahmslos der Fall ist. Und doch ist bei der Banknote das Verhältnis auf den Kopf gestellt; hier ist es der Schuldner, die Bank (Aussteller), der den Zins erhebt und der Gläubiger (Inhaber), der den Zins bezahlt. Um dieses Wunder zu bewirken, um das Verhältnis vom Gläubiger zum Schuldner derart umzustürzen, daß die Emissionsbank ihre *Schulden* (Banknoten, Emissionsrecht) als das köstlichste *Kapital* betrachten kann, müssen doch der Banknote Kräfte besonderer Art eigen sein, die sie aus der Kategorie der Schuldscheine herausheben.

Ferner: wenn die Banknoten als Schuldscheine des Staates zu betrachten sind, so bleibt auch die Tatsache unerklärlich, daß solche Schuldscheine, trotzdem sie dem Inhaber keinen Zins eintragen, dabei nur zu 1/3 gedeckt sind und nicht amortisiert werden, der Regel nach höher im Kurs stehen als die Titel der gewöhnlichen Staatsschulden, die dem Inhaber Zins eintragen und die durch die Staatsgewalt und durch die Staatseinnahmen gedeckt sind. Wie z. B. 100 Mark in Reichsbanknoten, die auch vom Inhaber (Gläubiger) verzinst werden, heute 117 Mark Reichsanleihe gelten, die dem Inhaber 3% Zins einbringen. (1911.)

Auf Grund dieser Tatsachen leugnen wir also, daß es das Einlösungsversprechen ist, das den Banknoten und dem gemeinen Papiergeld den Lebensodem einflößt. Wir behaupten, daß es irgendwo anders im Handel Kräfte geben muß, die die Rolle spielen, die man heute allgemein dem Metallfonds (der sogenannten Deckung) oder dem Einlösungsversprechen zuschreibt; wir behaupten, daß diese augenblicklich hier noch verborgenen Kräfte, die, wie wir gesehen haben, *einen Schuldschein (Banknoten) in ein Kapital verwandeln, die den Gläubiger zwingen, dem Schuldner Zins zu zahlen*, auch durchschlagend genug sind, um für sich allein die Rolle des Geldes auf dem Markte durchzuspielen. Wir behaupten auf Grund der oben genannten Tatsachen klipp und klar, daß man Geld aus Zellstoff machen kann, das ohne Einlösungsversprechen irgend einer Art, ohne Anlehnung an irgend eine bestimmte Ware (Gold z. B.) die Inschrift trägt:

„Ein Taler“ (Mark, Schilling, Frank usw.)

oder mit mehr Worten

„Dieser Zettel ist an und für sich ein Taler“

oder:

„Dieser Zettel gilt im Handel, an den Staatskassen und vor Gericht 100 Taler“

oder um den Sachverhalt zwar ohne Gewinn für die Klarheit aber drastischer darzustellen:

„Wer diesen Zettel zur Einlösung bei der Reichsbank vorzeigt, erhält dort ohne Legitimation 100 Knutenhiebe (negatives Zahlungsversprechen).

Auf den Märkten, in den Läden aber erhält der Inhaber an Waren soviel wie ihm Nachfrage und Angebot zusprechen werden, mit einem Wort: was er mit diesem Zettel im Lande erhandeln kann, das ist es, was er beanspruchen kann.

Ich glaube, ich habe mich hier deutlich genug ausgedrückt und daß kein Zweifel mehr darüber bestehen kann, was ich unter dem Ausdruck Papiergeld verstehe.

Jetzt wollen wir den Kräften nachspüren, die es möglich machen, daß das Volk sich um Zettel mit irgend einer der obigen Inschriften reißt, daß man zur Erlangung solcher Zettel im Schweiß des Angesichts arbeitet, daß man seine Produkte, die Waren mit Wertstoff und Stoffwert gegen solche Fidibusse hergibt, daß man Schuldscheine, Wechsel, Pfandbriefe, die auf solche Zettel lauten, annimmt und als sogenannte Wertbewahrer oder Wertkonserven aufbewahrt, daß man nachts weinend auf dem Bette sitzt, nachgrübelnd, wie man sich solche „Papierwische“ für den fälligen Wechsel verschaffen kann; wie man auch Bankerott macht, gepfändet wird und der Uehre verfällt man, weil man seiner Verpflichtung, Zettel mit obiger Inschrift zu einer bestimmten Stunde, an einem bestimmten Ort abzuliefern, nicht nachkommen kann und schließlich, wie man jahraus, jahrein, ohne Vermögensverlust in Saus und Braus leben kann, weil man solche Zettel als „Kapital“ irgendwo angelegt hat. Die geheime Quelle, aus welcher der Papierfidibus, das Papiergeld und das Geldpapier, das Geld der John Law und anderer Papiergeldschwindler, der Greuel aller Nationalökonomien und Krämerseelen, die Lebenskräfte zu solchen Taten schöpft, soll jetzt aufgedeckt werden.

### **b) Die Erklärung der Tatsache.**

*Wenn ein Mensch irgend einen Gegenstand braucht und haben will, und es trifft sich, daß der gesuchte Gegenstand im Besitze anderer, und sonst nicht zu haben ist, so wird er sich in der Regel genötigt sehen, etwas von seiner Habe anzubieten, um den Besitzer der gesuchten Sache zu veranlassen, ihm das, was er braucht, abzutreten. Er wird also den Gegenstand durch Tausch an sich bringen. Und selbst dann wird er das tun*

*müssen, wenn dem anderen der gesuchte Gegenstand stofflich nutzlos ist. Es genügt, wenn der Eigentümer weiß, daß der Andere den Gegenstand braucht oder gar haben muß, dann gibt er ihn sicher nicht umsonst, ja, in vielen Fällen wird es vorkommen, daß jemand eine Sache nur darum aufhebt und in Besitz nimmt, weil er weiß, daß hinter ihm jemand folgt, der die Sache nützlich verwenden kann. Und je dringender dieser Andere den Gegenstand braucht, um so höher wird der Besitzer seine Forderungen schrauben.*

Das hier Gesagte erscheint heute so selbstverständlich und natürlich, daß viele es für überflüssig ansehen werden, es auszusprechen, ja, so viel ich weiß, ist es hier das erste Mal, daß in einer volkswirtschaftlichen Schrift dieser Satz niedergeschrieben wird. Und doch handelt es sich hier um das eigentliche Grundgesetz der heutigen Volkswirtschaft; das Grundgesetz des Handels, der wirtschaftlichen Beziehungen der Bürger untereinander und der Bürger zum Staate.

Die obige „welterschütternde“ Entdeckung (!) ist nicht weniger blöde und dumm und selbstverständlich als die Newton'sche Entdeckung der Schwerkraft. Dafür hat sie auch für die Volkswirtschaft die gleiche bahnbrechende Bedeutung, die der Newton'schen Entdeckung für die Wissenschaft zugesprochen wird.

Durch die Inbesitznahme oder Aneignung eines Gegenstandes, den man nicht selbst gebrauchen kann, der aber, wie wir annehmen oder wissen, von anderen gesucht wird, können wir nur einen Zweck verfolgen: wir wollen diesen anderen Verlegenheiten bereiten und diese Verlegenheiten ausbeuten. Wir wollen Wucher mit dem Gegenstand treiben, denn jemand in Verlegenheit bringen und diese Verlegenheit ausbeuten, heißt Wucher treiben.

Der Umstand, daß diese Ausbeutung eine gegenseitige ist, beschönigt vielleicht den Sachverhalt, ändert aber nichts daran, daß die wechselseitige Ausbeutung der Notlage des Nächsten [Man braucht hier durchaus nicht immer an frierende Bettler zu denken. Der 100fache Millionär *Rockefeller* ist jedesmal in solcher „Notlage“, wenn Brennstoffsurrogate den Absatz des Petroleums hemmen. Auch *Krupp* ist jedesmal in „Notlage“, wenn er für die Erweiterung seines Werkes den Acker eines Bäuerleins braucht.] die nach allen Regeln Kaufmännischer Kunst betriebene gegenseitige Plünderung die Grundlage unserer Volkswirtschaft bildet, die Grundlage, auf der der Tausch aller Waren sich abspielt, das ökonomische Grundgesetz, welches das Tauschverhältnis der Produkte, die Preise der Waren selbstherrlich bestimmt. Nähme man diese Grundlage fort, so würde unsere Volkswirtschaft in sich zusammenstürzen, und es bliebe für den Austausch der Produkte kein anderes Kriterium übrig, als sie nach christlicher, sozialistischer, kommunistischer, brüderlicher Vorschrift gegenseitig zu verschenken.

Sind Beispiele nötig zur Erläuterung dieses Satzes?

Warum erhebt die Post für einen Brief 10 Pf. und für eine Drucksache 3 Pf., trotzdem die Leistung der Post bei beiden Gegenständen die gleiche ist? Doch nur, weil der Briefschreiber in der Regel zwingende Gründe für den Brief hat, während der Versand der Drucksache oft unterbleiben würde, wenn das Porto höher wäre. Der Briefschreiber ist in einer Zwangslage, der Absender der Drucksache nicht, darum allein muß der Briefschreiber für die gleiche Leistung das doppelte Porto bezahlen!!

Warum werden in Deutschland Apotheken mit einem Inventar von 10.000 Mark für eine halbe Million verkauft? Weil das Staatsmonopol dem Apotheker gestattet, die Notlage der Kranken schonungsloser auszubeuten, als es bei Freihandel möglich wäre, weil die auf Krücken ankommenden Kunden nicht wie ein gesunder Springinsfeld den Wettbewerb der Nachbarapotheke ausspielen können.

Warum gehen oft die Preise des Getreides in Deutschland, trotz reicher Ernten, in die Höhe? Weil der Grenzzoll den Wettbewerb ausschließt, weil der Bauer weiß, daß seine Landsleute sein Getreide kaufen müssen usw.

Es heißt zwar, die „Marktverhältnisse“ trieben die Preise auf und ab, man sucht das persönliche Moment, die Handlung auszuschließen und einen Sündenbock für solchen Wucher verantwortlich zu machen, indem man sagt, die Preise würden durch Nachfrage und Angebot bestimmt; aber was wären solche Marktverhältnisse, solche Konjunkturen, was wären Nachfrage und Angebot ohne handelnde Personen? Diese handelnden Personen bewirken die Preisverschiebungen, und als Werkzeug dienen ihnen die Marktverhältnisse. Die handelnden Personen aber sind wir, wir alle, das Volk. Jeder, der etwas zu Markte trägt, ist von demselben Geist beseelt, so hohe Preise zu fordern, wie es die Marktverhältnisse zu fordern gestatten. Und jeder sucht sich zu entschuldigen (wie auch jeder durch die Wechselseitigkeit des ganzen Systems entschuldigt wird), indem er sich auf die unpersönlichen Marktverhältnisse beruft.

Freilich, wer wie *Karl Marx* behauptet, daß sich die Waren selbst austauschen und zwar im Verhältnis zu „ihrem Werte“, der braucht nicht zu wuchern, der braucht keine Notlage auszubeuten, der kann seine Arbeiter aushungern, seine Schuldner auswuchern, ohne Gewissenspein zu empfinden. Denn den Wucher begeht in diesem Falle nicht er, sondern die Sache, sein Eigentum. Nicht er tauscht, sondern die Wichse tauscht sich gegen Seide, Weizen, Leder [Das Kapital Bd. 1, S. 3.]. Die *Ware* begeht also den Handel und zwar auf Grund „ihres Wertes“.

Wer aber diese mysteriöse, gespensterhafte Eigenschaft der Waren, den sogenannten „Wert“ nicht zu erfassen vermag und darum den Tausch der Produkte als eine Handlung, die Waren

und Marktverhältnisse als ein Werkzeug dieser Handlung betrachtet, der wird für solche Handlung, wie bereits erwähnt, keine anderen Richtpunkte finden, als den Wunsch, der alle Warenbesitzer beseelt, möglichst wenig zu geben und möglichst viel zu nehmen. Er wird bei jedem Tausch, in den Lohnverhandlungen wie bei den Börsenjobbern, beobachten, wie alle Parteien sich danach erkundigen, wie die Marktverhältnisse sind, ob der Käufer dringend der Ware bedarf, und namentlich wird er sich hüten zu zeigen, daß er selbst es nötig hat, seine Waren eilig zu verkaufen. Kurz, er wird sich überzeugen, daß die Grundsätze des Wuchers auch die des Handels im allgemeinen sind, er wird zwischen Handel und Wucher nur quantitative, keine qualitativen Unterschiede feststellen. Der Warenbesitzer, der Arbeiter, der Börsianer hat es auf die Ausbeutung der Marktlage, des Volkes en Gros abgesehen. Der Professionswucherer konzentriert seine Angriffe mehr auf eine Person; das ist vielleicht alles, was den Handel vom Wucher unterscheidet.

Darum wiederhole ich: *Die Ausbeutung der Notlage des Nächsten, um für eine möglichst geringe Leistung eine möglichst große Gegenleistung herauszuholen, das ist die Energie, welche den Austausch der Produkte leitet und beherrscht.*

Es ist nötig, dieses mit rücksichtsloser Klarheit festzustellen, denn nur von dieser Erkenntnis aus kann die Möglichkeit des Papiergeldes voll begriffen werden.

Angenommen nun, Müller wäre auf irgend eine Weise in den Besitz eines für irgend eines seiner geistigen oder körperlichen Bedürfnisse nutzlosen Stückchens Geldpapier gelangt, und Schulz ersucht ihn, ihm den Fetzen zu überlassen, weil er ihn zu irgend einem Zwecke gebrauchen kann, so wird nach obiger Erkenntnis Müller das Geldpapier nicht unentgeltlich hergeben.

*Die Entgeltlichkeit aber würde schon das Geldpapier in Papiergeld verwandeln, denn alles, was wir zunächst vom Papiergeld erwarten, ist, daß es mehr als das Geldpapier kostet.* Es soll nicht umsonst zu haben sein. Seinen Zweck erfüllt ja das Geld dadurch, daß immer wieder jemand das Geld sucht und zu seiner Erlangung etwas in Tausch geben muß.

Die bürgerlichen und sozialistischen Lehrsätze verneinen solche Entgeltlichkeit, müssen sie verneinen, denn die Entgeltlichkeit würde die Hergabe des Geldpapiers zu einem Tausche stempeln, und der Tausch setzt nach ihren Worten den Tauschwert, den Stoffwert oder Wertstoff voraus, und wir nehmen an, daß jenes Stückchen Geldpapier frei sei von Tauschwert, Wertstoff oder Stoffwert. (Ganz einerlei, ob sich einer unter diesen Ausdrücken etwas vorstellen kann oder nicht.) Beim Tausche könne ja eine Ware immer nur den Wert eintauschen, den sie selber besitzt (innerer Wert), so sagt die bürgerliche und sozialistische „Wertlehre“, und wenn der gedachte Fetzen Geld-

papiers keinen Tauschwert besitzt, so ist der Tausch, jede Entgeltlichkeit ausgeschlossen. Es fehle für solchen Tausch sowohl jedes „Wertmaß“ zur „Ausmessung“ der Gegenleistung, wie auch die „Werteinheit“ zur „Berechnung“ der Gegenleistung. Geldpapier und Waren seien einfach inkommensurable Größen.

Wir brauchen also zur Erklärung der Möglichkeit, daß Geldpapier sich in Papiergeld verwandeln kann, nur noch nachzuweisen, daß Schulz wirklich in die Lage kommen kann, das im Besitze Müllers befindliche Stückchen Geldpapier an sich zu bringen.

Ein solcher Nachweis ist aber leicht genug zu erbringen.

Die Produkte der Arbeitsteilung [Unter Arbeitsteilung ist hier solche Arbeit zu verstehen, die Tauschgegenstände, also Waren erzeugt, im Gegensatz zur Urwirtschaft, die auf die unmittelbare Bedürfnisbefriedigung gerichtet ist. Die industrielle Arbeitsteilung, darin bestehend, daß die Herstellung der einzelnen Waren in Teile zerlegt wird, ist nur technische Arbeitsteilung und nicht mit der ökonomischen Arbeitsteilung zu verwechseln.], die Waren, sind von vornherein für den Tausch bestimmt, d. h., sie haben für ihre Verfertiger die gleiche Bedeutung, die das Geld für uns alle hat – sie sind als *Tauschobjekt* nützlich. Nur die Aussicht, die Produkte (Waren) gegen andere Waren *tauschen* zu können veranlaßt die Produzenten, die Urwirtschaft zu verlassen und die Arbeitsteilung einzuführen.

Zum Tausch der Produkte gehört aber wieder ein *Tauschmittel*, sogenanntes Geld, denn ohne solches Tauschmittel wäre man auf den Tauschhandel angewiesen, von dem wir wissen, daß er bei einer gewissen Entwicklung der Arbeitsteilung einfach versagt. Jeder kann sich leicht vorstellen, daß der Tauschhandel ganz primitive Zustände voraussetzt.

Das Geld, ein Tauschmittel, ist die Grundlage und Voraussetzung entwickelter Arbeitsteilung, der sogenannten Warenproduktion. *Für die Arbeitsteilung ist ein Tauschmittel unentbehrlich.* Ich brauche dies hier nicht weiter darzutun – diese Seite des Geldwesens ist von der volkswirtschaftlichen Literatur genügend betrachtet worden.

Aber es gehört zum Wesen eines Tauschmittels, daß bei der Herstellung desselben die Gewerbefreiheit auf irgend eine Weise ausgeschaltet werde. Stände es jedermann frei, Geld zu verfertigen, und zwar jeder nach seiner Weise, so würde die Vielgestaltigkeit solchen Geldes dieses für den Zweck, den es erfüllen soll, einfach unbrauchbar machen. Jeder würde sein eigenes Produkt als Geld erklären, und damit wären wir ja wieder beim Tauschhandel angekommen.

Wie nötig die Einheitlichkeit im Geldwesen ist, erkennt man auch daran, daß man nicht einmal mit der Doppelwährung auskommen zu können glaubte. Und wie wäre es, wenn man sich zwar über die Goldwährung geeinigt hätte (eine solche

„Einigung“ fällt aber an sich schon mit dem Begriff „Staat“ zusammen, denn alles das, worüber wir Einigung erreicht haben, bildet das eigentliche Baumaterial des Staates), man aber die Gewerbefreiheit in der Herstellung der Münzen beibehalten hätte und nun Münzen von jedem möglichen Feingehalt umliefern?

Wie aber auch immer diese notwendige Ausschließung der Gewerbefreiheit bei der Herstellung des Geldes erzielt wird, ob durch gesetzliches Verbot, oder durch natürliche Schwierigkeiten für die Beschaffung des Materials (Gold, Kauri usw.), ob man dabei bewußt vorgegangen ist, wie beim Papiergeld, oder unbewußt, wie beim Gold, ob das Volk in einer Versammlung feierlich darüber beschloß, oder dem Schube der vorwärtsdrängenden Volkswirtschaft nachgab, einerlei, es handelt sich da um eine Handlung des Volkes, und was ist eine solche einmütige Handlung anders als ein Gesetz, als eine staatliche Handlung? Das Tauschmittel trägt also immer den Charakter einer staatlichen Einrichtung, und diese Bezeichnung verdient sowohl das gemünzte Metall, wie auch die Kaurimuschel und die Banknote. Von dem Augenblick an, wo das Volk dazu gekommen ist (einerlei wie), einen bestimmten Gegenstand als Tauschmittel anzuerkennen, hat dieser Gegenstand den Charakter einer staatlichen Einrichtung.

Also entweder staatliches Geld oder überhaupt kein Geld. Gewerbefreiheit in der Herstellung des Geldes ist einfach unmöglich. Ich brauche mich auch hier nicht weiter aufzuhalten, denn die Sache ist selbstverständlich.

Der Umstand, daß wir heute die Produktion des Geldstoffes freigeben und dabei durch das freie Prägerecht den Geldstoff praktisch zu Geld machen, sagt gar nichts gegen diesen Satz, denn trotz Prägerecht ist der Geldstoff an und für sich doch kein Geld, wie die Geschichte der preußischen Taler das schlagend beweist. Dieses freie Prägerecht wird durch Gesetz erteilt, haftet also nicht am Gold und kann durch Gesetz jeden Tag zurückgezogen werden. (Silbersperre.)

Übrigens ist diese Gewerbefreiheit in der Produktion des Geldstoffes (Gold) auch nur eine nominelle, da die Natur der Goldproduktion diese Freiheit wieder zunichte macht.

Auch der Umstand, daß man früher in manchen unentwickelten Ländern, z. B. in Nordamerika während der Kolonialzeit, Pulver, Salz, Tee, Felle usw. als Tauschmittel benutzte, sagt nichts gegen obigen Satz, denn hier handelt es sich direkt um Tauschhandel, nicht um Geld. Das im Tausch gegen die eigenen Produkte erhaltene Salz (Tee, Pulver usw.), wurde einfach im Hause verbraucht und nicht weitergegeben. Diese Waren zirkulierten nicht, sie kamen niemals zum Ausgangspunkt (Hafen) zurück, sondern wurden ihrer körperlichen Eigenschaften wegen gekauft und verbraucht. Sie mußten immer wieder durch neue ersetzt werden. Zum Wesen des Geldes gehört es aber, daß

das Geld nicht seines Materials (Geldstoffes) wegen gekauft werde, sondern seines Charakters als Tauschmittel wegen: daß es nicht *verbraucht*, sondern nur als *Tauschmittel* gebraucht werde. Das Geld beschreibt einen Kreis, den es ewig durchläuft; es kehrt zum Ausgangspunkt zurück. Um als Geld betrachtet werden zu können, hätte das Teepaket, nachdem es von China kommend jahrelang durch die Kolonien Nordamerikas gepilgert war, wieder mal nach China zurückwandern müssen, wie das doch mit den jetzigen Silberdollars in Amerika der Fall ist, die etwa von Colorado kommend auf dem Handelswege nach China gelangen, dort sich jahrzehntelang herumtreiben, um gelegentlich wieder auf dem Handelswege zur Lohnzahlung in die Silbergruben Colorados hinabzusteigen. Das Teepaket wurde auch immer teurer, je weiter es sich vom Hafen entfernte, alle Fracht, Handels- und Zinsspesen wurden auf seinen Preis geschlagen, während obiger Silberdollar, nachdem er vielleicht zehnmal die Reise um die Welt gemacht, dem Arbeiter in der Silbergrube zum gleichen Preise, wofür er ihn ursprünglich geliefert, zurückgegeben werden mag. In fast allen Ländern findet man Münzen, die 100 und mehr Jahre alt sind, die vielleicht 100.000mal den Besitzer gewechselt haben, ohne daß es in der langen Reihe einem einzigen je eingefallen wäre, sie zu konsumieren, d. h., sie des Silber- oder Goldgehaltes wegen einzuschmelzen. Sie sind 100 Jahre lang als Tauschmittel gebraucht worden. 100.000 Besitzern waren sie nicht Gold, sondern Geld, keiner von ihnen bedurfte des Geldmaterials. Das Kennzeichen des Geldes ist eben, daß dem Inhaber das Geldmaterial gleichgültig ist. Darum, d. h, dieser absoluten Gleichgültigkeit wegen, ist es auch allein erklärlich, daß giftige, mit Grünspan überzogene Kupfermünzen, verschlissene Silbermünzen, schöne Goldmünzen, bunte Papierfetzen pari einherlaufen.

Etwas anders als mit dem Tee verhält es sich schon mit den Kauri-Muscheln, die in Innerafrika als Tauschmittel benutzt werden und die schon mehr Ähnlichkeit mit dem Geld haben. Die Kaurimuschel wird nicht konsumiert; ihr gegenüber sind die Käufer viel gleichgültiger als die Käufer von Tee und Pulver. Sie zirkuliert, braucht nicht immer ersetzt zu werden, mag sogar zuweilen zum Ausgangspunkt, der Küste zurückgelangen. Hier und da mag sie wohl auch von den Fräulein zu extramonetären Zwecken als Zierart verwendet werden, aber ihre wirtschaftliche Bedeutung stützt sich nicht mehr auf diese Verwendung. Die Kaurimuschel würde sicherlich wohl weiter als Tauschmittel verwendet werden, falls sie als Zierart ganz außer Mode käme, vorausgesetzt, daß kein anderer Gegenstand die Kaurimuschel als Tauschmittel vom Markte verdrängte. Sie wäre dann reines Tauschmittel, wirkliches Geld, wie unsere Kupfer-, Nickel-, Silber- und Papiermünzen, die ja auch keine andere Verwendung wirtschaftlich zulassen, als die eines Tauschmittels. Und wir könnten sie auch, wie unser heutiges Geld, als staatliches Geld oder wenigstens gesellschaftliches Geld bezeichnen, mit



der Einschränkung, die der Begriff Staat in so primitiven Verhältnissen erfährt. Das Staatsmonopol der Geldfabrikation wäre hier, ähnlich wie bei der Goldwährung, durch die Unmöglichkeit gewahrt, Muscheln nach Belieben zu produzieren, da sie Tausend Meilen weit am Meeresstrand gefunden werden. (Die Muschel ist, wie das Gold für den Europäer, nur auf dem Handelsweg, durch Tausch erreichbar.)

Ist es aber so, daß für die Arbeitsteilung ein Tauschmittel, also Geld, unentratbare Voraussetzung ist, und daß ein solches Tauschmittel nur als *staatliches*, d. h. vom *Staate* verfertigtes oder kontrolliertes Geld, von *staatlichen* Gesetzen, speziellen Währungsgesetzen beherrschtes Geld denkbar ist, so fragt es sich, was der Warenproduzent mit seinen Produkten anfangen kann, falls er sie auf den Markt bringt, und er dort auf kein anderes Geld stößt, als Geldpapier, *weil der Staat kein anderes Geld als Papiergeld herstellt?* Weist der Produzent das Geld zurück (etwa weil es den bürgerlichen und sozialistischen Werttheorien widerspricht), so muß er auch auf den Austausch seiner Produkte verzichten und die Kartoffeln, Zeitungen, Besen oder was es sei, wieder nach Hause bringen, um sie dort selber zu verbrauchen. Auf sein Gewerbe, auf die Arbeitsteilung muß er überhaupt verzichten, denn wie will er etwas kaufen, wenn er selber nichts mehr verkauft, wenn er das Geld, das der Staat in Umlauf gesetzt hat, nicht annehmen will? Er wird also der Regel nach nur 24 Stunden streiken können, nur 24 Stunden wird er seiner Werttheorie treu bleiben und gegen den „Papiergeldschwindel“ protestieren können. Dann werden ihn Hunger, Durst und Kälte müde machen und ihn zwingen, seine Waren gegen Papiergeld anzubieten, dem der Staat die Inschrift gegeben:

„Der Vorzeiger dieses erhält auf der Reichsbank  
– 100 Knutenhiebe, –  
auf den Märkten aber an Waren soviel, wie ihm  
Nachfrage und Angebot zumessen werden.“

Hunger, Durst und Kälte (zu denen sich noch der Steuerexekutor gesellen mag) werden alle, die nicht zur Urwirtschaft zurückkehren können, (heute die ausnahmslose Regel für die Bürger eines modernen Staates) alle, die die Arbeitsteilung, ihr Gewerbe weiter betreiben wollen, zwingen, ihre Produkte gegen das vom Staate ausgegebene Geldpapier anzubieten, d. h. mit ihren Produkten Nachfrage nach Geldpapier zu halten, und diese Nachfrage wird wiederum alle, die in den Besitz solchen Geldpapiers gelangt sind, veranlassen, dieses nicht umsonst herzugeben, sondern soviel dafür zu fordern, wie es die Marktverhältnisse gestatten werden.

Das Geldpapier verwandelte sich also in Papiergeld:

1. Weil die Arbeitsteilung große Vorteile bietet.
2. Weil die Arbeitsteilung Waren erzeugt, die nur als Tauschobjekte dem Verfertiger nützlich sind.

3. Weil der Austausch der Waren, bei einer gewissen Entwicklung der Arbeitsteilung, ohne Tauschmittel unmöglich wird.
4. Weil das Tauschmittel, seiner Natur nach, nur als gesellschaftliches, staatliches Geld denkbar ist.
5. Weil nach unserer Annahme der Staat kein anderes Geld als nur Geldpapier verfertigte.
6. Weil alle Besitzer der Waren vor der Entscheidung standen, entweder das Geldpapier des Staates im Tausch gegen ihre Produkte anzunehmen, oder aber auf die Arbeitsteilung zu verzichten und
7. schließlich, weil die Inhaber des Geldpapiers dieses nicht umsonst hergaben, sowie sie sahen, daß die in Verlegenheit gebrachten Warenbesitzer ihre Waren gegen Geldpapier anboten.

Der Beweis, daß man Geld aus Zellstoff machen kann, ist also in allen Teilen lückenlos erbracht, und ich könnte nun gleich zu der nächsten Frage „Wieviel ein Stück Geldpapier an Waren dem Besitzer einbringen wird und soll“ übergehen. Aber die Wichtigkeit des Gegenstandes veranlaßt mich, Rücksicht auf die dem Papiergeldbegriff entgegenstehenden Vorurteile zu nehmen und die Hirngespinnstigkeit der wichtigsten derselben darzutun. Ich hoffe dadurch das Vertrauen derjenigen umsichtigen Leser zu gewinnen, die zwar anerkennen, der oben erbrachte Beweis wäre wohl richtig aus den genannten Prämissen gezogen, die dann aber fürchten, diese Prämissen wären vielleicht nicht vollständig, und daß die Sache an irgend einem nicht erwähnten Umstand scheitern könnte. Ich bedarf aber, um weiter [Übrigens erwähne ich hier vorsichtshalber noch einmal, daß ich bisher nur die Möglichkeit, aus Geldpapier Papiergeld zu machen, behandelt, die Frage aber, welche Vorteile ein solches Geld gegenüber dem Metallgeld haben könnte, ganz unberührt gelassen habe. Das kommt später.] auf dem erbrachten Beweis bauen zu können, der vollen Überzeugung des Lesers, daß man Zellstoffgeld, Geld ohne Wertstoff und ohne Stoffwert, Papiergeld mit irgend einer der oben erwähnten Inschriften wirklich machen kann. Es ist dies die unentratbare Voraussetzung, um auch weiter im Einverständnis mit meinem Leser zu bleiben. Wenn es nicht ebenso wahr ist, daß man mit Papier Geld machen kann, wie daß „Marley tot war“, so fällt alles, was ich noch sagen werde, als wesenlos in sich zusammen.

Ich hätte mir die Sache auch leicht machen können, wie andere, die sich mit dem Papiergeldproblem abgeplagt haben; ich hätte sagen können, der Staat fordere die Bezahlung der von ihm ausgeschriebenen Steuern und Bußen in Geldpapier. Wenn der Staat z. B. Briefmarken nur gegen Geldpapier seiner Fabrikation verkauft, wenn er die Bahngelder nur in seinem Geldpapier einfordert, wenn man die Zölle, das Kirchengeld, das Schulgeld,

das Holz der Staatsforsten, das Salz der Staatsdomänen usw. nur mit staatlichem Papiergeld zahlen kann, so wird jeder ein solches Papier als etwas sehr kostbares aufbewahren und es nicht unentgeltlich abgeben. Der Staat liefert dem Inhaber statt Gold Staatsleistungen. Eine vielgestaltige statt einer eingestaltigen Leistung. Dann wären es diese Leistungen, die dem Papiergeld Leben geben.

Aber mit dieser Erklärung würden wir, wie wir das noch kennen lernen werden, nicht weit kommen und bald, wie alle Papiergeldreformer und Geldpapierfabrikanten wiederkäuend vor dem Berge stehen. Wer die wahre Grundlage des Papiergeldes, das sind die oben erwähnten 7 Punkte, nicht erkannt hat – kann keine einzige wirtschaftliche Erscheinung auf ihren letzten Grund zurückführen.

Im Vordergrund der „Beweise“ gegen die Möglichkeit des Papiergeldes steht die Behauptung, sozusagen das Paradedpferd der Metallisten, „Ware könne nur mit Ware getauscht werden, da niemand einen nützlichen Gegenstand gegen einen unnützen (Papiergeldfidibus) hergeben wird“.

Mit diesem blendenden Satze, der so einleuchtend klingt, daß ihm, so viel ich weiß, sämtliche Papiergeldtheoretiker vorsichtig aus dem Wege gegangen sind, wahrscheinlich, weil sie dem Trugschluß nicht beikamen, hat man immer das Papiergeld von vornherein als unmögliche Bestrebung kennzeichnen können und alle wissenschaftlich vorgehenden Forscher von vornherein von dem Papiergeldproblem ferngehalten.

Also Ware kann nur gegen Ware ausgetauscht werden. Das ist zweifellos richtig, aber was ist Ware? Ware ist das Produkt der Arbeitsteilung, und die Produkte der Arbeitsteilung sind ihren *Verfertigern* nur als Tauschmittel nützlich, unmittelbar aber *nutzlos*, wie wir das bereits gezeigt haben. Was könnte ein Gutsbesitzer mit den 1000 Tonnen Kartoffeln, was würde der mit einer Million Spindeln arbeitende Spinnereibesitzer mit dem Garn anfangen, wenn er es nicht verkaufen könnte, wenn ihm das Garn nicht als Tauschobjekt diene?

So betrachtet klingt der Satz schon anders, wenn wir sagen, Ware könnte nur gegen Ware verkauft werden, denn er verlangt vorerst (im Ausdruck „Ware“ ist es implizite gesagt) nur, daß das, was ausgetauscht wird, für seine Besitzer oder Verfertiger *nutzlos sei*. *Er fordert darum auch nur, daß das, was gegen die Ware ausgetauscht wird – auch seinem Besitzer nutzlos sei.* – *Und ist das nicht der Fall mit dem Papiergeldfidibus?* Ist der Fidibus, wenn wir von seiner Eigenschaft als Geld absehen, nicht ein gänzlich nutzloser Gegenstand?

Also der Satz „Ware kann nur gegen Ware ausgetauscht werden“ verwandelt sich so schon in einen Beweis für, nicht gegen die Papiergeldtheorie, er zeugt gegen nicht für das Metallgeld.

Und wie steht es mit der Begründung: „Da niemand einen nützlichen Gegenstand gegen einen unnützen hergibt“? *Wird hier nicht der Vordersatz „Ware kann nur gegen Ware umgetauscht werden“, direkt umgestoßen?* In der Behauptung wird von Ware gesprochen, und Ware ist dem Besitzer immer ein unnützes Ding. In der Begründung aber wird nicht mehr von der Ware gesprochen, sondern von nützlichen Dingen, von Gebrauchsgütern. Auf unsere Beispiele angewandt lautet also obiger Satz wie folgt:

Kartoffeln können gegen Garn ausgetauscht werden, weil Kartoffeln dem Gutsbesitzer und Garn dem Spinnereiaktenbesitzer durch ihre Substanz nützliche Dinge sind. Und dies ist doch offenbar falsch. Was könnte, ich wiederhole die Frage, der Spinnereibesitzer mit all dem Garn anfangen?

Wenn nun auch die Begründung falsch ist, so ändert das nichts an der Richtigkeit der Behauptung, daß Ware nur gegen Ware ausgetauscht werden kann, und um das Papiergeld mit dieser Behauptung in Einklang zu bringen, müssen wir nachweisen können, daß das Geldpapier ebensogut Ware ist, wie alle Waren, deren Tausch es vermitteln soll. Wohlverstanden, das Stück Geldpapier, der bunte Zettel mit der tollen Aufschrift:

„100 Knutenhiebe“

werden im Reichsgeldamt dem Vorzeiger dieses ohne Legitimation erteilt; auf dem Markte aber erhält der Inhaber an Waren so viel wie er damit erhandeln kann.“

soll an und für sich alle Eigenschaften einer so wichtigen Ware, wie es doch das Geld ist, besitzen. Wir wollen für das Papiergeld keine erborgten, erschlichenen, übertragenen Eigenschaften. Den Papiergeldfidibus sollen wir namentlich nicht darum als Ware anerkennen, weil der Staat irgend eine von der Funktion als Geld unabhängige Leistung dem Inhaber verspricht. Im Gegenteil, ich will den Leser dahin bringen, daß er den paradox klingenden Satz unterstreicht:

*Das Papiergeld ist chemisch reine Ware und zwar der einzige Gegenstand, der uns schon als Ware nützlich ist.*

Welche Eigenschaften muß ein Ding in sich vereinigen, um als Ware angesehen zu werden?

1. Es muß dafür Nachfrage bestehen, d. h., es muß irgend jemand da sein, der den Gegenstand haben will oder haben muß, und der darum bereit ist, eine andere Ware dafür in Tausch zu geben.

2. Um diese Nachfrage zu erzeugen, muß der betreffende Gegenstand dem *Käufer* natürlich nützlich sein, denn sonst sucht und bezahlt man den Gegenstand nicht. Flöhe, Unkraut und Gestank sind aus diesem Grunde keine Waren, auch alles nicht, was keinen Eigentümer hat. Ist der Gegenstand aber nützlich (wohlverstanden dem Käufer, nicht dem Besitzer nütz-

lich) und kann man ihn nicht umsonst erhalten, so sind alle Bedingungen erfüllt, die eine Sache zur Ware machen.

Daß das Geldpapier die Bedingung 1 erfüllt, haben wir bereits bewiesen, als wir zeigten, *daß das Geld, und zwar staatliches Geld, unentratbare Voraussetzung entwickelter Arbeitsteilung ist und daß alle Warenbesitzer durch die Natur ihres Besitzes gezwungen würden, ihre Waren gegen Geldpapier anzubieten, also Nachfrage nach Geldpapier zu halten, falls der Staat kein anderes Geld machte*. Würde man in Deutschland mit dem Golde heute ebenso verfahren, wie man mit dem Silber verfuhr, und würde der Staat das Gold durch Geldpapier ersetzen, so müßten auch alle Warenbesitzer und Warenverfertiger unter das Joch dieses Papiergeldes sich beugen. Alle ohne Ausnahme wären gezwungen, mit ihren Produkten Nachfrage nach dem Geldpapier zu halten. Ja, man könnte sagen, die Nachfrage nach Geldpapier wird unbedingt genau so groß sein, wie das Angebot von Waren, das seinerseits wieder der Warenproduktion entspricht.

Bedingung Nr. 1 einer Ware erfüllt also das Geldpapier in kräftigster Weise. Petroleum, Weizen, Baumwolle, Eisen sind sicherlich auch Dinge mit ausgesprochenem Warencharakter; sie gehören zu den wichtigsten Stapelartikeln des Marktes. Trotzdem ist für diese Waren die Nachfrage nicht so solide fundiert wie beim Papiergeld. Jeder, der heute Waren erzeugt, also ein Gewerbe betreibt, d. h., die Urwirtschaft aufgegeben und die Arbeitsteilung eingeführt hat, hält mit seinen Produkten Nachfrage nach einem Tauschmittel – alle Waren, ohne Ausnahme, verkörpern Nachfrage nach Geld, d. h. nach Geldpapier, wenn der Staat kein anderes Geld herstellt –, aber nicht alle Warenbesitzer kaufen mit dem Gelde, das sie für ihre Produkte gelöst, Eisen, Petroleum, Weizen. Auch gibt es für Eisen, Petroleum, Weizen viele Surrogate, während es für das Geld nur ein einziges Surrogat gibt, das ist die Urwirtschaft oder der Tauschhandel, und diese Surrogate kämen erst dann in Betracht, wenn die 90% unserer heutigen Bevölkerung, die der Arbeitsteilung ihr Dasein verdanken, verhungert, tot und begraben wären.

Die Nachfrage für das Geldpapier wird also durch alle Produkte der Arbeitsteilung hervorgerufen, d. h. durch die Wareneigenschaft dieser Produkte. Die Arbeitsteilung, die Urmutter der Ware, ist die unerschöpfliche Quelle der Nachfrage für Geld, während die Nachfrage für die sonstigen Waren viel weniger solid gefügt ist.

Die Entstehung der Nachfrage nach einer Sache kann man sich natürlich nur dadurch erklären, daß der nachgefragte Gegenstand (hier das Papiergeld) dem Käufer (nicht dem Besitzer) irgend einen Dienst erweist, also nützlich ist. (Punkt 2.)

Nun frage ich: Ist der zu Geld erhobene Papierfidibus, das staatlich allein anerkannte und dadurch allein mögliche Tausch-

mittel, der viereckige bedruckte bunte Zettel, kein nützliches Ding?

Ist das Ding da, der Fidibus, der dem Arbeiter, dem Arzt, dem Tanzlehrer, dem König, dem Pastor gestattet, ihre ihnen persönlich absolut nutzlosen Produkte oder Leistungen gegen Gebrauchsgüter umzutauschen, kein nützlicher Gegenstand?

Wir müssen hier selbstverständlich nicht, wie es in der Regel der Fall ist, an das Material des Geldes, an den Fidibus denken, sondern an das Ganze, an den Fidibus mit seinen staatlichen Vorrechten als Tauschmittel, als Geld. Wir müssen uns das Geld als ein Fabrikat denken, sogar als ein gesetzlich geschütztes und vom Staate monopolisiertes Fabrikat.

Gewiß, wenn wir die Hauptsache am Papiergeld, seine Eigenschaft als gesetzlich allein anerkanntes und praktisch alleinherrschendes Tauschmittel abziehen, so bleibt wahrhaftig nur nutzlose Makulatur übrig; *aber geschieht mit den meisten Dingen nicht genau dasselbe, wenn man von ihrem Gebrauch absieht und nur an das Material denkt?* Kratzen wir von einem Ölbild die Farben zusammen, schlagen wir mit dem Hammer auf eine Scheidemünze, auf ein Tintenfaß, eine Suppenschüssel – was bleibt? Makulatur, Unrat. Betrachten wir ein Haus als einen Steinhafen, die Königskrone als Metall, ein Buch als Papier, kurz, in allen Dingen nur den Stoff, so sehen wir in den weitaus meisten Fällen auch nicht viel mehr als einen Fidibus.

Wir brauchen das Piano nicht als Brennholz, die Lokomotive nicht als Gußeisen und das Papiergeld nicht als Tapete. Also warum spricht man nur immer vom Zellstoff, wenn vom Papiergeld die Rede ist? Warum sprechen wir nicht vom Tauschmittel?

Wir betrachten alle übrigen Dinge als das, wofür sie bestimmt sind, und wenn wir das auch beim Papiergeld täten so würden wir sehen, daß es sich nicht um ein Stückchen Papier handelt, sondern um ein höchwichtiges *Fabrikat*, um das wichtigste und nützlichste aller Gebrauchsgüter.

Daß dieses Fabrikat so gut wie keine Produktionskosten verursacht, kann ihm nichts verschlagen. Wir suchen in den sonstigen Dingen, die wir kaufen, doch auch nicht das Blut und den Schweiß der Proletarier.

Hat etwa der gesamte, nach Milliarden berechnete Bauplatz der Stadt Berlin einen Pfennig Produktionskosten verursacht?

Man sehe also bei der Betrachtung des Papiergeldes ganz vom Fidibus ab, man gewöhne sich daran, dieses Geld als ein unentbehrliches, nützliches, dabei noch vom Staate geschütztes Fabrikat zu betrachten, und ohne Schwierigkeiten wird man dann in dem Geldpapier einen Gegenstand erkennen, der alle Eigenschaften einer Ware hat, und statt dann noch in der Existenz des Papiergeldes einen Widerspruch gegen die Theorie zu erblicken, daß Ware nur mit Ware bezahlt werden kann, wird

man im *Papiergeld* eine neue Bestätigung dieses Lehrsatzes erblicken.

Wer sich die Mühe geben will, die Währungsliteratur durchzustöbern, wird die Beobachtung machen, daß das Geld regelmäßig nicht als ein ganz bestimmten Zwecken dienendes Fabrikat (Tauschmittel), sondern als ein Rohstoff für Industriezwecke (Juwelier) behandelt wird, welches die Geldfunktionen nur nebenbei, vorübergehend oder interimistisch versieht. Dabei laufen in manchen Ländern und bis vor kurzem auch in Deutschland Münzen um, die vor 100 oder 200 Jahren geprägt wurden, während ein Jahr alte Waren in der Regel schon zu den Lagerhütern gerechnet und mit erheblichen Abstrichen in den Inventuren der Kaufleute aufgeführt wurden.

Wenn das Geld nur Rohmaterial zu Industriezwecken wäre, so würde jeder es nur kaufen, wie man jede andere Ware kauft, d. h. nur unter der Bedingung, daß man es, mit Zins und Profit belastet, wieder weitergeben kann. Nun rechne einer nach, für wieviel der schon erwähnte Dollar, der von den Colorado-Minen kommend, 10, 20 Jahre lang in China sich herumtrieb und dann wieder zur Lohnzahlung in den Colorado-Minen verwendet wurde, dort dem Arbeiter angerechnet werden müßte, der ihn selbst produziert hat, falls er auf dem langen Wege, immer wieder mit Zins, Fracht und Profit belastet, weitergegeben worden wäre. Und doch wäre diese Belastung nötig gewesen, wenn jeder den Dollar des Silbers wegen gekauft hätte, wenn niemand noch nebenbei einen anderen Nutzen aus dem Dollar gezogen hätte – nämlich den Tausch seiner Produkte gegen Gebrauchsgüter.

Man kann sogar das Geld und besonders das Papiergeld als die Ware bezeichnen, bei der der Warencharakter am reinsten hervortritt, denn das Geld und hauptsächlich das Papiergeld wird nur als Ware (Tauschware) benutzt, nicht aber wird das Geld gekauft, um es, wie es bei den übrigen Waren der Fall ist, in der Fabrik, in der Küche, also fern vom Markte, zu verbrauchen.

Das Geld ist und bleibt Ware; sein Nutzen liegt ausschließlich in seinem Gebrauch als Tauschware. Alle übrigen Waren werden nur zum Verbrauch gekauft (von den Kaufleuten abgesehen, für welche Ware und Geld – Ware bleiben). Man verfertigt die Ware zum Verkauf, aber man kauft sie zum Verbrauch. Man verkauft Ware, man kauft Gebrauchsgüter. Nur das Geld allein kauft jeder als Ware. Nur allein das Geld ist uns bereits als Ware ein nützliches Gebrauchsgut (nämlich als Tauschmittel); das Geld und vornehmlich das Papiergeld ist also überhaupt

*die einzig nützliche Ware.*

Die Metallisten begreifen das Metallgeld ganz regelmäßig nur als einen Rohstoff für die Goldschmiede. Eine Mark, sagt der Bimetallist *Arendt*, ist der 1392. Teil von einem Pfund Gold, und die Vertreter der Goldwährungstheorie haben natür-

lich keine Ursache gehabt, eine Ansicht anzugreifen, die ihrem Verfechter alle Waffen raubte für die Verteidigung seiner Sache [M. *Chevalier*, *La Monnaie*, Paris 1866, p. 36: „Ich glaube an dieser Grundanschauung festhalten zu müssen, die ich mit gutem Recht als eine andere Begriffserklärung des Geldes erklären kann, d. h., daß die Münzen einfache Metallbarren sind, deren Gewicht und Feingehalt gewährleistet sind.“].

Die Vertreter des Papiergeldgedankens, die doch dieses Märchen vor allen Dingen hätten widerlegen müssen, gehen regelmäßig, wie die Katze um den heißen Brei, um diese Frage herum. Daß das Geld an sich, ohne Rücksicht auf den Stoff, ein Fabrikat, ein nützlicher, ja unentbehrlicher Gegenstand ist, haben sie offenbar noch nicht klar genug eingesehen, und so fanden sich alle genötigt, bei dem Abfassen der Inschrift des Papiergeldes dem Inhaber irgend eine – *von der Geldfunktion gesonderte – Leistung* (Gold, Zins, Weizen, Arbeit, Land usw.) *zu versprechen. Der Austausch der Produkte, den das Geld allein ermöglicht, genügt ihnen als Leistung offenbar nicht, um dem Papiergeld Käufer oder Abnehmer zu sichern.*

Eine Ausnahme finde ich allein in der Inschrift des von der Provinz Buenos Aires 1869 ausgegebenen Papiergeldes, durch die, soweit mir bekannt, zum erstenmale der Geldbrief an sich (also der Zettel, das viereckige Stück bedruckten Papieres) für Geld erklärt und in der dem Inhaber keine Einlösung versprochen wird. Die Inschrift lautet:

La Provincia de Buenos-Ayres  
reconoce este Billete por  
un peso  
moneda corriente. 10 Enero de 1869.

Übersetzt: Die Provinz Buenos Aires anerkennt diesen Zettel für einen Peso (Taler) Landesgeld.

Ich habe nicht erfahren können, ob diese Inschrift ein Produkt der Erkenntnis ist oder einfach eine Verlegenheitsinschrift, wie die des jetzigen argentinischen Papiergeldes. die dem Inhaber bei Sicht x Taler *Papiergeld* in Zahlung zu geben verspricht. „La Nacion paragá al portador y á la vista y por medio del Banco de la Nacion 100 Pesos moneda nacional.“ Offenbarer Unsinn, denn ein Peso mon. nac. ist weiter nichts als der gleiche Papiertaler. Die Bank verspricht also dem Inhaber den Zettel in Zahlung desselben zurückzugeben.

Ein hirnverbrannter Vorschlag, der aber immer wieder bis in die neueste Zeit auftaucht, ist der: der Staat verfertigt Papiergeld in genügender Menge, um den gesamten Grundbesitz aufzukaufen und um so mit einem Schlage die soziale Hauptfrage zu lösen, nämlich die Grundrente dem Volke, das sie ja erzeugt, wieder zuzuführen. Der Grundbesitz dient dann dem Papiergeld als Deckung, wird aber, dem Zwecke der Sache entsprechend, dem Vorzeiger nicht wieder ausgeliefert. Der In-



haber muß sich mit der Sicherheit begnügen, wie er sich – so glaubt man – damit begnügt, daß die Banknoten durch Gold gedeckt sind. (Was aber durchaus nicht der Fall ist, denn der Inhaber der Banknoten begnügt sich mit dem Dienst, den die Banknoten als Tauschmittel verrichten. Wäre es nicht so, so würde er das Gold sofort abholen, wie es die Goldschmiede übrigens tun.) In diesem, unter jedem währungstechnischen Gesichtspunkt ganz tollen Vorschlag wird auch wieder ganz übersehen, daß die Vermittlung des Warentausches eine genügende Leistung des Papiergeldes ist, und daß, so lange wir diese Leistung dem Papiergeld sichern, (man braucht dazu nur kein anderes Geld zu machen), jede andere Leistung ebenso überflüssig ist, wie etwa dem Käufer eines Hammers es überflüssig erscheinen mag, daß der Hammer noch nebenbei als Rohstoff für den Hochofen dienen kann.

Die Schwierigkeit für das volle Erfassen des Begriffes „Geld“ liegt darin, daß sich das Geld nur in Einzelheiten mit anderen Dingen vergleichen läßt. Und ohne Vergleich läßt sich doch überhaupt nichts begreifen. Die Hauptschwierigkeit aber liegt darin, daß der Nutzen, den wir vom Geld erwarten, so ganz und gar von der Materie des Geldes unabhängig ist. Das Geld bedarf offenbar des Stoffes nur, um greif- und sichtbar zu sein, damit wir überhaupt sein Dasein feststellen und es übertragen können, nicht etwa weil wir etwas von der Substanz des Geldes erwarten. Wie könnte sich sonst eine Münze 1 bis 10 bis 100 Jahre im Umlauf erhalten, wie könnte sich eine Banknote 24 Stunden im Verkehr behaupten? Auf die Menge allein kommt es beim Geld an, denn von dieser Menge hängt es z. T. ab, wie groß das Angebot des Geldes und wie groß die Warenmenge sein wird, die wir für das Geld erhandeln werden. Qualitäten hat das Geld als Körper nicht, wenigstens keine aktiv wirkenden Qualitäten, und niemand würde sie vermissen, wenn sie gänzlich fehlten. Hat man nicht seiner Zeit das Gold dem Silber in Deutschland vorgezogen, bloß weil man für 1 kg Gold 16mal mehr Ware geben mußte als für 1 kg Silber. *Weil man also 16mal weniger Geldstoff erhielt*, darum zog man das Gold dem Silber vor.

Bei gleichem Profit wird jeder Kaufmann lieber Gold als Silberwaren, lieber Briefmarken als Stroh verkaufen, und dem Geld gegenüber sind wir alle Kaufleute.

Bei allen Gebrauchsgütern heißt es ausnahmslos beim Käufer: je mehr, je lieber; beim Geldstoff heißt es dagegen: je weniger, je lieber. Beim Geld genügt es eben, daß man es zählen kann – der Rest ist immer lästiger Ballast.

Man kauft den Honig, weil er schmeckt, das Bier, weil es berauscht, den Ballast, weil er wiegt, den Meterstock, weil er lang ist, das Litermaß seines Raumgehaltes wegen. Aber beim Geld verlangt man keinen Geschmack, kein Gewicht, keinen Raum, nichts Körperliches, nichts für die direkte Befriedigung

eines persönlichen Bedürfnisses. Wir kaufen das Geld als Ware, um es als Ware wieder loszuschlagen.

Wie gleichgültig das Volk den körperlichen Eigenschaften des Geldes gegenüber ist, ermißt man am besten daran, daß unter tausend keiner zu sagen weiß, wieviel Gramm Feingold er für eine Mark gesetzmäßig zu fordern hat. Wer es nicht glaubt, kann ja leicht den Versuch machen.

Darum fordert man ja auch allein, daß die Geldsubstanz möglichst wenig Eigenschaften habe; darum ist man instinktiv in der Wahl des Geldmaterials nach und nach auf den Naturstoff gelangt, der von allen Körpern des Weltalls am stiefmütterlichsten mit Eigenschaften versehen wurde, nämlich das Gold. Wie bettelhaft arm an Eigenschaften ist das Gold, verglichen mit irgend einer Ware, etwa einem Hammer, einem Buch oder Kanarienvogel!

Nicht seiner Farbe wegen hat man das Gold zu Geld gemacht, nicht seines Gewichtes, seines Raumgehaltes, seines Kluges, seines Geruches, seines Geschmackes, auch nicht seiner chemischen Affinitäten wegen. Das Geld rostet nicht, fault nicht, wächst nicht, zergeht nicht, kratzt, brennt und schneidet nicht, es ist leblos, das Urbild des Todes.

*Nicht positive, sondern nach allen Seiten hin negative Eigenschaften suchen wir in der Geldsubstanz.* Von allen Körpereigenschaften das *Minimum*, das ist die allgemeine Forderung, die das Volk an die Geldsubstanz stellt.

Kühl bis an Herz hinan, wie der Kaufmann seinen Waren gegenüber, so betrachtet jeder die Geldsubstanz. Kommt man mit dem Schatten des Goldes aus, so zieht man den Schatten vor, wie die Beliebtheit und die Existenz der Banknote es schlagend beweisen.

Je negativer die Eigenschaften einer Substanz sind, um so positivere Vorzüge hat sie als Geldmaterial. Das ist das ganze Geheimnis der Papierwährung.

Man sagt, die allgemeine Vorliebe für Edelmetalle habe das Gold und Silber zu Geld gemacht. Ich glaube aber, daß im Gegenteil die allgemeine *Gleichgültigkeit* der Warenproduzenten diesen Metallen gegenüber der Grund gewesen ist, warum die Menschen sich einigen konnten, diese Metalle als Geld anzuerkennen. Über eine gleichgültige, neutrale Sache einigt man sich immer schneller als über Eigenschaften, die, je nach unseren individuellen Veranlagungen, auch verschieden auf uns einwirken. Das Gold hat von allen natürlichen Substanzen die wenigsten Eigenschaften, die geringste Verwendbarkeit in der Industrie und Landwirtschaft. Keinem Stoffe gegenüber sind wir so gleichgültig wie gerade beim Gold, darum war es so leicht, das Gold zu Geld zu erklären.

Das Gold findet industrielle Verwendung in der Schmuckwarenindustrie; aber gerade die, die das Gold als *Tausch-*

*mittel* benutzen, die Warenproduzenten, die Arbeiter, Bauern, Handwerker, Kaufleute, der Staat und das Gericht brauchen in der Regel keine Schmucksachen. Junge Mädchen mögen für das Gold eine Vorliebe haben (oft auch nur, weil Gold Geld ist), aber junge Mädchen, die keine Waren produzieren, brauchen keine Tauschmittel, erzeugen keine kaufmännische Nachfrage nach Geld. Und man wird doch nicht die jungen Mädchen darüber bestimmen lassen, was als Geld gebraucht werden soll. Das weitaus wichtigste Verkehrsmittel, die Voraussetzung der Arbeitsteilung, die Finanzen des Staates, wird man doch nicht auf die wirtschaftlich schwächsten Bürger, auf putzsüchtige, junge Mädchen begründen!

Die Rolle, die die Geldsubstanz spielt, läßt sich ziemlich gut mit dem vergleichen, was das Leder des Fußballes für die Spieler bedeutet. Es kommt den Spielern durchaus nicht auf die Substanz des Balles an, auch nicht mal auf seinen Besitz. Zerrissen, beschmutzt, neu oder alt, alles ist gleichgültig. Ist der Ball greifbar und sichtbar, so kann die Balgerei losgehen. Und um mehr handelt es sich beim Geld auch nicht. Haben oder nicht haben; ein steter rastloser Kampf um seine Erwerbung, nicht weil man den Ball, das Geld an sich, den Geldstoff braucht, sondern weil man weiß, daß andere das Geld wiedergewinnen und zu seiner Wiedergewinnung Opfer bringen müssen. Beim Fußball bestehen diese Opfer in Fußtritten, beim Geld in Waren. Das ist der ganze Unterschied. Und wer Liebhaber ist von kurzen Begriffserklärungen, der wird vielleicht Freude empfinden, wenn ich sage: *das Geld ist der Fußball der Volkswirtschaft.*

## **Die Sicherheit und Deckung des Papiergeldes.**

Der junge, neue Begriff, der im vorigen Kapitel freudig keimend zwischen den Schollen des Vorurteils hervorschoß, soll nun vorerst vor den kalten Lüften ängstlicher Skepsis geschützt werden, damit er sich zu einem kräftigen Busch mit dorniger Selbstverteidigung entwickeln kann. Dem Spießbürger soll der Gedanke an das Papiergeld keine Gänsehaut, sondern im Gegenteil das behagliche Gefühl der Sicherheit erwecken. Der Bauer, der noch heute vielfach das harte Silbergeld dem Gold als Sparmittel vorzieht, – weil er dem Gold nicht traut – soll das Papiergeld diesem Silbergeld vorziehen, weil sein harter Schädel sich der Wahrheit nicht länger verschließen kann, daß, alles richtig bedacht, der Papierfidibus größere Sicherheit bietet als Gold und Silber.

Es handelt sich darum, zu zeigen, daß das Papiergeld nicht allein möglich ist, sondern, daß es auch sicher und gedeckt ist. Ich will nachweisen, daß, während das Metallgeld vom Staate,

der es prägte, ohne Gesetzesverletzung vernichtet werden kann, das Papiergeld nur zusammen mit dem Staate, mit dem Volke, zugrunde geht.

Es ist Tatsache, daß man der Behauptung *Otto Arendts* – unsere Reichsmark ist nichts als die Bezeichnung für  $\frac{1}{1392}$  Pfund Gold – mit den Währungsgesetzen nicht entgegentreten kann. Kein Gesetz schützt den Besitzer gemünzten und ungemünzten Goldes vor einer solchen gesetzlichen Auslegung des Begriffes Geld, ja, die frühere Inschrift der Münzen, XXX ein Pfund fein, sowie die jetzige Inschrift der Banknoten und Kassenscheine „Die Bank (resp. das Reich) zahlt dem Inhaber usw.“ läßt vermuten, daß der Verfasser dieser Inschrift die Ansicht *Arendts* über das Wesen der Münzen teilte. Wir können also ohne große Mühe uns folgenden Fall als möglich denken: der Staat entzieht aus irgend einem Grunde dem Gold das Geldmonopol, wie er seinerzeit dem Silber dieses Monopol entzog. Statt aber die Münzen gegen neues Geld umzutauschen, läßt er alle Goldmünzen mit einem Hammer breitschlagen, und das Blech den Eigentümern mit den Worten zurückgeben: Hier habt ihr das, worauf ihr – nach eurer eigenen Aussage rechtlichen Anspruch erhebt – einen Metallbarren mit einem bestimmten Goldgehalt. Geld ist aber dieses Gold von nun an nicht mehr. Wir machen jetzt anderes Geld und nehmen kein Gold mehr an, lehnen auch den Umtausch gegen das neue Geld ab. Die Goldmünze war nach euren eigenen Worten, nach eurer eigenen Theorie des Geldes durch ihren Metallgehalt gesichert. Ihr habt diesen Metallgehalt jetzt unversehrt in der Hand. Seht nun zu, was ihr mit dem Metallbarren anfangen könnt. Es ist eure Sache. Ihr hattet dem Staate Goldbarren geliefert, er hatte sie kostenlos für euch, aber mit erheblichen Kosten für den Staat prägen lassen. Jetzt gibt der Staat jedem zurück, was jeder geliefert hat – einen Goldbarren. Zu fordern habt ihr weiter nichts – denn ihr habt ja auch weiter nichts geleistet.

Kein Gesetz schützt heute den Bürger vor solcher Politik. Im Gegenteil, sie steht mit der Theorie, der öffentlichen Meinung und der Inschrift der Münzen in vollem Einklang.

Und doch wäre eine solche Politik eine Pfuscherei schlimmster Art, ein Raubzug gegen alle Besitzer von Bargeld, Pfandbriefen, Wechseln, Konsols, Schuldscheinen, Pensionen, Obligationen usw., die dadurch einen bedeutenden Teil ihrer Habe einfach verlieren würden. Denn Pfandbriefe, Staats- und Gemeindegeldanleihen, Schuldscheine, Pensionen, Wechsel usw. sind einfach Lieferungsverpflichtungen von so und so viel Gramm Gold [Es kann logisch niemand angehalten werden, Schulden in *gemünztem* Gold zu bezahlen, wenn der Staat das Ausmünzen unterläßt und privates Ausmünzen nicht gestattet ist. Man kann überhaupt niemand zur Lieferung einer Sache anhalten, die Gegenstand eines Monopols ist.], und wenn dem Gold seine Hauptverwendung plötzlich genommen wird, seine Verwendung als Geldstoff, so ist es klar, daß das Gold billig

werden würde. Die mit dem Hammer breitgeschlagenen Münzen, jetzt einfache Metallbarren, würden, Verwendung suchend, den Goldschmieden zuströmen, und ein solch starkes Angebot würde naturgemäß den Preis drücken. Welchen Preis? Nun das Tauschverhältnis des Goldes zu den übrigen Waren und zu dem neuen Geld.

Als man das Silber entmünzte, fiel sein Tauschverhältnis zum Gold von 16 auf 30 und 35, d. h. für eine Tonne Gold lieferte man jahrhundertlang bis zur Entmünzung des Silbers 16 Tonnen Silber, nach der Entmünzung des Silbers aber 30 und mehr Tonnen. Der Preissturz wäre noch viel größer gewesen, wenn man in allen Staaten gleichzeitig zur Entmünzung des Silbers geschritten wäre [Es ist anzunehmen, daß, wenn heute einer der großen Handelsstaaten das Gold entmünzte, die anderen Staaten *sofort* dem Beispiel folgen würden um sich des von jenem Staate einströmenden Goldes zu erwehren, und um sich vor ähnlichen Verlusten zu schützen, die die lat. Münzunion dadurch erlitt, daß sie zu lange mit dem Verkauf des Silbers zögerte.]. Vor der Verwendung des Nickels als Münzmetall war der Preis dieses Metalls ganz gering, nachher stieg er um viele hundert Prozent.

Übrigens das, was wir hier als Hypothese setzen, die Aufhebung des freien Prägerechtes für das Gold, die Entziehung der Geldprivilegien für das Gold, wäre um das Jahr 1856 fast zur Tatsache geworden. Die Gläubiger fanden damals, daß die allgemeine Preissteigerung der Waren, die die kalifornischen Goldfunde bedingten, sie zu Gunsten ihrer Schuldner schädigte, und sie drängten auf Aufhebung des freien Prägerechtes. Und tatsächlich schritt auch Holland zu dieser Maßregel. Hätten die kalifornischen Goldfunde nicht ebenso schnell nachgelassen, wie sie sich zeigten, so wäre ganz zweifellos das Schicksal des Goldes damals besiegelt worden [Ich mache wiederholt darauf aufmerksam, daß es sich hier um eine Neuauflage eines vor dem Kriege (1911) erschienen Buches handelt. Der Krieg hat viele Bestätigungen dieser Neuen Lehre vom Geld gebracht, doch verzichte ich darauf, auf ihn Bezug zu nehmen. Ich will vom Kriege nichts, auch keinen Lehrstoff geschenkt erhalten.].

Was wäre aber das Gold heute, ohne die Privilegien des Geldes, was wäre das Gold, wenn nicht jeder Bürger, jeder, der ein Gewerbe betreibt, jeder, der die Arbeitsteilung aufgenommen und die Urwirtschaft aufgegeben, kurz jeder, der Ware besitzt, oder verfertigt – mit diesen Waren eine *Nachfrage* nach Geld, d. h. heute nach *Gold erzeugte*? Was wäre das Gold, wenn es nicht mehr Geld wäre? Es hätte wirtschaftlich die Bedeutung, die das Silber hat, seitdem es nicht mehr Geld ist. Es wäre ein Rohstoff für den bedeutungslosesten Zweig des 1000ästigen Industriebaumes. Wer spricht heute noch vom Silber? Wem würde es in den Sinn kommen, Silberbarren zu kaufen und diese als Sparmittel zu verscharren? Wen interessiert es noch, ob der Silberpreis auf 200 steigt oder auf 50 fällt? Wer gewinnt, wer verliert, wer macht noch bankerott, weil der Silber-

preis, das Tauschverhältnis des Silbers zu den übrigen Waren sich verändert hat? Höchstens einige Metallhändler würden dadurch betroffen, sonst aber ist allen der Silberpreis so gleichgültig, wie der Zahnschmerz einer Marmorfigur. Früher ja, da genügte es, wenn das Tauschverhältnis zwischen Silber [Auf französisch (l'argent) und spanisch (plata) heißt Silber soviel wie Geld.] und Waren sich um einige Prozent zugunsten des Silbers hob, um alle Räder stillstehen zu lassen (Krise), um Tod und Verderben zu verbreiten, um Bankrott, Defizit, Arbeitslosigkeit, Hunger und Revolten zu erzeugen.

Vom Silberpreis, d. h. von dem Tauschverhältnis zwischen Silber und Waren hing es ja ab, wie viel Geld man für die Produkte erhielt, und ob man seine Produkte überhaupt an den Mann bringen konnte. Früher enthielt die Frage nach dem Preis einer Ware immer auch die Frage nach dem Preise des Silbers. Wer die Frage stellte: wie viel kostet dies und das? der erkundigte sich damit nur nach dem Preis des Silbers.

Jetzt ist das anders, weil der Staat durch Federstrich das Silber vom Geld trennte. Dabei braucht man aber nicht zu glauben, daß eine große Volksbewegung nötig gewesen wäre, um dem Silber die Jahrtausende alten Geldprivilegien zu entziehen. „Die große Münzreform“ wurde von einigen Phrasendreschern eingeleitet, begründet und gegen ein anderes Dutzend Phrasendrescher ohne Schweiß und Blut verteidigt. Man lese jene Debatten durch. Vom Hunnenstandpunkte aus wurde die ganze Münzreform behandelt. Leere Redensarten, unverdaute Theorien, billige Beteuerungen, Behauptungen, Ansichten. Das war damals die ganze Währungsdebatte, und alle nachfolgenden, bis auf den heutigen Tag, waren von derselben Qualität. Vom Tauschmittel, von den Bedürfnissen der Waren, von der Arbeitsteilung ist niemals gesprochen worden. Wirklich. als ob die Mark d. R.-W. nur der 1392. Teil von einem Pfund Gold wäre.

Alles, was man der Goldwährung nachsagte, wurde einfach vorausgesetzt. Nichts wurde geprüft. Von wissenschaftlicher Bearbeitung des Gegenstandes nirgendwo eine Spur. Tatsache ist, daß es noch heute, nach so vielen schmerzlichen Erfahrungen, an einer gesetzlichen Auslegung des Begriffes „Geld“ fehlt, an die man sich in Zweifelsfällen bei der Auslegung der Währungsgesetze halten könnte.

Tatsache ist auch, daß heute noch nicht nur der Bauer, sondern auch die gebildeten Bürger die naivsten Vorstellungen über das Geldwesen hegen, ja, daß „viele, selbst der hervorragendsten Nationalökonomien, ohne eine wirklich logisch durchdachte Theorie des Geldes dastehen.“ (*Knut Wicksell: Geldzins und Güterpreis.*)

Unter solchen Verhältnissen fragt man sich: „Wo ist die Sicherheit und Deckung des deutschen Geldes, der Mark d. R.-W.? In dem Metall des Geldes liegt diese Sicherheit und Deckung

nicht. Das zeigt die Tatsache, daß das Silber, das doch mit dem deutschen Geld enger verwachsen war als das Gold, von einem Tag zum anderen ohne Sang und Klang gesetzlich vom Geld getrennt wurde.

In den Gesetzen liegt dieser Schutz auch nicht, denn eine gesetzliche Auslegung des Begriffes Mark „d. R.-W.“ fehlt; und zwar fehlt sie so gänzlich, daß man auf die Frage „was ist nach dem Gesetz eine Mark d. R.-W.“, immer die gleiche geistreiche Antwort erhält: Eine Mark sind 100 Pfennige – einerlei, an wen man sich wenden mag.

In der währungstheoretischen Schulung einer genügenden Anzahl Männer, die der Mark d. R.-W. so zu sagen bei der Gesetzgebung als Leibgarde dienen könnte, um sie vor den Angriffen von Puschern und Schwindlern zu schützen, liegt diese Sicherheit auch nicht, – denn die Gleichgültigkeit des Volkes, der Wissenschaft, der Presse, des Handelsstandes gegenüber der Theorie des Geldes ist so groß, daß man schon Mühe hätte, im Millionenreich der Deutschen nur ein Dutzend Männer zusammenzubringen, mit denen sich überhaupt die Theorie des Geldes ernsthaft besprechen ließe.

Also wo liegt die Sicherheit der Mark d. R.-W.? Wer oder was schützt die Mark d. R.-W. vor Puschern und Schwindlern? Sind es die Traktätchen des Vereins zum Schutze der deutschen Goldwährung? Gehören die Verteidiger der deutschen Goldwährung nicht ebenso zu den Puschern wie die Angreifer? Man lese doch diese Traktätchen mit Aufmerksamkeit und man wird erkennen, daß ihre Verfasser sich überhaupt nicht klar waren, welchen Zweck das Geld zu erfüllen hat. Daß das Geld Tauschmittel ist, daß das Geld den Tausch der Waren beschleunigen, sichern und verbilligen soll, daß der *Markt* der Prüfstein für die Güte des Geldes ist, nicht aber der Metallgehalt, das Gewicht des Geldes, wird hier überhaupt nicht erwähnt. Vom denkbar niedrigsten Standpunkt, vom Standpunkt des Goldschmiedes und des Bankiers wird hier das Geld betrachtet. Und dieser Verein zur Verteidigung der deutschen Währung trägt jetzt den Siegeskranz! Was für Helden müssen da die Angreifer gewesen sein!

Daß der Metallgehalt der deutschen Reichsmark keinen Schutz, keine Sicherheit, keine Deckung gewährt, haben wir mit der Geschichte des Silbers bewiesen. Man sollte glauben, daß eine Tatsache, die eine solche klare Sprache spricht wie diese, genügen müßte, um die Behauptung, die Mark d. R.-W. wäre der 1392. Teil von einem Pfund Gold, und daß die Mark durch den Metallgehalt allein genügend gesichert sei, als Schwindel zu entlarven.

Dabei ist es allgemein bekannt, daß durch das Spiel der Kräfte, welches man das „Gresham-Gesetz“ [*Gresham-Gesetz*: Wenn in irgend einem Lande der Geldbestand den wirklichen Bedarf an Tauschmitteln übersteigt und sich dies in einer Preissteigerung zeigt, so wird diese Preissteigerung die Warenausfuhr erschweren, die Einfuhr erleichtern, und als Folge hiervon wird sich in der Bilanz des Außenhandels ein Fehlbetrag zeigen, der am einfachsten durch Goldexport gedeckt wird. So wurden zum Beispiel aus Deutschland, wo die Milliarden ausgeschüttet worden waren, in den Jahren 1872/4 für 3646 Millionen Mark (also fast der volle Betrag der Kriegsentschädigung) mehr Ware eingeführt als ausgeführt, während noch vor dem Krieg der Außenhandel Deutschlands aktiv gewesen war.

>>> Fortsetzung wg. Textmenge auf Seite 262 >>>

*Rest von Seite 261:*

Dieser Goldexport, der ja eine Verminderung des Geldbestandes bedeutet, drückt die Preise auf ihr normales Niveau herab und stellt so automatisch das Gleichgewicht zwischen Ein- und Ausfuhr wieder her. Wenn nun aber der Staat ohne Rücksicht auf die Warnung, die der Goldexport ihm macht, den Geldbestand dauernd durch Ausgabe von Papiergeld vermehrt, so geht auch dauernd Gold außer Land, bis daß die Einfuhrhändler auf Schwierigkeit stoßen, Gold (oder ausländische Wechsel) für ihre Warenbezüge aufzutreiben. Diese Schwierigkeiten setzen sich dann sofort in ein Agio um, und dann wirkt dieses Agio als Regulator des Außenhandels, insofern als das Agio die Wareneinfuhr erschwert und die Warenausfuhr erleichtert. Das Agio setzt aber gleichzeitig das Gold im Inlande außer Kurs, da im Inlande an den Staatskassen und vor Gericht nur Papiergeld angenommen und das täglich wechselnde Agio im Verkehr bald als eine lästige Begleitung des Goldes empfunden wird, so daß das Publikum das Gold nur noch ungern annimmt. Das Agio stößt überall an, das Gold wird für den Verkehr unbrauchbar. Es konzentriert sich bald in den Banken – als überschüssig – und bleibt dort brach liegen, bis daß es auf der Suche nach Zins von den Eigentümern über die Grenze expediert wird. So kommt es, daß im Kampfe mit seinem papiernen Konkurrenten das Gold im Inlande immer den kürzeren zieht. Ganz gesetzmäßig wirft das Papiergeld seinen Konkurrenten, das Gold, über die Grenze, und dieses „Gesetz“ nennt man das Gresham-Gesetz, zur Ehre eines Mannes dieses Namens, der es zuerst gefunden hat.] **nennt, das Gold**

---

durch Ausgabe von Papier- und Silbergeld außer Land getrieben werden kann, so oft es die Machthaber wünschen. Der Staat braucht nur mehr Silber zu prägen, die Reichsbank mehr Banknoten zu drucken, und es währt nicht lange, dann wandern die Goldmünzen über die Grenze. Wo ist also diese Sicherheit und Deckung, wenn es von den Gesetzen abhängt, das Gold durch anderes beliebiges Geld zu verdrängen? In Frankreich hatte man, als John Law mit dem Papiergeld experimentierte, Silber und Gold im Verkehr. Diese Sicherheit des französischen Geldes bewährte sich so vorzüglich, daß nach kürzester Zeit nur mehr Geldpapier vorhanden war. Später wiederholte man mit Assignaten den Versuch mit dem gleichen Erfolg. Und als es hieß, den Deutschen den Hunnenschatz als Kriegsbeute auszuliefern, da wurde wiederum mit Papiergeld der Markt vollständig von allem Gold drainiert. Dreimal hat man also in Frankreich das Experiment gemacht, jedesmal mit vollem Erfolg. Dreimal versagte das Metall als Sicherheit. Und wie war es in Schottland, England, Österreich, Rußland, Spanien, Italien, in den Vereinigten Staaten, in Südamerika, in Indien? In all diesen Ländern ist das Metall (Gold und Silber) unzählige mal, so oft es die Machthaber (Autokraten und Parlamente) so haben wollten, vom Papiergeld verdrängt worden. Das Metall hat niemals dem Papier widerstehen können. Vor Puschern und Schwindlern hat das Geld in dem Goldgehalt nie mehr Schutz gefunden, als das deutsche Geld Schutz in dem Silbergehalt der Taler gefunden hat.

Es gehört also zum Glauben, daß die d. R.-W. vor Schwindlern, Puschern, Dieben durch den Goldgehalt gesichert sei, eine vollständige Unkenntnis der Geschichte des Geldes überhaupt.



Diese Deckung und Sicherheit kann das Geld nur in dem Vorhandensein einer mit den Währungsfragen vertrauten Schar von Männern finden, die die Sophismen der Pfuscher durchschauen und als solche vor dem Volke entlarven. Alles andere ist Schwindel, Chimäre, Bier.

Übrigens, wenn wir auch ganz von dem Gresham-Gesetz absehen, – wer würde denn eigentlich durch den Metallgehalt der Münze gedeckt werden? Zweifellos doch nur die zufälligen Inhaber der Münzen, die Inhaber der 4 oder 5 Milliarden, die in Deutschland an gemünztem Gold umlaufen. Aber was sind diese Miseräbelchen, diese verhältnismäßig ganz bedeutungslosen Mengen Goldes, gegenüber den 1000 Milliarden an Staatsschulden, Pfandbriefen, Wechseln, Pacht- und Mietsverträgen? Sind diese 1000 Milliarden auch noch durch den Metallgehalt der 5 Milliarden an Münzen gedeckt? Diese 1000 Milliarden haben nur das Gesetz zur Sicherheit, und das Gesetz, nicht der Metallgehalt der Münze bestimmt, was eine Mark d. R.-W. in Pfandbriefen, Konsols usw. bedeutet. Vor 40 Jahren lauteten alle deutschen Pfandbriefe, Konsols, Wechsel auf Silber, und das Gesetz zwang die Schuldner, mit Gold zu bezahlen!!

Auch so betrachtet, erweist sich die Sicherung der Mark d. R.-W. durch den Metallgehalt der Münze als Bier und Tabaksqualm.

Das gemünzte Geld ist nur eine Bagatelle [In Deutschland kursieren 5 Milliarden Mark in Goldmünzen und 143 Milliarden in Pfandbriefen, 40 Milliarden an Wechseln usw.] im Vergleich mit dem ungemünzten Geld (das sind also alle Geldlieferungsverträge) und darum kann die metallene Sicherheit des Geldes auch immer nur die Bedeutung einer Bagatelle haben. Ganz abgesehen davon, daß selbst diese Bagatelle durch das Spiel der Kräfte, welches im Worte Gresham-Gesetz zusammengefaßt wird, unter der Hand verschwindet.

Als in allen den vorhin genannten Ländern das Metallgeld durch Papiergeld und Kupfermünzen verdrängt wurde und in vielen Fällen auch das Papiergeld noch zu Geldpapier wurde, da fielen auch gleichzeitig alle Schuldverschreibungen, die Konsols, Pfandbriefe, Wechsel auf den Kurs des Geldpapiers.

Ich frage also nochmals, wo blieb die Sicherheit des Metallgeldes?

Das Geld braucht den Staat; ohne Staat läßt sich kein Geld denken; ja, man kann sagen, mit der Einführung des Geldes beginnt die Gründung des Staates. Das Geld ist das natürlichste und mächtigste Bindemittel der Völker. Das Weltreich der Römer wurde durch die römische Münze fester als durch die Kohorten zusammengehalten.

Als die Gold- und Silbergruben versiegten und keine Münzen mehr geprägt wurden, da fiel das Weltreich auseinander.

Diese Unentbehrlichkeit des Geldes, *bei gleichzeitiger Unentbehrlichkeit der staatlichen Oberaufsicht*

*über das Geld*, gibt dem Staate eine absolute Macht über das Geld, und dieser absoluten Macht gegenüber erweist sich die metallene Sicherheit der Münze als Spreu im Winde.

Das Geld kann man darum ebensowenig durch das Geldmaterial gegen Machtmißbrauch des Staates schützen, wie man die Verfassung des Staates mit dem Pergament, worauf sie geschrieben steht, vor Willkürherrschaft schützen kann.

Nur der Staat selbst, der Wille der Machthaber (Autokrat oder Parlament) kann das Geld vor Puschern, Schwindlern, Dieben sichern und schützen – vorausgesetzt, daß der Machthaber überhaupt seine Macht zielbewußt zu gebrauchen weiß, was leider bisher noch nie und nirgends der Fall gewesen ist.

Was hier vom Metall gesagt ist, hat natürlich auch Anwendung auf das Papiergeld. Irgend eine Sicherheit bietet der Papierstoff dem Inhaber nicht, weder dem Inhaber des baren Papiergeldes, noch den Inhabern der Geldlieferungsversprechen (Wechsel, Staatsschuldscheine, Pensionsberechtigungen, Miet- und Pachtkontrakte, Lebensversicherungen, Pfandbriefe, Obligationen).

Das Geldpapier ist sogar in dieser Beziehung noch etwas weniger, freilich nur um eine Bagatelle weniger sicher gestellt, als das Metallgeld, dafür aber wird es wieder kräftiger durch das Gesetz geschützt.

Wir haben gesehen, daß der Staat ohne Gesetzesverletzung und in voller Übereinstimmung mit den landläufigen Geldtheorien, die Münzen durch Hammer Schlag wieder in das, was sie ursprünglich waren, verwandeln kann, daß er den goldenen Münzen die Privilegien des Geldes entziehen kann, daß der Verlust der Geldprivilegien den Preis des gemünzten Goldes drücken würde, daß der Staat durch kein Gesetz gebunden ist, die Inhaber der Münzen für diesen Verlust zu entschädigen und daß, falls er sich zu einer Entschädigung entschließt, er nicht nach Recht und Gesetz, sondern nur nach Billigkeit handelt. Und die Billigkeit ist eine schwache Position, da kommt es sehr auf die Gesellschaftsklasse an, die an Billigkeit appelliert [Die Agrarier appellierten an den Staat um eine Verteuerung der Volksnahrung durch Grenzsperr, und sie wurde ihnen gewährt. Der Pöbel appellierte an den Staat um Verbilligung der Nahrungsmittel durch Aufhebung der Grenzsperr – und sie wurde glatt verweigert.].

Ganz anders steht dagegen das Papiergeld dem Gesetz und Recht gegenüber. Der Staat darf dem Papiergeld die Privilegien des Geldes nicht entziehen, ohne die Inhaber zu entschädigen. Der Staat hat bei der Ausgabe des Papiergeldes etwas in Tausch erhalten, und dieses etwas ist er dem Inhaber schuldig. Er muß es zurückerstatten; zweifellos muß er das, es kann dies gar nicht geleugnet werden, auf welchen Standpunkt man sich auch stellt. Der beste Beweis für diese Entschädigungspflicht ist wohl der, daß sich überhaupt keine anderen Gründe dafür finden lassen als die Selbstverständlichkeit dieser Pflicht.

Der Staat hat den Talern die Geldprivilegien entzogen und die Inhaber durch Tausch der Taler gegen neues Geld *entschädigt* [Daß durch den Verlust der Geldprivilegien den Talerbesitzern überhaupt ein Schaden entstehen konnte, widersprach und widerspricht noch heute den Metallgeldtheorien.]. Eine gesetzliche Entschädigungspflicht bestand nicht, aber man fand außerhalb des Gesetzes genügend Gründe, um so zu handeln. Da war vor allem die Tatsache, daß der Staat die Bürger durch die Steuergesetze vorher gezwungen hatte, silberne Taler zu kaufen, denn der Bauer, der seine Steuern bezahlen wollte, mußte vorher durch Verkauf seiner Kuh Taler kaufen. Durch staatlichen Zwang hatte der Bauer Silber gekauft, nicht weil er irgend einen besonderen persönlichen Bedarf an Silber hatte. Der Staat hatte die Bürger zu einem Ankauf von Talern gezwungen, dadurch übernahm er die Pflicht, den Bürgern auch den Absatz für diese Taler zu sichern, woraus sich dann die Entschädigungspflicht ableiten läßt.

Solche Begründung der Entschädigungspflicht läßt sich ja hören, aber man weiß, wie schwerhörig jeder wird, der nicht hören will. Was nützen da die schönsten Gründe? Sein Recht begründen, heißt seine Schwäche erkennen. Wenn die Agrarier, die heute in Deutschland regieren und die es völlig mit Recht und Billigkeit vereinbar halten, ihr arbeitsloses Einkommen, die Grundrente, vermittelst der Kornzölle und auf Kosten der Arbeiter und Arbeiterinnen zu erhöhen, damals, als es hieß, die Goldwährung einzuführen, gewußt hätten, daß die Entmünzung des Silbers einen Preissturz des Silbers herbeiführen würde, der sie um 50% ihrer, in Silbertalern eingegangenen Hypothekenschulden hätte befreien können – wer weiß, wie sie sich da gegenüber der Entschädigungspflicht verhalten hätten. Ihr späteres Verhalten, als sie (zu spät) den Sachverhalt erkannten, läßt schließen, daß sie die Metallgeldtheorie, wonach ein Taler der XXX. Teil von einem Pfund Feinsilber war, sich zu eigen gemacht und darauf bestanden hätten, ihre in Silbertalern eingegangenen Schulden mit ungemünztem Silber im Verhältnis von  $\frac{1}{30}$  Pfund per Taler zu bezahlen. Das wäre ein ebenso einträgliches, dabei anständigeres, ehrlicheres Geschäft gewesen, als die Erhöhung ihrer Grundrenten durch Zölle.

Alle solche Geschichten fallen beim Papiergeld fort. Da gibt es keine Parteien, keine Theorien, keine Gesetze, keine Gesetzesauslegung und keine Gründe, um die Entschädigungspflicht des Staates darzutun. Sie ist selbstverständlich. Und darum ist die Sicherheit des Papiergeldes auch größer als die des Metallgeldes – das Papiergeld ist genau so sicher wie die Gedanken und Interessen, die das Volk zu einem Staate zusammenschließen. Das Papiergeld geht nur mit dem Staate zugrunde.

Neben der eingebildeten Sicherheit des Geldes gegenüber der Allmacht des Staates verlangt man für das Geld noch eine *Deckung* oder ökonomische Sicherheit. Der Staat, wird man

sagen, mag seine Macht so gut er es versteht, gebrauchen; er mag auf den Mißbrauch dieser Macht verzichten, aber das allein bietet keine Gewähr dafür, daß man die Auslagen, die man für die Anschaffung des Geldes gemacht hat, auch immer wird einholen können. Das Metallgeld trägt den Stoff für die volle Deckung dieser Auslagen *in sich*, es hat inneren Wert (einerlei, was man sich darunter vorstellt), Wertstoff, während das Papiergeld in dieser Beziehung leer ist und seine Deckung anderswo, auf alle Fälle außerhalb seines Stoffes suchen muß.

Dieser Einwand ist leer, verworren. Zum Teil ist seine Leerheit schon im Kapitel „Was ist der Wert“ und in den vorangehenden Ausführungen über die Sicherheit des Geldes dargetan. Schon der Umstand, daß die Inhaber der Silbermünzen nach dem Verluste der Geldprivilegien sämtlich von dem Umtauschrecht Gebrauch gemacht haben, zeigt uns klar, daß das Metallgeld dem Inhaber keine volle, materielle Deckung seiner Auslagen im Geldstoff bietet. Sonst hätte doch jeder das Silber einfach behalten.

Was sich zu dem schon Gesagten gegen den oben erhobenen Einwand noch Vernünftiges, wenn auch bereits Überflüssiges, sagen läßt, ist etwa folgendes:

Eine Ware ist gedeckt, so lange jemand da ist, der dafür das übliche Quantum Ware oder Geld in Tausch zu geben bereit ist, mit anderen Worten, solange die Nachfrage nicht nachläßt. Sich selbst kann aber keine *Ware* decken. Es gehört hört ja zum Begriff der Arbeitsteilung und Ware, daß das Arbeitsprodukt seinem Erzeuger direkt nutzlos, ja schädlich ist. Was können, ich wiederhole die Frage, die Schneider, Schuster, Apotheker mit ihren Produkten anfangen, ja, was sollen die Bauern mit dem Gold der Münzen anfangen, wenn niemand es ihnen abkaufen würde?

Man denkt, wenn von der Deckung des Geldes die Rede ist, wohl an den Nutzen, den die Besitzer von *Gebrauchsgütern* aus dem Gebrauch dieser Güter (Vorräte, Werkzeuge usw.) ziehen. Diesen Nutzen möchte man auf alle Fälle dem Geldbesitzer durch den Geldstoff sichern. Das Geld soll Ware und gleichzeitig ein Stoff für persönliche Bedürfnisse sein. Man will ein Zwitterding, etwas Unmögliches [Gewöhnlich, wenn der Deutsche etwas will, so will er gleichzeitig auch das Gegenteil. Bismarck.]. An dem Tage, wo allen Geldbesitzern der Geldstoff nützlich wäre, gäbe es ja kein Geld mehr. Und das Geld ist doch unentbehrlich; es soll nicht verbraucht werden.

So lange wir uns in die Arbeit teilen, d. h. so lange wir Waren (d. s. uns selbst nutzlose Dinge) erzeugen, so lange werden wir Tauschmittel, d. h. Geld gebrauchen. Der Bedarf an Geld ist also dauernd, nie fehlend, auf der Arbeitsteilung, der Grundlage unserer Existenz, aufgebaut. Weshalb sollen wir da das Geld verbrauchen, konsumieren, vernichten können? Wäre

es nicht im Gegenteil eine Gefahr für den Austausch der Waren, für den Fortbestand der Arbeitsteilung, wenn man das Tauschmittel verzehren, verbrauchen könnte?

Eine solche Deckung des Geldes, wie sie in dem oben gemachten Einwand gesucht wird, – gibt es nicht und kann es nicht geben.

Nicht durch den Geldstoff ist das Geld *gedeckt*, ist sein Bedarf, die kaufmännische Nachfrage gesichert, sondern durch seine Funktionen als Tauschmittel. In letzter Linie sind es die unerschöpflichen, diebessicheren Schätze, die die Arbeitsteilung dem Menschen bietet, die das Geld decken.

Neben der Arbeitsteilung gibt es keine andere Deckung für das Geld. Die Arbeitsteilung erzeugt einen ununterbrochen fließenden Strom von Waren, die eine ununterbrochene Nachfrage nach Tauschmitteln, nach Geld, erzeugen, einerlei, aus welchem Stoff das Geld hergestellt wird. Ob aus Gold – Silber – Papier gemacht, beeinflusst das Angebot von Waren, also die Deckung des Geldes nicht – da ja, ganz unabhängig von der Beschaffenheit des Geldes, die Produkte der Arbeitsteilung gegen Geld angeboten werden müssen. *Ob der Bauer für seine Kartoffeln Gold oder Papier erhält, hat keinen Einfluß auf das Quantum Kartoffeln, das der Bauer zu Markte bringt.* Er bringt auf alle Fälle alles hin, was er entbehren kann. Ob auf der Reichsbank 10 oder 100 Tonnen Gold lagern, hat auf das Angebot von Waren, auf die Nachfrage nach Tauschmitteln keinen Einfluß. Und da die Nachfrage die eigentliche Deckung des Geldes (wie der Waren überhaupt) ist, so ist auch die Deckung des Geldes von dem Geldstoff unabhängig.

Ware, Geldbedarf und Gelddeckung sind drei verschiedene Ausdrücke für die gleiche Sache. Wo ist die Deckung der Eisenbahnaktie? Etwa in den Schienen und den Bahndämmen? Diese Deckung findet jeder in den Gütermassen, die zur Weiterbeförderung der Bahn täglich zugeführt werden. Die Arbeitsteilung ist die Deckung der Bahnaktie.

Und genau so verhält es sich mit den Anteilscheinen der Geldvorrechte, mit dem Geld. Sieht man ab von den Frachtgütern, so ist die Eisenbahnaktie Makulatur; sieht man ab von der Arbeitsteilung, vom Angebot der Waren, so ist das Geld der nutzloseste Gegenstand, das Papiergeld ist dann Makulatur und das Metallgeld ein Rohstoff der nebensächlichsten aller Industrien.

Fassen wir hier kurz das in diesem Abschnitt Gesagte zusammen:

1. Die Geldsubstanz bietet keinerlei Sicherheit vor Mißbräuchen der Staatsgewalt in Geldangelegenheiten.
2. Die Geldsubstanz kann bestenfalls, wenn wir von der Wirkung des Gresham-Gesetzes absehen, zu einem geringen Teil

nur das gemünzte Geld sichern (das Silber deckt heute zirka 40% des Talers) die 1000mal größeren Summen an Geldlieferungsverträgen (Pfandbriefe, Konsols) bleiben ganz ungedeckt.

3. Eine Entschädigungspflicht des Staates, im Falle dem Geld die Geldvorrechte entzogen werden, ist selbstverständlich nur beim Papiergeld; beim Metallgeld muß diese Pflicht gegen den Einspruch starker, interessierter Volkskreise nachgewiesen und verteidigt werden. Dadurch ist die Sicherheit des Papiergeldes größer als die des Metallgeldes.

4. Die Geldsubstanz kann die Nachfrage nach Geld nicht beeinflussen, sie kann infolgedessen auch niemals als Deckung angesehen werden. Die Geldsubstanz vermag die Nachfrage nach Tauschmitteln, also Geld, weder zu erwecken, noch zu beeinflussen, noch zu beherrschen.

5. Das Geld wird unabhängig von seiner Substanz immer und ausschließlich durch die Arbeitsteilung gedeckt.

6. Die Sicherung des Geldes kann nur allein dadurch erzielt werden, daß gesunde währungspolitische Anschauungen Gemeingut des Volkes und der Machthaber werden.

Alles andere: Metallgehalt, Deckung, Gesetze, Pergamente ist Chimäre, Dunst, Bier.

## Welchen Preis soll das Geld erzielen?

Daß man aus Geldpapier Papiergeld machen kann, d. h. daß man für Geldpapier einen höheren Preis erzielen kann, als für ein gleich großes Stück Makulatur, haben wir gezeigt und zwar mit all den Ausführlichkeiten, die die Wichtigkeit der Sache verlangt.

Nun fragt es sich, wie hoch der Preis des Papiergeldes über den Preis des Geldpapieres getrieben werden soll, d. h. wie das Tauschverhältnis zwischen Geld und Waren gestaltet werden soll.

Dies ist in der Tat eine sehr wichtige Frage, überhaupt die einzige Frage, die die Warenerzeuger erregt. Mag den Warenerzeugern der Geldstoff gleichgültig, auf alle Fälle nur Ballast sein; bei der Frage: Wie viel Geld verlangst du für deine Kuh, oder was bietest du mir für meine Werkzeuge – ist die Aufmerksamkeit aller auf das Höchste gespannt. Hängt doch von der Antwort auf diese Frage der Erfolg des ganzen langen Produktionsprozesses ab.

Ändert sich das Tauschverhältnis zwischen Waren und Geld, kurz gesagt, der Preis des Geldes, so erhält jeder beim Verkauf seiner Produkte mehr Geld oder weniger Geld und beim Verkauf des Geldes entsprechend mehr Ware oder weniger Ware. Von diesem Standpunkt aus betrachtet wäre eine Preisänderung des Geldes eine ziemlich gleichgültige Sache.

Aber nicht alle geben das Geld, das sie einkassiert haben, gleich wieder für Waren aus. Und für diese ist es durchaus nicht gleichgültig, ob sich die Preise der Waren in der Zeit zwischen Verkauf und Kauf verändert haben. Und noch weniger gleichgültig ist der Preis des Geldes für alle Schuldner und Gläubiger; ja für diese ist die Frage: wie viele meiner Produkte werde ich für die Auftreibung von Zins und Amortisation meiner Schulden verkaufen müssen (resp. wie viele Waren erhalte ich für die eingehenden Zinsen und Amortisationen meiner Guthaben), eine Lebensfrage. Auch werden wir später sehen, daß die Frage nach dem Preis des Geldes vom rein handelstechnischen Standpunkt betrachtet die Entscheidung über Leben und Tod des Warenaustausches und demzufolge auch der Arbeitsteilung, der Grundlage unserer Existenz, enthält.

Hier wollen wir aber zur Beleuchtung der Wichtigkeit, die die Frage, welchen Preis das Geld haben soll, enthält, nur die Verhältnisse zwischen Gläubiger und Schuldner betrachten.

Das „Haben“ der Schuldner (Pfandbriefschuldner, Obligationenschuldner, Wechselschuldner, Pächter, Mieter, Inhaber von Lebensversicherungspolice, Steuerzahler usw. usw.) besteht in der Regel aus Waren, Maschinen, Grundstücken, Vieh, während das „Soll“ ausnahmslos in einer bestimmten Summe Geld besteht. Und das Geld für dieses „Soll“ kann der Schuldner nur dadurch auftreiben, daß er Teile seines Habens, in der Regel seine Arbeitsprodukte, gegen Geld verkauft.

Verschiebt sich nun das Tauschverhältnis der Waren zum Geld, so verschiebt sich auch das Verhältnis vom Soll zum Haben. Braucht ein Gutsbesitzer z. B. bei einem Preis von 250 Mark für 1000 kg Weizen (Preis nach Einführung der Getreidezölle) den vierten Teil seiner Ernte für Zins und Amortisation der Hypotheken (resp. für Pacht), für seine Steuern, Versicherungspolice usw., so wird er diesem Zwecke ein Drittel seiner Ernte opfern müssen, falls die Zölle abgeschafft würden, und dieses Mehr kann unter Umständen den gesamten Betriebsüberschuß verschlingen, den Bankerott des Schuldners herbeiführen.

Und umgekehrt natürlich, falls die Preise steigen. Umgekehrt auch verhalten sich die Sachen für den Gläubiger. Dieser gewinnt unvermittelt alles, was der Schuldner verliert; er verliert, was sein Schuldner durch Preisänderungen gewinnt.

Bei der kolossalen Entwicklung des heutigen Kreditwesens (es handelt sich in Deutschland vielleicht um *tausend Milliarden* Mark, deren Zins und Tilgungsbeträge regelmäßig nur durch den Verkauf von Arbeitsprodukten aufgebracht werden), genügt eine nur geringe Änderung des Geldpreises, um eine Volksklasse zugunsten der anderen um Milliarden und aber Milliarden zu belasten.

Ein Rückgang der Warenpreise von durchschnittlich 1%, also eine Bagatelle für unsere gepriesene Goldwährung, be-

deutet für die deutschen Schuldner mehr, als was die fünf Milliarden für die französischen Bürger bedeuteten.

Muß, um ein weiteres Beispiel anzuführen, der Lohnarbeiter für die Verzinsung und Tilgung der Reichs-, Staats- und Gemeindeschulden 100 Mark jährlich an direkten und indirekten Steuern aufbringen, so hängt es ganz davon ab, wie sich das Tauschverhältnis zwischen Geld und Arbeitsprodukt gestaltet, ob er diesen Schulden jährlich 10–20 oder 50 Tage fronen muß.

Welchen Preis sollen wir nun dem Geld geben? Sollen wir darauf hinwirken, daß der Preis steigt, um die Gläubiger zu plündern zugunsten der Schuldner, oder sollen wir die Schuldner plündern, um die Rentner zu bereichern? Kurz, sollen wir den Gläubigern oder Schuldnern diese Frage zur Entscheidung vorlegen, soll das Geld von Spitzbuben verwaltet werden? Antwort: Wir wollen niemand betrügen, und Privatinteressen dürfen in der Verwaltung des Geldes nicht berücksichtigt werden. Das Geld soll volkswirtschaftlich nicht privatwirtschaftlich verwaltet werden.

Das Geld soll über Ort und Zeit hinweg ewig denselben Preis erzielen, den es *heute* hat. Was man in Waren dafür bezahlt hat, das hat jeder für das Geld morgen, in einem oder zehn Jahren, zu fordern. So zahlt der Schuldner zurück, was er erhalten, und der Gläubiger erhält, was er gegeben: keinen Pfennig mehr noch weniger.

Auch dieses versteht sich von selbst, braucht nicht begründet zu werden.

### **Wie der Preis des Geldes mit Genauigkeit ermittelt werden kann.**

Wenn der Preis des Geldes festbleiben soll, so muß auch der Beweis erbracht werden können, daß der Geldpreis festgeblieben ist. Wenn man diesen Beweis nicht erbringen könnte, so würden die Gläubiger resp. die Schuldner ewig unzufrieden sein und eine Herabsetzung resp. Erhöhung des Geldpreises fordern. Nur dadurch kann man die Klagen der Gläubiger und Schuldner zum Verstummen bringen, daß man ihnen schwarz auf weiß beweist, daß der Preis des Geldes unverändert geblieben ist.

Der Streit zwischen den Vertretern der Goldwährung und der sogenannten Doppelwährung drehte sich in der Hauptsache um die Frage, ob der Geldpreis sich verändert hatte. Diese Frage wurde von beiden Seiten von einer Fiktion (dem sogenannten Wert, inneren Wert, Wertstoff, Wertkonserve) aus betrachtet und konnte darum nicht beantwortet werden. Die prächtigsten, geistreichsten Beweismittel der Bimetallisten wurden regelmäßig durch diese Fiktion in Unsinn verwandelt. Zeigten die Bimetallisten mit Hilfe fleißiger, statistischer Arbeiten, daß die Warenpreise seit



Einführung der Goldwährung um 10–20–50% gesunken waren, so sagten die Vertreter der Goldwährung, das wäre ohne Bedeutung, da es ja gar nicht auf den Preis des Geldes, sondern auf seinen „Wert“ ankäme, wie die Bimetallisten es ja selber zugäben. Der Preis der Waren wäre allgemein gesunken, weil durch Verbesserung der Technik die Produktions- und Transportkosten gesunken wären. Was nebenbei gesagt unrichtig ist. Denn wären die Produktionskosten *allgemein* gesunken, so wären auch die des Goldes gesunken, wodurch der Einfluß dieses Faktors auf die Preise aufgehoben worden wäre. Die Preise sinken doch, wenn das Angebot von Waren wächst, bei unverändertem Angebot von Geld. Wächst aber das Angebot von Geld zusammen mit dem Angebot von Waren, so bleiben die Preise unverändert. Aber zu einer so überaus einfachen, vernünftigen, klaren Anschauung kann sich niemand emporschwingen, der im Wertsumpf herumwätet. Nur entschiedene, überzeugte Wertrenegaten können den Beweis erbringen, daß die Goldwährung ein Mißgriff war, durch den die Schuldner, zu denen auch der Staat gehört, zugunsten ihrer Gläubiger geplündert wurden. Die Bimetallisten hätten den Sieg davongetragen, er wäre ihnen sogar sehr leicht gewesen, wenn sie den Kampf auf dem Boden des Geldpreises ausgefochten hätten, aber sie entwaffneten sich selbst, als sie sich auf den Wertschwindel einließen.

Der Preis des Geldes kann nur in Waren ausgedrückt werden. Der Preis der Waren hat, wenn wir vom Tauschhandel absehen, nur *einen* Ausdruck, nämlich eine Geldsumme; der Geldpreis hat so viele Ausdrücke, wie es Warenarten, Warenqualitäten, Warenlieferungsfristen und Warenstandorte gibt. Wer sämtliche Marktzettel, Preislisten, Kataloge eines Landes rückwärts liest, der weiß genau, wie viel zur Stunde das Geld gilt.

Will man aber erfahren, ob der Geldpreis sich verändert hat, so genügt ein einfacher Vergleich mit den gestrigen Warenpreisen nicht, denn während vielleicht 10 Millionen verschiedene Waren im Preise stiegen, sind andere Millionen Artikel im Preise gefallen.

Dabei kann es auch selbstverständlich nicht gleichgültig sein, ob die Steinkohle, der Weizen, das Eisen, oder ob die Nadel, die Kanarienvogel, die Knöpfe ihren Preis veränderten.

Ein Beispiel zeigt das:

			<u>1900</u>		<u>1910</u>	
A. bezahlt für	1 Tabakspfeife	Mk.	1,00,		Mk.	1,10 m.
	1 Schachtel Wichse	"	0,50,		"	0,60 m.
	1 Dtzd. Stahlfedern	"	0,50,		"	0,80 m.
	1 Hut	"	3,00,		"	2,50 w.
	1 Paar Stiefel	"	4,00,		"	3,00 w.
	1 Hose	"	11,00,		"	10,00 w.
			Mk. 20,00,		Mk. 18,00	

Trotzdem also die eine Hälfte dieser 6 Artikel im Preise stieg und die andere im Preise fiel, ist der „Durchschnittspreis“ um 2 Mk. oder 10% zurückgegangen. Mit obigen Waren gemessen, wird der Käufer einen Preisaufschlag des Geldes von 11% feststellen; er erhält für sein Geld 11% mehr Ware als früher.

Um nun das Gleichgewicht mit früher herzustellen, braucht man nicht das frühere gegenseitige Tauschverhältnis der Waren wieder herzustellen, sondern es genügt, das Geld um 11% zu verbilligen; alle Waren müßten einfach 11% höher im Preise stehen. Auf das gegenseitige Verhältnis der Warenpreise hat das Geld nur mittelbaren Einfluß. Wenn gleichzeitig die Wichse im Preise steigt und die Hosen im Preise fallen, so liegt das in der Regel an veränderten Produktions- oder Absatzverhältnissen – nur wenn man im „Durchschnitt“ mehr oder weniger Ware von der gleichen Beschaffenheit für das gleiche Geld erhält, kann man sagen, daß sich das Tauschverhältnis zwischen Waren und Geld verändert hat. Unbekümmert um die früheren Preise müßte also für obige 6 Artikel ein gleichmäßiger Zuschlag von 11% eintreten. Dann hätten wir

1 Tabakpfeife . . .	Mk. 1.10	} + 11 Prozent =	{	Mk. 1.221
1 Schachtel Wichse .	„ 0.60			„ 0.666
1 Dtzd. Stahlfedern .	„ 0.80			„ 0.888
1 Hut . . . . .	„ 2.50			„ 2.775
1 Paar Stiefel . . .	„ 3.00			„ 3.330
1 Hose . . . . .	„ 10.00			„ 11.100
				Mk. 20.000

Dieser gleichmäßige Preisaufschlag für alle Artikel kann nur von einer auf alle Waren gleichmäßig wirkenden Ursache kommen, nicht von Änderungen in den Produktionskosten, *und gleichmäßig auf alle Warenpreise kann nur allein das Geld wirken* [Die Rückwirkung der Preisänderungen auf die Finanzen der Gläubiger und Schuldner, der Rentner und Arbeiter, und der Einfluß dieser Wirkung auf die Nachfrage und den Preis der von den Rentnern und Arbeitern gekauften (sehr verschiedenen) Waren, bleibe hier, da für das Verständnis der Sache wesenlos, unberücksichtigt.]. Wir brauchen nur soviel Geld mehr in Umlauf zu setzen, bis die Preise um jene 11% gestiegen sind.

Um die etwa im Geldpreis vorkommenden Schwankungen zu ermitteln, müssen wir also den Durchschnittspreis der Waren ermitteln und diesen mit dem Durchschnittspreis einer früheren Periode vergleichen.

Da hier Milliarden auf dem Spiele stehen, da von dem Geldpreis das Wohl und Wehe der Gläubiger und Schuldner abhängt, so bedarf es hier einer exakten Arbeit. Die Methode, die hier angewandt wird, muß dem Einfluß der Privatinteressen entrückt sein und ein mathematisch genaues, wissenschaftlich unanfechtbares Resultat liefern. Sonst würden die Klagen der Gläubiger und Schuldner kein Ende nehmen.

Dieses genaue, unanfechtbare Ergebnis liefern leider die bisher vorgeschlagenen Verfahren nicht. Von der Schwierigkeit zurückschreckend, die Millionen und Abermillionen von verschiedenen Waren, verschiedener Qualität und verschiedenen Standortes offiziell nach ihrer gegenseitigen Bedeutung zu klassifizieren und deren Preise zu ermitteln, hat man vorgeschlagen, sich mit den Preisen einer beschränkten Anzahl von Waren, und zwar der an den Börsen verhandelten Stapelartikel zu begnügen und die relative Bedeutung dieser Waren nach dem in ihrer Produktion und im Handel beanspruchten Kapital einzuschätzen.

So sind die „Index Numbers“ *Jevons'*, *Sauerbecks*, *Soetbeers* u. a. zustande gekommen.

Um das Verständnis dieser für die Volkswirtschaft so außerordentlich wichtigen Materie zu erleichtern, lasse ich hier eine solche Tabelle folgen, indem ich dazu bemerke, daß ich die Zahlen aus der Luft greife und diesen also nur eine illustrative Bedeutung zukommt!

**Tabelle zur Ermittlung der Durchschnittspreise der Stapelartikel.**

	1860			1880			1900		
	a Preis	b Quantum	c Sa.	a Preis	b Quantum	c Sa.	a Preis	b Quantum	c Sa.
1. Wolle	1,00	100	100	0,80	90	72	0,70	40	28
2. Zucker	1,00	20	20	0,90	90	81	0,80	110	88
1. Lein	1,00	70	70	1,10	40	44	1,20	10	12
2. Baumwolle	1,00	20	20	0,90	40	36	0,80	60	48
1. Holz	1,00	150	150	1,20	100	120	1,30	80	104
2. Eisen	1,00	50	50	0,80	100	80	0,70	130	91
1. Getreide	1,00	400	400	0,80	300	240	0,75	260	195
2. Fleisch	1,00	150	150	1,20	200	240	1,40	260	364
1. Indigo	1,00	30	30	0,80	5	4	0,75	1	7
2. Petroleum	1,00	10	10	1,10	35	38	1,20	49	58
		1000	1000		1000	955		1000	995

*Erläuterungen:* Nach dieser Tabelle wäre der Durchschnittspreis der genannten 10 Artikel von 1000 im Jahre 1860 auf 955 im Jahre 1880 und auf 995 im Jahre 1900 gefallen.

Das in den drei Rubriken b angeführte Quantum muß natürlich immer auf eine gleiche Summe (hier 1000) zurückgeführt werden, um das Resultat nicht zu fälschen. Auf die absolute Höhe dieser Summe kommt es natürlich nicht an, sondern nur auf die Richtigkeit der relativen Größe der Einzelzahlen. Würden wir z. B. die Summe der angeführten Zahlen auf 500 oder 100 zurückführen, so würde das Endresultat doch das gleiche bleiben. Das Verhältnis der Zahlen 1000–955–995 bliebe unangetastet.

Der Preis der ersten Kolonne a versteht sich für ein Quantum Ware, das man für 1 Mark erhält, z. B. 220 g Wolle,

1530 g Zucker, 197 g Lein usw. Darum erscheinen hier alle Preise gleichmäßig auf 1 Mark zurückgeführt. Die folgenden Preise der zweiten und dritten Kolonne a von 1880 und 1900 verstehen sich für das gleiche Quantum Ware, das man 1860 für je 1 Mark erhielt – also wieder für 220 g Wolle, 1530 g Zucker usw.

Um alle Schwierigkeiten, die bei dieser Methode der Preisermittlung zu überwinden sind, möglichst in obiger Tabelle zu vereinigen, habe ich die Artikel so gewählt, daß einem Artikel, der an Bedeutung für die heimische Volkswirtschaft abnimmt, gleich ein anderer folgt, der an Bedeutung zunimmt. So z. B. Wolle und Zucker. Die deutsche Schafzucht ist in den letzten Jahrzehnten stetig zurückgegangen, und die Wolle hat darum für die deutsche Volkswirtschaft bei weitem nicht mehr dieselbe Bedeutung wie vor 40 Jahren. Damals wirkten die Preisänderungen der Schafwolle zurück auf den Preis einer ungeheuren Schafherde und auf die Rente gewaltiger Landstrecken, die als Schafweiden benutzt wurden. Heute dagegen ist die deutsche Landwirtschaft kaum noch am Wollpreis interessiert, und wenn dieser heute von 100 auf 50 fiel, so würden 99 Prozent der deutschen Bauern dies kaum erfahren. Nur die relativ geringe Zahl von Wollhändlern, Webern und Tuchhändlern würde davon betroffen.

Dadurch nun, daß in obiger Statistik der Preis mit dem Quantum multipliziert wird, führen wir den Wollpreis auf seine wahre Bedeutung zurück. Für dieses Quantum haben wir also 100–90–40 angesetzt.

Ebenso verhält es sich mit dem Zucker, nur im umgekehrten Verhältnis. Die deutsche Zuckerindustrie ist seit 1860 stetig und stark gestiegen, nicht nur absolut, sondern auch relativ zu den anderen Industriezweigen. Viele Schafweiden sind in Rübenfelder umgewandelt worden, zahllose Bauern, ungeheure Kapitalien an Land, Fabriken, Vorräten sind am Zuckerpreis interessiert, und darum ist auch in obiger Statistik dem Zucker ein stetig wachsender Einfluß eingeräumt worden.

Und ähnlich verhält es sich mit den anderen angeführten Artikeln, Lein und Baumwolle, Holz und Eisen, Getreide und Fleisch, Indigo und Anilin.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß, wenn wir

1. die Vollständigkeit einer solchen Aufstellung,
2. die Richtigkeit der Preisermittlung,
3. die Richtigkeit der Berechnung der relativen Bedeutung der einzelnen Waren

voraussetzen, das Ergebnis einwandfrei sein würde.

Aber diese Vollständigkeit und Richtigkeit voraussetzen, heißt: viel voraussetzen. Es gibt Millionen von verschiedenen Artikeln, und jeder einzelne hat zahllose Qualitätsunterschiede.

Man durchstöbere z. B. die Kataloge einzelner Fabriken, z. B. photographischer Artikel, Drogen, Eisenwaren usw. Da findet man 1000 Artikel in einer Hand. Und wie will man offiziell die Preise ermitteln? Die Fabriken haben für die verschiedenen Abnehmer blaue, rote, grüne, weiße Zettel mit verschiedenen Rabattsätzen. Wird man nun den offiziellen Preisermittlern die weißen oder grünen Rabattzettel geben?

Jedoch, wenn es kein anderes, einfacheres Mittel gäbe, um zu solchem Präzisionsmaß zu gelangen, so könnte man sich als Notbehelf mit dem Ungefähr begnügen, und anstatt sämtlicher Waren könnte man etwa 100, 200 oder 500 der wichtigsten Stapelartikel zur Statistik heranziehen.

Wenn man dann noch diese Arbeit von den verschiedenen Handelskammern vornehmen ließe und den Durchschnitt dieser Aufzeichnungen nähme, so ließe sich wenigstens vom Standpunkt der Unparteilichkeit gegen Schuldner und Gläubiger nicht viel einwenden.

Auf mathematische Genauigkeit müßte man natürlich verzichten, denn

1. lassen sich Warenpreise durch Mittelspersonen und besonders offiziell genau überhaupt nicht ermitteln.
2. ist die Ermittlung der relativen Bedeutung der verschiedenen Waren eine komplizierte Sache.

Aber, wäre das ein Grund, warum man jetzt auf alle Messungen des Geldpreises verzichten sollte? Das Brot mißt man nicht mit dem Pariser Normalmaß, und auch der Schneider bedient sich dieses Maßes nicht. Trotzdem erklären sich die Käufer mit dem Gebrauch des hölzernen Meterstockes einverstanden. Wäre das Ungefähr einer solchen Preisermittlung des Geldes nicht den windigen Beteuerungen des Reichsbankpräsidenten vorzuziehen? Was wissen wir heute vom Preise des deutschen Geldes? Nichts, als was uns unsere persönlichen Beobachtungen oder interessierte Personen ohne Beleg, ohne Beweise zu sagen für gut halten!

Dieser blinden Unwissenheit gegenüber wäre also ein ungefähres Maß für die Bewegungen des Geldpreises von großem Vorteil, sowohl praktisch wie theoretisch. Ein solches Maß würde uns vielleicht manche Überraschungen bringen und den Goldanbetern arge Verlegenheiten bereiten, aber ist das ein Grund, warum man darauf verzichten sollte? Nimmt der Richter bei seinen Fragen Rücksicht auf die Verlegenheit des Diebes? Ist ein Talglicht nicht besser als stockfinstere Nacht? Ist der Zweifel, den die Wissenschaft schürt, nicht dem blinden Glauben vorzuziehen?

*Seit 40 Jahren werden wir mit der Behauptung abgespeist, die deutsche Währung bewähre sich vortrefflich, und seit 40 Jahren warten wir auf den Beweis für diese Behauptung.*

Die nach obiger Methode angelegte Preisstatistik würde uns einen Anhaltspunkt geben, um diese Behauptung auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Warum hat man bisher diese Statistik nicht gemacht? Antwort: Weil man das Licht fürchtet, das eine solche Statistik in unsere Währungsverhältnisse werfen würde. Alchimisten hassen die exakte Forschung; die Routine haßt die Wissenschaft.

Dabei ist die Beobachtung interessant, wie dieselben Männer, die den Goldwährungskapriolen gegenüber beide Augen zuzudrücken pflegen, plötzlich skrupelhafte Pedanten werden, wenn von der Papiergeldwährung die Rede ist und es sich um den Nachweis ihrer Meßbarkeit handelt. Dann steigern sie ihre Ansprüche weit über alle praktischen Bedürfnisse hinaus. Zeigt man ihnen dann, daß auch diesen böswillig gesteigerten Ansprüchen mit einfachsten Mitteln genügt werden kann, dann ziehen sich die Feiglinge vom Kampfplatz zurück und erwarten für sich die Rettung von der Politik des Totschweigens.

In der Zeitschrift „Die Geld- und Bodenreform“ habe ich (1902) unter dem Titel „Eine neue Methode für die Ermittlung des Geldpreises“ ein Verfahren veröffentlicht, wie man den Durchschnittspreis wirklich aller Waren ohne eine einzige Ausnahme, vom Weizen bis zu den Küchenabfällen, unter genauester Berechnung der relativen Bedeutung der einzelnen Waren mit mathematischer Sicherheit ermitteln kann, *ohne dabei den Staat weder mit der Ermittlung der Preise noch mit der Berechnung der Bedeutung jeder Ware zu belasten*. Diese Arbeit wird nach dieser neuen Methode von den Besitzern und Verfertigern der Ware selbst vorgenommen, und zwar auch für diese ohne nennenswerte Belastung. Mit drei dem Inventurbuche entnommenen Zahlen ist für alle der persönliche Beitrag zur Preisermittlungsstatistik gemacht. Der Staat wird nur nackte Zahlen, keine Preise und Qualitäten zu bearbeiten haben. Für die ganze, dem Staate zufallende Arbeit wird ein Dutzend invalider Unteroffiziere genügen.

Diesem neuen Verfahren für die Ermittlung des Durchschnittspreises der Waren liegt die Inventur-, Gewinn- und Verlustrechnung zugrunde, welche einzelne Kaufleute und Unternehmer aufstellen, wenn sie erfahren wollen, inwieweit *ihre Bilanz durch Preisverschiebungen innerhalb ihres Warenlagers* beeinflußt wurde.

Es handelt sich hier nicht um den Betriebsgewinn oder Unternehmergewinn, sondern nur um die Gewinne resp. Verluste auf das Inventar, die von Preisveränderungen herrühren. Der Inventurgewinn ist vom Unternehmergewinn (bzw. Verlust) immer nur ein Bestandteil; nur bei reinen Spekulationsgeschäften fallen beide in eins zusammen.

Während der Zeit, die zwischen Kauf und Verkauf der Waren liegt, verändern sich die Warenpreise fortwährend, und

wenn der Kaufmann für seine Inventur die Preise der Waren auswirft, so darf er nicht etwa einfach die Einstandspreise (Kostenpreise) anrechnen, sondern er muß die Preise ansetzen, zu denen er die betreffenden Waren am Tage der Inventur würde erstehen können. Handelt er anders, so ist seine Bilanz falsch. Steht der Kostenpreis höher als der Tagespreis (Inventurpreis), so hat der Kaufmann verloren, steht er niedriger, so hat er gewonnen.

Der Regel nach gewinnt der Warenbesitzer auf einzelne Waren, während er auf andere verliert. *Zieht er den Gewinn vom Verlust ab, so sagt ihm der Rest, wie viel er im Durchschnitt gewonnen oder verloren hat infolge von Preisänderungen. Bringt er diesen Rest in Vergleich mit seinem Warenkapital, so weiß er in Prozenten, um wie viel im Durchschnitt die Preise seiner Waren seit der Zeit ihres Ankaufes gestiegen oder gefallen sind.*

Nehmen wir nun an, daß jeder Unternehmer, Fabrikant, Kaufmann, Landwirt, Handwerker usw. eine solche Rechnung macht (bzw. durch Gesetz dazu gezwungen wird) und daß jeder das Resultat dieser Rechnung unter Angabe:

1. des Gewinnes (bzw. Verlustes),
2. des Kapitals, worauf sich der Gewinn (bzw. Verlust) verteilt, einer Zentralstelle meldet, so wird man hier nur diese Ziffern zu summieren brauchen, *um festzustellen, um wie viel in Prozenten der Durchschnittspreis aller Waren des Landes gestiegen oder gefallen ist, und zwar wirklich aller Waren ohne Ausnahme, mit genauer Berücksichtigung des Quantum jeder Ware.*

Heben sich sämtliche Gewinne und Verluste aus Preisdifferenzen ohne Rest auf, so ist der einwandfreie Beweis erbracht, daß im Durchschnitt die Warenpreise weder gefallen noch gestiegen sind. Überwiegen die Gewinne die Verluste, so wird man sagen, daß die Warenpreise im Durchschnitt gestiegen sind; überwiegen die Verluste, so wird man umgekehrt daraus schließen, daß die Preise gefallen sind. Bringt man den Gewinn (bzw. Verlust) in Vergleich mit der Gesamtsumme, auf die sich der Gewinn verteilt, so kann man in Prozenten feststellen, um wie viel die Preise gestiegen bzw. gefallen sind, oder mit anderen Worten: um wie viel das Tauschverhältnis zwischen Waren und Geld sich in Prozenten nach der einen oder der anderen Seite verschoben hat.

Trotzdem die ganze Sache einfach und durchsichtig ist, so will ich doch, den seltsamen Vorurteilen und Ansichten, welche selbst viele Fachleute in dieser Angelegenheit beherrschen, Rechnung tragen und, um jedem Mißverständnis vorzubeugen, durch Beispiele diese neue Methode zur Ermittlung des Durchschnittspreises der Waren erklären.

## Beispiele von Inventur-Gewinn- und -Verlustrechnungen:

1. *des Kaufmanns Müller* [Der Inventurpreis ist der Preis, den Müller zahlen müßte, wollte er die Waren jetzt kaufen, oder zu dem er das Verkaufte ersetzen kann; der Einstandspreis ist der Preis, den Müller gezahlt hat.]:

auf Lager:	Inventurpreis:	Betrag:	Einstandspreis:	Betrag:
1000 Strümpfe	2,20	2.200,00	2,10	2.100,00
300 Hemden	12,50	3.750,00	13,00	3.900,00
500 Hosen	9,30	4.650,00	9,60	4.800,00
700 Kragen	4,10	2.870,00	3,40	2.380,00
2000 Hüte	<u>7,60</u>	<u>15.200,00</u>	<u>7,20</u>	<u>14.400,00</u>
usw.		Mk. 28.670,00		Mk. 27.580,00
Inventur- oder Tagespreis		Mk. 28.670,00		
Einstands- oder Kostenpreis		Mk. <u>27.580,00</u>		
Gewinn:		Mk. <u>1.090,00</u>		
oder 3,9% des Kapitals von		Mk. 28.670,00		

Die Waren, die Kaufmann Müller auf Lager hat, sind zum Teil im Preis gestiegen, zum Teil gefallen, im Durchschnitt aber stehen sie um 3,9% höher. Müßte er diese Waren heute kaufen, so würde er 28670,00 Mk. dafür auslegen müssen während sie ihm nur 27580,00 Mk. gekostet haben.

2. *des Landwirts Schulze*:

Produkte:	Erzielter Preis:	Erlös:	Vorgäng.Preis:	Betrag:
100 Ztr. Roggen	16,00	1.600,00	18,00	1.800,00
1000 Ztr. Kartoffeln	3,00	3.000,00	2,50	2.500,00
50 Ztr. Wolle	100,00	5.000,00	110,00	5.500,00
5000 l Milch	10,00	500,00	9,00	450,00
50 Ztr. Mastochsen	80,60	<u>4.000,00</u>	90,00	<u>4.500,00</u>
		Mk. 14.100,00		Mk. 14.750,00
Wirklicher Erlös aus den verkauften Produkten				Mk. 14.100,00
Zu den vorgängigen Preisen hätten die gleichen Produkte erbracht				<u>Mk. 14.750,00</u>
Verlust:				Mk. 650,00

d. h. infolge der Preisverschiebungen hat Landwirt Schulze eine Mindereinnahme von 650,00 Mk. gehabt oder 4,7% seiner Gesamtproduktion. Wären infolge einer gleichmäßig alle Waren treffenden Ursache die Preise um 4,7% höher gewesen, so hätte er statt 14.100 Mk. 14.750 Mk. eingenommen.

3. *des Grubenbesitzers Schmidt*

Gefördert:	Jetzt erzielter		Früherer	
	Preis:	Erlös:	Preis:	Betrag:
10.000 t Kohlen	20,00	200.000,00	18,20	180.000,00
Jetzt erzielter Erlös		Mk. 200.000,00		
Zu vorgängigem Preis		<u>Mk. 180.000,00</u>		
Gewinn:		Mk. 20.000,00		



## 4. des Gießereibesitzers Schuster:

auf Lager:	Tagespreis:	Betrag:	Einstandspreis:	Betrag:
200 t Kohlen	20,00	4.000,00	15,00	3.000,00
300 t Eisen	90,00	27.000,00	120,00	36.000,00
10 t Messing	200,00	2.000,00	180,00	1.800,00
50 t Blei	100,00	<u>5.000,00</u>	120,00	<u>6.000,00</u>
usw.		Mk. 38.000,00		Mk. 46.800,00
			Tagespreis:	<u>Mk. 38.000,00</u>
			Verlust:	Mk. 8.800,00

Nehmen wir nun an, daß alle Kaufleute, Unternehmer, Landwirte usw. im ganzen Deutschen Reiche verpflichtet werden, anzugeben, welche Gewinne oder Verluste sie durch Preisverschiebungen erlitten haben, unter Angabe der Summe, auf die sich der Betrag verteilt, so erhalten wir das Material zu folgender Rechnung:

*Zusammenstellung der Einzelangaben.  
Stadt Aachen*

			Konjunktur	
			Gewinn	Verlust
1. Kaufmann Müller	auf Mk.	28.670,00	1.090,00	–
2. Landwirt Schulze	„	14.100,00	–	650,00
3. Grubenbesitzer Schmidt	„	200.000,00	20.000,00	–
4. Gießereibesitzer Schuster	„	38.000,00	–	8.804,00
5. Tischlermeister A.	„	25.000,00	550,00	–
6. Nadelfabrikant B.	„	140.000,00	12.000,00	–
7. Tuchfabrikant C.	„	240.000,00	–	16.000,00
8. Drogenhändler D.	„	150.000,00	7.000,00	–
9. Kaffeehändler E.	„	300.000,00	–	25.000,00
10. Gerbereibesitzer F.	„	170.000,00	–	15.000,00
usw.	Mk.	1.305.770,00	40.640,00	65.150,00
Gewinne	Mk.	40.640,40		
Verluste	Mk.	<u>65.450,00</u>		
Konjunkturverlust:	Mk.	24.810,00		

auf Mk. 1.305.770,00 = 2%

d. h., damit sich im Durchschnitt Gewinn und Verlust ausgleichen konnten, hätten sämtliche Warenpreise 2% höher stehen müssen. [Es sei nochmals bemerkt, daß der Betriebsgewinn (vgl. Verlust) immer den Inventurgewinn (Verlust) einschließt, daß es Betriebsgewinne ohne Inventurgewinne, ja sogar mit Inventurverlusten gibt, daß auch Betriebsverluste trotz Inventurgewinn entstehen.]

Es leuchtet ein, daß, wenn wir diese Zusammenstellung auf sämtliche Besitzer und Verfertiger von Waren im ganzen Deutschen Reich ausdehnen, wir dann einen wirklich treuen Maßstab für den Preis des Geldes gewinnen. Denn durch diese Methode

werden sämtliche Produkte des Landes berücksichtigt, und was die Hauptsache ist, jedes Produkt beeinflusst das Endergebnis genau in dem Maße seiner Bedeutung.

Die Veränderungen im gegenseitigen Tauschverhältnis der Ware untereinander beeinflussen das Ergebnis dieser Preisermittlung des Geldes in keiner Weise – nur das Verhältnis der Waren zum Gelde kommt hier zum Ausdruck.

Die Produktionsmittel (Land, Häuser, Maschinen usw.) dürfen in diese Statistik nicht aufgenommen werden. Die Produktionsmittel sind keine Waren mehr, sondern Güter, die dem Besitzer durch den Gebrauch, nicht als Tauschmittel nützlich sind. Für Dinge aber, die nicht verkauft werden, ist der Preis gleichgültig.

Nur derjenige Teil der Produktionsmittel, der auf die Abnutzung fällt (Abschreibungen), verwandelt sich regelmäßig wieder in Waren und kommt in der Metamorphose der Produkte wieder auf den Markt. In den Warenpreisen findet aber dieser Teil seine gebührende Berücksichtigung.

Der Staat wird also keine Preise, auch nicht die Bedeutung der einzelnen Produkte zu ermitteln haben. Diese ganze Arbeit wird von den Bürgern verrichtet. Die Preisermittlung des Geldes wird dadurch völlig der Politik entzogen und in neutrale Hände gelegt. Das Volk selbst fällt unmittelbar das Urteil in der Währungsfrage.

Dabei wird die Lieferung des Materials, das hier dem Staate zur Verfügung gestellt wird, kaum eine nennenswerte Bürde für den Gewerbetreibenden sein. Die Statistik, die dieser führen muß, erweist sich als sehr nützlich, sie gibt ihm Aufschluß inwiefern seine Betriebsbilanz von der Konjunktur, d. h. von der Währung, letzten Endes von der Geldverwaltung berührt wurde, was auf seine Tätigkeit und was auf die Tätigkeit der Reichsbank zurückzuführen ist.

Mit der Empfangnahme der Berichte werden wohl am besten die Steuerämter beauftragt werden. Diese rechnen die einlaufenden Erklärungen auf und melden das Resultat dem Reichswährungsamte.

Der wichtigste Vorwurf, den man dieser Methode machen kann, ist der, daß einzelne, an der allgemeinen Hausse oder Baisse interessierte Personen (Schuldner und Gläubiger) ihre Berichte fälschen werden, daß die Agrarier z. B. die Neigung verspüren werden, eine allgemeine Baisse zum Vorschein zu bringen, um den Staat zu veranlassen, das allgemeine Preisniveau durch vermehrtes Geldangebot zu heben, was ja für die Schuldner einer entsprechenden Entlastung gleichkommt.

Jedoch ist diese Gefahr nicht groß, da der einzelne weiß, wie winzig gering der Einfluß seiner persönlichen Erklärung auf das Gesamtergebnis ist. Wenn z. B. ein Agrarier fälschlich einen Verlust von 1000 Mark auf einen Umsatz von 10.000 Mark angeben würde, so hätte das für den deutschen Gesamtumsatz von 50 Milliarden so wenig Bedeutung, wie ein Tropfen für das Meer. Stellt man zudem noch solche Fälschung als Urkundenfälschung unter Strafe, so wird sich jeder sagen, daß das Risiko in gar keinem Verhältnis zum erwarteten Vorteil ist.

Übrigens kontrolliert eine Erklärung die andere. Meldet die Mehrzahl der Bauern Preissteigerung, so fällt die Ausnahme auf, und der Fälscher muß erwarten, daß man Aufklärung verlangen wird.

Da in der Regel die Gewerbetreibenden nur jährlich einmal Inventur machen, so könnte mit dieser Methode der Preis des Geldes auch nur einmal im Jahre gemessen werden. Für heutige Verhältnisse wäre das wahrscheinlich ungenügend, da bei der *Unregelmäßigkeit* im *Geldangebot* der Preis des Geldes häufigen Schwankungen unterworfen ist. Haben wir aber einmal einen geschlossenen Kreislauf des Geldes, wie das mit dem Freigeld der Fall ist, so fällt damit schon die Hauptursache der Preisschwankungen aus. Eine einmalige jährliche Messung wird dann voraussichtlich genügen.

Sollte man sich jedoch mit einer einmaligen jährlichen Messung nicht begnügen wollen, so könnte man immerhin die zuerst besprochene Methode (Preisermittlung einer beschränkten Anzahl von Waren) zur Aushilfe herangezogen werden. Wenn man den Preis dieser Stapelartikel monatlich ermittelte, so könnte man sich von dem Gang der Preise ein ungefähres Bild machen und vorbeugende Maßregeln gegen Hausse und Baisse ergreifen. Als wirkliches Maß, sozusagen als das Pariser Präzisions- und Normalmaß würde dann die große jährliche Preisermittlung dienen [Die Arbeit muß scharf vom Arbeitsprodukt unterschieden werden. Als Maß des Geldpreises ist die Arbeit nicht zu gebrauchen.].

Wie man sieht, geht diese Methode einfach über die Wertfrage hinweg; sie ignoriert den sogenannten „Wert“.

Ware wird mit Ware bezahlt, und nur mit Waren, mit ihren körperlichen Eigenschaften, kann das Geld gemessen werden. Ein anderes Maß als Ware gibt es für das Geld nicht. Für das Geld habe ich Waren gegeben, und Waren will ich dafür erhalten. Keine Arbeit, keinen Schweiß, kein Blut. Das will ich den Hunden geben. Ich will Kirschen essen, in den Apfel beißen, mich im Lehnstuhl strecken und mich am Feuer wärmen. Wie der Verkäufer, der mir diese Sachen für mein Geld gibt, in deren Besitz gelangt ist, wie lange er daran gearbeitet hat, das ist seine persönliche Angelegenheit, nicht meine. Mir kommt es ganz allein auf das Produkt an. Darum ist auch der Arbeitslohn als Maß des Geldpreises zu verwerfen. Dieser richtet sich zwar auch ganz nach dem Arbeitsprodukt und nicht nach der Fabrikur, wie Marx behauptet, doch deckt er sich nicht mit dem Arbeitsprodukt, insofern hier in Gestalt von Zins und Grundrente Abzüge vorgenommen werden. Der Lohn plus Zins und Rente ist aber wiederum weiter nichts als das Arbeitsprodukt, das wir als Ware zum Maßstab des Geldpreises erklärt haben.

## Wie kommt der Preis des Papiergeldes zustande?

Wer von der Voraussetzung ausgeht, daß die Produktionskosten das Tauschverhältnis der Waren bestimmen, oder wer die Arbeit, die Arbeitszeit oder die Arbeitskraft zum Maßstab dieses Verhältnisses nimmt, der hat natürlich absolut keinen Anhaltspunkt für die Beantwortung obiger Frage. Wenn er auch durch die Tatsachen zum Geständnis gebracht wird, daß man dem Papiergeld einen Preis geben kann, der die Produktionskosten des Geldpapiers übersteigt, so wird er doch die Einwendung machen, daß solchem Preis jeder Stützpunkt fehlt. Der Preis einer Sache müßte einen Schwerpunkt (den sogenannten inneren Wert oder die Produktionskosten) haben, um den er pendeln, von dem er sich aber dauernd nicht entfernen kann, sonst schwebt der Preis einfach in der Luft, ein Spielball der Stimmungen, der Konjunkturen, der Spekulation, ein Rohr in der Wüste, das von Nachfrage und Angebot hin- und hergeweht wird. Eine nebelhafte Sache, die sich durch ihre Substanz- und Gestaltlosigkeit jeder näheren Prüfung entzieht.

Wissen doch die Nationalökonomien mit dem allgemeinen Marktgesetz, wonach die Preise durch Nachfrage und Angebot bestimmt werden, absolut nichts anzufangen. Ihnen sind das Worte ohne Inhalt. Bestenfalls sind ihnen Nachfrage und Angebot, menschliche, willkürliche, von Launen, Spekulationen geleitete Handlungen ohne Werkzeug. Und verächtlich drehen sie jedem den Rücken, der mit Hilfe dieser „Marktweiberweisheit“ volkswirtschaftlichen Erscheinungen eine wissenschaftliche Erklärung zu geben versucht. Auf den „Wert“ müßten alle Erscheinungen der Volkswirtschaft zurückzuführen sein, der Preis hätte für die *Wissenschaft keine* grundlegende Bedeutung.

Es gibt meines Erachtens keinen schlagenderen Beweis für die Richtigkeit der Behauptung, der Gegenstand der Wertlehre sei ein Hirngespinnst, als die Tatsache, daß zur erschöpfenden Erklärung aller wirtschaftlichen Ereignisse der Gegenstand der Wertlehre vollkommen überflüssig ist. Wenn dieser Gegenstand wirklich, wie behauptet wird, von fundamentaler Bedeutung für die nationalökonomische Wissenschaft wäre, so müßte man auch bei jedem Schritt und Tritt darauf stoßen. Aber das ist so wenig der Fall, daß selbst diejenigen Forscher, die den Gegenstand der Wertlehre zum Ausgangspunkt ihrer Untersuchungen nehmen, oder wenigstens zu nehmen vorgeben, das Hirngespinnst im Stiche lassen und auf den Preis zurückgreifen, so oft sie etwas „Fundamentales“ zu erklären haben. Ganz reizend tritt dieser Sachverhalt bei *Marx* zutage, dort, wo er die Grundmauern seiner ganzen Lehre legt. Er drückt sich dort ungefähr so aus: Weizen tauscht sich gegen Seide, Wicse, Speck in ständig abwechselndem Verhältnis aus. Was beweist das? Es beweist, daß in all diesen Dingen etwas Gemeinsames steckt, *das aber von den Dingen selbst völlig verschieden ist.*

Ein wunderbarer Gedanke vom Standpunkt der Substanz und Energie aus betrachtet, ein Gedanke, der durch den Vergleich mit dem Dreieck (*Marx* fand sicherlich keinen besseren Vergleichsgegenstand) mir noch wundersamer wird. Den Rauminhalt eines Körpers kann man mit irgend einem Teil desselben Körpers bestimmen, aber beim Wert muß man nach *Marx'* Angaben vollständig vom Körper der Waren absehen.

Wie heißt diese den Waren gemeinsame Eigenschaft? Es ist der Wert. Welche Eigenschaften hat der Wert? Keine, mit Ausnahme der, menschliche Arbeit zu sein. Mehr sagt *Marx* nicht für den Beweis des Daseins des „Wertes“.

Aber wenn es so ist, so müßten die Waren, die die gleiche Arbeit gekostet haben, immer denselben „Wert“ haben, und wir sehen doch täglich, daß ein und derselbe Gegenstand oft im Preise schwankt. Für ein 20-Mark-Stück erhält man die gleichen Waren in ständig wechselnder Menge, trotzdem die in den 20 Mark und in den Waren „kristallisierte Arbeit“ dieselbe sein mag.

Die Antwort auf diesen Einwand lautet dann: es handelt sich hier nur um den Preis der Waren, nicht um den „Wert“, der unverändert geblieben ist. Der Preis der Waren wird durch Nachfrage und Angebot bestimmt, er kann sich, und dies geschieht oft genug, von dem Werte entfernen, muß aber immer wieder auf den Wert als Schwerpunkt zurückfallen.

Hier beruft sich *Marx* einfach auf *A. Smith*. Die Sache schien ihm sicherlich nicht wichtig genug, um sie selbst nachzuprüfen.

Ganz recht, so frage ich nun: Warum muß aber der Preis auf den Wert immer wieder zurückfallen, *warum könnten die Kräfte, die stark genug wirken, um den Preis vom Werte zu trennen, nicht auch stark genug sein, um eine dauernde Trennung von Preis und Wert zu bewirken, wie das beim Papiergeld doch der Fall ist?*

Noch heikler ist folgende Frage: Pendelt der Preis des Papiergeldes um seinen Wert, der als Null angenommen wird, *so ist Null der Schwerpunkt*. Die Pendelbewegungen des Preises gehen also hier von Null aus; d. h., sie steigen über Null, um ebenso stark unter Null auszuschlagen. Dies kann man sich aber sicher nur recht nebelhaft vorstellen. Bei Null erhält man das Papiergeld umsonst, oder doch nur als Geldpapier, unter Null erhält man nicht nur das Papiergeld umsonst, sondern als Zugabe noch ein Quantum Ware, das dem Pendelschlag über Null entspricht!?

Zugunsten der *Marx'schen* Theorie sprechen folgende Tatsachen:

Wenn der Preis einer Ware sich vom „Werte“ (im Sinne *Marx'*) entfernt, so wird dadurch die Produktion der betreffenden Ware unmittelbar beeinflusst. Und zwar stockt die Produktion (Arbeit), wenn der Preis fällt, und sie wird gefördert,

wenn der Preis steigt. Als Folge der dadurch sich einstellenden Veränderungen im Angebot steigt oder fällt dann der Preis auf seinen „Wert“, d. h. also auf die *neutrale Höhe des Preises, wo die Produktion weder gehemmt noch gefördert wird.*

Aber mit dieser Erklärung macht man den „Wert“ vom Preise abhängig, während es sich doch umgekehrt damit verhalten soll. Vom Preis hängt es dann ab, ob die Ware überhaupt erzeugt wird. Der Preis ist das Primäre, die Arbeit das Sekundäre. Der Preis gibt den Anstoß zur Arbeit, er liefert die Energie, er befiehlt Halt und Vorwärts. Dann aber auch pendelt die Arbeit (Wert) um den Preis, nicht umgekehrt, und diesen Preis bestimmen 1000 Faktoren, die wir mit den Worten Angebot und Nachfrage zusammenfassen. Der „Wert“ wird so zu einem bloßen Faktor der Preisbestimmung, und wir brauchen für diesen so zu begreifenden „Wert“ ebenso wenig eine besondere Theorie, wie für jeden anderen Faktor der Preise. *Die Theorie der Preise genügt.*

Da ich nun für die Beantwortung der an der Spitze dieses Kapitels stehenden Frage vom Wertgespenst ganz hilflos gelassen wurde, so werde ich mich voll und ganz auf das verachtete Gesetz der Marktweiber stellen müssen. Was bleibt mir anderes zu tun übrig? Das Papiergeld ist wertlos, wertleer und wertfrei. Es besitzt kein Atom Wertstoff, keinen Schatten eines Stoffwertes. Man kann damit unmöglich Wertkonserven machen. Es ist nicht „unterwertig“, sondern einfach nullwertig. Einen Ballen Papiergeld wird niemand als „Wertspeicher“ erklären. Sein innerer „Wert“ entspricht genau seinem äußeren „Wert“; er ist höchstens eine „Wertfiktion“. Es ist klar, meine Frage kann nicht vom sogenannten Wert aus beantwortet werden. Da aber dieser sogenannte „Wert“ ganz allgemein für das Fundament der volkswirtschaftlichen Wissenschaft angesehen wird, so sehen wir hier, wie eine wichtige Frage der Volkswirtschaft so zu sagen außer Wettbewerb gestellt wird. Und doch verlangt jeder Zweig der Wissenschaft eine ursächliche Erklärung für alle in ihr Gebiet übergreifenden Fragen!

Wie stimmt das? Ist die Sache nicht verdächtig? Ist das nicht wieder ein neuer Beweis für meine Behauptung, der Gegenstand der Wertlehre sei ein Hirngespinnst, und daß man wirklich gut täte, alle Wertbesessenen, das sind die, die den Wert als das Fundament der Volkswirtschaft und ihrer Wissenschaft erklären, in ein Narrenhaus einzuschließen, bis sie sich über die Natur dieses Fundamentes geeinigt haben? Ist aber der Wertgedanke leer, so gewinnt das verachtete Gesetz der Marktweiber plötzlich ganz außerordentliche, „fundamentale“ Bedeutung, denn das mit seinem Fundament eingestürzte Gebäude der Volkswirtschaftslehre muß jetzt notgedrungen auf dieses neue Fundament neu errichtet werden. Und das neue Fundament muß das schwere Gebäude tragen können.

Ich werde mich also damit befassen müssen, das Gesetz der Marktweiber dem umhüllenden Nebel zu entziehen; dem Inhalt dieses allgemeinen Marktgesetzes Gestalt zu geben, damit der Leser bei den Worten „Nachfrage und Angebot bestimmen den Preis“ mit genau bestimmten, abgewogenen und begrenzten Begriffen die Erklärung zu jeder ihm gemeldeten Tatsache suchen und finden kann.

Frägt man heute: Was ist Nachfrage nach Geld, wer hält Nachfrage nach Geld, wo herrscht Nachfrage nach Geld, so erhält man die widerspruchsvollsten Antworten. In der Regel wohl wird es heißen: Nachfrage nach Geld herrscht an den Banken, wo Unternehmer und Kaufleute Wechsel diskontieren. Wächst die Nachfrage nach Geld, so steigt der Zinsfuß, und mit dem Zinsfuß kann man also die Größe der Nachfrage nach Geld messen. Auch der Staat, der mit Defizit arbeitet und Anleihen macht, hält Nachfrage nach Geld; wie auch die Bettler Nachfrage nach Geld halten.

Dies alles ist aber keine Nachfrage, die mit dem Begriff eines Tauschmittels übereinstimmt. Und das Geld ist doch vor allem Tauschmittel. Als Tauschmittel sollen und wollen wir das Geld betrachten und behandeln. Stellen wir nun in unserer Frage an die Stelle des Wortes „Geld“ den Ausdruck „Tauschmittel“, so tritt der Unsinn sofort zu Tage, den obige Antworten bergen.

Der Kaufmann, der von der Bank Geld verlangt, tauscht nichts ein; er gibt nichts als sein Versprechen, das Geld zurückzuerstatten. Er borgt, aber er tauscht nicht. Er gibt Geld für Geld. Es findet kein Handel, kein Tausch statt; von Preisen ist hier keine Rede. Man spricht vom Zins. Auch der Staat hält mit seiner Anleihe keine Nachfrage nach Tauschmitteln, denn auch er bietet nichts in Tausch an. Er wechselt gegenwärtiges gegen künftiges Geld.

Es handelt sich also hier nicht um eine „Nachfrage“ nach Tauschmitteln im Sinne der Marktweiberweisheit, nicht um eine mit dem Zwecke des Geldes übereinstimmende Nachfrage nach Geld. Um Nachfrage nach Geld, nach Tauschmitteln zu halten, muß etwas vom Geld Verschiedenes in Tausch „angeboten werden. Das ist im Worte schon ausgedrückt.

*Wo herrscht nun Nachfrage nach Geld?*

*Antwort: dort, wo man Tauschmittel braucht, dort, wo die Arbeitsteilung Ware auf den Markt wirft, die zu ihrem gegenseitigen Austausch auf das Tauschmittel, auf Geld angewiesen sind.*

Und wer hält Nachfrage nach Geld? Wer anders als der Bauer, der Ware auf den Markt bringt, als der Kaufmann der am Ladentisch seine Waren feilhält, als der Arbeiter, der sich zu irgendeiner Arbeit anbietet und für sein Arbeitsprodukt Geld

verlangt. *Wo das Warenangebot groß ist* – dort herrscht große Nachfrage nach Tauschmitteln; *wo das Warenangebot wächst*, dort wächst die Nachfrage nach Geld, nach Tauschmitteln. Nimmt man die Waren fort, so verschwindet auch die Nachfrage nach Geld. Dort, wo Urwirtschaft und Tauschhandel betrieben werden, gibt es auch keine Nachfrage nach Geld.

Es ist also klar; wir unterscheiden scharf zwischen dem Kaufmann, der am Ladentisch den Kattun dem Bauern anbietet und demselben Kaufmann, der eine Stunde später beim Bankier vorspricht, um dort einen Wechsel zu diskontieren. Mit dem Kattun in der Hand hielt der Kaufmann „Nachfrage“ nach dem Tauschmittel, nach Geld. Und mit dem Bauer handelte er um den Preis.

Mit dem Wechsel in der Hand hält der Kaufmann beim Bankier keine Nachfrage nach Geld, denn der Wechsel ist keine Ware. Hier ist vom Zinsfuß die Rede. Hier herrscht gemeiner Geldbedarf, keine Nachfrage.

Die Nachfrage nach Geld hat mit diesem Bedarf an Geld nichts gemein. Bedarf an Geld hat der Bettler, der Staat, der umwucherte Bauer, auch der Kaufmann, der Unternehmer, der einen Wechsel diskontieren will; *Nachfrage nach Geld hält nur der, der Ware feilhält*. Bedarf an Geld ist eine vieldeutige, Nachfrage nach Geld eine eindeutige Sache. Der Bedarf an Geld geht von einer Person, die Nachfrage nach Geld von einer Sache, von der Ware aus. Der Bettler will ein Almosen, der Kaufmann will sein Geschäft vergrößern, der Spekulant will seinen Konkurrenten das Geld der Banken entziehen, um allein auf dem Markte als Käufer auftreten zu können, der Bauer ist in die Falle gegangen, die der Wucherer ihm stellte. Sie haben alle schrecklichen Bedarf an Geld, ohne Nachfrage nach Geld halten zu können, denn diese kommt nicht von den Sorgen der Menschen, sondern von dem Vorrat und Angebot von Waren. In diesem Sinne ist es darum auch falsch, wenn man sagt: Bedarf und Angebot bestimmen die Preise. Es herrscht zwischen dem mit dem Zinsfuß gemessenen Geldbedarf und der mit den Preisen gemessenen Geldnachfrage der denkbar größte Wesensunterschied. Beide Dinge haben absolut nichts Gemeinsames.

Wer beim Worte „Nachfrage nach Geld“ nicht sofort an Ware denkt, wer beim Worte „Große Nachfrage nach Geld“ nicht sofort einen Berg von Waren, einen Markt, einen Güterzug, ein überladenes Schiff vor Augen hat, vielleicht auch in Überproduktion, an Arbeiterbataillone usw. denkt, der versteht den Sinn des Wortes „Nachfrage nach Tauschmitteln, nach Geld“ nicht, der hat noch nicht erfaßt, daß die Arbeitsteilung Ware erzeugt, die zu ihrem Austausch auf das Geld ebenso angewiesen ist, wie die Steinkohlen auf die Güterwagen.



Und wer jemanden von steigender Nachfrage nach Geld sprechen hört, weil der Zinsfuß gestiegen sei, der weiß, daß dieser keine bestimmten Ausdrücke für seine Begriffe hat. Wenn aber jemand einem Nationalökonom in die Hände fällt, der Geldbedarf und Geldnachfrage verwechselt, so hat er die Pflicht, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß man wissenschaftliche Fragen nicht in Kauderwelsch behandeln soll.

Also die Nachfrage nach Geld scheiden wir vollständig von allen menschlichen Bedürfnissen, Spekulationen, Handlungen, Konjunkturen usw., wir entziehen sie dem Wertnebel, der sie bisher umhüllte, und setzen sie thronend auf den Berg von Waren, womit die Arbeitsteilung den Markt ununterbrochen beschickt – weithin für alle sichtbar, greifbar und – meßbar.

Wir scheiden diese *Nachfrage nach Geld* von dem *Bedarf an Geld*. Wir bilden einen anderen Berg, aber nicht aus Waren, sondern aus Wechseln, Pfandbriefen, Schuldscheinen, Obligationen, Konsols, Versicherungspolice usw. und setzen darauf ebenso weithin sichtbar: *Bedarf an Geld*. Auf den ersten Berg schreiben wir „Preise“ und auf den letzteren „Zinsfuß“, und wer dann noch im Flusse dieser Untersuchung an Geldbedarf denkt, wenn ich von Nachfrage spreche, der soll dieses urgesunde Buch zuklappen. *Es ist nicht für ihn geschrieben.*

Nachfrage und Angebot bestimmen den Preis, das heißt das Verhältnis, in dem Geld und Waren ausgetauscht werden und was Nachfrage nach Geld ist, wissen wir jetzt. Sie ist Substanz; der fortwährend fließende, aus der Arbeitsteilung quellende Warenstrom.

Und das Angebot von Geld? Auch diesem Begriff müssen wir Substanz und Gestalt geben und ihn aus dem Dunstkreis ziehen, in den auch er gehüllt ist.

Der Bauer, der Kartoffeln erntet, der Schneider, der einen Rock genäht, muß das Produkt seiner Arbeit gegen Geld anbieten, aber was macht er mit dem Geld? Was haben die 100.000 Bauern und Handwerker mit dem Taler gemacht, der seit 100 Jahren von Hand zu Hand gegangen ist? Jeder von ihnen bot den Taler an – gegen Ware, die, einmal in ihrem Besitz, zum Gebrauchsgut wurde und vom Markte verschwand. Der Taler aber blieb auf dem Markte, er kehrte immer wieder zurück – 1 Jahr, 10 Jahre, 100 Jahre und, mit anderer Prägung, vielleicht auch 1000–2000–3000 Jahre. Er war eben allen, durch deren Hände er ging, nur als Ware dienlich, von den 100.000 Mann war keiner da, der den Taler anders gebrauchen konnte. Die Nutzlosigkeit des Talers zwang alle, ihn wieder loszuschlagen, zu verkaufen, d. h. ihn in Tausch gegen Waren anzubieten.

Wer viel Geld hatte, mußte auch viel Geld anbieten, wer wenig Geld hatte, mußte auch das Wenige anbieten. Und

dieses Angebot von Geld nannte man und nennt man noch heute ganz richtig die Nachfrage nach *Waren*. Wo viel Ware liegt, ist die Nachfrage nach Geld groß, ebenso muß man sagen können: wo viel Geld ist, muß notwendigerweise die Nachfrage nach Waren größer sein als dort, wo nur wenig Geld ist. (Die Einschränkungen hierzu werde ich früh genug machen.)

Gibt es etwa noch eine andere Nachfrage nach Waren als die, die das Angebot von Geld vertritt?

Hier auch müssen wir, wie bei der Nachfrage nach Geld, unterscheiden zwischen Nachfrage und Bedarf an Waren. Bedarf an Waren haben viele „Bedürftige“, Nachfrage nach Waren hält nur der, der Geld für die Waren anbietet. Den Bedarf an Waren drückt man mit Bitten, Betteln und Petitionen aus, die Nachfrage nach Waren durch Aufschlagen der harten Taler auf den Ladentisch. Vor dem Bedarf an ihren Waren verkriechen sich die Kaufleute; sie lassen sich täglich vor dem Hahnschrei dreimal durch die Dienstboten verleugnen; die Nachfrage nach ihren Waren aber lockt sie herbei. Kurz, Nachfrage nach Waren besteht im Angebot von Geld; wer kein Geld hat, hält keine Nachfrage, und wer es hat, muß damit Nachfrage nach Waren halten. (Wann er das tun muß, werden wir später sehen.)

Die Nachfrage nach Waren, schlichtweg Nachfrage genannt, ist also immer und ausschließlich durch das Geld vertreten. Ein Berg von Geld bedeutet eine große Nachfrage nach Waren. Freilich nicht zu jederzeit, wie der Kriegsschatz von 120 Millionen in Spandau schlagend beweist; denn in 40 Jahren hat dieser Geldberg nicht für eine Mark gekauft. Auf diese Ausnahmen werden wir noch zurückkommen. Die Entdeckung einer neuen Goldmine bedeutet eine wachsende Nachfrage nach Waren, und wenn der Staat in den Papierwährungsländern neue lithographische Pressen in Betrieb setzt, so weiß es schon jeder, daß die Nachfrage und die Preise steigen werden. Gäbe man jedem das Recht, Banknoten, Schatzscheine und goldene Münzen in der Mitte durchzuschneiden, und jede Hälfte für ein Ganzes auszugeben, so würde die Nachfrage auf das Doppelte und die Preise auch auf das Doppelte steigen.

Das ist soweit richtig. Aber sind wir dann schon berechtigt, das Angebot von Geld, wie wir das mit dem Angebot von Waren tun, so auf sich selbst zu stellen, und zu sagen: Wer den Geldbestand mißt, der mißt auch die Nachfrage nach Ware? Mit anderen Worten: Können wir das Angebot von Geld derart mit dem Geldbestand identifizieren, daß wir dieses Angebot, also die Nachfrage nach Waren, von der Psyche der Geldbesitzer völlig scheiden können? Unterliegt das Angebot des Geldes nicht, oder doch zum Teil, den Launen des Marktes, der Gewinnsucht der Spekulanten, mit einem Wort, ist das Angebot von Geld nur reine Geldsubstanz – liegt keinerlei Handlung darin?

Die Wichtigkeit, die diese Frage für die Lösung unserer Aufgabe hat, liegt auf der Hand.

Wir sagen: die Arbeitsteilung liefert einen fortwährend fließenden Strom von Waren: „das Angebot“. Der Geldbestand liefert das Geldangebot, also „die Nachfrage“. Wäre dieses Geldangebot nun auch so ununterbrochen, wie der Geldbestand eine feste Größe ist, so wäre der Preis, das Tauschverhältnis zwischen Geld und Waren unabhängig von jeder menschlichen Handlung. Geld wäre die verkörperte, scharfgeschnittene Gestalt der Nachfrage, wie die Ware das verkörperte, wägbare, berechenbare Angebot ist. Man brauchte dann nur zu wissen, in welchem Verhältnis Geld- und *Warenvorrat* stehen, um auch zu wissen, ob die Preise steigen oder fallen werden. Bei dem im vorigen Abschnitt beschriebenen Freigeld, da war es so. Da konnten wir sagen: das Freigeld verkörpert die Nachfrage; es scheidet aus der Nachfrage alle Wünsche des Geldbesitzers in bezug auf die Zeit und Größe der Nachfrage. Das Freigeld diktiert seinem Besitzer die Kauforders in die Feder und erhebe diese Order zum kategorischen Imperativ. Darum könne man auch beim Freigeld die Größe der Nachfrage unmittelbar mit dem Quantum Freigeld, das der Staat in Umlauf erhält, messen, wie man das Angebot von Kartoffeln und Morgenzeitungen mit der Größe der Ernte und der Auflage der Zeitung messen kann.

Solches ist aber beim heutigen Geld nicht der Fall, wie wir sehen werden, und darum können wir auch die Frage, die wir gestellt haben, vorerst nicht beantworten. Wir müssen weitere Untersuchungen vornehmen, um sagen zu können, wie der Preis des gemeinen Papiergeldes zustande kommt.

## **Einflüsse, denen Angebot und Nachfrage unterliegen.**

Die Ware wird für den Markt erzeugt und kann nur als Tauschgegenstand ihrem Erzeuger nützlich werden. Darum ist das Angebot gleich dem Warenbestand; das Angebot ist eine Sache, Stoff, auf alle Fälle eine mit Waren vollführte, willenlose Handlung. *Ohne Ware kann man die Handlung, die im Angebot liegt, nicht vollführen, und mit Waren muß man sie vollführen.* Gleichzeitig ist aber das Angebot das einzige, was man mit der Ware nützlich beginnen kann. *Im großen und ganzen muß also die Handlung, die im Angebot liegt, mit der Substanz, auf die sich diese Handlung bezieht, sich derart decken, daß Substanz und Handlung in eins zusammenfallen.*

Das Angebot (das ist die Nachfrage nach Geld) deckt sich also mit dem Vorrat an Waren.

Der Vorrat an Waren aber hängt wiederum ab:

1. von der Zufuhr durch die Arbeitsteilung oder Warenproduktion;
2. von der Abfuhr nach vollzogenem Tausch.

Wären Zu- und Abfuhr immer gleich, so wäre auch das Angebot, d. i. die Nachfrage nach Geld, immer gleichmäßig.

Das ist aber bekanntlich durchaus nicht der Fall.

Die Zufuhr steigt schon allein infolge der ständigen Bevölkerungsvermehrung. Hundert Arbeiter werfen mehr Produkte auf den Markt als neunzig.

Die Zufuhr wächst aber auch infolge ständiger Ausbreitung der Arbeitsteilung.

Wenn der Bauer sich ganz auf die Viehzucht verlegt, statt wie früher seine Kraft in der Hervorbringung von Gegenständen für den eigenen Haushalt zu verzetteln, so muß er jetzt viel öfter zu Märkte gehen als früher. Es war nur wenig, was er früher kaufte und verkaufte. Jetzt verkauft er seine ganze Produktion; er vermehrt das Angebot, d. i. die Nachfrage nach Geld, um alles, was er erzeugt.

Auf dem Lande, in den kleineren Städten, waren die Handwerker häufig nur zeitweise in ihrem Berufe tätig; nebenbei betrieben sie Ackerbau, Gartenwirtschaft, machten wohl auch ihr Handwerkszeug selbst, nähten ihre Kleider, Schuhe, machten sich die Möbel selbst und unterrichteten wohl auch ihre Kinder. Jetzt hat kein Handwerker mehr Zeit für dergleichen. Sein Gewerbe beschäftigt ihn vollauf und lohnt ihn besser. Sein ganzes Arbeitsprodukt ist Ware geworden und kommt auf den Markt, wo es Nachfrage hält nach Geld, nach Tauschmitteln. Dadurch ist die Nachfrage nach Tauschmitteln in den letzten Jahrzehnten außerordentlich gewachsen.

Mehr aber als durch die genannten Umstände wächst das Angebot von Waren, die Nachfrage nach Tauschmitteln, infolge der verbesserten Produktionsmittel. Wenn ein Weber mit der Hand früher 10 Ellen Zeug verfertigte, so warf er auch nur 10 Ellen Zeug auf den Markt, die Nachfrage nach Geld, betrug also auch nur 10 Ellen Zeug. Mit seinen modernen Werkzeugen liefert aber derselbe Weber heute 500 Ellen Zeug. Er wirft 50mal mehr Ware auf den Markt; er hält eine 50mal größere Nachfrage nach Geld als früher [Die Werttheoretiker, die mit ihrem Geflunker alle volkswirtschaftlichen Erscheinungen in undurchforschbaren Brei verwandelt haben, werden hier die tiefsinnige Einwendung machen: die verbesserten Produktionsmittel haben den „Wert“ der 500 Ellen auf den Wert der früheren 10 Ellen herabgesetzt, insofern hatten die 500 Ellen auch nur dieselbe Nachfrage nach Geld, wie früher die 10 Ellen. Demgegenüber wollen wir hier fragen, warum denn die Verbesserung der Produktionsmittel vor dem Geld haltmachen soll? Dann aber können wir mit dem gleichen Recht sagen: die verbesserten Produktionsverfahren haben den Wert von 500 Ellen Papiergeld auf den Wert von 10 Ellen herabgesetzt. Mit dem „Wert“ der Waren ist auch der Wert des Geldes 500 Ellen tief gestürzt *und ist dadurch auf gleicher Höhe mit den Waren geblieben.*]. Und wie es sich mit dem Weber verhält, so mit allen Gewerben und Künsten. Um die Bücher zu schreiben, die eine einzige moderne Druckerei liefert, müßten schon sämtliche Söhne des Reiches der Mitte von früh bis spät jahraus, jahrein schreiben, schreiben. Mit der Chromolithographie verhält es sich ebenso.

30 Mann in Argentinien erzeugen mit ihren Dampfpflügen und Dreschmaschinen so viel Getreide, wie 3000 deutsche Kleinbauern mit gleicher Arbeit hervorbringen. Diese argentinischen Bauern erzeugen infolgedessen auch ein 100mal größeres Angebot von Waren, sie halten eine 100mal größere Nachfrage nach Tauschmitteln.

Aber die Größe des Angebots soll man nicht allein mit der Quantität der Waren, sondern auch mit der Qualität messen. Das ist klar. Wie ein Pfund Gold ausgemünzt früher 16mal mehr Nachfrage nach Waren hielt, als ein Pfund Taler, so bedeutet auch eine Tonne Weizen erster Qualität eine größere Nachfrage nach Geld als eine Tonne zweiter Qualität.

Die Qualität der Waren erfährt aber heute eine ständige Verbesserung. Die Zuchttiere, die Sämereien werden veredelt, das Arbeitsprodukt der Maschinen wird verfeinert, die Chemie wirft täglich ja stündlich, köstliche Universalmittel gegen Krankheiten auf den Markt. Mit den elektrischen Meißeln und den prächtigen Modellen, die das ausgemergelte Proletariat liefert, erzeugen die Künstler mit wenig Mühe Wunderwerke, und die Nachfrage nach Geld, nach Tauschmitteln wächst um den vollen Qualitätsunterschied zwischen der modernen und antiken Kunst.

Auch wird die Warezufuhr vermehrt durch die Verwendung, die die Industrie für manche früher nutzlose Substanzen entdeckt. So liefern die Eisenhütten in Deutschland allein über eine Million Wagenladungen Thomasschlacken für Felddünger. Früher waren es lästige Fabrikrückstände. Jetzt erzeugen diese Schlacken eine Nachfrage nach Tauschmitteln von vielen Hundert Millionen Mark (was aber nicht sagen will, daß man ebensoviel Millionen mehr braucht). Dasselbe ist der Fall mit den Kalisalzen und vielen anderen Stoffen. Man brauchte in Deutschland weniger Geld, weniger Tauschmittel, wenn man die Nützlichkeit der Thomasschlacken und Kalisalze nicht entdeckt hätte. Das ist sicher.

Aber die Nachfrage nach Geld (Tauschmitteln) hängt noch von anderen Dingen ab, die eigentlich mit der Produktion nichts gemeinsam haben. Ich meine die Besitzteilung, die vieles zur Ware macht, was früher Gebrauchsgut war.

So ist das Land jetzt käuflich, früher gehörte es der Gemeinde und war unveräußerlich. Große Summen Geldes werden jahraus, jahrein durch den Grundstückshandel in Beschlag genommen. Die Nachfrage nach Geld ist gewachsen, seit das Vaterland zur Ware degradiert wurde. Die hypothekarische Verschuldung und der Pachtzins des Landes beanspruchen auch Geld, viel Geld. Man käme mit weniger Geld aus, wenn die Bauern von dem Erlös ihrer Waren nicht immer einen Teil auf die hohe Kante zu legen brauchten, um den Pachtzins und die Hypotheken am Martinstag zu bezahlen, d. h., wenn das Land Gemeingut geblieben wäre.

Dasselbe ist der Fall mit den Wohnungsmieten. Früher wohnte die überwiegende Mehrzahl der Bürger in eigenen

Höhlen, Hütten oder Häusern, und Miete zahlte man in Ausnahmefällen. Jetzt verhält es sich umgekehrt, und von jedem Monats- oder Wochenlohn wird ein Teil zurückgelegt für die Quartalsmiete. Wie viele Millionen werden dadurch nicht für Tage, Wochen und Monate festgelegt! [Die Nachfrage nach Geld hängt darum auch davon ab, ob die Wohnungsmiete, der Pachtzins oder sonstige regelmäßige Zahlungen alle Trimester, Monate oder Wochen erhoben werden. Wenn der Arbeiter in den ersten Wochen eines Trimesters den der Miete entsprechenden Teil seines Gehaltes aufbewahrt, so bleibt dieses Geld 3 Monate brach liegen. Bezahlt er, wie in England, die Miete wöchentlich, so kehrt das Mietgeld auch durch den Hausbesitzer gleich in den Verkehr zurück. Darum kommt England mit bedeutend geringeren Geldmassen aus, als alle anderen Länder.]

Die Versorgung des Hauses mit Wasser, Licht, Kraft usw. durch die Gemeinde verwandelt auch hier eine Anzahl der wichtigsten Dinge in Ware, d. h. in Geldnachfrage, die früher Gebrauchsgüter waren, die nicht gekauft, d. h. gegen Geld eingetauscht wurden. Auch dadurch ist die Geldnachfrage bedeutend größer geworden.

Damit ein Gegenstand zur Ware werden kann, muß es möglich sein, den Gegenstand den Konsumenten zuzuführen. Wie viele Dinge aber liegen nicht heute herum, die aus Mangel an Straßen, Kanälen, Bahnen nicht fortgeschafft werden können! Eine neue Eisenbahn, ein Tunnel, eine Brücke, eine Forscherexpedition usw., führen den Märkten ganze Berge von Erzen, Holz, Vieh usw. zu und vermehren die Nachfrage nach Tauschmitteln um das volle Quantum dieser Güter.

Im allgemeinen ist das Warenangebot, d. i. die Nachfrage nach Geld, also in stetem Wachstum begriffen. Dieses Wachstum kann aber zeitweise auch in das Gegenteil umschlagen, z. B. infolge einer allgemeinen Herabsetzung der Arbeitszeit. Auch Kriege, Mißernten, Seuchen können die Nachfrage nach Tauschmitteln ganz bedeutend vermindern; ebenso wie ein Streik und überhaupt die heutige Lohnpolitik der Arbeiter.

Die Arbeiter drücken mit der immer wieder verlangten Verminderung der Arbeitszeit und mit der Streikpolitik ihre Überzeugung aus, daß sie ihre Lage bessern, die Ausbeutungskraft des Kapitals schwächen können durch verminderte Produktion. Sie hegen den Glauben, daß der Kapitalzins fällt, wenn weniger Kapital erzeugt wird.

1. Folgerung: je weniger Häuser gebaut werden, desto niedriger der Mietzins,
2. Folgerung: je weniger Häuser vorhanden sind, desto niedriger der Mietzins,
3. Folgerung: je mehr Häuser zerstört werden, desto niedriger der Mietzins.

Moral: Brennen wir die Städte nieder, um billig in schönen Häusern wohnen zu können.

Ein solcher Glaube muß, wenn er die Masse des Volkes beherrscht, ganz außergewöhnlichen Einfluß auf die Warenproduktion, auf die Nachfrage nach Tauschmitteln haben.

Würden die Arbeiter, durch die genannten nächsten Folgerungen ihrer Politik zu einem Glaubenswechsel veranlaßt, versuchen, durch emsige, ununterbrochene Arbeit das Kapital zu schwächen, indem sie neben jedem Mietshaus ein zweites, neben jeder Maschine, Fabrik Schiff usw. andere Maschinen, Fabriken, Schiffe herstellten, um so das Kapital in einem Meer von Kapital zu ersäufen, so würde ein solcher Glaubenswechsel sicherlich genügen, um das Angebot von Waren, die Nachfrage nach Geld, derart zu vermehren, daß daraus heute eine schwere, chronische Krise erwachsen würde, die die Proletarier hart für ihren Glaubenswechsel strafen würde. (Daß dieser tolle Widerspruch durch das Freigeld auf elegante Weise gelöst wird, wurde bereits gesagt.)

Die angeführten Beispiele mögen genügen, um zu zeigen, von wie vielen Umständen die Warenzufuhr abhängt. *Aber das Angebot von Waren hängt, wie schon erwähnt, auch von der Warenabfuhr ab.* Solange die Ware den Konsumenten nicht erreicht hat, wird sie angeboten, bedeutet sie Nachfrage nach Geld. *Jede Ware, die vom Markte weggetragen wird, bedeutet eine Verminderung der Nachfrage nach Geld.*

Das Angebot von Waren, die Nachfrage nach Geld, nach Tauschmitteln, hängt also auch davon ab, wie schnell die Waren den Konsumenten erreichen und ihren Warencharakter abstreifen. Auch hier wieder wird ein Vergleich mit den Transportmitteln den Begriff der Sache erleichtern. Nehmen wir ein bestimmtes Quantum Frachtgüter an – z. B. tausend Tonnen Ziegelsteine, die täglich von den Öfen nach der Stadt befördert werden sollen. Der Feldweg ist schlecht, Brücken fehlen, an manchen Stellen muß ein Teil der Fracht abgeladen werden, um durch den Morast zu gelangen. Ergebnis: die Wagen gehen langsam und laden wenig. Es müssen viele Fuhrleute eingestellt werden, um die Arbeit zu bewältigen. Jetzt wird der Weg ausgebessert, die Lachen ausgefüllt, Brücken gebaut. Als Folge davon, laden die Fuhrleute mehr, und statt einer Reise können sie täglich zwei machen. Die Arbeit wird nun mit der Hälfte der Fuhrleute bewältigt; die tausend Tonnen Ziegelsteine bedeuten nunmehr die Hälfte der früheren Nachfrage nach Fuhrleuten. Wird nun gar eine Feldbahn gelegt, so kann die von den tausend Tonnen Ziegelsteinen vertretene Nachfrage nach Fuhrleuten auf den hundertsten Teil und weniger fallen.

So müssen wir uns die Nachfrage nach Tauschmitteln vorstellen, die die Warenbestände darstellen.

Um die Waren auf dem Wege des Tausches vom Erzeuger bis zum Verbraucher zu bringen, dazu gehört ein ganzer Apparat von Handelseinrichtungen, von deren Dasein und Qualität die Schnelligkeit bedingt wird, womit die Waren vom Markte verschwinden. Denken wir uns einen Sack brasilianischen Kaffee, der auf dem Wege des Tauschhandels gegen Aachener Printen umgetauscht werden muß. Wie oft müßte er getauscht, ange-

boten werden; wie lange würde er Ware bleiben, sich auf den Märkten herumtreiben! Heute, mit Hilfe des Geldes, wird es vorkommen, daß ein solcher Sack schon nach drei- oder viermaligem Besitzwechsel den Konsumenten erreicht.

Die Handelseinrichtungen haben heute einen verhältnismäßig hohen Grad der Vollkommenheit erreicht. Ihre Verschleißkraft ist groß und wächst ständig, wenn auch die merkamotorische Kraft der Haupthandelseinrichtung, des Geldes, ständig abnimmt, wie wir das noch nachweisen werden. Und mit jeder Verbesserung wird die Verwandlung der Ware in Gebrauchsgut beschleunigt. Man denke nur an die Erleichterungen, die das moderne Bankwesen, das Wechselrecht, das Post- und Telegraphenwesen, das Konsulatswesen, die modernen Reklamemittel, die Druckerei, die Fachschulen für die Heranbildung junger Kaufleute, das einheitliche Maß- und Münzsystem, Telephon, Schreibmaschine, Kopierpressen usw. dem Kaufmann bereiten; und die Konsumvereine und Kaufhäuser!

Ein modernes Handelsgeschäft kann 10–20–100mal soviel Geschäfte abwickeln wie früher in der gleichen Zeit. Die Verschleißkraft eines modernen Kaufmanns ist rein technisch 100mal größer als diejenige seines Großvaters war.

Die Arbeitsteilung beschickt den Markt unausgesetzt mit einem Riesenstrom von Waren, und die Kaufleute werfen mit Hilfe ihrer Handelseinrichtungen die Warenmassen unausgesetzt aus dem Markte heraus in die Hände der Verbraucher.

Wenn die Kaufleute nicht über solche Einrichtungen verfügten, wie groß müßten dann die Märkte, Lagerhäuser, Läden sein, um all diese dann nur langsam abfließenden Warenmassen aufzunehmen? Wie breit wird ein Gebirgsstrom, sowie er die Ebene betritt, sowie das Gefälle abnimmt. So wäre es auch mit den Waren. Ohne unsere modernen Handelseinrichtungen wäre der Warenbestand größer, wäre die Nachfrage nach Tauschmitteln ungleich bedeutender. Wir erleben ja heute manchmal Unterbrechungen in der Funktion einer dieser Handelseinrichtungen, im Kreditwesen z. B., und haben dann Gelegenheit zu beobachten, wie infolge davon der Abfluß der Waren sich verlangsamt, wie die Warenvorräte bis zur Überschwemmung der Märkte (sogenannte Überproduktion) anschwellen, und wie unter dem Drucke dieser wachsenden Nachfrage nach Tauschmitteln die Preise nachgeben und die Krise ausbricht.

Wenn wir eine Straße, die infolge vieler Krümmungen oder wegen schlechten Pflasters den Verkehr nicht mehr bewältigen kann, gerade durchbrechen und das Pflaster für schnelles Fahren der Fuhrwerke einrichten, so wird trotz sehr verstärktem Verkehr die Straße halb verlassen erscheinen. Stellen wir nun den früheren Zustand plötzlich wieder her, so wird wegen Überfüllung der Verkehr vielleicht ganz ins Stocken geraten. So ist es auch mit den Handelseinrichtungen. Diese brechen dem Warenaustausch gerade Straßen und ebnen diese für einen flotten Absatz der Waren. Versagt eine dieser Einrichtungen, so



schwellen die Warenbestände sofort an, d. h., die Nachfrage nach Tauschmitteln wächst.

Der gewaltige Einfluß, den auf diese Weise die Kreditgeschäfte auf die Nachfrage nach Geld ausüben, zwingt uns, diese hier schon etwas näher zu betrachten.

Wir sagten, daß die Ware eine mit ihrer Masse und Qualität genau kongruierende Nachfrage nach Tauschmitteln darstellt. Gäbe es nun Mittel, die Waren auszutauschen, ohne daß Geld dabei verwendet wird, so nähme auch die Nachfrage nach Geld um das Quantum dieser so ausgetauschten Waren ab.

Das ist klar und selbstverständlich vom Standpunkt unseres Begriffes der Sache, der Nachfrage nach Geld aus betrachtet. Es verhält sich hier wieder wie bei der Eisenbahn. Die Nachfrage nach Güterwagen ist genau so groß, wie das Quantum der vorhandenen Frachtgüter. Bauen wir aber entlang der Eisenbahn einen Schiffskanal, so nimmt die Nachfrage nach Eisenbahnwagen um die Masse der auf dem Kanal verladenen Güter ab.

Und die Rolle eines solchen Kanals, der neben dem Geld für den Austausch der Waren gezogen wird, spielen die Kreditgeschäfte. Wenn A in Königsberg an B in Aachen eine Ladung Butter schickt, und dieser die Rechnung mit einer Ladung Wein bezahlt, so gehört dazu kein Pfennig Geld. Hätte B keinen Kredit bei A oder A keinen Kredit bei B, so würde die Butter nur gegen Aushändigung von Geld ausgeliefert werden, und ebenso wäre es mit dem Wein. Die Nachfrage, die der Wein und die Butter nach Geld gehalten hätten, ist durch den Kredit hier beseitigt worden.

*Die Nachfrage nach Geld nimmt also um das genaue Quantum der auf dem Kreditwege ausgetauschten Waren ab. Wächst die Summe der Kreditgeschäfte, so nimmt die Nachfrage nach Geld ab, und geht der Kredit zurück, so wächst die Nachfrage nach Geld im gleichen Verhältnis. Dieser Einfluß der Kreditgeschäfte auf die Nachfrage nach Geld bleibt auch derselbe, wenn die Ladung Butter und Wein in Geld umgerechnet und dieses Geld durch Wechsel, Schecks u. a. Kreditinstrumente vertreten wird. Es handelt sich immer um eine Umgehung der Nachfrage nach Geld. Diese Kreditinstrumente, obschon sie auf Geld lauten, machen das Geld überflüssig in all den Geschäften, die sie vermitteln. Freilich sind es nur Kreditinstrumente, die mit dem Kredit aufkommen und mit dem Kredit zusammenbrechen. Sie entlasten das Geld nur so lange, als der Kredit blüht.*

Es verhält sich hier wieder wie bei einer Eisenbahn, die durch einen Schiffskanal entlastet wird. Friert der Kanal zu oder verdampft sein Wasser in der Dürre des Sommers, so fallen die Güter, deren Beförderung der Kanal sonst vermittelt, wieder auf die Bahn zurück. Taut das Eis aber wieder auf, so nimmt auch die Nachfrage nach Eisenbahnwagen wieder ab. Ein solcher Kanal, der bald einfriert, bald versandet, auf den also kein Verlaß ist, wird die Bahn eher stören als entlasten. Und so

ist es auch mit den Kreditgeschäften und ihrem Einfluß auf die Nachfrage nach Geld.

Wir wollen das in diesem Kapitel über die Nachfrage nach Geld Gesagte hier noch einmal kurz zusammenfassen:

Die Nachfrage nach Geld ist durch die Waren vertreten, die die Arbeitsteilung ständig auf den Markt wirft. Die Nachfrage nach Geld wächst also zusammen mit dem Quantum Waren, die die Arbeitsteilung erzeugt, und geht auch mit diesem Quantum zurück. Die Nachfrage nach Geld deckt sich also nicht allein mit dem Vorrat an Waren, sondern ist an und für sich dieser Vorrat. Neben dem Vorrat an Waren gibt es keine andere Nachfrage nach Geld. Und wenn wir hier von Waren sprechen, so dürfen wir von keiner einzigen ihrer körperlichen Eigenschaften abstrahieren. Wir haben, wenn wir von Waren sprechen, Schinken, Bierfässer, Tabakschiffe vor Augen. Einen konkreten Schinken, keinen abstrakten Schinken. Einen Schinken, den wir so genau betrachtet haben, daß wir es beschwören können, er sei ein Produkt der roten Erde. Wir sprechen, wenn wir von der Nachfrage nach Geld, von den Waren sprechen, nicht von kristallisierter, mumifizierter Arbeit, nicht von Arbeitsgallerte, sozialer Substanz, von Blut, Schweiß und Arbeitszeit, nicht von einem Schinken, von dem wir alle körperlichen Eigenschaften, den Speck, die Knochen und die Schwarte abstrahiert haben. Wir sprechen Deutsch, Eifeler Deutsch, kein Blech. Die Nachfrage nach Geld, nach Tauschmitteln sind die greif- und sichtbaren Substanzen, die wir auf dem Markte nach Metern, Litern, Kilo kaufen, um uns zu nähren und zu kleiden. Und nicht allein Gewicht und Maß, sondern auch die Güte der Waren ist in der Nachfrage nach Geld eingeschlossen. Ein guter Apfel hält eine größere Nachfrage nach Geld als ein schlechter Apfel.

Die Nachfrage nach Geld hängt von dem Warenstrom ab, den die Arbeits- und Besitzteilung erzeugt, und die Größe dieses Stromes wiederum hängt ab von der Zahl der Arbeiter, von Qualität, Geschick und Intelligenz der Arbeiter, von der Qualität ihrer Produktionsmittel. Ein englischer Weber wirft 5mal mehr Kattun auf den Markt als ein indischer Weber. Er erzeugt auch 5mal mehr Nachfrage nach Tauschmitteln, nach Geld.

Die Nachfrage nach Geld hängt von der Schnelligkeit ab, womit der Handel die Waren den Verbrauchern zuführt, und diese Schnelligkeit wächst mit jeder Vervollkommnung der Handelseinrichtungen. Ist die Verschleißkraft eines auf einer Handelshochschule wohlgezogenen Jünglings größer als die eines gewöhnlichen Krämers, so muß auch die Nachfrage nach Geld mit Gründung jeder neuen Handelshochschule abnehmen. Wenn diese Verschleißkraft nicht größer wäre, dann hätten ja solche Schulen keinen Sinn [Man könnte auch hier zu entgegengesetzter Ansicht gelangen, da heute der Absatz der Waren nur durch größere Anstrengungen erweitert werden kann auf Kosten der konkurrierenden Kaufleute, die dann sich zu gleichen Anstrengungen aufraffen.].

Die Nachfrage nach Geld steht im umgekehrten Verhältnis zur Schnelligkeit, womit die Produkte der Arbeits- und Besitzteilung ihren Warencharakter abstreifen.

Die Nachfrage nach Geld hängt auch ab von der Entwicklung und Einschränkung des Kredites, d. h. von dem ständig wechselnden Quantum Waren, die der ständig sich erweiternde und einschränkende Kredit den Märkten und der Nachfrage nach Geld entziehen.

Die tägliche Nachfrage nach Geld ist also gleich den täglich den Märkten zugeführten Waren, abzüglich der auf dem Kreditwege (oder etwa noch im direkten Tauschhandel) abgehenden Waren.

Für die Nachfrage nach Geld liefert allein der Warenbestand (nicht Güterbestand) ein greif-, sicht- und schätzbares Maß. Wenn ein Bauer viele Ferkel auf einem Markt erblickt, so weiß er auch, daß die Nachfrage für seine Barschaft groß ist. Bietet aber jemand dem Bauer 10% Zins für ein Darlehen aus seiner Barschaft an, so kann der Bauer diese Tatsache ebensowenig zum Maßstab für die Größe der Nachfrage nach Geld nehmen, wie etwa den Schwanz seiner Kuh. Nachfrage nach Geld, Zins und der Schwanz einer Kuh sind inkommensurable Größen.

Mit einem Wort: das Angebot von Waren, das Angebot schlichtweg, das Angebot im Sinne des Satzes „Angebot und Nachfrage bestimmen die Preise“, das ist die Nachfrage nach Geld. In dem Angebot der Ware ist die Nachfrage nach Geld enthalten und umgekehrt. *Und das Angebot deckt sich mit dem Warenbestand.*

## **Das Angebot des Geldes.**

(Die Nachfrage nach Waren, schlichtweg die Nachfrage.)

Das Charakteristische an den Produkten der Besitz- und Arbeitsteilung liegt in dem Verkaufszwang, der über ihnen lagert, besser gesagt – in ihnen steckt. Zum Verkauf werden die Waren erzeugt, und bei keinem Produkte ist der Warencharakter so rein, wie beim Geld. Das haben wir in einem früheren Kapitel gezeigt.

Die gewöhnliche Ware verläßt über kurz oder lang den Markt als Gebrauchsgut; das Geld aber tauscht jeder nur ein, um es wieder zu verkaufen.

Wie man nun die Waren nicht anders als gegen Geld verkaufen kann, so kann das Geld nicht anders als gegen Ware verkauft werden. Wie die Ware die verkörperte Nachfrage nach Geld darstellt, so vergegenständlicht das Geld die Nachfrage nach Waren. Wo der Geldbestand vergrößert wird, wird auch die Nachfrage nach Waren vergrößert. Wer kein Geld hat kann auch keine Nachfrage nach Waren halten. Das Geld, das der Bankier in seinem Keller aufbewahrt, kann er jeden Augenblick über

den Markt gießen, und damit eine gewaltige Nachfrage nach Ware erzeugen, während die tausend hungrigen Arbeitslosen, die die Schätze der Märkte beliebügeln, keine Nachfrage nach Waren erzeugen.

Die Nachfrage nach Waren wird somit in erster Linie von dem Vorrat an Geld abhängig sein; sie wird nicht ständig mit dem Vorrat an Geld übereinstimmen (wir werden noch früh genug diesen heiklen Punkt besprechen), aber der Warencharakter des Geldes zwingt die Besitzer doch, das Geld früh oder spät anzubieten.

Weniger Geld als man besitzt, wird man schon anbieten können, mehr aber auf keinen Fall. Nach oben bildet der eigene Geldbestand immer eine unübersteigbare Grenze für das Geldangebot. Die ausgesprochene Wareneigenschaft des Geldes wird aber immer zur Folge haben, daß im Durchschnitt der Jahre dort mehr Geld gegen Waren angeboten wird, wo der Geldbestand größer ist, als dort, wo er kleiner ist.

Die 120 Millionen die im Juliusturm seit 40 Jahren aufgestapelt sind, beweisen klar, daß Geld und Geldangebot nicht so identisch sind, wie Kartoffeln und Kartoffelangebot, aber ihr Zweck ist doch der, unter bestimmten Umständen angeboten zu werden.

Wie ein Wagen nur durch den Ortswechsel seinem Besitzer nützlich wird, so wird das Geld nur durch den Besitzerwechsel, durch den Gebrauch als Tauschmittel, durch den Geldumlauf nützlich. Das Geld trägt also die Eigenschaft, die es immer wieder in Umlauf setzt, in sich selbst. Man kann also bis zu einem gewissen Grad von Umlaufzwang, materiellem, seinem Wesen anhaftenden Umlaufzwang sprechen, der auch dem heutigen Geld anhaftet. (Beim Freigeld ist dieser Umlaufzwang ein unbedingter.)

Von den Waren sagten wir, daß deren Vorrat im umgekehrten Verhältnis stehe zur Schnelligkeit, womit die Handelseinrichtungen sie vom Markte zum Verbraucher befördern; da aber das Geld nur Gebrauch und keine Verbraucher hat, da das Geld also den Warencharakter behält, da man es nur kauft, um es wieder zu verkaufen (die Goldschmiede können wir hier unberücksichtigt lassen), so hat die Schnelligkeit, womit die Handelseinrichtungen den Besitzerwechsel des Geldes ermöglichen, die entgegengesetzte Wirkung wie bei den Waren. Je schneller das Geld von Hand zu Hand geht, um so schneller erscheint es wieder am Ausgangspunkt des Marktes, um die Bahn von neuem zu betreten. Und mit jedem Wechsel des Geldbesitzers wird eine Ware eine Stufe weiter in den Keller des Konsumenten hinabgestoßen. Wie ein Eisenbahnwagen in einer bestimmten Zeit um so mehr Kilometertonnen bewältigt, je schneller sich die Räder drehen, so wird auch ein Geldstück um so mehr Waren aus seiner Bahn werfen, je schneller es seine Bahn durchläuft. Ein blanker Taler, ein entschieden echter Taler wird in der Woche vielleicht nur 10mal den Be-

sitzer wechseln, weil mancher sich an seinem Anblick längere Zeit weidet und noch einmal überlegt, ehe er ihn ausgibt. Bei einem verschlissenen Taler sind diese Hemmungen geringer und bei einem Taler, dessen Echtheit angezweifelt wird, gar nicht vorhanden. *Um dieselbe Bahn zu durchlaufen, braucht also ein blanker Taler 3 Wochen, ein verschlissener 2 Wochen und ein zweifelhafter nur 1 Woche. Um die gleiche Anzahl von Geschäften abzuwickeln, braucht man 3 neue, 2 alte und nur 1 zweifelhaften Taler. Die Verschleißkraft, die kaufmännische oder handelstechnische Qualität des Geldes steht also im umgekehrten Verhältnis zur banktechnischen Qualität des Geldes.* Kaufmännisch betrachtet ist ein zweifelhafter Taler dreimal besser als ein blanker Taler. Dieses kleine Detail bitte ich zu beachten.

Das Angebot ist ein Strom, der, von der Arbeitsteilung kommend, in den Häusern der Konsumenten versiegt. Die Nachfrage ist kein Strom, sondern ein kreisender Gegenstand, der, wenn er schnell sich bewegt, uns als ein geschlossener massiver Ring erscheint.

Das Angebot besteht aus immer neuen Waren, die den Weg nur einmal zurücklegen und dann für immer verschwinden.

Die Nachfrage dagegen besteht aus einer Masse von Geldstücken, die den gleichen Weg schon 1000mal zurückgelegt haben und ihn noch ebenso oft zurücklegen werden.

Wir erkennen aus diesem Vergleich, daß die Nachfrage anderen Gesetzen unterliegt, als das Angebot. Schon der Umstand, daß die Ware in ihrem Laufe zum Konsumenten immer größer, schwerer, will sagen, teurer wird, während das Geld nach 1000 Touren den gleichen Preis haben soll, wie beim Antritt der ersten Tour, zeigt deutlich, daß in dieser Beziehung das Geld nicht mit den Waren verglichen werden kann.

Dies sagt aber beileibe nicht, daß das Geld heute den Warenaustausch etwa „gratis“ vermittelt.

In der Tat, alle Faktoren, die die Höhe des Angebots von Waren bestimmen und die wir im vorigen Kapitel aufzeichneten, fallen bei der Nachfrage (Angebot von Geld) fort, und der eine, die Verbesserung der Handelstechnik, hat beim Gelde sogar den umgekehrten Einfluß wie bei den Waren. Die verbesserte Handelstechnik verkürzt der Ware den Weg zum Konsumenten, *vermindert* dadurch den Vorrat und das Angebot von Waren. Eine Verbesserung des Geldumlaufes, eine Verkürzung seiner Umlaufzeit hat dagegen zur Folge, daß dasselbe Geldstück früher wieder zur Stelle ist, um seine Arbeit neu aufzunehmen. Jede Verbesserung des Geldumlaufes *vermehrte* also das Angebot von Geld. Darum wird man ja mit dem Freigeld vielleicht mit einem Drittel des heutigen Geld-

bestandes auskommen, um dieselbe Nachfrage betätigen zu können.

Für die Waren, für das Angebot sind in erster Linie die Produktionsverhältnisse maßgebend, die Fruchtbarkeit der Natur, die Intelligenz der Arbeiter, die Vollkommenheit der Werkzeuge. Für die Nachfrage ist das alles gleichgültig. Das Gold wird nicht produziert, sondern gefunden, und der für heute, das heißt, für die heute lebende Generation allein in Betracht kommende Vorrat wird von den Vorfahren geerbt, oder, wenn es sich um Papiergeld handelt, willkürlich „ausgegeben“. Für das Angebot ist die vorjährige Produktion ohne Einfluß, in der Nachfrage dagegen spielt das Gold, das Salomo aus Ophir bezog, noch heute als Partikel der Münzen sicherlich eine Rolle. Das Angebot wird von uns alle Jahre neu erzeugt, die Nachfrage haben wir von Salomo, Montezuma, von den Hunnen geerbt. Wie groß das Angebot sein wird, bestimmt die lebende Generation von Produzenten; wie groß die Nachfrage ist, bestimmen zum Teil Menschen, deren Gebeine schon längst zu Staub geworden sind. Tausend Millionen Menschen sind beschäftigt, das Angebot zu speisen, die Nachfrage wird von einer Handvoll Abenteurer in Alaska und Afrika unterhalten.

Aber für die Nachfrage kommt auch die Schnelligkeit des Geldumlaufes in Betracht, und da mag es manchem schwer werden, irgendeine Grenze für diese Schnelligkeit zu finden. Er wird darum geneigt sein, anzunehmen, daß die Nachfrage (die doch zusammen mit dem Angebot die wichtige Rolle des allgemeinen Preisrichters spielt) etwas ganz Unbestimmbares sei.

Und in der Tat läßt sich auch kaum eine Schnelligkeit des Umlaufes denken, die sich nicht durch irgendeine Einrichtung vergrößern ließe.

Hat man sich mit Mühe und Not eine Grenze für die Schnelligkeit des Geldumlaufes gedacht, und es macht dann jemand etwa den Vorschlag, das Geld mit Schwefelwasserstoff zu durchtränken, damit sich jeder beeile, es wieder weiter zu geben, so sieht man, daß die Grenze der möglichen Schnelligkeit nicht weit genug gesteckt war.

Aber für die Praxis, für die heutige Nachfrage kommt es gar nicht darauf an, ob man morgen die Schnelligkeit des Geldumlaufes wird vergrößern können. Das „heute“ gilt auf dem Markte, das „morgen“ wird nur soweit diskontiert, wie man es klar übersehen kann. Wir können uns ja auch für die Schnelligkeit der Eisenbahn keine Grenzen denken, die wir nicht noch durch irgendeine Verbesserung überschreiten könnten; aber für heute liegt diese Schnelligkeit innerhalb der Grenzen, die die fertigen Maschinen, der Bahndamm, die Brücken und Kurven scharf vorzeichnen. Es ist uns allen ganz selbstverständlich, daß wir heute nicht beliebig schnell fahren können. Mit einiger Überlegung wird uns aber der Begriff, daß das Geld heute auch nicht beliebig schnell umlaufen kann, ebenso geläufig sein, *und daß die gegebenen Handelsein-*

*richtungen der Schnelligkeit des Geldumlaufes eine Maximalgeschwindigkeit vorzeichnen, die heute einfach nicht überschritten werden kann.*

Aber dies sagt nicht, daß die Handelseinrichtungen nicht noch verbessert werden können. Sie werden tatsächlich fast täglich verbessert. Durch die deutsche Münzreform, die an Stelle des früheren Mischmasches eine gleichartige Münze setzte, die ohne Prüfung frei von Hand zu Hand gehen kann, ist sicherlich die Möglichkeit eines schnelleren Umlaufes geschaffen worden.

Man könnte auch zu einer umgekehrten Ansicht gelangen. Tatsächlich muß die größere Sicherheit, die die neue Münze vor Kursverlusten und Fälschungen bietet, einen größeren Reiz auf die Sparer geübt haben, als die schäbigen Groschen, Taler und Gulden. Geld sparen heißt aber den Umlauf unterbrechen. Sicherlich liegt hier ein Hemmungsmoment.

Durch die Börsen, Clearings, Wechsel, Schecks wird bestimmt dem Geld eine größere Umlaufschnelligkeit gestattet. Wie noch heute die Viehhändler, so trugen früher die Kaufleute allgemein auf ihren Reisen das Geld für ihre Einkäufe in bar bei sich, auch sagt man, der Seeweg nach Indien sei mit einer Geldschicht bedeckt, die in Schiffbrüchen verloren ging.

Namentlich hat aber das Geldsparen andere Formen angenommen. Früher verbargen die Sparer das Geld allgemein in einem vergrabenen Topf, in der Matratze usw. Heute bringen sie es durch die Sparbanken (Postsparkassen) wieder in Umlauf. Gewaltige Summen verstärken so die Nachfrage.

Selbst die modernen Warenhäuser können als eine Beschleunigung des Geldumlaufes angesehen werden, denn hier kann der Käufer in einem Tag eine Summe los werden, für deren Unterbringung in den zerstreuten Läden der Stadt er sonst zwei Tage gebraucht hätte.

Kurz, die Möglichkeit einer ständigen Erweiterung der Grenzen der Umlaufschnelligkeit des Geldes kann nicht geleugnet werden, aber diese Möglichkeit kann das Bild in keiner Weise trüben oder verwischen, das wir jetzt von der Nachfrage gewonnen haben.

Die Nachfrage wird also bestimmt von der Größe des Geldbestandes und von der Schnelligkeit des Geldumlaufes. *Die Nachfrage wächst im genauen Verhältnis mit dem Wachstum des Geldbestandes und mit der Schnelligkeit des Geldumlaufes.*

Das ist, was wir von der Nachfrage vorerst wissen müssen, um ein ganz allgemeines Bild von der Preisbestimmung durch Nachfrage und Angebot zu gewinnen. Freilich ist es noch nicht viel, was wir wissen. Aber es ist wenigstens Substanz in diesen Worten, wir können Nachfrage und Angebot jetzt greifen, betasten, wägen. Es sind keine Phantastereien mehr. Wenn wir von Angebot sprechen, so denken wir nicht mehr an Hand-

lungen, Spekulation und sonstigen Unsinn, sondern wir sehen dort vor uns einen Güterzug vorbeifahren, mit Bergen von Holz, Stroh, Kalk, Gemüse, Wolle, Erde usw. Das alles sehen wir genau, mit unseren Augen, und die übrigen Sinne sind da zur Nachprüfung, daß wir nicht schlafen, träumen.

Und wenn wir von Nachfrage sprechen, so sehen wir auch keine Bettler, kein Defizit, keinen Zins usw., sondern sehen Geld, Papier- und Metallgeld, Geld, das wir greifen und zählen können. Wir sehen, daß das Geld durch eine ihm eigene Kraft in Bewegung, in kreisende Bewegung gesetzt wird, die von den uns bekannten Handelseinrichtungen gefördert, beschleunigt wird. Wir sehen das Geld genau und beobachten, wie es in jedem Kreislauf, den es beschreibt, eine Anzahl Waren greift und aus dem Markt in die Häuser der Konsumenten wirft. Wir begreifen es jetzt, weil wir mit unseren Augen den Vorgang verfolgen, daß die Nachfrage zum Teil davon abhängig ist, wie schnell das Geld nach jedem Wurf nach einer anderen Ware ausgreift, und sprechen jetzt nicht mehr papageienhaft, sondern mit dem Bewußtsein, auf den Grundmauern der Volkswirtschaft zu stehen, die Worte aus: *die Preise werden durch Nachfrage und Angebot selbstherrlich bestimmt.*

In ziffernmäßiger Darstellung der bis jetzt besprochenen Elemente des Preises erhalten wir ungefähr folgendes Bild.:

Angebot		Nachfrage	
Die Arbeits- und Besitzteilung beschickt den Markt bei normaler Funktion der Handelseinrichtungen mit einer täglichen Warenmasse von . . . . .	Tonnen 1000	Tonnen 1000	Das vom Staate gemünzte oder gedruckte Geld erzeugt bei heutiger Umlaufgeschwindigkeit und getriggen Preisen eine Nachfrage von ebenfalls . . .
Dieses Angebot wächst dadurch, daß			Diese Nachfrage wächst dadurch, daß
1. Die Warenproduktion durch Bevölkerungsvermehrung steigt, um 10%	100		1. Die Masse des Geldes durch neue Goldfunde oder Ausgabe von Papiergeld zunimmt 10%
2. Die Arbeitsteilung sich auf Kosten der Urwirtschaft erweitert, um 5%	50	100	2. Die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes durch bessere Handelsgebräuche und Einrichtungen wächst 20% . . . . .
3. Die Produktionsmittel und Methoden eine Verbesserung erfuhren 20%	200	200	3. Die Sparbanken und die Postsparbanken das Geld der kleinen Sparer wieder in den Handel bringen 10% . . . . .
4. Die besser geschulten Arbeiter bessere Waren erzeugen, um 30% . .	300		
		100	
	1650	1400	



Angebot		Nachfrage
Uebertrag	Tonnen 1650	1400
Dagegen nimmt das Angebot dadurch ab:		Diese Nachfrage bleibt aber nicht immer die gleiche, sie erscheint nicht regelmäßig auf dem Markt, wie wir das jetzt sehen werden.
1. Daß bessere Handelseinrichtungen, die Einschränkung des Zwischenhandels, das Abströmen der Waren vom Markte nach den Verbrauchsstätten beschleunigen . . . . .	100	
2. Daß durch die Vereinfachung des Wechselrechtes und andere Umstände die Waren auf dem Kreditwege, statt gegen Bargeld ausgetauscht werden	300	
	<u>400</u>	
	1250	

*Erklärung:* Als Tonne kann natürlich irgend eine Ware genommen werden, Torf z. B. Man fragt dann, wie viel Kartoffeln, Milch, Heidelbeeren, Buchweizen usw. bei den heutigen Preisen für eine Tonne Torf eingetauscht werden können. Dann sind je 50 kg Kartoffeln 1a-Qualität, je 100 Liter Vollmilch, je 60 Liter Buchweizen usw. = 1 Tonne Angebot.

Mit der Nachfrage verhält es sich so: Man fragt: wie viel Geld kann bei bekannter Geldmasse und heutiger Umlaufgeschwindigkeit heute angeboten werden, und wie viel Tonnen Waren können bei den jetzigen Preisen dafür gekauft werden? Antwort: 1000 Tons. Da die Preise, die diesen 1000 Tons zugrunde gelegt wurden, sich durch Nachfrage und Angebot bilden, so muß notwendigerweise die durch das angebotene Geld in Tonnen ausgedrückte Nachfrage sich immer dem in Tonnen ausgedrückten Angebot anpassen. Ist das nicht der Fall, wie z. B. in obiger Aufstellung, wo einem Angebot von 1250 Tonnen eine Nachfrage von 1400 gegenübersteht, so kommt früh oder spät die Übereinstimmung durch Preisänderungen zustande. In unserem Beispiel würde die Übereinstimmung durch Rückgang der Preise um zirka 10% sich einstellen.

## Das Gesetzmäßige im Umlauf des heutigen Geldes.

Wenn man Nachfrage und Angebot als obersten, als einzigen Preisrichter einsetzt, wenn man den Gegenstand der Werttheorien als ein Hirngespinnst erkannt hat, wenn man eingesehen hat, daß die Produktion um den Preis als Schwerpunkt pendelt und nicht umgekehrt, so wird der Preis und alles, was auf ihn einwirkt, zum Brennpunkt unseres Interesses, und Dinge, die wir bis dahin als Nebensache betrachteten, gewinnen mit einem Schlage ganz außerordentliche Bedeutung.

Und als einen solchen, bisher gänzlich unbeachteten Umstand erwähne ich die Tatsache, *daß man, dank der Beschaffenheit des herkömmlichen Geldes, die Nachfrage (also das Angebot des Geldes) von einem Tage, von einer Woche, von einem Jahre zum anderen verschieben kann, ohne unmittelbare Verluste zu erleiden – während das Angebot (das Angebot der Waren) durchweg nicht um einen Tag zurückgehalten werden kann, ohne dem Besitzer Unkosten aller Art zu verursachen.*

Die im Juliesturm verscharrte Nachfrage von 120 Millionen z. B. ist in 40 Jahren nicht einmal betätigt worden, und die Unkosten, die dem Staat dieser sogenannte Kriegsschatz verursacht, kommen allein von außen, nicht vom Innern des Turmes. Quantum und Qualität des Goldes ist absolut unverändert geblieben. Nicht ein Pfennig ist durch Substanzverlust verloren gegangen. Der Soldat, der dort Wache hält, fahndet nicht nach Motten und Schimmel, sondern nach Einbrechern. Er weiß, daß, solange die Tür nicht erbrochen ist, dem Schatz absolut nichts passieren kann.

Dagegen kostet der in Bern aufgehäufte reale Kriegsschatz, der sogenannte Bundesweizen, jährlich neben den Kosten der Bewachung, Wartung, Aufspeicherung noch 10% Substanzverlust (Ohne den Zins, auf den auch der Spandauer Schatz verzichtet).

Die Gegenstände, die das Angebot vertreten, verderben, sie werden leichter, schlechter, fallen gegenüber den frischen Produkten ständig im Preise.

Bruch, Rost, Fäulnis, Nässe, Hitze, Kälte, Wind, Blitz, Staub, Mäuse, Motten, Fliegen, Spinnen, Feuer, Hagel, Erdbeben, Krankheiten, Unglücksfälle, Überschwemmungen und Diebe arbeiten nachdrücklich und ohne auszusetzen an der Qualität und Quantität der Waren, und nicht viele unter ihnen gibt es, die nicht bereits nach wenigen Tagen oder Monaten deutliche Spuren dieser Angriffe zeigen. Und gerade die wichtigsten und unentbehrlichsten unter den Waren, die Lebensmittel und Kleider, widerstehen ihren Feinden am schlechtesten.

Wie alles Irdische, so ist die Ware in steter Umwandlung begriffen. Wie der Rost sich im Feuer in reines Eisen verwandelt, so verwandelt sich das reine Eisen im langsamen Feuer der Atmosphäre wieder in Rost. Der schöne Pelz fliegt in Ge-

stalt von tausend Motten zum Fenster hinaus, das Holzwerk des Hauses verwandeln die Würmer in Staub, und selbst das Glas, das dem Zahn der Zeit besser als andere Waren widersteht, sucht die Metamorphose wenigstens als Scherbe mitzumachen.

So hat jede Ware ihren besonderen Feind, den Bruch für Glaswaren, die Motten für Pelzwaren, Rost für Eisenwaren, die Krankheiten für Tiere, und zu diesen Spezialfeinden gesellen sich noch Generalfeinde, die für alle Waren gemeinschaftlich gelten – Wasser, Feuer, Diebe usw. und der Sauerstoff der Luft, der langsam, aber sicher, alles verbrennt.

*Wer die Waren gegen alle diese Verluste versichern wollte, wieviel Versicherungsprämie müßte er wohl bezahlen? Wieviel bezahlt der Ladenbesitzer allein an Miete für den Platz, wo seine Waren lagern?*

Aber die Ware verdirbt nicht allein, sondern sie veraltet. Wer würde heute noch einen Vorderlader, ein Spinnrad kaufen? Wer würde für solche Gegenstände die Materialkosten bezahlen? Die Warenproduktion wirft ständig neue, bessere Modelle auf den Markt, und kaum hatte der Zeppelin seine Lenkbarkeit gezeigt, so wurde er schon überflügelt, figürlich sowohl wie tatsächlich.

Wie kann sich nun der Warenbesitzer gegen solche Verluste schützen? Nur dadurch, daß er seinen Kram so schnell wie möglich verkauft. Und um ihn zu verkaufen, muß er ihn anbieten. Die Waren, sein Eigentum, zwingen ihn geradezu zum Angebot. Widersteht er diesem Zwange, so wird er bestraft, und die Strafe vollstreckt sein Eigentum, die Ware.

Dabei ist zu bedenken, daß unausgesetzt neue Produkte auf den Markt kommen, daß die Kuh regelmäßig alle Tage gemolken werden muß, daß der Proletarier durch den unmittelbaren Hunger gezwungen ist, täglich zu arbeiten. *Das Angebot muß also größer, dringender werden, in demselben Maße wie etwa der Verkauf, der Absatz stockt. Der Regel nach ist darum auch der Zeitpunkt, wo die Ware die Fabrik verläßt, der günstigste für den Verkauf, und je länger der Verkauf hinausgeschoben wird, um so ungünstiger die Marktverhältnisse.*

Warum läuft und schreit der Zeitungsverkäufer? Weil seine Ware wenige Stunden nach der Geburt schon Makulatur wäre. Der Milchhändler hat eine helltönende Glocke an seinem Wagen angebracht, er darf den Tag, will sagen, die Stunde und Minute nicht für den Verkauf verpassen. Die Gemüsefrau steht von allen Bürgern zuerst auf, sie weckt den Haushahn regelmäßig aus seinem Schlaf. Der Metzger darf die Zeit auch nicht verschlafen, er kann der Pfingstfeier wegen nicht den Laden schließen – denn 24 Stunden würden genügen, um sein ganzes Kapital in Fäulnis zu bringen. Der Bäcker gar kann seine Ware zum regulären Preis nur absetzen – solange die Brötchen

noch warm sind. Er hat es jahraus jahrein ebenso eilig wie die braven Basler, die den heißen Hirsebrei nach Straßburg bringen. Und der Bauer, der mit der Pflugschar die Kartoffeln aus der Erde geworfen und sie nun den Nachtfrost ausgesetzt hat? Er sammelt sie eilig und bringt sie mit gleicher Eile auf den Markt – um das schöne Wetter auszunutzen und um das mühsame Auf- und Abladen seiner billigen und schweren Ware möglichst zu verhüten.

Und das Heer von Arbeitern, die 10.000 Arbeiterbataillone? Haben es diese nicht ebenso eilig wie der Zeitungsmann, die Gemüsefrau, der Bauer? Wenn sie nicht arbeiten, geht mit jedem Pendelschlag der Uhr ein Teil ihrer Habe verloren.

So sehen wir, wie die Natur der Ware, ihre Vergänglichkeit, die große Mehrheit des Volkes aus dem Schlafe rüttelt, sie zur Eile anspornt und sie zwingt, regelmäßig zu einer bestimmten Stunde auf dem Markte zu erscheinen. Die Eigentümer erhalten von der Ware den Befehl, sie zu Markte zu führen, unter Androhung von Strafe, die die Ware auch selbst vollstreckt. *Das Angebot der Ware geht also von der Ware aus, nicht vom Eigentümer*; einen Willen läßt die Ware ihrem Eigentümer nur in seltenen Ausnahmen und dann noch in beschränktem Maße. So könnte der Bauer z. B. das Korn nach dem Drusch in seiner Scheune aufspeichern, um eine bessere Verkaufsgelegenheit abzuwarten. Die Natur des Kornes läßt dem Eigentümer mehr Muße zum Überlegen, als die Natur des Salats, der Eier, der Milch, des Fleisches, der Arbeitskraft. Aber lange darf der Bauer auch nicht überlegen, denn das Korn verliert an Gewicht und Qualität, wird von Mäusen und Gewürm angegriffen, und muß vor Feuer und anderen Gefahren geschützt werden. Übergibt der Bauer den Weizen einem Lagerhaus, so kostet ihn die Sache, abgesehen vom Zins, in 6 Monaten einen bedeutenden Teil des Weizens.

Auf alle Fälle muß aber der Weizen verkauft werden vor der nächsten Ernte, die durch die Zufuhren von der südlichen Halbkugel jetzt alle 6 Monate eintritt [Wirth: Das Geld. S. 7.].

Frl. Zelle, vom Théâtre Lyrique, Paris (1860) erhält für ein Konzert auf der Insel Makea im Stillen Ozean als Eintrittsgeld für 860 verkaufte Billets: 3 Schweine, 23 Welschhühner, 44 Hühner, 500 Kokosnüsse, 1200 Ananas, 120 Maß Bananen. 120 Kürbisse, 1500 Orangen. Sie schätzt nach Pariser Marktpreisen die Einnahme auf 4000 Franken. Sie fragt: wie soll ich das Zeug zu Geld machen? Soll ich es verzehren? Man sagt, daß ein Spekulant von der benachbarten Insel Manyca mir Kaufofferten in klingender Münze machen wird. Inzwischen gebe ich meinen Schweinen, um sie am Leben zu erhalten, die Kürbisse zu fressen und die Puten und Hühner verzehren die Bananen und Orangen, so daß ich, um den animalischen Teil meines Kapitals zu erhalten, den vegetabilischen opfern muß.

Man kann also sagen, ohne Widerspruch befürchten zu müssen, daß das Angebot durchweg einem mächtigen, täglich wachsenden, alle Hindernisse überwindenden, materiellen inneren Zwang unterliegt, einem Zwang, der der Natur der das An-

gebot darstellenden Dinge anhaftet. Das Angebot kann nicht hinausgeschoben werden. Unabhängig vom Willen der Warenbesitzer muß das Angebot täglich auf dem Markte erscheinen. Ob es regnet, schneit, oder ob die Sonne brennt, ob politische Gerüchte die Börse beunruhigen, das Angebot ist immer gleich dem Vorrat an Waren. Und selbst dann noch ist das Angebot gleich dem Warenbestand, wenn der Preis der Waren unbefriedigend ist. Ob der Preis dem Produzenten Gewinn oder Verlust bringt – einerlei, die Waren werden angeboten, müssen angeboten werden, und zwar in der Regel *sofort*.

Darum können wir das Angebot von Waren, d. i. die Nachfrage nach Geld, mit der Ware selbst identifizieren, sie von menschlichen Handlungen unabhängig erklären. *Das Angebot ist eine Sache, ein Gegenstand, ist Substanz, keine Handlung.*

Das Angebot ist immer gleich dem Warenbestand. Die Nachfrage ist dagegen, wie schon gesagt, von solchem Zwange befreit. Aus Gold hergestellt, einem Edelmetall, das, wie der Name schon sagt, eine Ausnahmestellung unter den irdischen Stoffen einnimmt und sozusagen als Fremdkörper dieser Erde betrachtet werden kann, widersteht es [*sie*] siegreich allen Zerstörungselementen der Natur.

Das Gold rostet nicht und fault nicht, es bricht nicht und stirbt nicht. Frost, Hitze, Sonne, Regen, Feuer, nichts kann ihm schaden. Das Geld, das wir aus Gold machen, schützt seinen Besitzer vor jedem Substanzverlust. Auch die Qualität ändert sich nicht. Vergraben wir einen goldenen Schatz, meinerwegen in einem Morast, ohne irgendwelche Hülle, so wird dieser Schatz noch nach 1000 Jahren ganz unversehrt sein.

Dabei ist auch die Neuproduktion des Goldes im Verhältnis zu der seit Urzeiten aufgespeicherten Goldmasse unerheblich, sie wird in 3 oder 6 Monaten, ja in einem Jahre kaum 1‰, des Goldbestandes betragen.

Auch vom Modenwechsel wird die Goldwährung nicht berührt, denn der einzige Modenwechsel, der hier in 4000 Jahren stattfand, war der Übergang von der Doppelwährung zur einfachen Goldwährung.

Das einzige, was das Gold vielleicht zu fürchten hat, wäre die Erfindung eines brauchbaren Papiergeldes, aber selbst gegen solche Möglichkeit ist der Goldbesitzer dadurch geschützt, daß solches Papiergeld nur durch den Willen des Volkes zustande kommen kann – ein schwerfälliger Feind, der ihm Zeit zur Flucht läßt.

So ist der Besitzer des Goldes vor jedem Substanzverlust durch die eigentümlichen Eigenschaften dieses Fremdkörpers geschützt. Die Zeit geht am Gold spurlos vorüber, der Zahn der Zeit kann ihm nichts anhaben.

Der Besitzer des Goldes wird nicht von seinem Eigentum zum Verkauf gedrängt. Er kann warten; freilich verliert er den Zins, so lange er wartet. *Aber gewinnt er den Zins*

*vielleicht nicht gerade darum, weil er warten kann?* Auf alle Fälle verliert der Besitzer der Ware, der auf den Verkauf warten muß, auch den Zins. Er verliert den Zins und hat den Substanzverlust, dazu noch die Unkosten der Lagerung und Wartung. Während der Besitzer des Goldes nur den Verlust eines Profites hat.

Der Besitzer des Goldes kann also die Nachfrage nach Waren hinausschieben; er kann seinen Willen geltend machen. Freilich wird er früh oder spät das Gold anbieten, denn an sich ist es ihm nutzlos, *aber den Zeitpunkt, wo das geschieht, kann er auswählen.*

Das Angebot ist mit den vorhandenen Warenmassen immer genau zu messen, es deckt sich mit diesen Waren. Der Wille des Warenbesitzers ist so machtlos, daß wir ihn füglich unberücksichtigt lassen können.

*Bei der Nachfrage* dagegen kommt der Wille des Geldbesitzers zur Geltung. Die Ware befiehlt, duldet keinen Widerspruch; das Gold ist geduldiger Diener seines Herrn. *Dort Zwang, hier Freiheit, und beides, Zwang auf der einen Seite, Freiheit auf der anderen – bestimmen den Preis.*

Der Besitzer des Geldes führt die Nachfrage an der Leine wie einen Hund; und der Hund beißt, wenn er gehetzt wird. Und auf wen könnte die Nachfrage wohl gehetzt werden?

Oder um die *Marxsche* Bildersprache zu gebrauchen: die Nachfrage betritt den Markt, frei und stolz einherschreitend, wie jemand, der, an den Sieg gewöhnt, ihn für selbstverständlich hält, das Angebot, in gedrückter, bescheidener Haltung, wie jemand, der nichts zu erwarten hat, – als die Gerberei.

Und woher dieses verschiedene Verhalten? Weil der eine Gold zu verkaufen hat, der andere Schmutz. Weil der eine warten kann und der andere nicht. Weil der eine den Tauschvermittler besitzt und er den Tausch, dank der körperlichen Eigenschaften des Tauschvermittlers, ohne persönlichen Schaden zu erleiden, unterbinden kann, während dem anderen aus solcher Unterbrechung ein persönlicher Schaden erwachsen würde, der um so schwerer wird, je länger die Unterbrechung anhält. *Weil dieses Verhältnis den Warenbesitzer in Abhängigkeit vom Geldbesitzer bringt oder, um es in der kurzen und klaren Weise von Proudhon auszudrücken: Weil das Gold nicht Schlüssel, sondern Riegel des Marktes (des Warenaustausches) ist.*

Wenn nun die *Nachfrage* die Freiheit, die sie genießt, sich zunutze macht, und vom Markte fernbleibt?

*Dann wirkt der Zwang, dem das Angebot unterworfen ist, dahin, daß das Angebot die Nachfrage aufsucht, ihr entgegeneilt, sie heranzulocken sucht durch Anbietung irgend eines Vorteiles.*

Das Angebot braucht die Nachfrage und zwar sofortige Nachfrage, und der Nachfrage ist diese Notlage oder Zwangslage des Angebots bekannt.

*Folglich wird die Nachfrage der Regel nach eine Extraleistung fordern können für das Vorrecht, vom Markte fernbleiben zu können.*

Und warum würde der Besitzer des Geldes nicht diese Extraleistung einfordern? Ist nicht unser ganzes Wirtschaftssystem, die Preisbestimmung durch Nachfrage und Angebot auf der Ausbeutung der Verlegenheiten des Nächsten begründet? Wie wir das mit der Ausführlichkeit, die die Sache verdient, gezeigt haben?

Nehmen wir an, Müller und Schmied, durch Raum und Zeit getrennt, wollen ihre Produkte, Mehl und Nägel, austauschen und brauchen zu dem Zwecke das Geld im Besitze Meyers. Meyer kann den Tausch mit seinem Gelde sofort vermitteln, er kann ihn aber auch verzögern, verschleppen, unterbinden, verbieten, denn sein Geld läßt ihm ja Freiheit, den Zeitpunkt für die Vermittlung des Tausches auszuwählen. Ist es da nicht selbstverständlich, daß Meyer sich diese Macht bezahlen läßt und daß Müller und Schmied in einen Abzug von Mehl und Nägeln einwilligen müssen? Was bleibt ihnen anderes zu tun übrig? Verweigern sie dem Geld den Tribut, so zieht sich das Geld einfach vom Markte zurück, und Müller und Schmied müssen unverrichteter Sache ihre Habe mit schweren Unkosten wieder nach Hause bringen. Müller und Schmied werden dann gleichzeitig als Konsument wie als Produzent notleiden. Als Produzent, weil ihre Sache verdirbt, als Konsument, weil sie die Dinge entbehren, für deren Eintausch sie ihre Produkte zu Markte brachten.

Wenn Meyer statt Gold irgend eine andere Ware als Tauschmittel besäße, meinetwegen Tee, Pulver, Salz, Vieh oder Freigeld, so würde der Charakter dieses Tauschmittels ihm die Freiheit einer Verschleppung der Nachfrage und damit auch die Macht nehmen, einen Tribut von den anderen Waren zu erheben.

Wir können also sagen: unser heutiges Geld vermittelt der Regel nach (also kaufmännisch) den Austausch der Waren nur unter der Bedingung eines Tributs. *Ist der Markt die Straße, auf der die Waren ausgetauscht werden, so ist das Geld der Schlagbaum, der nur nach Zahlung des Wegegeldes gehoben wird.* Das Wegegeld, der Profit, der Tribut, der Zins, oder wie man es nennen mag, ist die allgemeine Voraussetzung des Warenaustausches. Kein Tribut, kein Tausch.

Und man verstehe mich recht hier. Ich spreche nicht vom Handelsgewinn, von der Bezahlung, die der Kaufmann für seine Arbeit verlangt und verlangen kann. Das, wovon ich hier spreche, ist der Gewinn, den der Geldbesitzer von den Warenproduzenten darum verlangen kann, weil er den Austausch ihrer Produkte durch Zurückhalten des Geldes zu verhindern vermag.

Das hat mit dem Handelsgewinn nichts gemein; das ist eine gesonderte Leistung, die das Geld für sich einkassiert, ein Tribut, den das Geld erheben kann, weil es frei ist vom materiellen Angebotszwang, dem die Waren allgemein unterworfen sind. Zwang, materieller, der Ware anhaftender Zwang beim *Angebot*; Freiheit, Wille, Unabhängigkeit von der Stunde, von der Zeit bei der *Nachfrage* – *das Resultat muß ein Tribut sein*. Die Ware muß dem Gelde diese Freiheit bezahlen, es geht nicht anders. Ohne Tribut wird kein Geld angeboten; ohne dem Geld die Tauschvermittlung zu bezahlen, erreicht keine Ware den Bestimmungsort. Kann aus irgendeinem Grunde das Geld seinen gewohnten Tribut nicht erheben, so bleiben die Waren liegen, sie verderben, verfaulen, vergehen (Krise).

Und ist schon der Profit selbstverständliche Voraussetzung der Nachfrage, so ist der Fall erst recht ausgeschlossen, daß sich die Nachfrage auf dem Markte einstellt, wenn ihr dort direkte Verluste winken. Das Angebot stellt sich ein ohne jede Rücksicht auf Gewinn und Verlust; die Nachfrage zieht sich bei schlechten Aussichten in ihre Festung, (das ist die Unverwüstlichkeit), zurück und wartet dort mit Seelenruhe, bis die Verhältnisse für einen Ausfall günstiger werden.

Nachfrage, regelrechtes kaufmännisches Angebot des Geldes gegen Waren, gibt es also nur, solange die Marktverhältnisse:

1. genügende Sicherheit gegen Verluste,
2. dem Geld einen Tribut bieten.

Der genannte Tribut läßt sich jedoch nur durch den Verkauf der Waren erheben und dazu ist die Erfüllung einer Bedingung erforderlich: *in der Zeit, die zwischen Kauf und Verkauf der Ware liegt, darf der Preis der betreffenden Ware nicht sinken*. Der Verkaufspreis muß über dem Einkaufspreis stehen, denn in dem Unterschied beider Preise steckt der Tribut. Bei einer sogenannten Hochkonjunktur, wo der Durchschnitt der Warenpreise aufwärts strebt, wird die Erwartung der Kaufleute auch aller Regel nach in Erfüllung gehen. Der genannte Preisunterschied oder Profit deckt dann die Unkosten des Kaufmannes und den Tribut des Geldes. Bei einer rückwärts gerichteten Konjunktur (Baisse) ist die Erhebung des Tributes jedoch zweifelhaft, oft sogar unmöglich. Der Zweifel genügt aber schon, um den Kaufmann zu veranlassen, vom Kauf der Waren abzustehen. Welcher Kaufmann, Spekulant, Unternehmer wird sich zum Bankier oder zur Sparkasse begeben, dort einen Wechsel diskontieren, sich zur Zahlung von Zins verpflichten, wenn er befürchtet, daß das, was er zu kaufen gedenkt, im Preise sinkt, so daß er vielleicht nicht einmal die Auslagen wiederzuerhalten hoffen kann?

Vom Standpunkt der Bedingungen, von denen das Geld seine Vermittlerdienste abhängig macht, ist der Handel bei niedergehenden Preisen *rechnerisch unmöglich!* Man beachte



aber hier, daß nur der Geldbesitzer von solcher rechnerischen Unmöglichkeit spricht. Beim Warenbesitzer sind auch die schwersten rechnerischen Verluste kein Hindernis für das Angebot, da gibt es keine rechnerischen Unmöglichkeiten. Die Ware ist unter allen Umständen zum Tausch bereit, einerlei, ob Gewinn oder Verlust dabei herauschaut. Das Geld aber streikt, sobald der gewohnte Tribut unsicher ist, und das trifft ein, wenn aus irgendeinem Grunde das Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot gestört wird und die Preise sinken.

Halt! Einen Augenblick! Was ist da gesagt worden? Die Nachfrage zöge sich zurück, der Umlauf des Geldes wäre rechnerisch unmöglich, sobald die Preise zurückgehen! Aber die Preise gehen doch zurück, gerade weil das Angebot von Geld ungenügend ist! Und weil das Geldangebot nicht genügend ist, um einen Preisrückgang zu verhüten, zöge es sich zurück, würde also noch kleiner?

Gewiß, so ist es; es ist kein Schreib- oder Druckfehler in diesem Satze. *Das Geld zieht sich tatsächlich vom Markte zurück, der Umlauf des Geldes ist unmöglich, rechnerisch unmöglich, sobald das Angebot des Geldes ungenügend ist und ein Rückgang der Warenpreise eintritt oder erwartet wird.*

Als nach Einführung der Goldwährung die Geldfabrikation um den ganzen Betrag der Silberproduktion abnahm und die Preise fielen, da war auch der Umlauf des Geldes unmöglich geworden, und das Geld häufte sich in den Banken an. Der Zinsfuß ging ständig zurück. Als dann die Bimetallisten ihren Kriegszug gegen die Goldwährung eröffneten und die damals herrschende chronische Wirtschaftskrise mit einer ungenügenden Geldproduktion begründeten, *da wiesen die Bamberger und Genossen auf die großen Bankreserven, auf den niedrigen Zinsfuß und erklärten diese Erscheinungen als einen unumstößlichen Beweis dafür, daß es eigentlich noch zu viel Geld gab.* Den Preisfall begründeten sie mit einem allgemeinen Rückgang der Produktionskosten (auch des Goldes?), mit einer Überproduktion an Waren.

Die Bimetallisten, vor allem *Laveleye*, entkräfteten diese Beweisführung auf glänzende Weise durch den Nachweis, *daß das Geld kaufmännisch nicht umlaufen kann, sobald es nicht in einer Menge angeboten wird, die genügt, um einen Rückgang der Preise zu verhindern.* Die großen Bankdepots, der niedrige Zins wären der schlagendste Beweis dafür, daß *nicht genügend* Geld angeboten wurde.

Jedoch unsere im Wertnebel herumirrenden Währungsphilosophen haben diesen Sachverhalt niemals begriffen. Und auch heute noch ist er ihnen nicht klar, obschon die Entwicklung der Geldverhältnisse ihnen inzwischen genügende Beweise für die

Richtigkeit dieser bimetallistischen Theorie geliefert hat. Denn seitdem der Zufall große Mengen Goldes hat finden lassen, und die Warenpreise auf der ganzen Linie mächtig aufwärts streben, sind die großen Bankbestände verschwunden und der Zinsfuß ist höher als je. *Also ist es doch so, daß die Banken sich füllen, daß der Zinsfuß fällt, weil es an Geld fehlt; und daß umgekehrt die Banken sich leeren und der Zinsfuß steigt, weil zuviel Geld angeboten wird.*

*Und die Preise fallen ja gerade darum, weil das Geldangebot ungenügend ist.*

Dabei ist es gar nicht einmal nötig, daß die Warenpreise tatsächlich fallen, um das Geld zu veranlassen, sich vom Markte in seine Festung zurückzuziehen. Es genügt dazu, daß nach allgemeiner Ansicht die Preise fallen werden (wobei es wieder ganz einerlei ist, womit solche Ansicht begründet wird), *um die Nachfrage stutzig zu machen, um das Angebot des Geldes zu verhindern, und um dadurch das, was man erwartet oder befürchtet, wirklich eintreten zu lassen.*

Liegt in diesem Satz nicht eine Offenbarung? Zeigt sie uns die Natur der Wirtschaftskrisen nicht mit einer Deutlichkeit, die keine der dickleibigen Untersuchungen über den Gegenstand erreicht? Der Satz zeigt uns, wie es kommt, daß manchmal über Nacht eine Krise, ein schwarzer Freitag, ausbrechen kann, der Tod und Verderben um sich streut.

Die Nachfrage verschwindet, verbirgt sich, *weil* sie ungenügend war, um den Austausch der Waren auf dem bisherigen Preisstand auszuführen! Das Angebot war größer als die Nachfrage, darum muß sich die Nachfrage ganz zurückziehen, Der Kaufmann schreibt eine Bestellung aus auf Kattun. Hört er aber, daß die Kattunproduktion gestiegen ist, so wirft er den Bestellsbogen in den Papierkorb! Ist das nicht köstlich?

Aber wirft die Produktion nicht ständig neue Warenmassen auf den Markt und wachsen darum nicht die Bestände, sobald der Absatz stockt? Steigt nicht das Wasser im Flußbett, wenn man die Schleusen schließt?

*Das Angebot wird also größer, dringender, weil die Nachfrage zögert, und die Nachfrage zögert ja nur darum, weil das Angebot zu groß ist im Verhältnis zur Nachfrage.*

Auch hier ist weder Schreib- noch Druckfehler. Die vom Standpunkt des Unbeteiligten so lächerliche Erscheinung der Wirtschaftskrisen muß auch eine lächerliche Ursache haben. *Die Nachfrage wird kleiner, weil sie zu klein ist, das Angebot wird größer, weil es zu groß ist.*

Hier mögen die Mitglieder des Vereins zum Schutze der deutschen Goldwährung „einen Seufzer fahren lassen und, wenn es geht, noch einen.“

Aber die Komödie wächst sich noch zur Tragödie aus. Nachfrage und Angebot bestimmen den Preis, d. h. das Verhältnis,

in dem Geld und Waren ausgetauscht werden. Je mehr Waren angeboten werden, desto größer ist die Nachfrage nach Geld. Die Waren, die im Tauschhandel oder auf Kreditwegen den Konsumenten erreichen, sind für die Nachfrage nach Geld verloren. Die Preise steigen also, wenn die Kreditverkäufe zunehmen, denn die gegen Geld angebotenen Warenmassen nehmen um den Betrag dieser Kreditverkäufe ab, und Nachfrage und Angebot bestimmen die Preise, d. h. das Verhältnis, in dem Geld und Waren ausgetauscht werden.

Umgekehrt müssen darum auch die Preise fallen, wenn die Kreditverkäufe abnehmen, weil dann die Waren, die auf diesen Seitenkanälen den Konsumenten erreichten, auf die Nachfrage nach Bargeld zurückfallen.

*Das Angebot von Waren gegen Bargeld wächst also im Verhältnis, wie die Kreditverkäufe abnehmen.*

Die Kreditverkäufe nehmen dann ab, wenn die Preise fallen, wenn der Verkaufspreis unter dem Einstand steht, wenn der Kaufmann der Regel nach an seinen Warenbeständen verliert, wenn er die Inventarstücke, die er für 1000 gekauft, jetzt am Tage der Inventur für 900 kaufen kann und darum auch für 900 in die Inventur einstellen muß. Die Sicherheit des Kaufmanns steigt und fällt mit den Preisen seiner Waren, und *darum fallen und steigen auch die Kreditverkäufe mit dem Fallen und Steigen der Warenpreise.*

So bekannt diese Sache ist, so wenig Absonderliches hat man darin gefunden. Und die Sache ist doch komisch genug.

Steigen die Preise, d. h. ist die Nachfrage größer als das Angebot, so kommt der Kredit herbeigeeilt, entzieht dem Geld einen Teil der Waren, und treibt so die Preise noch höher. Fallen aber die Preise, so zieht sich der Kredit zurück, die Waren fallen auf das Bargeld zurück und drücken die Preise noch weiter hinunter!

Braucht man noch weiter nach einer Erklärung der Wirtschaftskrisen zu suchen? [Im Reichstag wurde 1907 der Betrag der in Deutschland umlaufenden Wechsel mit 35 Milliarden Mark angegeben. Wenn es sich hier vielleicht auch nur um die Gesamtsumme der während eines Jahres abgestempelten Wechsel handeln sollte, die dann, auf 3-Monats-Wechsel umgerechnet, auf 9 Milliarden Mark zusammenschumpft, so zeigt diese Summe doch, welche Gefahr für die Stetigkeit der Nachfrage (und der Preise) dieser von Stimmungen und Konjunkturen abhängige Kredit und Wettbewerber des Geldes in sich birgt.]

Weil wir unsere Produktionsmittel verbesserten, weil wir fleißig und erfinderisch waren, weil wir gutes Wetter, gute Ernten hatten, weil wir fruchtbar waren, weil wir die Arbeitsteilung, die Mutter aller Kultur, gepflegt haben usw., ist das Angebot von Waren, die Nachfrage nach Geld gewachsen, und weil wir dieser größeren Nachfrage nach Geld kein verstärktes Angebot von Geld entgegenwarfen, fielen die Preise der Waren.

Und weil die Preise fielen, wurde die Nachfrage zurückgezogen, das Geld verschart. Und weil die Nachfrage zurückgezogen wurde, und der Absatz stockte, türmten sich die Waren zu Bergen an, wie die Eisschollen auf dem Rhein, wenn der Eisgang irgendwo stockt. Das Angebot durchbricht die Dämme, überschwemmt die Märkte, und zu jedem Preise werden die Waren losgeschlagen. Aber gerade, weil die Preise auf der ganzen Linie zurückgehen, kann kein Kaufmann Ware kaufen, denn er muß ja befürchten, daß das, was er heute so verlockend billig kauft, von seinem Konkurrenten morgen noch billiger gekauft wird, und daß er dann nicht konkurrieren kann. *Die Waren sind unverkäuflich, weil sie zu billig sind und noch billiger zu werden drohen.* Die Krise!

Aber gerade weil die Krise ausgebrochen ist, weil die Aktiva der Kaufleute zusammenschrumpfen, die Passiva (den Aktiven gegenüber) gestiegen sind, weil jeder, der Geldlieferungsverträge [Geldlieferungsverträge sind Wechsel, Schuldscheine, Obligationen, Pacht- und Mietverträge, Versicherungen aller Art usw.] abgeschlossen, diesen der sinkenden Warenpreise (Aktiva) wegen nicht nachkommen kann, weil auch schon Zahlungseinstellungen vorkommen und der ganze Warenaustausch in ein Hasardspiel ausgeartet ist, darum werden die Kreditverkäufe eingeschränkt und dann *wächst die Nachfrage nach Bargeld um die ganze Masse der auf dem Kreditwege bis dahin ausgetauschten Waren – gerade zu einer Zeit, wo das Bargeld ungenügend vertreten ist und darum vergraben wird!*

Wie das Feuer den Luftzug erzeugt, der den Brand belebt, so stärkt heute die Unterbrechung des Geldumlaufes die Nachfrage nach Geld. Nirgendwo sieht man die ausgleichenden Kräfte wirken, von denen noch so viele träumen. Verschärfung, nicht Milderung; von Ausgleich, von regulierenden Kräften nirgendwo eine Spur.

Diesen Ausgleich bei wachsender Nachfrage nach Geld (Angebot von Waren) suchen noch manche in einem beschleunigten Geldumlauf, indem sie annehmen, daß der Wunsch, *billig* [Billig ist im kaufmännischen Sinne keine Ware an sich, sondern nur im Verhältnis zum Erlös. So lange die Preise fallen, sind alle Waren teuer; billig werden sie, wenn die allgemeine Preissteigerung den Verkaufspreis über den Einstandspreis hebt.] zu kaufen, das Geld in verstärktem Maße zu Markte führen muß, und zwar aus den Reserven! Aber das Umgekehrte ist der Fall. Die *Preissteigerung* reizt den Kaufmann zum Kauf, nicht der *Preisrückgang*. Der Preisrückgang kann ihm ja nur Schaden bringen. Die Furcht, daß das, was heute so billig [Billig wieder im kaufmännischen Sinne.] angeboten wird, morgen noch billiger sein wird, schnürt alle Börsen zu, und tatsächlich sehen wir ja auch nur so oft und so lange offene Börsen, wie man eine Preissteigerung erwartet. Übrigens, wo sind diese berühmten Reserven? Etwa bei den Banken? Die Banken ziehen ihre Gelder aus dem Verkehr, wenn der Verkehr

keine Sicherheit mehr bietet infolge allgemeinen Preisrückganges der Waren, aber die Millionen, die so dem Markte zu einer Zeit entzogen werden, wo sie dort am nötigsten sind, können doch nicht als *Reserven* betrachtet werden. Wenn bei einer Mißernte der Gerichtsvollzieher dem Bauer die Kuh pfändet, so entsteht dadurch auch keine Kuhreserve im volkswirtschaftlichen Sinne. Die Banken sind immer überfüllt, wenn die Preise fallen, d. h. also, wenn das Geldangebot unzureichend ist; sie sind leer, wenn die Preise steigen. Wäre es umgekehrt, so könnte man von Reserven reden. Wenn es also Reserven gibt, so müßte man sie im Interesse des Warenaustausches so schnell wie möglich *auflösen*, denn ihre Existenz wäre eine weitere Ursache für Preisschwankungen. Reserven, also Geldansammlungen, können nur dadurch gebildet werden, daß man das Geld dem Umlauf, dem Markte, *dem Warenaustausch, seiner Bestimmung entzieht; wenn man aber solche Reserven immer nur dann bildet, wenn es sowieso schon auf dem Markte an Geld fehlt, so müssen wir sie direkt als Gift bezeichnen.*

*Das ist also das Gesetzmäßige in der Nachfrage, daß sie verschwindet, so bald sie ungenügend ist.*

Aber wie ist es, wenn sie etwa im Verhältnis zum Angebot zu groß ist, wenn die Warenpreise steigen? Denn auch mit einer solchen Möglichkeit muß man rechnen. Es geht auch das aus unserer Darstellung (S. 302) klar hervor, und die Marktgeschichte der letzten Jahrzehnte ist da, um solches zu beweisen. Es eugnet niemand, daß alle Preise trotz großartig vermehrter Produktion etwa seit 1895 gar zu arg gestiegen sind.

Was macht nun der Besitzer des Geldes, wenn die Preise steigen, wenn er das, was er heute kauft, voraussichtlich oder gar erfahrungsgemäß morgen teurer verkaufen kann, *wenn also die Preissteigerung alles billig macht* (Billig wieder im kaufmännischen Sinne; siehe oben), wenn der Umsatz des Geldes steigenden Profit abwirft?

Er kauft, so viel er kann, d. h., so viel er Geld hat und darüber hinaus, so viel er Kredit hat. Und Kredit genießt der Kaufmannsstand – so lange die Preise steigen, so lange der Verkaufspreis der Waren über dem Einstandspreis steht. Dabei bringt es die rosige Stimmung, die die steigenden Profitsätze bei der Kaufmannschaft unterhalten, wieder mit sich, daß man sich rascher als sonst zum Kauf entschließt, daß man das Geld nicht zehnmal umdreht, ehe man es ausgibt. Das Geld läuft schneller um, wenn die Preise steigen, der Geldumlauf erreicht in der Hochkonjunktur die Maximalgeschwindigkeit, die die Handelseinrichtungen überhaupt gestatten.

*Und die Nachfrage ist gleich der Masse und der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Und Nachfrage und Angebot bestimmen die Preise.*

Also weil die Preise steigen, wächst die Nachfrage nach Waren durch beschleunigte Geldzirkulation, und gleichzeitig geht

das Angebot von Waren (gegen Bargeld) zurück wegen vermehrter Kreditverkäufe. *Die Preise steigen also weiter, weil die Preise steigen. Die Nachfrage wird belebt, sie wächst, weil sie zu groß ist.* Der Kaufmann kauft Ware weit über den unmittelbaren Bedarf hinaus, er sucht sich zu decken – weil das Angebot zu gering ist im Verhältnis zur Nachfrage. Als das Angebot wuchs und im Verhältnis zur Nachfrage zu groß war – da beschränkte der Kaufmann seine Bestellungen auf das Minimalmaß, auf das, was er unmittelbar absetzen konnte. Er wollte und konnte zwischen Kauf und Verkauf keine Zeit verstreichen lassen, denn in dieser Zeit wäre der Verkaufspreis unter den Einstandspreis gefallen. Jetzt, da es an Waren fehlt, – da kann er nicht genug kaufen –, da scheint ihm alles, was er kauft, zu wenig, da möchte er ein großes Lager haben. Die Wechselschulden, die er etwa hierbei macht, schrumpfen gegenüber den Aktiven, die durch die Preissteigerung immer größer werden, täglich zusammen, sie machen ihm keine Sorgen – so lange die Preise steigen.

Ist auch das nicht wieder eine ganz tolle Erscheinung, würdig der tollen Erscheinungen in der Hochkonjunktur?

*Die Nachfrage nach Waren wächst, muß gesetzmäßig weit über das gewöhnliche Maß hinaus wachsen, so oft und so lange das Angebot ungenügend ist.*

Jawohl, die Metallwährung, unsere mit dem Wertbrei gespeiste Goldwährung, bewährt sich. Das hat unsere Untersuchung klar bewiesen. Sie erzeugt eine wachsende Nachfrage, wenn diese schon an sich zu groß ist, und schränkt die Nachfrage auf die persönlichen, leiblichen Bedürfnisse der wenigen Geldbesitzer ein, sobald sie an sich schon zu klein ist. Man gibt dem Hungrigen nichts zu essen, *weil er hungrig ist*, und den Satten füttert man zum Platzen, *weil er satt ist*.

Worin die Nützlichkeit des Geldes besteht, haben wir (S. 237 usw.) gezeigt. Diesen Nutzen des Geldes hat man bisher leider immer übersehen, was zur Folge hatte, daß sich niemand eine Nachfrage nach Geld (Papiergeld) denken konnte, das aus nutzlosem Stoff hergestellt ist. Irgend etwas mußte doch die Bürger zum Ankauf des Geldes reizen, und war es nicht der Nutzen des Tauschmittels, so mußte es der Nutzen seines Stoffes sein

Nun ist das Gold tatsächlich ein industriell verwendbarer Stoff. Diese Verwendbarkeit wäre noch viel größer, wenn das Gold nicht so teuer wäre. Nur der hohe Preis des Goldes verhindert, daß man das Gold nicht in vielen Fällen an Stelle von Eisen, Blei, Kupfer verwendet.

Immerhin aber ist das Gold nicht so teuer, daß es nicht wenigstens für Luxuswaren, wo es nicht auf die Billigkeit ankommt, gebraucht wird. Und tatsächlich ist das Gold das spezielle Material der Juwelierindustrie. Armbänder, Ketten, Uhr-

gehäuse und sonstigen Zierrat macht man aus Gold. ebenso Monstranzen, Kelche für den katholischen Kirchendienst; Beschläge für Automobile, Turmuhren, Blitzableiter, Bilderrahmen usw. usw. werden mit Gold überzogen, auch Photographen und Zahntechniker verbrauchen viel Gold. All dieses Gold wird der Münze entzogen. Die Münzen sind in der Regel für die Juweliere der billigste Rohstoff.

Die Verwendung des Goldes in diesen Luxusindustrien wächst natürlich zusammen mit dem Luxus, mit dem Wohlstand und Reichtum, und dieser Reichtum wächst mit der *Warenproduktion*, mit der Arbeit. In guten Jahren arbeiten die Goldschmiede mit Überstunden; in schlechten Jahren bringen ihnen die in Not geratenen Bürger die Schmucksachen zum Einschmelzen zurück.

*Also, je mehr Waren erzeugt werden, je größer die Nachfrage nach Geld (Tauschmittel), desto größere Mengen goldener Münzen wandern in den Schmelztiegel der Juweliere.*

Halt! Halt! Was ist da wieder für widersinniges Zeug gesagt worden? Je mehr gearbeitet wird, je mehr Waren erzeugt werden, desto größer der Reichtum, und je größer der Reichtum, desto mehr Geld (Tauschmittel der Waren) wird zu Luxuswaren eingeschmolzen? Habe ich da richtig gehört?

Jawohl, genau das ist gesagt worden. Es ist hier kein Sprachfehler, und ich sage es mit der Ruhe, womit ein Richter ein Todesurteil ausspricht. Ich weiß, in den wenigen Worten liegt Material genug, um die Goldwährung zu verurteilen. Und man bringe mir den Mann vor meine Augen, der es wagt, das Gesagte zu bestreiten!

Ich wiederhole: je mehr Waren produziert werden, desto größer der Wohlstand und Reichtum, und um so mehr wird dem Luxus gefrönt. Das durch die Warenproduktion (Warenangebot) wohlhabend gewordene Volk leert die Juwelierläden, und die Juweliere werfen das für ihre Ware erhaltene Geld in den Schmelztiegel, um mit dem Geldstoff (Gold) Ersatz für die verkauften Ketten, Uhren usw. zu schaffen.

Also weil wir viele Waren erzeugt haben, weil die Ernten gesegnet waren, weil Thomas ein Verfahren erfand, mit welchem schlechte Erze vorzüglichen Stahl liefern, weil wir mit diesem Stahl zu vorzüglichen Werkzeugen gelangen, die das Produkt unserer Arbeit verzehnfachen, weil zudem noch die Rückstände des Thomasverfahrens sich als außergewöhnlicher Düngestoff erwiesen, der den Ertrag unserer Felder verdreifacht hat, weil die Fronleichnamsprozessionen unsere Ernten gesegnet und die Arbeiter in Schulen gelernt haben, ihre Hände mit Verstand zu gebrauchen, kurz, weil die Produktion und das Angebot von Waren gewachsen war – *darum vernichten wir die Nachfrage, indem wir das Tauschmittel, den Träger der Nachfrage, einschmelzen!*

Wenn die Kartoffeln dieses Jahr gut geraten – so kaufe ich meiner Frau eine goldene Halskette, sagt der Gutsbesitzer.

Wenn meine Kuh dieses Jahr zwei Kälber gibt, so kaufe, ich meiner Braut heuer den Trauring, sagt der Bauer.

Wenn ich mit der neuen Maschine doppelt soviel Hosen nähen kann, so kaufe ich eine goldene Uhr, sagt der Handwerker.

Wenn ich mit meinem neuen patentierten Verfahren zehnmal soviel Stickstoff gewinne, so lasse ich auf meine Kosten die Kapelle zu Maria Hilf neu vergolden, sagt der Chemiker.

Wenn das Stahlwerk in der Produktion dieses Jahr wieder den Rekord bricht, so kaufe ich ein goldenes Tafelgeschirr, sagt der Rentier.

Kurz, das Mittel für den Ankauf des Trauringes, für die Halskette usw. ist immer und regelmäßig die vermehrte Warenproduktion (Angebot), und das Gold für diese Ketten, Ringe usw. wird immer der Nachfrage, der Münze entzogen (auch das ungemünzte Gold ist durch das Gesetz Geld).

Weil nun das vom Juwelier eingeschmolzene Geld für die *Nachfrage nach Waren* verloren geht, weil dies auch fatalerweise gesetzmäßig gerade zu einer Zeit geschieht, wo das Warenangebot groß ist (s. o.), und weil doch Nachfrage und Angebot die Preise bestimmen, *so gehen die Preise zurück*. Und der Preisrückgang unterbricht den Warenaustausch, die Warenproduktion; er erzeugt Arbeitslosigkeit und Bettelei.

Die Goldwährung, die Nützlichkeit des Geldstoffes als Material für die Luxuswarenindustrie, ist also eigentlich die Säge, womit sie den Ast absägt, auf dem der Wohlstand wächst. Das Geld ist die Voraussetzung der Arbeitsteilung, die Arbeitsteilung führt zum Wohlstand, und dieser vernichtet das Geld. Gesetzmäßig *endet also der Wohlstand immer als Vatermörder*.

Goldwährung und Bettler gehören zusammen, und wenn Friedrich der Große sich schämte, über ein Bettlervolk zu regieren, so zeigt das nur, daß er ein empfindliches Ehrgefühl hatte. Sonst hatte er keinen besonderen Anlaß, zu erröten. So weit auch die Edelmetallwährung drang, die Könige haben immer nur über Bettlervölker regiert. Solange der Mensch den Luxus liebt, und den gesunden Stand seiner Finanzen dazu benutzt, Goldwaren zu kaufen, und solange gleichzeitig dieses Gold das Material seiner Tauschmittel liefern muß – *ist der Wohlstand der Volksmassen unmöglich*.

Nicht immer wird der Bauer die gute Ernte dazu benutzen, um seiner Gemahlin eine goldene Kette zu kaufen, und nicht alle Chemiker erleben den Segen für ihre Erfindungen mit dem Gelübde, das Bildnis der Muttergottes vergolden zu lassen.

Wenn die Ernte gut ausfällt, werde ich eine Säemaschine kaufen, sagt der Bauer.



Wenn ich Glück im Stalle habe, werde ich den Sumpf entwässern, sagt der Gutsbesitzer.

Wenn meine Erfindung den Erwartungen entspricht, werde ich eine Fabrik gründen, sagt der Chemiker.

Wenn das Werk dieses Jahr gut arbeitet, und der Streik beigelegt wird, werde ich eine Mietskaserne bauen, sagt der Rentner.

Also, je mehr Ware erzeugt wird, desto mehr wachsen die Anlagen zur Erzeugung von mehr Ware (das sogenannte Realkapital).

Aber von diesen Anlagen, vom Realkapital, erwartet man Zins, *und der Zins fällt in dem Maße, wie das Realkapital im Verhältnis zur Bevölkerung wächst.* Viele Wohnungen, wenig Mieter, niedriger Hauszins. Viele Fabriken und wenig Arbeiter, niedriger Fabrikzins.

*Fällt also der Zins der Realkapitalien infolge der neuen Anlagen unter das herkömmliche Maß, so wird kein Geld mehr für solche Anlagen hergegeben.* Kein Zins, kein Geld! [Ich verweise hier auf die Theorie des Zinses am Schlusse dieses Buches.]

Stopp! halt! einen Augenblick. Habe ich da wieder recht verstanden? Wenn der Zins der Fabriken, Häuser, Schiffe fällt, dann werden keine Häuser mehr gebaut, weil niemand mehr Geld hergibt für neue Realkapitalien! Ist das wahr? Und wie sollen dann die billigen Wohnungen entstehen?

Jawohl, das ist wahr, das habe ich gesagt, und wer wird es wagen, mir das zu bestreiten? Wenn der Zins der Häuser, überhaupt der Zins der Realkapitalien fällt, so zieht sich das Geld, das in diesen Anlagen bis dahin Verwendung fand, zurück, und was geschieht dann mit den Waren, die in der Erneuerung und Vergrößerung der Realkapitalien verwendet werden? [Nach Angaben, die Landesbankrat *Reusch* – Wiesbaden auf dem deutschen Wohnungskongreß machte, beansprucht allein die Finanzierung des Wohnungsbaues in Deutschland jährlich 1500 bis 2000 Millionen Mark.]

Also wenn das Volk fleißig und erfinderisch war, wenn die Ernte von Sonne und Regen begünstigt wurde, wenn viele Produkte zur Verfügung des Volkes stehen, um Wohnungen und Arbeitsstätten zu erweitern, dann, gerade dann zieht sich das Geld, das den Tausch hier vermitteln soll, zurück und wartet.

Und weil das Geld sich zurückzieht, weil die Nachfrage fehlt, gehen die Preise herunter, und die Krise ist wieder da.

*Gesetzmäßig muß also die Krise ausbrechen, wenn als Folge vermehrter Realkapitalien der Fabrik- und Hauszins heruntergeht.*

Ich erwähne hier, daß in der am Schlusse behandelten Zinstheorie der Beweis erbracht wird, daß der Geldzins unabhängig vom Zins der Realkapitalien ist (aber nicht umgekehrt) und

daß der hier zu erwartende Einwand, der Geldzins ginge mit dem Zins der Realkapitalien zurück, und daß darum auch bei niedergehendem Realkapitalzins das Geld für neue Realkapitalien nicht fehlt, auf Irrtum beruht.

Also auch aus diesem Grunde kann die Volkswirtschaft nur von Krise zu Krise sich entwickeln. Unter der Herrschaft des Metallgeldes muß das Volk gesetzmäßig obdachlos als Bettler sein Leben fristen. Das Gold – das ist unser angestammter König, der wahre roi des gueux.

## **Die Wirtschaftskrise und die Bedingungen, die zu ihrer Verhütung zu erfüllen sind.**

Wirtschaftskrisen, also Absatzstockung und Arbeitslosigkeit mit ihren Begleiterscheinungen, sind nur bei weichenden Preisen denkbar.

Die Preise können aus drei Gründen zurückgehen:

1. Weil die eigentümlichen Produktionsverhältnisse des Goldes eine willkürliche Anpassung des Geldangebots (Nachfrage) an die Warenproduktion (Angebot) nicht erlauben.

2. Weil bei steigender Warenproduktion (blühende Volkswirtschaft) und damit Hand in Hand gehender Vermehrung der sog. Realkapitalien der Zins der Realkapitalien zurückgeht und weil dann kein Geld mehr für den Bau neuer Realkapitalien sich anbietet, und der Absatz der hierfür bestimmten Waren (ein ganz bedeutender Teil der Warenproduktion, zumal bei zunehmender Volkszahl) stockt.

3. Weil bei vermehrter Warenproduktion und wachsendem Wohlstand das Geld (Nachfrage) eingeschmolzen wird und zwar im Verhältnis zum wachsenden Warenangebot.

Diese drei Ursachen des Rückganges der Warenpreise genügen jede allein für sich, um eine Krise hervorzurufen, und ihre Natur ist so, daß, wenn auch die eine etwa infolge genügender Goldfunde versagt, die anderen dafür in die Lücke springen. *Einer der drei Ursachen der Krise verfällt die Volkswirtschaft immer und gesetzmäßig.*

Nur in dem Fall, daß man anhaltend solche außergewöhnlichen Goldmassen findet und zwar so viel, daß die Preise trotz vermehrtem Goldkonsum der Industrie anhaltend und stark (mindestens um 5% jährlich) steigen, kann sich die Volkswirtschaft ohne Krise abwickeln. Auch der Widerstand, den der Rückgang des Realkapitalzinses dem Geldumlauf bietet, würde durch solche allgemeine Preissteigerung gebrochen – indem die Preissteigerung das Geld geradezu zum Umlauf zwingt. Aber eine solche allgemeine Preissteigerung wäre an sich ein Bankrott der Währung.

Wie könnten nun die Krisen verhütet werden? In der Erklärung der Krisenursache ist auch schon die Bedingung angegeben, die für die Verhütung der Krisen erfüllt werden muß, und diese lautet: *Die Preise dürfen niemals und unter keinerlei Umständen fallen!*

Das ist die Bedingung, die erfüllt werden muß. Und wie kann man das erreichen?

Wir erreichen das:

1. Indem wir das Geld vom Gold trennen und die Geldfabrikation nach den Bedürfnissen des Marktes richten.

2. Indem wir das aus Papier verfertigte Geld so gestalten, daß dieses unter allen Umständen gegen Waren angeboten wird und zwar selbst dann noch angeboten wird, wenn der Kapitalzins, der Zins des Geldes sowohl, wie der Zins der Realkapitalien, fällt und verschwindet.

Wie das erreicht werden kann, ist im ersten Teil dieser Schrift gezeigt worden.

## **Die Emissionsreform.**

Nachfrage und Angebot bestimmen die Preise, und die Volkswirtschaft braucht feste Preise, um sich harmonisch auszubilden und um die dem Geld eigenen, glücklichen Entwicklungskeime zur vollen Entfaltung zu bringen.

Wir wären weit, weit über den Kapitalismus hinaus [Kapitalismus = wirtschaftlicher Zustand, in dem die Nachfrage nach Geld und Realkapitalien das Angebot übertrifft und darum den Zins bedingt.], wenn seit 3000 Jahren durch die Wirtschaftskrisen die Kultur nicht immer wieder die mühsam erklimmenen Stufen heruntergestoßen worden wäre; wenn die bettelhafte Armut, in der jede Krise die Volksmassen hinterläßt, nicht die Bettlergesinnung großgezogen hätte, die nun einmal den Menschen, groß und klein, in den Knochen liegt. Unsere Arbeiter würden sich die Behandlung, die ihnen durch die Unternehmer und den Staat zuteil wird, nicht gefallen lassen, wenn die Nachfrage nach ihren Produkten ebenso regelmäßig auf dem Markte erschiene, wie das Angebot, und unsere Agrarier würden nicht bei den Brotkonsumenten, bei den ausgemergelten, dünnen Arbeiterfrauen um Brotzölle gebettelt und dabei nach Bettlerart, um das öffentliche Mitleid zu erregen, ihre Geschwüre (die Not der Grundrentner) bloßgelegt haben, wenn die Goldwährung sie durch den Druck, den sie auf die Preise geübt, nicht geplündert und bestohlen hätte.

Die Plage des Hungers und der Druck der Schulden sind böse Erzieher.

Und wo wären wir heute in wissenschaftlicher, technischer, religiöser Beziehung angelangt, wenn die vielversprechende Kultur, die das Gold, obschon blutbefleckt, geraubt und erpreßt,

in Rom erstehen ließ, nicht unter einer anderthalbtausendjährigen, durch Geldmangel erzeugten ökonomischen Eiszeit erstarrt, vergletschert, vernichtet worden wäre? Sicherlich säßen wir jetzt auf dem Throne Gottes und ließen das All im Kreis an unserem Finger laufen.

Salomo machte Wunderdinge, weil er Stoff für die Geldfabrikation aus Ophir erhielt, wodurch ein geregelter Austausch und die Arbeitsteilung möglich wurde. Aber was er machte, ging wieder zusammen mit dem Aufhören der Goldzufuhr verloren.

Jeder Anlauf zur Kultur ist immer automatisch, gesetzmäßig durch den Rückgang der Preise erstickt worden. Denn Kultur heißt Arbeitsteilung, Arbeitsteilung heißt Angebot, und das Angebot kann nicht zum Tausch führen, wenn die Preise wegen Mangels an Nachfrage (Geld) abwärts gehen.

Geld und Kultur gehen zusammen auf und unter. Darum war auch die merkantilistische Theorie, die das Gold als den Inbegriff des Reichtums und der Kultur betrachtete und folgerichtig darum auch eine auf ständige Vermehrung des Geldbestandes gerichtete Wirtschaftspolitik durch Schutzzölle befürwortete, gar nicht so falsch. Der gesunde Gedanke hatte nur einen törichten Ausdruck gefunden. Die Tatsache war da, daß bei Zufluß von Gold die Gewerbe Künste und Wissenschaften gediehen. Nur verwechselten die Merkantilisten Geld und Gold. Sie glaubten, das Gold bewirke das Wunder mit Hilfe seines „inneren Wertes“; es gab für sie kein Geld, sondern nur Gold. Geld und Gold war ein Begriff. Sie wußten nicht, daß das Geld, nicht das Gold, den Austausch der Waren vermittelt und daß der Reichtum durch die Arbeitsteilung entsteht, die das Geld, nicht das Gold ermöglicht. *Sie suchten die Wirkungen der Arbeitsteilung in Eigenschaften des Goldes, statt in denen des Geldes.*

Wer nun einmal gelernt hat, das Geld vom Gold zu trennen und zu unterscheiden, sich auch von der Wichtigkeit fester Preise überzeugt und dabei dem Wertaberglauben abgeschworen hat, der kommt leicht auf den Gedanken: so verfertigt doch einfach Papiergeld und bringt es unter die Leute, sowie ihr merkt, daß das Angebot die Nachfrage überholt und die Preise zu weichen beginnen. Und umgekehrt, zieht Papiergeld ein und verbrennt es, sowie ihr merkt, daß die Nachfrage das Angebot übersteigt und daß die Preise anziehen. Es handelt sich ja nur um eine Quantitätsfrage, und die lithographische Presse und das Feuer stellen es in eure Macht, die Nachfrage (Geld) dem Angebot (Ware) stets derart scharf anzupassen, daß die Preise fest bleiben müssen.

So spricht *Michael Flürscheim* [*Michael Flürscheim*, The Economic and Social Problem, Jefferson Publishing Company, Xenia, Clay, County, Illinois, U. S. A.], der diesen Gedanken mit Eifer vertritt und der mich unter die ersten zählt, die

ihn formuliert und verbreitet haben. Gegen diese Ehre muß ich aber insofern Verwahrung einlegen, als ich es stets und von vornherein bestritten habe [*Silvio Gesell*, *Nervus Rerum*, S. 36–37. Buenos Aires 1891.], daß das Papiergeld in der Form, wie es heute bekannt ist, (also ohne materiellen, unmittelbaren Umlaufzwang) einfach durch Quantitätsveränderungen sich dem Angebot so anschmiegen lasse, wie es die Bedürfnisse eines geregelten Austausches der Produkte (der nationalen wie internationalen) erheischen.

Ich bestreite es und will hier gleich klipp und klar den Nachweis bringen, daß, solange der Staat neben der Masse des Geldes nicht auch noch den Umlauf des ausgegebenen Geldes kontrolliert, alle die hier aufgedeckten Widersprüche des Geldumlaufes ungelöst bleiben.

Solange das Geld, als Ware betrachtet, besser als die Ware im allgemeinen ist, solange man von Geldprivilegien spricht, solange namentlich die Sparer das Geld den Waren (ihren eigenen Produkten) vorziehen, solange die Spekulanten das Geld ungestraft zu ihren Angriffen mißbrauchen können, wird das Geld den Austausch der Produkte nicht ohne einen vom Handelsgewinn gesonderten Tribut vermitteln. Und das Geld soll doch „ein Schlüssel und kein Riegel des Marktes“ sein, es soll eine Straße und keine Barriere sein; es soll den Austausch fördern, verbilligen, nicht hemmen und belasten. Und es ist doch klar, daß ein Geld nicht zugleich Tausch- und Sparmittel, Peitsche und Bremse sein kann.

Deshalb fordere ich neben einer nur durch die reine Papierwährung ermöglichten Kontrolle der Geldmassen durch den Staat *eine vollkommene, materielle Trennung des Tauschmittels vom Sparmittel*. Den Sparern stehen alle Produkte der Welt zur Verfügung, warum sollen sie also ihre Ersparnisse gerade in Geld anlegen? Das Geld wurde doch nicht gemacht, damit es gespart werden könnte!

Das Angebot steht unter einem unmittelbaren, den Waren anhaftenden, materiellen Zwang; darum fordere ich einen gleichen Zwang für die Nachfrage, damit bei den Verhandlungen um den Preis das Angebot nicht der Nachfrage gegenüber im Nachteil bleibe [Wer noch nicht ganz frei vom Wertaberglauben ist, wird die Bedeutung dieser Gerechtigkeitsforderung nicht begreifen.].

Das *Angebot* wird durch den erwähnten Zwang über den Willen der Warenbesitzer gestellt, wird einfache, meßbare Substanz, die *Nachfrage* muß darum auch vom Willen der Geldbesitzer getrennt werden, – auch sie soll zur Substanz werden, damit sie jederzeit abgewogen und gemessen werden kann. Wer es weiß, wie groß die Warenproduktion war, der weiß auch, wie groß das Angebot sein wird – ebenso muß jeder, der den Geldbestand kennt, wissen, wie groß die Nachfrage sein wird.

Das alles erreicht man auf einfachste Weise durch den materiellen, dem Gelde anhaftenden Umlaufzwang des Tauschmittels, und es läßt sich nur durch ihn erreichen. (Siehe den Teil II, der die Geldreform behandelt.)

Der materielle Umlaufzwang befreit den Geldumlauf von allen Hemmungen, die Profit, Spekulation, Furcht und Panik ihm entgegenstellten, versetzt die gesamte vom Staate ausgegebene Geldmasse in eine ununterbrochene, gleichmäßige, durch nichts zu störende Zirkulation und erzeugt dadurch eine ebenso regelmäßige, ununterbrochene *Nachfrage*.

Infolge der Regelmäßigkeit, womit nun die Nachfrage sich einstellt, hören die Absatzstockungen, die Warenanschwellungen auf, und so wird als unmittelbare Begleiterscheinung der regelmäßigen Nachfrage auch das Angebot regelmäßig sein und nur mehr von der Produktion beeinflusst werden, genau wie ein Flußbett regelmäßig wird, sowie das Gefälle gleichmäßig verteilt wird.

Dann sind nur ganz geringe Änderungen in der Geldquantität nötig, um die Nachfrage den natürlichen Schwankungen der Warenproduktion stets auf den Leib zuschneiden zu können.

Sieht man jedoch von diesem Umlaufzwang für das Geld ab, so komplizieren und verwirren sich sofort alle Verhältnisse. Die Nachfrage entzieht sich dem Machtbereich des Staates. Wobei noch, wie gezeigt wurde, das einzige gesetzmäßige Element in diesem Wirrwarr, die Profitbedingung für den Geldumlauf, dahin wirkt, daß das Geld privatwirtschaftlich vom Markt zurückgezogen werden muß, sobald es an Geld fehlt, und umgekehrt wieder dem Umlauf zugeführt wird, wenn es schon im Übermaß angeboten wird.

Zur Prüfung der Richtigkeit des hier Gesagten will ich jetzt den Vorschlag, den *Flürscheim* vertritt [Siehe auch: *Arthur J. Fonda* (Denver Colorado), *Honest Money*. Professor *Frank Parsons*, *Rational Money*. Professor *Marshall Cambridge*, *Contemporary Revue* 1887.], einer genaueren Prüfung unterwerfen. Es wird dies auch darum nötig, weil die schönen Erfolge, die man mit der auf das Goldpari zugespitzten Emissionsreform in Argentinien [*Silvio Gesell*, *La cuestion monetaria argentina*. Buenos Aires 1898. – *Silvio Gesell*, *La plétora monetaria*. Buenos Aires 1907.], Brasilien, Indien u. a. Orten erzielt hat, die Aufmerksamkeit auf das Papiergeld gelenkt und den Glauben an eine weitere Vervollkommnungsmöglichkeit dieses Tauschmittels erweckt haben. Die Anhänger der Papierwährung könnten aber ihrer Sache keinen größeren Schaden zufügen, als durch Einführung oder Guttheißung von Reformen, bei denen nicht jede Möglichkeit eines Mißerfolges ausgeschlossen ist. Jeder Fehlschlag stärkt nur die Position der Metallisten und macht die Papierwährung wieder für Jahrzehnte undiskutierbar.

Die hier als unzulänglich erwähnte einfache Emissionsreform läuft also darauf hinaus, den Staat zu ermächtigen, Geld in einer nur durch die Preise der Waren beschränkten Menge auszugeben bzw. einzuziehen. Die Nachfrage nach Geld soll der Staat nur noch mit dem Durchschnittspreis der Waren messen. Der Staat vermehrt den Geldumlauf, wenn die Preise fallen, er schränkt den Geldumlauf ein, sobald die Preise steigen. Das Geld soll nicht in einer bestimmten Ware, auch nicht in Gold einlösbar sein; für die Einlösung soll der Inhaber auf den Markt angewiesen sein. Im übrigen aber soll sich das Papiergeld nicht von dem gemeinen Papiergeld unterscheiden. Namentlich soll auch das Geld nach wie vor als Sparmittel gebraucht oder mißbraucht werden können, ebenso als Reserven von Spekulanten. Die Nachfrage soll also alle Vorrechte behalten, die sie heute gegenüber dem Angebot besitzt. *Die Nachfrage soll bleiben, was sie heute ist, ein Willensakt der Geldbesitzer, soll also Spielball der Geldmächte bleiben.*

Der ausgesprochene Zweck der Sache soll aber sein – die chronische Überproduktion und Arbeitslosigkeit zu beseitigen, die Wirtschaftskrisen unmöglich zu machen und den Kapitalzins zu unterdrücken.

Entscheidend für die Beurteilung dieser Reform wird das Verhalten der Sparer sein, und da wollen wir hier in erster Linie daran erinnern, was wir über das Sparen gesagt haben. Der Sparer erzeugt mehr Ware, als er selbst kauft, und der Überschuß wird von den Unternehmern mit dem Geld der Sparkassen gekauft und zu neuen Realkapitalien verarbeitet. *Aber die Sparer geben das Geld nicht her ohne Zins, und die Unternehmer können keinen Zins bezahlen, wenn das was sie bauen, nicht wenigstens den gleichen Zins einbringt, den die Sparer fordern. Wird aber eine Zeitlang an der Vermehrung der Häuser, Werkstätten, Schiffe usw. gearbeitet, so fällt naturgemäß der Zins dieser Dinge. Dann können die Unternehmer den von den Sparern geforderten Zins nicht zahlen. Das Geld bleibt in den Sparkassen liegen, und da gerade mit diesem Geld die Warenüberschüsse der Sparer gekauft werden, so fehlt für diese jetzt der Absatz, und die Preise gehen zurück. Die Krise ist da.*

Hier nun wollen die Emissionsreformer eingreifen. Sie sagen: warum ist die Krise ausgebrochen? Weil die Preise fielen, und die Preise fielen, weil es an Geld fehlte, d. h. weil das vorhandene Geld wegen des herabgesetzten Zinsertrages der Realkapitalien nicht angeboten wurde. Gut denn, so lassen wir die Sparer und Sparkassen im Besitz des Geldes. Sie mögen das Geld verscharren. Und wir drucken neues dafür. Der Staat verfertigt Geld und liefert es den Unternehmern, wenn die

Sparer und Kapitalisten es ihnen vorenthalten. Geht der Zins der Realkapitalien herunter, so geht der Staat mit dem Zins auch herunter. Können die Unternehmer nur noch 3–2–1% aus den Häusern, Fabriken, Schiffen schlagen, so geben wir den Unternehmern das Geld zu 3–2–1%, und wenn es sein muß, zu 0%.

Das klingt ja gut; der Vorschlag ist einfach, und man hält ihn für verständig. Aber er klingt nur gut für den Laien. Ein geübtes Ohr vernimmt da schrille Mißtöne.

Wie, ist nicht das Geld gemacht worden, um den Warenaustausch zu vermitteln? Und da gestattet man den Sparern, den Kapitalisten, und Spekulanten, das Geld für andere, dem Warenaustausch fremde Zwecke zu verwenden? Das Geld wurde gemacht, um dem Warenerzeuger den Tausch seiner Produkte gegen die Produkte anderer Warenerzeuger zu erleichtern. Das Geld ist also ein Tauschmittel, mehr nicht. Das Geld vermittelt den Tausch, und der Tausch ist vollendet, wenn zwei Warenerzeuger ihre Produkte gegenseitig ausgetauscht haben. Solange der Warenerzeuger seine Sache nur gegen Geld verkauft hat, ist der Tausch nicht beendet, es bleibt ein Mann auf dem Markte, *der auf ihn wartet*. Der dem Geld zugrunde liegende Gedanke verlangt also, daß dem Verkauf der Ware gegen Geld sofort der Kauf von Ware mit Geld folgt, damit der Tausch vollendet werde. Wer mit dem Kauf zögert, läßt den Tausch unvollendet, er nimmt notwendigerweise einem anderen Warenerzeuger den Absatz, er mißbraucht das Geld. Ohne Kauf kein Verkauf; darum, wenn das Geld seinen Zweck erfüllen soll, soll der Kauf dem Verkauf auf dem Fuße folgen – Schlag auf Schlag.

Wer Ware erzeugt, erzeugt ein Tauschobjekt, und wer nichts eintauschen will, der soll keine Ware erzeugen. Tut er es doch, mit der Absicht, später mit dem Gelderlös seiner Waren andere Waren zu kaufen, so muß er doch wenigstens gehalten werden, vorläufig das Geld anderen zu verleihen, die jetzt Waren brauchen und kein Geld haben, damit diese den Tausch vollenden, den ersterer unterbrochen hatte. Denn durch den Verkauf seines Produktes gegen Geld ist ja der Tausch nur zur Hälfte vollendet. Tut er es nicht, oder verzögert er die Verleihung des Geldes (um etwa einen höheren Zins zu erpressen), *so fügt er berechtigten Interessen seiner Mitbürger einen unmittelbaren Schaden zu und bedient sich für diesen Schaden eines staatlichen Instrumentes, das dem Gemeinwohl dienen soll*.

Nun heißt es, daß der Mann, der seine Produkte gegen Geld verkauft hat, und dieses nicht wieder durch den Kauf von Waren weitergibt, bereit ist, das Geld zu verleihen, wenn ihm ein Zins geboten wird. Kein Zins, kein Geld. Aber diese Bedingung kann man nicht als rechtmäßig gelten lassen. *Bedingungslos soll der Mann sein Geld verleihen, sonst muß er gehalten werden, selber Ware zu kaufen*



oder seine eigenen Produkte zurückzukaufen. Dem Privatmanne steht es nicht zu, den Umlauf des Geldes an Bedingungen zu knüpfen, einerlei, welcher Art sie seien. *Wer Geld hat, hat ein Recht auf unmittelbaren Kauf von Waren, mehr nicht.* Ein Recht auf Zins ist dem Gedanken des Geldes zuwider, denn dieses Recht käme einer Besteuerung gleich, einer privaten Besteuerung des Warenaustausches mit Hilfe einer staatlichen Einrichtung. Das Recht auf Zins käme dem Rechte gleich, den Warenaustausch durch Festhalten des Geldes zu unterbrechen, um die Warenbesitzer, die auf dieses Geld warten, in Verlegenheit zu versetzen und um diese Verlegenheiten für die Zinserpressung auszubeuten. Die Bedingungen, unter denen das Geld verliehen werden kann, sind Privatangelegenheiten der Sparer, mit denen der Staat nichts zu tun hat. Für den Staat ist das Geld reines Tauschmittel. Er sagt dem Sparer: du hast mehr Ware verkauft, als du gekauft hast und besitzt einen Geldüberschuß. Dieser Überschuß muß unter allen Umständen auf den Markt zurückgebracht und gegen Waren umgesetzt werden. Eine Ruhebanks ist das Geld nicht, sondern ein Transitlager. Hast du persönlich keinen unmittelbaren Bedarf an Waren, so kaufe Wechsel, Schuldscheine, Pfandbriefe usw. von solchen Personen, die jetzt Waren brauchen, aber dazu kein Geld haben. Die Bedingungen, zu denen du die Wechsel kaufen kannst, sind deine Privatangelegenheiten; du hast nur der bedingungslosen Pflicht zu gehorchen, das Geld wieder sofort auf den Markt zu bringen. Tust du es nicht, so mußst du durch Strafen dazu gehalten werden, denn durch deine Säumigkeit erleiden die Bürger Schaden.

Der Staat baut Straßen für den Transport der Waren, und er verfertigt Geld für den Tausch der Waren. Und wie der Staat verlangt, daß niemand eine belebte Straße durch zu langsames Fahren mit Ochsenkarren versperre, so muß er auch verlangen, daß niemand den Tausch durch Festhalten des Geldes unterbreche oder verzögere. Wer dennoch solche Rücksichtslosigkeiten begeht, soll ebenso bestraft werden, wie jemand, der vor Gericht geladen wird und den Termin nicht einhält.

Aber über diese doch ziemlich selbstverständlichen Forderungen eines gesunden, zweckentsprechenden Geldwesens gehen die Emissionsreformer mit jugendlichem Leichtsinne hinweg und hoffen wohl, auch so ihr Ziel zu erreichen. Ein eitler Wahn!

Die Sparer also erzeugen mehr Ware, als sie selber gebrauchen, und das für den Überschuß gelöste Geld geben sie ohne Zins nicht wieder frei. Die Krise, die die Sparer durch solches Benehmen unmittelbar verursachen, soll nun dadurch beschworen werden, daß der Staat den Unternehmern Geld zu einem billigeren Satz liefert und zwar neu verfertigtes Geld, das direkt von der Presse kommt.

Der Produktionsüberschuß der Sparer wird also nicht mit dem Geld der Sparer gekauft, sondern mit neuem Geld. Vorläufig hat auch das nicht viel zu besagen. Und mit Hilfe des neuen Geldes geht der Bau von Häusern, Fabriken, Schiffen usw. un-

gestört weiter. Die Unternehmer erhalten zwar von diesen Dingen nun immer weniger Zins, weil jetzt ohne Unterbrechung weitergebaut wird und das Angebot von Mietshäusern usw. unaufhaltsam wächst, aber damit gleichlaufend sinkt auch der Zinsfuß, den sie der Emissionsbank zu zahlen haben. Für sie als Unternehmer ist also die Höhe des Zinsertrages der Häuser soweit gleichgültig. Sie müssen diesen Zins ja doch an ihre Gläubiger abliefern. Es wird ohne Störung unausgesetzt gearbeitet und dementsprechend geht auch das Geldsparen unausgesetzt vor sich. Manche dieser Sparer finden es vorteilhaft, ihr Geld auch noch zu herabgesetztem Zins zu verleihen; aber bei manchen, und besonders bei den kleinen Sparern, wo der Zins sowieso nicht viel ausmacht, genügt schon das Herabgehen des Zinses von 5 auf 4 oder 3%, um sie zu veranlassen, das Geld in altmodischer Weise bei sich zu Hause zu bewahren und ganz auf den Zins zu verzichten. Diese Summen betragen zusammen viele hunderte Millionen Mark, und der Staat ersetzt sie durch Ausgabe neuen Geldes. Und so wird die Krise vermieden, und es wird weitergearbeitet an Häusern, Schiffen, Fabriken, deren Zins ständig, und wie man annimmt, schnell heruntergeht. Aber mit jedem Zurückgehen des Zinses wachsen die Hemmungen, die den Sparer veranlassen, sein Geld nicht zur Sparkasse zu bringen. Bald sind es auch schon die größeren Sparer, die es nicht mehr für der Mühe wert halten, das Geld zur Sparkasse zu bringen, besonders dort wo der Weg zur Sparkasse in Betracht kommt und wo man nicht weiß, ob man das Geld in Kürze nicht wird gebrauchen können. Auch mögen viele das Geld bei sich sicherer halten als in fremden Händen, unter fremder Verwaltung. Alle diese Hemmungen, die bisher durch den hohen Zins überwunden wurden, gewinnen jetzt die Oberhand. Und ein Strom von Geld, von Papiergeld, fließt vom Geldamt über die Märkte, um in Millionen von Sparbüchern zu münden und unermüdlich ersetzt die lithographische Presse des Geldamtes, was hier dem Markt entzogen wird! Ein gewaltiger Strom von Papiergeld, von Nachfrage, täglich fälliger Nachfrage, wird hier auf ein totes Gleis abgelenkt.

Und je mehr der Zins fällt, um so stärker fließt dieser Strom; schließlich, und noch bevor der Markt an Realkapital völlig gesättigt ist, schon wenn der Zins auf 1% gefallen ist, bringt niemand mehr seine Ersparnisse zur Sparkasse, alle behalten das Geld lieber unter eigener Aufsicht. Und dann wandern die gesamten Ersparnisse des Volkes in die Sparbüchse. Viele Milliarden. Gewaltige Summen, die noch jährlich darum stark anwachsen werden, weil das Herabgehen des Zinses die Sparer stark entlasten wird, und weil durch das Ausfallen der Wirtschaftskrisen das Volk die gestern gemachten Ersparnisse wegen Arbeitsmangel heute nicht wieder aufzuzehren braucht. Fällt der Zins auf 1%, so verdoppeln sich die Einnahmen des werktätigen Volkes, und bei verdoppelten Einnahmen verzehnfachen sich die Ersparnisse, da ja das letzte Ende der Ein-

nahmen gespart wird und dieses Ende jetzt um die Hälfte der Einnahmen wächst.

Und all dieses Geld soll der Staat ersetzen, jährlich ersetzen. Ein ganzes Volk, das seine Ersparnisse in Geld, in täglich fälliger Nachfrage anlegt, in Papierfetzen, die nur darum etwas gelten, weil der Austausch der Produkte einen Bruchteil davon benötigt! Das ist an und für sich ein verdächtiger Zustand.

Die Hypotheken allein betragen Milliarden. Wird kein Zins für Hypotheken gezahlt, so werden sie gekündigt, eingezogen, und verscharrt, und der Staat muß diese Milliarden durch Neudruck ersetzen. An Wechseln laufen in Deutschland jahraus jahrein an 30 Milliarden um, die gleichzeitig als Tauschmittel dienen. Fällt der Diskont weg, so diskontiert auch niemand mehr einen Wechsel. Diese werden für Handelszwecke unbrauchbar, und der Staat muß entsprechend mehr Geld ausgeben. Dasselbe ist der Fall mit den Privatschuldscheinen und den Schulden des Staates und der Gemeinden. Fällt der Zins auf 1 oder 0%, so werden alle Guthaben gekündigt, jeder will bares Geld haben. Viele Hunderte von Milliarden wären dazu nötig. Mit 100 Pressen, die jahraus, jahrein 1000 Mark Zettel drucken, könnte der Staat solchen Bedarf kaum decken. Hunderte von Milliarden an verscharrter Nachfrage, täglich fälliger Nachfrage!

Wie nun, wenn aus irgend einem Anlaß diese Nachfrage lebendig würde und auf den Markt ginge? Wo wäre das dazu gehörige Angebot von Waren? Und wenn das Angebot fehlt, dann steigen die Preise, und eine Preissteigerung erzeugt Differenzen, *und die Differenzen locken das Geld auf den Markt!* Steigen die Preise, winken die Differenzen, so platzen alle Sparsbüchsen, und lawinenartig ergießen sich die Milliarden auf den Markt. Rette sich, wer kann! ertönt es, und das einzige Rettungsboot in diesem Schiffbruch sind die Waren. Wer Ware gekauft hat, ist gerettet. Also kaufen sie alle; die Nachfrage steigt in die Milliarden, und da das Angebot natürlich fehlt, so schießen die Preise in die Höhe. Die Preissteigerung nullifiziert die Ersparnisse – und mit dem Papiergeld tapeziert man wieder den Kuhstall – nach alter Weise, wie es mit den Assignaten geschah.

Freilich verneint *Flürsheim* eine solche Möglichkeit. Er sagt: die Sparer bzw. Inhaber der Milliardennachfrage können niemals auf den Gedanken kommen, daß die Preise der Waren steigen werden, weil der Staat jeden sich an den Warenpreisen zeigenden Überschuß an Geld sofort einzieht.

Aber hier stoßen wir auf den zweiten Widerspruch der Emissionsreform. Der erste Widerspruch liegt darin, daß der Staat den Gebrauch resp. Mißbrauch des Geldes als Sparmittel überhaupt duldet, wodurch es möglich und nötig wurde, daß der Staat mehr Geld herstellen mußte, als für den Zweck des Geldes, den Warenaustausch, nötig war.

Der zweite Widerspruch liegt darin, daß der Staat das Geld bei der Ausgabe an die Unternehmer *selber nicht als Tauschmittel benutzte*, es also nicht gegen Waren, sondern gegen Wechsel, Pfandbriefe oder sonstige Sicherheiten hergab. Und das Geld ist doch Tauschmittel, und als solches durfte es nur gegen Waren ausgegeben werden. Hätte der Staat das Geld gegen Waren ausgegeben, also so ausgegeben, wie es dem Zwecke des Geldes entspricht (und wären diese Waren inzwischen nicht in Schutt und Moder zerfallen), so brauchte er den Gletscherbruch der Spargelder gar nicht zu fürchten. Aber jetzt hat er nur Pfandbriefe, Schuldscheine, Wechsel der Unternehmer, die keinen Zins abwerfen, und mit solchen Dingen kann man kein bares Geld einziehen.

Der Staat hatte also selber den Charakter des Geldes verkannt, als er den Unternehmern Geld vorschob, das ihnen die Sparer verweigerten. Er hatte seine Gewalt mißbraucht, und das Geld rächt schwer und brutal jeden Mißbrauch, den der Staat damit treibt.

Da der Staat mit seinen unverzinslichen Pfandbriefen den Geldüberschuß nicht zurückziehen kann, so muß er sich dazu bequemen, den Geldbesitzern einen Zins anzubieten, der die Vorteile ausgleicht, die das bare Geld nun einmal gegenüber Pfandbriefen, Wechseln, Obligationen besitzt. *Der Staat muß ein Agio auf sein eigenes Geld bezahlen.*

Und hier würde der dritte Widerspruch zutage treten, den solche Emissionsreform in sich birgt, und der darin besteht, daß man an das Geld, das man für Sparzwecke bestimmt, ganz andere Forderungen stellt, als an das Geld, das man für Handelszwecke bestimmt. Als Konsument bezahlt der Sparer für ein Quantum Waren 100 Mark, aber als Sparer bezahlt er diesen Preis nicht. *Da sind ihm die 100 Mark lieber. Also sind 100 Mark als Sparmittel mehr als die Ware, die man für 100 Mark kaufen kann.* Man kann mit Waren niemals Spargelder einlösen.

Der Staat hat aber in diesem Falle Tausch- und Spargeld für gleich angesehen; er hat das Geld, das die Sparer vom Markte holten, durch Kauf von Wechseln, Pfandbriefen usw. ersetzt. Jetzt, da er den Tausch der Pfandbriefe gegen die Spargelder bewirken muß, sieht er, daß das nicht geht.

Dieser Sachverhalt wird noch klarer, wenn wir uns zwei verschiedene Geldarten, z. B. Gold und Tee, nebeneinander kursierend denken. Für alle, die das Geld als Tauschmittel gebrauchen, wird es einerlei sein, ob sie mit dem einen oder dem andern bezahlt werden, da sie das Geld ja wieder ausgeben. Für die Sparer wird es aber durchaus nicht einerlei sein, ob sie Gold oder Tee haben, da das Gold sich hält, der Tee aber verdirbt. *Die Sparer würden niemals für 10 Mark Tee für 10 Mark Gold geben; ja, dem Sparer, der mit längeren Zeitläufen rechnet, werden sogar Gold und Ware in keinem Tauschverhältnis gleichgültig sein. Für ihn sind Gold und Ware einfach inkommensurable Größen.*

Dabei muß sich der Staat beeilen; es darf überhaupt nicht zur Hochkonjunktur kommen, denn mit dieser erscheinen sofort

die Spekulanten auf dem Plane und werden einmal die ersten Profite aus den Differenzgeschäften á la hausse eingestrichen, so gibt es keinen Halt mehr, da kommt jeder staatliche Eingriff zu spät. Man vergegenwärtige sich doch die Lage, in der sich hier der Staat befindet: 10 Milliarden sind für den regelrechten Austausch der Produkte nötig; 100 Milliarden sind ausgegeben und sind von den Sparern festgehalten. Kehrt von diesem Überschuß von 90 Milliarden ein geringer Teil auf den Markt zurück, so steigen die Preise, und sowie die Preise steigen, folgt der Rest der 90 Milliarden sofort nach! – Und zwar geschieht das so: die Kaufleute, die die Hausse wittern, suchen sich zu decken, d.h. kaufen über den unmittelbaren Bedarf hinaus. Dazu brauchen sie Geld, das sie sich von den Sparern durch Anbietung von Zins verschaffen. Für diesen Zins wird die erwartete Differenz, die die Hausse erzeugt, Deckung schaffen. Die Hausse kommt nun wirklich zustande, und zwar als unmittelbares Produkt jener Spargelder, und gibt zu neuen Anleihen und Spekulationskäufen Anlaß. Und so weiter, in geometrischer Progression, bis daß alles Geld aus den Sparbüchsen von der Hausse verschlungen ist.

Der leiseste Zweifel an der Macht des Staates, daß er die Preise vor einer Hausse wirksam schützen wird, genügt, um augenblicklich die gesparten Milliarden genau ebenso auf den Markt, vor die Läden der Kaufleute zu führen, wie der gleiche Zweifel an der Zahlungsfähigkeit der Depositenbanken plötzlich alle Depositeninhaber in die Schalter der Bank führt. Im Laufschrift, in Autos und Aeroplanen kämen sie herbeigestürmt. Das ist eben die notwendige Folge einer Reform im Geldwesen, die den Mißbrauch des Tauschmittels als Sparmittel unangetastet läßt.

Solange das Papiergeld nur seinem Zweck entsprechend als Tauschmittel verwendet wird, ist alles in bester Ordnung. Reißt man aber das Papiergeld aus dieser Ordnung heraus, bleibt nur Geldpapier übrig. Ein Fidibus, gut genug, um den Kuhstall zu tapezieren.

Der Widerspruch, der in der körperlichen Vereinigung von Tausch- und Sparmittel liegt, zeigt sich uns noch deutlicher, wenn wir annehmen, daß, ähnlich wie zu Josephs Zeiten, nach einer Reihe von guten Jahren einige schlechte folgen würden. Während der guten Jahre hätte das Volk natürlich viel sparen können, d. h., es hätte Berge von Papiergeld aufgestapelt, und wenn es nun in den darauffolgenden schlechten Jahren auf diese Papiermassen zurückgreifen will, so zeigt es sich, daß dieser aufgestapelten Nachfrage kein Angebot gegenübersteht.

Die Reform, die uns hier beschäftigt, kann also nur so lange wirksam sein, als der Zins, den die Unternehmer selber erheben und darum auch an die Sparkassen und Kapitalisten zahlen können, ausreichend ist, um die Masse der Sparer zu veranlassen, ihr Geld immer wieder in Umlauf zu setzen. Aber behauptet nicht gerade *Flürsheim*, daß der Zins in kürzester Zeit auf Null fallen muß, wenn er erst einmal ins „Rutschen“ kommt und die Wirtschaftskrisen vermieden werden?

Die Emissionsreform würde also nur eine ganz kurze Lebensdauer haben können und dabei den Keim für den größten Schwindel in sich tragen, den die Menschheit bisher erlebt hat, und der zur Folge haben würde, daß das Volk in den Schoß des allein seligmachenden Goldes zurückzukehren verlangen würde, wie es bisher immer der Fall gewesen ist.

Da scheint es mir doch vernünftiger zu sein, gleich gründliche Arbeit zu verrichten und mit der hier besprochenen Emissionsreform gleich eine Reform des Geldes zu verbinden, die das Tauschmittel vom Sparmittel materiell trennt, die alle Privatgeldreserven auflöst, alle Sparbüchsen zerschlägt, alle Kassetten sprengt und die bewirkt, daß zu jeder Zeit, im Krieg wie im Frieden, in guten wie in schlechten Jahren, sich immer und genau so viel Geld im Verkehr befindet, *als wie der Markt ohne Preisschwankungen aufnehmen kann.*

Mit dem Freigeld wird die herkömmliche Vereinigung von Tausch- und Sparmittel in Übereinstimmung mit den Ergebnissen unserer Untersuchung grob und rücksichtslos zerhauen. *Das Geld wird reines Tauschmittel, vom Willen der Inhaber befreite, materielle, chemisch reine Nachfrage.*

### **Der Maßstab für die Qualität des Geldes.**

Bekanntlich bringen die Anhänger der Goldwährung den Aufschwung, den die wirtschaftliche Entwicklung in den letzten Jahrzehnten, absolut sowohl wie relativ, genommen hat, in unmittelbare Beziehung zur Goldwährung. Seht diese Millionen rauchspeienden Schloten! Das sind die modernen Opferaltäre, wo dem Herrn der Dank des Volkes für die Goldwährung gebracht wird!

An sich hat die Behauptung, daß die Währung einen wirtschaftlichen Aufschwung erzeugen oder wenigstens ermöglichen kann, nichts Auffälliges. Denn das Geld vermittelt den Warenaustausch, und ohne Warenaustausch gibt es keine Arbeit, keinen Profit, keinen Verkehr, keine Hochzeit. Sowie der Warenaustausch stockt, werden alle Fabriken geschlossen.

Obige Behauptung enthält also durchaus nichts, was von vornherein verblüffen könnte. Im Gegenteil, frage man die Fabrikanten, die Reeder usw., ob sie mit dem vorhandenen Maschinen- und Menschenmaterial nicht noch mehr Waren erzeugen könnten? Sie werden übereinstimmend sagen, daß eine Grenze nur durch den Absatz ihrer Produkte gezogen wird. *Und den Absatz vermittelt das Geld, oder es vermittelt ihn nicht, – je nachdem.*

Daß in den Verdienstansprüchen der Goldwährung, stillschweigend die Behauptung mit eingeschlossen liegt, daß ihre Vorgängerin (die Doppelwährung) den wirtschaftlichen Auf-

schwung gehemmt habe, ist an sich auch durchaus nicht verblüffend. Wenn das Geld den Fortschritt fördern kann, so muß es ihn auch hemmen können. Dem Gelde werden ganz andere Wirkungen zugeschrieben als die Herbeiführung einiger Jahrzehnte der Blüte oder des Zerfalls [*Silvio Gesell: Gold und Frieden?* Physiokratischer Verlag, Berlin Lichtenfelde. 1916.].

In Deutschland klagten die Grundbesitzer seit Einführung der Goldwährung über den Rückgang der Preise, über die Schwierigkeiten, auf die sie stoßen, den Zins der Hypotheken aufzubringen. Man ist ihnen ja mit den Zöllen zu Hilfe gekommen, aber wie viele Bauernhöfe wären ohne diese Hilfe unter den Hammer gekommen? Und wer hätte diese Höfe gekauft? Es hätten sich Latifundien gebildet, genau wie im alten Rom. Und die Latifundienwirtschaft soll doch den Untergang Roms verursacht haben!

Also, die Behauptung der Goldwährungsleute enthält nichts Auffälliges; nur handelt es sich [nicht] um den Beweis. Denn der behauptete wirtschaftliche Aufschwung könnte vielleicht auch andere Ursachen haben. Die Schule, die vielfachen technischen Erfindungen, die die Arbeit befruchteten, das deutsche Weib, das für einen zahlreichen, gesunden Arbeiterstamm sorgte, usw. Kurz, es fehlt nicht an Nebenbuhlern, die der Goldwährung die Lorbeeren streitig machen.

Also Beweise! Wir brauchen einen Maßstab für die Güte des Geldes! Es handelt sich hier darum, festzustellen ob die Goldwährung den *Austausch der Waren* derart erleichtert hat, daß der behauptete wirtschaftliche Aufschwung als eine Folge dieser Erleichterung eine genügende Erklärung findet.

Hat nun die Goldwährung den Warenaustausch erleichtert, so muß sich das in einer *Sicherung* oder *Beschleunigung* oder *Verbilligung* des Warenaustausches zeigen, und diese Sicherung, Beschleunigung und Verbilligung des Warenaustausches müßte sich in einer relativen *Abnahme* der Zahl der Kaufleute zeigen. Das ist klar und braucht weiter nicht bewiesen zu werden. Verbessern wir die Straßen, die zum Transport der Waren dienen, so nimmt die Leistungsfähigkeit der Fuhrleute zu, und bei gleicher Gesamtleistung muß die Zahl der Fuhrleute abnehmen. Seit Einführung der Dampfschiffe hat sich der Seeverkehr ver Hundertfacht, doch hat die Zahl der Seeleute abgenommen. Kellner, Köche, Lakaien nehmen heute die Stelle der Matrosen ein.

So müßte es also im Handel sein, wenn die Goldwährung der Muschelwährung gegenüber ähnliche Vorteile bietet, wie die Dampfkraft gegenüber dem Winde, oder wie das Dynamit gegenüber dem Keil. Tatsächlich erleben wir aber mit der Goldwährung eine genau entgegengesetzte Entwicklung:

„In einer Zeit, in der die Vermittlungstätigkeit (also der Handel) in der Gesellschaft von 3 und 5 auf 11–13% ja teilweise auf 31% der Selbsttätigen gestiegen ist, in der diese Vermittlung (also die Handelsspesen) einen steigenden Teil der Preise ausmacht usw. usw.“, sagt Prof. Schmoller (s. Die Woche, S. 167, Artikel „Der Handel im 19. Jahrhundert“).

Und so ist es tatsächlich. Der Handel wird nicht leichter, sondern mit jedem Tage schwerer. Um die Waren abzusetzen, braucht man mit dem goldenen Tauschvermittler nicht weniger, sondern mehr Leute als früher, und zwar Leute mit besserer Ausbildung und besserer Ausrüstung. Es geht dies aus der deutschen Berufsstatistik hervor.

Im Handelsgewerbe waren beschäftigt:

	<u>1882</u>	<u>1895</u>	<u>1907</u>
Personen	838.392	1.332.993	2.063.634
Auf 100 Gewerbetreibende	11,40	13,50	14,50
Zahl der Gewerbetreibenden	7.340.789	10.269.269	14.348.016
Zahl der Einwohner	45.719.000	52.001.000	62.013.000
Gewerbetreib. auf 100 Einw.	16	20	23
davon im Handelsgewerbe	1,83	2,56	3,32

Während also die Zahl der Gewerbetreibenden (Industrie, Handel, Landwirtschaft) von 16% der Einwohner auf 23, somit um 43% stieg, erfuhr die Zahl der im Handel tätigen Personen ein Wachstum von 1,83 auf 3,32 um 80%.

Diese Zahlen liefern also den Beweis, daß unter der Herrschaft der Goldwährung als Tauschvermittler die Tauschvermittlung derart erschwert wurde, daß die Bedienungsmannschaft des Tauschvermittlers von 11,40 auf 14,50 erhöht werden mußte; sie liefern den zahlenmäßigen Beweis, daß die Goldwährung den Handel *erschwert* hat.

Man wird vielleicht hier einwenden, daß in den letzten Jahrzehnten viele Produzenten von der Urwirtschaft zur Arbeitsteilung übergegangen sind, zumal auf dem Lande, wo immer weniger für den eigenen Verbrauch, immer mehr für den Markt gezogen wird, was natürlich wieder mehr Kaufleute nötig macht. So werden z. B. heute nur mehr ganz selten Spinnräder gebraucht; und die kleinen Dorfhandwerker, die man direkt mit Feldfrüchten bezahlte (Tauschhandel), müssen Fabrikniederlagen weichen.

Auch erzeugt der Arbeiter heute mit Hilfe der verbesserten Produktionsmittel mehr Ware als früher (qualitativ oder quantitativ). so daß auch dadurch eine bedeutend größere Menge Waren auf den Markt geworfen wird, die wiederum mehr Handelspersonal benötigt. Ist ein Kaufmann nötig, um den Kattun von 10 Webern zu verschleißen, so werden 2 Händler nötig – wenn sonst alle Verhältnisse gleich bleiben – sobald die 10 Weber mit verbesserten Webstühlen das doppelte Quantum Kattun auf den Markt werfen.



Der Einwand ist richtig. Aber dann bitte ich dagegen auch wieder zu berücksichtigen, daß die mit dem Handel verbundene materielle Arbeit durch mancherlei neue Einrichtungen außerordentlich erleichtert wurde. So durch das Dezimalsystem der Markwährung (das von der Goldwährung ja unabhängig ist, wie das englische Münzsystem zeigt), durch das einheitliche metrische System für Maße und Gewichte, durch das in den verbesserten Schulen herangezogene Handelspersonal, durch das einheitliche, verbesserte Handelsrecht, durch das Konsulatswesen, durch die außerordentlichen Vorteile, die die Post dem Handel bietet (10 Pf. Porto für Briefe durch das ganze Deutsche Reich, Postaufträge, Postnachnahmen, Postkarten, Postpakete, Postanweisungen), ferner durch Telegraph und Telephon. Dann die Schreib- und Rechenmaschinen, die Stenographie, die Vervielfältigungsapparate, die Kopierpresse, die Fahrräder für das Laufpersonal, das verfeinerte Reklamewesen, das Bankwesen mit dem Scheck- und Girokonto, Konsumvereinswesen, kurz die unzähligen Verbesserungen, die seit 30 Jahren in die Technik des Handels eingeführt wurden. Und schließlich die größere allgemeine Bildung des Kaufmanns, die ihm doch auch bei der Arbeit zugute kommen und seine Verschleißkraft vermehrt haben muß. Andernfalls müßte man ja diese Bildung für überflüssig und den Kaufmann für unklug erklären, der einen gebildeten Kommis besser bezahlt als den ungebildeten. Denn warum zahlt er ihn besser? Weil er mehr leistet, d. h. mehr Ware absetzt, als der ungebildete.

Erachten wir nun die oben erwähnte Mehrproduktion an Waren durch die größere Leistungsfähigkeit des kaufmännischen Apparates als ausgeglichen, so behält die Steigerung der vom Handel lebenden Personenzahl von 11,40 auf 14,50% der Gewerbetreibenden ihre ganze Kraft als Beweis gegen die behauptete Vorzüglichkeit der Goldwährung.

Dabei geben obige Zahlen nur die Personen an, die unmittelbar vom Handel leben, während uns eigentlich der Bruttoprofit interessiert. Und dieser ist, dem Augenschein nach zu urteilen, wohl auch allgemein gestiegen. Auch muß berücksichtigt werden, daß von der Zahl nicht auf die Gesamteinnahmen der Kaufleute geschlossen werden kann, indem die Kaufleute in der Regel und durchschnittlich ein höheres Einkommen haben.

*Um zu wissen, welche Wirkung eine Währungsreform auf den Handel ausübt, müßte der Bruttohandelsprofit, d. h. der Abstand zwischen Fabrik und Ladenpreis der einzelnen Waren statistisch ermittelt werden. Ladenpreis abzüglich Fabrikpreis = Bruttoprofit. Dann wäre es möglich, zu berechnen, wie viel der Handel dem Lande kostet und wie sich das Geldsystem bewährt. Es würde sich da zeigen, daß der Handel heute wirklich, wie vielfach behauptet wird, ein Drittel und mehr der Gesamtproduktion aufzehrt! Daß*

*von je 1000 Arbeitern 333 abgesondert werden, um die Produkte der 667 unter die 1000 zu verteilen!*

## **Warum die Quantitätstheorie dem Gelde gegenüber versagt.**

[Neue Literatur über die Quantitätstheorie: *Irving Fisher*, Die Kaufkraft des Geldes. *Th. Christen*, Die Quantitätstheorie. — Die absolute Währung.]

Angebot und Nachfrage bestimmen den Preis der Waren, und das Angebot richtet sich nach dem Vorrat. Wächst der Vorrat, so wächst auch das Angebot; nimmt der Vorrat ab, so geht auch das Angebot zurück. Vorrat und Angebot fallen somit in eins zusammen, und statt: „Angebot und Nachfrage“ könnte es ebenso richtig heißen: „Vorrat und Nachfrage“ bestimmen den Preis. Die Voraussetzungen der Quantitätstheorie werden durch diese Fassung sogar besser hervorgehoben.

Die Quantitätstheorie, die für alle Waren ohne wesentliche Einschränkung als richtig anerkannt wird, hat man auch auf das Geld übertragen und gesagt, daß der Preis des Geldes vom Geldvorrat bestimmt wird; doch hat die Erfahrung gezeigt, daß das Geldangebot vom Geldvorrat nicht so beherrscht wird, wie nach der Quantitätstheorie vorauszusetzen ist. Während der Geldvorrat oft unverändert bleibt, ist das Geldangebot den größten Schwankungen unterworfen. Der Kriegsschatz in Spandau ist in über 40 Jahren nicht einmal angeboten worden; während sonst das Geld jährlich 10 oder 50mal den Besitzer wechselt. Die Reservoirs des Geldes (Banken, Geldschränke, Strümpfe und Koffer) sind zuweilen überfüllt, manchmal leer, und dementsprechend ist auch das Geldangebot heute groß, morgen klein. Oft genügt ein Gerücht, um alles Geld vom Markte und Angebot zurück in die Reservoirs zu bringen; oft bewirkt ein Telegramm, das noch obendrein gefälscht sein mag, daß dieselbe Hand, die noch eben den Beutel fest zuschnürte, die Märkte des Landes mit Geld überschüttet.

Für das Geldangebot sind die Marktverhältnisse jedenfalls viel entscheidender, als der Geldvorrat, und wenn wir eben von den Waren sagten, daß Vorrat und Nachfrage den Preis bestimmen, so könnte man vom Gelde ebenso richtig sagen, daß Stimmung und Nachfrage seinen Preis bestimmen. Gewiß, der Geldvorrat ist für das Geldangebot nicht gleichgültig, denn dieser Vorrat zieht dem Angebot nach oben eine Grenze. Es kann schließlich nicht mehr Geld angeboten werden, als der Vorrat gestattet. Aber, während für die Waren im allgemeinen die obere Grenze des Angebots (d. i. der Vorrat) auch gleichzeitig die untere bildet, so daß Angebot und Vorrat regelmäßig in eins zusammenfallen, ist beim Gelde eine untere Grenze über-

haupt nicht zu erkennen, es sei denn, daß man Null als diese untere Grenze ansehen will.

Ist Vertrauen da, so ist auch Geld da, hat hingegen Mißtrauen die Oberhand, so bleibt das Geld verborgen. Das ist eine uralte Erfahrung.

Wenn aber – wie diese uralte Erfahrung beweist – *das Geldangebot nicht regelmäßig und ausnahmslos dem Geldvorrat entspricht, so ist auch der Preis des Geldes vom Geldvorrat unabhängig, und die Übertragung der Quantitätstheorie auf das Geld ist nicht statthaft.*

Versagt aber die Quantitätstheorie dem Gelde gegenüber, so ist auch die Produktionskostentheorie nicht auf das Geld anwendbar, denn die Produktionskosten können preisbestimmend nur mittelbar durch ihren Einfluß auf die Quantität, d. i. den Vorrat wirken, und dieser Vorrat ist, wie wir sahen, nicht regelmäßig und allein entscheidend für das Geldangebot [Dr. Georg Wiebe. „Zur Geschichte der Preisrevolution des 16. und 17. Jahrhunderts. S. 318: Die bloße Vermehrung des Geldvorrats kann an sich nicht preissteigernd wirken; das neu hinzugetretene Geld muß auch auf dem Markt kaufend Nachfrage erzeugen. Dies ist die erste Einschränkung, die gegenüber jener Theorie gemacht werden muß.

*Hume: Geld, das nicht angeboten wird, hat auf die Preise den gleichen Einfluß, wie wenn es vernichtet worden wäre.]*

Bei den Waren im allgemeinen verhält es sich so, daß, wenn die Produktionskosten abnehmen, die Produktion zunimmt. Mit der wachsenden Produktion wachsen der Vorrat und das Angebot, und mit dem wachsenden Angebot fällt der Preis. Aber bei den Edelmetallen ist es durchaus nicht gesagt, daß mit dem wachsenden Vorrat auch gleich das Angebot wächst, und noch weniger, daß das Angebot stets dem Vorrat entspricht. Beweis: die Silberbestände in Washington, der Kriegsschatz in Spandau, die Münzfunde, die täglich gemacht werden.

Beide Theorien, die Quantitäts- und Produktionskostentheorie, versagen also dem Gelde gegenüber, und der Grund, warum sie versagen müssen, hat man in den Edelmetalleigenschaften des Geldmaterials zu suchen. Der Kriegsschatz in Spandau wäre längst zu Schutt und Staub vermodert, ohne diese Eigenschaften des Goldes, und auch die Silberpolitik der Vereinigten Staaten wäre ohne diese Eigenschaften des Silbers nicht denkbar gewesen. *Wenn das Gold gleich den Waren dem Zerfall ausgesetzt wäre, so würde das Geldangebot stets haarscharf dem Geldvorrat entsprechen. Vertrauen und Mißtrauen vermöchten das Geldangebot nicht zu beeinflussen.* In Kriegs- und Friedenszeiten, bei guten und schlechten Konjunkturen, stets würde das Geld angeboten werden, niemals würde sich das Geld vom Markte zurückziehen können. Das Geld würde sogar angeboten werden, wenn mit dem Umsatz ein sicherer Verlust ver-

bunden wäre, genau wie bei den Kartoffeln das Angebot nicht davon abhängig ist, ob der Eigentümer einen Gewinn einheimst oder nicht. Kurz, Vorrat und Nachfrage würden, wie den Preis der Waren, so auch den des Geldes bestimmen.

Der Preis einer Ware, die, wie der Kriegsschatz in Spandau und die Silberbestände in Washington, jahrzehntelang in feuchten, unterirdischen Verliesen aufbewahrt werden kann, ohne den geringsten Schaden zu nehmen, deren Angebot nicht einem inneren Triebe folgt, sondern allein vom menschlichen Ermessen abhängig ist, ist aller Fesseln ledig. Der Preis einer solchen Ware anerkennt kein ökonomisches Gesetz; für sie besteht keine Quantitäts- und Produktionskostentheorie, für ihr Angebot ist der *Profit* allein maßgebend.

Ein solches Geld ist, wie schon Lasalle richtig bemerkt, von Haus aus Kapital, d. h., es wird nur so lange und so oft angeboten, wie ein Zins (Mehrwert) herausgeschlagen werden kann. Kein Zins, kein Geld! (Natürlich spreche ich hier nicht vom Gelde des gemeinen Konsumenten, sondern vom regelrechten kaufmännischen Geldangebot.)

Nun könnte wohl mancher geneigt sein, anzunehmen, daß, da der Wunsch, Zinsen einzuheimsen, eine lebendige und regelmäßig drängende Kraft ist, auch der aus ihr entspringende Impuls dem Geldangebot eine ebenso große Gleichmäßigkeit verleihen muß, wie diejenige ist, die das Warenangebot kennzeichnet. Das gesetzmäßige, das natürliche Element, von dem die Regelmäßigkeit des Geldangebots erwartet wird, wäre darin zwar nicht die Quantität resp. die Höhe der Produktionskosten, sondern der Zins, was bei der großen Verwandtschaft der hier treibenden Kräfte auf eins hinausläuft. Kurz, man wird sagen, daß das Interesse an einem regelmäßig wiederholten Zins auch ein regelmäßiges Geldangebot zur Folge haben muß.

Diese Annahme hat ebensoviel Beruhigendes wie Bestechendes an sich, und tatsächlich scheint man auch bei ihr Halt gemacht zu haben, wenigstens gehen die Untersuchungen über die Elemente des Geldpreises nie über diese Annahme hinaus. Hierzu mag wohl auch so eine Art „horror vacui“ beigetragen haben. Man sieht, daß, wenn auch diese Annahme sich als falsch erwiese, die Goldwährung in sich selbst zusammenbrechen würde. Und auf diese Möglichkeit scheint man durchaus unvorbereitet zu sein. Man schrickt vor der Leere, die das Bersten dieser letzten Säule der Goldwährung schaffen würde, zurück und schließt vor diesem Ausblick lieber die Augen.

Aber alle diese Bedenken vermögen doch nicht auf die Dauer die Tatsache zu verhüllen, daß obige Annahme falsch ist.

Das Geld wird angeboten, so oft und so lange ein Zins erwartet werden kann. Kein Zins, kein Geld. Wenn nun alle Bedingungen für einen Zins regelmäßig erfüllt wären, so wäre das Angebot auch regelmäßig. – Aber hier gerade hapert es.

Der Zins kann nur so lange erhoben werden, als das Tauschverhältnis zwischen Geld und Ware festbleibt, oder sich „en hausse“ nach oben bewegt. In diesen Fällen kann die Ware, die kaufmännisch erworben wird, mit Zins weitergegeben werden, d. h. der Verkaufspreis wird regelmäßig über dem Einstandspreis stehen. Aber, wenn ein allgemeiner Preisrückgang prophezeit wird, wenn der Kaufmann annimmt, daß in der Zeit, die zwischen Kauf und Verkauf liegt, die Preise unter den heutigen Stand sinken werden, dann ist es dem Kaufmann unmöglich gemacht, den Zins herauszuschlagen, und er verschiebt das Angebot von Geld auf spätere Zeiten.

*Bei jeder erwarteten Baisse (gleichgültig, ob die Erwartung begründet ist oder nicht) wird also das Geldangebot ins Stocken geraten.*

Dieser Satz, von fundamentaler Bedeutung für jedes Währungssystem, mit alleiniger Ausnahme des Reformgeldsystems, ist, so viel ich weiß, zuerst von den Bimetallisten aufgestellt worden. Namentlich hat Emile de Laveleye die Wichtigkeit dieses Satzes nachdrücklich betont. Leider hat er die letzten Folgerungen nicht gezogen. Die Anhänger der Goldwährung haben diese Wahrheit aus Verlegenheit oder verbrecherischen Absichten immer totgeschwiegen.

Darum ist auch die Annahme, wonach im Zins ein automatischer Regulator des Geldangebots zu erblicken ist, falsch. Die Hinfälligkeit dieser Annahme wird aber noch viel deutlicher erkannt werden, wenn man die nächsten Folgen der durch die voraussichtliche (aber noch nicht eingetretene) Baisse verursachten Stockung im Geldangebot einige Schritte weit verfolgt.

Weil man eine Baisse erwartet, d. h., weil man befürchtet, daß das allgemeine Geldangebot nicht Schritt halten wird mit dem Warenangebot, wird das Angebot von Geld verschoben und weil man das Angebot des Geldes verschoben hat tritt das, was man befürchtete, ein. Das heißt mit anderen Worten, daß die Furcht vor einer Baisse an und für sich genügt, um eine Baisse zu erzeugen, denn, sowie das Geldangebot verschoben wird, muß bei dem immer dringenden Warenangebot die Baisse eintreten.

Bei einer voraussichtlichen Hausse tritt natürlich das Umgekehrte ein. Die Hausse sichert nicht allein den Zins, sondern sie vergrößert ihn um den Betrag der Hausse. Der Verkaufspreis setzt sich dann zusammen aus: Einstandspreis + Zins + Hausse. Deshalb wird, sobald eine allgemeine Hausse gewittert wird, der Geldvorrat bis auf den letzten Heller in Ware umgesetzt. Das Geld fließt den Märkten in Strömen zu, und weil das Geld so reichlich angeboten wird (aber auch nur deshalb), tritt das, was man erwartete, wirklich ein.

*Die Hausse zieht also das Geld an; sie macht das Geld mobil, sie leert die Geldkassen. Die Baisse dagegen stößt das Geld ab, sie führt zur Schatzbildung, sie fegt das Geld vom Markte weg. Mit anderen Worten: wenn das Geldangebot*

*schon übergroß ist, dann strömt es von allen Seiten herbei; wenn es aber an Geld fehlt, so zieht sich das Angebot zurück.*

*Das ist das Gesetzmäßige bei einem Gelde, dessen Angebot vom Zins beherrscht wird.*

Nun ist oft gesagt worden, wenn auch nicht im Zusammenhang mit obiger Erkenntnis, daß die Emissionsbanken beauftragt und befähigt sind, den Geldumlauf dadurch zu regeln, daß sie mittels ungedeckter Banknoten die „natürlichen“ Schwankungen im Geldangebot ausgleichen.

Es ist deshalb vorauszusehen, daß man sich jetzt dieser Umstände erinnern wird, sobald es sich herausstellt, daß der Zins den Geldumlauf nicht automatisch zu regulieren vermag. Man wird sich an die Emissionspolitik des Zentralnoteninstituts klammern, als an die rettende Planke im Schiffbruch der Goldwährung.

Welche Ironie! Die stolze Goldwährung, die vor dem Zusammenbruch nur durch die Stütze „ungedekter“ Banknoten bewahrt werden kann! Die Banknoten lauten auf Gold, kursieren angeblich nur, weil sie auf Gold lauten, und dabei sind sie es, die die Goldwährung aufrecht erhalten! Sieht das nicht aus wie ein Wrack, das auf der Ladung schwimmt?

Aber, ganz abgesehen von diesem inneren Widerspruch, die Behauptung selbst, daß die Zentralnotenbanken das Geldangebot regeln oder regeln können, ist falsch.

Eine Regelung des Geldangebots, d. h. eine Anpassung an die Nachfrage, wird heute nirgendwo betrieben, und sie kann auch schon aus dem einfachen Grunde heute nicht betrieben werden, weil bis heute kein Staat über ein offizielles Maß für den Geldpreis (Tauschverhältnis zwischen Waren und Geld) verfügt.

Solange der Handel den verlangten Diskont bezahlt, wird überall lustig weiter diskontiert bzw. emittiert ganz einerlei, ob die Warenpreise steigen oder fallen.

Nach den Warenpreisen fragt überhaupt keine Zentralnotenbank; – Zins und Sicherheit – das sind ihre einzigen Sorgen. Zudem würden auch die Emissionsbanken mit ihren heutigen Befugnissen niemals imstande sein, den Geldumlauf dem jeweiligen Bedarf anzupassen. Die einzige Waffe der Emissionsbanken – die Diskontopolitik – reicht für diesen Zweck nicht aus, ja, sie wirkt in der Regel sogar dem Zwecke entgegen.

Mit der Herabsetzung des Diskontos kann ebensowenig eine Baisse, wie mit der Diskonterhöhung eine Hausse verhütet werden. Bei einer erwarteten Baisse würde selbst eine Herabsetzung des Diskontos auf Null die Bankvorräte nicht mobilisieren, ebensowenig wie bei einer Hausse ein Diskontosatz von 10 und mehr Prozent ein Hindernis wäre für den Umsatz des Geldes. Eine regelrechte Hausse wirft genug ab, um den Dis-

kont zu decken, so hoch er auch sein mag, besonders auch deshalb, weil ja mit dem Ertrag der diskontierten Papiere dem Markte eine immer größere Geldmasse, der Hausse immer neue Nahrung zugeführt wird. Je mehr diskontiert wird, desto größeren Umfang nimmt die Hausse an, desto größer wird die Differenz zwischen Einstand und Verkauf, desto nebensächlicher wird die Höhe des Diskontsatzes. In der Theorie wäre sogar ein Diskontsatz von 100% kein Hindernis für den Handel.

Mit der Diskontopolitik läßt sich also keine vernünftige Emissionspolitik betreiben, und tatsächlich haben ja auch bisher selbst die tollsten Sprünge des Diskontsatzes weder vermocht, Hausse- und Baisseperioden zu vermeiden, noch ihre Folgen abzuschwächen.

Auf die Warenpreise kann man nicht mittels des Zinsfußes einwirken. Auf eine Hausse kann man nur durch direkte Verweigerung des Diskontos einwirken, und auf die Baisse durch vermehrtes Angebot von Geld. Dabei müßte dieses Geld unmittelbar gegen Waren angeboten werden. Wollte man sich damit begnügen, Geld herzustellen und gegen Zins (oder selbst zinsfrei) anzubieten, so würde man nichts erreichen. Geld ist ja genug da, aber niemand getraut sich, es anzubieten, aus Furcht vor der Baisse.

Kurz, das Geldangebot wird nicht vom Geldvorrat *beherrscht*; ob wir dabei die lithographische Presse der Emissionsbanken zum Geldvorrat rechnen oder nicht, ändert daran nichts. Geld, dessen Angebot den Zins zur Voraussetzung hat, dessen Angebot von den Ansichten, Hoffnungen, Befürchtungen der Kapitalisten abhängig ist, ist psychologischen Gesetzen unterworfen, und wenn wir den Präsidenten der Reichsbank durch einen Irrenarzt ersetzen – die sogenannte deutsche Reichswährung könnte durch diesen Wechsel nur gewinnen [*E. Nasse*: Für sich allein dürfte es den Kreditanstalten nicht möglich sein, auch durch das bereitwilligste Kapital zu dem niedrigsten Diskonto eine steigende Bewegung der Preise hervorzurufen. Es muß erst eine andere Anregung hinzukommen, damit von der angebotenen Kaufbefähigung auch wirklich Gebrauch gemacht wird. (Zeitschr. für die ges. Staatswissenschaften XXI, Bd. 1865, S. 146. – Vgl. Wicksell: Geldzins und Güterpreise S. 80.)]





# Die neue Lehre vom Zins.

## Die neue Lehre vom Zins (Mehrwert).

Als Prüfstein für die Richtigkeit der hier entwickelten Zinstheorie, wie auch, um dem gerade in dieser Frage so sehr in uralten Vorurteilen befangenen Leser das Verständnis zu erleichtern, schicke ich folgende kurze Robinsonade voran.

Robinson hatte bekanntlich aus Gesundheitsrücksichten sein Haus auf der Südseite des Berges errichtet, während seine Äcker sich auf der nebligen aber fruchtbaren Nordseite befanden. Er war nun gezwungen, seine Produkte über den Bergrücken nach Hause zu schleppen. Um sich diese Arbeit zu erleichtern, beschloß er, einen Kanal um den Berg herum anzulegen. Drei Jahre sollte diese Arbeit in Anspruch nehmen, und zwar mußte die Arbeit, um eine Versandung zu verhüten, unausgesetzt betrieben werden. Er mußte sich also 3 Jahre im voraus mit Proviant versehen. Er schlachtete mehrere Schweine und bedeckte das Fleisch dick mit Salz. Er füllte ein tiefes Loch in der Erde mit Getreide und deckte es sorgfältig zu. Er gerbte ein Dutzend Hirschfelle und verarbeitete sie zu Kleidern, die er in einer Kiste verschloß, nachdem er vorsichtshalber als Mottenscheuche noch die Parfümdrüse eines Stinktieres hineingelegt hatte.

Kurz, er sorgte reichlich und, nach seiner Ansicht, auch gut für die nächsten drei Jahre.

Wie er nun dabei war, noch eine letzte Berechnung darüber anzustellen, ob „sein Kapital“ für das geplante Unternehmen auch ausreichen würde, sah er mit Erstaunen einen Menschen auf sich zuschreiten, der offenbar ein Schiffbrüchiger war.

Hallo, Robinson, rief der Fremdling schon von weitem, mein Kahn ist hier zerschellt, aber es gefällt mir gut hier, und ich will mich ansiedeln. Kannst du mir mit einigen Vorräten aushelfen, bis ich einen Acker urbar gemacht und die erste Ernte eingeheimst habe?

Hui! wie schnell flogen bei diesen Worten die Gedanken R.s von seinen Vorräten auf den Zins und auf die Herrlichkeit des Rentnerlebens! Er beeilte sich also, die Frage zu bejahen.

Vortrefflich! antwortete der Fremdling, aber ich will dir sagen, Zins zahle ich nicht; sonst ernähre ich mich lieber von Jagd und Fischfang. Meine Religion verbietet mir sowohl, Zins zu nehmen, wie auch Zins zu zahlen.

- R.: Da hast du eine prächtige Religion. Aus welchem Grunde aber glaubst du denn, daß ich dir ein Darlehen aus meinen Vorräten machen werde, wenn du mir keinen Zins gibst?
- Fr.: Aus Eigennutz, lieber Robinson, aus purem Eigennutz. Auf Grund deines wohlverstandenen Interesses, weil du dabei gewinnst und sogar ziemlich viel.
- R.: Das, Fremdling, mußt du mir erst vorrechnen. Ich gestehe, daß ich nicht einsehe, welchen Vorteil ich haben kann, dir meine Vorräte zinsfrei zu leihen.
- Fr.: Nun, ich will dir alles vorrechnen, und wenn du es mir nachrechnen kannst, so wirst du mir das Darlehen zinsfrei geben und dich noch bei mir bedanken. Ich brauche zunächst Kleider, denn du siehst, ich bin nackt. Hast du einen Vorrat an Kleidern?
- R.: Die Kiste da ist bis oben voll.
- Fr.: Aber erlaube mal, Robinson, wirklich, ich hätte dich für gescheiter gehalten! Wer wird denn Kleider für drei Jahre in Kisten vernageln, Buckskin, den Lieblingsfraß der Motten! Außerdem müssen diese Kleider immer gelüftet und mit Fett eingerieben werden, sonst werden sie hart und brüchig.
- R.: Du hast recht, aber wie sollte ich es anders machen? Im Kleiderschrank sind sie nicht besser geborgen, im Gegenteil, hier sind die Ratten und Mäuse noch zu den Motten zu rechnen.
- Fr.: O! die Ratten wären auch so in die Kiste gedrungen, sieh, da haben sie schon genagt.
- R.: Hol' doch der Teufel diese Tiere. Ich weiß mich nicht davor zu retten!
- Fr.: Was? Du weißt dich nicht vor den Mäusen zu schützen, und du sagst, du hättest rechnen gelernt? Ich will dir sagen, wie man sich bei uns der Mäuse erwehrt, und der Ratten, und der Motten, und wie man sich gegen das Brüchigwerden, und gegen Diebe und gegen den Schimmel und den Staub schützt. *Leihe mir diese Kleider auf ein, zwei, drei Jahre*, und ich verpflichte mich, dir neue Kleider zu machen, sobald du welche brauchst. Du bekommst so ebenso viele Kleider zurück, wie du mir geliefert hast, und zwar werden diese Kleider, weil neu, bedeutend besser sein, als wenn du sie aus dieser Kiste ziehst. Abgesehen davon, daß sie nicht mit Stinktieroil parfümiert sind. Willst du das tun?
- R.: Ja, Fremdling, ich will dir die Kiste mit den Kleidern überlassen, denn ich sehe ein, *daß es für mich vorteilhaft ist, dir auch ohne Zins die Kleider zu überlassen*. [So lächerlich dumm und selbstverständlich die Sache ist, so ist es doch Tatsache, daß bis heute noch keiner von allen Zinstheoretikern diesen Vorteil erkannt hat. Sogar Proudhon sah ihn nicht.]

- Fr.: Nun zeige mir mal deinen Weizen. Ich brauche sowohl für Saat wie für Brot.
- R.: Dort an dem Hügel habe ich ihn vergraben.
- Fr.: Du liebe Unschuld! Du hast den Weizen für drei Jahre in einem Erdloch vergraben? Und der Schimmel, die Käfer?
- R.: Das weiß ich, aber was sollte ich machen? Ich habe die Sache nach allen Seiten überlegt und nichts besseres für die Aufbewahrung gefunden.
- Fr.: Da, nun bücke dich mal. Siehst du die Käferchen an der Oberfläche her umspringen? Siehst du das Gemüll? Und hier diese Schimmelbildung? Es ist die höchste Zeit, daß der Weizen herausgehoben und gelüftet werde.
- R.: Es ist zum Verzweifeln mit diesen Vorräten. Wenn ich doch nur wüßte, wie ich mich verteidigen soll gegen diese tausendfältigen Zerstörungselemente der Natur!
- Fr.: Ich will dir sagen, Robinson, wie wir das bei uns zu Hause machen. Wir bauen einen luftigen, trockenen Schuppen und schütten auf den gut gedielten Boden den Weizen aus. Und regelmäßig alle drei Wochen wird der Weizen sorgfältig gelüftet, indem wir mit Schaufeln die ganze Masse umwerfen. Dann halten wir eine Anzahl Katzen, stellen Fallen auf, um die Mäuse zu fangen, versichern das Ganze gegen Feuer und erreichen so, daß der jährliche Verlust nicht mehr als 10% beträgt.
- R.: Aber bedenke doch, diese Arbeit, diese Kosten!
- Fr.: Ha, du Superkluger! Du scheust die Arbeit und willst keine Kosten? Ich will dir sagen, wie du es dann anfangen mußt. Leihe mir deinen Vorrat, und ich werde dir das Gelieferte aus meinen Ernten in frischer Qualität zurückzahlen, und zwar Pfund für Pfund, Sack für Sack. So sparst du die Arbeit, einen Schuppen zu bauen, brauchst das Getreide nicht umzu schaufeln und keine Katzen zu füttern, verlierst nichts am Gewicht und hast statt alten Kornes immer saftiges, frisches Brot. Willst du?
- R.: Mit tausend Freuden nehme ich den Vorschlag an.
- Fr.: Also du lieferst mir das Korn zinsfrei?
- R.: Versteht sich, zinsfrei und mit Dank meinerseits.
- Fr.: Ich kann aber nur einen Teil gebrauchen, ich will nicht alles haben.
- R.: Wenn ich dir nun den ganzen Vorrat anbiete, mit der Verpflichtung, mir für je 10 Sack nur 9 zurückzugeben?
- Fr.: Ich danke, denn das hieße ja Zins erheben – zwar keinen positiven, sondern negativen Zins – und statt des Gebers wäre der Nehmer Kapitalist. Aber meine Religion verbietet den Wucher, sie verbietet auch den negativen Zins. Ich kann aber meiner Religion ein Schnippchen schlagen. Ich werde deinen Weizenvorrat unter meine Aufsicht

nehmen, den Schuppen bauen und alles Nötige besorgen. Dafür wirst du mir für je 10 Sack jährlich zwei als Lohn bezahlen. Bist du damit einverstanden?

- R.: Mir ist es gleich, ob deine Leistung unter dem Titel Wucher oder Arbeit gebucht wird. Ich gebe dir also 10 Sack, und du lieferst mir 8 Sack zurück. Einverstanden.
- Fr.: Ich brauche aber noch andere Sachen. Einen Pflug, einen Wagen und Handwerkszeug. Willst du mir das alles auch zinsfrei überlassen? Ich verspreche, dir alles in gleicher Qualität zurückzuerstatten – für einen neuen Spaten einen neuen Spaten, für eine neue Kette eine neue, rostfreie Kette!
- R.: Gewiß bin ich dazu bereit. Denn jetzt habe ich von all diesen Vorräten nur Arbeit. Neulich war der Bach übergetreten und hatte den Schuppen überschwemmt, alles mit Kot bedeckend. Dann riß der Sturm das Dach fort so daß alles verregnete. Nun haben wir trockenes Wetter, und der Wind treibt Sand und Staub in den Schuppen, Rost, Fäulnis, Bruch, Trockenheit, Licht und Dunkelheit, Holzwürmer, Termiten, alles ist unausgesetzt an der Arbeit. Noch ein Glück, daß wir keine Diebe und Brandstifter haben. O, wie freue ich mich, jetzt mit dem Kredit die Sachen so schön und ohne Arbeit, Kosten, und Verlust aufbewahren zu können.
- Fr.: Also du siehst jetzt den Vorteil, den du hast, mir die Vorräte *zinsfrei* überlassen? [Knut Wicksell: Wert, Kapital und Rente S. 83: „Indessen behauptet Boehm-Bawerk, daß die gegenwärtigen Güter den künftigen mindestens gleichstehen, da sie *ja nöti* *genfalls* für die Verwendung in der Zukunft einfach „aufbewahrt werden können.“ Das ist gewiß eine große Übertreibung. Boehm-Bawerk erwähnt freilich eine Ausnahme von dieser Regel, nämlich in betreff von Gütern, die dem Verderb unterworfen sind, wie Eis, Obst und dergl. Allein dasselbe trifft ja in höherem oder niedrigerem Maße bei allen Nahrungsmitteln ohne Ausnahme zu. Ja, es gibt vielleicht keine anderen Güter als etwa die edlen Metalle oder Steine, deren Aufbewahrung für die Zukunft nicht spez. Arbeit und Fürsorge erheischt, wozu noch das Risiko kommt, daß sie dennoch durch Unfälle, wie Feuer u. dergl. verloren gehen können.“
- (Für Gold, Edelsteine, Wertpapiere gibt es jetzt in den Banken besondere Kammern für Privatgebrauch. Aber man muß hier eine Miete bezahlen, um deren Betrag „das gegenwärtige dem künftigen“ Gut mindestens nachsteht.)]
- R.: Unumwunden erkenne ich es an. Aber warum, so frage ich mich jetzt, bringen drüben in der Heimat solche Vorräte dem Besitzer Zins ein?
- Fr.: Die Erklärung muß du im *Gelde* suchen, das drüben solche Geschäfte vermittelt.
- R.: Was? Im *Gelde* soll die Ursache des Zinses liegen? Das kann doch nicht sein, denn höre, was Marx vom Geld und Zins sagt: Die Arbeitskraft ist die Quelle des Zinses (Mehrwert). Der Zins, der das Geld in Kapital verwandelt, kann nicht vom Geld herrühren. Wenn es wahr ist, daß das Geld Tauschmittel ist, so tut es nichts anderes, als die Preise

der Waren zu bezahlen, die es kauft. Wenn es solchermaßen unveränderlich bleibt, so nimmt es nicht an Wert zu. Daher muß der Mehrwert (Zins) von den gekauften Waren herrühren, die teurer verkauft werden. Diese Veränderung kann weder beim Kauf noch beim Verkauf stattfinden; in diesen beiden Handlungen werden Äquivalente ausgetauscht. Es bleibt darum nur eine Annahme frei, daß die Änderung durch den Gebrauch der Ware nach dem Kauf und vor dem Wiederverkauf vor sich gehe. (Marx: El capital, cap, VI, pag. 48.)

Fr.: Wie lange bist du schon auf dieser Insel?

R.: Seit dreißig Jahren.

Fr.: Das merkt man. Du zitierst noch aus der Wertlehre. Ach, lieber Robinson, diese Sache ist erledigt. Die Wertlehre ist ausgestorben. Es ist überhaupt niemand mehr da, der sie vertritt.

R.: Was, du sagst, die Marx'sche Lehre vom Zins wäre ausgestorben? Das ist nicht wahr! Wenn auch sonst niemand mehr da wäre, – ich vertrete sie!

Fr.: Gut, so vertrete sie doch nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis. Vertritt sie, wenn du willst, mir gegenüber. Ich trete von dem soeben geschlossenen Handel zurück. Du hast hier in deinen Vorräten das, was nach Wesen und Bestimmung als die reinste Form dessen zu betrachten ist, was man gemeinhin „Kapital“ nennt. Ich fordere dich auf, als Kapitalist mir gegenüber aufzutreten. Ich brauche deinen Kram. Kein Arbeiter ist jemals einem Unternehmer so nackt gegenübergetreten, wie ich jetzt vor dir stehe. Niemals ist das wahre Verhältnis vom Kapitalbesitzer zum Kapitalbedürftigen so rein zutage getreten, wie in unserem gegenseitigen Verhältnis. Nun versuche, ob du von mir Zins erlangen kannst? Wollen wir also wieder den Handel von vorne anfangen?

R.: Ich verzichte. Die Ratten, die Motten und der Rost haben meine kapitalistische Kraft gebrochen. Aber sage, wie erklärst du die Sache?

Fr.: Die Erklärung ist einfach zu geben. Wenn hier auf der Insel Geldwirtschaft betrieben würde, und ich als Schiffbrüchiger eines Darlehens bedürfte, so müßte ich mich nach Lage der Dinge an einen Geldgeber wenden, um die Dinge, die du mir soeben zinsfrei geliehen hast, zu kaufen. Diesem Geldgeber aber, dem die Ratten, die Motten, der Rost, das Feuer und die Dachreparaturen keine Sorge machen, kann ich nicht wie dir gegenüber auftreten. Den Verlust, der mit dem Besitz der Waren verknüpft ist, – sieh, da schleppt der Hund einen von deinen, will sagen, von meinen Buckskins fort – den trägt nicht er, den tragen andere. Er ist von all diesen Sorgen befreit und auf ihn machen die

herrlichen Argumente, mit denen ich dich so mürbe gemacht habe, nicht den geringsten Eindruck. Du hast die Kiste mit den Buckskins nicht zugeschlagen, als ich dir jede Zinszahlung verweigerte. Die Natur des Kapitals machte dich zu weiteren Verhandlungen geneigt. Der Geldkapitalist aber schlägt mir die Tür des Geldschranks vor der Nase zu, wenn ich ihm sage, ich würde keinen Zins zahlen. Dabei brauche ich das Geld an sich ja nicht, sondern den Buckskin, den ich mit dem Geld kaufen würde. Den Buckskin gibst du mir zinsfrei; das Geld dazu muß ich verzinsen!

R.: So wäre die Ursache des Zinses doch im Gelde zu suchen und Marx wäre im Unrecht? Auch da, wo er sagt: „Im eigentlichen Handelskapital erscheint die Form  $G. W. G'$ . (Geld – Ware – Mehrgeld) = kaufen, um teurer zu verkaufen, am reinsten. Andererseits geht seine ganze Bewegung innerhalb der Zirkulationssphäre vor. Da es aber *unmöglich* ist, aus der Zirkulation selbst die Verwandlung von Geld in Kapital zu erklären (!), erscheint das Handelskapital unmöglich, sobald Äquivalente [Hier möchte ich den Leser ganz besonders auf das aufmerksam machen, was an anderer Stelle gesagt wurde, nämlich, daß in den Händen der Sparer, Ware (Getreide, Leder, Fleisch usw.) und Goldgeld *niemals und in keiner Proportion Äquivalente sind*. Ein Jüngling, der für sein Alter spart, wird z. B. für eine Schiffsladung Getreide keine 10 Mark bezahlen. Denn für den Staub und Mäusedreck der nach 20 oder 30 Jahren von der Schiffsladung Getreide übrigbliebe, würde er ja doch keine 10 Mark erhalten. Es ist also Unsinn, von Gold und Waren, als von Äquivalenten zu reden. Wohl aber ist die Äquivalenz mit dem Freigeld vorhanden – denn hier verwandelt sich Getreide und Geld gleichmäßig in Staub.] ausgetauscht werden, daher nur ableitbar aus der doppelten Überverteilung der kaufenden und verkaufenden Warenproduzenten, durch den sich parasitisch zwischen sie schiebenden Kaufmann. Soll die Verwertung des Handelskapitals nicht aus bloßer Prellerei der Warenproduzenten erklärt werden, so gehört dazu eine lange Reihe von Mittelgliedern.“ (Marx, Kapital, Bd. 1, 6. Aufl., S. 127.)

Fr.: Hier sowohl wie da ist er vollkommen im Irrtum. Und da er sich im Gelde irrte, diesem Zentralnerv der ganzen Volkswirtschaft, so muß er überall im Irrtum sein. Er beging – wie alle seine Jünger es taten – den Fehler, das Geldwesen aus dem Kreis seiner Betrachtungen auszuschalten. Er war in die blanken Goldmünzen einfach verliebt, sonst hätte er doch nicht sagen können: daß nun, obgleich Gold und Silber nicht von Natur Geld, Geld von Natur Gold und Silber ist, zeigt die Kongruenz ihrer Natureigenschaften mit seinen Funktionen. (Bd. 1, 55.)

R.: Hm! Die Praxis stimmt allerdings nicht mit dem Satz überein. Das haben mir unsere Verhandlungen über das Darlehen bewiesen. Das Geld ist für Marx ja auch nur Tauschmittel, aber es tut, wie es scheint, mehr als nur „die Preise

der Waren zu bezahlen, die es kauft“. Daß der Bankier dem Darlehensnehmer den Geldschrank vor der Nase zuschlägt, wenn dieser keinen Zins zahlen will, und nichts vor den Sorgen kennt, die die Besitzer der Waren (Kapital) drücken, das scheint mir [~~nicht~~] richtig.

Fr.: Wieviel Beweiskraft doch die Ratten, Motten und der Rost haben. Eine einzige Stunde praktische Nationalökonomie haben dich mehr gelehrt, als das jahrelange Studium dicker Bände.

## Der Urzins.

„Es ist augenscheinlich, sagt *Marx*, daß der Zirkulationsprozeß Geld – Ware – Geld abgeschmackt und inhaltslos wäre, wollte man vermittels eines Umweges denselben Geldwert gegen denselben Geldwert austauschen.“ (Bd. 1, S. 110, 6. Aufl.)

Diesen Inhalt und Geschmack erhält der Zirkulationsprozeß laut *Marx* erst in der Formel G. W. G.' Geld – Ware – Mehr Geld.

*Proudhon*, der das Geld genauer unter die Lupe nahm, war anderer Ansicht. Er nahm Anstoß an der Formel G. W. G.' und suchte sie auf die natürliche Formel G. W. G. dadurch zurückzuführen, daß er Geld und Ware zu Äquivalenten (Gegenstände, die ohne Gewinn ausgetauscht werden) zu machen trachtete.

Für *Marx* bestand diese Äquivalenz von vornherein, darum mußte er das G' außerhalb der Zirkulation, in „einer langen Reihe von Mittelgliedern“ suchen, während *Proudhon* mit seinen hellen Augen das G' unmittelbar in der Zirkulation fand. Ohne Proletariat (die Trennung der Arbeiter von den Arbeitsmitteln) konnte *Marx* das G' nicht erklären; das Geldkapital gesondert vom Proletarier wäre etwas ganz Unmögliches, trotzdem *Marx* die Primogenitur des Geldkapitals zugesteht.

Demnach würde nach *Marx* der Zirkulationsprozeß nach der Formel G. W. G. (also ohne G') sich abspielen müssen, falls das Proletariat vernichtet und jeder Arbeiter in den Besitz seiner Produktionsmittel gesetzt wird.

*Aber wie kann das sein, wenn, wie Marx wieder selbst gesteht, in diesem Falle der Schatzbildner das Geld festhalten würde?* (Bd. 1, S. 110.)

Der Schatzbildner hält also das Geld (hier Gold) fest, wenn das G' nicht herauszuholen ist. Ganz recht, doch frage ich, *verwandelt der Schatzbildner nicht gerade dadurch das Geld in ein Kapital, daß er es festhält, resp. ist das Geld nicht ein Kapital da-*



*durch, daß es dem Schatzbildner gestattet, es ohne unmittelbaren Verlust festzuhalten? Durch das Festhalten des Geldes bereitet der Schatzbildner den Warenbesitzern ja erst die Verlegenheiten, die diese veranlassen, das G' zu bewilligen.*

Folglich könnte „die lange Reihe von Mittelgliedern“, die *Marx* braucht, um das G' zu erklären, bestenfalls nur ein Umweg sein. Der Schatzbildner, die Möglichkeit, das Geld festzuhalten und den Warenproduzenten dadurch Verlegenheiten zu bereiten, erklärt das G' zur Genüge.

Übrigens ist die Formel G.W.G. vom privatwirtschaftlichen Standpunkt der meisten Kaufleute heute schon die Regel, insofern, als sie mit geborgtem Geld arbeiten und das G' an ihre Gläubiger abzuliefern haben. Aber inhaltslos und abgeschmackt ist für sie diese Formel doch nicht, denn sie liefert ihnen Arbeit und Lohn (der vom Kapitalzins entblößte Handelsgewinn), ähnlich wie auch dem Pächter die Landwirtschaft nicht inhaltslos ist, obwohl er die Rente voll abzuliefern hat.

*Marx* [Der Umstand, daß wir hier in dieser entscheidenden Frage keine jüngeren Autoren als *Marx* und *Proudhon* zitieren können, beweist, wie weit diese Männer ihrer Zeit vorausgeeilt sind.] war leider im Irrtum, als er glaubte, Ware und das herkömmliche Geld ohne weiteres als Äquivalente betrachten zu dürfen. *Proudhon* irrte ebenfalls, als er glaubte, die Äquivalenz von Ware und Gold auf künstliche Weise (durch Erhebung der Ware auf die Rangstufe baren Geldes) herstellen zu können.

Das Freigeld gibt der Formel

G. W. G.

Geschmack und Inhalt, indem das Freigeld auf die Rangstufe der Ware herabgedrückt und so erreicht wird, daß Geld und Ware ohne G' gegenseitig ausgetauscht werden.

Zu dem gleichen Resultat wäre übrigens *Marx* bei seinem umsichtigen Vorgehen auch gelangt und hätte dabei die Wertbesessenheit überwunden, wenn er die Formel G. W. G. vom Standpunkt eines Geldes untersucht hätte, das, wie das Freigeld, alle üblen Eigenschaften der Waren im Extrakt besitzt. *Dann hätte er den Schatzbildner nicht gegen die Formel G. W. G. ausspielen können, und dann hätte auch er in dieser Formel Inhalt und Geschmack entdeckt.*

Das Weitere hätte sich dann von selbst ergeben, er hätte das sekundäre Kapital (Produktionsmittel), wie es sich ja übrigens nach der historischen Entwicklung selber vorstellt, vom primären Kapital (Geld) abgeleitet und hätte keine Saltomortales zu schlagen brauchen, um den Sohn zu seinem eigenen Vater zu machen.

Dieselben unüberwindlichen Schwierigkeiten, die der Gegenstand der Wertlehre bisher der Erkenntnis der wahren Natur des Geldes bereitete, sind auch wieder die Ursache gewesen, warum man bis heute keine widerspruchslöse Antwort auf die gewiß deutliche Frage geben konnte, woher der Zins komme.

Da der sog. Wert als das wahre Fundament der ganzen Wissenschaft betrachtet wurde, so mußte jeder Zinsforscher, der wissenschaftlich vorgehen wollte, die Elemente des Zinses in der Wertlehre suchen, und was konnte er wohl aus diesem Sumpfe hervorholen?

„Das Zinsproblem ist im letzten Grunde ein „Wertproblem“, sagt v. *Boehm-Bawerk* (Kapital und Kapitalzins, S. 192), ganz in Übereinstimmung mit *Knies*, wonach „die Lehre vom Wert für die nationalökonomische Wissenschaft von fundamentaler Bedeutung ist“. Seltsam aber ist, daß v. *Boehm-Bawerk*, der für die Kritik der Zinstheorien den Gegenstand der Wertlehre zum Stützpunkt nimmt, es völlig unterläßt, seinen Lesern zu sagen, was sie sich eigentlich unter dem Sprachzeichen „Wert“ vorzustellen haben, trotzdem ihm bekannt war, daß, wie *Zuckerlandl* sich ausdrückt, „in der Lehre vom Wert noch alles streitig ist, von den Benennungen angefangen“. Zwei Jahre nach Veröffentlichung obigen Werkes (1886) sagt auch v. *Boehm-Bawerk* es selbst: „Trotz unzähliger Bestrebungen war und bleibt die Lehre vom Wert eine der unklarsten, verworrensten und strittigsten Partien unserer Wissenschaft“.

Brächten wir nun den zu Anfang angeführten Satz in Übereinstimmung mit diesem Ausfluß der Selbsterkenntnis, so müßte es heißen: *Das Zinsproblem ist ein Problem des Wertproblems*.

In dem Satz: „Das Zinsproblem ist nur ein Wertproblem“ wird das Dasein des Wertproblems verschwiegen, und es wird gesagt, daß mit Hilfe des als wohlbekannt vorausgesetzten „Wertes“ die Lösung des Zinsproblems in Angriff genommen werden kann.

Welch verwirrende Rolle der Gegenstand der Wertlehre bei der Zinsforschung spielt, erkennt man am besten daran, daß v. *Boehm-Bawerk* sogar einzelne Zinstheorien vom Standpunkt der *Wertproduktivität* des Kapitals, (also Wertmaschinen) kritisieren mußte. Wunderbar, ganz wunderbar! Und doch mußte es so kommen. Hat man einmal vom Stoffwert (*Helfferrich*) gesprochen, so ist man auf dem Wege zum „Wertstoff“ und zur „Wertmaschine“, womit man dann auch „Wertkonserven“ macht, die im „Wertpetrefakt“ und „Wertspeicher“ die höchste technische Vollendung erreichen.

Man lache ja nicht bei diesen Ausdrücken, denn die, die sie in ihren Schriften mit tödlichem Ernst gebrauchen, würden sich beleidigt fühlen, wenn man dazu lachen wollte.

Da für alle Wertgläubigen „Nachfrage und Angebot“ nur eine Verlegenheitsrolle in der Wissenschaft spielen können, so kam es niemand in den Sinn, von diesem Punkte aus dem Zinsproblem auf den Leib zu rücken. Der Wertglaube ließ sie alle falsche Wege einschlagen. Kein einziger Zinsforscher beruft sich ausdrücklich und bewußt auf „Nachfrage und Angebot“. Ja, unter Wertgläubigen darf sich überhaupt niemand in grundlegenden Fragen auf Angebot und Nachfrage berufen, denn den Grund der Wissenschaft liefert der „Wert“, und Nachfrage und Angebot bestimmen nur die „Preise“, die allein für Marktweiber Interesse haben.

Wieviel Arbeit und Geisteskraft ist in diesem Tarnkappenkampf vergeudet worden, wie viele Edle sind hier an sich selbst verzweifelt. (Die Edelsten sind die, die das Resultat ihrer Untersuchungen nicht veröffentlichten, weil es sie unbefriedigt ließ.) Ein Windmühlenkampf. Resultat: Rein negativ.

Wir glücklichen Wertleugner haben es leichter. Wir sagen: Die ganze Volkswirtschaft löst sich in eine unendliche Kette von einzelnen Preisen auf, die ausnahmslos durch Nachfrage und Angebot bestimmt werden. Auch der Zins ist eine volkswirtschaftliche Erscheinung, auf die unser Grundgesetz anzuwenden ist.

Die Frage „Woher der Zins kommt“ beantworten wir also vorerst mit den für alle Wertgläubigen sicherlich höchst naiv klingenden Worten: Weil das Angebot kleiner als die Nachfrage ist. Selbstverständlich, denn wäre umgekehrt das Angebot größer als die Nachfrage, gäbe es mehr Häuser als Mieter, mehr Fabriken als Arbeiter, so müßte der Geber dem Nehmer Zins zahlen. Wir hätten dann negativen Zins.

Das Wort „negativ“ spielt hier die gleiche Rolle wie in der Elektrizität, wo man die Elektrizität des negativen Pols auch nicht negieren will. Negativer Zins wäre also der positive Zins, den der *Nehmer* vom *Geber* dafür erhebt, daß er die Verlegenheiten, auf die die Geber bei der Verleihung ihrer Habe stoßen, für sich ausbeutet; wie umgekehrt die Geber die Lage ausbeuten, wenn sie den Nehmern gegenüber im Vorteil sind. Wenn z. B konkurrierende Kartoffelverleiher mit zusammen 100 Tonnen konkurrierenden Kartoffelborgern mit einem Bedarf von zusammen nur 50 Tonnen gegenüberstehen, so ist unter Berücksichtigung der Natur des hier zu verleihenden „Kapitals“ anzunehmen, daß die Borger die Saatkartoffeln von einem Frühling zum anderen weit unter „pari“ angeboten erhalten, daß also die Borger von den [Ver-] Leihern Zins erheben können. Ein Fall, der nebenbei gesagt, unter der Herrschaft des Geldes undenkbar ist, wohl aber als Begleiterscheinung des Tauschhandels sich vorstellen läßt. Daß die Reichsbank von ihren Passiva (Banknoten) jährlich mehrere hundert Millionen an Zinsen einnimmt, wäre ein Beispiel negativen Zinses, wenn die Noten, wie die Reichsbank behauptet, wirklich Schulden wären. Sie sind es nur nicht.

Aber diese Frage ist für alle Wertleugner derart selbstverständlich, daß sie überhaupt nicht mehr gestellt wird. Das Grundgesetz der Wertleugner beantwortet schon diese Frage zur Genüge.

Darum lautet auch die Ausgangsfrage überhaupt nicht mehr „Woher der Zins kommt“, sondern: Warum hinkt das Angebot von Kapital seit historischen Zeiten immer und ausnahmslos derart hinter der Nachfrage einher, daß die Geber von den Nehmern einen Zins verlangen können? Mit anderen Worten: Warum gibt es regelmäßig mehr Mieter als Wohnungen, mehr Arbeiter als Fabriken, mehr Geldborger als Geldverleiher?

Auf diese einfache, naheliegende Frage konnten keine Wertgläubigen verfallen, obschon niemand leugnen wird, daß eine erschöpfende Antwort auf diese Frage das Zinsproblem im wissenschaftlichen Sinne lösen würde. Wenn wir nachweisen könnten daß das Angebot von Kapital niemals die Nachfrage einholen kann, etwa auf Grund des malthusianischen Lehrsatzes, wonach die Borger sich im geometrischen, die Verleiher aber nur im arithmetischen Verhältnis vermehren, so wäre doch das Zinsproblem im wissenschaftlichen Sinne gelöst, trotzdem dabei der Gegenstand der Wertlehre vollkommen aus dem Spiele bliebe. Und die Richtigkeit dieser wissenschaftlichen Lösung würde dadurch anerkannt werden, daß man die sozialpolitische Lösung des Zinsproblems durch künstliche Beschränkung der Geburten bei den Kapitalnehmern in Angriff nehmen würde.

Für uns Wertleugner lautet die wissenschaftliche Zinsfrage also nicht „Woher der Zins kommt“, sondern „*Warum das Angebot von Kapital regelmäßig von der Nachfrage überholt wird*“. Und dieser Frage wollen wir die erschöpfende Antwort geben.

Vorgreifend, sozusagen als Wegweiser, wollen wir schon die noch unbe gründete Antwort vorausschicken, die schon *Proudhon* vor 50 Jahren gab: „Weil das Gold kein Schlüssel, sondern ein Riegel des Marktes ist“, oder, wie *Lasalle* sagt: „Weil das Geld das Kapital par excellence ist“.

Wir wollen also den Nachweis bringen, daß, weil das Geld den Austausch aller Waren untersagen (wie das geschieht, ist im dritten Teil dieser Schrift geschildert worden) und dadurch von den Waren einen Tribut erheben kann, auch alles, was zu seinem Zustandekommen des Geldes bedarf (Häuser, Schiffe, Fabriken) Kapital sein muß. Wir wollen zeigen, daß das Geld für alles, was heute noch neben dem Geld Kapital ist, immer die Marktverhältnisse derartig vorbereitet, daß diese Dinge ihren Besitzern Zins abwerfen. Wir wollen zeigen, daß das herkömmliche Geld immer automatisch das Zustandekommen von Häusern, Fabriken, Schiffen usw. derart künstlich beschneidet, daß deren Angebot niemals die Nachfrage decken kann. Wir wollen nachweisen, daß das Geld nicht nur „Kapital par excellence“ ist, sondern der regelrechte *Quartiermacher* des gesamten sog Realkapitals (mit Ausnahme natürlich des Bodens, soweit dieser nicht durch Kapitalaufwand der Natur abgerungen zu werden braucht.)

Sind die Häuser, Fabriken usw. von Natur aus und selbstverständlich durchaus keine Kapitalien, so werden sie vom Geld

dazu erhoben. Das Geld versagt einfach seine Vermittlung beim Bau der Häuser und Fabriken, sowie das wachsende Angebot dieser Dinge den Zins derselben drückt, und wie kann ein Haus ohne die Vermittlung des Geldes zustandekommen?

Ich kehre also nicht etwa den Unsinn um, den man oft zu hören bekommt, nämlich, daß das Geld Zins einbringt, weil man damit Häuser kaufen kann, die Zins abwerfen, wobei man zu erklären vergißt, wie es kommt, daß man mit Geld, das man für steril erklärt, Häuser kaufen kann, die Zins abwerfen. Ich sage nicht, daß, weil das Geld Kapital ist, und man mit Geld Häuser kaufen kann, die an sich steril sind, diese Häuser auch Zins abwerfen müssen.

*Ich sage, daß das Geld dem Zustandekommen und Angebot von Realkapitalien Grenzen absteckt, so daß die Nachfrage niemals gedeckt oder gar vom Angebot überholt werden kann, wenn auch sonst solchem „Überholen“ nichts im Wege stände.* Das Geld, Kapital an sich, kann für die Vermittlung des Austausches der Waren, von diesen, aufs Jahr berechnet, 5% erheben, darum wird niemand sein Geld in Häusern, Schiffen usw. festlegen, wenn die Häuser usw. nicht auch 5%, abwerfen. Und wenn niemand unter 5% sein Geld in Häusern anlegen will, so können keine Häuser entstehen, so lange sie nicht den genannten Zins abwerfen. Und der Mangel an Häusern drückt den Hauszins herauf.

*Das Haus, die Fabrikanlage, das Schiff usw. müssen also gesetzmäßig stets derartige vom Geld vorbereitete Marktverhältnisse vorfinden, daß sie den gleichen Zins erheben können, den das Geld jederzeit von den Waren erpressen kann, und zwar darum erpressen kann, weil es den Austausch gestatten und versagen kann. Das ist es, was ich sage.*

Ich sage, daß das herkömmliche Geld ohne Zins nicht zirkulieren kann, und daß eine Unterbrechung der Geldzirkulation das Zustandekommen von Realkapitalien verhindert, da Unterbrechung der Geldzirkulation in ihrer unmittelbaren Wirkung gleich einer Krise oder einem Generalstreik ist.

Darum behaupte ich auch, daß, wenn wir das Geld in dem Sinne umgestalten, daß es auch ohne Rücksicht auf den Zins ( $G'$ ) zirkulieren muß, die Krisen als Erpressungsmittel des Zinses für die Zirkulation des Geldes *überflüssig* werden und daß ohne Krisen in absehbarer Zeit so viele Häuser, Fabriken, Schiffe entstanden sein werden, daß das Angebot die Nachfrage einholt und diese Dinge den Charakter eines Kapitals einbüßen werden.

Ich sage also kurz, bündig und unzweideutig, ohne den Sinn meiner Worte durch Wertgefunker zu verdunkeln, daß die zinstragende Kraft der heutigen Realkapitalien nicht aus einer Eigenschaft, sondern aus der künstlich durch das herkömmliche Geld vorbereiteten Marktlage entspringt, nämlich der erzwunge-

nen, ständigen *Unterproduktion* an Realkapitalien, die einherläuft mit einer ebenso ständigen *Überproduktion* an Waren (Absatzstockung, Krisis, Arbeitslosigkeit). Die Steine, Bretter, Türen, Fenster, Träger, Farben, Tapeten usw., die als sogenannte Warenüberproduktion auf die Preise drücken und vor den Toren der Märkte auf ihre Zulassung warten, können die Arbeiter nicht zu einem Hause vereinigen, weil das Haus nicht den Zins verspricht, den das zu ihrer Anschaffung nötige Geld von allen Waren zwangsweise „jederzeit und an jedem Ort“ erheben kann.

Das ist es, was ich sage, und das Gesagte soll nun bewiesen werden. Und weil wir dabei uns in allen Hauptpunkten auf den Inhalt des III. Abschnittes dieses Buches beziehen können, so werden wir in schnellem Schritte, auf sicherer Bahn unserem Ziele zustreben.

### **Die Grenzen des Geldzinses (Urzins).**

Die Kapitaleigenschaft des Geldes gründet auf folgenden Tatsachen:

1. das Geld ist unentratbare Voraussetzung entwickelter Arbeitsteilung;
2. das herkömmliche Geld (Metall- und Papiergeld) läßt sich unbegrenzt ohne Qualitäts- und Quantitätsverluste und ohne nennenswerte Lagerkosten vom Markte zurückhalten, während gleichzeitig die auf das Geld als Tauschvermittler angewiesenen Warenproduzenten durch Verluste an der Qualität und Quantität ihrer Waren, sowie durch Lagerkosten, eine zwangsweise, unaufschiebbare Nachfrage nach Geld (Tauschmitteln) halten;
3. der Geldbesitzer kann infolge dieser eigentümlichen Verhältnisse eine besondere Vergütung dafür erzwingen, daß er darauf verzichtet, den Austausch der Waren durch Festhalten des Geldes und zum Schaden der Produzenten zu verhindern.

Dieses einmal festgesetzt, will ich nun zunächst die Frage beantworten, durch welche Umstände die Höhe des Zinses, den das Geld für die Tauschvermittlung erheben kann, begrenzt wird, und zwar darum zunächst, weil diese Antwort am besten die wahre Natur des Geldzinses offenbart.

Wenn das Geld darum Kapital ist (G. W. G'.) daß es den Austausch der Produkte willkürlich untersagen kann, so wird man einwenden, warum der Zins nicht bis an den Nutzen heranreicht, den wir aus der Geldwirtschaft ziehen und den wir mit der Leistungsfähigkeit, die die Arbeitsteilung dem Tauschhandel gegenüber besitzt, messen können, ähnlich wie die Frage berechtigt ist, warum die Grundbesitzer für die Grundrenten nicht in jedem Falle das Gesetz des ehernen Lohnes anwenden, oder warum die Aktionäre des Suezkanals für die Höhe der

Schiffsabgaben noch andere Faktoren zu Rate ziehen, als den Wettbewerb des Seeweges um das Kap der guten Hoffnung.

Aber der Tribut des Geldes folgt anderen Gesetzen, als der Tribut des Bodens. Er hat mehr Ähnlichkeit mit dem Tribut, den die Raubritter im Mittelalter erhoben. War damals der Kaufmann gezwungen, die Straße zu benutzen, die an der Burg des Ritters vorüberführte, so wurde gründlich geplündert, 30, 40, 50% Zoll erhoben. Hatte aber der Kaufmann die Auswahl, so war der Ritter bescheiden, er bewachte die Straße, schützte sie gegen andere Räuber, baute Brücken, besserte die Straße aus, setzte äußersten Falles den Zoll herab, auf daß der Kaufmann in Zukunft diese Straße nicht gänzlich miede.

So ähnlich verhält es sich beim Geld. Auch das Geld muß damit rechnen, daß, wenn seine Tributforderungen zu hoch geschraubt sind, ihm Wettbewerber erwachsen.

Ich werde später noch nachzuweisen haben, daß es bei der *Verleihung* von Geld niemals Konkurrenz geben kann. Die Wettbewerber, von denen eben die Rede ist, treten nicht bei der *Verleihung*, sondern beim *Tausch* des Geldes gegen Waren auf.

Zunächst ist es klar, daß die Arbeitsteilung bedeutend weiter ausgebildet werden kann, als es heute in der Welt der Fall ist. Die Goldwährung ist eine Weltwährung, und der Verein zum Schutze der deutschen Goldwährung ist eine zum Schutze eines Unsinnns aufgestellte Wache. Die Goldwährung muß *weltwirtschaftlich* betrachtet werden. Und  $\frac{3}{4}$  der Weltbewohner behelfen sich heute schlecht und recht mit der Urwirtschaft. Warum? Zum Teil darum, weil der Austausch der Produkte mit Hilfe des Geldes diesen Tausch zu stark mit Zinsspesen belastet. Diese Spesen müssen die Produzenten veranlassen, in einzelnen Zweigen ihrer Tätigkeit, oder auch ganz, auf die Warenproduktion zu verzichten und bei der Urwirtschaft zu bleiben. Ob Ur- oder Warenwirtschaft, hängt von einem Rechenexempel ab, in dem der Geldzins, womit die Warenwirtschaft belastet ist, oft genug der Urwirtschaft den Vorzug geben mag. So wird z. B. mancher deutsche Kleinbauer lieber seine Kartoffelernte im eigenen Stall verfüttern, und das Schwein selber für den Hausbedarf schlachten, wenn das Fleisch durch den Zins des Tauschvermittlers um ein geringes verteuert wird. Dann wird der Bauer weniger Waren (Kartoffeln für den Markt) und mehr Güter für den eigenen Gebrauch erzeugen und darum weniger Geld brauchen.

Diesem Teil der Produktion gegenüber, der selbst in Deutschland nicht zu unterschätzen ist, muß das Geld bescheiden bei seinen Tributforderungen sein, um die Warenwirtschaft nicht auf die Urwirtschaft hinüberzustoßen. Und ähnlich wie der deutsche Bauer, handeln die Völkermassen Asiens und Afrikas.

Wenn also nun die Geldbesitzer zu hohen Tribut von den Waren fordern, so wird jener Teil der heutigen Warenproduktion, der um den Grenznutzen der Arbeitsteilung pendelt,

aufgegeben, und die Urwirtschaft tritt oder bleibt an dessen Stelle.

Der zu hohe Geldtribut vermindert die Warenproduktion zu Gunsten der Urproduktion. Dies hat zur Folge, daß. das Angebot von Waren abnimmt – *und daß die Preise steigen.*

Das wollen wir vorläufig festhalten.

Einen gleichen Einfluß auf die Nachfrage nach Geld, d. h. nach Tauschmitteln, übt der alte Tauschhandel aus, wenn das Geld zu hohen Tribut fordert. Das Geld verdankt sein Dasein überhaupt nur den Schwierigkeiten des Tauschhandels. Für deren Überwindung wurde es geschaffen. Verlangt aber das Geld für die Tauschvermittlung zu hohen Tribut, so wird der Tauschhandel den Wettbewerb in vielen Fällen wieder mit Erfolg aufnehmen, besonders dort, wo, wie in vielen Teilen Asiens und Afrikas, die Produzenten nicht durch Ort oder Zeit getrennt sind. Je stärker der Geldzins den Austausch der Produkte belastet, um so eher kann der Tauschhandel der Geldwirtschaft als Wettbewerber „die Spitze bieten“. Denn die auf dem Wege des Tauschhandels verhandelten Waren erreichen den Konsumenten, ohne Zins zu zahlen. Wem würden sie denn zinspflichtig sein?

[Wenn im Tauschhandel Kartoffeln gegen Fische ausgetauscht werden, und jeder belastet sein Produkt mit 10% Zins, so heben sich diese Zinsen gegenseitig auf. Hiermit ist aber beileibe nicht gesagt, daß bei *Anleihen* also nicht beim Tausch, Zins unmöglich wäre.] So ist es also klar, daß, wenn das Geld den Tauschhandel ablösen soll, es nicht beliebig hohe Tributforderungen stellen kann, zumal die Produzenten die Hindernisse, die die Trennung durch Ort und Zeit dem Tauschhandel bietet, dadurch zu überwinden wissen, daß sie sich an bestimmten Tagen und Orten (Markttag) zusammenfinden [Der Tauschhandel ist nicht ganz so schwierig wie man ihn allgemein darstellt. Die Schwierigkeit, die darin besteht, daß jeder, der die Waren hat, die ich brauche, nicht immer auch für meine Ware Bedarf zeigt oder sie gerade in der Menge braucht, die der von ihm angebotenen, oft unteilbaren Ware entspricht, ist stark übertrieben worden. In Wirklichkeit verschwindet diese Schwierigkeit gleich mit dem Auftreten des Kaufmannes. Denn der Kaufmann, der alles kauft, verkauft darum auch alles. Er kann mich immer mit dem bezahlen, was ich brauche. Bringe ich ihm einen Elefantenzahn, so kann ich in seinem Warenhaus alle Waren erhalten, die ich brauche und in genau der Menge, die meinem Bedarf entspricht. In den deutschen Kolonien Südbrasilien wickelt sich heute noch der Handel in dieser Weise ab. Die deutschen Kolonisten erhalten nur ausnahmsweise Geld.].

So entziehen sie dem Geld die Existenzunterlage, nämlich die Nachfrage nach Tauschmitteln, die die Ware verkörpert. Die Waren, die der Tauschhandel unterbringt, sind für das Geld verloren, ähnlich wie der Zigeunerkarren für die Eisenbahn ein verlorener Kunde ist.

Wie viel Prozent der Weltwarenproduktion auf diese Weise um den Tauschhandel herum pendeln, wie viel Waren also durch zu hohe Zinsspesen von der Benutzung des Tauschmittels ausgeschlossen werden, brauchen wir für unsere Zwecke nicht zu



berechnen. Es genügt, daß wir im Tauschhandel das Dasein eines Wettbewerbers des Geldes festgestellt haben, dessen *Konkurrenzfähigkeit zusammen mit den Tributforderungen des Geldes wachsen muß*. Steigt der Zins, so werden viele Waren vom Geldhandel auf den Tauschhandel abgestoßen, die Nachfrage nach Geld nimmt ab, *und die Preise steigen* – also genau wie bei der Urwirtschaft. Auch hier wollen wir uns vorläufig mit dieser Feststellung begnügen.

In gleicher Richtung wie die Urwirtschaft und der Tauschhandel wirkt auch der *Wechsel*, sowie die Tributansprüche des Geldes zu hoch geschraubt werden. Denn auch die Waren, die mit Wechsel ausgetauscht werden, sparen den Geldzins, und *hoher Geldzins ist ein Ansporn zu ausgedehnterer Verwendung des Wechsels*.

Freilich, der Wechsel ist nicht so bequem und sicher wie das Geld, er kann in vielen Fällen das Geld überhaupt nicht ersetzen, was man daran ersieht, daß die Wechsel diskontiert werden, trotzdem sie sich dabei einen Abzug gefallen lassen müssen. Das würde man nicht tun, wenn der Wechsel das bare Geld überall vertreten könnte. Oft aber, besonders im Großhandel, namentlich als Reserve, hat der Wechsel vor dem Bargeld nur wenig Nachteile, und da genügt eine nur geringe Erhöhung des Geldzinses, damit man dem Wechsel den Vorzug gebe.

Der Geldzins wirkt auf den Wechsel wie die Erhöhung der Eisenbahnfrachten auf die Benutzung der Schiffahrtskanäle. *Je höher der Zins, um so größer ist der Ansporn, durch den Gebrauch von Wechseln im Handel den Geldtribut zu umgehen*. Aus demselben Grund muß aber auch alles, was die natürlichen Nachteile des Wechsels (dem Bargeld gegenüber) künstlich vermehrt, auch die Position des Geldes stärken und die Zinsansprüche des Bargeldes erhöhen. Drückt der Wettbewerb der Wechsel den Zins des Bargeldes auf 5% herab, so wird dieser Zins auf 6–7–8% und höher steigen, wenn wir den Gebrauch des Wechsels durch Alarmnachrichten erschweren, *oder wenn wir den Wechsel durch Stempelabgaben belasten*. Je unsicherer der Wechsel erscheint, um so höher der Zins; je mehr der Wechsel durch Stempelabgaben belastet wird, um so höhere Forderungen kann sein Konkurrent, das Bargeld, stellen, um so höher steigt der Zins. Belasten wir den Wechsel mit einer Steuer von 1%, so wird auch der Diskonto um 1% steigen. Belasten wir den Wechsel mit 5% Steuer, so zeigt der Diskonto von 5 auf 10%. (Falls die schon genannten Konkurrenten des Geldes nicht eingreifen.)

Bei diesem Sachverhalt ist das Benehmen des Staates interessant, der eine Erhöhung der Wechselstempelsteuer vorschlägt, um seine Einnahmen zu vermehren, zugleich aber darüber klagt, daß er seine Anleihen nur zu erhöhtem

Zinsfuß unterbringen kann. Im Interesse des Staates als Schuldner läge es, die Stempelabgaben auf Wechsel abzuschaffen, um den Zins für seine Anleihen heruntersetzen zu können. Was er an Wechselsteuern weniger einnehmen würde, würde er an den Zinsen seiner Anleihen hundertfach wiedergewinnen und zugleich die Zinslasten des Volkes vermindern.

Wenn wir nun umgekehrt statt einer Steuer eine Wechselprämie (einerlei, wie man sich diese denkt) ausschreiben würden, so versteht sich, daß mit einer solchen Prämie der Wechselumlauf auch gefördert und gehemmt werden könnte, gefördert, wenn die Prämie steigt, gehemmt, wenn die Prämie ermäßigt wird.

Ist nun die Zinsersparnis, die der Wechselverkehr dem Handel bietet, keine solche Prämie, die wächst, wenn der Geldzins wächst, die fällt, wenn der Geldzins fällt? *Der Wechselverkehr steigt also im gleichen Verhältnis, wie der Geldzins steigt.*

Aber wo Wechsel verkehren, da verkehren auch entsprechende Massen an Waren, nur in umgekehrter Richtung. Und diese Waren sind wieder für die Nachfrage nach Geld verloren. Der Wechsel hat sie dem Gelde abgejagt. Die Nachfrage nach Bargeld geht also im gleichen Maße zurück, *und entsprechend steigen wieder die Preise*, wie der Wechselverkehr zunimmt, und der Wechselverkehr wächst zusammen mit dem Geldzins. Auch das wollen „wir uns vorläufig merken.

Das Geld ist also nicht absoluter Herrscher auf dem Markte. Es muß mit Wettbewerbern rechnen und kann infolgedessen die Tributforderungen nicht beliebig hochschrauben.

Jedoch man könnte nun einwenden, daß das Geld in sehr vielen Fällen, namentlich in unseren modernen Städten unentbehrlich ist, daß das Geld sogar in den meisten Fällen den größeren Teil des Produktes als Tribut für die Tauschvermittlung verlangen könnte, ohne darum den Tauschhandel und die Urproduktion auszulösen, ja, daß selbst bei einem Diskont von 50% in sehr vielen Fällen das Geld nicht durch Wechsel ersetzbar ist.

Der Wechsel zirkuliert nur unter Bekannten. Er ist nicht teilbar genug für die Bedürfnisse des Kleinhandels. Er ist an bestimmte Gesetze, an bestimmte Zeit und Orte gebunden. Das alles beschränkt seine Zirkulationsbahn auf einen sehr kleinen Durchmesser.

Und darauf gestützt, könnte man sagen, daß in allen diesen Fällen der Geldtribut für die Tauschvermittlung sehr viel höher sein müßte, als er wirklich ist, falls die Theorie richtig wäre, wonach das Geld den Zins erhebt, weil es willkürlich den Austausch der Produkte sperren kann.

Aber bei diesem Einwand wird eine Tatsache vergessen, die wir im ersten Teil dieser Schrift kennen gelernt haben, nämlich, daß eine allgemeine Preissteigerung das Geld auf den

Markt bringt. Eine allgemeine Preissteigerung der Waren bedeutet ja für alle Geldbesitzer immer einen der Preissteigerung genau entsprechenden Verlust, und diesem Verlust können sie nur entgehen, wenn sie das Geld gegen Waren anbieten. Eine allgemeine Preissteigerung ist für das herkömmliche Geld ein Umlaufzwang, ähnlich in manchen Wirkungen dem Umlaufzwang des Reformgeldes. Durch Kauf von Waren sucht man bei einer allgemeinen Preissteigerung den dem Geld drohenden Verlust – auf andere *abzuwälzen*.

*Nun halten wir vor Augen, was wir von der Urwirtschaft, vom Tauschhandel und vom Wechsel gesagt haben. Alle diese Konkurrenten des Geldes greifen gleichzeitig in den Warenaustausch ein, sobald das Geld den Tribut erhöht und bewirken eine allgemeine Preiserhöhung – und dann ist es die Preiserhöhung, die das Geld zwingt, in den Tausch der Waren einzuwilligen und von seinen zu hoch geschraubten Zinsforderungen abzusehen: So daß die Preissteigerung, die die Urwirtschaft, der Tauschhandel und der Wechsel auslösen, auch diejenigen Waren vor übertriebenen Tributforderungen des Geldes schützt, die nicht unmittelbar den Schutz der Konkurrenten des Geldes genießen.*

*So können wir also sagen, daß die Erhöhung des Geldtributes über eine bestimmte Grenze automatisch die Kräfte auslöst, die ihn wieder herunterdrücken.*

Umgekehrt, wenn der Geldzins unter diese Grenze fällt, so wird wegen der dadurch verringerten Handelsspesen in vielen Fällen die Arbeitsteilung eingeführt, wo heute die Urwirtschaft noch lohnt, und der Geldhandel breitet sich aus, wo man sich noch mit dem Tauschhandel behilft. Gleichzeitig verliert der Wechsel an Reiz (bei 0% Zins würde der Wechsel überhaupt verschwinden). Diese Umstände, also vermehrte Warenproduktion (auf Kosten der Urwirtschaft) bei gleichzeitigem vermehrtem Angebot von Waren (auf Kosten des Tauschhandels) und vermehrtem Angebot von Waren gegen Bargeld (auf Kosten des Wechselverkehrs) würden die Preise drücken, den Warenaustausch erschweren, und die entstehenden Verlegenheiten der Produzenten würde sich das Geld wieder mit erhöhten Tributforderungen nutzbar machen.

*Das Spiel der Kräfte, das der Geldzins durch seine Einwirkung auf die zinsfreien Konkurrenten des Geldes und dadurch auf die Preise auslöst, wirkt also wie ein automatischer Regulator auf den Zins zurück, so daß die Maximalgrenze des Geldzinses auch die Minimalgrenze ist. (Der Umstand, daß der Diskont, starke Schwankungen leidet, beweist nichts gegen diesen Satz, wie wir das noch zeigen werden).*

Der Geldzins fällt also immer notwendigerweise auf den Punkt zurück, wo durch ihn der Wechselverkehr, der Tauschhandel und die Urwirtschaft gefördert oder eingeschränkt wird.

Die Ansicht ist heute noch allgemein verbreitet, *daß der Geldzins durch die Konkurrenz der Geldverleiher steigt und fällt.*

Diese Ansicht ist irrig. *Es gibt unter Geldverleihern keine Konkurrenz; sie ist sachlich unmöglich.* Stammt das Geld, das die Kapitalisten zu verleihen haben, aus dem Verkehr, so stopfen sie mit der weiteren Verleihung dieses Geldes nur die Löcher zu, die sie beim Inkasso des Geldes gegraben haben. Sind 10–100–1000 Geldverleiher da, so sind auch 10–100–1000 Löcher da, die diese Geldverleiher in die Zirkulationsbahn gegraben haben. Je mehr Geld angeboten wird, um so größer sind diese Löcher [Bei der berühmten Krise. die 1907 urplötzlich über die Verein. Staaten ausbrach, war es Morgan, der der Regierung mit 300 Millionen Dollars Gold zu Hilfe „eilte.“ Woher kamen diese Dollars? Es waren gebrauchte Dollars. Morgan hatte sie vorher dem Verkehr entzogen und damit selber dem Lande die Verlegenheiten bereitet, die der Schelm jetzt, nachdem der Kurssturz eingetreten und die Differenzen einkassiert waren, als Patriot der Regierung großmütig anbot.]. *Bei sonst unveränderten Verhältnissen muß sich also immer eine Nachfrage nach Leihgeld einstellen, die dem Geld entspricht, das die Kapitalisten zu verleihen haben.* Unter solchen Verhältnissen kann man aber nicht mehr von Konkurrenz sprechen, die auf den Zins Einfluß ausüben könnte. Sonst müßte ja auch der Umstand, daß am Martinstag der Umzug stattfindet, auf die Mieten Einfluß haben. Aber das ist nicht der Fall, denn die größere Anzahl von Wohnungssuchenden entspricht einer gleichen Zahl von aufgegebenen Wohnungen. Der Umzug an sich ist ohne jeden Einfluß auf die Mieten. Und ebenso verhält es sich bei der Konkurrenz der Geldverleiher. Auch hier handelt es sich nur um einen Umzug des Geldes.

Ist es aber neues Geld, unmittelbar von Alaska kommendes Geld, das die Geldverleiher anbieten, so wird dieses neue Geld die Preise hochtreiben, und die Preissteigerung wird alle, die Geld für ein Unternehmen borgen müssen, zwingen, die Summe um den Betrag der Preissteigerung zu erhöhen. Statt 10.000 M. wird der Unternehmer für das gleiche Haus 11–12–15.000 M. brauchen, und so wird das durch das neue Geld vermehrte Angebot auch automatisch eine entsprechend vergrößerte Nachfrage erzeugen, wodurch wieder der Einfluß des neuen Geldes auf den Zins bald genug nullifiziert wird.

Die Erscheinung, daß bei Vermehrung des Geldumlaufes (durch Goldfunde oder Papiergeldemissionen) der Zinsfuß nicht nur nicht fällt, sondern im Gegenteil in die Höhe geht, werden wir noch erklären.

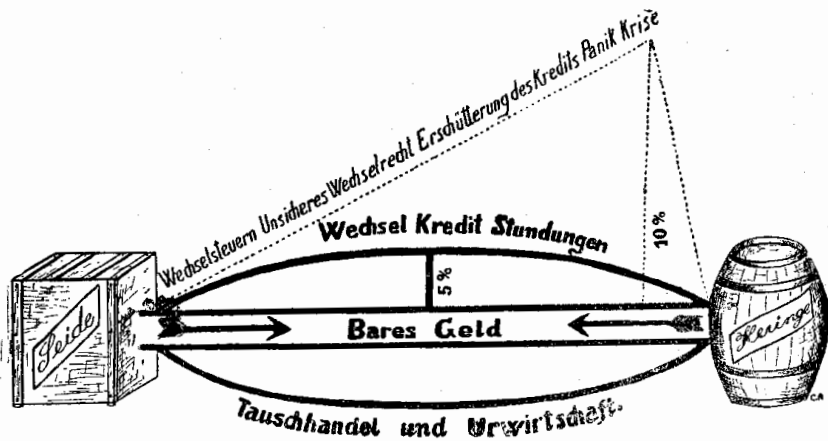
*Eine Konkurrenz unter Geldverleihern, die auf den Zins Einfluß haben könnte, gibt es also nicht. Sie ist unmöglich.*

Die einzigen Wettbewerber des Geldes, die die Macht des Geldes beschränken, sind die oben genannten drei Faktoren: die Urproduktion, der Tauschhandel und der Wechsel, die eine vermehrte Urproduktion, vermehrten Tauschhandel und vermehrten Wechselverkehr, als Folge erhöhter Zinsforderungen automatisch auslösen und dadurch eine allgemeine Preissteigerung der Waren bewirken, die dann die Geldbesitzer nachgiebig macht. (Zum besseren Verständnis für diesen Satz sei auf den folgenden Artikel – die Bestandteile des Zinsfußes – verwiesen.)

Zwischen zwei Punkten ist nur eine Gerade möglich, die Gerade ist die kürzeste, und die kürzeste ist – auf das Wirtschaftliche übertragen – auch die billigste.

Die kürzeste, Straße aber zwischen Konsumenten und Produzenten, und darum auch die ökonomischste, ist das Geld. (Bei der Urwirtschaft geht das Produkt zwar auf noch kürzerem Wege direkt von der Hand in den Mund. Dafür aber sind hier die Produktionsverhältnisse ungleich schlechter als bei der Warenproduktion.)

Alle anderen Straßen (Tauschhandel, Wechsel), die die Waren einschlagen, um den Konsumenten zu erreichen, sind länger und kostspieliger. Wie würde man auch sonst 105 M. in Wechseln für 100 M. in Geld geben, wenn das bare Geld dem Wechsel gegenüber als Tauschmittel keine Vorteile böte?



Aber diese billigste und kürzeste Straße kann der Geldbesitzer sperren, und gesetzmäßig gibt er sie nur frei, falls man ihm die Vorteile bezahlt, die das bare Geld, als die gerade Straße den krummen Straßen gegenüber aufweist. Fordert er mehr als diesen Unterschied, so schlägt die Ware den längeren Weg ein, fordert er weniger, so wird das Geld überlastet, d. h. die Waren, die sonst mittels Wechsel usw. ausgetauscht

wurden, beanspruchen dann das bare Geld. Die Nachfrage nach Geld wächst, die Warenpreise sinken, und bei sinkenden Preisen kann das Geld überhaupt nicht mehr umlaufen.

Das Geld erhebt „den Zins für seine Benutzung per Tag, wie eine Mietskutsche und vieles andere. Der Zins wird den allgemeinen Handelsspesen zugerechnet und mit diesen erhoben – ob durch Abzug beim Produzenten oder durch einen Zuschlag beim Konsumenten ist einerlei. In der Regel geschieht es so, daß der Kaufmann den Preis erfahrungsgemäß kennt, den er beim Konsumenten für die Ware erzielen kann. Von diesem Preise zieht er die Handelsspesen, seinen eigenen Arbeitslohn (netto Handelsgewinn) und den Zins ab. Diesen Zins berechnet er nach der Zeit, die erfahrungsgemäß im Durchschnitt bis zum Verkauf der Ware verstreicht. Der Rest ist für den Produzenten der Ware. Ist z. B. der Kleinhandelspreis einer Kiste Zigarren in Berlin zehn Mark, so weiß der Zigarrenfabrikant in München ganz gut, daß er diese zehn Mark nicht voll für sich beanspruchen kann. Er muß dem Händler in Berlin gegenüber den Preis so weit herabsetzen, daß dieser aus dem Unterschied zwischen dem Fabrik- und Verkaufspreis die Kosten für die Fracht, die Ladenmiete und seine Arbeit bestreiten kann. Und dann muß noch etwas übrigbleiben dafür, daß der Händler Geld in sein Geschäft „stecken“ muß. Dieses Geld kommt der Regel nach direkt oder indirekt von den Banken und Sparkassen, die das Geld selbstverständlich nur gegen Zins hergeben. Diesen Zins muß der Händler aus dem obigen Preisunterschied herauschlagen. Geht es nicht bei den heutigen Preisen, nun, so wartet er. Und so lange er wartet, muß auch der Fabrikant auf den Käufer warten. Ohne den Tribut an das Geld zu bezahlen, geht keine Zigarre von der Fabrik zum Konsumenten. Entweder ermäßigt der Fabrikant den Preis oder der Konsument erhöht ihn. Dem Kapitalisten ist das gleichgültig. Den Zins bekommt er auf alle Fälle. Der Urzins wird also ganz einfach zu all den übrigen Handelsspesen geschlagen. Die Handelsspesen sind im allgemeinen der Entgelt für geleistete Arbeit. Der Fuhrmann füttert die Pferde, schmiert die Achsen schwitzt und flucht. Es ist nicht mehr als recht, daß er dafür bezahlt werde. Der Kaufmann hütet den Laden, bezahlt die Miete, rechnet und grübelt. Er soll etwas dafür bekommen. Aber der Bankier, die Sparkasse, der Geldgeber – was tut er? Der König steht am Schlagbaum; er sperrt die Grenze und sagt: der Zehnte ist mein! Der Geldgeber steht vor dem Geldschrank; er sperrt den Austausch der Waren, die auf den Inhalt des Geldschrankes angewiesen sind als Tauschmittel und sagt wie, der König: Der Urzins ist mein! Der König, wie der Geldgeber tun im Grunde nichts, sie *sperrn nur* und erheben einen Tribut. Der Urzins ist also wie der Grenzzoll – ein Tribut, nur mit dem Unterschied, daß der König mit dem Zoll die Staatsausgaben bestreitet, während der Geldgeber sich persönlich mit dem Urzins gütlich tut. Wir bezahlen im Urzins

also weiter nichts als die Tätigkeit der Kapitalisten, dem Handel Steine in den Weg gewälzt zu haben. Darum sagte auch Proudhon, der große Franzose: „*Das Geld ist eine Schildwache die vor den Toren der Märkte aufgestellt ist und den Auftrag hat, niemand passieren zu lassen.*“

Welcher von den drei Wettbewerbern des Geldes, die dem Geldzins die Grenzen ziehen, ist der wichtigere? In entwickelten Handelsgebieten und normalen Zeiten ist der Wechsel der wichtigere, während die beiden anderen für die unentwickelten Länder ausschlaggebend sind. Denkt man sich z. B. Deutschland als geschlossenen Handelsstaat mit eigener Papierwährung, so würde ohne den Wechsel das Geld schon sehr hohe Ansprüche stellen können, ehe die Urwirtschaft und der Tauschhandel genügend stark eingreifen könnten, *um die für die Freigabe des Geldes nötige Hausse zu erzeugen* [Ich verweise nochmals zum besseren Verständnis für diesen Satz auf den Artikel am Schlusse des Buches: Die Bestandteile des Bruttozinses.]. Ja, man könnte annehmen, daß ohne den Wechsel (wozu natürlich Kreditverkäufe, Stundungen usw. mitzurechnen sind) das Geld in dem angenommenen Fall die Zinsforderungen bis hart an die Grenze des Nutzens steigern könnte, den uns die Arbeitsteilung bietet. Was ja schon vollkommen durch das Aufgeben der Arbeit in Krisenzeiten bewiesen wird. Den Arbeitslosen helfen die Urwirtschaft und der Tauschhandel nur ganz ausnahmsweise, und dann auch nur in sehr geringem Maße. So kann ein Arbeitsloser z. B. seine Hosen selber flicken, er kann sich selbst rasieren und seine Mahlzeiten selber bereiten. Er kann sein Brot backen, seine Kinder vielleicht unterrichten, und statt ins Theater zu gehen, schreibt er selbst für seine Familie ein Lustspiel, wenn der Hunger ihn in die dazu nötige Stimmung versetzt hat.

Ist also bei uns der Wechsel der wichtigste Zinsregulator, so sind in unentwickelten Ländern, in Asien und Afrika, in denen der Wechsel keine große Rolle spielen kann, die Urwirtschaft und der Tauschhandel von höchster Bedeutung für die Regulierung des Geldzinses. Und daß in solchen Ländern dieser Regulator wirksam sein muß, erkennt man daran, daß der Geldzins in früheren Zeiten, als die Arbeitsteilung nur in kleine Kreise des Volkes eingedrungen war, z. B. zur Zeit der Römer und im Bauernstaat der Königin Elisabeth von England, ungefähr die gleiche war wie heute, wie man das aus den Angaben am Schlusse dieses Buches ersehen kann.

Diese Gleichmäßigkeit des reinen Geldzinses ist so auffallend, daß man annehmen kann, die drei unter sich so verschiedenen und so verschiedene Kulturzustände voraussetzenden Regulatoren des Geldzinses (Urwirtschaft und Wechselrecht!) müßten sich gegenseitig bedingen und ergänzen. So erzeugt z. B. eine schon hoch entwickelte nur wenig mehr ausdehnungs-

fähige Arbeitsteilung und der damit bedingte Ausschluß der Urwirtschaft und des Tauschhandels wiederum die Kultur, die sozialen, gesetzlichen und handels-technischen Einrichtungen, auf denen der Wechselverkehr sich ausbilden und gedeihen kann. Die 36 Milliarden Mark, die 1907 in Deutschland in Wechseln in Umlauf gesetzt wurden, geben einen besseren Maßstab für die Entwicklung des Handels, als das Eisenbahnnetz und manches andere.

Und umgekehrt sind dort, wo der Kulturzustand den Ersatz des Geldes durch Wechsel ausschließt, wieder Urwirtschaft und Tauschhandel die treuen Wächter, die es verhindern, daß das Geld seinen Tribut nicht über bestimmte Grenzen hinaus erheben kann.

Fassen wir das in diesem Kapitel Gesagte kurz zusammen:

Der Geldzins ist ein Produkt eines selbständigen Kapitals, d. i. des Geldes, und läßt sich am besten mit dem Barriere- oder Schlagbaumgeld vergleichen, das der Raubritter und bis in jüngste Zeit der Staat für die Benutzung der Straßen erhob. Der Geldzins wird nicht vom Zins der Realkapitalien beeinflusst (wohl aber umgekehrt), und die Konkurrenz der Geldverleiher hat keinen Einfluß auf ihn. Begrenzt wird der Geldzins durch die Konkurrenz, die ihm die anderen Tauschmittel – der Wechsel, der Tauschhandel und die Urwirtschaft bereiten.

Bei der Geldverleihung wird nur der Besitzer des Geldes gewechselt, ohne daß dadurch irgend etwas am Geld geändert wird. Statt des Mannes ist es die Frau, die den Schlagbaum fallen läßt und die das Barrieregeld erhebt. Beim Wechsel und Tauschhandel dagegen findet kein solcher wesensloser Personenwechsel statt, sondern es wird dem Geld eine wirksame Konkurrenz dadurch eröffnet, daß den Waren andere Wege für den Austausch gebahnt werden.

Durch die Hausse, die der Wechsel, die Urwirtschaft und der Tauschhandel auslösen, *wird der Geldumlauf unter wirtschaftlichen Zwang gestellt, der es bewirkt, daß das Geld auch solchen Waren gegenüber seine Macht über bestimmte Grenzen hinaus nicht mißbrauchen kann, die zu ihrem Austausch sich nicht des Wechsels oder des Tauschhandels bedienen können.* Es geht hier wie bei den Lohnarbeitern zu, deren Lohn vom Arbeitsertrag der Ausgewanderten begrenzt wird, obschon sie nicht alle mit der Auswanderung zu drohen brauchen.

Der Geldzins wird von den Waren, also direkt aus der Zirkulation erhoben. (Wie zu Anfang gesagt wurde, leugnete Marx diese Möglichkeit.) Der Geldzins ist von der Existenz eines von Arbeitsmitteln entblößten Proletariats vollkommen unabhängig. Er würde keinen Pfifferling geringer sein, wenn alle Arbeiter mit eigenen Arbeitsmitteln versehen wären. Der Geld-



zins würde in solchem Falle den Arbeitern bei der Übergabe ihrer Produkte an den Händler (Geldbesitzer), abgenommen, und zwar darum, weil der Händler durch Festhalten des Geldes (ohne unmittelbaren Schaden für ihn) den Austausch der Produkte der Arbeiter untersagen und dadurch den Arbeitern einen direkten, unabwälbaren Schaden zufügen kann, weil diese Produkte durchweg und ohne nennenswerte Ausnahmen täglich an Quantität und Qualität verlieren und dabei noch erhebliche Kosten für Lagerung und Wartung verursachen.

Diesen Geldzins werden wir von jetzt ab „Urzins“ nennen [Die Bezeichnung „Urzins“ für den Geldzins, im Gegensatz zum Zins der Realkapitalien, wird den Vorteil haben, daß beide Zinsarten leichter auseinander gehalten werden können.].

## **Die Übertragung des Urzinses (Geldzins) auf die Ware.**

Eine Ware, die mit Urzins belastet werden soll, muß diese Last natürlich tragen können, d. h., sie muß solche Marktverhältnisse vorfinden, die ihr gestatten, den Einstandspreis zuzüglich Urzins im Verkaufspreis einzulösen. Die Marktverhältnisse müssen also derartige sein, daß das Geld nach der Formel G.W.G.' umlaufen kann.

Das ist klar. Denn wäre das nicht der Fall, so würde das Geld den Tausch ja nicht vermitteln, und die Verlegenheiten, in die die Warenproduzenten dann geraten, würden diese veranlassen, die Spannung zwischen Einstandspreis der Waren und ihrem Verkaufspreis so zu erweitern, daß in ihr neben allen anderen Handelsspesen auch noch der Urzins Platz fände.

Das alles geht ganz automatisch vonstatten. *Weil also das herkömmliche Geld, unser Tauschmittel, an und für sich ein Kapital ist, das keine Ware ohne seine Brandmarke in den Handel aufnimmt, findet die Ware gesetz- und regelmäßig solche Marktverhältnisse vor, die die Ware als zinserhebendes Kapital erscheinen lassen*, wenigstens für den Konsumenten, denn er bezahlt den Preis, den der Produzent erhalten hat, plus Zins. Vom Standpunkt des Produzenten dagegen erscheint die Ware (sein Produkt) als negatives Kapital, denn er erhält das, was er eigentlich erhalten sollte, nämlich den Preis, den der Konsument bezahlt, abzüglich Zins. Diesen Teil seines Produktes hat ihm das Geld abgepreßt. Ein Gegenstand aber, der Zins zahlen muß, darf füglich nicht als Kapital bezeichnet werden. Wenn die Ware Kapital wäre, so müßte sie es auch im Tauschhandel sein, und wie würde man sich da die Erhebung des Zinses vorstellen? Zwei Kapitalgegenstände, einander gegenübergestellt, nullifizieren sich, wie z. B. Rentenland und Geld gegeneinander ohne Zins ausgetauscht werden. Obschon jedes für sich Kapital ist, können

sie sich einander gegenüber nicht als Kapital benehmen. Der Ware gegenüber ist aber das Geld immer Kapital.

Übrigens erscheint die Ware dem Konsumenten nur als Kapital. Sieht er näher zu, so findet er bald, daß sie die Beute des Geldkapitals ist.

Jeder Produzent ist auch Konsument, und wie im Tauschhandel jeder das unverkürzte Produkt des anderen erhält, so muß auch heute jeder Produzent den vollen Preis, den der Konsument bezahlt, als die Gegenleistung für sein Produkt ansehen. Tut er das, so erscheint ihm die Ware als negatives Kapital. Sie *nimmt dann ihren wahren Charakter an, nämlich den eines einfachen Kassenboten des Geldkapitals. Sie erhebt den Urzins vom Konsumenten der Ware nicht für den Produzenten, sondern für den Besitzer des Geldes (Tauschmittel).* So etwa wie eine Nachnahmesendung. Und die Waffe, womit das Geld seinen Kassenboten ausrüstet, das ist die Unterbrechung der Verbindung zwischen den Produzenten durch Verweigerung des Tauschmittels.

Nimmt man dem Geld, dem Tauschvermittler, das Vorrecht, den Austausch der Produkte zwecks Erpressung des Urzinses untersagen zu können, wie es durch das Freigeld erreicht wird, so muß das Geld seine Dienste umsonst leisten, *und die Waren werden, genau wie im Tauschhandel, ohne Zinsbelastung gegeneinander ausgetauscht.*

Um diese kostenlose Tauschvermittlung herbeizuführen, prägt der Staat die Münzen kostenlos für die Barrenbesitzer, freilich ohne damit seinen Zweck zu erreichen. Würde der Staat diese kostenfreie Prägung durch einen jährlichen Schlagsatz von 5% ersetzen, dann würde das Geld die Tauschvermittlung umsonst bewirken.

## **Die Übertragung des Urzinses auf das sogenannte Realkapital.**

Die Ware wird mit Geld gekauft und, mit Urzins belastet, an den Konsumenten gegen Geld wieder verkauft. Und mit dem Verkauf der Ware ist das Geld wieder frei für einen neuen Beutezug [*Die folgende FN könnte aus Sicht des Bearbeiters entfallen:* Hiernach müßte der Konsument regelmäßig mehr Geld ausgeben, als er als Produzent einnimmt. Dieses Mehr, aus dem Urzins bestehend, verschafft sich der Produzent dadurch, daß er mehr Ware produziert und verkauft, als er kauft. Das Mehr, das so die Produzenten erzeugen, wird von den Geldbesitzern für persönlichen Bedarf gekauft, und zwar gerade mit dem Geld, das sie als Zins erheben. Mit den Handelsspesen, die der Konsument bezahlt, verhält es sich ebenso.].

Hiernach müßte der Konsument regelmäßig mehr Geld ausgeben, als er als Produzent einnimmt. Dieses Mehr, aus dem

Urzins bestehend, verschafft sich der Produzent dadurch, daß er mehr Ware produziert und verkauft, als er kauft. Das Mehr, das so die Produzenten erzeugen, wird von den Geldbesitzern für persönlichen Bedarf gekauft, und zwar gerade mit dem Geld, das sie als Zins erheben. Mit den Handelsspesen, die der Konsument bezahlt, verhält es sich ebenso.

Der Urzins, den das Geld auf solche Weise von den Waren erhebt, ist also keine einmalige Beute. Der Urzins ist eine dauernd sprudelnde Quelle, und die Erfahrung der Jahrtausende zeigt, daß man mit einer jährlichen und durchschnittlichen Beute von 4 oder 5% rechnen kann.

Der Zins, den der Kaufmann in direktem Verkehr mit der Ware von dieser erhebt, – das ist der wahre und volle Urzins. Das, was der Kaufmann seinem Gläubiger von diesem Zins abliefert, das ist der Urzins minus Erhebungskosten. Wie auch das Barrieregeld, das der Schlagbaumpächter an den Staat abliefert, nicht das volle Barrieregeld ist.

Wenn man nun mit dem Geld Ziegelsteine, Kalk, Träger usw. kauft, nicht, um diese als Ware wieder zu verkaufen, sondern, um ein Miethaus zu bauen, so verzichtet man freiwillig auf die Wiederkehr des Geldes und auf den Genuß des ihm anhaftenden Zinses. Man hat dann wohl ein Haus, aber kein Geld, kein Tauschmittel. Aber auf den Zins des Geldes, auf ein solches Kleinod, verzichtet niemand ohne Gegenleistung. Auf die Wiederkehr des Geldes und seines Tributes verzichtet man selbstverständlich nur unter der Bedingung, daß das Miethaus nun seinerseits den Zins einbringen wird, den das in seinem Bau verausgabte Geld erfahrungsgemäß jederzeit im Warenhandel einbringt. Kann das Geld von den Waren, aufs Jahr verteilt, 5% erheben, so muß auch das Haus von den Mietern, das Schiff von den Frachtgütern, die Fabrik von der Löhnen [ich gebrauche diesen Ausdruck ungern, weil er vielseitig ist. Besser ist es, vom Preis zu sprechen, den der Unternehmer den Arbeitern für ihre Produkte bezahlt. Der Unternehmer bezahlt das Arbeitsprodukt, die Leistung, nicht die Arbeit, d. h. die Funktion der tätigen Organe der Arbeiter.] den gleichen Tribut erheben können, sonst bleibt das Geld einfach auf dem Markte bei den Waren, und das Haus wird nicht gebaut.

Das Geld stellt also für das Zustandekommen eines Hauses, einer Fabrik usw. die selbstverständliche Bedingung, daß das Haus von den Mietern, die Fabrik von den Arbeitern, das Schiff von den Frachten denselben Zins erheben kann, den es selber von den Waren jederzeit erheben kann. Kein Zins, kein Geld für Häuser, Fabriken, Schiffe. Und ohne Geld, wie soll da jemand die tausend verschiedenen Gegenstände zusammentragen und zusammenfügen, die für ein Schiff, eine Fabrik, ein Haus nötig sind? Es ist ganz undenkbar, daß ohne Geld ein Haus usw. zustande komme. Und so besteht auch das Urkapital je

des kapitalistischen Unternehmens aus einer Summe Geld. Für alle die Millionen Miethäuser, Fabriken, Schiffe usw. gilt das Wort: *Im Anfang war das Geld.*

Wenn aber das Geld sich nicht hergibt für den Bau von Häusern, falls diese nicht den gleichen Zins, den das Geld von den Waren erhebt, erzielen können, so werden keine Häuser gebaut, und dann werden sie bald fehlen, und dann treibt der Mangel an Häusern den Mietzins herauf, genau wie der Mangel an Fabriken den Lohn der Arbeiter drückt.

*Also muß es geschehen, gesetzmäßig muß es so kommen, daß die Häuser, Schiffe, Fabriken, kurz das gesamte sogenannte Realkapital, den gleichen Zins einträgt, den das Geld dem Warenaustausch als Urzins aufbürden kann. Der Zins des Realkapitals unterliegt den Gesetzen des Wettbewerbs. Wo viele neue Häuser entstehen, da fällt der Hauszins. Der Urzins dagegen ist seiner Natur entsprechend dem Einfluß des Wettbewerbs entzogen. Der Urzins ist eine eherne Größe. (s. den Artikel am Schluß des Buches), und diese Größe markiert die Grenze, bis zu der das Realkapital vermehrt werden darf.*

Die Häuser, die Fabriken, Maschinen usw. sind Kapital. Sie erheben den Zins nicht wie die Ware als Kassenbote, um ihn an den Geldbesitzer abzuliefern, sondern für den Besitzer des Hauses. Aber diese Macht stützt sich nicht auf Eigenschaften dieser Dinge, sondern darauf, *daß das Geld, genau wie bei den Waren, die Marktlage für die Erhebung des Zinses vorbereitet. Das Verhältnis der Wohnungen zu den Mietern, der Schiffe zu den Frachtgütern, der Arbeiter zu den Fabriken, wird vom Geld immer künstlich, gesetz- und zwangsweise so gestaltet, daß die Mieter und Arbeiter (die Nachfrage) einem ungenügenden Angebot (Wohnungen, Fabriken) gegenüberstehen.*

Das herkömmliche, vom Staate verfertigte Geld (Tauschmittel) schützt alle existierenden Häuser vor einer den Zinsertrag schmälernenden Konkurrenz neuer Häuser. Das Geld wacht mit Eifersucht darüber, daß seine Kreaturen nicht entarten. Wenn sich das Geld zu einem Hausbau hergibt, so stellt es gleichzeitig einen Schein aus, worin es sich verpflichtet, daß es dem Volke niemals gestatten wird, so viele Häuser zu bauen, daß deren Zinsertrag unter den Urzins fällt. Und die Wirksamkeit dieser Gewähr ist durch die Erfahrung der Jahrtausende bestätigt worden.

Wenn man bedenkt, daß der Staat sich oftmals interessiert zeigt bei den Versuchen, der Arbeitslosigkeit zu steuern, daß er bei Gelegenheit Notstandsarbeiten (Arbeiterhäuser) unternimmt, und daß er das herkömmliche Geld verfertigt und ver-

waltet, so wird man ein bescheidenes Lächeln nur schwer unterdrücken können.

Das sogenannte Realkapital ist also eigentlich nichts weniger als real. Das Realkapital, oder das Kapitalreal, das Königskapital, das wirkliche Urkapital, das ist das Geld. Alle anderen Kapitalgegenstände sind Kreaturen des Geldes. Ihre Existenz als Kapital hängt durchaus von der Existenz des heutigen Geldes ab. Nimmt man dem Geld das Vorrecht, dem Volk den Bau neuer Häuser zu verbieten, reißt man das Wehr ein, welches das Geld zwischen den Arbeitern und den sogenannten Realkapitalien errichtet, so wächst das Angebot dieser Dinge, und sie verlieren ihren Charakter als Kapital.

Es klingt ja fast ungeheuerlich, und man muß seiner Sache sicher sein, wenn man die Behauptung aufstellt, daß die Häuser, Fabriken, Schiffe, Eisenbahnen, Theater, Elektrizitätswerke, kurz das gewaltige, düstere Meer, das man vom Berliner Kreuzberg aus überschaut, nur darum Kapital ist und Kapital sein muß, weil das Geld Kapital ist. Dieses ungeheure Meer, das sicherlich das Geldkapital 100mal überragt, brächte darum Zins ein, weil das Geld es so will! Das klingt doch gewiß unwahrscheinlich.

Aber das Unwahrscheinliche erscheint uns sofort ganz annehmbar, wenn wir bedenken, daß unser herkömmliches Geld uralt ist, daß es seit 3 oder 4000 Jahren ganz automatisch und gesetzmäßig den Bau von Häusern usw. immer künstlich so weit beschränkte, daß die Nachfrage stets größer als das Angebot war, und so die Häuser Kapital blieben.

Um das Unwahrscheinliche zu begreifen, muß man zu den 10 Milliarden Mark, die in Deutschland umlaufen mögen, die ökonomische Eiszeit, das Mittelalter, die tausend Wirtschaftskrisen rechnen, die das Geld seitdem erzwungen hat. Die Milliarden und Milliarden an Realkapital, die im Laufe der Zeit *durch erzwungene Arbeitslosigkeit nicht* erstanden sind, erklären das Unwahrscheinliche.

*Der Mangel an Häusern, Schiffen, Fabriken usw., der im Zinsertrag dieser Gegenstände in die Erscheinung tritt, ist das Ergebnis einer seit Jahrtausenden ununterbrochen wirkenden Ursache.*

Wenn die Volksmassen während der Krisenjahre 1873 bis 1878, statt zu feiern und zu hungern, Häuser und Maschinen hätten bauen dürfen, ob da nicht unter dem Drucke des Angebots der Hauszins gefallen wäre? Und das waren nur fünf Jahre. Dabei darf man nicht vergessen, daß die anderen Ursachen der Wirtschaftskrisen, die wir im ersten Teil des Buches besprachen, unabhängig vom Zins in der gleichen Richtung (Beschränkung und Verhinderung des Tausches) wirken.

Es ist also klar. Das sogenannte Realkapital muß Zins abwerfen, weil es nur durch Ausgeben von Geld zustande kommen kann und weil dieses Geld ein Kapital ist. Das sog. Real-

kapital besitzt nicht, wie das Geld, eigene zinszeugende Organe. Es handelt sich bei diesen sog. Realkapitalien, genau wie bei den Waren, um vom Geld ad hoc geschaffene und erzwungene Marktverhältnisse, um eine automatisch wirkende, künstliche Beschränkung in der Produktion sogenannter Realkapitalien, so daß deren Angebot niemals die Nachfrage decken kann.

Gesetzmäßig erzeugt das herkömmliche, vom Staate abgestempelte und verwaltete Geld durch erzwungene Arbeitslosigkeit das obdachlose Proletariat, dessen Existenz Voraussetzung für den Kapitalcharakter der Häuser, Fabriken, Schiffe ist.

*Das Geld ist für das Zustandekommen der sogenannten Realkapitalien unentbehrlich, und ohne Zins gibt es kein Geld. Ohne Proletariat [Proletariat = die der eigenen Produktionsmittel entblößten Arbeiter.] gibt es aber kein Realkapital. Folglich muß auch die Unentbehrlichkeit des Geldes das für den Zins der Realkapitalien und den Umlauf des Geldes unentbehrliche Proletariat erzeugen.*

*Das Geld schafft das Proletariat, nicht weil die Zinslasten das Volk um Hab und Gut bringen, sondern weil es das Volk gewaltsam daran hindert, sich Hab und Gut zu erschaffen (verfertigen).*

Man braucht also für die Herkunftserklärung des Proletariats nicht zu dem verzweifelten Ausweg der sog. historischen Erklärung zu greifen, denn das Proletariat ist eine gesetzmäßig sich einstellende Begleiterscheinung des herkömmlichen Geldes. Ohne Proletariat kein Zins der Realkapitalien, ohne Zins kein Geldumlauf, ohne Geldumlauf keine Arbeit und als Folge des Arbeitsmangels Proletariat.

In anderen Zeiten hat das Schwert zweifellos an der Schaffung des Proletariats kräftig mitgewirkt. Auch Thron (Gesetze) und Altar sind fleißig daran beteiligt gewesen. Auch heute noch sucht man die Grundrente unter den Schutz der Gesetze zu stellen und durch Kornzölle dem Volke die Waffen zu entreißen, die es sich für den Kampf gegen die Grundrente in Form von Schiffen, Eisenbahnen und landwirtschaftlichen Maschinen geschmiedet hat. Dem Recht auf Arbeit und Brot stellt man das Recht auf Grundrente entgegen! Aber auch ohne diese Hilfe wäre das Kapital nicht um einen einzigen Proletarier ärmer. Wäre die Hilfe von Schwert und Gesetz ausgeblieben, so hätten wir an deren Stelle ein paar Wirtschaftskrisen, einige Bataillone Arbeiterreserven mehr gehabt. *Das Geldkapital braucht Schwert und Gesetz nicht, um das nötige Proletariat für die Realkapitalien zu schaffen ; es trägt die dazu nötigen Kräfte in sich selbst. Mit der Gewalt der Naturkräfte schafft es sie. Metallgeld und Proletarier sind unzertrennlich.*

Das sogen. Realkapital besteht sicher aus sehr realen und unentbehrlichen Gegenständen, aber als Kapital sind diese Gegenstände nichts weniger als real. Der Zins, den sie heute abwerfen, ist eine Kreatur des Urkapitals, des Geldes.

### Vervollständigung der Theorie.

Wenn wir das Geld als das Urkapital und als allgemeinen Quartiermacher des sogen. Realkapitals bezeichnen und damit die Behauptung verknüpfen, daß das sogen. Realkapital seine zinszeugende Kraft nur dem Umstande verdankt, daß das Geld durch erzwungene Krisen, erzwungene Arbeitslosigkeit, also eigentlich durch Sengen und Brennen dem Realkapital die für die Erhebung eines dem Urzins entsprechenden Zinses nötige Marktlage vorbereitet – so müssen wir auch nachweisen können, daß der Zins der Realkapitalien vom Urzins derart beherrscht wird, daß er auf diesen immer und gesetzmäßig zurückfallen muß, falls er sich aus irgend einem Grunde von diesem vorübergehend entfernt hat.

Denn wir sagen, daß Nachfrage und Angebot den Zins des Realkapitals bestimmen und erkennen damit an, daß der Zins vielen Einflüssen unterworfen ist.

Was wir also sagen, ist, daß, wenn aus anderen Gründen der Zins der Realkapitalien vorübergehend über den Urzins steigt, er aus zwingenden, in der Natur selbst liegenden Gründen wieder fallen muß, und zwar bis auf den Urzins, und umgekehrt, daß, wenn der Zins der Realkapitalien vorübergehend unter den Urzins fällt, das Geld ihn automatisch wieder auf diese Höhe zurückführt, wodurch der Urzins das gesetzmäßige Maximum und Minimum wird von dem, was man in der Regel vom Realkapital erwarten kann. *Der Urzins ist der Schwerpunkt, um den der Zins aller Realkapitalien pendelt.*

Wenn das aber so ist, so müssen wir auch wieder den Nachweis erbringen können, daß, wenn wir die künstlichen Hindernisse beseitigen, die das heutige Geld dem Werden von sogen. Realkapitalien errichtet, das Angebot solcher Kapitalien durch die nun ungefesselte Arbeit des Volkes *und ohne irgend ein anderes Zutun* früher oder später die Nachfrage decken wird und zwar in dem Sinne, daß der Zins in der ganzen Welt auf Null fallen muß, wenigstens in allen Ländern, die durch Freihandel und Freizügigkeit miteinander verbunden sind.

Der Kapitalzins ist eine internationale Sache; er kann nicht einseitig national beseitigt werden. Würden z. B. die Häuser in Deutschland keinen Zins abwerfen, während man in Frankreich noch Zinsen erheben kann, so würde man kein Hauts mehr in Deutschland bauen. Die deutschen Kapitalisten würden ihre Überschüsse über die Grenze bringen durch Ankauf fran-

zösischer Wechsel, mit deren Erlös die Häuser in Frankreich gebaut würden.

Dazu wird der Nachweis nötig sein, daß

1. *es nicht an materieller Kraft fehlt, um: das zur Ersäufung des Zinses nötige Meer von Realkapitalien in absehbarer Zeit zu erzeugen;*
2. *der Reiz oder Wille, Realkapitalien (Miethäuser, Fabriken, Schiffe) hervorzubringen, nicht erlahmen wird, falls diese keinen Zins mehr abwerfen.*

Daß der Zins der Realkapitalien sich jederzeit nach oben sowohl wie nach unten vom Urzins entfernen kann, können wir leicht erkennen, wenn wir uns folgenden Fall vorstellen:

Nehmen wir an, daß die Pest  $\frac{3}{4}$  der Menschheit von ihrem Dasein erlösen würde, so würde das jetzige zwischen Proletariat und Realkapitalien bestehende Verhältnis auf den Kopf gestellt, und auf jeden Mieter kämen 4 Wohnungen, auf jeden Knecht vier Pflüge, auf jeden Arbeiterstamm 4 Fabriken. Unter solchen Verhältnissen würden die Realkapitalien keinen Zins mehr abwerfen. Der Wettbewerb der Hausbesitzer würde die Mieten, und der Wettbewerb der Unternehmer würde den Unternehmergewinn so weit herunterdrücken, daß wahrscheinlich nicht einmal die vollen Kosten für Instandhaltung und Abschreibung herausgeschlagen werden könnten.

So konnte man in der Provinzialhauptstadt La Plata in Argentinien in den Krisenjahren 1890–1895 umsonst die schönsten Häuser bewohnen, nicht einmal die Kosten der Instandhaltung konnten die Hausbesitzer erheben.

Unter solchen Verhältnissen würde nur mehr ein einziges Kapital fortbestehen, und zwar *das Geld*. Während alle übrigen Kapitalgegenstände die zinszeugende Kraft eingebüßt haben würden, brauchte das Geld auch dann noch nichts von seinen Zinsforderungen abzulassen, wenn 99% der Bevölkerung verschwunden wären. *Die Produkte der zinsfreien Arbeitsmittel* müßten für ihren Austausch dem Geld fernerhin den gleichen Zins zahlen – als ob nichts geschehen wäre.

Mit dieser Annahme wird die wahre Natur des Geldes und ihr Verhältnis zu den Realkapitalien sehr gut beleuchtet.

Wenn wir annehmen, daß der Geldbestand durch die Pest nicht verändert worden wäre, so würde das Mißverhältnis, zwischen Geld und Produkten die Preise stark in die Höhe treiben, aber auf den Zins hätte der relativ große Geldbestand keinen Einfluß, da, wie wir gezeigt haben, es niemals eine Konkurrenz unter Geldverleihern geben kann. Nur der Bruttozins würde durch die Preissteigerung eine Erhöhung erfahren (s. am Schluß den Artikel über die Bestandteile des Bruttozinses).



Unter diesen angenommenen Umständen bleibt es selbstverständlich ausgeschlossen, daß jemand Geld für den Bau einer Fabrik hergeben würde. Dies würde erst dann wieder geschehen, nachdem durch Feuersbrünste oder andere elementare Ereignisse, worunter in erster Linie der Zahn der Zeit zu rechnen ist, das Angebot solcher Realkapitalien sich so weit vermindert hätte, daß das ursprüngliche Verhältnis und damit der Urzins wieder erreicht wäre. Warum das so wäre, ist gesagt.

Der Zins der sogen. Realkapitalien kann demnach jederzeit infolge außergewöhnlicher Ereignisse unter den Urzins fallen, aber die natürlichen Zerstörungen, denen das Realkapital ausgesetzt ist (s. die Liste der jährlichen Schiffbrüche und Abtakelungen, der Feuersbrünste, der Abschreibungen aller Fabriken, der Eisenbahnzusammenstöße usw.), zusammen mit dem Umstand, daß das Geld keine Neuproduktion von Realkapital zuläßt, so lange der Zins des bestehenden Kapitals nicht die Höhe des Urzinses erreicht, bringen Nachfrage und Angebot von Realkapitalien gesetzmäßig wieder in das ursprüngliche Verhältnis zurück.

Wir sind aber noch den Beweis schuldig, daß das Realkapital auch nicht dauernd *über* dem Urzins stehen kann.

Daß durch besondere Verhältnisse dieser Fall eintreten kann und in manchen Ländern mit relativ starker Einwanderung sogar jahrzehntelang anhalten kann, wollen wir gleich und freudig anerkennen, denn er ist ein schöner Beweis für die Richtigkeit der Lehre vom Zins, wonach Angebot und Nachfrage absolut darüber bestimmen, ob und welchen Zins die Realkapitalien abwerfen.

Wie viel Kapital an Wohnung, Arbeitsmitteln, Läden, Eisenbahnen, Kanälen, Hafenanlagen usw. auf eine Arbeiterfamilie in Amerika entfällt, weiß ich nicht. Es mögen 5000, es mögen auch 10.000 Dollars sein. Nehmen wir nur 5000 Dollar an, so müßten die Amerikaner, um für die proletarischen Untertanen europäischer Fürsten, die dort jährlich landen, etwa 100.000 Familien, alle Jahre  $5000 \times 100.000 = 500$  Millionen Dollars in neuen Häusern, Fabriken, Eisenbahnen, Schiffen anlegen, nur um für diese Einwanderer Obdach und Arbeitsinstrumente zu beschaffen. Eine Leistung, der gegenüber die armseligen Geldbeträge, womit das „Vaterland“ seine Kinder ausstattet, überhaupt nicht in Frage kommen.

Nehmen wir den Fall an, daß auf den Ruf „Wer in Deutschland unzufrieden ist, soll auswandern“, sämtliche deutsche Arbeiter nach den Vereinigten Staaten ausgewandert wären, so hätte es dort an allem gemangelt, um diese Massen zu beschäftigen und zu beherbergen. Dieser Mangel an Fabriken, Maschinen, Häusern hätte auf die Löhne gedrückt und gleichzeitig die Wohnungsmieten gewaltig in die Höhe geschraubt. Der Zins der Realkapitalien wäre gewaltig gestiegen.

Die Sache entzieht sich gewöhnlich dadurch direkter Beobachtung, daß die Realkapitalien im Preise steigen, wenn der Zinsertrag steigt. Ein Haus, das man für 10.000 Mark verkaufen kann, weil es 500 Mark Zins einbringt, steigt auf 20.000 Mark, wenn der Hauszins auf 1000 Mark steigt. Nominell wirft das Haus dann nur 5% ab.

Nun müssen wir erklären können, daß aus natürlichen, zwingenden Gründen jede Erhöhung des Realkapitalzinses über den Urzins hinaus eine ständig wachsende Neuproduktion von Häusern usw. automatisch auslöst, unter deren Druck (Angebot) der Zins dieser Dinge in absehbarer Zeit wieder auf den Urzins als Grenze und Schwerpunkt fällt und zwar ebenso automatisch, wie er im entgegengesetzten Falle wieder bis an diese Grenze gestiegen war. Es dürfen solchem Geschehen keine Hindernisse natürlicher und psychologischer Ordnung entgegenstehen. Der Arbeitswille, die Arbeitskraft, sowie die Unterstützung der Natur müssen ausreichend sein, um die sogenannten Realkapitalien immer und an allen Orten in einer Menge zu beschaffen, daß deren Angebot als Kapital den Zins auf die Grenzen des Urzinses drücken muß.

Es ist kein Unsinn, sondern ein Ausfluß reiner Vernunft, wenn *Flürscheim* [The Economic Problem by Michael Flürscheim, Xenia U S. A. 1910.] sagt: „Der Zins ist der Vater des Zinses“. Womit gesagt wird, daß die Zinslasten das Volk daran hindern, das zur Beseitigung des Zinses nötige Angebot von Realkapital zu erzeugen, ähnlich wie der Pachtzins den Bauer daran hindert, das gepachtete Land zu kaufen und zu bezahlen.

Aber im Satze: „Der Zins ist der Vater des Zinses“ ist auch die Behauptung eingeschlossen, daß ein steigender Zins auch die Ursache eines unaufhaltsam weiteren Steigens des Zinses sein müßte. Ist das Fallgesetz auf den Zins anwendbar, wenn der Zins fällt, so müßte es auch in umgekehrter Richtung anwendbar sein, wenn der Zins steigt. Mit den Methoden, die Flürscheim in seinen Untersuchungen anwendet, konnte er diesen Widerspruch nicht lösen.

Daß dem nun auch tatsächlich so ist, erkennen wir an der Tatsache, daß die Vereinigten Staaten von Nordamerika in verhältnismäßig kurzer Zeit auf dem internationalen Kapitalmarkt von der Nachfrage zum Angebot übergegangen sind, daß sie das Riesenwerk von Panama mit eigenen Mitteln ausführen, daß sie mit der Mitgift ihrer Töchter die europäischen Fürstenthümer vor dem Ruin retten und auch sonst in der Welt Absatz für ihre Kapitalüberschüsse suchen. Dieser Fall ist um so überzeugender, als dort der Bürgerkrieg und die gewaltige Einwanderung pudelarmer Einwanderer einerseits das Angebot unnatürlich beschränkt, andererseits die Nachfrage unnatürlich vermehrt hatten. Auch dadurch wirkt dieser Fall so überzeugend, daß während der wenigen Jahrzehnte, in denen sich dieser Umschwung abgespielt hat, der Prozeß durch besonders zahlreiche und verheerende Wirtschaftskrisen natürlich stark verlangsamt wurde.

Dies ist aber nur die Tatsache. Fehlt noch die Erklärung.

Der Zins, den das sogen. Realkapital abwirft, reizt zur Bildung neuer Kapitalien, und je höher der Zins, um so größer der Reiz. Freilich, je höher der Zins, um so größer die Zinslasten und um so schwerer wird es denen, die den Zins aufbringen, selber durch Sparen ein Kapital zu bilden. Jedoch in der heutigen Ordnung der Dinge sind es nur in geringem Maße die Überschüsse der arbeitenden, zinszahlenden Klassen, mit denen die Neuanlagen von Kapital ausgeführt werden. In der Hauptsache stammen diese aus den Überschüssen der Kapitalisten, und diese Überschüsse wachsen natürlich mit der Vermehrung ihrer Einnahmen, *d. h. also mit der Erhöhung, des Kapitalzinses.*

Hierbei ist nun folgendes zu beachten:

Ein Herabgehen des Zinses von 5 auf 4% ermäßigt die Zinslasten der Arbeiter um 20%, aber die Einnahmen der Arbeiter wachsen dadurch nicht im gleichen Verhältnis.

Wäre z. B. der Brutto-Arbeitsertrag	100
und gingen hiervon bei 5% an Zinslasten ab etwa	60
so blieben netto übrig	<b>40</b>

Geht nun der Zins auf 4% herab, so sind die Zinslasten

$60 \times 4$

$\frac{5}{100} = 48$ , und dann bleiben netto übrig	52
---	----

was einer Lohnerhöhung von 30% entspricht. Betragen aber die Zinslasten (also alles, was der Arbeiter verzinst = die Wohnung, die Fabrik, die Läden, Eisenbahnen, Bäckerei usw.) bei 5% nicht 60, sondern nur etwa 30% des Arbeitsproduktes, so bleiben als Lohn übrig  $100 - 30 =$

**70**

und ein Herabgehen des Zinses von 5 auf 4% setzt die Zinslasten von 30 auf 24 herab, so daß der Lohn jetzt netto beträgt  $100 - 24 =$

**76**

was eine Erhöhung von  $8\frac{1}{2}\%$  beträgt, während doch der Zins um 20% gefallen ist.

*Beim Kapitalisten hingegen steigen und fallen die Einnahmen genau mit dem Zins. Steigt der Zins von 4 auf 5%, so hat der Kapitalist eine Mehreinnahme von genau 20% und umgekehrt, wenn der Zinsfuß fällt.*

Dies ist für das, was wir zu zeigen haben, eine wichtige Tatsache.

Nehmen wir an, daß aus irgend einem Grunde das Realkapital den Zinsertrag verdoppelte, so würden auch die Einnahmen der Kapitalisten sich verdoppeln, und bei unveränderten Ausgaben würden ihre *Überschüsse* um die volle Hälfte ihrer Einnahmen steigen. Unter der Annahme (die wir gleich begründen werden), daß die Kapitalisten diese Überschüsse nicht für Privatausgaben, sondern in der Hauptsache für Kapitalanlagen verwenden würden, müßte bald unter dem Drucke des wachsenden Angebots solcher Realkapitalien der Zins derselben zurückgehen.

Freilich würde eine Verdoppelung der Zinserträge bei den Kapitalisten einer Verdoppelung der Zinslasten bei den Arbeitern gleichkommen, die nun ihrerseits nur wenige oder überhaupt keine Ersparnisse machen können. Aber dadurch wird der Einfluß der Zinserhöhung auf Vermehrung der Kapitalanlagen nicht aufgehoben und zwar aus folgendem Grunde. Wenn ein ausgemergelter Arbeiter eine Lohnerhöhung erzielt, so hat er aller Regel nach immer Dringenderes zu tun als eine Sparbüchse zu kaufen. So viele dringende Bedürfnisse des schwächlichen Leibes erwarten da die Lohnerhöhung.

Beim Kapitalisten dagegen trifft die Vermehrung der Einnahmen durch eine Erhöhung des Zinses ganz andere Verhältnisse vor. Er hat kein persönliches Bedürfnis, das er nicht befriedigen könnte und hat nur eine Sorge: Er muß sein Kapital vermehren, damit seine Kinder später in der Lage sind, das Leben weiter zu führen, das er sie mit seinem Beispiel lehrt. Sowie die Zahl der Kinder das erste Paar überschreitet, tritt für den Kapitalisten die Notwendigkeit heran, sein Kapital zu vermehren, und dazu sehen ihm keine anderen Einnahmequellen zur Verfügung, als zu sparen. Der Arbeiter dagegen braucht nicht für seine Kinder zu sparen, denn diese werden wie die Eltern standesgemäß vom Lohne leben.

Der Kapitalist *muß* sparen; er *muß* die zinstragenden Kapitalien vermehren (obschon die Vermehrung dieser Kapitalien den Zins derselben drückt), um sein sich vermehrendes Geschlecht in die Lage zu versetzen, sich standesgemäß ohne Arbeit durchs Leben zu schlagen. Und wenn er schon der Regel nach sparen muß, so kann man annehmen, daß er auch aller Regel nach die durch Zinserhöhung wachsenden Überschüsse zu neuen Kapitalanlagen verwenden wird.

Darum kann man folgern, daß eine Erhöhung des Kapitalzinses, obschon sie immer auf Kosten des arbeitenden Volkes und der kleinen Sparer erfolgt, dennoch die Summe der in einem Lande für neue Realkapitalien verfügbaren Überschüsse eher vermehren als vermindern muß, und daß eine Zinserhöhung darum *auch die Kräfte vermehrt, die auf den Zins drücken. Je höher der Zins, desto mehr wächst dieser Druck.*

Beispiele freilich kann man hierfür nicht beibringen; zahlenmäßig läßt sich das Gesagte nicht beweisen. Dazu eignen sich die Zahlen nicht, die uns die Goldwährung liefert. Wenn Carnegie seinen Arbeitern 20 oder 50% mehr Lohn bezahlt hätte, so wäre er wahrscheinlich nie zu der ersten Milliarde gelangt. Ob aber dann alle die Stahlwerke, die Carnegie mit dem Gelde schuf und die nun das Angebot des Realkapitals vermehren, die Löhne in die Höhe treiben und den Zins entsprechend herunterdrücken, entstanden wären durch die Ersparnisse der Arbeiter? Ob die Arbeiter jene 20 oder 50% Lohnerhöhung nicht für eine auskömmliche Ernährung ihrer Kinder, für gesündere Wohnungen, für Seife und Bäder verschwendet hätten?

Mit anderen Worten: ob die Arbeiter zusammen für neue Stahlwerke so viele Überschüsse gemacht hätten, als wie Carnegie allein mit seinen billigen persönlichen Bedürfnissen sparen konnte? (Eigentlich hätten die Arbeiter, um das gleiche, heute bestehende Verhältnis zwischen Nachfrage nach Arbeitsmitteln und ihrem Angebot aufrecht zu erhalten, eine bedeutend größere Masse an Realkapitalien schaffen müssen, denn der karge Lohn verursacht heute eine skandalöse Säuglingssterblichkeit, und eine Lohnerhöhung würde diese vermindert und infolgedessen eine starke Vermehrung der Arbeiter und der Nachfrage nach Arbeitsmitteln. verursacht haben.)

Wir verneinen nun obige Frage rundweg – und irren dabei ganz gewaltig. Denn was hat Carnegie durch die Häufung von Realkapitalien, durch seine persönliche Sparsamkeit erreicht? Er hat den Zins dieser Dinge immer und immer wieder unter den Urzins gedrückt und dadurch Krise auf Krise ausgelöst, die ebenso viele Realkapitalien vernichteten oder am Entstehen verhinderten, wie der brave Mann durch sein vernünftiges Wirtschaften zusammenbrachte. Hätte Carnegie die Überschüsse seines Betriebes durch Lohnerhöhung unter die Arbeiter verteilt, so wäre von diesen Lohnerhöhungen nur ein kleinerer Teil für neue Realkapitalien gespart worden, der größere Teil wäre in Seifen-, Speck- und Bohnenorgien verpraßt worden. Darum aber wären die Zwischenräume von einer Krise zur anderen größer gewesen. Die Arbeiter hätten infolgedessen durch erzwungene Arbeitslosigkeit weniger verloren und dadurch wieder ausgeglichen, was sie sonst an Luxus mehr verschwendeten. Das Resultat wäre, was den Zins anbetrifft, das Gleiche geblieben; d. h. *ohne* die Sparsamkeit Carnegies stände heute das Angebot von Realkapitalien auf gleicher Höhe, wie *mit* dieser Sparsamkeit. Der Unterschied zwischen dem, was Carnegie persönlich sparen konnte und dem, was die Arbeiter weniger gespart hätten, ist durch Wirtschaftskrisen gesetz- und regelmäßig vernichtet worden.

Der Selbsterhaltungstrieb der Kapitalisten, sowie der Umstand, daß sich der Kapitalist vermehrt, zwingen ihn dazu, Überschüsse zu machen, und zwar zinstragende Überschüsse. Er muß sie sogar dann noch machen, wenn seine Einnahmen zurückgehen, *und zwar muß der Selbsterhaltungstrieb den Kapitalisten um so stärker zur Sparsamkeit mahnen, je mehr der Zins fällt.* Will z. B. ein Kapitalist den Einnahmeausfall, den er dadurch erleidet, daß der Zins von 5 auf 4% fällt, durch Kapitalvermehrung ausgleichen, so muß er sein Kapital durch Ersparnisse an seinen persönlichen Ausgaben um  $\frac{1}{5}$  vermehren.

*Steigt der Zins, so können die Kapitalisten sparen, fällt er, so müssen sie sparen.* Im ersten Fall wird das Resultat zwar größer sein als im zweiten Fall,

aber das schränkt die Bedeutung dieses Sachverhalts für den Zins nicht ein. Es ändert dies nichts an der Tatsache, daß, je mehr der Zinsfuß fällt, der Kapitalist auf Kosten seiner Privatausgaben seine Einnahmen für die Vermehrung der Realkapitalien um so stärker heranziehen muß, *obschon gerade seine Notlage eine Folge vermehrter Realkapitalien ist.*

Für uns, die wir behaupten, daß es in der Natur der Dinge liegt, daß die Realkapitalien sich bis zur eigenen Vernichtung, also bis zur völligen Beseitigung des Zinses vermehren [Man nennt solches Kapital heute totes Kapital. Eine *contradictio in adjecto*, da Gegenstände, die keinen Zins mehr abwerfen, überhaupt kein Kapital, weder totes noch lebendes Kapital sind.], ist die soeben erwähnte Tatsache ein schöner Beweis für das, was wir noch nachzuweisen haben, nämlich, daß, wenn der Kapitalzins fällt, der Wille und die Notwendigkeit zu neuen, den Zins erdrückenden Kapitalanlagen nicht fehlen werden – vorausgesetzt, daß wir solchen Kapitalvermehrungen das Hindernis wegräumen, welches das herkömmliche Geld ihrem Werden errichtet.

Geht der Zinsfuß von 5 auf 4% herab, so muß der Kapitalist durch Einschränkung seiner Privatausgaben sein Kapital von 8 auf 10 erhöhen, und zwar durch Anlegen seiner vermehrten Ersparnisse in Realkapitalien. Weil der Zins von 5 auf 4% fiel, wird also der Kapitalist an Stelle eines Sommerhauses für sich eine Mietskaserne in der Stadt bauen lassen. Und die neue Mietskaserne wird den Zins des Häuserkapitals noch weiter herabdrücken. Im allgemeinen Interesse des Kapitals läge es, wenn der Kapitalist das Sommerhaus und nicht die Mietskaserne baute. Aber für den Einzelkapitalisten verhält es sich umgekehrt.

Fällt der Zins weiter (unter dem Drucke der neuen Mietskaserne) von 4 auf 3%, so muß der Kapitalist sich weitere Einschränkungen auferlegen, und statt die Schulden eines fürstlichen Schwiegersohnes zu bezahlen, wird er seine Tochter einem Bauunternehmer geben, der mit der Mitgift Mietskasernen errichtet, die zwar Zins abwerfen, aber auch gleichzeitig auf den Zins drücken. Und so weiter.

Es liegt also in der Natur, im Selbsterhaltungstrieb des Kapitalisten, also gerade in dem Triebe, bei dem der Wille absoluter Meister im Menschen ist, *daß er von seinen Einnahmen einen um so stärkeren Prozentsatz zu neuen, den Zins herabdrückenden Realkapitalien verwenden muß, je mehr der Zins fällt.*

In Zahlen ausgedrückt erhalten wir von dem hier Gesagten folgendes Bild:

Der Zins, den die Arbeiter in Deutschland bei 5% aufbringen, betrage	20 Milliarden
Davon bestimmen die Kapitalisten für Neuanlagen 50% und den Rest für persönliche Bedürfnisse.	10 Milliarden

Nun fällt der Zins von 5% auf 4% und die Zinseinkünfte entsprechend von 20 auf 16 Milliarden

So verlieren die Kapitalisten 4 Milliarden

Durch diesen Einnahmeausfall, der einem Kapitalverlust von 100 Milliarden entspricht, werden die Kapitalisten gezwungen, einen größeren Teil ihrer Einkünfte für Neuanlagen zu bestimmen. Statt der früheren 50% mögen sie jetzt 60% ihrer von 20 auf 16 Milliarden reduzierten Einkünfte für Neuanlagen bestimmen, was dann an Stelle der früheren 10 Milliarden ausmacht. 9<sup>6/10</sup> Milliarden

Aber dem Einnahmeausfall der Kapitalisten steht eine gleich große Mehreinnahme bei den Arbeitern gegenüber. Würden die Arbeiter diese Mehreinnahmen unverkürzt durch die Sparkassen neuen zinstragenden Anlagen zuführen, so würde durch den Zinsrückgang von 4 Milliarden die ursprüngliche von uns oben mit 10 Milliarden angegebene, für Neuanlagen bestimmte Summe nun betragen 13<sup>6/10</sup> Milliarden nämlich 4 Milliarden von Seiten der Arbeiter und 9<sup>6/10</sup> Milliarden von Seiten der Kapitalisten.

Nehmen wir aber an, daß die Arbeiter nur einen Teil der 4 Milliarden an herabgesetzten Zinslasten sparen würden, etwa nur 50%, so würde immerhin durch den Zinsrückgang von 5 auf 4% die Summe der jährlichen kapitalistischen Neuanlagen von 10 auf 11<sup>6/10</sup> Milliarden steigen.

Und je mehr der Zinsfuß fällt, um so mehr wächst die Summe, die für zinsdrückende und -erdrückende Neuanlagen bestimmt wird – von Seiten der Kapitalisten aus Not, von Seiten der Arbeiter, weil sie ihren Sparinstinkten Folge geben *können*. Die Natur des Realkapitalisten treibt ihn also sozusagen zum Selbstmord.

Je mehr der Zins fällt, um so stärker wird die Neuproduktion von Realkapitalien, die auf den Zins drücken – so daß vielleicht das physikalische *Fallgesetz* auf den Zins anwendbar sein mag – selbstverständlich erst dann, wenn wir das Hindernis beseitigen, welches das herkömmliche Geld dem Zustandekommen solcher Massen von Realkapitalien errichtet.

Man sagt, daß, wenn das Realkapital keinen Zins mehr einbringt, niemand mehr ein Mietshaus, eine Fabrik, einen Ziegelofen usw. bauen wird. Man wird die Ersparnisse lieber in Ver-

gnügungsreisen verausgaben, als Mietshäuser bauen, damit andere darin mietefrei in Saus und Braus leben können.

Aber hier wird mehr behauptet, als das Wort zinsfrei sagt. Die Miete eines Hauses besteht nur zum Teil aus Zins. Die Miete begreift neben dem Zins des Gebäudekapitals die Grundrente, die Ausbesserungen, Abschreibungen, Steuern, Versicherung, die privaten Ausgaben für Reinigung, Heizung, Beaufsichtigung, Ausstattung usw. Oft mag der Zins 70 oder 80% der Miete ausmachen, oft in zentralen Lagen der Großstadt auch nur 20 oder 30%. Wenn also der Zins auf Null fällt, so bleibt immer noch ein genügender Rest an obigen Ausgaben, um zu verhüten, daß jeder Vagabund einen Palast für sich beansprucht.

Ebenso verhält es sich mit den übrigen Realkapitalien. Wer diese Realkapitalien in Benutzung hat, muß neben dem Zins noch erhebliche Ausgaben für Instandhaltung, Abschreibungen, Versicherungen, Grundrenten, Steuern usw. gewärtigen, Ausgaben, die aller Regel nach den Zins des Kapitals erreichen und übersteigen. Das Häuserkapital steht in dieser Beziehung noch am günstigsten. Von 2.653 deutschen Aktiengesellschaften mit 9.201.313.000 Mark Kapital wurden 1911 439.900.475 Mark abgeschrieben, also zirka 5% im Durchschnitt. Ohne die jährlichen Erneuerungen (neben den Reparaturen) bliebe von obigem Kapital nach 20 Jahren nichts übrig.

Aber auch sonst ist der Einwand nicht richtig, *namentlich auch nicht den bisher von ihren Renten lebenden Personen gegenüber.*

Denn, werden diese Personen schon durch den Rückgang des Kapitalzinses zu größerer Sparsamkeit gezwungen, so werden sie durch das völlige Verschwinden des Zinses um so mehr darauf bedacht sein, das, was sie haben, (und was jetzt kein Kapital mehr ist), *möglichst langsam zu verzehren.* Und das erreichen sie eben damit, daß sie von den jährlichen Abschreibungen ihres Kapitals nur einen Teil für persönliche Zwecke verausgaben, den Rest aber wieder für den Bau neuer Häuser, Schiffe usw. bestimmen, die ihnen keinen Zins, wohl aber Sicherheit gegen unmittelbaren Verlust bieten. Würden sie das Geld (Freigeld) behalten, so würden sie nicht nur keinen Zins, sondern noch einen Verlust haben. Durch den Bau neuer Häuser vermeiden sie diesen Verlust.

So wird z. B. ein Aktionär des Norddeutschen Lloyd, der nach unserer Annahme keine Dividenden mehr zu erwarten hat, nicht verlangen, daß ihm der Betrag der Abschreibungen, womit der Lloyd heute die neuen Schiffe baut, voll ausbezahlt werde. Er wird sich mit einem Teil begnügen, um den Tag möglichst lange hinauszuschieben, an dem ihm der Rest seines Vermögens ausbezahlt wird. So werden also immer wieder neue Schiffe gebaut, trotzdem sie keinen Zins und nur Abschreibungen abwerfen. Freilich würde aber dennoch mit der Zeit das letzte Schiff des Norddeutschen Lloyd in Trümmer zerfallen, wenn



nicht andere an die Stelle des von den Abschreibungen zehrenden, gewesenen Rentners einspringen würden, wenn nicht die von den Zinslasten befreiten Arbeiter das tun würden, was die gewesenen Rentner nicht mehr tun können. Den Teil der Abschreibungen, den der gewesene Rentner verzehrt, werden also die Sparer ersetzen, allerdings auch nur, um im Alter von den erwarteten Abschreibungen leben und zehren zu können.

*Es ist also nicht nötig, daß die Häuser, Fabriken, Schiffe usw. Zins abwerfen, um die Mittel zu ihrer Herstellung von allen Seiten heranzulocken. Diese Dinge erweisen sich nach Einführung des Freigeldes für alle Sparer als das beste Konservierungsmittel für die Ersparnisse.* Indem die Sparer die Überschüsse in Häusern, Schiffen, Fabriken anlegen, die keinen Zins eintragen, wohl aber sich in Abschreibungen wieder auflösen, sparen sie die Kosten der Wartung und Lagerung dieser Überschüsse, und zwar vom Tage, wo der Überschuß gemacht wurde, bis zum Tage, wo er verzehrt werden soll, und da zwischen diesen beiden Tagen oft Jahrzehnte liegen (ein Jüngling, der für sein Alter spart!), so sind es große Vorteile, die den Sparern die genannten Geldanlagen bieten.

Der Zins ist ja sicher ein besonderer Reiz für den Sparer. Aber nötig ist dieser besondere Reiz nicht. Der Sparinstinkt ist auch ohne diesen Reiz machtvoll genug. Übrigens, so kräftig der Zins als Sparreiz auch wirken mag, so ist er doch keinesfalls stärker, als das Hindernis, das der Zins dem Sparer errichtet. Infolge der Zinslasten heißt sparen heute für die Volksmassen – entsagen, entbehren, hungern, frieren und nach Luft schnappen. *Denn gerade durch den Zins, den der Arbeiter erst für andere aufbringen muß, wird der Arbeitsertrag so stark beschnitten, daß in der Regel der Arbeiter an Sparen überhaupt nicht denken kann.* Ist also der Zins ein Sparreiz, so ist er in noch stärkerem Grade ein Sparhindernis. Der Zins beschränkt die Sparmöglichkeit auf ganz kleine Kreise, und die Sparfähigkeit auf den geringen Extrakt dieser Kreise, die den nötigen heroischen Entschluß dazu haben. Geht der Zins auf Null herunter, so steigt der Arbeitsertrag um den vollen Betrag der Zinslasten, und entsprechend erweitert sich die Sparmöglichkeit und Sparfähigkeit. Und es ist doch sicher leichter, von 200 Mark, als von 100 Mark 5 Mark zu sparen. Und wahrscheinlich ist es auch, daß, wenn jemand durch die Zinsaussichten mitbestimmt wurde, bei 100 Mark sich und seinen Kindern 10 Mark am Munde abzusparen, derselbe bei 200 Mark ohne jenen Reiz aus natürlichen Spartrieben, wenn auch nicht 110 Mark, so doch erheblich mehr als 10 Mark sparen wird.

In der Natur wird übrigens das Sparen ganz allgemein ohne Aussicht auf Zins geübt. Die Bienen und Hamster sparen, obschon ihnen der Schatz keinen Zins, wohl aber viele Feinde ver-

schaft. Bei den Naturvölkern wird auch gespart, obschon dort von Zins keine Rede ist [Kein Neger, kein Hottentot, kein Mohikaner hat jemals Zins von seinen Ersparnissen ein-kassiert. Trotzdem wird keiner von ihnen seine Ersparnisse (Vorräte ) gegen die Ersparnisse unserer Proletarier (Sparkassenbuch) hergeben wollen.]. Warum soll der Kulturmensch anders geartet sein? Man spart, um sich ein Haus zu bauen, man spart für die Hochzeit, fürs Alter, für Krankheitsfälle, und in Deutschland sparen manche sogar für ihre Totenmesse und für die Begräbniskasse. Und das Begräbnis wirft dem Toten doch keinen Zins ab. Und übrigens, seit wann spart der Proletarier für die Sparkasse? Brachte das in den Matratzen verborgene Geld früher Zins ein? Und solche Sparanlagen waren doch bis vor 30 Jahren allgemein Sitte. Auch die Wintervorräte bringen keinen Zins ein, dagegen viel Verdruß.

Sparen heißt, mehr Ware erzeugen, als verbrauchen. Ein Volk, das spart, erzeugt mehr Ware, als es für den unmittelbaren Verbrauch bestimmt. Aber was macht der Sparer, das Volk, mit diesen Überschüssen an Waren? Wer bewahrt diese Waren auf, und wer bezahlt die Kosten der Aufbewahrung? Wenn wir hier antworten: der Sparer verkauft seine Produktionsüberschüsse, so verlegen wir die Frage vom Verkäufer auf den Käufer, und auf ein Volk als Ganzes ist diese Antwort überhaupt nicht anwendbar.

Wenn nun jemand Ersparnisse macht, d. h. mehr Waren erzeugt, als Ware verbraucht, und er findet jemand, dem er den Überschuß unter der Bedingung verleihen kann, daß ihm seine Ersparnisse ohne Zins, aber auch ohne Verluste, nach Jahr und Tag wieder zurückerstattet werden, so ist das für den Sparer ein außerordentlich vorteilhafter Handel. Spart er doch die Unterhaltungskosten seiner Ersparnisse. Er gibt 100 Tonnen frischen Weizen in seiner Jugend, und in seinem Alter erhält er 100 Tonnen frischen Weizen gleicher Qualität zurück. (S. Einleitung dieses Kapitels.)

Die einfache, volle Rückerstattung des ausgeliehenen Spargutes enthält also, sobald wir nur das Gold aus dem Spiele lassen, eine recht bedeutende Leistung von seiten des Schuldners oder Borgers, nämlich die Kosten der Aufbewahrung des geliehenen Spargutes. Diese Kosten müßte der Sparer tragen, wenn er niemand fände, der ihm die Ersparnisse abnimmt. Freilich, dem Borger verursachen die geliehenen Güter keine Aufbewahrungskosten, weil er diese (z. B. geliehenen Saatweizen) in der Reproduktion verbraucht, aber dieser Vorteil, der eigentlich dem Borger gehört, *überträgt der Borger im zinsfreien Darlehen ohne Gegenleistung auf den Verleiher*. Wären die Leiher zahlreicher als die Borger, so würden sich die Borger genannten Vorteil in der Form eines negativen Zinses bezahlen lassen.

*Also von welcher Seite man auch das zinsfreie Darlehen betrachtet, Hindernisse natür-*

*licher Ordnung stehen ihm nicht im Wege. Im Gegenteil. Je mehr der Zins fällt, um so eifriger wird an der Vermehrung der Häuser, Fabriken, Schiffe gearbeitet werden, und am stärksten wird gebaut werden, wenn die Mietskasernen, Fabriken, Kanäle, Eisenbahnen, Theater, Krematorien, Straßenbahnen, Kalköfen, Eisenhütten usw. gar keinen Zins mehr abwerfen werden.*

Für von *Boehm-Bawerk* ist es ganz selbstverständlich, daß ein gegenwärtiges Gut höher eingeschätzt werden muß, als ein künftiges, und auf dieser Voraussetzung gründet er auch seine neue Zinstheorie. Und warum wäre das selbstverständlich? Darauf gibt er selbst die etwas wunderliche Antwort: Weil man Wein kaufen kann, der im Keller jährlich besser und teurer wird!! Weil also der Wein (v. *Boehm-Bawerk* hat unter allen Waren keine zweite gefunden, die diese wunderbare Eigenschaft besitzt) angeblich von selbst, ohne Arbeit, ohne Kosten irgend welcher Art, also auch ohne die Lagerkosten, im Keller jährlich besser wird, darum werden wohl auch die übrigen Waren, Kartoffeln, Mehl, Pulver, Kalk, Häute, Holz, Eisen, Seide, Wolle, Schwefelsäure, Modeartikel usw. jährlich auf Lager besser und teurer! Wenn aber diese Begründung richtig ist, so ist ja die soziale Frage in idealer Weise gelöst. Man braucht nur genügend Waren anzuhäufen (wozu sich ja die Überproduktion und die Arbeiterreserven prächtig eignen), und dann kann das ganze Volk von den Renten leben, die die auf Lager immer besser und teurer (ein Qualitätsunterschied ist ökonomisch immer auf einen Quantitätsunterschied reduzierbar) werdenden Waren ohne Arbeit irgend welcher Art abwerfen. Übrigens ist nicht einzu-sehen, warum man dann auch nicht umgekehrt folgern könnte: weil alle Waren, mit Ausnahme des Geldes und des Weines, in kurzer Zeit sich in Schutt und Moder ver-wandeln, darum verwandelt sich auch der Wein und das Geld in Moder! Und v. *Boehm-Bawerk* war bis zu seinem Tode (1914) der angesehenste Zinstheoretiker, dessen Werke in viele Sprachen übersetzt wurden.

Die Sorgen der Sparer gehen uns zwar nichts an, weil wir ja nur eine Theorie des Zinses geben wollen, aber es trägt vielleicht zur Klärung dieser Theorie bei, wenn wir uns diese Sorgen näher betrachten.

Nehmen wir also an, daß nach der Entfernung des Goldes aus der Zirkulationsbahn der Waren jemand sparen will, um im Alter sorglos ohne Arbeit leben zu können. *So stellt sich gleich die Frage ein, welche Gestalt er seinen Ersparnissen geben wird.* Anhäufung seiner eigenen oder der Produkte anderer ist von vornherein ausgeschlossen, auch an einen Schatz in Freigeld ist nicht zu denken. Da kämen zinsfreie Darlehen an Unternehmer, Handwerker, Bauern und Kaufleute, die ihre Geschäfte erweitern wollen, in erster Linie in Betracht – und zwar je länger das Ziel der Rückzahlung, um so besser. Freilich läuft dabei unser Sparer die Gefahr, daß seine Schuldner ihm das Darlehen nicht zurückgeben werden. Aber diese Gefahr läßt er sich bezahlen in der Risikoprämie, um die sich übrigens auch heute der reine Zins jedes ähnlichen Darlehens erhöht. Will aber unser Sparer sich gegen solche Verluste sichern, so baut er mit seinen Ersparnissen ein Mietshaus, und der Mieter bezahlt ihm in den jährlichen Abschreibungen, die auch heute immer im Mietzins enthalten sind, die Kosten

des Baues nach und nach zurück. Und die Bauart des Hauses richtet der Sparer nach den Abschreibungen ein, die er zu haben wünscht. Er baut ein steinernes Haus, wenn er sich mit 2% Abschreibungen jährlich begnügt; er legt seine Ersparnisse in Schiffen an, die mit 10% Abschreibungen gebucht werden, er kauft eine Pulverfabrik, die mit 30% Abschreibungen rechnen muß. Kurz, er hat die Wahl. Ähnlich wie die Energie, die die Kinder Abrahams im Bau der Pyramiden anhäuften, heute nach 4000 Jahren durch Herabschleudern der Bausteine ohne Verlust wieder lebendig gemacht werden kann, so würden die in einem zinsfreien Hause verbauten Ersparnisse in der Miete in Form von Abschreibungen wieder unverkürzt zum Vorschein kommen, ohne Zinsen zwar, aber immer noch mit dem ganz unberechenbaren Vorteil, daß der Sparer seine Überschüsse über die Zeit hinweg, wo er sie nicht brauchte, ohne Verlust hinüberleitet in die Zeit, da er Gebrauch davon machen will.

*Wer also eine Mietskaserne mit der Absicht baut, sie zinsfrei zu vermieten, der ist ungefähr in der gleichen Lage, wie jemand, der sein Geld zinsfrei auf Ratenabzahlung gegen Pfand verleiht.*

In der Praxis wird es aber wohl so kommen, daß Lebensversicherungsgesellschaften den kleinen weltfremden Sparern alle Sorgen abnehmen werden, indem diese mit den Geldern der Sparer die Häuser, Schiffe, Fabriken bauen werden und dann aus den Abschreibungen dieser Dinge den Sparern eine lebenslängliche Pension zahlen. Kräftigen Männern 5% der Einlagen, kränklichen oder älteren Leuten 10 oder 20%. Unter solchen Verhältnissen gäbe es allerdings keine Erbonkel mehr. Mit dem letzten Nagel des Vermögens wird der Sarg zugeschlagen. Der Sparer zehrt von seinem Gute, sowie er zu arbeiten aufhört, und mit dem Tode ist es aufgezehrt. Übrigens braucht auch unter solchen Verhältnissen niemand seine Nachkommen mit einem Erbe auszustatten. Ausstattung genug ist es für alle, wenn man die Arbeit von den Zinslasten befreit. Der von den Zinslasten befreite Mann braucht nichts zu erben, wie auch der Jüngling zu Nain keine Krücken mehr brauchte. Er schafft selber Hab und Gut, und mit seinen Überschüssen speist er die Kassen der gedachten Versicherungsgesellschaften, so daß die Abschreibungen an den Häusern, Schiffen usw., die den Alten ausgezahlt werden, mit den Ersparnissen der jungen immer wieder durch Neubauten ausgefüllt werden. Die Ausgaben für die Alten werden durch die Ersparnisse der Jungen gedeckt.

Ein Arbeiter mag heute an Wohnung, Arbeitsmitteln, Staatsschulden, Eisenbahnen, Schiffen, Läden, Spitälern, Krematorien usw. ein Kapital von 20.000 oder 50.000 Mark verzinsen [Deutschland mit etwa 10 Millionen Arbeitern (Fabrikarbeiter, Bauern, Beamten usw.) verzinst ein Kapital von etwa 500 Milliarden (einschließlich des Bodens)]. Somit verzinst der einzelne Arbeiter durchschnittlich ein Kapital von 50.000 Mark.]. Das

heißt, an Kapitalzins und Grundrente muß er jährlich direkt in Lohnabzügen, indirekt in den Warenpreisen 2000 Mark jährlich aufbringen. Ohne den Kapitalzins würde sein Arbeitsertrag sich verdoppeln. Wenn nun ein solcher Arbeiter bei 1000 Mark Lohn heute jährlich 100 Mark spart, so wird er lange brauchen müssen, ehe er von seinen Renten wird leben können. *Dies um so mehr, als er durch sein Sparen ja heute die periodischen Krisen auslöst, die ihn immer wieder zwingen, seine Ersparnisse anzugreifen, wenn er sie nicht gar in der durch seine Sparsamkeit hervorgerufenen Krise und im Bankerott seiner Bank verliert, wie das ja manchmal vorkommen soll.* Hat dagegen der Arbeiter durch die Beseitigung des Zinses doppelte Einnahmen, so kann er in dem angenommenen Fall nicht 100 Mark, sondern 1100 Mark jährlich sparen, und wenn auch das Gesparte sich nicht mehr durch Zins „von selber“ vermehrt, so wird doch am Ende der Sparjahre eine solche Differenz zwischen dem, was er früher mit Zins und dem, was er jetzt ohne Zins gespart hat, bestehen, daß er die Zinsen gerne vermissen wird. Und diese Differenz wird nicht einfach im Verhältnis stehen wie 100 + Zins zu 1100, *sondern bedeutend größer sein, weil der Arbeiter nicht mehr durch Perioden von Arbeitslosigkeit gezwungen sein wird, seine Ersparnisse aufzuzehren.*

Noch eine Einwendung haben wir zu widerlegen, die man gegen die Möglichkeit eines Ausgleichs zwischen Nachfrage und Angebot auf dem Kapitalmarkt erhebt.

Man sagt, daß man mit mehr oder besseren Maschinen billiger produzieren kann, daß darum jeder Unternehmer ein Herabgehen des Zinses dazu benutzen wird, um seine Fabrik zu erweitern oder zu verbessern. Woraus dann gefolgert wird, daß der Rückgang des Zinses und besonders die Zinsfreiheit eine solche Nachfrage auf dem Kapitalmarkt von Seiten der Unternehmer auslösen muß, daß das Angebot sie nicht decken kann, weshalb dann der Zins überhaupt nicht auf Null fallen kann.

So sagt z. B. *Conrad Otto*: Kapitalzins, im Jahrb. für Nat. und Stat. Jahrgang 1908, S. 325: „Der Zins kann nie ganz verschwinden. Wenn z. B. ein Lastenaufzug 5 Arbeiter erspart mit einem Jahresverdienst von 4000 Kronen, so darf er bei einem Zinsfuß von 5% höchstens 80.000 Kronen kosten. Sinkt der Zinsfuß tiefer, z. B. auf  $\frac{1}{100}\%$ , so würde der Aufzug noch mit Vorteil aufgestellt werden können, wenn er selbst 40.000.000 Kronen kosten würde. Sinkt der Zinsfuß auf den Nullpunkt oder nahe an den Nullpunkt heran, dann würde die Kapitalverwendung einen Grad erreichen, der alle Vorstellung übersteigt. Um die einfachsten Handgriffe zu ersparen, könnten die kompliziertesten und kostspieligsten Maschinen aufgestellt werden. Bei

einem Zinsfuß gleich Null müßten unermeßliche, unbegrenzte Kapitalanlagen vorhanden sein. Es bedarf nun wohl keines besonderen Nachweises, daß diese Bedingung heute nicht erfüllt ist und wohl auch in Zukunft niemals erfüllt werden kann."

Zu obigem Einwand gegen die Möglichkeit zinsfreier Darlehen ist folgendes zu bemerken: Die Kapitalanlagen kosten nicht nur Zins, sondern auch Unterhaltungskosten und diese sind aller Regel nach, namentlich bei industriellen Anlagen, sehr hoch. So würde der Lastenaufzug von 10 Millionen allein für seine Instandhaltung und für Abschreibungen sicherlich 4–5 Millionen jährlich kosten. Das wären aber dann nicht 5 Arbeiter, wie Conrad meint, sondern 4000 Arbeiter zu 800 Kronen, die der Aufzug ersparen müßte – auch wenn er keinen Pfennig Zinsen beansprucht. Bei 5% Unterhaltungskosten und 5% Abschreibungen dürfte der Aufzug der 5 Mann à 800 Kr. ersparen soll, nur 40.000 (statt 40 Millionen) zinsfreies Geld kosten. Übersteigen die Baukosten diesen Betrag, so deckt er die Unterhaltungskosten nicht mehr, er wird nicht gebaut, er hält dann auch keine Nachfrage auf dem Anleihenmarkt.

Dort, wo keine oder nicht nennenswerte Abschreibungen vorgenommen zu werden brauchen, wie bei gewissen landwirtschaftlichen Meliorationen (Planierung, Sprengungen, Ausroden) die ewigen Charakter tragen, sind es wieder die Lohnforderungen der Arbeiter, die es verhindern würden, daß die Nachfrage nach zinsfreien Leihgeldern ins Ungemessene wachsen könnte. Die Sache geht auch hier in das Grundrentenproblem über. Übrigens wird auch kein Privatmann Felsen sprengen und Wälder ausroden, wenn er von dieser Arbeit keinerlei Vorteil hat. Beim Bau einer Fabrik, einer Mietskaserne, da hat er den Vorteil, daß ihm in den jährlichen Abschreibungen die Auslagen nach und nach zurückerstattet werden. In der Hoffnung auf diese Rückerstattung baut er das Miethaus. Er, der sterblich ist, und vor seinem Tode die Früchte seines Fleißes selber genießen will, wird und kann keine Arbeiten unternehmen, die sich in Abschreibungen nicht wieder auflösen. Wenn er und sein Werk in der Auflösung Schritt halten, dann hat er richtig, privatwirtschaftlich, wie es sich geziemt, richtig gerechnet. Arbeiten, die ewigen Charakter tragen, sind nicht Sache des Sterblichen, sondern des Ewigen, des Volkes. Das Volk, das ewig lebt, rechnet mit der Ewigkeit und sprengt die Felsen weg obschon diese Arbeit keinen Zins abwirft, und sich auch nicht in Abschreibungen auflöst. Dem Tode auf den Fersen tretend, entwirft der alte Staatsförster den Plan für die Aufforstung einer Einöde. Diese Dinge sind Staatsangelegenheiten. Der Staat aber wird solche Arbeiten immer nur in dem Umfange unternehmen, wie ihm dazu Geld zinsfrei zur Verfügung gestellt wird. Solche Unternehmungen stehen *infolgedessen der Zinsfreiheit nicht im Wege, sondern liegen in ihrem Rücken.*

Wer diesen Einwand erhebt, vergißt auch, daß, wenn es sich um eine einfache Erweiterung des Unternehmens handelt (10 Drehbänke an Stelle von 5; 10 Ziegelmaschinen, wo bisher 5 arbeiteten usw.), diese nicht ohne entsprechend mehr Arbeiter ausgenutzt werden kann. *Die Nachfrage nach Geld zwecks Vergrößerung einer Fabrik bedeutet also auch gleichzeitig eine entsprechend vergrößerte Nachfrage nach Arbeitern, die durch erhöhte Lohnforderungen den vom Unternehmer von der Erweiterung seines Unternehmens erwarteten Vorteil wieder nullifizieren.* Durch die *einfache Vergrößerung* seiner Fabrik kann also ein Unternehmer keinen besonderen Vorteil von den zinsfreien Darlehen erwarten, und darum wird die Zinsfreiheit kein Reizmittel sein, dessentwegen die Unternehmer eine grenzenlose Nachfrage nach zinsfreien Darlehen halten. Diese Grenze ist durch die Lohnforderungen der Arbeiter gezogen, *denen ganz allein die Zinsfreiheit zugute kommt.* Und das ist ja auch ganz natürlich – denn das Verhältnis des Unternehmers und Arbeiters ist im Grunde durch nichts verschieden von dem Verhältnis, das zwischen Pfandleihern und Pfandborgern besteht, und ein Herabgehen des Zinses kommt den Borgern zugute.

Der Unternehmer kauft nicht die Arbeit, oder die Arbeitszeit, auch nicht die Arbeitskraft, denn er verkauft auch keine Arbeitskraft. Was er kauft und verkauft, das ist das Arbeitsprodukt, und der Preis, den er dafür bezahlt, richtet sich nicht nach den Kosten der Pro- und Reproduktion des Arbeiters (der Unternehmer schert sich den Teufel um die Reproduktion des Arbeiters, das erkennt man doch klar genug am Arbeiter selber), sondern einfach nach dem, was der Konsument dafür bezahlt. Von diesem Preis zieht der Unternehmer den Zins der maschinellen Anlagen, die Kosten der Rohstoffe plus Zins und den Lohn seiner eigenen Arbeit ab. Der Zins entspricht der Regel nach dem Urzins, der Lohn des Unternehmers unterliegt, wie jeder Arbeitslohn, dem Gesetze des Wettbewerbs, und mit dem Rohstoff, den der Unternehmer verarbeiten läßt, handelt der Unternehmer so, wie jeder Krämer mit seinen Waren handelt. Der Unternehmer schießt dem Arbeiter Maschinen und Rohstoffe vor und zieht den Zins davon vom Produkte des Arbeiters ab – der Rest ist der sogenannte Lohn, der im Grunde nichts anderes ist, als der Preis der vom Arbeiter gelieferten Ware.

Die industriellen Anlagen sind somit wirklich nichts anderes als Pfandhäuser [So sagte schon *Eugen Dühring* irgendwo vor langer Zeit: der Unternehmer vermietet gleichsam die Produktionsanstalten an das Arbeitertum. Die Vermietungsgebühr ... . Dühring nennt die Vermietungsgebühr Profit, Marx nennt sie Mehrwert, wir nennen das Ding schlechthin Zins, Kapitalzins.]. Zwischen einem Pfandhausbesitzer und Krupp ist kein Qualitäts-, sondern nur ein Quantitätsunterschied. Dieser Charakter der Fabrik kommt beim Stücklohn ganz nackt

zum Vorschein. Stücklohn ist aber im Grunde aller Lohn denn der Lohn richtet sich nach den Stücken, die der Unternehmer sich vom einzelnen Arbeiter verspricht.

Aber neben der einfachen Vergrößerung der Unternehmungen, die die Nachfrage nach Arbeitern vergrößert, gibt es noch eine eigentliche Verbesserung der Arbeitsmittel, die es gestattet, mit der gleichen Anzahl Arbeiter mehr Ware zu erzeugen. Ein Bauer z. B. kann die Zahl seiner Pflüge verdoppeln, aber dann muß er auch die Zahl der Knechte verdoppeln. Kauft er aber einen Dampfpflug, so bebaut er eine doppelte Fläche, ohne die Zahl der Knechte zu verdoppeln.

Solche *Verbesserung der Arbeitsmittel* (die immer scharf von der einfachen Vermehrung der Arbeitsmittel zu scheiden ist) werden immer angestrebt. Denn den Unternehmern kommt es auf den Reinertrag [Reinertrag – Unternehmerlohn – Arbeitsertrag des Unternehmers usw. ist das, was nach Zahlung aller Betriebsausgaben für die Leitung des Unternehmens übrigbleibt und als Profit dieser Leitung anzusehen ist. Hat mit Zins absolut nichts zu tun. Bei Aktiengesellschaften sind es die Patentrechte der Erfinder oder die „unverschämten“ Gehalt- und Lohnforderungen besonders tüchtiger und unersetzlicher Direktoren und Arbeiter, die diesen Reinertrag aufnehmen.] ganz allein an und dieser ist um so größer, je *besser* die eigenen Produktionsmittel sind, verglichen mit den Produktionsmitteln der Wettbewerber. Daher der erst im Syndikat, im Monopol oder im Staatsbetrieb mündende Wettlauf der Unternehmer bei der Verbesserung der Produktionsmittel, daher die Nachfrage nach Darlehensgeldern von Seiten der Unternehmer, die die veraltete Fabrik niederreißen, aber für den Bau der modernen Fabrik nicht genügend eigene Mittel haben.

Dennoch kann man hieraus nicht folgern, daß die Nachfrage nach zinsfreien Darlehen für die Verbesserung der Arbeitsmittel *zu jeder Zeit* unbegrenzt sein muß, daß also das Angebot niemals die Nachfrage erreichen kann, die sich automatisch bei Zinsfreiheit einstellt, und zwar kann man dies deshalb nicht folgern, weil für solche Verbesserungen der Produktionsmittel *das Geld für ihre Beschaffung überhaupt erst in zweiter Linie in Betracht kommt*.

Jeder, der gelernt hat, einen Besen zu binden, kann auch deren hundert binden. Verlangt man aber von ihm, mit zinsfreiem Geld in der Hand, *eine Verbesserung seiner Arbeitsmittel*, um mehr oder bessere Ware mit gleicher Arbeit zu erzielen, so wird er die Antwort schuldig bleiben. Eine Verbesserung der Arbeitsmittel ist ein geistiges Produkt, das man nicht wie Kartoffeln und Werttheorien den Zentner zu so und so viel kaufen kann. Man kann sie nicht einfach bestellen, auch mit noch so „billigem“ Geld nicht. Ungezählte Millionen könnten die Bürger immer durch Verwertung von Patentrechten einstecken, jedoch melden sich diese Bierphilister nicht.



Es mag sein, daß in 10 oder 100 Jahren die Arbeitsmittel derart verbessert sein werden, daß die Arbeiter durchweg das doppelte, das fünf- oder zehnfache leisten werden. Und jeder Unternehmer hat dann für solche Verbesserung auch schon die Bestellung versandbereit. Aber heute müssen die Unternehmer die altertümlichen Maschinen gebrauchen, die ihnen der barbarische Stand unserer heutigen Technik liefert.

Aber davon abgesehen. Nehmen wir an, es würde eine kostspielige Maschine erfunden, mit welcher jeder durchweg sein Produkt verdoppelt, so würde eine solche Erfindung gleich eine riesenhafte Nachfrage nach Darlehen für die Beschaffung der neuen Maschine auslösen. Jeder würde seine Produktionsmittel fortwerfen, um sich die neuen zu beschaffen. Und wenn wir vorher zinsfreie Darlehen hatten, so würde diese neue, gewaltige Nachfrage den Zins wieder zum Vorschein bringen. Der Zins könnte sogar unter diesen angenommenen Verhältnissen (die das gesamte Industriekapital zum alten Eisen werfen) eine nie dagewesene Höhe erreichen. *Aber das würde nicht lange dauern, denn die durch das neue Arbeitsmittel jetzt um die Hälfte billiger gewordenen Produkte (billig nicht im Sinne eines Preisrückganges, sondern billig, weil man mit der gleichen Arbeit jetzt das Produkt verdoppelt und mit dem doppelten Produkte doppelte Quantitäten Ware eintauschen kann) würden den Bürgern gestatten, außerordentliche Ersparnisse zu machen, deren Angebot die außerordentliche Nachfrage nach Leihgeld bald ein- und überholen würde.*

*Man kann also sagen, daß jede Nachfrage nach Darlehen, die für die Verbesserung der Arbeitsmittel gemacht wird, selber wieder das Angebot zur Deckung dieser Nachfrage mit großem Überschuß auslösen muß.*

Von welcher Seite wir auch die Deckung der Nachfrage nach Darlehen im Sinne einer durch diese Deckung bewirkten Beseitigung des Zinses betrachten mögen, *Hindernisse natürlicher Ordnung stehen einer solchen Deckung nicht im Wege*, weder auf Seiten der Nachfrage, noch auf Seiten des Angebots. Sowie wir das herkömmliche Geld aus dem Spiele lassen, ist die Bahn frei, sowohl für zinsfreie Darlehen, wie für zinsfreie Wohnungen und Arbeitsmittel. Die Beseitigung des Zinses ist ein natürliches Produkt der natürlichen Ordnung, wenn sie durch keine künstlichen Eingriffe gestört wird. Alles in der Natur des Menschen, ebenso wie in der Natur der Volkswirtschaft drängt auf eine unaufhaltsame Vermehrung der sogenannten Realkapitalien hin, eine Vermehrung, die nicht einmal beim völligen Wegfall des Zinses innehält. Und als einzigen Störenfried in dieser Ordnung haben wir den Umstand erkannt, daß das herkömmliche Tauschmittel

dank eigentümlichen, fremdartigen Vorzügen, die Möglichkeit bietet, die Nachfrage, ohne unmittelbaren Schaden für den Inhaber des Tauschmittels, willkürlich hinauszuschieben, während das Angebot durch körperliche Eigenschaften der Waren jedes Zögern mit Bußen aller Art ahndet.

Wir haben diese neue Lehre vom Zins jetzt schon von so vielen Seiten kennen gelernt, daß wir nun am Schlusse eine Frage aufwerfen und beantworten können, die eigentlich in natürlicher Rangordnung an die Spitze des Kapitels zu stellen gewesen wäre, die ich aber geflissentlich bisher zurücksetzte, weil zu ihrer richtigen Erfassung Kenntnisse und Umsicht nötig sind, die wir hier am Schlusse natürlich eher voraussetzen können als zu Anfang.

Wir sagten, daß das Geld als Tauschmittel darum Kapital ist, weil es den Warenaustausch unterbinden kann, und folgerichtig müssen wir nun auch sagen können, daß, wenn wir dem Geld durch die vorgeschlagene Reform die Fähigkeit nehmen, den Warenaustausch zu unterbrechen, das Geld als Tauschmittel kein Kapital mehr sein kann, d. h., daß das Geld den Urzins nicht mehr erheben kann.

Gegen diese Folgerung ist nichts einzuwenden. Sie stimmt.

Aber wenn man nun weiter folgern und sagen würde: da das Geld von den Waren keinen Zins mehr erheben kann, so wird man auch am Tage der Einführung der Geldreform schon mit zinsfreien Darlehen rechnen können –, so stimmt das nicht.

Als Tauschmittel, unmittelbar den Waren gegenüber (also im Handel) wird das Freigeld kein Kapital sein, ebensowenig wie die Waren einander gegenüber sich als Kapital erweisen können. Mit dem Freigeld werden die Waren frei von Zins ausgetauscht werden. Aber bei seiner Einführung wird das Freigeld die Marktverhältnisse antreffen, die sein Vorgänger, das Gold, für den Darlehenszins vorbereitet hatte, und so lange diese Marktverhältnisse bestehen, d. h., so lange Nachfrage und Angebot auf dem Darlehensmarkt (in all seinen Formen) die Erhebung eines Zinses gestattet, wird man auch bei Freigelddarlehen Zins zahlen müssen. Wie die Eisenbahnwagen noch eine Weile laufen, nachdem die Maschine sie abgestoßen, so wird das Freigeld nach seiner Einführung als Vermittler von Darlehensgeschäften eine Strecke weit sich an der Armut mästen, die sein Vorgänger in jahrtausendlanger, konsequenter Zwingherrschaft für diesen Zweck bereitet hatte. Das Freigeld stößt bei seiner Einführung auf die Massenarmut, deren Folge der Zins ist. Diese Armut muß erst verschwinden. Und sie verschwindet nicht von einem Tage zum andern. Hier heißt es arbeiten. Und so lange diese Armut nicht beseitigt ist, wird das Produktionsmittel und sein Element, die Waren, in allen Formen der Darlehensgeschäfte (nicht des Tausches) Zins abwerfen. Aber

das Freigeld stellt den Zins nicht zur Bedingung seiner Dienstleistungen; es gestattet ihn, duldet es, daß die Volkswirtschaft als Folge krisenfreier Arbeit Fett ansetzt und an diesem Fett soll der Zins zugrunde gehen, wie er auch zweifellos daran zugrunde gehen wird, zugrunde gehen muß. Schweiß und Blut des Volkes frißt der Zins, Fett, volkswirtschaftlichen Reichtum kann der Zins nicht vertragen. Für den Zins ist Fett einfach Gift.

Es ist ganz unzweifelhaft, daß das den Zins bedingende Mißverhältnis zwischen Nachfrage und Angebot noch nach der Geldreform eine ganze Weile fortbestehen und nur nach und nach verschwinden wird. Das tausendjährige Produkt des herkömmlichen Geldes, d. h. der Mangel an Realkapital, kann nicht durch die 24stündige Arbeit einer lithographischen Presse gutgemacht werden. Den Mangel an Häusern, Schiffen, Fabriken kann buntes Geldpapier selbstverständlich nicht beseitigen. (Dies war ja von jeher der Wahn der Papiergeld- und Geldpapier-Apostel.) Das Freigeld wird den Bau von Häusern, Fabriken, Schiffen in unbegrenzter Menge gestatten; es wird den Volksmassen erlauben, nach Herzenslust zu arbeiten, zu schwitzen und die bettelhafte Armut, die das Gold hinterlassen, zu verfluchen. Es wird aber selbst keinen Stein zu den fehlenden Städten liefern. Die lithographischen Pressen, auf denen das Reformgeld gedruckt wird, werden an und für sich nicht einen einzigen Tropfen zu dem Meere von Realkapitalien liefern, das zur Ersäufung des Kapitalzinses unentbehrlich ist und durch jahrelange, fleißige und unverdrossene Arbeit geschaffen werden muß, ehe von Zinsfreiheit die Rede sein kann. Die Freiheit muß immer erkämpft werden, wenn sie von Bestand sein soll. und so muß auch die Zinsfreiheit erkämpft, erarbeitet werden. Schweißtriefend soll das Volk das zinsfreie Haus, die zinsfreie Fabrik betreten, den zinsfreien Zukunftsstaat erobern.

Im übrigen aber wird am Tage, an dem das Gold von seinem Throne gestoßen wird und das Freigeld die Aufgabe übernimmt, den Austausch der Waren zu vermitteln, sich überhaupt nichts Nennenswertes in bezug auf den Zins ereignen. Der Zins der bestehenden Realkapitalien bleibt vorläufig. Und auch die neu hinzukommenden Realkapitalien, die das Volk in nun ungehinderter Arbeit schaffen wird, werden Zins abwerfen. Sie werden allerdings auf den Zins drücken und zwar in dem Maße, wie ihr Quantum wachsen wird. Wenn neben der Stadt Berlin, Hamburg, München noch eine zweite und größere Stadt erbaut sein wird – dann wird das Angebot von Wohnungen vielleicht die Nachfrage decken und der Zins derselben auf Null fallen.

Wenn aber die Realkapitalien noch Zins abwerfen und man mit Geld Waren kaufen kann, die sich zu neuen Realkapitalien vereinigen lassen, die Zins abwerfen, so ist es klar, daß, wenn jemand ein Darlehen in Geld braucht, er dafür den gleichen Zins zahlen muß, den das Realkapital einbringt, und zwar selbstverständlich nach dem Gesetze des Wettbewerbs.

Darlehen in Freigeld werden also so lange verzinst werden müssen, wie die Realkapitalien Zins abwerfen. Wie die Realkapitalien dank dem Mangel an solchen, den das Metallgeld geschaffen hatte, noch eine Zeitlang als Kapital bestehen werden, so werden ihre Bestandteile, also Ware und Geld, auch noch eine Zeitlang Kapital sein.

Bis dahin war der Realkapitalzins abhängig vom Urzins; jetzt ist der Urzins beseitigt, und die Höhe des Darlehenszinses richtet sich genau nach dem Zins des Realkapitals. Man wird also bei Gelddarlehen nicht darum Zins zahlen, weil das Geld den Waren einen Tribut aufbürden kann, sondern weil die Nachfrage nach Darlehen vorläufig noch das Angebot überwiegt.

*Der Urzins war kein Darlehenszins; der Tausch des Geldes gegen Ware und der hierbei erhobene Tribut hatte absolut nichts gemein mit einem Darlehen. Der Urzins wurde darum auch nicht durch Nachfrage und Angebot bestimmt. Der Produzent gab im Tausch für das Geld seine Ware her. Es war ein Tauschgeschäft, und der Urzins wurde dabei erhoben, weil der Geldinhaber den Tausch gestatten und untersagen konnte. Der Urzins entsprach dem Qualitätsunterschied, der zwischen dem Wechsel als Tauschmittel (neben Urwirtschaft und Tauschhandel) und dem baren Geld bestand. Kein Angebot von Geld, und mochte es noch so groß sein, vermochte, diesen Qualitätsunterschied und darum auch den Zins zu beseitigen.*

Beim Zins der Realkapitalien dagegen handelte es sich nicht um einen Tausch, sondern um ein Darlehen. Der Grundbesitzer verleiht den Boden an den Pächter, der Hausbesitzer verleiht das Haus an den Mieter; der Fabrikant verleiht die Fabrik an die Arbeiter; der Bankier verleiht das Geld an den Schuldner – aber der Kaufmann, der den Zins von den Waren erhebt, verleiht nichts – er tauscht. Der Pächter, der Mieter, der Arbeiter, der Schuldner geben zurück, was sie erhalten haben; der Kaufmann erhält für sein Geld etwas vom Geld ganz Verschiedenes. Darum hat auch der Tausch mit dem Darlehen nichts gemein, darum aber auch wird der Urzins von ganz anderen Umständen beeinflusst, als der Zins der Realkapitalien. Und eigentlich müßte man ganz davon abgehen, diese beiden so verschiedenen Dinge mit dem gleichen Worte Zins zu bezeichnen.

Der Zins der Realkapitalien wird durch Nachfrage und Angebot bestimmt. Er unterliegt dem Gesetze des Wettbewerbes. Er kann durch eine einfache Verschiebung im Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot beseitigt werden. Niemals wäre das möglich beim Urzins. Der Zins der Realkapitalien wurde bisher vor einer solchen Verschiebung geschützt, weil das Angebot von Realkapital im Urzins einen unüberwindlichen Widerstand fand.

Mit der Geldreform wird dieser Widerstand gebrochen, aber es bleibt noch die Leere auszufüllen.

Noch besteht das für den Zins unerläßliche Mißverhältnis zwischen Nachfrage und Angebot von Darlehen jeder Art – Darlehen in Gestalt von Mietshäusern, von Fabriken, Maschinen, wie auch in Gestalt von Geld.

Aber der Stoff für den Zins dieser Gelddarlehen kommt jetzt nicht mehr aus der Warenzirkulation als G.W.G', sondern aus der Produktion.

Er ist ein Teil des Produktes, das der Borger mit Hilfe des Darlehens mit gleichen Kosten mehr erzeugen kann und den der Geldverleiher für sich beanspruchen kann, weil Nachfrage und Angebot es ihm gestatten.

Der Urzins hatte mit der Produktion, mit dem Arbeitslohn absolut nichts zu tun. Er wurde außerhalb der Produktion beim Austausch erhoben. Nicht als Anteil an den mit den Darlehen mehr erzeugten Produkten, sondern als *ein Teil aller Produkte überhaupt*, die auf das Geld als Tauschmittel angewiesen waren. *Er wäre auch erhoben worden, wenn alle Arbeiter mit eigenen, genau gleichen Arbeitsmitteln versehen gewesen, wenn alle Schulden bezahlt wären, wenn jeder seine Einkäufe bar bezahlte, wenn jeder im eigenen Hause wohnte, wenn der Markt für Darlehen geschlossen, wenn alle Anleihen verboten, wenn der Zins kirchlich und gesetzlich verboten worden wäre.*

Die Nachfrage nach Darlehen, namentlich in Form von Arbeitsmitteln, kommt daher, daß man mit diesen Arbeitsmitteln mehr oder bessere Produkte erzielt, als ohne solche. Stößt nun der Arbeiter bei dieser Nachfrage auf ein ungenügendes Angebot, so muß er von dem, was er mit dem gewünschten Arbeitsmittel mehr zu erzeugen hofft, einen Teil an den Verleiher abgeben, und zwar aus keinem anderen Grunde, als weil es das bestehende Verhältnis zwischen Nachfrage und Angebot so will. Und dieses Verhältnis wird nach Einführung der Freigeldreform noch eine Zeitlang fortbestehen.

So lange das Produktionsmittel Kapital ist, ist auch das Produkt Kapital, *aber nicht als Ware*, nicht dort, wo um den Preis gehandelt wird. Denn einander gegenübergestellt würden sich die Zinsrechnungen der Waren aufheben. Aber außerhalb der Warenzirkulation, dort, wo es sich um die Bedingungen eines Darlehens (nicht also um Preise) handelt, nicht den Käufern, sondern den Borgern gegenüber, da kann das Produkt Kapital sein, und es muß es sogar sein, so lange das Produktionsmittel Kapital ist. Gerade umgekehrt verhält es sich mit dem herkömmlichen Geld. Dieses zieht seinen Tribut nicht von den Borgern, sondern aus der Warenzirkulation. Es hat seinen Saugapparat direkt in die Blutbahn des Volkes gesenkt. Mit dem Freigeld wird dem Tauschmittel dieses Organ amputiert. Und darum ist das Freigeld an und für sich kein Kapital mehr. Es kann den Zins nicht mehr unter allen Umständen

erpressen. Es leidet das Schicksal der Waren und ihrer Produktionsmittel, die auch nur so lange Zins erheben können, als das Angebot hinter der Nachfrage zurückbleibt. Fällt der Zins der Realkapitalien auf Null, so sind auch die Produkte, die Waren, kein Kapital mehr, und dann ist auch das zinsfreie Gelddarlehen Tatsache. Mit der Freigeldreform verschwindet der Urzins gleich von dem Augenblick an, wo das Freigeld den Waren entgegentritt. Den Waren gegenüber ist das Freigeld unbewaffnet, wie ein Wolf mit dem Maulkorb mitten in einer Schafherde. Keine noch so starke Vermehrung des Geldbestandes konnte den Urzins beeinflussen. Aber das Verschwinden des Urzinses ist kein Grund für das sofortige Verschwinden des Darlehenszinses. Das Freigeld wird nur den zinsfreien Darlehen die Bahn frei machen – mehr nicht.

Hier in dieser Unterscheidung zwischen Urzins und Darlehenszins fließt alles, was wir über den Urzins bisher gesagt hatten, wie in einem Brennpunkt zusammen. Hier tritt seine Natur ganz klar zutage. Man hat den Urzins bisher nicht gesehen, weil er sich hinter dem gemeinen Darlehenszins (seiner Kreatur) versteckte. Wenn der Kaufmann Geld borgt und den Zins, den er dafür zahlt, auf die Warenpreise schlägt, so ist das, wie man bisher annahm, ein Darlehenszins. Der Kaufmann schießt das Geld der Ware vor, er macht ihr ein Darlehen und die Warenproduzenten zahlen den Zins dieses Darlehens. So erklärte man die Sache. Man braucht übrigens kein oberflächlicher Denker zu sein, um an diesem Trugschluß achtlos vorbeizugehen. Der Schein ist wirklich hier recht trügerisch. Man muß schon recht genau zusehen, um zu beobachten, daß der Zins, den der Kaufmann für das geliehene Geld zahlt, nicht *Ausgangspunkt*, sondern *Endpunkt der ganzen Handlung ist*. Der Kaufmann erhebt mit dem Geld den Urzins von den Waren und liefert, da ihm das Geld nicht gehört, den Urzins an den Geldgeber ab. Er ist soweit nur einfacher Kassierer des Geldgebers. Wäre es sein eigenes Geld gewesen, so hätte er genau so gut den Urzins erhoben und ihn in seine eigene Tasche gesteckt. Und dann – wo wäre dann das Darlehen gewesen? Beim Darlehen ist doch Leistung und Gegenleistung zeitlich getrennt. Der Darlehenszins richtet sich ganz nach der Zeitspannung, die zwischen Leistung und Gegenleistung liegt. *Aber beim Tausche des Geldes gegen Ware, wo der Urzins erhoben wird, fallen Leistung und Gegenleistung zeitlich vollkommen zusammen*. Das Darlehensgeschäft hinterläßt Gläubiger und Schuldner; das Tauschgeschäft läßt nichts zurück. Man geht in den Laden, kauft, bezahlt und geht. Das Geschäft ist restlos erledigt. Jeder gibt und erhält in der Gegenwart das, was er beansprucht. *Wo wäre da ein Darlehen?* Bei Darlehen kann man in manchen Fällen von Not, Bedürftigkeit, Verschuldung usw. reden, auf alle Fälle von der Unmöglichkeit, das, was man wünscht, gleich zu bezahlen. Wer ein Brot auf Kredit kauft, weil er

nicht bezahlen kann, erhält ein Darlehen und zahlt im erhöhten Preis den Zins. Aber beim Bauern, der einen Karren voller fetter Schweine zum Markt bringt, um sie gegen Geld zu tauschen, wird man doch von Verschuldung und Bedürftigkeit nicht reden können. Der Darlehensgeber gibt von seinem Überfluß, der Darlehensnehmer nimmt aus Mangel. Aber beim Tausch hat jede der beiden Parteien zugleich Überfluß und Mangel. Mangel an dem, was man verlangt, Überfluß an dem, was man anbietet.

Der Urzins hat also keinerlei Verwandtschaft mit dem Darlehenszins. Der Urzins ist wie gesagt, ein Tribut, eine Steuer, ein Raub, er ist alles mögliche – nur nicht die Gegenleistung eines Darlehens. Der Urzins ist eine Erscheinung eigener Art, die für sich betrachtet werden muß, – ein volkswirtschaftliches Element. Der Kaufmann ist bereit, für ein Gelddarlehen Zins zu zahlen, weil er weiß, daß er sich dafür an den Waren erholen kann. Kommt der Urzins in Wegfall, verliert das Geld die Fähigkeit, Urzins zu erheben, so wird auch der Kaufmann keinen Zins für ein Gelddarlehen anbieten können zwecks Ankauf von Waren.

Hier wird ein Vergleich mit dem Tauschhandel wieder nützlich sein. Im Tauschhandel werden die Waren ohne Zins gegeneinander ausgetauscht. Wenn aber zur Zeit des Tauschhandels jemand eine Ware nicht in Tausch, sondern als Darlehen begehrte, so kam es ganz allein darauf an, in welchem Verhältnis Nachfrage und Angebot bei *Darlehen* standen, um festzustellen, ob überhaupt und wie viel Zins gefordert werden konnte. Konnte man ein Haus vermieten, und als Miete mehr als die Abschreibungen erheben, so war es selbstverständlich, daß jeder, der ein Haus in seinen Bestandteilen mietete (also in Form von Darlehen in Holz, Kalk, Eisen usw.), auch Zins dafür zahlen mußte.

Die teilweisen Wiederholungen in diesem Kapitel waren notwendig, um der Gefahr vorzubeugen, daß der Urzins des Geldes mit dem Darlehenszins verwechselt werde.

## **Wie man den Kapitalzins bisher zu erklären versuchte.**

Wer nun weiß, welchen Umständen die Wohnungen, Arbeitsmittel, Schiffe usw. und das Geld ihren Kapitalcharakter verdanken, wird nun auch wissen wollen, wie man bisher den Zins zu erklären versuchte. Wer sich hierüber gründlich unterrichten will, findet die Zinstheorien sehr vollständig dargestellt in *Dr. Eugen v. Boehm-Bawerks* Buch: „Kapital und Kapitalzins“ [Innsbruck, Verlag der Wagnerschen Universitätsbuchhandlung.]. Die hier folgende Aufzählung dieser Theorien entnehme ich diesem Buche. Der Verfasser stellt die Frage: woher und warum empfängt der Kapitalist den Zins, und die Antworten, die er darauf erhält, klassifiziert er in der Hauptsache:

1. in Fruktifikationstheorien;
2. in Produktivitätstheorien;
3. in Nutzungstheorien;

4. in Abstinenztheorien;
5. in Arbeitstheorien;
6. in Ausbeutungstheorien.

Da *v. Boehm-Bawerk* sich nicht darauf beschränkte, diese verschiedenen Theorien zu kritisieren, sondern auch selbst eine eigene Zinstheorie aufstellte, so war es fast unausbleiblich, daß er bei der Kritik der fremden Zinstheorien unter dem Einfluß der eigenen Zinstheorie stehen mußte und daß infolgedessen gerade solche Aussagen, die gegen oder für seine eigene Theorie sprachen, sein Interesse ganz besonders in Anspruch nahmen, vielleicht auf Kosten anderer Aussagen, die, von einem anderen Standpunkt aus betrachtet, stark an Bedeutung gewinnen und vielleicht eine gründlichere Behandlung verdienten, als sie ihnen *v. Boehm-Bawerk* zukommen läßt. So finde ich z. B. S. 47 folgenden Passus:

„*Sonnenfels* [Sonnenfels, Handlungswissenschaft, 2. Aufl., Wien 1758.], von *Forbonnais* beeinflusst [Wie und wo, wird nicht erwähnt.], sieht den Ursprung des Zinses in einer Hemmung des Geldumlaufes durch die geldanhäufenden Kapitalisten, aus deren Händen sich das Geld nur durch einen im Zinse dargebotenen Tribut wieder hervorlocken läßt. Er sagt dem Zinse allerlei schädliche Folgen nach; daß er die Ware verteuere, den Gewinn der Emsigkeit (also wohl den Arbeitsertrag) vermindere und den Besitzer von Geld an demselben Teil nehmen lasse. Ja, er bezeichnet die Kapitalisten als die Klasse derjenigen, die nicht arbeiten und sich von dem Schweiß der arbeitenden Klassen nähren.“

Für uns wäre nun ein Mann, der solche Ansichten verfiicht, eine interessante Persönlichkeit, aber *v. Boehm-Bawerk* würdigt diese Theorie keiner Kritik und fertigt den Urheber kurz ab, indem er von „widerspruchsvoller Beredsamkeit“ spricht. Und so mag es sein, daß, wer die Zinsliteratur vom Standpunkt des Urzinses aus betrachtet, manche interessante Aussage für den Beweis finden würde, daß die selbständige, zinszeugende Kraft des herkömmlichen Geldes nicht erst jetzt entdeckt und nachgewiesen worden ist.

Wir wollen nun hier kurz, ganz kurz, den Inhalt der oben bezeichneten sechs Theorien wiedergeben und verweisen im übrigen alle, die sich für die Geschichte der Kapitalzinstheorien interessieren, auf das oben genannte vorzügliche Werk von *v. Boehm-Bawerk*.

Eine gründliche Kritik dieser Theorien erübrigt sich, da mit Hilfe der Urzinstheorie jeder jetzt in der Lage ist, den Punkt anzugeben, wo die Forscher durch Erlkönigs Töchter vom geraden Weg abgelenkt wurden und sich in Wertsümpfe verirrtten.

1. *Die Fruktifikationstheorie* erklärt den Zins mit einem kolossalen Salto mortale aus der Grundrente. Weil man mit Geld einen Acker kaufen kann, der Zins abwirft, darum



muß auch das Geld und alles, was mit Geld gekauft werden kann, Zins abwerfen. Ganz recht, aber diese Theorie sagt überhaupt nichts, da die Erklärung fehlt – warum man mit Geld, das man für steril erklärt, einen Acker kaufen kann, der Zins abwirft. Unter den Männern, die diese „Theorie“ verbreiteten, finden wir *Turgot* und *Henry George*. Wie diese Braven in diese leichtsinnige Gesellschaft geraten sind, ist unerklärlich. Wahrscheinlich handelt es sich bei ihnen um nichts mehr als einfache Meinungen oder Ansichten, die sie zum besten gaben, um den Widerspruch zu reizen und andere auf das Zinsproblem aufmerksam zu machen.

2. *Die Produktivitätstheorie* erklärt den Zins damit, daß das Arbeitsmittel (Kapital) die Produktion (Arbeit) unterstützt. Und das ist wahr, denn was vermöchte ein Proletarier ohne Arbeitsmittel? Aber nun heißt es, daß das Mehr an Produkten auch dem Besitzer der Arbeitsmittel selbstverständlich und naturgemäß zufließen muß. Und das ist nicht wahr und durchaus nicht selbstverständlich, wie schon daraus ersehen werden kann, daß *Arbeit und Arbeitsmittel nicht getrennt werden können, daß man überhaupt nicht angeben kann, welcher Teil des Produktes auf die Arbeit, welcher auf das Arbeitsmittel fällt. Wäre der Zins darauf zurückzuführen, daß der Proletarier mit Arbeitsmitteln mehr schaffen kann, als mit bloßen Händen, so würde in den meisten Fällen für den Arbeiter überhaupt nichts übrigbleiben. Denn was kann ein Landarbeiter ohne Pflug und Acker, was kann ein Lokomotivführer ohne Eisenbahnen anfangen? Arbeit und Arbeitsmittel sind überhaupt nicht zu trennen, und die Teilung des Produktes zwischen dem Besitzer der Arbeitsmittel und dem Arbeiter muß von anderen Umständen bestimmt werden als von dem Grad der Unterstützung, die die Produktion durch die Arbeitsmittel erfährt. Wo sind „diese Umstände?*

Wir sagen: Nachfrage und Angebot von Arbeitsmitteln bestimmen das Verhältnis, in dem sich die Arbeiter mit den Besitzern der Arbeitsmittel in die Produkte teilen, und zwar ganz unabhängig von der Leistungsfähigkeit der Arbeitsmittel. Das Arbeitsmittel unterstützt die Arbeit – daher die Nachfrage von Seiten des Proletariats, aber diese Nachfrage kann nicht einseitig den Zins bestimmen, sondern das Angebot hat auch ein Wort mitzureden. Es kommt bei der Verteilung des Produktes zwischen Proletariern und Kapitalisten auf das Verhältnis an, in dem die Nachfrage zum Angebot steht. Einen Zins wird der Kapitalist von seinem Produktionsmittel nur erwarten können, so lange die Nachfrage das Angebot übersteigt. Und je besser, leistungsfähiger das Produktionsmittel ist, das der Kapitalist dem Arbeiter zur Verfügung stellt – *desto mehr schwillt mit dem Produkt das Angebot von Produktionsmitteln an, desto niedriger der Zins*. Nach dieser

Produktionstheorie müßte es sich aber umgekehrt verhalten – je leistungsfähiger das Produktionsmittel, desto höher der Zins. Würde man die Leistungsfähigkeit der Produktionsmittel allgemein verzehnfachen, so würde daraus (nach der Produktivitätstheorie) dem Kapitalisten ein gewaltiger Gewinn erwachsen – während doch offenbar durch ein solches Ereignis das Angebot die Nachfrage nach Produktionsmitteln bald überholen und der Zins unter dem Drucke des Angebots ganz verschwinden würde. (Vorausgesetzt, daß das Geld solche Entwicklung nicht verhindern könnte.)

Die Produktivitätstheorie kann den Zins nicht erklären, weil sie das *Kapital nicht dynamisch, sondern statisch betrachtet* [Siehe Dr. Th. Christen, Absolute Währung. Verlag Schweizer Freiland- und Freigeldbund, Bern.]. Sie sieht nur die Nachfrage, die die Nützlichkeit des Produktionsmittels erzeugt und läßt die durch das Angebot sich verändernden Verhältnisse unbeachtet. Ihr ist das Kapital einfach Stoff, sie sieht die Kräfte nicht, die nötig sind, um den Stoff zu Kapital zu machen.

3. „*Die Nutzungstheorien* sind ein Abstammeling der Produktivitätstheorien“, sagt v. *Boehm-Bawerk*. Der einfache Gedanke, der den Produktivitätstheorien zugrunde liegt, verwirrt aber v. *Boehm-Bawerk* ganz außerordentlich, indem er das Problem in ein Wertproblem verwandelt, ohne dabei die Werttheorie zu nennen, auf die man seine Erklärungen zurückführen muß. Wenn er vom Wert des Produktes spricht, so könnte man an das Tauschverhältnis denken, in dem die Waren gegeneinander ausgetauscht werden. Aber was kann man sich unter dem Ausdruck „Wert der Produktionsmittel“ vorstellen? Die Produktionsmittel werden ja nur ausnahmsweise getauscht; bei ihnen spricht man vom Zinsertrag, nicht mehr vom Preis, und wenn der Ausnahmefall eintritt, daß ein Unternehmer seine Fabrik verkauft, dann richtet sich der Preis nach dem Zinsertrag, wie man das täglich am Kurs der Industrieaktien ersehen kann, und wie der Verkaufspreis eines Ackers gleich der zum landläufigen Zinsfuß kapitalisierten Grundrente ist. Und welche Werttheorie wird man auf einen Acker anwenden? Zerlegt man aber die zum Verkauf gestellte Fabrik in ihre Bestandteile, d. h. in Waren, um ihren „Wert“ festzustellen, dann handelt es sich um Waren und Preise und nicht mehr um Produktionsmittel und Zins. Die Ware wird zum Verkauf hergestellt, das Produktionsmittel zum eigenen Gebrauch oder als Kapital, um es zu verleihen. Gibt es denn nun eine Werttheorie, die gleichzeitig auf Ware und Produktionsmittel, auf den Preis und den Zins anwendbar ist? Undurchdringlicher Nebel lagert über dieser Landschaft.

So sagt der Verfasser S. 131:

„Es sollte sich z. B. von selbst verstehen, daß, wenn man eine Fähigkeit des Kapitals, zur Gütererzeugung überhaupt, oder zur Erzeugung von mehr Gütern zu dienen, bewiesen hat,

man deshalb noch nicht berechtigt ist, eine Kraft des Kapitals zur Erzeugung von *mehr Wert*, als man sonst hätte erzeugen können (wieder die Wertmaschine) oder wohl gar von mehr Wert, als es selbst hat (Wertstoff) für bewiesen zu halten. Die letzteren Begriffe (!) im Beweisgang den ersteren unterzuschieben, hätte offenbar den Charakter der Erschleichung eines nicht erbrachten Beweises.“

Mag sein, daß sich das hier Gesagte bei allen denen von selbst versteht, die vom sogen. Wert, vom Wertstoff, von der Wertproduktion, von den Wertmaschinen, den Wertkonserven, den Wertspeichern und Wertpetrefakten denselben Begriff haben, wie der Verfasser. Aber wie kann der Verfasser voraussetzen, daß alle Leser in dieser fundamentalen Frage die gleichen Ansichten haben? Besteht denn das Wertproblem nicht mehr? Für sehr viele ist es „selbstverständlich“, daß, wo der „Wertbegriff“ sich konkretieren muß, ganz einfach die Ware bestimmter Qualität und Quantität gemeint ist, die man an einem bestimmten Ort und zu einer bestimmten Zeit eintauschen kann. Wer aber den „Wert“ so *begreift*, der findet es durchaus selbstverständlich, daß die Fähigkeit des Kapitals zur Erzeugung von mehr Gütern auch zugleich die Fähigkeit des Kapitals zur Erzeugung von mehr Wert einschließt. Verdoppelt z. B. der allgemeine Gebrauch der Dampfmaschine allgemein das Produkt der Arbeit, so wird auch jeder für sein verdoppeltes Produkt doppelt so viel Ware eintauschen. Nennt er nun „Wert“ seiner Produkte das, was er gegen die eigenen Produkte eintauscht, so tauscht er gegen sein durch die Dampfmaschine verdoppeltes Produkt auch genau den doppelten Wert ein.

4. *Die Abstinenz- oder Enthaltbarkeitstheorie* schlägt zwar den richtigen Weg ein zur Erklärung des Zinses aus dem bestehenden Mißverhältnis zwischen Nachfrage und Angebot von Produktionsmitteln, bleibt aber auf halbem Wege stehen. *Senior* hält die Menschen durchweg für Verschwender, für leichtsinnige Vögel, die lieber einige Tage in Saus und Braus und dann den Rest des Jahres auf Pump leben und Zins zahlen, als auf unmittelbaren Genuß zu verzichten. Daher der Mangel an Produktionsmitteln, daher das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, daher der Zins. Die wenigen Personen, die die Enthaltbarkeit üben, werden für diese seltene Tugend durch den Zins gelohnt. Und auch diese wenigen sind enthaltbar, nicht, weil sie den künftigen Genuß der gegenwärtigen Verschwendung vorziehen, nicht, weil sie als Jüngling für die Hochzeit, als Mann für das Greisenalter, als Vater für die Kinder, sparen wollen, sondern nur, weil sie wissen, daß das Gesparte ihnen Zins abwirft. Ohne diesen Tugendpreis würden auch sie von der Hand in den Mund leben, würden auch sie keine Saatkartoffeln aufbewahren, sondern die ganze Kartoffelernte in einem gewaltigen Schmaus vertilgen. Ohne Zins hätte doch niemand einen Beweggrund zur Bildung und Aufbewahrung des

Kapitals, und dem künftigen Genuß ist doch der gegenwärtige immer und selbstverständlich vorzuziehen!? Weiß doch niemand, ob er überhaupt künftig noch leben und das aufgestapelte Gut verzehren wird!?

Bei solchem allgemeinen Charakterzug des Menschen (wie enthaltsam erscheinen da der Hamster und die Biene!) fragt man sich, wie das Menschengeschlecht überhaupt noch besteht und wie man überhaupt noch jemand Geld leihen kann. Wer so schlecht mit eigenem Gut wirtschaftet, wird doch erst recht auch fremdem Gut gegenüber der Versuchung nicht widerstehen, dem süßen gegenwärtigen Genuß den künftigen zu opfern, und wie will er dann den Zins zahlen, und das Kapital zurückerstatten? Und wenn unsere Ureltern die Wintervorräte schon immer im Sommer vertilgt hätten, ob wir uns da wohl unseres Daseins jetzt erfreuen würden? Oder verzichteten unsere Väter auf den unmittelbaren Genuß, weil die Vorräte im Keller Zins abwarfen, d. h., immer schöner, besser und größer wurden?

Aber es ist doch etwas Wahres an dieser *Seniorschen* Theorie. Zweifellos verdankt der Zins dem Mangel an Kapital sein Dasein, und dieser Mangel kann nur von der Verschwendung herrühren. *Aber merkwürdigerweise sind nicht die, die den Zins bezahlen, die Verschwender, sondern die, die den Zins erheben.* Allerdings ist wieder das, was die Kapitalisten verschwenden, nicht ihr eigenes, sondern fremdes Eigentum, *denn die Arbeitslosigkeit, die sie behufs Erpressung des Urzinses durch Unterbrechung des Geldumlaufes hervorrufen, geht auf Kosten anderer.* Die Kapitalisten verschwenden fremdes Eigentum, sie verschwenden die Arbeitskraft des fleißigen, sparsamen Volkes, sie lassen auf fremde Kosten die Waren in den Krisen zu Milliarden als Überproduktion zugrunde gehen, damit es nicht zu einer Überproduktion an Kapital komme und der Zinsfuß falle. *Daher der Mangel an Kapital, daher der Zins.* Nicht den Arbeitern, sondern den Kapitalisten müßte man also die Enthaltbarkeit in der Verschwendung der Arbeit predigen. Die Arbeiter haben gezeigt, daß sie Enthaltbarkeit bis zum Hungertode üben können, wenn es heißt, dem Kapital einen geringfügigen Teil der Beute zu entreißen. Sie haben solche heroische Enthaltbarkeit in tausend Streiken gezeigt, und man kann annehmen, daß, wenn es gelänge, den Arbeitern glaubhaft zu machen, daß es genügt, zu sparen, keinen Tabak zu kauen, keinen Schnaps zu kaufen, um den Zins zu beseitigen, sie solches tun würden. Aber was wäre heute die Folge? Kaum würde der Zins der Realkapitalien unter den Urzins fallen, so bräche auch schon die Krisis aus, die den Arbeiter um diese Früchte seiner Enthaltbarkeit berauben würde.

Auf alle Fälle führt die Enthaltbarkeitstheorie stracks auf folgenden Widerspruch: Produziert, rackert euch ab, schwitzt, um viele Produkte erzeugen und verkaufen zu können, kauft aber selber nur möglichst wenig. Hungert, friert, enthaltet euch,

kauft nichts von alledem, was ihr produziert habt (für den Verkauf selbstverständlich), um so einen möglichst großen Geldüberschuß für neue Realkapitalien zu gewinnen!

Auf diesen schönen Widerspruch wären die Urheber der Enthaltensamkeitstheorie gestoßen, wenn sie den von ihnen betretenen Weg weitergegangen wären, und dann wären sie auf die Mängel des Geldwesens aufmerksam geworden, wie *Proudhon* wahrscheinlich auch auf diesem Wege zur Erkenntnis gelangte, daß das Gold den Waren den Weg zu den Realkapitalien verlegt, daß das Gold die *Überleitung der Warenüberproduktion* (die auf die Preise drückt und zur Krisis führt) *in eine Kapitalüberproduktion verhindert* (die auf den Zins drückt und den Verkehr belebt).

„Das Gold ist eine Schildwache, die an den Toren der Märkte aufgestellt ist und den Befehl hat, keine Ware herauszulassen.“ *Proudhon*.

5. Die *Arbeitstheorien* erklären den Zins schlankweg als Arbeitsprodukt des Kapitalisten! Den Zinsbezug nennt *Rodbertus* ein Amt, das Kuponabschneiden erscheint *Schäffle* als ein volkswirtschaftlicher Beruf, dem er nur nachsagt, daß seine „Dienstleistungen“ kostspielig seien, und *Wagner* nennt die Rentner „Funktionäre der Gesamtheit für die Bildung und Beschäftigung des nationalen Produktionsmittelfonds“. Und *von Boehm-Bawerk* erweist diesen Gelehrten die Ehre, sie zu den Zinstheoretikern zu zählen!

6. Die *Ausbeutungstheorien* erklären den Zins einfach als einen gewaltsamen Abzug vom Arbeitsprodukt, den sich die Besitzer der Produktionsmittel erlauben und darum erlauben können, weil die Arbeiter ohne Produktionsmittel nicht arbeiten können, dennoch aber von ihrer Arbeit leben müssen.

Ob nun gerade diese Theorie den Namen „Ausbeutungstheorie“ verdient? Beutet etwa der Abstinente (Enthaltensamkeitstheorie) nicht auch die Marktlage aus, wenn er die karge Vertretung des Kapitals auf dem Markte für die Erwirkung eines Zinses benutzt?

Den Abzug vom Arbeitsprodukt bemißt nach dieser Theorie (deren Hauptvertreter *Marx* und die Sozialdemokraten sind) der Besitzer der Produktionsmittel nicht nach kaufmännischen Handels- und Börsengrundsätzen, sondern merkwürdigerweise nach historischen und moralischen Momenten.

*Marx* sagt: Im Gegensatz zu den anderen Waren enthält also die Wertbestimmung der Arbeitskraft ein historisches und moralisches Element. (Kapital, Bd., 1, S. 124, 6. Aufl.)

Was hat aber die Erhaltung der Arbeitskraft mit der Historie und der Moral zu tun, was mit bestimmten Ländern und bestimmten Perioden? Der Durchschnittsumkreis der notwendigen Lebensmittel ist doch von der Erhaltung der Arbeitskraft selber gegeben. Dieser mag sich mit der Intensität der Arbeit, mit der Rasse, mit der Stärkung oder Schwächung der Verdauungs-

organe ändern, aber niemals aus historischen und moralischen Gründen. Läßt man in diesem für die ganze *Marxsche* Lehre entscheidenden Punkte die Moral mitbestimmen, dann handelt es sich bei der „Arbeitskraft“ überhaupt nicht mehr um Ware. Mit solch schwammigen Ausdrücken läßt sich alles beweisen.

Der Kapitalist erkundigt sich genau danach, wie sich die Mutter, Großmutter und Urgroßmutter des Arbeiters ernährt hat, was diese Nahrungsstoffe kosten und wieviel ein Arbeiter für die Aufzucht seiner Brut an diesen Stoffen verbraucht (denn der Kapitalist zeigt sich sehr interessiert daran, daß nicht nur „seine“ Arbeiter, sondern daß die Arbeiter überhaupt recht kräftig und gesund bleiben), und dieses Quantum an Produkten läßt der Unternehmer dem Arbeiter. Den Rest nimmt er ungezählt für sich in Anspruch.

Diese Verteilung der Arbeitsprodukte zwischen Unternehmern und Arbeitern, durch die *Marx* sich das Zinsproblem überhaupt und auf bequeme Weise vom Hals schaffte, insofern als die Lohntheorie auf diese Weise auch die Zins- und Grundrententheorie (Mehrwert) einschließt, ist der wunde Punkt der Ausbeutungstheorie. Faul ist nicht nur die Voraussetzung dieser Theorie, wonach der Lohn sich nach den Pro- und Reproduktionskosten der Arbeiter richtet, sondern auch die Ausrede, daß, so oft der Lohn über oder unter dieser Grenze bleibt, die landläufigen Begriffe über das, was zum Leben des Arbeiters gehört, über die Höhe des Lohnes bestimmen!

Auf den ostdeutschen Gütern sind in den letzten 5 Jahren die Löhne so stark gestiegen, daß sie sich kaum noch von den westdeutschen Lohnsätzen unterscheiden, und daß die Sachsengängerei stark in der Abnahme begriffen ist. So las man 1907 in den Zeitungen. Wie schnell sich doch die landläufigen Ansichten über das, was der Arbeiter zum Leben braucht, ändern! An der Börse ändern sich die Preise zwar noch etwas schneller, immerhin kann man den Zeitraum von 5 Jahren doch nicht eine „geschichtliche Entwicklung“ nennen.

In Japan sind die Löhne in ganz kurzer Zeit um 300% gestiegen, sicherlich doch nicht, weil die landläufigen Ansichten über hungrig und satt sich so schnell geändert haben. Diese Erklärung der Widersprüche, auf die die Ausbeutungstheorie auf Schritt und Tritt stößt, trägt ganz den Charakter einer Verlegenheitserklärung. Jemand, der in die Enge getrieben ist, findet solche Ausflüchte.

So könnte man mit gleichem Recht der Ausbeutungstheorie auch folgende Fassung geben: *Alles, was der Kapitalist braucht, um nach historischen und landläufigen Begriffen standesgemäß zu leben und um seiner Brut das nötige Erbe zu hinterlassen, das nimmt er einfach vom Produkt der Arbeiter. Den Rest wirft er ungemessen und ungezählt den Arbeitern hin.* Diese Fassung hätte vor der *Marxschen*

manches voraus. Sie klingt auf alle Fälle besser – *denn daß der Kapitalist zuerst an sich selber denken wird*, ehe er sich erkundigt, ob der Arbeiter auch mit dem Rest auskommt, das hält man doch für selbstverständlich. Durch die Kornzölle wurde übrigens auch der Beweis dieser Selbstverständlichkeit vor der breiten Öffentlichkeit erbracht.

Auch die Herkunft des für den Zins notwendigen Proletariats wird nach dieser Theorie etwas sehr gewaltsam erklärt. Daß der Großbetrieb öfters dem Kleinbetrieb gegenüber im Vorteil ist, erklärt nicht, daß dieser Vorteil auch selbstverständlich den Besitzern des Großbetriebes zukommen muß. Dies müßte erst auf Grund einer stichhaltigen Lohntheorie nachgewiesen werden. Heute wirft das Kapital durchschnittlich 4 bis 5% ab, einerlei, ob es sich um eine Maschine von 10 oder 10.000 PS handelt. Und wenn auch der Großbetrieb durchweg dem Kleinbetrieb gegenüber Vorteile hätte, so würde damit noch gar nicht bewiesen, daß die Besitzer der Kleinbetriebe nun zum Proletariat geworfen werden. So schwerfällig brauchen die Handwerker, Bauern doch nicht immer zu bleiben, und sie sind auch tatsächlich nicht so schwerfällig geblieben, daß sie sich den Großbetrieb mit verschränkten Armen über den Kopf wachsen lassen. Sie wehren sich, legen ihre Kleinbetriebe zu einem Großbetrieb zusammen, und verbinden so oft die Vorteile des Großbetriebes (Genossenschaftsmolkerei, genossenschaftliche Dampfdrescherei, Dorfbullen usw.) mit den tausend kleinen Vorzügen des Kleinbetriebes. Es liegt auch durchaus nicht in den Vorteilen des Großbetriebes begründet, daß die Aktien in den Händen der Rentner und nicht im Besitze der Arbeiter sein müssen.

Kurz, so einfach ist die Herkunft des Proletariats nicht zu erklären. Leichter schon geht es, wenn man die Gesetze der Grundrente mit zu Rate zieht und die gewaltsame Enteignung mit dem Schwerte. Aber wie entsteht dann das Proletariat in den Kolonien? Kein Schwert wird dort geführt und das Freiland liegt dort oft vor den Toren der Städte.

In den deutschen Kolonien in Brasilien (Blumenau, Brusque) sind vielfach Industrien entstanden, namentlich Webereien, und in diesen Fabriken arbeiten die Töchter der deutschen Kolonisten unter bösen Bedingungen bei schlechtem Lohne. Dabei steht den Vätern, Brüdern und Männern dieser Proletarierinnen wunderbarer Boden in unbegrenzter Menge zur Verfügung. Hunderte von Töchtern deutscher Kolonisten sind in Sao Paulo als Dienstboten angestellt.

Es ist nicht so leicht, heute, bei bestehender Freizügigkeit, bei der Leichtigkeit, womit der Proletarier unbewohnte Länder aufsuchen und Land erwerben kann [Der Nordd. Lloyd nahm im April 1912 für die Überfahrt von Europa nach Argentinien M. 100,-, das ist ungefähr der Wochenlohn bei den Erntearbeiten.], bei der Einfachheit, womit

auf genossenschaftlichem Wege jeder die Vorteile des Großbetriebes genießen kann, nicht nur den Fortbestand, sondern auch noch die Vermehrung des Proletariats zu erklären, zumal die heutige bürgerliche Gesetzgebung den Proletarier vor Raubrittern schützt.

Aber es gibt neben dem Schwert, neben den Vorteilen des Großbetriebes und neben den Gesetzen der Grundrente noch eine Einrichtung, die das Dasein der Proletariatsmassen erklären kann, die aber von den Zinstheoretikern bisher übersehen wurde. *Unser herkömmliches Geld vermag für sich allein die Rolle der Proletarisierung der Volksmassen durchzuführen, sie braucht dazu keinerlei Bundesgenossen. Das Proletariat ist eine notwendige, gesetzmäßig sich einstellende Begleiterscheinung des herkömmlichen Geldes. Ohne Ausflüchte, ohne Gewalt, ohne Wenn und Aber ist das Proletariat von unserem herkömmlichen Gelde unmittelbar abzuleiten. Allgemeine Bettelei muß unser Geld gesetzmäßig begleiten.* Das Schwert hat sich in früheren Zeiten vortrefflich bewährt bei der Trennung des Volkes von seinen Produktionsmitteln, aber das Schwert vermag die Beute nicht festzuhalten. Wie ist der Wahlspruch der Habsburger? Was andere mit dem Schwerte vergeblich zu erwerben suchen, das erlangen wir, Glückliche, durch die Hochzeit. Vom Geld aber ist die Beute unzertrennlich. Fester als Blut- und Grundrente am Schwert, haftet der Zins am Gold.

Kurz, es mögen viele an der Beraubung des Volkes sich beteiligen und sich dabei der verschiedensten Waffen bedienen, aber alle diese Waffen verrosten – nur das Gold rostet nicht, nur das Gold darf sich rühmen, daß ihm der Zins durch keine Erteilungen, durch kein Gesetz, durch keine genossenschaftliche oder kommunistische Kombination entrissen werden kann. Selbst gegen die Gesetze, ja, sogar gegen die Bannflüche des heiligen Vaters war und ist der Zins des Geldes gefeit. Unter Beibehaltung des Privatgrundbesitzes kann man durch Gesetze (Grundsteuer) die Grundrenten den Staatskassen zuführen, und man hat damit hier und dort schon begonnen – aber durch kein Gesetz ist unserem herkömmlichen Geld auch nur eine Partikel des Zinses zu entwenden.

*Unser herkömmliches Geld* hat also die für die Ausbeutungstheorie unentbehrlichen Proletariatsmassen geschaffen und diese gegen alle natürlichen Auflösungselemente wirksam verteidigt. Um vollständig zu sein, muß darum die Ausbeutungstheorie noch einen Schritt weiter zurückgreifen und den Zins nicht in der Fabrik, im Privatbesitz der Produktionsmittel, sondern weiter zurück, beim Tausch der Arbeitsprodukte gegen Geld, suchen. *Die Trennung des Volkes von seinen Arbeitsmitteln, ist nur eine Folge – nicht die Ursache des Zinses.*



## Die Bestandteile des Bruttozinses.

(Zins, Risikoprämie und Ristorno.)

Wer die hier behandelte Zinstheorie auf ihre Richtigkeit mit Hilfe der Zahlen prüfen will, die ihm die Statistik liefert, wird oft genug auf Widersprüche stoßen. Das liegt daran, daß der Zinsfuß neben dem Urzins in der Regel noch andere Bestandteile mit sich führt, die nichts mit dem Zins zu tun haben.

Neben der Risikoprämie enthält der Zinsfuß oft noch einen eigentümlichen, von den Schwankungen im allgemeinen Preisstand der Waren bestimmten Bestandteil, den ich in Anlehnung an seinen fremdnamigen Gefährten und um ihm auch einen im Auslande kursfähigen Namen zu geben, mit Ristorno getauft habe. (Ristorno in der Buchhaltung so viel wie Ausgleichung eines Irrtums im Haben durch eine gleiche Buchung im Soll.)

Um die Natur dieses Zinsbestandteiles richtig zu erfassen, braucht man sich nur das Benehmen der Geldborger und Geldleiher anzusehen, wenn eine allgemeine Preissteigerung erwartet wird.

Eine allgemeine Preissteigerung hat das Eigentümliche an sich, daß man das geborgte Geld mit einem Teil der Waren, die man mit dem Geld erstanden, und dann wieder verkauft hat, zurückerstatten kann; daß also neben dem regulären Handelsgewinn noch ein Extragewinn, eine Differenz, verbleibt. Diese Differenz muß natürlich die allgemeine Kauflust wecken, und zwar um so stärker, je größer die erwartete Differenz ist und namentlich je begründeter die Erwartung einer Fortdauer der Preissteigerung erscheint.

Wer mit fremden Geldern arbeitet, vergrößert dann seine Ansprüche an die Kreditinstitute bis zur äußersten Grenze seines Kredites (der in der Regel mit der Preissteigerung, die die Schuldner begünstigt, wächst), und wer sein Geld bisher an andere verlieh, sucht selber Geschäfte zu machen und verzichtet nur dann darauf, *wenn der Borger ihn mit einer Zinsfußerhöhung an den erwarteten Differenzen beteiligt.*

Durch die allgemeine Preissteigerung (Hochkonjunktur) droht dem Besitzer von Bargeld und Bargeldforderungen (Staatspapiere, Hypotheken usw.) ein Verlust, der darin besteht, daß er für das Geld immer weniger Waren erhält. Vor diesem Verluste kann sich der Geldbesitzer nur dadurch schützen, daß er sich durch Verkauf der Staatspapiere und Ankauf von Aktien, Häusern, Waren, des Geldes entledigt. Ist das geschehen, so kann ihm die Hochkonjunktur nichts mehr anhaben. Den Schaden hat dann der, der die Staatspapiere, die Hypotheken, Wechsel, Obligationen gekauft hat. Diesen Schaden nimmt aber niemand so ohne weiteres auf sich. Kauft darum in solchen Zeiten jemand Staatspapiere oder Wechsel, so verlangt er im Kurs oder im Diskont eine Entschädigung dafür, daß er Waren, Aktien,

Grundstücke zu einer Zeit verkauft, wo alle eine Preiserhöhung dieser Dinge erwarten, um mit dem Erlös Dinge (Geldforderungen) zu kaufen, auf deren Kosten sich die erwartete Preiserhöhung vollziehen wird. Und diese Forderung kann er nach Lage der Marktverhältnisse leicht durchdrücken. So geht also der Wechseldiskont herauf, und der Kurs der festverzinslichen Papiere herunter.

Wie aber, wenn Schlaumeier sich sagt: Ich habe zwar selbst kein Geld, doch habe ich Kredit. Ich borge mir gegen Wechsel das nötige Geld, kaufe Waren, Aktien usw., und wenn der Wechsel fällig wird, so verkaufe ich das Gekaufte zu den dann höheren Preisen, bezahle meine Schuld und behalte den Unterschied für mich! Schlaumeiers dieser Art gibt es viele und diese vielen treffen sich an demselben Ort, zur selben Zeit, d. i. im Vorsaal des Geldmannes, der Reichsbank. Die reichsten Männer des Landes stehen da, neben kleinen Fabrikanten und Kaufleuten. Alle zeigen unersättlichen Geldhunger. Nun sieht der Geldmann den Andrang und sieht, daß es nicht reicht, um sie alle zu befriedigen (würde er sie befriedigen, so kämen sie gleich mit verdoppelten Ansprüchen zurück). So erhöht er den Diskont, um sich des Andranges zu erwehren. Und erhöht ihn (den Zinsfuß) solange, bis die Schlaumeier im Zweifel sind, ob der vom geplanten Geschäfte erwartete Gewinn noch Deckung für den erhöhten Zinsverlust schafft. Dann ist der Ausgleich geschaffen; der Geldhunger verschwindet, der Vorsaal des Geldmannes leert sich. *Dann ist das, was der Geldbesitzer durch die Preissteigerung der Waren verliert, in den Zinsfuß übergegangen.*

Das, was also durch eine allgemeine Preissteigerung der Waren am Geldkapital verloren geht, muß der Zinsfuß ersetzen. Beträgt z. B. die erwartete Preissteigerung 5% im Jahr, so muß bei einem Urzins von 3 oder 4% der Zinsfuß bei Darlehen 8 oder 9% ausmachen, um das Kapital unberührt zu lassen. Zweigt der Kapitalist vom Ertrag dieser 9% die 5% ab, die der Preissteigerung entsprechen und legt diese zum Kapital, so steht er materiell gleich wie vor der Preiserhöhung,  $105 = 100$ , d. h., für 105 erhält er jetzt so viel Ware wie vorher mit 100.

So würde es gar nicht überraschen, wenn bei näherer Untersuchung es sich herausstellte, daß die Kapitalisten in Deutschland (Grundrentner ausgenommen) in den letzten 10 bis 15 Jahren trotz durchschnittlich höherer Dividenden und Zinsen eigentlich einen anormal niedrigen Reinzins bezogen haben. Sind nicht in diesem Zeitraume die Preise durchschnittlich ganz gewaltig gestiegen? Waren vor 15 Jahren 1000 Mark nicht ebensoviel wie heute 1500 oder gar 2000. Und wenn der Kapitalist so rechnet, wo bleibt der Gewinn aus den hohen Dividenden und Kursdifferenzen? Wo bleibt der sogenannte Wertzuwachs? Und er muß doch so rechnen, denn käme es ihm nur auf das nominelle Geldkapital an, so brauchte er nur nach Portugal zu

reisen, da wird er vom Millionär gleich zum Milliardär. Schlimm aber steht es mit den Inhabern der festverzinslichen Papiere. Verkaufen sie die Papiere, so haben sie einen Kursverlust; behalten sie sie, so erhalten sie für die Zinsen weniger Waren. Hätte man vor 15 Jahren gewußt, daß eine so starke Warenhausse in Aussicht stand, so wäre der Kurs der Konsols noch ganz anders, vielleicht auf 50 gesunken.

Es ist also klar, daß eine erwartete allgemeine Preissteigerung die Ansprüche an die Geldverleiher vergrößern muß, und daß diese dadurch in die Lage versetzt werden, einen höheren Zinsfuß ausbedingen zu können.

*Die Erhöhung des Zinsfußes ist somit darauf zurückzuführen, daß nach allgemeiner oder vorherrschender Ansicht eine Preissteigerung im Anzuge ist. Sie beruht in letzter Linie darauf, daß die Borger hoffen, sich ihrer Verbindlichkeiten mit einem Teil der für das geborgte Geld erstandenen Waren entledigen zu können.* Mit der Preissteigerung nimmt der Zinsfuß einen fremden Bestandteil auf, der absolut nichts mit dem Kapitalzins zu tun hat. Dieser Bestandteil ist es, den wir Ristorno nennen.

Natürlich wird dieses Element des Zinsfußes sofort verschwinden, sowie die erwartete allgemeine Preissteigerung sich verwirklicht hat; nicht die eingetretene Preissteigerung, sondern die Erwartung einer solchen, die Hoffnung auf einen künftigen, noch nicht zur Tat gewordenen Preisunterschied reizt zum Kauf, zur Anlage des Geldes und bewirkt, daß die Ansprüche an die Geldinstitute steigen. Sowie die Hoffnung auf eine weitere Preissteigerung schwindet, fehlt auch der Reiz zum Kauf, und die Gelder kehren zur Bank zurück. Dann fällt der Zinsfuß; der Ristorno scheidet aus den Elementen des Zinsfußes aus. Selbstverständlich verschwindet bei einem erwarteten allgemeinen Preisrückgang sofort jede Spur eines Ristornos aus dem Zinsfuß.

Die Höhe des Ristornos richtet sich natürlich ganz nach dem Umfang der erwarteten allgemeinen Preissteigerung. Erwartet man eine sprunghafte, schnelle und starke Preissteigerung, so werden die Ansprüche an die Geldinstitute auch gleich in dasselbe Tempo verfallen, und der Zinsfuß wird sprunghaft schnell und stark steigen.

Als man vor einigen Jahren in Deutschland eine allgemeine Preissteigerung erwartete, stieg der Zinsfuß auf 7%; kurz darauf erwartete man einen Rückschlag, und der Zinsfuß fiel auf 3%. Den Unterschied können wir hier getrost auf Rechnung des Ristornos setzen. In Argentinien stand der Zinsfuß zeitweise auf 15%, und zwar damals, als die unausgesetzte Vermehrung des Papiergeldbestandes alle Preise sprunghaft in die Höhe trieb; nachher, als man anfang, das Papiergeld einzuziehen, fiel der Zinsfuß unter 5%. Hier haben wir einen Ristorno

von 10% zu verzeichnen. In Kalifornien gab es eine Zeit, wo 2% für einen Monat nicht als übermäßiger Zinsfuß betrachtet wurde. So sagt *Henry George*, und das war damals, als man in Kalifornien massenhaft Gold fand.

Da es für eine allgemeine Preissteigerung keine Grenze gibt (für 1 Pfd. Kerzen erhielt man in Paris 100 livres in Assignaten), so kann auch dem Ristorno keine Grenze gesteckt werden. Es lassen sich ganz gut Verhältnisse denken, unter denen der Zinsfuß resp. Ristorno auf 20, 50, ja 100% steigen würde. Es kommt ganz darauf an, wie hoch die allgemeine Preissteigerung geschätzt wird, die man bis zum Fälligkeitstag erwartet. Wenn sich z. B. die Nachricht verbreitete, es sei unter der Eisdecke Sibiriens ein neues Dorado entdeckt worden, das alles bisher Dagewesene an Ergiebigkeit überragte, und würden als Bestätigung dieser Nachricht auch schon große Goldvers Schiffungen gemeldet, so ist es sicher, daß eine allgemeine Kauflust eintreten und daß die Ansprüche an die Geldverleiher ins Grenzenlose steigen würden. Der Zinsfuß würde infolge dieser Goldfunde eine nie gesehene Höhe erreichen. Bis zur vollen Höhe der von der allgemeinen Preissteigerung erwarteten Differenz wird der Ristorno natürlich nicht steigen können, da ja sonst der erwartete Gewinn durch den Diskont vorweg verschluckt würde. Der Ristorno wird der erwarteten Differenz aber um so näher kommen, je begründeter oder gesicherter die erwartete allgemeine Preissteigerung erscheint.

Es sind in verschiedenen Ländern auf Drängen der *Gläubiger* Gesetze erlassen worden, die darauf zugespitzt waren, die Preise der Waren auf ein niedrigeres, früheres Niveau herabzusetzen (durch Einziehung des in Übermaß verausgabten Papiergeldes, durch die Entmünzung des Silbers usw.). Noch vor wenigen Jahren bestand in Argentinien ein solches Gesetz, mit dem das allgemeine Niveau der Preise von 3 auf 1 herabgesetzt werden sollte.

Wenn man heute in irgend einem Lande, den Wünschen der *Schuldner* nachgebend, umgekehrt die Warenpreise durch progressive Vermehrung des Geldumlaufs in die Höhe triebe, so zwar, daß man mit Bestimmtheit darauf rechnen könnte, in einem Jahre die Preise im allgemeinen 10% höher zu sehen, so würde die Sicherheit der erwarteten Differenz den Ristorno jenen 10% sehr nahe bringen.

Die Anerkennung des Ristornos als eines besonderen Bestandteiles des Zinsfußes ist für die Erklärung der meisten Erscheinungen auf dem Gebiete des Zinswesens unentratbar.

Wie will man, um nur ein Beispiel anzuführen, die Tatsache erklären, daß gewöhnlich Zinsfuß und Sparkasseneinlagen zusammen steigen, wenn man andererseits nicht den Grundsatz fahren lassen will, daß der Zins vom Arbeitsertrag abgezogen wird?

Die Zergliederung des Zinsfußes in Zins, Risiko und Ristorno löst diesen scheinbar unlösbaren Widerspruch auf völlig

befriedigende Weise. Von dem Zinsfuß geht nur der reine Kapitalzins vom Arbeitsertrag ab, der Ristorno löst sich in den erhöhten Warenpreisen auf. Folglich ist der Arbeiter (dessen Lohn ja auch die Bewegung nach oben mitmacht) an dem erhöhten Zinsfuß völlig unbeteiligt. Er bezahlt erhöhte Warenpreise und erhält entsprechend höheren Lohn. Das gleicht sich aus. Der Borger zahlt höheren Zinsfuß und erzielt einen erhöhten Preis. Das gleicht sich auch wieder aus. Der Kapitalist erhält sein Geld gestaubt und geschunden zurück, aber dafür einen erhöhten Zins. Das gleicht sich nicht minder aus. Nun fehlt noch die Erklärung für die erhöhte Spareinlage. Diese muß man nun in der Tatsache suchen, daß bei einer allgemeinen Preiserhöhung der Waren (Hochkonjunktur) es niemals an Arbeitsgelegenheit fehlt.

Also nicht der Zins, sondern nur der Zinsfuß steigt zusammen mit den *Sparkasseneinlagen*.

### **Der reine Kapitalzins eine eherne Größe?**

Wir haben eben gezeigt, daß, solange eine allgemeine Preissteigerung in Aussicht steht (bei sogenannten Hochkonjunkturen), der Zinsfuß zum Kapitalzins und der Risikoprämie noch ein drittes Element, den Ristorno, aufnimmt. Es ergibt sich daraus, daß, wenn wir die Schwankungen des *Kapitalzinses* feststellen wollen, die *Zinsfußsätze* der verschiedenen Zeiträume nicht so ohne weiteres miteinander verglichen werden können. Das würde zu ebenso falschen Schlüssen führen, wie wenn die Sätze des Geldlohns verschiedener Perioden oder Länder ohne Rücksicht auf die Warenpreise miteinander verglichen würden.

Da aber, wie bemerkt, der Ristorno nur zusammen mit einer allgemeinen Aufwärtsbewegung der Warenpreise auftritt und zugleich mit dieser wieder verschwindet, so können wir als sicher voraussetzen, daß der Zinsfuß während der sogenannten Baisseperioden, deren die Geschichte mehrere aufweist, nur aus Kapitalzins und etwaiger Risikoprämie besteht. Der Zinsfuß aus solchen Perioden eignet sich also vortrefflich zur Ermittlung der Bewegungen des Kapitalzinses.

Eine solche Periode allgemeinen und unaufhaltsamen Preisrückganges war bekanntlich die Zeit vom 1. Jahrhundert v. Chr. bis Kolumbus. Während dieser langen Periode war der Geldumlauf ausschließlich auf Gold und Silber beschränkt (also ohne Papiergeld), dabei waren die Fundgruben dieser Metalle, namentlich die spanischen Silberminen erschöpft, das aus dem Altertum stammende Gold war durch Zinsverbote (wenn auch oft unwirksame) an der Zirkulation behindert und ging nach und nach verloren. Der allgemeine Preisrückgang ist also durch allgemein anerkannte Tatsachen reichlich begründet und wird auch von keiner Seite bestritten.

In dem Werke Gustav Billeter's: „Die Geschichte des Zinsfußes im Gr. Römischen Altertum bis auf Justinian“ finde ich nun folgende Angaben:

S. 163: In Rom finden wir für den Zinsfuß seit *Sulla* (82 bis 79 v. Chr.) schon die wesentlichen Typen fixiert 4–6%.

S. 164: *Cicero* schreibt gegen Ende des Jahres 62: Solide, zahlungsfähige Leute bekommen zu 6% Geld in Hülle und Fülle. *Billeter* fügt hier bei: Man sieht, daß darin schon eine Tendenz zum Sinken angedeutet liegt; in der Tat werden wir bald darauf schon einen niedrigeren Satz finden.

S. 167: Der Zinsfuß war in den Kriegszeiten (um das Jahr 29) 12%, d. h., selbst solide Leute mußten soviel bezahlen. Von 4–6% war man also zu 12% gelangt. Nun wurde rasch wieder der ehemalige Stand von 4% erreicht.

*Bemerkung:* Der vorübergehende Zinsfuß von 12% in *Kriegszeiten* ist vielleicht durch eine besonders große Risikoprämie genügend erklärt.

S. 180: Römische Kaiserzeit vor *Justinian*: Für sichere Anlagen finden wir 3–15%, und zwar ist 3% recht vereinzelt, der Satz erscheint deutlich als der niedrigste, auch bei rentenartigen Anlagen. 15% ist ganz vereinzelt, 12% nicht eben selten, aber doch nicht typisch, 10% vereinzelt. Der *eigentliche Typus* liegt zwischen 4–6%, wobei innerhalb dieser Sätze sich weder eine zeitliche noch eine örtliche Differenzierung nachweisen läßt, sondern durchweg nur eine solche nach der Art der Anlage, indem 4% einen niedrigeren Typus, 6% den ganz normalen, 5% den dazwischen liegenden Satz für sehr gute Anlagen, bzw. auch einen normalen Satz für Anlagen gewöhnlicher Sicherheit darstellt. Als ausgesprochen mittlere Zinsrate finden wir ebenfalls 4–6% (nie 12); als Kapitalisierungsrate 4% und 3½%

S. 314: Die Zeit des *Justinian* (527–565 n. Chr.). Ziehen wir die Schlußresultate. Wir sehen, daß unter besonderen Umständen die Kapitalisierungsrate bis gegen 8% ansteigen oder bis auf 2% oder gegen 3% sinken kann. Was die mittleren durchschnittlichen Sätze anbetrifft, so fanden wir 5% als wahrscheinlich normal, durchschnittlich vielleicht ein wenig zu hoch; 6,7% ebenfalls als mittlere Rate, aber jedenfalls etwas hoch gegriffen, so daß dieser Satz nicht mehr als ganz gewöhnliches Mittel gelten kann. Wir werden also wohl am richtigsten von etwas unter 5 bis gegen 6% die eigentliche Mittellage ansetzen.

Die Untersuchungen *Billeter's* schließen hier mit der Zeit *Justinians* ab. Fassen wir kurz die gemachten Angaben zusammen:

Zur Zeit *Sullas* (82–79 v. Chr.) bezahlte man 4–6%. Zur Zeit *Ciceros* (62 v. Chr.) war zu 6% Geld in Hülle und Fülle zu haben. Nach einer durch Krieg verursachten kurzen Unterbrechung (29 v. Chr.) behauptete sich wieder der ehemalige Zinsfuß von 4%. Während der Römischen Kaiserzeit vor

*Justinian* war der eigentliche Typus 4–6%. Während der Regierung *Justinians* (527–565) betrug der mittlere Zinsfuß 5–6%.

Was bedeuten nun diese Zahlen? Nun, daß während eines Zeitraumes von 600 Jahren der Zinsfuß fast genau den gleichen Stand einnahm wie heute, 11/2 Jahrtausend später. Der Zinsfuß stand vielleicht mit 4–6 1/2 eine Kleinigkeit höher als heute, aber diesen Unterschied kann man vielleicht auf Rechnung der Risikoprämie setzen, die im Altertum und Mittelalter höher angesetzt werden mußte, als heute, wo Religion, Moral und Gesetz den Zins in Schutz genommen haben.

Diese Zahlen beweisen, daß der Zins unabhängig ist von wirtschaftlichen, politischen und sozialen Verhältnissen, diese Zahlen schlagen den verschiedenen Zinstheorien und namentlich den Produktivitätstheorien (die einzigen, die wenigstens noch den Schein für sich haben) direkt ins Gesicht. Wenn man für ein modernes Produktionsmittel, z. B. Dampfdreschmaschine, Selbstbinder, Repetiergewehr, Dynamit usw. denselben Zins zahlt, wie vor 2000 Jahren für Sichel, Dreschflegel, Armbrust oder Keil, so beweist dies doch klar genug, daß der Zins nicht von der Nützlichkeit oder Leistungsfähigkeit der Produktionsmittel bestimmt wird.

Diese Zahlen bedeuten, daß der Zins Umständen sein Dasein verdankt, die schon vor 2000 Jahren und während eines 600jährigen Zeitraumes in fast genau der gleichen Stärke wie heute ihren Einfluß ausübten. Welche Umstände, Kräfte, Dinge sind das? Keine einzige der bisherigen Zinstheorien gibt uns auch nur eine Andeutung für die Beantwortung dieser Frage.

*Billetes* Untersuchungen schließen leider mit *Justinian* ab und, soweit ich unterrichtet bin, fehlen zuverlässige Untersuchungen über den folgenden Zeitraum bis Kolumbus. Es wäre übrigens wohl auch schwer, für diesen Zeitabschnitt zuverlässiges Material zusammenzutragen, wenigstens aus den christlichen Ländern, weil das Zinsverbot immer strenger gehandhabt wurde, weil mit dem fortschreitenden Mangel an Geldmetallen der Geldverkehr und der Handel immer mehr zusammenschumpften, und dann auch, weil die lokalen Herabsetzungen des Münzfußes, die jetzt größeren Umfang annehmen, den reinen Kapitalzins im Zinsfuß nicht mehr erkennen lassen. Hier hätte dann *Billete* seine Untersuchungen mit preisstatistischen Arbeiten verbinden müssen, um den etwaigen Ristorno vom Zinsfuß zu trennen.

Wenn Papst Clemens V. auf dem Konzil zu Vienne (1311) weltliche Obrigkeiten, welche zinsfreundliche Gesetze erlassen, mit der Exkommunikation bedrohen konnte, so zeigt das, wie schwach der Handel damals war, wie vereinzelt Darlehensgeschäfte vorkamen. Einzelnen Sündern gegenüber konnte der Papst mit Strenge auftreten; wäre der Handel damals lebhafter und die Übertretung des, Zinsverbotes eine alltägliche Erschei-

nung gewesen, so hätte sich der Papst keine solche Drohung erlauben dürfen. Beweis dafür ist die Tatsache, daß mit der Belebung des Verkehrs durch das amerikanische Gold auch die kanonische Gegnerschaft des Zinses sofort abflaute.

Als Beleg für obige Behauptung, daß der reine Zins eine, so gut wie unveränderliche, fast ehernen Größe ist, mögen die beiden Diagramme S. 416 und 418 dienen, aus denen hervor geht, daß die Schwankungen des Zinsfußes auf die Schwankungen der Warenpreise (Ristorno) zurückzuführen sind. Hätten wir eine unveränderliche Währung gehabt, so wäre der Zinsfuß seit 2000 Jahren unverändert auf 3–4% stehen geblieben.

Mit der Entdeckung Amerikas beginnt die Preisrevolution des 16. und 17. Jahrhunderts. Die Preise stiegen unaufhaltsam, und der Zinsfuß wurde mit einem schweren Ristorno belastet. So darf man sich nicht wundern, wenn der Zinsfuß während dieser ganzen Zeit sehr hoch stand.

*Adam Smiths* „Inquiry into the nature of wealth“ entlehne ich folgende Zahlen: 1546 wurden 10% als die gesetzlich zulässige Grenze des Zinsfußes erklärt, 1566 wurde dies Gesetz durch Elisabeth erneuert, und 10% blieb gesetzlich zulässig bis 1624.

Um diese Zeit war die Preisrevolution im wesentlichen beendet und die allgemeine Preissteigerung in ein ruhiges Tempo verfallen. Gleichzeitig mit dieser Entwicklung geht denn auch der Zinsfuß zurück, 1624 wurde der Zins auf 8%, dann, kurz nach der Restauration der Dynastie der Stuarts (1660), auf 6% herabgesetzt, und 1715 auf 5%.

„Diese verschiedenen gesetzlichen Regelungen scheinen sämtlich dem Zinsfuß im freien Marktverkehr erst gefolgt, nicht aber ihm vorausgegangen zu sein.“ So sagt *Adam Smith*.

Seit Königin Anna (1703/14) scheint 5% eher über als unter der „market rate“ gewesen zu sein. Natürlich, denn zu dieser Zeit war die Preisrevolution beendet, und der Zinsfuß bestand jetzt nur noch, wie während des Mittelalters, aus Kapitalzins und Risikoprämie.

„Vor dem letzten Krieg (sagt *Smith*) borgte die Regierung zu 3%, und vertrauenswürdige Privatleute in der Hauptstadt, sowie in vielen anderen Landesteilen zu 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub>, 4 und 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub>%.“

Also genau dieselben Verhältnisse, die wir jetzt haben.

Soll ich noch mehr statistisches Material zusammentragen zum Beweis, daß der reine Kapitalzins eine ehernen Größe ist, daß der reine Kapitalzins nicht unter 3% fällt, nicht über 4% steigt, daß alle Schwankungen des Zinsfußes nicht auf Schwankungen des Kapitalzinses zurückzuführen sind? Wann ist in der Neuzeit der Zinsfuß gestiegen? Immer nur zusammen mit den Warenpreisen. Nach den kalifornischen Goldfunden stieg der Zinsfuß so hoch, daß die verschuldeten Agrarier trotz den



erhöhten Getreidepreisen über Notstand klagten; mit der Erschöpfung der Goldminen fielen die Preise – zusammen mit dem Zinsfuß. Dann kamen die Milliarden, hohe Preise, hoher Zinsfuß. Mit dem großen Krach fielen die Preise, fiel auch der Zinsfuß. Während der letzten Hochkonjunktoren 1897 bis 1900 und 1904 bis 1907 war auch der Zinsfuß gestiegen; dann sind die Preise wieder gefallen, und der Zinsfuß war auch wieder niedrig. Jetzt steigen die Preise wieder langsam und auch der Zinsfuß. Kurz, rechnet man überall vom Zinsfuß den auf Rechnung der allgemeinen Preissteigerung zu setzenden Ristorno ab, so bleibt als Zins eine eherne Größe zurück.

Warum fällt der Zins niemals unter 3, warum geht der Zins nicht auf Null zurück, und wenn es auch nur vorübergehend wäre, einen Tag im Jahre, ein Jahr im Jahrhundert, ein Jahrhundert in zwei Jahrtausenden?

Warum steigt der Zins nicht zuweilen auf 10–20–50%, wenn auch nur vorübergehend, ausnahmsweise, zur Bestätigung der Regel, zum Beweise für die Richtigkeit der Annahme, daß Nachfrage und Angebot nicht allein den Zinsfuß, sondern auch den reinen Kapitalzins bestimmen?

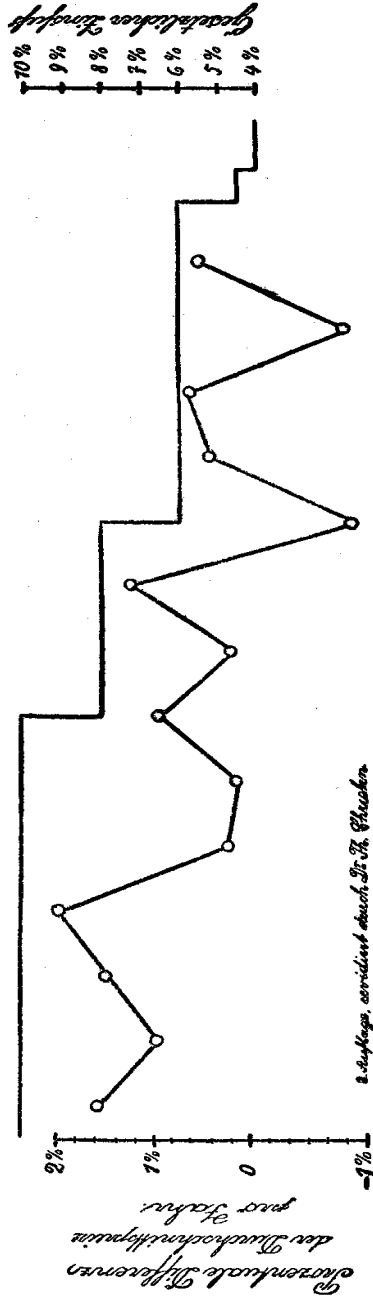
Anhang: Parallelismus zwischen Zinsfuß und Preisbewegung I.

90 Parallelismus zwischen Zinsfuß und Preisbewegung

1553	1560	1570	1582	1592	1602	1612	1622	1632	1642	1652	1662	1672	1682	1692	1702	1714
132	155	171	198	243	251	257	282	291	331	308	324	348	379	399		
143,5	163	184,5	220,5	247	254	269,5	286,5	311	219,5	316	336	332,5	329			
+2,3	+1,6	+2,7	+4,5	+0,8	+0,6	+2,5	+0,9	+4,0	-2,3	+7,6	+2,4	-2,9	+2,0			
+1,6	+1,0	+1,5	+2,0	+0,3	+0,25	+1,0	+0,3	+1,3	-1,0	+0,5	+0,7	-0,9	+0,6			

Zwischenzinsfuß  
vom 79 bis zum

Mittelwerts  
Differenzen, pro Tache  
Diseellen in Tache  
Mittelwerts



### Erklärungen zu nebenstehender Tabelle I.

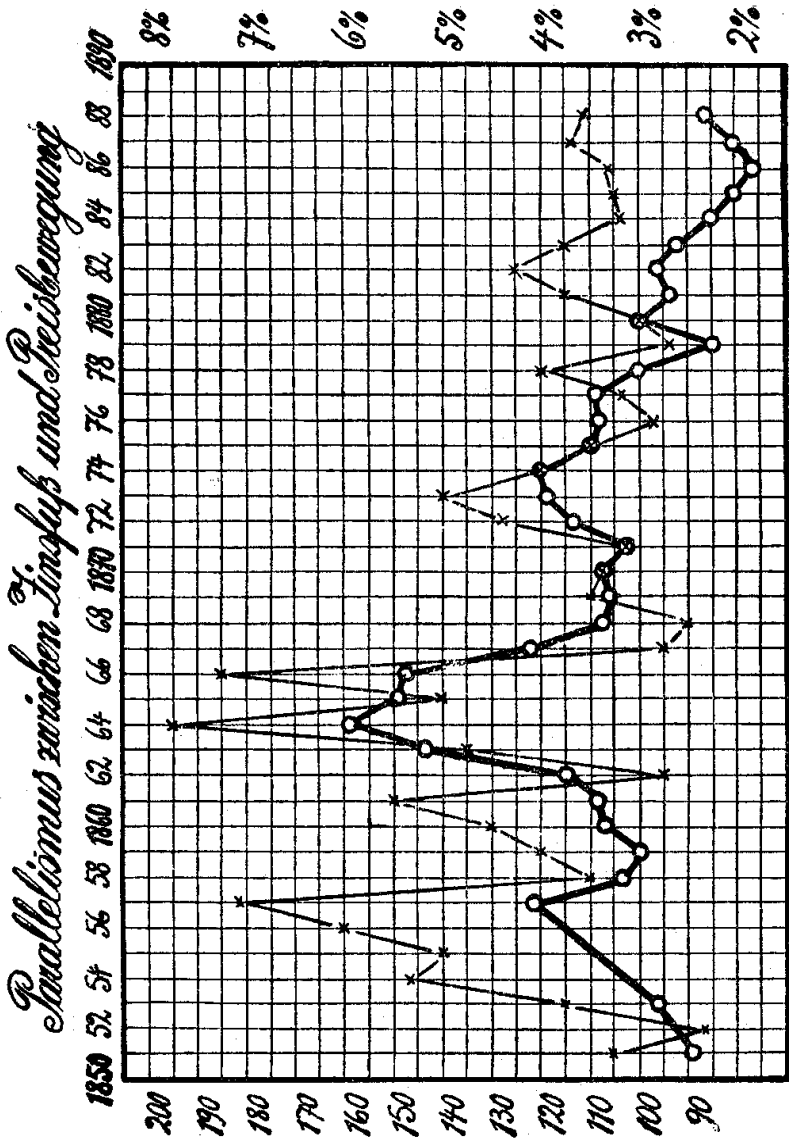
Die *Zinslinie* in vorstehendem Diagramm habe ich nach den eben angeführten Angaben *Adam Smiths* konstruiert. Es handelt sich hier um den gesetzlichen Zinsfuß, nicht um den Marktzinsfuß, auf den es eigentlich ankommt. *Smith* behauptet zwar, „daß, wie es scheint, der gesetzliche Zinsfuß den Verhältnissen mit großer Sorgfalt angepaßt worden sei“ (made with great propriety), aber aus den plötzlichen Sprüngen von 10 auf 8 und 6% geht hervor, daß diese gesetzlichen Regulierungen wie alle Gesetze zögernd und dann stoßweise den Tatsachen folgten. Der gesetzlich zulässige Zinsfuß war ein Schutz gegen den Wucher, er zeigt die Grenze des Wuchers an, stand also, wie auch heute noch, durchweg höher als der gemeine Marktzinsfuß.

Die *Preislinie* habe ich nach der Tabelle S. 376 aus *George Wiebes* Geschichte der Preisrevolution des XVI. und XVII. Jahrhunderts ausgearbeitet. Dieser Tabelle haften die schweren Fehler an, die S. 271 dieses Buches im Abschnitt: „Wie der Preis des Geldes ermittelt werden kann“ angegeben sind. Safran, Muskatblumen, Ingwer beeinflussen hier das Resultat genau so stark wie Weizen, Vieh, Gewebe. Außerdem sind die Erhebungen auf 97 Artikel, und von 1580 ab sogar auf 47 Artikel beschränkt. (*Wiebe* erwähnt diese Mängel übrigens auch selbst.) Da *W.s* Tabelle nur bis 1713 reicht, habe ich die Verlängerung bis 1764 nach Angaben aus verschiedenen Büchern gezogen, die sämtlich darin übereinstimmen, daß seit 1713 die Preise stetig abwärts gingen. Dies ist auch wahrscheinlich, denn von 1700 bis 1740 ging nach *Soetbeers* Berechnungen die Geldproduktion (Gold und Silber) nicht voran, während doch mit der wachsenden Bevölkerung der Geldbedarf stieg. In England allein stieg im Zeitraum von 1680–1780 die Bevölkerung von  $4\frac{1}{2}$  auf  $9\frac{1}{2}$  Millionen. Außerdem fand von 1640 ab keine Herabsetzung des Münzfußes mehr statt. Also Gründe genug, um eine Baisse wahrscheinlich zu machen.

Auch muß in Betracht gezogen werden, daß *Wiebe* alle Preise auf Silbergewicht zurückgeführt hat. Auf die Höhe des Zinsfußes wirken aber nur die nominellen Preise, nicht die Silberpreise, da die Rückzahlung der Darlehen sich nach dem nominellen Betrag der Schuld richtet.

Wenn nun obige beiden Linien nur im Grundzug übereinstimmen, so muß man die Erklärung in den angedeuteten Mängeln des Materials suchen, nach dem sie gezogen wurden.

Anhang: Parallelismus zwischen Zinsfuß und Preisbewegung II.



Die mit \* berechneten Punkte bedeuten die Indexnummer, die mit o berechneten Punkte die Diskontratsätze.  
 2. Auflage, revidiert durch H. E. H. H.

## Erklärungen zur Tabelle II.

Der Parallelismus der beiden Linien springt hier schon viel deutlicher in die Augen, weil die Linien nach besserem Material gebaut sind. Einmal nähert sich der Diskontosatz viel mehr dem Marktzinsfuß, als die gesetzlich auf Jahre hinaus festgesetzte Wucherzinsrate, dann nähern sich auch die „Index numbers“ des Economist viel mehr dem wirklichen Durchschnittspreise der Waren, weil hier die relative Bedeutung der Waren berücksichtigt wird.

Wenn man erst über völlig sauberes Material verfügen wird, dann wird auch wahrscheinlich der schon jetzt deutlich wahrnehmbare Parallelismus in Kongruenz übergehen.

Bisher entzogen sich die Faktoren, die die Zinsfußrate bestimmen, jeder wissenschaftlichen Kontrolle. So stimmt Professor Dr. *Karl v. Diehl* in einer Schrift „Über das Verhältnis von Wert und Preis im ökonomischen System von *Karl Marx*“ (S. 25) diesem zu, wo er sagt, „daß es keine natürliche Rate des Zinses gebe, da die Bildung der Zinsfußrate etwas durchaus Gesetzloses und Willkürliches ist.“ III, 1, S. 341.

Dem ist aber, wie wir uns überzeugten, durchaus nicht so. Bei näherer Betrachtung zeigt sich im Gegenteil, daß hier alles „gesetzmäßig“ zugeht. Und „willkürlich“ ist die Bildung der Zinsfußrate nur insofern, als man willkürlich die Zinsfußrate von 3% ab aufwärts, auf jede beliebige Höhe, treiben kann. Man braucht nur gesetzlich zu bestimmen, daß mittels Neuemissionen die Warenpreise jährlich um 5–10–15% heraufgesetzt werden, so wird auch der Zinsfuß auf 8–13–18% (3% + 5, 10, 15% Ristorno) steigen. Eine Sache aber, die sich willkürlich behandeln läßt, ist nicht „gesetzlos“, da sie doch den Gesetzen folgt, wonach sich die Handlungen richten. (Übrigens sind die Begriffe „Gesetzlos“ und „Willkür“ Gegensätze, wenigstens in dieser Angelegenheit.)

## Anhang 2: Sparland, Sparhand, Grundrente und Lohn.

n Sparhandgenossen ernten von einer Landfläche zusammen P Sparhandprodukte. Der Ertrag des einzelnen Sparhandgenossen ist also

$$E = \frac{P}{n} \quad (1)$$

n' Sparlandgenossen ernten von der gleichen Landfläche zusammen P' Sparlandprodukte. Der Ertrag des einzelnen Sparlandgenossen ist also

$$E' = \frac{P'}{n'} \quad (2)$$

Hierbei ist n kleiner als n', P kleiner als P', E größer als E'. Minderertrag des einzelnen Sparlandgenossen gegenüber dem Sparhandgenossen

$$E - E' = \frac{P}{n} - \frac{P'}{n'} \quad (3)$$

Will einer der Sparlandgenossen mit einem der Sparhandgenossen tauschen, so hat er ihn zu entschädigen mit einer jährlichen Zahlung von  $E' - E$ .

Wollen alle n Sparlandgenossen mit ebenso vielen Sparhandgenossen tauschen, so ist die gesamte jährliche Entschädigung (Rentendifferenz)

$$D = n \cdot (E - E') \quad (4)$$

Würde [zur Sparhand-Kultur übergegangen, müßte man] von den n' Sparlandgenossen n' - n abziehen, [und] so verbliebe für die übrigen ebenfalls ein Jahresertrag von E pro Kopf. Sie können also den Austritt der n' - n Genossen erkaufen durch eine jährliche Zahlung von der Größe D, oder auf den Kopf des Abziehenden

$$\frac{D}{n' - n} = \frac{n}{n' - n} \cdot (E - E') \quad (5)$$

Will [also bei Sparhand-Kultur] ein Neuer [anstelle eines Alten] mitarbeiten, so hat er jährlich  $\frac{D}{n' - n}$  zu entrichten. Er erringt aber nur den Ertrag eines Sparländers, also E'. Zieht man hiervon die Jahresentschädigung ab, so verbleibt als Lohn

$$L = E' - \frac{D}{n' - n} = \frac{n' \cdot E' - n \cdot E}{n' - n}$$

oder nach den Gleichungen (1) und (2)

$$L = \frac{P' - P}{n' - n} \quad (6)$$

In Worten: *Der Lohn ist gleich der Differenz zwischen Sparhandprodukt und Sparlandprodukt,*

verteilt unter die Überzahl der Sparlandarbeiter. (Das ist noch etwas einfacher als Ihre Rechnungsregel oben auf S. 20 und gibt natürlich das gleiche Resultat.)

In der Mehreinnahme der  $n$  ursprünglichen Sparhandarbeiter, die jetzt mit weiteren  $n' - n$  Arbeitern eine Sparlandgenossenschaft bilden, steckt noch ein Rest Grundrente. Der Arbeitslohn aller ist nach Gleichung (6)

$$n' \cdot L = \frac{n'}{n' - n} \cdot (P - P') \quad (7)$$

Das ganze Arbeitsprodukt ist  $P'$ , die Differenz ist Grundrente:

$$G = P' - n' \cdot L$$

oder nach Gleichung (7)

$$G = \frac{n' \cdot P - n \cdot P'}{n' - n} \quad (8)$$

Beispiel auf S. 19 ff.	$n = 12$	$P = 480$	$E = 40$
	$n' = 60$	$P' = 900$	$E' = 15$
$E - E' = 25$	$D = 300$	$L = 8,75$	$G = 375$

Sehr einfach ist an Hand dieser Formeln die Bestimmung des Einflusses technischer Verbesserungen:

Vermeht die Technik das Sparhandprodukt  $P$ , so wird die Differenz  $P' - P$  kleiner, der Lohn sinkt.

Vereinfacht die Technik die Sparhandarbeit, so daß weniger Sparhandarbeiter nötig werden, so wird  $n$  kleiner,  $n' - n$  wird größer, der Bruch  $L$  wird kleiner, der Lohn sinkt.

Vermeht die Technik das Sparlandprodukt,  $P'$ , so wird die Differenz  $P' - P$  größer, der Lohn steigt.

Vereinfacht die Technik die Sparlandarbeit, so daß weniger Sparhandarbeiter nötig werden, so wird  $n$  kleiner,  $n' - n$  wird größer, der Bruch  $L$  wird kleiner, der Lohn sinkt.

Vermeht die Technik das Sparlandprodukt  $P'$ , so wird die Differenz  $P' - P$  größer, der Lohn steigt.

Vereinfacht die Technik die Sparlandarbeit, so daß weniger Sparlandarbeiter nötig werden, so wird  $n'$  kleiner,  $n' - n$  wird kleiner, der Bruch  $L$  größer, der Lohn steigt.

Umgekehrt bei der Grundrente: Vermeht die Technik das Sparhandprodukt  $P$ , so wird  $n' P - n P'$  größer, die Grundrente steigt.

Vermeht die Technik das Sparlandprodukt  $P'$ , so wird  $n' P - n P'$  kleiner, die Grundrente sinkt.

Etwas weniger einfach ist der Einfluß der Technik, welche die Zahl der Arbeiter vermindert, auf die Grundrente, weil bei Veränderungen der Größen  $n$  und  $n'$  sowohl Zähler als Nenner

des Bruches  $G$  wachsen bzw. abnehmen. Doch ergibt sich die Lösung vermitteltst Differentialrechnung ohne weiteres. Nach Gleichung (8) ist

$$\frac{dG}{dn} = - \frac{n' \cdot (P' - P)}{(n' - n)^2} \quad (9)$$

Die rechte Seite dieser Gleichung ist stets negativ, d. h., wenn  $n$  abnimmt, so nimmt  $G$  zu. Oder in Worten: Wenn die Technik die Zahl der Sparhandarbeiter vermindert, so wächst die Grundrente.

Ferner ist

$$\frac{dG}{dn'} = \frac{n \cdot (P' - P)}{(n' - n)^2} \quad (10)$$

Die rechte Seite dieser Gleichung ist stets positiv, d. h., wenn  $n'$  abnimmt, so nimmt  $G$  ab. Oder in Worten: Wenn die Technik die Zahl der Sparlandarbeiter vermindert, so sinkt die Grundrente.

Der Vorteil dieser mathematischen Behandlung besteht darin, daß man ganz allgemein, ohne Annahme bestimmter Zahlen, also auch ohne Zahlenrechnung, die Grundsätze ableiten kann.

Dr. *Th. Christen*, München.



## Anhang 3

**Fragmente aus den Vorarbeiten  
zur 1. Auflage der  
Natürlichen Wirtschaftsordnung**

Aufs Ganze!

Das Recht auf den vollen Arbeitsertrag

und seine Verwirklichung  
durch die physikalischen  
Freiland- und Freigeld Reformen  
~~Die~~

## ~~Verwirklichung des Rechtes~~ ~~auf den vollen Arbeitsertrag~~

~~durch die~~

Geld- und Bodenreform

(zugleich eine Erledigung der Interessen-Politik  
und der Volkswirtschafts-Wissenschaft),

von

**Silvio Gesell,**

Landwirt in Hauts-Geneveys, Kanton Neuchâtel (Schweiz);  
früher Kaufmann in Buenos Aires.

2. Auflage.

Alle Rechte vorbehalten.

Verlag von Silvio Gesell in Hauts-Geneveys (Schweiz).  
Leipzig: Bernhard Hermann.

1906.

Copy right.

Wie im vorigen Kapitel gesagt wurde, erleidet der Arbeitslohn in Gestalt von Grundrenten und Kapitalzinsen Absätze. Diese werden nicht natürlich nicht willkürlich bemessen, sondern von den Markthverhältnissen. Jeder nimmt nur so viel, wie ihm die Marktverhältnisse zu nehmen gestatten, und wie

Wie diese Marktverhältnisse zustande kommen wollen wir jetzt untersuchen. Zunächst in Bezug auf die Grundrente.

## Der Abzug am Arbeitsertrag durch die Grundrente.

Der Grundbesitzer hat es in der Hand, seinen Boden bebauen zu lassen oder es nicht zu tun. Die Erhaltung seines Besitzes ist von der Bebauung unabhängig. Der Boden verdirbt nicht unter der Brache, im Gegenteil, er wird dadurch besser; bot doch die Brache unter der Dreifelderwirtschaft die einzige Möglichkeit, den erschöpften Boden wieder fruchtbar zu machen.

Ein Grundbesitzer hat also gar keine Ursache, seinen Besitz (Acker, Bauplatz, Erz- und Kohlenlager, Wasserkraft, Wald usw.) anderen zur Benutzung zu überlassen ohne Entgelt. Wird dem Grundbesitzer für solche Benutzung keine Vergütung (Pachtzins) angeboten, so läßt er den Boden brach. Er ist vollständig Herr über seinen Besitz.

Hier kann ich schon mit Nutzen für das Verständnis der später zu besprechenden Geldreform die Bemerkung einschalten, daß neben dem Grund und Boden auf dem Erdenrund nur noch das Gold die Fähigkeit hat, den Zerstörungselementen der Natur zu trotzen, d. h. durch die Brache nicht zu leiden. Vergräbt man einen Goldschatz auf einem Stück Brachland, so würde man noch nach tausend Jahren Land und Gold völlig unversehrt wiederfinden. Alles andere dagegen wird durch die Natur früher oder später zerstört. Die Häuser stürzen ein, wenn sie nicht fortwährend unterhalten werden, die Rohstoffe und Fabrikate verderben, die Maschinen verrotten und verkalten, ja man kann sagen, daß das bewegliche Kapital zum größten Teil schon im Laufe des ersten Jahres in Schutt zerfallen würde, wenn es nicht in der Produktion verbraucht und umgestaltet würde. Da, wie wir sehen werden, die Möglichkeit der Beseitigung des Kapitalzinses sich ganz allein auf diese Eigenschaft der Realkapitalien stützt, so bitte ich diesem hochinteressanten Umstand schon hier volle Aufmerksamkeit zu schenken.

Darum wird auch jeder, der Boden braucht und sich an die Grundbesitzer wendet, sich regelmäßig und selbstverständlich zu einer Leistung (Pachtzins) bequemen müssen. Und wenn wir die Erdoberfläche und ihre Fruchtbarkeit vervielfältigen — es würde doch keinem Grundbesitzer einfallen, ohne Entgelt den Boden anderen zu überlassen. Der Zins ist eine selbstverständliche Voraussetzung jeder Pachtung, weil der Druck des Wettbewerbs im Angebot von Pachtland niemals bis zur Unentgeltlichkeit des Bodens reichen kann.

Wieviel wird nun der Grundbesitzer fordern können? Die Grundrententheorie Ricardos beantwortet diese Frage.

Diese Theorie soll viel älteren Ursprungs sein; es heißt, man habe sie in alten englischen Schriften gefunden. Es ist aber das Verdienst Ricardos, ihr allgemeine Anerkennung verschafft zu haben. Theorien sind ja an sich billig wie Gedanken, das Verdienst liegt darin, die Anerkennung der Theorie zu erzwingen.

Hier ist sie. Wenn die ganze Erdoberfläche für die Ernährung der Menschen nötig wäre, wenn in der Nähe und Ferne überhaupt kein freies

*überlegt er und*  
 antwortet, greift er erst zu Papier und Tinte und rechnet. Er berechnet den Unterschied zwischen dem Ertrag der Arbeit auf seinem Acker und dem Ertrag der Arbeit auf Ödland, Gartenland und herrenlosem Lande in Afrika, Amerika, Asien und Australien. Denn diesen Unterschied will er für sich haben, den kann er als Pacht für seinen Acker fordern. ~~Die Rechnung ist mehr lang als schwierig; jeder, der über einen Zoll und Frachttarif verfügt, die Höhe des Kapitalzinses kennt und landwirtschaftliche Kenntnisse besitzt, vermag die Rechnung zu machen. Es sind einfache Additionsrechnungen.~~

Hier ist ein Beispiel:

### 1. Rechnung des Auswanderers:

Reisegeld für sich und seine Familie . . . . .	1000 Mk.	
Unfall und Lebensversicherung während der Reise . . . . .	200 "	
Krankenversicherung für die Akklimatisation, d. h. die Summe, welche die Krankenversicherung für das besondere Risiko des Klimawechsels berechnen würde . . . . .	200 "	
<del>Nationalitäts-, Sprachen- und ev. Religionswechsel . . . . .</del>	<del>5 "</del>	
Besitznahme, Abgrenzung und Roden des Urwaldes . . . . .	600 "	600

An Betriebskapital wird die gleiche Summe vorausgesetzt, die der Bauer in Deutschland braucht; es ist also nicht nötig, diese hier anzuführen . . . . .

### Kosten der Ansiedelung 2000 Mk.

Diese Kosten des Auswanderers, die der Pächter in Deutschland spart, werden dem Betriebskapital zugerechnet, dessen Zinsen als Betriebsunkosten verrechnet werden: 5 % von 2000 =

100 Mk

*Wettbewerb*  
 Nehmen wir nun an, daß der Ansiedler mit gleicher Arbeit dieselben Produkte erzeugt, wie auf dem heimischen Boden, dessen Konkurrenz hier in Betracht steht, so muß berücksichtigt werden, daß es der Bauer, wie jeder Arbeiter, gar nicht direkt auf diese Produkte abgesehen hat, sondern auf das, was er mit seinen Produkten an Gebrauchsgütern eintauschen kann. Diese interessieren ihn allein; um sich diese zu beschaffen, arbeitet er. Der Ansiedler muß also seine Produkte auf den Markt bringen, und den Gelderlös muß er wieder in Waren umsetzen und diese nach Hause schleppen bringen.

Der Markt für diesen Austausch der Produkte ist nun in der Regel weit ab; nehmen wir an, es wäre Deutschland, wo ja große Massen landwirtschaftlicher Produkte eingeführt werden müssen, so hat der Auswanderer zu zahlen:

Fracht für Fuhrwerk, Bahn, Seeschiff und Kahn . . . . .	200 "
Einfuhrzoll in Deutschland . . . . .	400 "
Fracht für Kahn, Seeschiff, Bahn und Fuhrwerk auf die eingetauschten Gebrauchsgüter . . . . .	200 "
Zoll darauf bei der Einfuhr in seiner neuen Heimat . . . . .	100 "

1) Summa: 1000 Mk.

2) Will der Ansiedler diese Kosten sparen und verkauft er seine Produkte auf dem Platze, so erhält er einen entsprechend niedrigeren Preis.

*1) man beachte hier wohl den Unterschied zwischen Arbeit - produkt und Arbeitslohn. Oft kommt es vor, dass der Arbeitsprodukt des Auswanderers zehn mal größer ist, ohne dass sein Arbeitslohn sich bessert.*



Dies ist die Grundrententheorie Ricardos, in der volkswirtschaftlichen Wissenschaft einer der Lehrsätze, der, den Zweifeln entrichtet, als unanfechtbare Wahrheit allgemein anerkannt, als Gemeingut angesehen werden kann.

## Einflüsse denen die Grundrente ausgesetzt ist.

Vom Arbeitsertrag auf Frei-<sup>em</sup> Oed., Sumppf und Heideboden längeres ab, wieviel der Grundbesitzer an Lohn zahlen <sup>muß</sup> wie viel er an Pacht erheben <sup>kann</sup>, welchen Preis er beim Verkauf des Bodens erzielen, wie hoch er den Boden mit bebauenden Belastungen kann. So viel, wie der Arbeitsertrag auf freiland beträgt so viel verlangt selbstverständlich der Knecht als Lohn, da es ihm ja freilich freilant\* im Besitz und Arbeit zu nehmen. Dabei ist es durchaus nicht nötig, dass jeder Knecht bei den Lohnverhandlungen mit der Auswanderung droht. Bei Familienvätern z. B., die mit Kindern gesegnet sind, würde eine solche Drohung nicht viel einbringen, insofern als der Grundbesitzer ja muss, dass die Erhaltung <sup>der</sup> die Tat nicht folgen wird. Für die genannte Wirkung genügt es vollkommen, dass durch die Auswanderung der Jugend ein allgemeiner Mangel an Arbeitskräften entsteht. Der durch die Auswanderung hervorgerufenen Arbeitsmangel stiftet dem durch familienmöglichen oder sensuiv festgehaltenen Arbeiter bei den Lohnverhandlungen ebenso den Rücken, wie es eine bereits gelöste Schiffspassage tun könnte.

So viel wie aber der Arbeitsertrag der Freiländer und der Knechtes beträgt, muss auch dem Pächter nach Abzug <sup>des Landzins</sup> von ihm benötigten Kapitals übrig bleiben. So wird also auch die Pacht vom Arbeitsertrag auf freiland bestimmt. Mehr als diesem freilands Arbeitsertrag braucht der Grundbesitzer bei der Pachtbemessung nicht übrig zu lassen, mit weniger braucht sich der Pächter nicht an begnügen.

Schwankt der Arbeitsertrag auf freiland, so überträgt sich die Schwankung auch auf den Lohn und auf die Pacht.

\* diesen Begriff werden wir noch näher bestimmen.

2. Abschnitt. Einflüsse, denen ~~der Arbeitsertrag auf Freiland~~ <sup>die Grundrente</sup> ausgesetzt ist. 13

Zu den Umständen, die ~~diesem Ertrag~~ <sup>den Arbeitsertrag auf Freiland</sup> beeinflussen, müssen wir in erster Linie die Entfernung rechnen zwischen dem herrenlosen Boden und dem Orte, wo die Produkte verbraucht, die eingetauschten Gebrauchsgegenstände erzeugt oder von allen Teilen der Welt zusammengebracht werden. Wie wichtig die Entfernung ist, sehen wir am besten am Preisunterschied zwischen einem Acker in der Nähe der Stadt und einem gleichguten weit ab vom Markte. Worin liegt der Preisunterschied begründet? In der Entfernung.

Handelt es sich z. B. um die kanadische Weizenregion, <sup>gegen</sup> wo noch heute gutes Heimstättenland zur freien Verfügung steht, so muß das Getreide zuerst vom Felde mittelst Fuhrwerks nach der mehr oder weniger entfernten Bahn gebracht werden, die es nach <sup>Tulust</sup> Montreal befördert, wo die Umladung <sup>Montreal</sup> auf Seeschiffe stattfindet. Diese bringen das Getreide nach <sup>Montreal</sup> Rotterdam, wo wieder eine Umladung auf Rheinschiffe nach Mannheim, und von hier auf Bahnwagen nötig wird, um den Markt (Stuttgart, Straßburg, Zürich usw.) zu erreichen, wo es nach der Verzollung zu denselben Preisen verkauft werden muß, wie die an Ort und Stelle gewachsene Frucht. Es ist eine lange Reise und sie kostet viel Geld, aber das, was nun von dem Marktpreis nach Abzug der Zölle, der Fracht, Versicherung, Maklergebühren, Stempel, Zinsen des Geldvorschusses, Säcke usw. übrig bleibt, das ist erst der Gelderlös, mit dem den Ansiedlern in der Einöde von Sascachevan nur wenig gedient wäre. Dieser Gelderlös muß nun in Gebrauchsgegenstände umgesetzt werden — Salz, Zucker, Tuch, Waffen, Maschinen, Bücher, Kaffee, Möbel usw. usw., und erst nachdem alle diese Gegenstände glücklich im Hause des Ansiedlers eingetroffen sind und die Fracht <sup>Kassierrolle</sup> darauf bezahlt ist, kann der Arbeiter sagen — <sup>Arbeits</sup> das ist mein <sup>Arbeits</sup> Arbeitsertrag <sup>des Kapitals</sup> <sup>Zins</sup>.

Wie sehr nun dieser Arbeitsertrag von den Frachtsätzen abhängig sein muß, geht aus obiger Darstellung klar hervor.

Diese Frachtsätze sind ~~nun in den letzten Jahrzehnten~~ <sup>herabgegangen</sup>, wie folgende Tabelle zeigt:

Frachtkosten für 1000 kg Getreide von Chicago nach Liverpool:

1873	=	Mk. 67.—
1880	=	" 41.—
1884	=	" 24.— <sup>1)</sup>

Das sind also schon von Chicago bis Liverpool Mk. 43.— Frachtersparnis für jede Tonne Weizen,  $\frac{1}{6}$  des damaligen,  $\frac{1}{4}$  des jetzigen Preises. Aber die Strecke Chicago—Liverpool ist nur eine Teilstrecke der Reise Sascachevan—Mannheim, also sind obige Mk. 43.— auch nur ein Teil der wirklichen Frachtersparnis. ~~Diese Ersparnis kommt aber auch der Rückfracht zustatten, so daß der Ansiedler in Kanada heute an Frachten für jede Tonne Getreide und ihr Tauschprodukt wohl Mk. 80.— spart (1875 war übrigens die Grenze des Freilandes noch nicht so weit zurückgeschoben).~~

Diese Frachtersparnis kommt nun dem Ansiedler und <sup>in d. d. l. ch. land</sup> durch die Rückwirkung auch dem allgemeinen Arbeitslohn zugute, und wenn die Löhne nicht im gleichen Verhältnis gestiegen sind, so liegt das in erster Linie gerade an dieser Rückwirkung auf den gemeinen Arbeitslohn, durch die das bestehende Tauschverhältnis zwischen den Produkten der Landwirtschaft und Industria verschoben wird. Durch diese Verschiebung verteilt sich der Gewinn des Ansiedlers auf alle Arbeiter. Denn erhält der

<sup>1)</sup> Mulhall, Dictionary of Statistics.

Nun wäre es aber dennoch falsch, wenn man annehmen... eine Fracht...

Wirkung auch dem Arbeitslohn zuzugute, - also in Deutschland  
 Löhne nicht im gleichen Verhältnis gestiegen sind, so liegt das in erster  
 Linie gerade an dieser Rückwirkung auf den gemeinen Arbeitslohn, durch  
 die das bestehende Tauschverhältnis zwischen den Produkten der Land-  
 wirtschaft und Industrie verschoben wird. Durch diese Verschiebung ver-  
 teilt sich der Gewinn des Ansiedlers auf alle Arbeiter. Denn erhält der

<sup>1)</sup> Mulhall, Dictionary of Statistics.

Nun wäre es aber dennoch falsch, wenn man an-  
 nehmen wollte, dass eine Frachtersparnis von etwa  
 200 Mt sich für den Ansiedler in einem dieser Summe  
 entsprechenden höheren Arbeitsbetrag umsetzen muss. In  
 Wirklichkeit wird der Arbeitsbetrag nur um etwa die Hälfte  
 steigt die Frachtersparnis steigen und das verhält sich so:  
 Der steigende Arbeitsbetrag des Freiländers lockt den  
 Lohn der landwirtschaftlichen Arbeiter in Deutschland. Wa-  
 rum, ist gesagt. Der steigende Lohn der Landarbeiter und  
 der Freiländers lockt diesem Erwerbszweig Arbeiter aus  
 der Industrie zu. Das bestehende Verhältnis in der Produktion  
 landwirtschaftlicher und industrieller Produkte und da-  
 mit auch das <sup>hier</sup> Tauschverhältnis wird gestört. Der Ansiedler  
 muss für die Gegenstände seines Arbeitsertrages (Indus-  
 trie produkte) höhere Preise zahlen. Das Quantum dieser  
 Industrieprodukte <sup>(Anzahlmenge)</sup> wächst also nicht im Verhältnis  
 zu seinem um die Frachtersparnis erhöhten Arbeits-  
 erlös. Den Unterschied nehmen nach den Gesetzen des  
 freien Wettbewerbs die Industriearbeiter vorweg. Es geht  
 also hier zu wie dort, <sup>neut</sup> ~~wo~~ eine Technik die Produktions-  
 Kosten <sup>der</sup> seiner Ware vermindert. (Kostensparnis z. B.)  
 Produzenten und Konsumenten teilen sich in den Gewinn.



## **Der Werdegang der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“, ihre Vorläufer und ihre verschiedenen Auflagen**

Silvio Gesells 1906 im Selbstverlag erschienenenes Werk „Die Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag durch die Geld- und Bodenreform (zugleich eine Erledigung der Interessenpolitik und der Volkswirtschaftswissenschaft)“ darf als die eigentliche Urfassung der „Natürlichen Wirtschaftsordnung“, im folgenden mit NWO bezeichnet, betrachtet werden. Denn in diesem Buche ist zum ersten Male alles Einschlägige zusammengefaßt: Lohn- und Preisfragen, Land- und Geldreform, sowie die freiwirtschaftliche Lehre vom Zins. 1911 erschien im Verlag von Georg Blumenthal, Berlin, aber wohl ebenfalls von Gesell finanziert, das umfangreiche Werk „Die neue Lehre vom Geld und Zins. Eine Zusammenfassung, Läuterung und Vervollständigung früherer Schriften des Verfassers.“ Hier erscheint der Geldteil des früheren Werkes entscheidend ausgebaut.

Die beiden ersten Auflagen der NWO vereinigen diese Bücher in freier Weise. Der ganze Freilandteil, das Kapitel „Wie das Freigeld beurteilt wird“ (der Titel lautete ursprünglich etwas anders, siehe unten) und die Robinsonade des letzten Abschnittes gingen unter teilweiser Veränderung und Erweiterung in die NWO ein, während der ganze restliche Teil, wiederum teilweise erweitert und überarbeitet, dem Bande „Die neue Lehre vom Geld und Zins“ entnommen wurde. Gesells Angabe „2. Auflage“ der beiden genannten Werke in den beiden ersten Auflagen der NWO ist also nur sehr bedingt richtig, indem ja keines der beiden Bücher vollumfänglich und erst recht nicht dauernd wörtlich in die NWO überging.

### **1) Die Verwirklichung des Rechtes auf den vollen Arbeitsertrag und die NWO**

Alle Angaben und Seitenzahlen beziehen sich stets auf die erste Bandausgabe der NWO, also deren offizielle 2. Auflage.  
Das *Vorwort*, datiert Oktober 1905, ging nicht in die NWO ein.

## **Abteilung I: Die Bodenreform**

Einleitung: Was ist der volle Arbeitsertrag? In der NWO völlig neu geschrieben, in zwei Teilen: Einleitung und 1. Kapitel.

1. Die Grundrententheorie. Ungefähr wie Kapitel 2 der NWO, viele Änderungen.
2. Einflüsse, denen der Arbeitsertrag auf Freiland ausgesetzt ist. Entspricht Kapitel 3 der NWO, dort aber völlig neu geschrieben.
3. Die landwirtschaftliche Grundrente und ihre Beziehung zum allgemeinen Lohngesetz. In dieser Form nicht in der NWO.
4. Einfluß des Kapitalzinses auf Lohn und Rente. Ab und zu identisch mit Kapitel 13 der NWO.
5. Die Rohstoff- und Baugrundrente und ihre Beziehung zum allgemeinen Lohngesetz. Weitgehend identisch mit Kapitel 15 der NWO.
6. Erster allgemeiner Umriß des Lohngesetzes. Bis auf den Schluß identisch mit Kapitel 16 der NWO.
7. Die Bodenreform. Aufgegangen in Kapitel 17 – 19 der NWO, dort alles erweitert, aber auch etliche Teile weggelassen.
8. Die Bodenreform in der Praxis. Ziemlich genau Kapitel 20 der NWO, mit einigen Erweiterungen und Kürzungen.
9. Die Finanzen der Bodenreform. Anlehnung an Kapitel 18 der NWO, jedoch viel ausführlicher.
10. Die Wirkung der Bodenreform. Ziemlich identisch mit Kapitel 21 der NWO, ohne Hinweis auf die Mutterrente.
11. Die Theorie der Bodenreform. Fast wörtlich Kapitel 22 der NWO.
12. Die Moral der Bodenreform. Fast wörtlich Kapitel 22 der NWO.
13. Was die Bodenreform nicht kann. Mit kleiner Kürzung, sonst identisch mit Kapitel 23 der NWO.

## **Abteilung II: Die Geldreform**

A. Die Geldreform in der Praxis

- 1 – 5 (Allgemeine Orientierung – Wie das Reformgeld beschaffen ist – Wie der Staat das Reformgeld in Umlauf setzt – Was mit der Geldreform bezweckt wird – Die Wirkungen der Geldreform), in NWO völlig neu und anders.

6. Wie das Reformgeld verwaltet wird. Ungefähr identisch mit Kapitel 3 der NWO.
7. Was mit dem Gold gemacht wird. In NWO völlig neu.
8. Wie die Beteiligten die Geldreform von ihren verschiedenen Standpunkten aus beurteilen. Entspricht Kapitel 6 (Wie das Freigeld beurteilt wird), und zwar beinahe Satz für Satz identisch mit den entsprechenden Teilen der NWO, mit folgenden Ausnahmen:  
 „Der Käufer“ ist z.T. identisch mit „Der Kaufmann“.  
 „Der Verkäufer“ und „Der Kaufmann“ sind zusammengezogen in „Der Krämer“.  
 „Der Unternehmer“. In NWO leicht erweitert.  
 „Der Sparer“. In NWO einige Änderungen.  
 „Der Konsumverein“, identisch mit „Der Genossenschafter“.  
 „Der Schuldner“, identisch mit „Der Agrarier“.  
 „Der Werttheoretiker“, in NWO leicht gekürzt.  
 „Der Bankier“ kam in der NWO neu hinzu, fehlt hier noch.

#### B: Die Theorie der Geldreform

Die ersten 10 Kapitel lauten: Warum man aus Papier Geld machen kann – Die Sicherheit des Geldes – Die Deckung des Papiergeldes – Welchen Preis soll das Geld erzielen? – Wie der Preis des Geldes mit mathematischer Sicherheit ermittelt werden kann – Wie wird der ermittelte Preis des Geldes dauernd fest erhalten? – Der Maßstab für die Qualität des Geldes – Kurze Kritik der Goldwährung – Der sogenannte Wert und die Goldwährung – Warum die Quantitätstheorie dem Gelde gegenüber versagt. – Aus diesen 10 Kapiteln schuf Gesell über den Umweg der „Neuen Lehre vom Geld und Zins“ die 15 Kapitel des 3. Teils der NWO. Ein Vorwort fehlt noch, dagegen sind bereits folgende Parallelen vorhanden:

Kapitel 5 ist über weite Strecken identisch mit Kapitel 7 der NWO.

Kapitel 7 ist weitgehend identisch mit Kapitel 14 der NWO.

Kapitel 10 ist praktisch identisch mit Kapitel 15 der NWO, welches seinerseits in „Die neue Lehre vom Geld und Zins“ noch fehlt.

Kapitel 11 – 13 stellen eine erste Form des 4. Teiles der NWO dar (Die neue Lehre vom Zins) und zwar:

Kapitel 11: Die Zinstheorie der Geldreform. Daraus wurde die Robinsonade in die NWO aufgenommen und dort ergänzt: S. 347 Zeile 6 von unten bis Ende der Robinsonade fehlt noch in der ersten Fassung.

Kapitel 12: Die Bestandteile des Bruttozinses. Teilweise identisch mit dem Text der NWO.

Kapitel 13: Der reine Kapitalzins, eine eherne Größe? Fast völlig identisch mit der NWO, auch die beiden Tabellen samt Text sind schon da.

Kapitel 14: Die Einlösung des im Titel Versprochenen. Nicht in die NWO aufgenommen.

Seiten 282–284: Ankündigung des (nie erschienenen) 3. Jahrganges von „Die Geld- und Bodenreform“.

Seiten 226 oben bis 269 (ohne die Tabelle S. 268) Zeile 7 sind wörtlicher Nachdruck aus „Die Geld- und Bodenreform“ S. 40–97, Mai 1904, ab und zu etwas erweitert. So fehlt die Tabelle S. 230 noch in der genannten Zeitschrift.

Der Wortlaut der NWO geht also letzten Endes bis 1904 zurück!

## 2) Die neue Lehre vom Geld und Zins und die NWO

Hier ist bereits die Dreigliederung des Stoffes, analog der NWO durchgeführt, und zwar überraschenderweise in der Reihenfolge von deren 3. Auflage, wenn auch in zwei (statt drei) Hauptabschnitte aufgeteilt.

### Abteilung I: Die Lehre vom Geld

#### A) Das Geld, wie es ist:

Das Vorwort, Les Hauts Geneveys 1911, ist identisch mit dem Vorwort zum entsprechenden Abschnitt der NWO.

Kapitel 1 – 13 sind, mit oft leicht verändertem Titel, im wesentlichen identisch mit den entsprechenden Kapiteln in der NWO. Kapitel 14 und 15 der NWO fehlen noch. Ziemlich verändert erscheinen Kapitel 8 und 11; Kapitel 12 ist bis auf den Schluß in beiden Büchern gleich. In mehreren Kapiteln erscheinen in der NWO Fußnoten zugefügt. In Kapitel 10 ist auf S. 94 ein köstliches, echt Gesellschaftliches Bild von den Banknoten mit der Madonna und dem Teufel, in der NWO leider weggelassen.

B) Das Geld, wie es sein soll und sein kann:

Das in der NWO stehende Vorwort fehlt noch. Die 5 Kapitel sind größtenteils identisch, das riesige 6. Kapitel („Wie das Freigeld beurteilt wird“) fehlt hier noch. Abweichungen:

In Kapitel 1 sind die 5 ersten Zeilen in der NWO gestrichen, wegen Umstellung der Teile A und B in der NWO. Die orangefarbige Beilage (Doppelblatt „Physiokratisches Geld“) fehlt noch.

In Kapitel 5 sind S. 167 Zeilen 1–10, sowie die vier letzten Zeilen des Kapitels in der NWO gestrichen; es folgt hier gleich:

### **Abteilung II:**

Die Lehre vom Zins nach der Zerstörung des Wertglaubens.

Vorwort: Die Robinsonade fehlt, dafür steht ein anderer Anfang (S. 183 und 184, Zeilen 1–15). Hierauf schließen sich S. 350 und 351 (die beiden ersten Seiten von „Der Urzins“) der NWO an.

1. Der Urzins. Dieses Kapitel beginnt hier mit S. 352 der NWO, praktisch identisch.
2. Die Grenzen des Geldzinses. In der NWO teils gekürzt, teils erweitert.
3. Die Übertragung des Urzinses auf die Ware. In NWO unverändert.
4. Die Übertragung des Urzinses auf das sogenannte Realkapital. In NWO nur unwesentlich erweitert.
5. Vervollständigung der Theorie. In NWO große Erweiterungen, aber auch einige Kürzungen.
6. Wie man den Kapitalzins bisher zu erklären versuchte. Beinahe identisch.
7. Die Bestandteile des Bruttozinses. Verschiedene Änderungen, S. 251 Zeile 6 bis Ende des Kapitels in der NWO gestrichen.
8. Der reine Kapitalzins, eine eherne Größe. Praktisch unverändert, auch die beiden Tabellen samt Text hier vorhanden. Neu hinzu kamen in der NWO S. 420–422.

### 3) Die beiden ersten Auflagen der NWO

Weit verbreitet ist die Ansicht, es gebe eigentlich keine wirkliche erste Auflage der NWO, indem diese als „2. Auflage“ der beiden oben genannten Bücher erschien und die folgende dann bereits als 3. Auflage veröffentlicht wurde. Und im Schriftenverzeichnis der FFF-Literatur herrscht meist eine vollkommene Konfusion. So ist im Verzeichnis der wichtigsten Schriften Gesells S. 388 der 9. Auflage der NWO diese als 1916 erschienen verzeichnet und hierauf als selbständiges anderes Werk die 2. Auflage der „Neuen Lehre vom Geld und Zins“!!

Tatsächlich aber können wir mit vollem Recht die 1916 erschienene Ausgabe in vier Teilen als 1. Auflage bezeichnen, indem die gleichfalls 1916 erschienene Bandausgabe einige Erweiterungen aufweist, also *nach* jener gedruckt wurde, auch wenn für das nicht Veränderte derselbe Satz benutzt worden ist. Es ergibt sich folgende Konkordanz:

#### 1. Teil: Freiland

Das kleine, zwei Seiten umfassende Vorwort wurde durch die große Einleitung S. XV–XXII ersetzt, das Vorwort von Paulus Klüpfel kam neu hinzu. Schon diese eingreifenden Änderungen gestatten es, von *zwei* Auflagen zu sprechen. S. 1–89 folgt dann der unveränderte Text, vom selben Satz abgezogen.

#### 2. Teil: Freigeld

S. 1: Titelseite, genau wie S. 91 der NWO. S. 2 ist leer, S. 3 das Vorwort, genau wie in der NWO. S. 4 ist leer, S. 5–128 entsprechen S. 93 bis 216 der NWO, Seite für Seite, Zeile für Zeile. Das orangefarbige Doppelblatt (Physiokratisches Geld) kam erst in der Bandausgabe hinzu.

#### 3. Teil: Metall- und Papiergeld

S. 1 Titelseite, S. 2 leer, S. 3–6 Vorwort, identisch mit jenem in der NWO (S. 219–222). S. 7–125 Zeile für Zeile identisch mit S. 223–341 der NWO.

#### **4. Teil: Die neue Lehre vom Zins**

Nur Umschlagtitel, keine Titelseite. S. 1–78 identisch mit S. 344–422 der NWO, mit folgender Einschränkung:

Die Fußnote S. 349 der NWO fehlt hier noch; das Kapitel „Der Urzins“ beginnt gleich S. 7 oben. In der NWO sind dann neu eingesetzt S. 352 Zeile 6 bis Ende der Seite. Auf diese Weise bekam die Bandausgabe eine Seite mehr. So sind dann S. 9 bis Ende identisch mit S. 353 bis Ende der Bandausgabe, wie immer Seite für Seite, Zeile für Zeile. Ja, es scheint, das Gesell diese Einschübsel gerade so berechnet hat, das der alte Satz ab Seite 9 stehen bleiben konnte.

Beide Auflagen gebrauchen noch oft den Ausdruck „Reformgeld“ statt „Freigeld“. Im Inhaltsverzeichnis, das offenbar erst am Schluß abgefaßt wurde, steht schon zum größten Teil „Freigeld“, wo in den Kapitelüberschriften im Buch selber noch stets „Reformgeld“ zu lesen ist.

